

Ulrich Roos 2020 (Hrsg.):

Materialsammlung und Anhang
zum Sammelband Nachhaltigkeit,
Postwachstum, Transformation,
Universität Augsburg.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	4
--------------	---

Ulrich Roos

Kategorienbildung für den Beitrag 'Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit im Diskurs über die Digitalisierung im Bildungssystem'	5
--	---

Lea Rahman

Materialsammlung, Anhang und Kategorienbildung zur Studie 'Königsweg Vollbeschäftigung?'	45
---	----

Daniel Hegemann

Anhang zur Studie 'Eine Rekonstruktion des Wohlstands- und Wachstumsbegriffs der deutschen Bundesregierung anhand der Jahreswirtschaftsberichte von 2006 und 2016'	120
---	-----

Manuel Eberhardt

Materialsammlung zur Studie '(Post-)Wachstum in der Tagesschau?'	160
---	-----

Anna Lohs

Materialsammlung zur Studie 'Zertifizierter Umweltschutz? Zur Rekonstruktion des Nachhaltigkeitsbegriffs von EMAS.....	269
---	-----

Moritz Harzbecher

Materialsammlung zur Studie 'Yes, we camp for climate action. Die Klimacamps im Rheinland als Orte des Protests und transformative Möglichkeitsräume'	307
---	-----

Julia Hübinger

Materialsammlung zum Beitrag 'Das Grandhotel Cosmopolis als transformativer Möglichkeitsraum. Einblicke in eine aktivistische Stadtforschung'	312
---	-----

Julia Costa Carneiro

Vorwort

Die meisten rekonstruktiv-interpretativ verfahrenen Studien basieren auf einer äußerst akribischen Analyse qualitativer Datensätze. Doch diese Akribie bleibt in den veröffentlichten Beiträgen aufgrund des in vielen Fällen streng reglementierten Manuskriptumfangs wissenschaftlicher Journals oft unsichtbar. Als wichtiges Qualitätsmerkmal rekonstruktiv-interpretativer Sozialforschung fungiert jedoch zugleich die Frage, ob die Interpretationsarbeit intersubjektiv nachvollziehbar ist, oder nicht. Denn die Veröffentlichung der Kodierbäume, wesentlicher Materialien und darauf bezogener Memos ermöglicht es der wissenschaftlichen Gemeinschaft, besser über die Substanz des vorgelegten Arguments und die Plausibilität des zurückgelegten Argumentationsgang zu urteilen und erhöht hierdurch die Qualität der wissenschaftlichen Auseinandersetzung und Kritik.

Aus diesem Grund versammelt dieser Band, der ausschließlich in elektronischer Version publiziert wird, die Materialanhänge einiger Studien eines umfassenderen wissenschaftlichen Sammelbands zum Thema „Nachhaltigkeit, Postwachstum, Transformation“. Leider werden hier nicht die Anhänge aller Studien besagten Bandes vorgelegt. Ganz offen gesprochen: Das hier entfaltete Argument stößt immer dann an Grenzen, wenn die Zustimmung von Interviewpartnern zur dauerhaften Veröffentlichung von Daten – also jenseits des Zwecks der Erstellung eines universitären Forschungsberichts oder einer Abschlussarbeit - nicht vorliegt, diese Daten aber auf mannigfaltige Art und Weise mit den anderen Datensätzen verwoben sind. In Zukunft wird es wohl immer selbstverständlicher werden, DSGVO und die permanente wissenschaftliche Veröffentlichung von Daten, die im Kontext universitärer Lehre gewonnen wurden, miteinander professionell zu verbinden und dies bereits bei der Datenerhebung viel konsequenter zu berücksichtigen.

Ulrich Roos, Frankfurt/Main und Augsburg im Februar 2020

Kategorienbildung für den Beitrag 'Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit im Diskurs über die Digitalisierung im Bildungssystem'

Lea Rahman

Kategorienbildung für den Beitrag ,Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit im Diskurs über die Digitalisierung im Bildungssystem' (Lea Rahman)

Der hier vorliegende Anhang zu meinem Beitrag bildet einen wichtigen Teil meiner praktischen Forschungsarbeit. In einem ersten Schritt werden Veröffentlichungen der SKHs (BMBF 2017, mmb Institut 2016, ForumBD 2019b sowie ForumBD 2019c) in ausgewählten Sequenzen untersucht. Erst danach werden die Interviews mit Akteur*innen der drei ausgewählten SKHs (mmb Institut, ForumBD und BMBF) hinzugezogen. Wie in meinem Beitrag aufgezeigt, ist die Untersuchung in das Forschungsprogramm der Wissenssoziologischen Diskursanalyse (vgl. z.B. Keller und Truschkat 2013 und Keller 2011) eingebettet. Daran orientiert sich auch die forschungsleitende Fragenheuristik. Zur Auswertung wird die Grounded Theory herangezogen. Die sequenzanalytische Vorgehensweise wie auch der Prozess der Kategorienbildung sind eng an Roos orientiert (vgl. z.B. Roos 2013). Hier aufgezeigt wird der Prozess der Kategorien- und Thesenbildung. Zuerst wird dabei die Kategoriensammlung basierend auf dem Analysematerial dargestellt. Dazu wurden in einem ersten Schritt Kategorien des ersten Abstraktionsgrades (K100er) erstellt. Diese sind noch sehr nahe am Text orientiert. Das Herstellen von Beziehungen zwischen den bisherigen Kategorien bildet die Grundlage für die Kategorienbildung des zweiten Abstraktionsgrades (K200er). Auch reflektiere ich die bisherige Analyse in Hinblick auf die forschungsleitende Heuristik. Bereits während ich die Kategorien des zweiten Abstraktionsgrades herausarbeite, bemerke ich ihre engen Verbindungen und Überschneidungen, die mich schließlich zu der Schlüsselkategorie (K301) führen. Wichtig ist es mir hierbei, darauf hinzuweisen, dass das vorgestellte System an Kategorien *keine endgültigen Aussagen*, sondern nur *vorläufige Thesen* im Zuge der Auswertung enthält, die noch keinen Befund darstellen. Die Ergebnisse dieser Studie sind im dazugehörigen Beitrag veröffentlicht.

Zur Herstellung von Verbindungen und Zusammenhängen der bisherigen Kategorien zwischen der ersten Auswertung und der Bildung der K200er-Kategorien erstelle ich Mind-Maps, die den Prozess visualisieren. Diese sind nach der ausführlichen Darstellung aller Kategorien zu finden. Zuletzt findet sich die forschungsleitende Heuristik mit Kategorien, die einen Bezug zu den

konkreten Fragen und Unterfragen aufzeigen. Dies dient der Reflexion des eigenen Forschungsprozesses und zur Feststellung von Theoretischer Sättigung. Der folgend dargestellte Auszug aus der Analyse – speziell zur Kategorienbildung – soll es ermöglichen, Interessierten Aufschluss über den Forschungs- und Thesenbildungsprozess zu geben und damit Transparenz und Kritisierbarkeit meines Beitrages herzustellen.

K101 Ethische Stellungnahmen

K101A Kein ethisches Hinterfragen des Einsatzes digitaler Lernmedien

Ich formuliere die vorläufige These, dass der Einsatz digitaler Lernmedien im Unterricht allgemein nicht hinterfragt wird oder als relevantes Streitthema gilt.

Indikatoren: Seq. 2, 5, 6

K101B Keine Reflexion von Gegenpositionen

These: Gegenpositionen werden zu ‚Vorbehalten‘ zu ‚innovativen‘ Technologien und Produkten (Seq. 24) denunziert und gelten als Bremser. Sie gilt es zu überzeugen anstatt anzuhören. Auch deren Fachwissen (Lehrende) wird nicht als solches anerkannt.

Indikatoren: Seq. 2, 24

K101C Zweitrangigkeit der Folgenabschätzung

These: Die schnelle Umsetzung der Digitalreform steht im Vordergrund vor einer ausführlichen Abwägung von Pro und Contra

Indikatoren: Seq. 25, (11)

K102 Haltung zu Wirtschaft bzw. der Art des Wirtschaftens in Deutschland

Aufgrund der Wirtschaftsnähe, der Marktorientierung sowie der Umsatzorientierung der SKH's kann eine allgemein positive Haltung zum deutschen Wirtschaftssystem bzw. zu Wirtschaftlichkeit auch der Bildung generell unterstellt werden.

K102A Wirtschaftsnähe der SKH's

Ich formuliere die vorläufige These, dass die untersuchten SKH's eine Nähe zu Wirtschaft bzw. Wirtschaftsunternehmen aufzeigen und eine positive Haltung zu der Art und Weise, wie in unserer Gesellschaft gewirtschaftet wird, einnehmen.

Indikatoren: Seq. 1, 22, 25

K102B Marktorientierung

Insbesondere die untersuchte Studie des mmb Instituts ist deutlich auf den ‚Markt‘ und die positiven Folgen der Digitalisierung an Schulen auf den Markt ausgerichtet.
These: Die Perspektive des Marktes ist vorherrschend vor anderen Themen (z.B. tatsächliche Chancen für Bildung/Lernende, Nachhaltigkeit etc.; solche Themen werden gar nicht oder nur viel weniger ausführlich erwähnt)

Indikatoren: Seq. 1, 7, 11

K102C Umsatz als legitimes Ziel für die Bildungspolitik

Die Digitalreform wird mit einem branchenweise großen Umsatz in Verbindung gebracht. Dieses Thema wird durch das mmb Institut besonders hervorgehoben und als sehr positiv konnotiert.

These: Umsatz ist gemäß dem mmb Institut ein legitimes Ziel für Bildungspolitik.

Indikator: Seq. 11

K103 Gründe für die Digitalisierung

K103A Individuelle Konkurrenzfähigkeit anstatt gemeinsamer Ziele

These: Sowohl am Alltag als auch am Arbeitsplatz müssen die Kinder konkurrenzfähig gemacht werden, um in dieser Welt Bestand zu haben. Eine stützende Gemeinschaft wird hier nicht als zukunftsfähige Option gesehen (BMBF)

Indikator: Seq. 19

K103A1: Schüler reif für den Arbeitsmarkt machen

Das mmb Institut wie auch das BMBF nennen teils mehrfach wiederholt als einen zentralen Grund für das Erlernen von digitalen Kompetenzen in der Schule die Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt. Es scheint DER Grund schlechthin zu sein, weshalb die Digitalreform für den Einzelnen wichtig ist und grundsätzlich die zentrale Aufgabe von Bildung: Schüler reif für den Arbeitsmarkt zu machen, d.h. wirtschaftliche Verwertung ihrer Kompetenzen und schließlich gesamtwirtschaftlich gesehen eine Ankurbelung des BIP.

Indikatoren: Seq. 6, 10, 19, 20, 22

K103A2 Distanzierung von der bloßen Ausrichtung von Bildung auf den Arbeitsmarkt

These: Das ForumBD distanziert sich von der bildungspolitischen (nicht jedoch gesellschaftlichen) Zielsetzung der wirtschaftlichen Verwertbarkeit bzw. Employability (=Einsetzbarkeit in der Arbeitswelt). Das Ziel ist weder in verfügbaren Onlinequellen aufgetaucht und wurde im Rahmen des Interviews zudem als legitimes Primärziel abgewiesen.

Auch die anderen SKHs distanzieren sich teils von der Arbeitsmarktorientierung als nicht alleiniges Ziel, erkennen es aber dennoch als legitimes Primärziel an.

Indikator: Seq. 35, 38, (43)

K103A3: Erlernen von Kompetenzen zu deren wirtschaftlicher Verwertbarkeit

These: Die allgemeine Konzentration liegt auf der wirtschaftlichen Verwertbarkeit der Kompetenzen. Das umfasst nicht nur die Kompetenz, mit digitalen Medien arbeiten zu können, sondern auch zunächst als wirtschaftsunabhängig verstandene, soziale Kompetenzen wie beispielsweise das sog. „21st Century Skill“ der „Teamkompetenz“ (Seq. 6)

Indikatoren: Seq. 5,6, 10

K103B Konkurrenzfähigkeit Deutschlands aka gesamtwirtschaftliches Wachstum

These: Die Digitalisierung im Bildungssystem soll allgemein die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands aufrechterhalten bzw. wiederherstellen. Da international eine sog. Konkurrenzfähigkeit hauptsächlich durch das BIP verglichen wird, lässt sich hier auf einen Zusammenhang mit dem Ziel gesamtwirtschaftlichen Wachstums zielen.

Indikator: Seq. 9, 18

K103B1 Prestige Deutschlands

These: Das Prestige Deutschlands zählt neben/nach materiellen Gründen gemäß dem ForumBD als ein wichtiger Ansporn für die Digitalreform.

Indikator: Seq. 18

K103B2 Deutschland soll auch aus Prestigegegründen ein großes Wachstum haben

These: Deutschland kann es sich gemäß dem Befragten allein aus Imagegründen nicht erlauben, „wirtschaftlich irgendwo im Mittelfeld zu dümpeln zwischen Polen und Rumänien“. Allein das gilt als legitimer Grund für Wirtschaftswachstum.

Indikator: Seq. 33

K103B3 Bildung verbessert die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland

Durch Bildung wird Potential für Innovationen geschaffen, die entweder direkt das Wirtschaftswachstum stärken oder dies indirekt tun, da das Potential zur Schaffung von Investitionen „zu einem Vorteil für den Wirtschaftsstandort Deutschland werden können, einfach im globalen Wettbewerb“

Indikator: Seq. 46

K103C Wirtschaftswachstum und Digitalisierung im Bildungssystem

K103C1 Ankurbelung der Wirtschaft

Ich formuliere die vorläufige These, dass gemäß dem mmb Institut die Digitalreform zumindest kurzfristig einen erhöhten Umsatz in allen beteiligten Branchen für Lerntechnologien, dem „Markt des digitalen Lernens“ ankurbelt und dies stark befürwortet wird.

Indikator: Seq. 11

K103C2 Wirtschaftswachstum als Ziel der Digitalreform

Einstimmig und klar wurde von den Befragten (BMBF) Wirtschaftswachstum als Ziel für die Digitalisierung im Bildungssystem wie auch für sonstige Investitionen in die Bildung anerkannt. Dieses Ziel wird nicht hinterfragt und als legitim empfunden.

Indikatoren: 45, 46, 47

K103D Digitales Lernen als Schlüssel zur (nachhaltigen) Weltaneignung

These: Gemäß dem Befragten ist das digitale Lernen ein besonderer Schlüssel zur Weltaneignung, da digitale Medien Wissen besonders real erfahrbar machen können (z.B. virtual reality). Das kann auch umweltbezogenes bzw. geographisches Wissen betreffen sowie in manchen Fällen durch weltweite Vernetzung Reisen (z.B. mit dem Flugzeug) ersparen. Insofern kann Digitalisierung auch im Kontext einer nachhaltig ausgerichteten Postwachstumsgesellschaft seine Zwecke haben.

Indikator: Seq. 28

K104 Ziele von Bildung/Bildungspolitik

K104A Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt

These: Das zentrale Ziel von Bildung ist gemäß den untersuchten SKH's die Vorbereitung der Schüler*innen auf den Arbeitsmarkt bzw. das spätere Erwerbsleben. (mmb, BMBF)

Indikatoren: Seq. 20, 22, 42

K104A1 Direkter Zusammenhang Arbeitsmarkt und Wirtschaftswachstum

*These: Es herrscht ein direkter Zusammenhang zwischen dem gesamtgesellschaftlichen Ziel, die Schüler*innen auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten und Wirtschaftswachstum zu produzieren.*

Indikator: Seq. 32

K104B Bildung und Wirtschaftswachstum

K104B1 Indirekter Zusammenhang Bildung und Wirtschaftswachstum

These: Aufbauend auf dem Zusammenhang zwischen Arbeitsmarkt und Wirtschaftswachstum (K104A1) hängt auch die Bildung als auf den Arbeitsmarkt vorbereitend mit Wirtschaftswachstum zusammen. Die aktuell vorherrschende Arbeitsmarktorientierung inkludiert eine Wachstumsorientierung.

Indikator: Seq. 32

K104B2 Bildung befähigt das Individuum, Wirtschaftswachstum hervorzubringen

These: Zusammenhang zwischen Bildung und Wirtschaftswachstum liegt in der Befähigung des Individuums, sich dem Arbeitsmarkt anzupassen, besser im Beruf zu sein und dadurch mehr für die Wirtschaft zu leisten. Weiter wird dadurch Potential für Innovationen geschaffen, was wiederum Wirtschaftswachstum hervorbringen kann

Zitat Seq. 45: „Also Bildung befähigt einen ja auch zur Kompetenz, Probleme zu lösen, flexibel auf Probleme zu reagieren und Bewusstsein dafür zu haben, dass ich nicht an einem Punkt fertig ausgebildet bin und dann quasi bis zu meiner Pensionierung nichts anderes mache. Wenn ich das Bewusstsein habe, mich immer wieder neu auf Herausforderungen einzustellen und mich so auch durch mein lebenslanges Lernen quasi wähle, dann kann Wirtschaftswachstum dadurch auch

entstehen, weil ich grundsätzlich sämtliche berufliche Herausforderungen, die kommen, stammen kann, auf individueller Ebene.“

Indikator: Seq. 45, 46

K104B3 Wirtschaftswachstum als existierendes sowie legitimes Bildungsziel

Eindeutige und einstimmige Bekennung der Befragten im Rahmen des BMBF-Interviews zu Wirtschaftswachstum als Bildungsziel, als Ziel von Investitionen in die Bildung sowie als Ziel der Digitalreform. Wirtschaftswachstum ist hier explizit auf Deutschland bezogen. Es wird auch als legitimes Ziel anerkannt.

Indikatoren: Seq. 44, 47

K104C Herstellung von Chancengleichheit

These: Bildung ist dafür zuständig, Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Digitale Lernmedien ermöglichen dies dank individueller Lernchancen.

Indikatoren: Seq. 17, 20, 40

K104D Persönlichkeitsbildung

Vielfach wird auch die Befähigung des Individuums zu eigenständigem Denken und Handeln sowie die Persönlichkeitsbildung als Ziel von Bildung genannt

Indikator: 47

K105 Digitale Kompetenzen sind die wichtigsten Kompetenzen, um Kinder und Jugendliche heute auf eine zukunftsfähige Gesellschaft vorzubereiten

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass der Erwerb digitaler Kompetenzen gemäß den untersuchten SKH's die Schlüsselqualifikation schlechthin bildet, die Kinder und Jugendliche heute erwerben müssen, um reif für eine zukünftige Gesellschaft zu sein.

Indikatoren: Seq. 15, 16, 17

K105A Projektion allgemeiner Kompetenzen auf digitale Kompetenzen

These: Allgemeine Eigenschaften werden in den untersuchten Textpassagen als relevant für Individuen erklärt und gleichzeitig auf die Ebene der digitalen Kompetenzen projiziert.

Beispiel: Selbstbestimmung wird gleichgesetzt mit digitaler Selbstbestimmung und wer Selbstbestimmung befürwortet, muss daher auch digitale Lernmedien befürworten. Dabei wird auch nicht reflektiert, inwiefern dies der Selbstbestimmung nützt und ob nicht etwa digitale Medien auch die Selbstbestimmung der Benutzer beeinträchtigen könnten.

Indikator: Seq. 15, 16, 17

K105B Verantwortung und Selbstbestimmung

These: Die Akteure gehen davon aus, dass die Digitalisierung im Bildungssystem einen fachkundigen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien ermöglicht und den Schüler*innen daher auch ermöglicht, in der digitalisierten Welt selbstbestimmt leben zu können.

Indikatoren: Seq. 15, 16, 17, 21

K106 Anpassung als wichtige Kompetenz

These: Kinder sollen gemäß dem ForumBD lernen, sich an gesellschaftliche Dynamiken flexibel anzupassen, anstatt zu hinterfragen und die gesellschaftlichen Dynamiken zu verändern.

Indikator: Seq. 16

K107 Nachhaltigkeit und Digitalisierung

K107A Reflexion der Digitalisierung im Nachhaltigkeitskontext

Vom BMBF wird ökologische Nachhaltigkeit explizit als relevantes Gesellschaftsziel genannt und auf die Relevanz einer Reflexion der Digitalisierung allgemein im Nachhaltigkeitskontext hingewiesen.

Indikator: Seq. 23

K107B Verbesserte Umweltforschung

These: Das BMBF geht davon aus, Digitalisierung könne in der Forschung zu einer besseren Erkennung und Bekämpfung von Umweltproblemen beitragen.

Indikator: Seq. 23

K107C Nachhaltiges Wirtschaftswachstum

These: Durch die Digitalisierung können nachhaltige „Anwendungs- und Geschäftsfelder mit digitalen Technologien“ erschlossen werden. Grünes Wachstum scheint befürwortet zu werden und als nachhaltig angesehen. Im Kontext Nachhaltigkeit wird Wirtschaftswachstum nicht hinterfragt.

Indikator: Seq. 23

K107D Digitalisierung kann umweltschädlich sein

These: Durch Rohstoff- und Energieverbrauch geht die Gefahr mit der Digitalisierung einher, dass sie eventuell im Endeffekt sogar mehr umweltschädlich als umweltförderlich sein könnte.

Indikator: Seq. 23

K107E Nachhaltige Bildung ist arbeitsmarktorientierte Bildung

These: Der Befragte definiert nachhaltige Bildung, als eine Bildung, die auf den Arbeitsmarkt vorbereitet sowie zur individuellen Konkurrenzfähigkeit. Digitalisierung im Bildungssystem ist insofern nachhaltig, da sie auf den Arbeitsmarkt vorbereitet.

Indikator: Seq. 27

K108 Digitalisierung ermöglicht Wachstum

These: „Effizienteres Wirtschaften“ ist neben Arbeit und Lebensqualität einer der drei zentralen Punkte, die lt. BMBF für die Digitalisierung sprechen. Bei einer gleichbleibenden Lebensqualität wäre bei alleinigem Zusammenhang zu effizienterem Wirtschaften keine zwingende Verbindung zu Wirtschaftswachstum herzustellen, wenn es auch einen grundsätzlichen Zusammenhang geben könnte. Doch bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebensqualität insgesamt ist ein Wachstum inkludiert. Wachstum scheint also ein (legitimes) Ziel zu sein.

Indikator: Seq. 24

K109 Individualisierung gesellschaftlicher Problemlagen

Ich formuliere die vorläufige These, dass allgemein die gesellschaftlichen Probleme individualisiert werden. Bei problematischen Entwicklungen der Gesellschaft wird der Einzelne dazu herangezogen, sich anzupassen und die Entwicklungen (Beispiel: Digitalisierung + Globalisierung - > Vernetzung, die den Einzelnen vereinnahmen und einschränken könnte) werden nicht hinterfragt. Die Lösung ist die Anpassung des Einzelnen anstatt dem Suchen nach systemischen/gesamtgesellschaftlichen Lösungen. Die Bewusstseinsbildung ist Problemlöser auch für strukturell verursachte Probleme

Indikatoren: Seq. 16, 17, 20, 48, 49

K110 Digitalisierung im Bildungssystem als Löser gesamtgesellschaftlicher Probleme

These: Die Digitalisierung im Bildungssystem wird als Lösung für gesamtgesellschaftliche Probleme herangezogen, da digitale Lernmedien und die resultierenden digitalen Kompetenzen

gemäß der SKH's sämtliche Probleme – von fehlender Gerechtigkeit hin zu ökonomischen Problemen – zu lösen vermögen.

Indikatoren: Seq. 14, 18

K111 Haltung zu Wirtschaftswachstum

K111A Allgemein positive Haltung zum Wirtschaftswachstum

Ich formuliere die vorläufige These, dass Wirtschaftswachstum allgemein nicht ausgeschlossen wird und positiv besetzt wird. Explizit wird Wachstum im Zusammenhang mit digitalen Medien im Bildungssystem wenig genannt und nicht explizit bewertet. Aufgrund der Analyse mehrerer Sequenzen kann jedoch darauf geschlossen werden, dass Wirtschaftswachstum allgemein als legitimes Gesellschafts- bzw. Bildungsziel gilt. Die sehr explizite wirtschaftsnahe Ausrichtung der SKH's steht dieser These gar nicht entgegen.

Beispiele: Ein größeres Wachstum wird als „optimistische Schätzung“ bezeichnet (Seq. 8); Deutschland muss konkurrenzfähig mit anderen Nationen bleiben (Seq. 9)

Indikatoren: Seq. (1), (3), 6, 7, 8, 9, 11, 24

K111B Begrüßung von Wirtschaftswachstum

Ich formuliere die vorläufige These, dass Wirtschaftswachstum (unabhängig davon, ob es ein zentrales Ziel oder nicht ist) grundsätzlich begrüßt wird. Selbst bei Ablehnung des Wirtschaftswachstums als Bildungsziel (wie im Fall ForumBD), wird Wirtschaftswachstum gesamtgesellschaftlich begrüßt und erwünscht.

Indikator: Seq. 31, 36, 38

K111C Wirtschaftswachstum als allgemeines Interesse

These: Gemäß dem Befragten ist Wirtschaftswachstum gesamtgesellschaftlich gesehen von allgemeinem Interesse. Dazu zählen auch Prestige Gründe. Wirtschaftswachstum ist fast schon ein Druck, dem Deutschland nachkommen muss, um nicht „wirtschaftlich irgendwo im Mittelfeld zu dümpeln“, denn „man“, d.h. die Allgemeinheit, „möchte, dass Deutschland möglichst weit vorne ist“

Indikator: Seq. 33

K112 Argumentation mit unhinterfragtem, nicht reflektiertem Wissen und Zusammenhängen

In dieser Containerkategorie wird speziell darauf eingegangen, was an Wissen als allgemein bekannt vorausgesetzt wird oder als solches erklärt wird bzw. das nicht weiter hinterfragt wird. Dabei wird nicht jede mögliche nicht erwähnte Thematik herangezogen, sondern nur solche, deren Erwähnung im Kontext sinnhaft gewesen wäre aber (teils wiederholt) nicht miteinbezogen wurde. Besonders brisant erschien mir diese Kategoriensammlung im Zusammenhang damit, dass Themen angerissen wurden und ohne Hinterfragen der Ursachen eine direkte Verbindung zum Thema ‚digitale Bildung‘ vorgenommen wurde. Ein solches vorausgesetztes Wissen formt das, was oft auch vom Leser unbewusst als selbstverständlich aufgenommen wird und stellt damit vielmals eine Art der Argumentationsstrategie dar.

K112A Brisanz des digitalen Wandels als nicht erklärtes Argument für den digitalen Wandel im Bildungssystem

Es wird mit der Brisanz der Umsetzung des digitalen Wandels argumentiert, mit der dringenden Relevanz, den „großen Rückstand“ bei der Digitalisierung des deutschen Relevanz, möglichst schnell aufzuholen. Dabei wird weder darauf eingegangen, (1) in welchem Vergleich der *große Rückstand* existiert, (2) weshalb er ein Problem ist und (3) wieso es so wichtig ist, diesen Rückstand aufzuholen.

Ich formuliere die vorläufige These, dass der Hinweis auf die Brisanz des digitalen Wandels die Thematik dramatisieren will und das Gefühl vermitteln soll, dass möglichst schnell gehandelt werden muss und (wie nach dem Motto „Digital first, bedenken second“, wie es einmal auf einem FDP-Wahlplakat hieß) die Umsetzung der Digitalisierung im Schulsystem vor einer ausgiebigen Abwägung (welche ja nicht zwingend gegen eine Digitalreform sprechen muss, vielleicht aber einen pädagogisch wertvolleren Ausgang hätte, da nicht nur Wirtschaft und Politik sondern auch Pädagogen zu Wort kämen) stattfinden muss.

Indikator: Seq. 3, 9, 22,25

K112B Unbegründete Heraufhebung digitaler Medien zum Alleskönner

Wiederholt wird digitalen Lernmedien unterstellt, dass sie etwas können, ohne zu erklären, wieso und inwiefern sie dies besser können, als herkömmliche Medien oder reale Erfahrungen. Beispiel:

Digitale Medien fördern in besonderem Maße ein „soziales, kollaboratives Lernen“ bzw. die „natürliche Form des Lernens“.

Indikator: Seq. 10

K112B1 Unbegründeter Zusammenhang zwischen der ‚natürlichen Form des Lernens‘ und digitalisierter Bildung als nicht erklärtes Argument für den digitalen Wandel im Bildungssystem

Digitalisierung im Bildungssystem ermöglicht nach dem mmb Institut eine ‚natürliche Form des Lernens‘ ohne dass darauf eingegangen wird, inwiefern es eine natürliche Art zu lernen gibt und weshalb dies durch digitale Medien ermöglicht wird.

These: Dies lässt auf eine der vorhergehenden Kategorie ähnliche Argumentationsform schließen; Der Zusammenhang wird als weiteres Argument für digitalisierte Bildung verwendet, ohne dass er reflektiert wurde. Allein über die ‚natürliche Art des Lernens‘ könnten schließlich eigene Studien mit dem Ziel einer Definition herausgegeben werden. Ein Forschungsinstitut, das sich mit Bildung auseinandersetzt, müsste sich dessen bewusst sein.

Indikator: Seq. 10

K112B2 Digitalisierung als Qualitätsindikator

Unbegründet wird vorausgesetzt, dass der Einsatz digitaler Medien automatisch die Unterrichtsqualität steigere.

These: Diese Gleichsetzung soll den Diskurs prägen und anstatt zum Beispiel pädagogischem Know-How Unterrichtsqualität hauptsächlich auf den Grad des Einsatzes digitaler Lernmedien beschränken.

Indikatoren: Seq. 13, 14

K112C Gesellschaftsveränderung als nicht diskutabel

Trotz Kritik an der Gesellschaft wird eine Veränderung dieser nicht in Betracht gezogen bzw. die Gesellschaft nicht weiter hinterfragt. Es wird auch nicht hinterfragt, wie die Digitalisierung unsere Welt vereinnahmt obwohl es als problematisch dargestellt wird (möglicher Verlust der

Selbstbestimmung). Die Lösung liegt in der Anpassung des Einzelnen, eine Anpassung der Gesellschaft an die aktuellen Problemlagen ist undiskutabel.

Indikator: Seq. 16, 48, 49

K112C1 Anpassung des Einzelnen anstatt Hinterfragen der Digitalisierung

These: Die Digitalisierung wird als unausweichlich und alternativlos dargestellt. Dies soll darauf hinweisen, dass es wichtig ist, dass sich der Einzelne wie auch das Bildungssystem daran anpasst, anstatt diese zu hinterfragen und entsprechend der Gesellschaft angemessen zukunftsfähig zu gestalten.

Indikatoren: Seq. 22, 26, 39

K112C2 Kein Hinterfragen der Zukunftsfähigkeit unseres Gesellschaftssystems

These: Die Zukunftsfähigkeit des Gesellschaftssystems wird keineswegs hinterfragt, obwohl auf Veränderungen in der Gesellschaft hingewiesen wird. Anstatt dessen ist eine „schnelle und praxisnahe Anpassung der Aus- und Weiterbildung“ nötig.

Indikator: Seq. 22

K113 Argumentation mit positiven und negativen Konnotationen

Insbesondere das mmb Institut nimmt keine expliziten Wertungen vor, bewertet aber die Schätzungen der Experten in der Studie mit positiven bzw. negativen Bezeichnungen:

K113A Befürwortung materiellen Profits

These: Grundsätzlich befürwortet vom mmb Institut wird, wovon jemand materiell profitieren kann. Beispielsweise werden das Wachstum der E-Learning Branche und die technologischen Trends sehr positiv konnotiert.

Indikatoren: Seq. 5, 8

K113B Ablehnung von Störern und Verlangsamern der Digitalisierung an Schulen

These: Was materiellen Profit beeinträchtigen oder die Digitalisierung an Schulen verlangsamen könnte, gilt als schlecht bzw. nach Möglichkeit zu vermeiden. Beispielsweise als negativ konnotiert werden der gefährliche Trend für Bildungsverlage, der zu geringe Anstieg des Anteils digitaler Medien in Schule sowie ein potentielles Scheitern an Lehrpersonen.

Indikatoren: Seq. 2, 3, 7, 24

K113B1 Marginalisierung von Gegenpositionen

(potentielle Hindernisse wie kritische Lehrende werden nicht als Chance für Verbesserung oder positiv für Schüler, sondern als Problem gesehen). Lehrende und andere mögliche Gegner der Digitalreform werden argumentativ marginalisiert.

Indikator: Seq. 2, 24

K113C Positiv konnotierte Schlagwörter unterstützen die Argumentation für die Digitalisierung

Ich formuliere die vorläufige These, dass positiv konnotierte Schlagwörter teils zusammenhangslos und ohne Erläuterung zur Argumentation für die Digitalreform hinzugezogen werden. Diese zeigen auf, wie angemessen die Digitalreform für die heutige, moderne Zeit ist und wie zukunftsgerichtet der Einsatz digitaler Medien ist.

Geradezu inflationär wird das Wort „Trend“ verwendet. Aber auch „Teamkompetenz“, „21st Century Skill“, „Innovation“ und „Disruption“ fallen in dem Kontext. Ein weiteres Beispiel ist auch die Bezeichnung der Gegenpositionen als „Vorbehalte“ (negativ) zu „innovativen“ (sehr positiv besetztes Wort im Zusammenhang der Digitalisierung) Technologien und Produkten (Technologien und Produktivität gelten allgemein als sehr positiv).

Indikatoren: Seq. 6, 7, 14, 24

K114 Alogische Argumentation verdeckt dahinterliegende Motivationsgründe

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass vermehrt eine Art ‚Scheinargumentation‘ betrieben wird, um wahre Motivationsgründe zu verdecken.

Damit meine ich, dass oft keine Sinnhafte Einbindung bzw. Erläuterung von Behauptungen in den Kontext erfolgt. Teilweise werden zusammenhangslose Behauptungen aneinandergereiht und von unhinterfragten Schlagworten unterstützt. Solche Argumentationsketten sind vor allem zu erkennen, wenn es um die ethische Rechtfertigung bzw. die Sinnhaftigkeit der Digitalreform fernab von materiellen, wirtschaftlichen Motivationsgründen geht.

Indikatoren: Seq. 6, 7, 14, 17

K115 Zukunftsvisionen für die Gesellschaft

K115A Zukunftsvorstellungen einer vollständig digitalisierten und vernetzten Welt

These: Es herrscht die allgemeine, einzig mögliche und alternativlose Zukunftsvorstellung und Vision einer vollständig digitalisierten und vernetzten Welt. Mehr Kreativität ist hier nicht zu finden.

Indikatoren: Seq. 16, 26, 39

K115B Keine Nennung nachhaltiger(er) Gesellschaftsformen als Alternative

These: Auf die Frage nach möglichen Zukunftsvorstellungen für die Gesellschaft wird weder das Gesellschaftssystem hinterfragt, noch überhaupt an eine nachhaltigere Gesellschaft gedacht (BMBF).

Indikator: Seq. 40, 48

K116 Haltung der SKH's zu ökologischer Nachhaltigkeit

K116A mmb Institut: Keinerlei ökologische Ausrichtung

Ich formuliere die vorläufige These, dass das mmb Institut aufgrund der Aussage „wir sind kein Öko-Institut hier“ keine ökologische Ausrichtung hat und damit auch keine ökologischen Ziele verfolgt.

Indikator: Seq. 29

K116B ForumBD: keine Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit

These: das ForumBD scheint ökologische Nachhaltigkeit weder im Zusammenhang mit Bildung und/oder Digitalisierung noch anderweitig ein wichtiges Thema zu sein. Das ForumBD ist somit auch nicht ökologisch ausgerichtet und hat Nachhaltigkeit als kein Handlungsfeld. Aus dem geführten Interview wurde ersichtlich, dass das Thema Nachhaltigkeit im Kontext der Digitalreform wie auch generell bisher kaum bzw. nicht reflektiert wurde.

Indikator: Seq. 34

K116C BMBF: Nachhaltigkeit ist kein vorrangiges Ziel

These: Nachhaltigkeit ist weder vorrangiges bildungspolitisches noch vorrangiges gesamtgesellschaftliches Ziel

Auf die Frage nach wichtigen bildungspolitischen Zielen für die Zukunft wird Bildungsgerechtigkeit bzw. Chancengleichheit genannt. Obwohl das Thema von der Interviewerin bereits mehrmals erwähnt wurde, und es daher zumindest unterbewusst nahe liegen könnte, wird hier nicht Nachhaltigkeit genannt.

Auch gesamtgesellschaftlich ist ökologische Nachhaltigkeit kein (vorrangiges) Ziel. Zumindest scheint dies nicht auf der Agenda zu stehen. Ich erlaube mir daher den Rückschluss, dass allgemein der ökologischen Nachhaltigkeit im BMBF keine besondere Relevanz eingeräumt wird. Weder in Bezug auf gesamtgesellschaftliche noch in Bezug auf bildungspolitische Problemstellungen.

Indikator: Seq. 40,41

K117 Definition von Nachhaltigkeit

K117A mmb: Nachhaltigkeit ist Vorbereitung auf den Beruf

Auch (Befragter mmb) macht die Verbindung von Bildung mit dem Ziel, auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Doch er steigert diesen Zusammenhang noch insofern, da er das Ziel des Arbeitsmarktes auch in Verbindung mit Nachhaltigkeit nennt. Es ist das erste, was ihm auf die

Frage, inwiefern die Digitalisierung im Bildungssystem nachhaltig ist, einfällt (er geht aber später noch auf ökologische Nachhaltigkeit ein)

- Nachhaltige Bildung ist Bildung, die für den Beruf vorbereitet
- Digitalisierung im Bildungssystem ist insofern nachhaltig, da sie auf den Arbeitsmarkt vorbereitet

Indikator: Seq. 27

K117B ForumBD: Definition von Nachhaltigkeit als Selbstwirksamkeit und politische Mündigkeit

Definition von Nachhaltigkeit nicht als ökologische, sondern als Selbstwirksamkeit und politische Mündigkeit, was ich persönlich unterstütze, interessant ist aber, dass Nachhaltigkeit eben erst einmal nicht als ökologische Nachhaltigkeit verstanden wird.

Indikator: Seq. 37

K117C BMBF: Definition von Nachhaltigkeit im Sinne des Kulturwandels hin zur digitalisierten Welt

Nachhaltigkeit wird hier nicht als ökologische definiert, sondern im Sinne des Kulturwandels hin zur digitalisierten Welt.

Das große gesellschaftliche Thema ist die Digitalisierung, um die sich alles drehen muss und Nachhaltigkeit bedeutet in diesem Sinne eine nachhaltige Transformation der Gesellschaft hin zu einer digitalisierten Gesellschaft

Indikator: Seq. 39

K118 Unterstützung des aktuellen Bildungssystems

These: Das mmb Institut steht hinter dem deutschen Bildungssystem, will dieses erhalten und hinterfragt es auch nicht.

Indikator: Seq. 30

K119 Zusammenhang zwischen der am Individuum orientierten Bildung und Wirtschaftswachstum

These: Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Förderung von Persönlichkeitsentwicklung (vgl. K104D) und Wirtschaftswachstum, indem das Individuum dadurch befähigt wird, sich einem heute viel dynamischeren Arbeitsmarkt anzupassen. Heute wird eine Vielfalt an Berufsbildern benötigt, dazu Fähigkeiten wie Kreativität und Flexibilität, die in der Arbeitswelt eingefordert werden. Dazu kommt die Relevanz von Innovationen für das Wirtschaftswachstum. Die Konzentration auf die Persönlichkeitsentwicklung der Schüler*innen hängt letztlich also auch damit zusammen, diese für den Arbeitsmarkt reif zu machen und damit das Wachstum zu stärken, wenn dies auch nur dahinterliegendes Ziel ist.

Indikatoren: Seq. 42, 45, 46

K201 Allgemeine Ausrichtung auf Wirtschaftswachstum als Gesellschaftsziel

K201A Positive Haltung zu Wirtschaft und Wachstum als gesamtgesellschaftliche Zielsetzung

Allgemein zeigt sich eine positive Haltung der SKHs zur gesamtgesellschaftlichen Wirtschaft. Auch Wirtschaftswachstum wird auf gesamtgesellschaftlicher Ebene als Ziel begrüßt. Selbst bei Ablehnung des Wirtschaftswachstums als alleiniges Bildungsziel wie in Seq. 33 und 38 wird Wirtschaftswachstum gesamtgesellschaftlich begrüßt und erwünscht.

Indikatoren: Seq. 33, Seq. 38, K102 Haltung zu Wirtschaft bzw. der Art des Wirtschaftens in Deutschland, K111 Haltung zu Wirtschaftswachstum, K113A Befürwortung materiellen Profits

K201B Wachstum als Ziel von Bildung und Digitalreform

Im Kapitel zum Kontextwissen wie auch aus den Sequenzen 44-47 wird klar ersichtlich, dass Wirtschaftswachstum ein eindeutiges Ziel der Bildungspolitik sowie auch der Digitalisierungsreform ist. Während mmb und ForumBD als wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Strukturen kollektiven Handelns Wirtschaftswachstum auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zwar als legitime Zielsetzung, auf bildungspolitischer Ebene jedoch nicht als legitimes Primär- bzw. Hauptziel anerkennen, wird von Regierung und BMBF Wirtschaftswachstum klar als zentrale Zielsetzung mit hohem Stellenwert artikuliert.

Eine Orientierung hauptsächlich auf die Vermittlung von Kompetenzen hängt eng auch mit der Digitalreform zusammen. Jedoch zielt diese tatsächlich auch auf die wirtschaftliche Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt. Auch die zunehmende Individualisierung zielt, wie in Seq. 42 beschrieben, auf eine bessere Anpassung auf den Wandel in den Anforderungskatalogen

heutiger viel flexiblerer und unterschiedlicherer Berufsbilder als noch im Industriezeitalter. Konkret wird Wirtschaftswachstum durch Bildung produziert, indem die Schüler*innen konkurrenzfähig gemacht werden und sich damit dem Arbeitsmarkt besser anpassen können. Wenn sie besser im Beruf sind, werden sie mehr für die Wirtschaft leisten. Durch ‚gute Bildung‘ wird mehr Potential für Innovationen geschaffen, was wiederum Wirtschaftswachstum hervorbringen kann. Zudem verbessert Bildung die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

Indikatoren: Seq. 42, Seq. 44-47, K102, K103, K104, Nationales Reformprogramm 2018 der Bundesregierung (vgl. Deutscher Bundestag 2018)

K201C Ethische Maßstäbe für die Bildungspolitik sowie auch das zugrundeliegende Menschenbild sind in diese wirtschaftliche Ausrichtung eingebettet

Die allgemeine Marktorientierung sowie das Wachstumsdogma schlägt sich auch im abzeichnenden Menschenbild, das insbesondere der Bildungspolitik zugrunde liegt, nieder. Auch die Bildungsziele sind auf Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Verwertung ausgerichtet. Der Mensch wird hier als rationalisierbares und rational denkendes Wesen im Sinne des ‚homo oeconomicus‘ gesehen. Insbesondere das Konkurrenzdenken, das auf gesamtgesellschaftlicher Ebene und wirtschaftlicher Ebene in unserer Gesellschaft verbreitet ist, wird im Bildungssystem bereits auf individueller Ebene gefördert bzw. gefordert. Auch hinter der Kompetenzorientierung steht eine Verwertungsabsicht. Dadurch wiederum reproduziert sich auch dieses auf wirtschaftliche Verwertung und Eigennutzen ausgerichtete Wertesystem über die Generationen hinweg.

Indikatoren: K101, K103

K202 Ökologische Nachhaltigkeit ist kein gesellschaftliches Primärziel

Wenn auch ökologische Nachhaltigkeit zum Teil als gesellschaftliches Ziel erwähnt wird, wird der Thematik allgemein keine besondere Relevanz zugeordnet. Insbesondere im untersuchten Diskurs über die Digitalisierung im Bildungssystem scheint ökologische Nachhaltigkeit kaum eine Zielsetzung zu sein, wohl aber Wirtschaftswachstum. Trotz der Omnipräsenz der Klimakrise und weiterer Formen der vom Menschen verursachten Zerstörung der Biosphäre wird Nachhaltigkeit nicht unbedingt als ökologische Nachhaltigkeit definiert.

Im untersuchten Diskurs scheint als Nachhaltigkeit teils mit Digitalisierung gleichgesetzt. Auch ökonomische Nachhaltigkeit im Sinne des Arbeitsmarktes ist präsent. Wenn Nachhaltigkeit im ökologischen Sinne reflektiert wird, so beispielsweise im Kontext mit ‚nachhaltigem Wachstum‘. Eine Vereinbarkeit mit Wirtschaftswachstum wird nicht hinterfragt, die Lösungen zur ökologischen Katastrophe liegen vor allem in der Ebene der Forschung sowie der Bewusstseinsbildung und Anpassung der Individuums, nicht jedoch in einer Veränderung der strukturellen Voraussetzungen in unserer Gesellschaft.

Allgemein wird Nachhaltigkeit im untersuchten Diskurs nicht als vorrangiges Gesellschafts- aber

auch Bildungs- bzw. Digitalisierungsziel gesehen und behandelt. Eine mögliche Erklärung hierfür ist der Widerspruch zwischen einer tatsächlichen ökologischen Nachhaltigkeit, die strukturell verfolgt wird und der Beibehaltung des Gesellschaftssystems einer auf Wachstum fixierten Marktwirtschaft (dass und weshalb dies nicht möglich ist, wurde in Ontologie und Ethik aufgezeigt). Im Vergleich zwischen den SKH's zeigt sich eine deutlich stärkere Ausprägung der Wachstumsfixierung im regierungsnahen BMBF als in dem zivilgesellschaftlichen ForumBD und dem Wissenschaftsinstitut mmb. Die Wachstumsorientierung scheint also besonders aus bildungspolitischer Sichtweise vorgegeben zu sein. Nachhaltigkeit ist jedoch in allen untersuchten SKH's schwach ausgeprägt und scheint wenig reflektiert zu werden. Dass der Wachstumszwang dagegen so stark ausgeprägt ist, lässt auf Machtmechanismen schließen, die dieser Ausrichtung zugrunde liegen.

Indikatoren: Seq. 37, 48, K104, K107, K109, K116, K118

K203 Zweck und Zusammenhang von Digitalreform und Bildungssystem zielen auf wirtschaftliche Verwertbarkeit und ermöglichen so die Produktion und Reproduktion von Wirtschaftswachstum

Dass ökonomisches Wachstum eine zentrale Zielsetzung ist, die mit Bildung sowie auch der Digitalreform verfolgt wird, wurde bereits aufgezeigt. Gleichermaßen wurde aufgezeigt, dass Nachhaltigkeit kein vorrangiges Ziel von Digitalreform bzw. Bildungssystem ist. Bildung als ein zentrales Element von Sozialisation in einer Gesellschaft ist schließlich in die gesamtgesellschaftlichen Zielsetzungen eingebettet.

Die im Diskurs um die Digitalisierungsreform im Bildungssystem artikulierten Kernziele von Bildung sind somit die Vorbereitung der Schüler*innen auf den Arbeitsmarkt. Dazu zählt die Förderung der individuellen Konkurrenzfähigkeit, denn „[w]er keinen Zugang zu digitalen Technologien hat oder wem die Fähigkeit fehlt, damit umzugehen, der fühlt sich schnell im Alltag oder am Arbeitsplatz abgehängt“ (Seq. 19). Der aktuelle Bildungskurs konzentriert sich dabei auf die Vermittlung von ‚Kompetenzen‘, die – wenn auch individualisiert – auf wirtschaftliche Verwertbarkeit in einem heute viel dynamischeren Arbeitsmarkt als noch im Industriezeitalter. Bildung soll damit das Individuum befähigen, Wachstum hervorzubringen. „Und darüber hinaus schafft man ja so ein Potential für Innovationen, die dann wieder, wenn man weiter denkt zu einem Vorteil für den Wirtschaftsstandort Deutschland werden können, einfach im globalen Wettbewerb“ (Seq. 46). Auch Prestige von Deutschland spielt bei der Wachstumsorientierung sowie der Digitalreform eine zentrale Rolle.

Die Zielsetzung der Digitalreform im Bildungssystem stimmt damit mit den Zielen des Bildungssystems überein: Insbesondere die Digitalreform wie auch andere (staatliche) Investitionen in Bildung haben Wirtschaftswachstum als Ziel. Digitalisierung ermöglicht zusätzlich und langfristig Wachstum und wird somit teilweise sogar als ‚nachhaltig‘ bezeichnet.

Durch eine solche Ausrichtung des Bildungssystems wird sich – da Bildung maßgeblich zur Sozialisation beiträgt – diese zugrundeliegende Zielsetzung mitsamt ihrem Wertesystem im Denken und Handeln der nachfolgenden Generation(en) reproduzieren. Eine Ausrichtung des Bildungssystems auf Umsatz, Markt und Konkurrenzdenken wird durch die Heranwachsenden

internalisiert. Durch die wachstumsorientierte Digitalreform wird dies verstärkt. Damit wird das auf Wachstum ausgerichtete Gesellschaftssystem nicht nur durch die ‚direkten‘ Auswirkungen auf die Produktion von Wirtschaftswachstum sondern auch in Handeln und Wertsetzungen weiter gestärkt.

Indikatoren: Seq. 18,19, 42, 45, K193, K104, K108, K118

K204 Gesellschaftsbild und Zukunftsvorstellungen

Was unter Nachhaltigkeit verstanden wird, hängt auch damit zusammen, was als erhaltenswert und zukunftsträchtig verstanden wird. Dass im Falle der untersuchten SKH's darunter nicht unbedingt ökologische Nachhaltigkeit verstanden wird, zeigt bereits Hinweise auf Präferenzen auf. Doch welche Vorstellungen einer Gesellschaft, die in der Zukunft existieren wird und Bestand haben soll, zugrunde liegen und auf welche Weise gesellschaftliche Probleme gemäß den SKH's bewältigt werden sollen und können, soll in dieser Kategorie Thema sein.

K204A Digitalisierung und wirtschaftliches Wachstum

Den untersuchten SKH's, die in den Diskurs über die Digitalisierung im Bildungssystem eingebunden sind, scheinen die Zukunftsvorstellung einer vollständig digitalisierten und vernetzten Welt zu haben. Dies wird allgemein nicht hinterfragt. Daraus folgt auch, dass digitale Kompetenzen als die wichtigsten Kompetenzen sind, die Kinder und Jugendliche heute lernen müssen, um auf die Zukunft vorbereitet zu sein. Aus dieser Vorstellung folgt auch die Auffassung, dass Digitalisierung per se Nachhaltigkeit ist. Die Digitalisierung spielt insbesondere im Zusammenhang mit ökonomischem Wachstum eine besondere Rolle: Wenn die Wirtschaft in Zukunft weiterhin wachsen soll, dann muss jetzt in die Ausbildung digitaler Kompetenzen investiert werden. Nachhaltigkeit scheint dabei kein Gesellschaftsziel zu sein – höchstens in Form von ‚nachhaltigem Wachstum‘.

Indikatoren: K105, K107C, K115A, K118C

K204B Systemerhalt als Ziel

Eine strukturelle Veränderung gilt als nicht diskutabel (höchstens im Rahmen der Interviews als ‚persönliche Meinung‘ klar von der SKH abgegrenzt [Hintergrundwissen aus Interviews]). Das gesellschaftliche System wird nicht hinterfragt. Auch wenn in den Interviews nach Zusammenhängen zwischen der Art und Weise, wie Deutschland wirtschaftet sowie der Naturzerstörung gefragt wird, wird wie in Seq. 48 die Verantwortung für die Problemlage in

einzelnen Akteur*innen (z.B. Plastikverbraucher*innen und VW im Abgasskandal) gesehen. Zur gesellschaftlichen Lösung von Problemen wie die Naturzerstörung wird das Individuum herangezogen: Durch Anpassung des Einzelnen und Bewusstseinsbildung lassen sich diese lösen. Auch die Digitalreform wird zum Löser gesamtgesellschaftlicher Probleme herangezogen. Allgemein wird jedoch das gesellschaftliche System, die kapitalistische Marktwirtschaft und der inhärente Wachstumszwang keineswegs hinterfragt. Auch das Bildungssystem wird von den SKH's nicht hinterfragt (auch hier wieder teils, aber nur abgegrenzt als ‚persönliche Meinung‘). Eine alternative ökologisch nachhaltige Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft wird nicht erachtet.

Indikatoren: K106, K109, K110, K115B

K205 Überlegungen in Bezug auf eine Postwachstumsgesellschaft

Vorneweg soll darauf hingewiesen werden, dass Kategorie K205 nicht allein aus der Analyse entstanden ist, sondern aus einer Kombination der Materialanalyse des ersten Abstraktionsgrades sowie eigenen weiterreichenden Überlegungen, deren Grundlage im Ethik-Kapitel der Ausarbeitung der Forschungsarbeit dargestellt ist.

K205A Zielsetzungen von Bildung als Schlüssel zur Gesellschaftstransformation

Die aktuellen bildungspolitischen Wertsetzungen wie Konkurrenzdenken, Verwertungsabsicht, und Arbeitsmarktorientierung beurteilen Bildung über ihr messbares ‚Output‘ und sind dem gesamtgesellschaftlichen Wachstumszwang untergeordnet. In einer Postwachstumsgesellschaft hingegen sollen besonderen Stellenwert die Fähigkeiten haben, die der Gesellschaft und dem Einzelnen dienen. Gesellschaftliche und soziale Interessen müssen hier über denen der Gesamtwirtschaft stehen.

Die Problematik sowie gleichermaßen die Chance des Einsatzes digitaler Medien im Bildungssystem liegt in der Zielsetzung der Reform, an der sich die Art und Weise der Umsetzung orientieren. Denn worauf Bildung ausgerichtet ist, hat erheblichen Einfluss auf die Wertsetzungen, die generationenübergreifend weitergetragen werden. Insofern Schule eine Instanz der sekundären Sozialisation darstellt, steht vor der Bildung steht letztlich das Gesellschaftssystem, das die Rahmenbedingungen setzt. Durch Änderung der gesellschaftlichen Strukturen wird sich auch automatisch der Bildungskanon den neuen gesellschaftlichen Zielsetzungen anpassen. Wenn wir überlegen, wie wir die zukünftige Gesellschaft gestalten wollen, dann können wir aber auch an der Bildung ansetzen. Bildung in einer Postwachstumsgesellschaft muss auch die Fähigkeiten zu übergreifendem Denken, Allgemeinwissen, Persönlichkeitsentwicklung, Nachhaltigkeit und Gemeinschaft vermitteln. Wenn die Bildungsziele auf Nachhaltigkeit und Gemeinschaft gerichtet sind, werden sich diese Werte auch in den Schüler*innen manifestieren. Auch aktuell bereits schon angestrebte Bildungsziele, die im Diskurs um Digitalisierung und Bildung als legitime Ziele gelten, können dafür dienlich sein.

Erhaltenswert erscheint daher im Hinblick auf eine Postwachstumsgesellschaft die Persönlichkeitsbildung, die auf eigenständiges Denken und Handeln ausgerichtet ist, wie auch Selbstwirksamkeit und Befähigung zu politischer Mündigkeit. Auch Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe zählen dazu. Wichtig ist auch hier die Ausrichtung der Ziele: Sie sind *nachhaltig* - und dies nicht im Sinne der BNE, die tatsächlich nämlich wieder auf (nachhaltiges) Wachstum zielt, sondern im Sinne der Sozialen Nachhaltigkeit, die auf eine ökologische und soziale Gesellschaftstransformation abzielt. Bildung soll gemäß den Ansätzen des Club of Rome zur Transformation im Bildungswesen außerdem auf Werten gegründet werden, „die Nachhaltigkeit und allgemeines Wohlbefinden für alle fördern“ (Weizsäcker et al. 2017, S. 372), was als Soziale Nachhaltigkeit gedeutet werden kann. Es sollen bei der Bildung die notwendigen Fähigkeiten und Persönlichkeitskapazitäten zur kreativen Anpassung in der Zukunft im Vordergrund stehen (vgl. Weizsäcker et al. 2017, S. 369). Für die zukünftige Bildung fordern sie mehr Kooperation und Konnektivität zwischen sowohl den verschiedenen Fachbereichen, den Schüler*innen untereinander, wie auch zwischen Schüler*innen und Lehrenden (vgl. Weizsäcker et al. 2017, S. 370ff.).

Indikatoren: K103, K104, K115B; in Verknüpfung mit dem Konzept Soziale Nachhaltigkeit nach Opielka (2015), Postwachstumsansätze (vgl. z.B. Muraca 2014) und dem aktuellen Bericht des Club of Rome (Weizsäcker et al. 2017)

K205B Digitalisierung hat auch Potentiale für Postwachstum

Besondere Chancen, die dabei der Digitalisierung zukommen, sind die Ermöglichung von individualisiertem Lernen, das an Schwächen und Stärken der*des Lernenden angepasst ist und damit Chancengleichheit herstellen kann. Auch ermöglicht digitales Lernen eine weitere Möglichkeit zur Weltaneignung, die auch durch beispielsweise virtual reality Folgen von Klimawandel hautnah erleben lässt und dadurch erfahrbarer macht, als dies nur in der Zeitung zu hören oder vom Arbeitsblatt zu lesen. Wenn die Digitalisierung zum Wohl der Einzelnen und der Gesellschaft eingesetzt wird und nicht um wirtschaftlichen Interessen oder der Überwachung und Durchleuchtung zu dienen, dann kann sie einem besseren Miteinander beitragen. Die Schüler*innen sollten dabei jedoch begleitet werden. Die Lehrenden sowie auch kritische Pädagogen müssen in den Diskurs miteinbezogen werden, als Ergebnis sollte meines Erachtens ein Kompromiss entstehen, der Digitalisierung zulässt und in den Schul- oder Projektunterricht eingliedert und dabei die Lernenden auch zu digitaler Selbstbestimmung und Verantwortung befähigt sowie trotzdem auch soziale und zwischenmenschliche Kommunikation und Zusammenarbeit fördert. Dabei muss immer abgewägt werden, wann und wie der Einsatz tatsächlich sinnvoll ist und wann nicht. Die Digitalisierung an Schulen sollte nicht mit einer Vereinzelung der Schüler*innen einhergehen.

Aktuell scheint kaum ein Diskurs *darüber* zu existieren; Es wird nicht gefragt, weshalb überhaupt Digitalisierung, Gegenpositionen werden marginalisiert, eine Folgenabschätzung wird als zweitrangig angesehen, ethisches Hinterfragen scheint nicht relevant zu sein. Um Digitalisierung jedoch nachhaltig sinnvoll zu gestalten, muss ein gesellschaftlicher Diskurs mit dem Ziel der

Konsenssuche über Gründe und Ziele der Digitalisierung sowie dem sinnvollen Einsatz geführt werden.

Doch auch bzw. gerade auch in projektorientiertem und fächerübergreifendem Arbeiten kann die Digitalisierung im Sinne von Recherche oder Benutzung spezieller Lern- und Arbeitstools im Sinne des sozialen Miteinanders mit Mehrwert für das gesamte Projekt eingesetzt werden.

Darüber hinaus ermöglicht die Digitalisierung allgemein eine verbesserte Umweltforschung, die durch die Vernetzung auch weltweit Verbreitung finden kann. Es sollte jedoch auch immer mitgedacht werden, dass die Herstellung von Technik sowie deren Gebrauch auch umweltschädlich ist.

Indikatoren: Seq. 28, K101, K103, K104, K105, K107D; in Verknüpfung mit dem Konzept Soziale Nachhaltigkeit nach Opielka (2015), Postwachstumsansätze (vgl. z.B. Muraca 2014) und dem aktuellen Bericht des Club of Rome (Weizsäcker et al. 2017)

K206 Im Diskurs über die Digitalisierungsreform vertreten Wissenschaft und Zivilgesellschaft eine idealistischere und weniger arbeitsmarktorientierte Position zu Bildung

Institutionelle Unterschiede und persönliche Statements im Rahmen der Interviews zeigen – obwohl alle untersuchten SKH's und Interviewpartner*innen wirtschaftliches Wachstum grundsätzlich befürworten – dass der bildungspolitische Kurs deutlich auf die Verwertungsabsicht im Hinblick auf Wachstum zielt als es in Wissenschaft und Zivilgesellschaft Thema und Zielsetzung ist. Allgemein hatten mmb und ForumBD eine idealistischere, das heißt weniger auf wirtschaftliche Verwertbarkeit am Arbeitsmarkt ausgerichtete Vorstellung der Umsetzung der Digitalreform, als es beim BMBF (sowie auch von der Bundesregierung klar artikuliert) der Fall ist. Die tatsächliche Verwertungsabsicht hinter der Digitalreform scheint bekannt zu sein, aber nicht in ihrem vollen Ausmaß. Mmb Institut und noch mehr das ForumBD zielen vor Allem auf Persönlichkeitsbildung der*des Einzelnen und eine Befähigung, in einer digitalisierten Welt zurecht zu kommen. Wirtschaftliche Interessen werden als zweitrangig gesehen. Die tatsächliche politische Agenda, die hinter der Reform steht, scheint gar nicht bewusst zu sein. Sie kämpfen damit vielleicht sogar für eine Art und Weise der Umsetzung, die sie selbst so nicht beachtet haben. Auch im Konsens des BMBF sind idealistische Ziele wie Bildungsgerechtigkeit und Persönlichkeitsentwicklung Ziele, aber Wirtschaftswachstum scheint klares Primärziel zu sein. Allen dreien ist jedoch gemeinsam, dass ökologische Nachhaltigkeit nicht als vorrangiges Ziel der Digitalreform sowie von Bildung allgemein gesehen wird.

Genauere Unterschiede werden folgend aufgezeigt:

- ForumBD: Hauptaugenmerk liegt auf „Persönlichkeitsentfaltung und das individuelle Ausloten und Entwickeln der einzelnen Potentiale“ (Seq. 35), Wachstum wird gesamtgesellschaftlich als Ziel befürwortet, jedoch als Bildungsziel abgelehnt.
- Mmb: Arbeitsmarktorientierung klar vorhanden, aber im Zentrum stehen Ziele fernab von wirtschaftlicher Verwertung. Wirtschaftswachstum als Gesellschaftsziel wird befürwortet

und als Bildungsziel akzeptiert aber nicht für ein zentrales Ziel gehalten. Nachhaltigkeit als wichtiges Gesellschaftsziel, aber nicht Ziel des mmb Instituts und nicht besonderes Ziel von Digitalreform und Bildung.

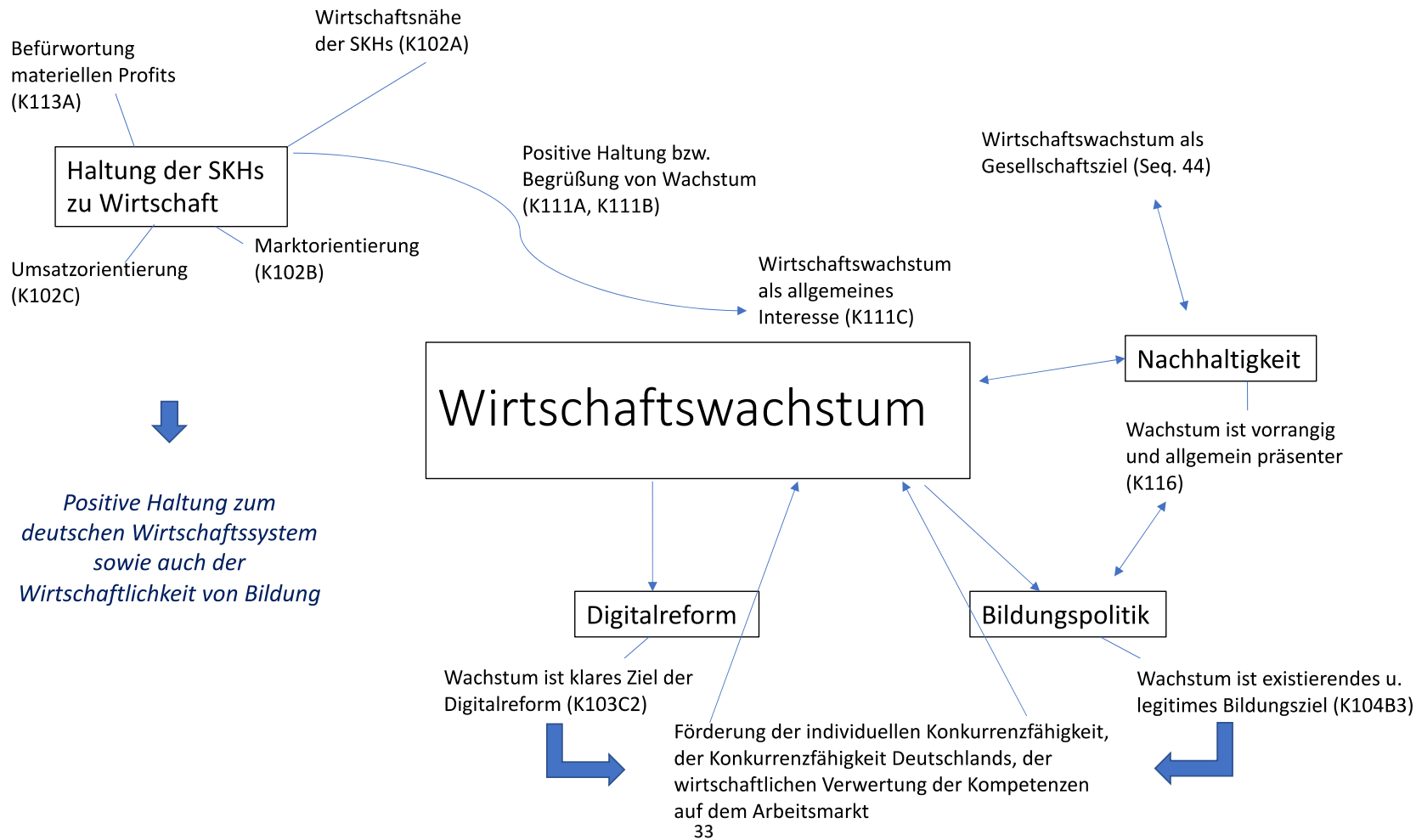
- BMBF: Wirtschaftswachstum und arbeitsmarktorientierte Kompetenzentwicklung werden klar als Bildungs- und Digitalisierungsziel formuliert und anerkannt sowie als wichtiges Gesellschaftsziel anerkannt. Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsgerechtigkeit werden als wichtige, aber untergeordnete Ziele genannt.

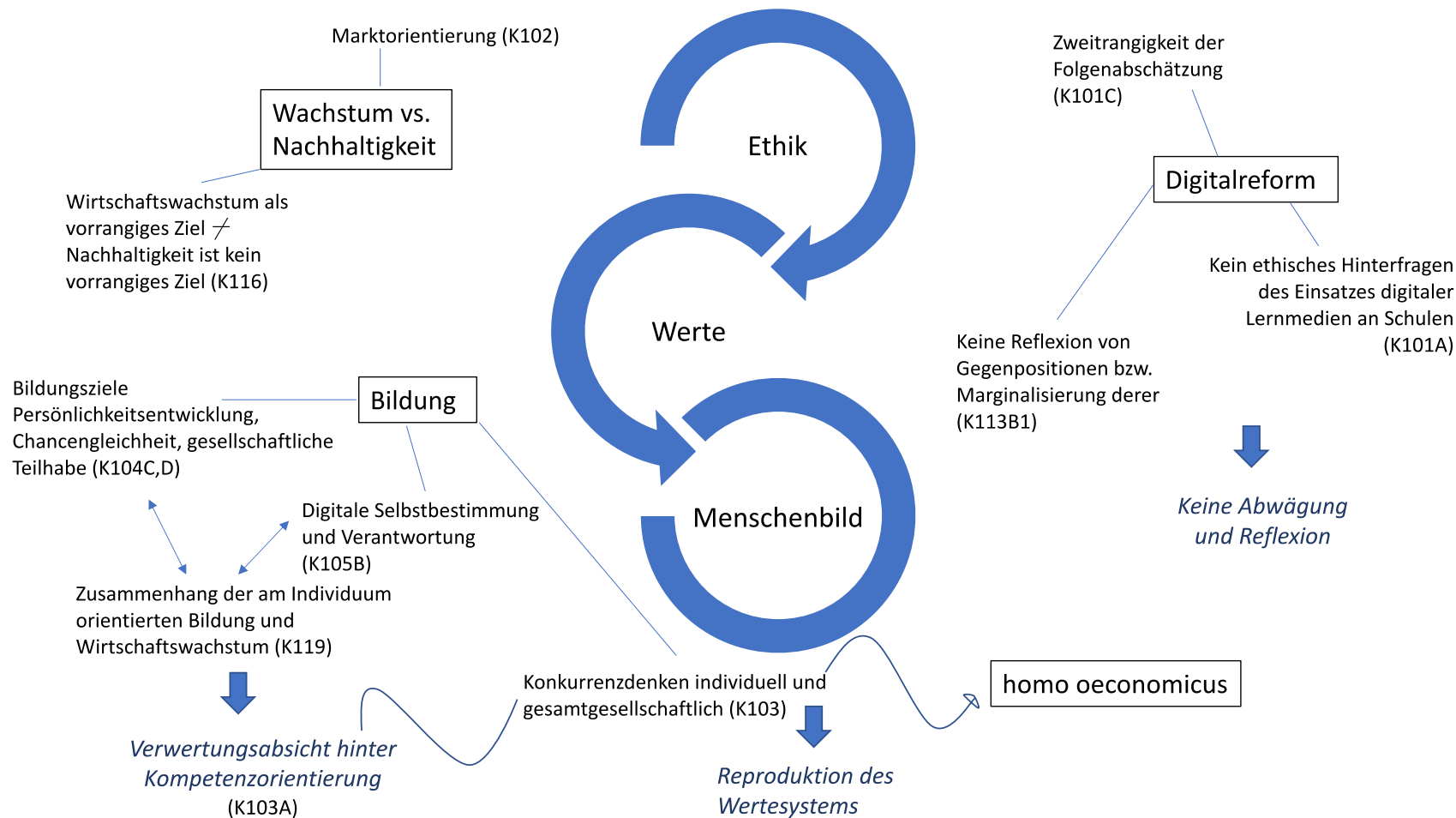
Indikatoren: Seq. 31-33, 35, 40, 43, 47, Nationales Reformprogramm 2018 der Bundesregierung (vgl. Deutscher Bundestag 2018), Hintergrundwissen aus den Interviews

K301 Machtmechanismen hinter gesellschaftlichem Wachstumszwang verhindern eine gesellschaftliche Ausrichtung auf Nachhaltigkeitsziele – auch im Bildungssystem

Wachstum ist in der Bildungspolitik das zentrale Ziel der Digitalisierungsreform wie es auch ein zentrales Gesellschaftsziel ist. Die Relevanzordnung in der Zielsetzung, die in der Bildungspolitik verfolgt wird, spiegelt damit die gesamtgesellschaftliche Relevanzordnung wider. Hinter dem Wachstumszwang auch im Bildungssystem liegen politische und wirtschaftliche Machtmechanismen, denn das Wachstumsdogma ist stärker vorhanden, je näher die untersuchte SKH an der Regierung ist und schwächer, je näher die SKH an der Zivilgesellschaft ist. Allgemein wird Wirtschaftswachstum aber im untersuchten Diskurs keineswegs hinterfragt. Es zählt als nicht hinterfragbares Gesellschaftsziel. Durch Bildung und Digitalisierung soll aus Wachstum produziert werden. Auch das System einer auf Wachstum fixierten Marktwirtschaft wird durch die aktuellen Bildungsziele wieder reproduziert (vgl. Kap 5.1). Dies ist im Sinne des aktuellen Wirtschaftskurses, von dem wiederum Gesellschaft und Politik sehr stark beeinflusst sind (schließlich ist Wachstum ein besonders wichtiges politisches und gesamtgesellschaftliches Ziel). Dass wirtschaftliches Wachstum nicht im Sinne der Zivilgesellschaft sein kann, ist in Anbetracht des unmittelbaren Zusammenhangs mit Naturzerstörung und damit der Zerstörung des menschlichen Lebensraumes offensichtlich. Auf politischer Ebene kann dies nicht völlig unbeachtet sein. Die wirtschaftlichen Mächte in unserer eigentlich demokratischen Gesellschaft scheinen jedoch stärker zu sein als die Zivilgesellschaft. Und wenn doch tatsächlich die Angst vor dem Verlust wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit so groß wäre, dann sollte das Bildungssystem nicht missbraucht werden um diese zerstörerische Gesellschaft zu reproduzieren, sondern, um die heranwachsende Generation vorbereitet wird auf die Anpassung und den Aufbau einer neuen, nachhaltigen Gesellschaftsform. Dass Nachhaltigkeit kein vorrangiges Gesellschafts- und Bildungsziel ist, obwohl die Brisanz nicht abzustreiten ist und längst im gesellschaftlichen Diskurs angekommen ist, kann in diesem Kontext darauf zurückgeführt werden, dass die Machtmechanismen, die hinter dem Wachstumszwang in unserer Gesellschaft sowie hinter der kapitalistischen Wirtschaftsweise allgemein stehen, so stark sind, dass das Ziel der Nachhaltigkeit (auch im Sinne der Sozialen Nachhaltigkeit, vgl. Kap. 4) möglichst klein und unschädlich für das Wirtschaftswachstum („nachhaltiges Wachstum“) ist.

Thematische Mind-Maps aus den Kategorien





Digitalreform

€ Bildungspolitik

Gründe

Zukunft

Wachstum

Individuelle
Konkurrenzfähigkeit anstatt
gemeinsamer Ziele (K103A)

Nachhaltigkeit ist kein Ziel

*Reproduktion des
Systems*

*Zielsetzungen
überschneiden sich
mit allgemeinen
Bildungszielen*

Arbeitsmarkt
(K103A1)

Konkurrenzfähigkeit
Deutschlands (K103B)

Bildung verbessert die
Attraktivität des
Wirtschaftsstandortes
der BRD (K103B2)

Ankurbelung der
Wirtschaft (K103C1)

Digitalisierung
ermöglicht Wachstum
(K108)

Kompetenzaneignung zur
wirtschaftlichen
Verwertbarkeit (K103A3)

Digitalisierung als
'nachhaltig' (K105)

Wachstum aus
Prestige Gründen
(K103B1, K103B2)

Projektion allgemeiner
Kompetenzen auf
digitale Kompetenzen
(K105A)

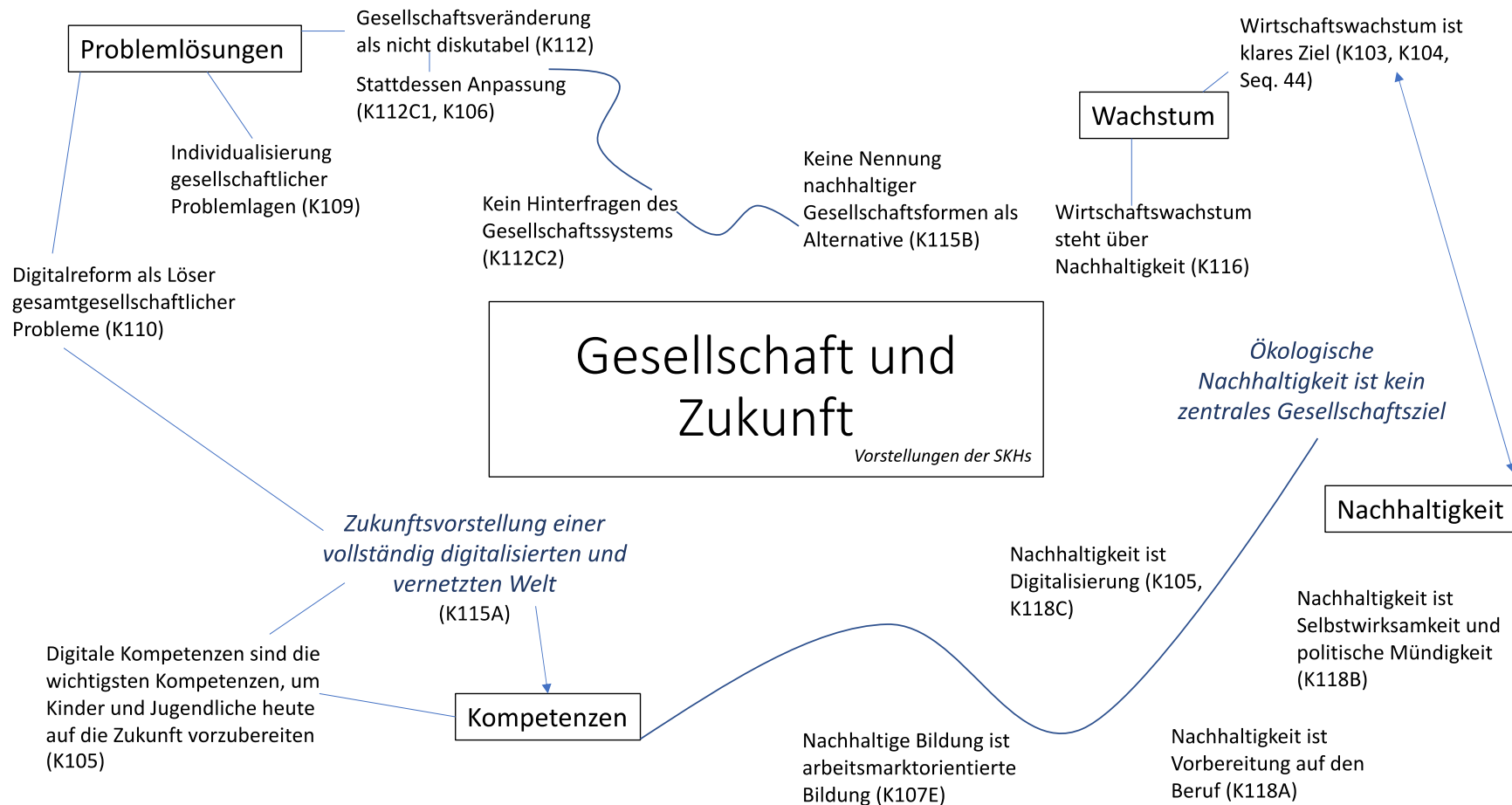
Digitalisierung als
Qualitätsindikator von
Bildung (K112B2)

Digitalreform als Löser
gesamtgesellschaftlich
er Probleme (K110)

Innerhalb des Systems

Systemerhalt

Wirtschaftswachstum
als klares Ziel der
Digitalreform (K103C2)



Wachstum

Gesellschaftliche bzw. soziale Interessen (darunter Nachhaltigkeit und Umweltschutz) müssen über den Interessen der Gesamtwirtschaft stehen

Entgegen einer auf Wachstum ausgerichteten Gesellschaft sollen die Fähigkeiten, die der Gemeinschaft/der Umwelt dienen einen besonderen Stellenwert haben

Verbesserte Umweltforschung durch Digitalisierung (K107B)

Digitales Lernen als Schlüssel zur Weltaneignung auch im ökologisch nachhaltigen Sinne (K103D)



Postwachstum

Anmerkung: Diese Mind-Map bezieht sich auf die Auswertung, bei der Bildung der Kategorie K205 wurde die ethische Positionierung hinzugezogen

Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe (K104C)

Persönlichkeitsentwicklung (K104D)

Eigenständiges Denken und Handeln

Selbstwirksamkeit und politische Mündigkeit (K115B)

Digitale Selbstbestimmung und Verantwortung (K105B)

Reflektierter Umgang mit Digitalisierung

Digitalisierung kann auch umweltschädlich sein (K107D)

Befunde in Bezug zur forschungsleitenden Heuristik¹

Welche Rolle spielt das Digitalisierungsparadigma im Bildungssystem für die Entwicklung einer (Post-)Wachstumsgesellschaft?

(1) Zugrundeliegende Prämissen der Akteure bezüglich Bildungssystem und Digitalisierungsreform

Welches Bildungsverständnis geht aus dem untersuchten Material hervor? Und welche gesellschaftlichen bzw. ökonomischen Ziele sollen für das Bildungssystem gelten?

Bildung soll die Menschen befähigen, in unserer bestehenden Welt zurechtzukommen und die bestehende Gesellschaftsform zu stützen. Dazu soll sie einerseits zur Chancengleichheit beitragen sowie die Persönlichkeitsentwicklung der Einzelnen fördern, aber diese auch konkurrenzfähig machen bzw. auf die Arbeitswelt vorbereiten. Die Bildung zielt jedoch auf eine Gesellschaftserhaltung und soll damit auch Wirtschaftswachstum produzieren wie auch die Wachstumsgesellschaft reproduzieren. Anstatt zur Lösung von Problemen befähigt zu werden, sollen die Einzelnen lernen, sich anzupassen.

Vgl. K104

- K104A Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt
- K104B2 Bildung befähigt das Individuum, Wirtschaftswachstum hervorzubringen
- K104B3 Wirtschaftswachstum als existierendes sowie legitimes Bildungsziel
- K104C Herstellung von Chancengleichheit
- K104D Persönlichkeitsbildung
- K106 Anpassung als wichtige Kompetenz
- FS Krautz 2007: (zunehmende) Ausrichtung von Bildung und Bildungssystem auf wirtschaftliche Verwertung der vermittelten Kompetenzen
- FS Lankau 2017: Bildungsziele Wirtschaftsförderung, Kompetenzorientierung (=) Arbeitnehmerflexibilisierung und Verhaltenssteuerung
 - Verhaltenssteuerung: Eingliederung der Einzelnen ins System; K106 Anpassung
 - Wirtschaftsförderung und Arbeitnehmerflexibilisierung auch hier deutlich erkennbar als Bildungsziele

Zusammenhang von Bildungsverständnis und Digitalisierungsreform

Die Digitalisierungsreform hängt dabei eng mit dem auf Kompetenzen und Verwertbarkeit ausgelegtem Bildungssystem zusammen. Auch passt die Reform insofern in das Bildungsverständnis, da sie eine Anpassung an gesellschaftliche Veränderungen darstellt. Wie die Bildung zielt auch die Digitalreform auf einen Systemerhalt ab und darauf, dass die Lernenden optimal in die bestehende Welt eingegliedert werden. Auch in der Zielkonstruktion ist die Digitalreform perfekt in das im Bildungsverständnis im Diskurs eingebettet. Demnach ist es verständlich, dass der Grad der Digitalisierung als Qualitätsfaktor von Bildung gilt (wobei mit Qualität von Bildung messbare Effizienz gemeint ist, s. PISA).

Welche gesellschaftlichen bzw. ökonomischen Ziele sollen mit der Digitalisierung erfüllt werden?

- K103A Individuelle Konkurrenzfähigkeit anstatt gemeinsamer Ziele

¹ Wenn auch nicht alle K100er-Kategorien aus dem Kategorienschema im Anhang gültige Thesen sind, so stellen die in dieser Heuristik erwähnten Kategorien jedoch den Befund dieser Forschung in Form der generierten Thesen dar.

- K103A1: Schüler reif für den Arbeitsmarkt machen
- K103A3: Erlernen von Kompetenzen zu deren wirtschaftlicher Verwertbarkeit
- K103B Konkurrenzfähigkeit Deutschlands aka gesamtwirtschaftliches Wachstum
- K103B1 Prestige Deutschlands
- K103B2 Deutschland soll auch aus Prestigegründen ein großes Wachstum haben
- K103B3 Bildung verbessert die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland
- K103C Wirtschaftswachstum
- K103D Digitales Lernen als Schlüssel zur (nachhaltigen) Weltaneignung
- *FS Lankau 2017: Digitalisierung im Bildungssystem soll Wettbewerbsfähigkeit stärken*

Welche positiven sowie negativen Eigenschaften werden der Digitalisierungsreform zugeschrieben?

- Positive Eigenschaften:
 - S.o. K103er
 - K105B Verantwortung und Selbstbestimmung im Umgang mit digitalen Medien
- Negative Eigenschaften:
 - K107D Digitalisierung kann umweltschädlich sein
 - Bei bloßem Einsatz der Geräte ohne pädagogischen Konzepten und ohne Begleitung durch Lehrende kann Digitalisierung auch Schaden anrichten oder zumindest nicht förderlich sein

(2) Zugrundeliegendes Gesellschaftsverständnis

Welches Menschenbild liegt den Positionierungen zugrunde?

K201C Die allgemeine Marktorientierung sowie das Wachstumsdogma schlägt sich auch im abzeichnenden Menschenbild, das insbesondere der Bildungspolitik zugrunde liegt, nieder. Auch die Bildungsziele sind auf Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Verwertung ausgerichtet. Der Mensch wird hier als rationalisierbares und rational denkendes Wesen im Sinne des ‚homo oeconomicus‘ gesehen. Insbesondere das Konkurrenzdenken, das auf gesamtgesellschaftlicher Ebene und wirtschaftlicher Ebene in unserer Gesellschaft verbreitet ist, wird im Bildungssystem bereits auf individueller Ebene gefördert bzw. gefordert. Auch hinter der Kompetenzorientierung steht eine Verwertungsabsicht. Dadurch wiederum reproduziert sich auch dieses auf wirtschaftliche Verwertung und Eigennutzen ausgerichtete Wertesystem über die Generationen hinweg.

- *FS: Krautz 2007: zugrundeliegendes Menschenbild ist funktional (homo oeconomicus)*

Welche Vorstellungen einer Zukunftsgesellschaft liegen den Positionierungen zugrunde?

- Siehe K204 Gesellschaftsbild und Zukunftsvorstellungen

Welche gesellschaftlichen Ziele sollen angestrebt werden?

- K204A Digitalisierung und wirtschaftliches Wachstum
- K204B Systemerhalt als Ziel
 - K103B1 Prestige Deutschlands
 - K103B2 Deutschland soll auch aus Prestigegründen ein großes Wachstum haben
 - K103B3 Bildung verbessert die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland
 - K103C Wirtschaftswachstum

Welche gesellschaftlichen Probleme artikuliert die SKH?

„Befragte (1): Ja die Frage soziale Gerechtigkeit. - Befragter (2): Absolut, ja. (weitere Ausführungen) - Befragte (1): So Generationenfolge. Wer ist für wen wie verantwortlich, überhaupt. Die Rolle von Staat und Einzelnen. Da könnten wir leicht ins Philosophieren jetzt geraten wahrscheinlich“ (Seq. 41, Interview BMBF)

- Teilweise, wenn auch wenig ausgeprägt, wird aber auch die Umweltkrise angesprochen (mmb)

Wie positioniert sich der Akteur zum Thema Nachhaltigkeit?

- K202 Ökologische Nachhaltigkeit ist kein gesellschaftliches Primärziel
- K116A-C, K117

Welcher Zusammenhang wird zwischen Bildung und Nachhaltigkeit bzw. zwischen Digitalisierung und Nachhaltigkeit gezogen?

- K202, K203
- K107E Nachhaltige Bildung ist arbeitsmarktorientierte Bildung
- K103D Digitales Lernen als Schlüssel zur (nachhaltigen) Weltaneignung
- K107B Verbesserte Umweltforschung
- K107D Digitalisierung kann umweltschädlich sein

Wie hängt das sich abzeichnende Gesellschaftsbild mit dem Bildungsverständnis und der Digitalisierungsreform zusammen?

Insofern das Bildungsverständnis auch dem Gesellschaftsbild untergeordnet ist: Digitalisierung und Bildung sollen Lernende in die bestehende Welt eingliedern und die Gesellschaft erhalten und reproduzieren. Dazu gehört die Förderung von Konkurrenzfähigkeit und Innovationen, damit die Lernenden Wirtschaftswachstum produzieren.

(3) Welche Eigenschaften und Wirkungen werden dem Wirtschaftswachstum zugeschrieben?

Wie positioniert sich der Akteur in der Wachstumsdebatte?

- K201 Allgemeine Ausrichtung auf Wirtschaftswachstum als Gesellschaftsziel
- K201A Positive Haltung zu Wirtschaft und Wachstum als gesamtgesellschaftliche Zielsetzung
- K206 Im Diskurs über die Digitalisierungsreform vertreten Wissenschaft und Zivilgesellschaft eine idealistischere und weniger arbeitsmarktorientierte Position zu Bildung

Welches Wachstumsverständnis liegt den Digitalisierungskonzepten zugrunde? Und welcher Zusammenhang zwischen Bildung und Wirtschaftswachstum wird hergestellt?

- K201B Wachstum als Ziel von Bildung und Digitalreform

Wie reproduziert sich die vorhandene Wachstumslogik durch dieses Bildungsparadigma?

- K203 Zweck und Zusammenhang von Digitalreform und Bildungssystem zielen auf wirtschaftliche Verwertbarkeit und ermöglichen so die Produktion und Reproduktion von Wirtschaftswachstum

(4) Welche Ziele werden durch welche Methoden verfolgt beziehungsweise welche Ziele sollen durch welche Methoden verfolgt werden?

Zusammenhang der Darstellung der Digitalisierungsreform (1) mit der Haltung des Akteurs zum Wirtschaftswachstum (3)

- K105 Digitale Kompetenzen sind die wichtigsten Kompetenzen, um Kinder und Jugendliche heute auf eine zukunftsfähige Gesellschaft vorzubereiten
- K108 Digitalisierung ermöglicht Wachstum

Welche Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung gibt die dargestellte Form der digitalisierten Bildung vor bzw. unterstützt sie?

- K204A Digitalisierung und wirtschaftliches Wachstum

- K204B Systemerhalt als Ziel

Auf welche Konsequenzen läuft die gegenwärtige Positionierung hinaus?

Die Gesellschaft wird weiterhin so erhalten und gestützt. Die Digitalisierung wird unhinterfragt eingesetzt und unter anderem damit weiterhin Wachstum angestrebt. Die systemische Ebene gesellschaftlicher und ökologischer Probleme wird nicht hinterfragt, es wird versucht, die Einzelnen solange anzupassen, bis es nicht mehr geht – oder bereits zu spät ist.

Wie soll die Digitalisierung das Wachstum stützen?

- K103C1 Ankurbelung der Wirtschaft
- K103C2 Wirtschaftswachstum als Ziel der Digitalreform

Inwiefern wird die Wachstumslogik durch die Digitalisierungsreform sowie die Darstellung dieser reproduziert?

- Ausrichtung auf Individuelle Konkurrenzfähigkeit (K103A) und wirtschaftliche Verwertbarkeit der Kompetenzen manifestiert sich im Wertesystem der Heranwachsenden
- Außerdem wird Wachstum produziert (K108) und damit die Wachstumsgesellschaft weiter gestützt (K119)

(5) Zu 1-4 Was bleibt ungesagt?

Was wird nicht thematisch gesagt?

- Dass Wirtschaftswachstum klares Ziel der Bildungspolitik ist, wird erst auf Nachfrage klar bejaht
- K101, K102, K119

Welche Fragen bleiben trotz thematischem Zusammenhang unbeantwortet?

- K101A Kein ethisches Hinterfragen des Einsatzes digitaler Lernmedien
- K101B Keine Reflexion von Gegenpositionen
- K101C Folgenabschätzung

Was wird implizit deutlich gemacht?

- K113 Argumentation mit positiven und negativen Konnotationen
 - K113A Befürwortung materiellen Profits
 - K113B Ablehnung von Störern und Verlangsamern der Digitalisierung an Schulen
 - K113C Positiv konnotierte Schlagwörter unterstützen die Argumentation für die Digitalisierung

Welche Argumentationsstrategien werden verwendet und wozu werden sie eingesetzt?

- K113 Argumentation mit positiven und negativen Konnotationen
- K114 Alogische Argumentation verdeckt dahinterliegende Motivationsgründe
- K105A Projektion allgemeiner Kompetenzen auf digitale Kompetenzen
- FS Lankau 2017: Argumentationsstrategien sind: Alternativlosigkeit der Digitalreform, alogische Begriffe, 4.0- Metapher
 - „das geht einfach nicht mehr weg dieses Thema“ (39)
 - K114
 - „21st Century Skill“ (K113C)
- FS Krautz 2007: Argumentationsstrategien sind: Alternativlosigkeit der Reform, Bezeichnung als Megatrend
 - S.o.

- K113C Positiv konnotierte Schlagwörter unterstützen die Argumentation für die Digitalisierung; BSP „Trend“;

Welches Wissen wird nicht mehr hinterfragt, sondern als unumstritten vorausgesetzt?

- K112 Argumentation mit unhinterfragtem, nicht reflektiertem Wissen und Zusammenhängen
 - K112A Brisanz des digitalen Wandels als nicht erklärtes Argument für den digitalen Wandel im Bildungssystem
 - K112B Unbegründete Heraushebung digitaler Medien zum Alleskönner
 - K112B1 Unbegründeter Zusammenhang zwischen der ‚natürlichen Form des Lernens‘ und digitalisierter Bildung als nicht erklärtes Argument für den digitalen Wandel im Bildungssystem
 - K112B2 Digitalisierung als Qualitätsindikator
 - K112C Gesellschaftsveränderung als nicht diskutabel
 - Kein Hinterfragen von Digitalisierung
 - Kein Hinterfragen der Zukunftsfähigkeit unseres Gesellschaftssystems

Wieso werden bestimmte Themen ausgeklammert und nicht explizit formuliert?

- Vgl. K301, K202, K102
- Nachhaltigkeit (würde Wirtschaftswachstum widersprechen)

Welche Mächte bzw. Machtmechanismen wirken hier?

- K301 Machtmechanismen hinter gesellschaftlichem Wachstumszwang verhindern eine gesellschaftliche Ausrichtung auf Nachhaltigkeitsziele – auch im Bildungssystem
- FS Vogel 1997: Ökonomische Argumente dominieren den Diskurs um das Bildungssystem und drängen traditionelle pädagogische Gesichtspunkte zurück (LR: hier bestätigt); Zielsetzungen des Bildungssystems folgen der politischen Ausrichtung der Gesellschaft (LR: Macht!); Konflikt zwischen ökonomischen und pädagog. Argumenten muss politisch gelöst werden (LR: Lösungsansatz)

(6) Welche Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung kann die Digitalisierung im Bildungssystem begünstigen?²

Welche verschiedenen Ansprüche an das Bildungssystem werden in einer Wachstums- sowie einer Postwachstumsgesellschaft gestellt? Ist das aktuelle Bildungssystem noch passend auf das, was junge Menschen für eine zukunftsfähige Gesellschaft können müssen?

- K205A Zielsetzungen von Bildung als Schlüssel zur Gesellschaftstransformation

Welche Rolle spielt die Digitalisierung diesbezüglich?

Wie kann die Digitalisierung im Bildungssystem eine Wachstumsgesellschaft reproduzieren?

- K204A, K204B
- K203 Zweck und Zusammenhang von Digitalreform und Bildungssystem zielen auf wirtschaftliche Verwertbarkeit und ermöglichen so die Produktion und Reproduktion von Wirtschaftswachstum

Welchen Nutzen kann sie für die Entwicklung einer Postwachstumsgesellschaft haben? Inwiefern ist digitale Bildung zukunftsweisend? Wo gibt es Chancen für eine nachhaltige Postwachstumsgesellschaft?

² Die letzte Frage der Heuristik kann nicht allein aus der Materialanalyse beantwortet werden. Hier wird eine Trias aus Materialanalyse, Forschungsstand und weiterreichenden Überlegungen – insbesondere vom Standpunkt meiner eigenen ethischen Positionierung aus – dargestellt.

- Siehe K205B Digitalisierung hat auch Potentiale für Postwachstum

Literatur

- BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.). (2017). *Vernetzen. Fördern. Gestalten. Aufgaben für Bildung und Forschung im digitalen Wandel*. Frankfurt a. M.: Zarbock.
- Deutscher Bundestag (2018). *Unterrichtung durch die Bundesregierung. Nationales Reformprogramm 2018. Deutscher Bundestag 19/1870*. Köln: Bundesanzeiger Verlag GmbH.
- ForumBD, Forum Bildung Digitalisierung e.V. (Hrsg.) (2019c). Neue Konzepte und Strukturen: Wie gelingt die Digitalisierung in Bildungseinrichtungen? <https://www.forumbd.de/der-verein/neue-konzepte-und-strukturen-wie-die-digitalisierung-in-bildungseinrichtungen-gelingt/>. Zugriffen: 17. März 2019.
- ForumBD, Forum Bildung Digitalisierung e.V. (Hrsg.). (2019a). Der Verein. <http://www.forumbd.de/der-verein/>. Zugriffen: 04. März 2019.
- ForumBD, Forum Bildung Digitalisierung e.V. (Hrsg.). (2019b). Digital selbstbestimmt? Was müssen wir in Zukunft wissen und können? <https://www.forumbd.de/der-verein/digital-selbstbestimmt-was-wir-in-zukunft-wissen-und-koennen-muessen/>. Zugriffen: 17. März 2019.
- Keller, Reiner (2011). *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden: VS.
- Keller, Reiner, & Truschkat, Inga (Hrsg.). (2013). *Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Band 1: Interdisziplinäre Perspektiven*. Wiesbaden: VS.
- mmb Institut, Gesellschaft für Medien- und Kompetenzforschung (Hrsg.). (2016). Schlussbericht zur Trendstudie zum Digitalen Lernen im Jahr 2025. Im Rahmen des Jubiläums 25 Jahre LEARNTEC – digitale Lernkultur im Wandel. https://www.learntec.de/shared_files/content_files/marketing/schlussbericht-final-20161208-trendstudie-learntec.pdf. Zugriffen: 17. März 2019.
- Muraca, Barbara (2014). *Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums*. Berlin: Klaus Wagenbach.
- Opielka, Michael (2015). Was ist und wozu nützt Soziale Nachhaltigkeit? https://www.izt.de/fileadmin/downloads/pdf/LunchTalk/Opielka_Essay_Soziale_Nachhaltigkeit_Izt_2015.pdf. Zugriffen: 05. Juni 2017.
- Roos, Ulrich (2013). Grounded Theory als Instrument der Weltpolitikforschung. Die Rekonstruktion außenpolitischer Kultur als Beispiel. In: Ulrich Franke, Ulrich Roos (Hrsg.), *Rekonstruktive Methoden der Weltpolitikforschung. Anwendungsbeispiele und Entwicklungstendenzen* (S. 309-348). Baden-Baden: Nomos.

Weizsäcker, Ernst Ulrich, Wijkman, Anders et al. (2017). *Wir sind dran. Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen*. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.

Materialsammlung, Anhang und Kategorienbildung zur Studie 'Königsweg Vollbeschäftigung?'

Daniel Hegemann

I Untersuchungszeitpunkt 2001

1. Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Quelle:

Bundesregierung (2001). Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/lebenslagen-erster-armuts-reichtumsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=2. Zugriffen: 08. Oktober 2019.

1.1 Sequenzen 1. ARB, 2001

„Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung am 27. Januar 2000 damit beauftragt, einen Armuts- und Reichtumsbericht zu erstatten. Die Bundesregierung setzt diesen parlamentarischen Auftrag mit der Vorlage des Berichts „Lebenslagen in Deutschland - Der erste Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung“ um.“ (1. ARB (2001): S. XIV; Seq. 1)

„Er hat das Ziel, ein differenziertes Bild über die soziale Lage in Deutschland zu geben. Die Berichterstattung wird als Querschnittsaufgabe verstanden. Mit ihrer Gesamtschau der sozialen Wirklichkeit eröffnet sie eine systematische Verzahnung verschiedener Politikbereiche.“ (1. ARB (2001): S. XIV; Seq. 2)

Kommentar [DH1]: These: Offenbar hätte die Bundesregierung keinen solchen Bericht angefertigt, wenn der Bundestag ihr nicht diesen Auftrag gegeben hätte.

Kommentar [DH2]: Als Ziel des ARB wird ein „differenziertes“ Bild über die „soziale Lage“ genannt, das einen Überblick für die unterschiedlichen Politikbereiche liefern soll, sodass diese daraus ihren jeweiligen Nutzen ziehen können.
These: Der 1. ARB wird als groß angelegtes Projekt wahrgenommen, aus dem durchaus nützliche Erkenntnisse gewonnen werden können.

„Sie hat die Aufgabe, materielle Armut und Unterversorgung sowie Strukturen der Reichtumsverteilung zu analysieren und Hinweise für die Entwicklung geeigneter politischer Instrumente zur Vermeidung und Beseitigung von Armut, zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit sowie zur Verminderung von Polarisierungen zwischen Arm und Reich zu geben.“ (1. ARB (2001): S. XIV; Seq. 3)

„Die Berichterstattung soll dazu beitragen, die Diskussion über „Armut“ und „Reichtum“ zu versachlichen und zu enttabuisieren. Beide Begriffe entziehen sich aufgrund ihrer Vielschichtigkeit einer allgemeingültigen Definition. Sie stehen als Synonyme für den unteren bzw. oberen Rand der Wohlstandsverteilung.“ (1. ARB (2001): S. XIV; Seq. 4)

„Insbesondere die Aufgabe, Armut zu messen bzw. messbar zu machen, ist im streng wissenschaftlichen Sinne nicht lösbar. Auf eine endgültige Festlegung wird daher im Bericht verzichtet. Ihm liegt vielmehr ein pluralistischer Armutsbegriff im Sinne des Lebenslagenansatzes zugrunde, der Unterversorgungslagen aus verschiedenen Perspektiven betrachtet.“ (1. ARB (2001): S. XIV; Seq. 5)

„Im Hinblick auf den Reichtumsbegriff fehlen, auch wegen des erst in Ansätzen entwickelten Forschungsstandes, bislang klare Definitionen und Abgrenzungen. Angesichts dieser Tatsache und einer sehr begrenzten Datenlage beschränkt sich der Bericht daher auf eine beschreibende Darstellung der Einkommens- und Vermögensverteilung.“ (1. ARB (2001): S. XIVf.; Seq. 6)

„Der neue Kurs der Bundesregierung: Die Zukunft gestalten - Deutschland erneuern“ (1. ARB (2001): S. XV; Seq. 7)

„Die Bestandsaufnahme und Analyse der Entwicklung in Deutschland bis 1998 macht in fast allen Lebensbereichen deutlich, dass soziale Ausgrenzung zugenommen und Verteilungsgerechtigkeit abgenommen hat. Die Arbeitslosigkeit hat im Jahre 1998 in Deutschland mit rd. 4,3 Mio. Menschen

Kommentar [DH3]: Siehe Seq. 2: Hier werden die Aufgaben der Politik genannt, die mithilfe der Erkenntnisse des ARB nun offenbar besser erfüllt werden können, indem (neue) politische Instrumente entwickelt werden.
Dem Bericht wird nicht nur Analysemöglichkeiten hinsichtlich der Bekämpfung von Armut, sondern ebenfalls zur Verteilung von Reichtum und der Verringerung von Ungleichheiten für die Politik eingeräumt.

Kommentar [DH4]: Armut und Reichtum lassen sich nach Maßgabe der Verfasser*innen nicht definieren, sondern stehen nur für ein „unten“ und „oben“.
Dem 1. ARB wird die Möglichkeit unterstellt, sachlich und „enttabuisierend“ wirken zu können.
These: Offenbar gibt es im Jahr 2001 ein Tabu über Armut und Reichtum zu diskutieren, sonst müsste die Debatte nicht versachlicht werden.

Kommentar [DH5]: Armut lässt sich nach den Verfasser*innen nicht messen, weshalb dem 1. ARB ein „pluralistischer Armutsbegriff“ in Anlehnung an den Lebenslagenansatz der EG zugrunde gelegt wird.
These: Armut wird in dessen Vielschichtigkeit durchaus ernst genommen und es wird nicht auf einen absoluten Armutsbegriff

Kommentar [DH6]: These: Während beim Armutsbegriff von den Verfasser*innen zumindest der Versuch einer Annäherung vorgenommen wird, wirken diese beim Reichtumsbegriff überfordert, sodass es hierbei nur zu einer beschreibenden Darstellung gereicht hat.

Kommentar [DH7]: Der Titel verweist auf einen „neuen“ Weg, der in der Zukunft eingeschlagen werden soll, um Deutschland zu „erneuern“. Lässt sich die Zukunft nur gestalten, wenn Deutschland erneuert wird?

Kommentar [DH8]: Die sich vergrößernde Schere zwischen Arm und Reich sowie die ansteigenden Arbeitslosenzahlen wird als dramatisch bezeichnet, aber die Gründe für diese Entwicklung bleiben unerwähnt.
These: Aus diesen Beschreibungen spricht: Die wirtschafts- und sozialpolitische Situation befindet sich

im Jahresdurchschnitt dramatische Ausmaße angenommen. Die damit verbundenen Transferleistungen - insbesondere zur Überwindung von Langzeitarbeitslosigkeit und existenzieller Armut - stiegen stark an. Immer mehr Familien waren auf Sozialhilfe angewiesen. Hohe Steuerbelastungen lähmten Eigeninitiative und Investitionsbereitschaft. Die Belastung künftiger Generationen durch hohe staatliche Haushaltsdefizite und steigende Sozialabgaben war immens angewachsen.“ (1. ARB (2001): S. XV; Seq. 8)

„Nach dem Regierungsantritt Ende 1998 hat die Bundesregierung den wachstums- und beschäftigungshemmenden Reformstau aufgelöst und eine Reformpolitik für soziale Gerechtigkeit und Fortschritt auf den Weg gebracht. Diese Reformpolitik durchdringt alle Politikbereiche. Mit dem Zukunftsprogramm 2000 hat sie den Staat wieder handlungsfähig gemacht. Mit der größten Steuerreform in der Geschichte der Bundesrepublik wurden die Wachstumskräfte und die Nettoeinkommen der Bürger deutlich gestärkt.“ (1. ARB (2001): S. XV; Seq. 9)

„Durch die Unternehmensteuerreform wurde die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöht. Dies gibt Anreize für mehr Investitionen und Beschäftigung. Wichtige Strukturreformen wurden auf den Weg gebracht. So sorgt die Reform der sozialen Alterssicherung für langfristig stabile Beitragssätze und ein hohes Rentenniveau. Sie schafft damit nachhaltig eine Entlastung künftiger Generationen. Die neue Bildungspolitik fördert zudem den Zugang einkommensschwächerer Familien zu Studium und Qualifizierung und damit zu krisensicheren Arbeitsplätzen.“ (1. ARB (2001): S. XV; Seq. 10)

„Die Bundesregierung setzt beim Abbau der Arbeitslosigkeit auf eine sich wechselseitig verstärkende Verbesserung der Angebots- und Nachfrageseite der Wirtschaft, auf konsequente beschäftigungsfördernde Reformen und auf die Schaffung dauerhaft günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Strukturelle Reformen brauchen die Akzeptanz von Wirtschaft und Gewerkschaften.“ (1. ARB (2001): S. XV; Seq. 11)

„Die positiven Auswirkungen dieser Politik kristallisieren sich mehr und mehr heraus. Die wirtschaftliche Lage ist stabil, die Zahl der Arbeitsplätze steigt und die Arbeitslosigkeit sinkt. Die Reformen der Bundesregierung haben eine Trendumkehr bewirkt und somit die Voraussetzung für mehr sozialen Zusammenhalt und Gerechtigkeit geschaffen.“ (1. ARB (2001): S. XVI; Seq. 12)

Kommentar [DH9]: Siehe Seq. 8: Die aktuelle Politik setzt auf Reformen für soziale Gerechtigkeit, die den Staat (wieder!) und durch wachstums- und beschäftigungsfördernde Maßnahmen (Steuerreform) handlungsfähig machen.

Kommentar [DH10]: Der absolute Fokus liegt auf der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Strukturreformen sind dazu da, Investitionen und Beschäftigungszahlen anzukurbeln. Bildungspolitik soll krisensichere Arbeitsplätze schaffen.

Kommentar [DH11]: Die Verringerung von Arbeitslosigkeit wird der Wirtschaft (durch „eine sich wechselseitig verstärkende Verbesserung der Angebots- und Nachfrageseite“) überlassen. These: Die Strukturreformen können nur mit Unterstützung der Wirtschaft vollzogen werden, was eine Übermacht der Wirtschaft bedeutet. Gegenthese: Es muss ein gleichwertiges Miteinander von Politik und Wirtschaft existieren, keines der beiden Felder kann allein bestehen.

Kommentar [DH12]: Die Bundesregierung spricht sich selbst ein Lob aus, weil Arbeitsplätze zunehmen und Arbeitslosigkeit sinkt. Von einer Trendumkehr ist die Rede, die damit sozialen Zusammenhalt und Gerechtigkeit geschaffen habe. These: Es ist eine starke Fokussierung auf die offiziellen Arbeitslosenstatistiken zu erkennen. Wenn diese sinken, verbessert sich der soziale Zusammenhalt, wenn diese steigen verschlechtert Letzterer sich. These: Bei „positiven“ Auswirkungen werden letztendlich immer die wirtschaftliche Lage und die Arbeitsplätze in den Blick genommen. Es scheinen andere Perspektiven gänzlich zu fehlen, wie z. B. Fragen zum guten Leben und relativen Armutsquoten. These: Vollbeschäftigung wird als Ziel für die Arbeitsmarktpolitik angesehen. Aufgabe der Politik ist es demnach möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen um damit Arbeitslosigkeit zu verringern.

„Staat und Politik können aber nicht für alle Probleme fertige Lösungen bereithalten, sondern vielfach lediglich Rahmenbedingungen setzen, innerhalb derer der einzelne Bürger durch **selbstverantwortliches Handeln** zur Mitwirkung und Gestaltung aus eigener Kraft aufgerufen ist.“ (1. ARB (2001): S. XVI; Seq. 13)

Kommentar [DH13]: These: Das Konzept „Fördern und Fordern“ wird hier bereits angedeutet.
These: Der Staat kann nur bei genügend Eigenleistung der Bevölkerung die Probleme bewältigen.
These: Es wird nicht davon ausgegangen, dass Menschen (aus welchen Gründen auch immer) nicht „mitwirken“ können, sondern diese müssen sich ganz einfach einbringen.

„Die Bundesregierung hat mit ihrer Reformpolitik innerhalb kurzer Zeit deutliche Akzente gesetzt. Im ersten Armuts- und Reichtumsbericht bekräftigt sie ihre Entschlossenheit, für eine sozial ausgleichende Politik und **gegen ein weiteres Auseinanderklaffen** der Schere zwischen Arm und Reich einzutreten.“ (1. ARB (2001): S. XVI; Seq. 14)

Kommentar [DH14]: Angeblich haben die bisherigen Reformen Wirkung gezeigt. Daher wird entschlossen betont, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter verringert werden soll.
These: Bei fehlendem Gegenhalten durch die Politik wird somit also unterstellt, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter vergrößern wird.

„Einkommensverbesserungen durch eine **sozial ausgewogene** Steuer- und Rentenpolitik und erweiterte Vermögensbildung“ (1. ARB (2001): S. XVI; Seq. 15)

Kommentar [DH15]: Im Titel wird davon ausgegangen, dass Einkommen sich durch „sozial ausgewogene“ Steuer- und Rentenpolitik und Vermögensbildung verbessern lassen. Sozial ausgewogene Politik für wen? Werden wirklich die gering verdienenden Personen entlastet?

„Die Verfügbarkeit materieller Ressourcen zählt zu den zentralen Aspekten von Armut und Reichtum. Im Wesentlichen sind **Einkommen und Vermögen** die Mittel, eine angestrebte Wohlstandsposition zu erreichen. Zur Beurteilung von Lebensstandard, Chancengleichheit oder finanzieller Bedürftigkeit der Bevölkerung ist die Betrachtung der gesamten Einkommensverteilung von großer Bedeutung.“ (1. ARB (2001): S. XVI; Seq. 16)

Kommentar [DH16]: Einkommen und Vermögen werden als zentral für Wohlstand angesehen. Außen vor bleiben dafür alternative Aspekte für ein „gutes Leben“.
These: Der Fokus liegt bei Armut und Reichtum auf den finanziellen und wirtschaftlichen Aspekten, denen die Möglichkeit zur Chancengleichheit unterstellt wird.

„Einkommen sind nicht gleich verteilt. **Die Ungleichheit der Einkommen ergibt sich aus dem Marktprozess.** Sie wird allerdings durch Transferleistungen einerseits sowie Steuern und Sozialversicherungsbeiträge andererseits wesentlich reduziert. Das nach Umverteilung verfügbare Einkommen bildet letztlich die Grundlage für Konsum und Ersparnis.“ (1. ARB (2001): S. XVI; Seq. 17)

Kommentar [DH17]: Dass die Einkommen ungleich verteilt sind, scheint ein einfacher Fakt zu sein.
These: Es wird von den Verfasser*innen angenommen, dass die Einkommensungleichheit als „Bestandteil“ des Marktprozesses hingenommen werden muss, der durch staatliche Umverteilung reduziert wird, sodass wiederum Konsum angekurbelt werden kann. ...

„Für eine ausgleichende Sozialpolitik ist die **Entwicklung im unteren Einkommensbereich** besonders wichtig.“ (1. ARB (2001): S. XVII; Seq. 18)

Kommentar [DH18]: Es wird weiterhin der Fokus auf die unteren Einkommensbereiche gelegt, um Sozialpolitik zu betreiben.
These: So lange immer nur nach „unten“ geschaut wird, kann sich „oben“ materiell weiter abgrenzen (die Schere wird größer).
Möglicherweise wäre ein Fokus auf ...

„Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich die Ungleichheit der Einkommen langfristig verstärkt hat. Die Ungleichheit der Vermögen hat zwar dank staatlicher Förderung im langfristigen Trend abgenommen, ist aber nach wie vor beträchtlich. Für die Bundesregierung ist deshalb eine nachhaltige, wachstums- und stabilitätsorientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik die Grundlage für eine dauerhafte positive Entwicklung der Einkommen und Vermögen.“ (1. ARB (2001): S. XVIII; Seq. 19)

„Mit dem Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 hat die Bundesregierung soziale Gerechtigkeit wieder zu einer Kategorie der Steuerpolitik gemacht und die Weichen für eine Steuerpolitik zu Gunsten kleiner und mittlerer Einkommen gestellt. Die Bundesregierung sieht darin einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Ungleichheit.“ (1. ARB (2001): S. XVIIIff.; Seq. 20)

„Mit der Steuerreform 2000 wird dieser Kurs stufenweise - in verlässlichen Schritten - fortgesetzt. Nach der Tarifsenkung 2001 sind für die Jahre 2003 und 2005 weitere Tarifsenkungen vorgesehen. Der wesentliche Akzent der Steuerpolitik der Bundesregierung liegt in der steuerlichen Entlastung von Arbeitnehmern und Familien sowie in der Entlastung des Faktors Arbeit und der Schaffung wirkungsvoller Anreize für die Arbeitsaufnahme im Niedrigeinkommensbereich. So wird der Eingangssteuersatz von einem Rekordniveau von 25,9% im Jahr 1998 schrittweise bis auf 15% abgesenkt. So niedrig war der Eingangssteuersatz noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik.“ (1. ARB (2001): S. XIX; Seq. 21)

„Insgesamt können sich durch die Reform die Wachstumskräfte optimal entfalten und mehr Beschäftigung sowie steigende Einkommen der Bürger ermöglichen.“ (1. ARB (2001): S. XIX; Seq. 22)

„Der Beitragssatz zur Rentenversicherung konnte insgesamt von 20,3% in 1998 bis heute auf 19,1% gesenkt werden. Von dieser Beitragssatzsenkung werden außerdem günstige Wirkungen auf den Arbeitsmarkt ausgehen.“ (1. ARB (2001): S. XIX; Seq. 23)

„Die Vermögensbildung breiter Bevölkerungsschichten ist ein besonderes Anliegen der Bundesregierung. So wird die gesamte Vermögensbildung und private Vorsorge im Jahr 2000 mit rd.

Kommentar [DH19]: Klare Tendenz zur Fortführung der bisherigen Politik; Fokus auf Wachstum, Stabilität und Wirtschaft für eine „positive“ Entwicklung.

Zur Verringerung der Einkommens- und Vermögensungleichheit wird auf die gleiche „nachhaltige, wachstums- und stabilitätsorientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik“ gesetzt wie bisher. Es findet kein Umdenken statt.

These: Der bisherigen Politik (mit kleinen Korrekturen) wird von den Verfasser*innen unterstellt, dass sie dazu geeignet ist, die sich verstärkende Ungleichheit zu verringern.

Kommentar [DH20]: In Steuerentlastungen wird von den Verfasser*innen soziale Gerechtigkeit verortet und damit ebenfalls die Verringerung von Ungleichheit verknüpft.

These: Die Verfasser*innen nehmen an, dass wenn Steuern verringert werden, das Wachstum steigen, die Konjunktur angekurbelt und so die Ungleichheit ebenfalls zurückgehen werde.

Kommentar [DH21]: Es wird der Idee gefolgt, dass steuerliche Entlastungen (von Geringverdiener*innen) den Konsum ankurbeln würden. Kontext: Letztlich wurde ebenfalls der Spitzensteuersatz verringert.

Kommentar [DH22]: These: Siehe Seq. 20 und Seq. 21
These: Wachstumskräften wird eine bedeutende Wirkung für Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung unterstellt.

Kommentar [DH23]: Es wird davon ausgegangen, dass durch Rentenbeitragssenkungen Arbeitsplätze geschaffen werden können.
These: Durch weitere Senkungen wird sich ein stärkerer Konsum versprochen, also Wachstumssteigerungen.

43 Mrd. DM gefördert. Knapp die Hälfte davon (rd. 20 Mrd. DM) entfällt auf die Förderung des Immobilienbesitzes. Zu einer gleichmäßigeren Vermögensverteilung wird auch das Altersvermögensgesetz beitragen. Langfristig wird eine zusätzliche Einkommensquelle erschlossen und die Sicherung des im Erwerbsleben erreichten Lebensstandards im Alter ermöglicht.“ (1. ARB (2001): S. XXI; Seq. 24)

„Private Haushalte büßen durch Überschuldung an wirtschaftlicher und personaler Handlungsfähigkeit ein und erleben dadurch einen Prozess zunehmender Verarmung. Ziel der Bundesregierung ist daher, die Prävention und die Fähigkeit zur Überwindung von Überschuldungslagen zu stärken.“ (1. ARB (2001): S. XXI; Seq. 25)

„Sozialhilfe ist Hilfe zur Selbsthilfe. Sie sichert als letztes Auffangnetz, das vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt, das sozio-kulturelle Existenzminimum. Sie wird im Bedarfsfall für diejenigen gewährt, die keine oder unzureichende Einkommen und Vermögen haben.“ (1. ARB (2001): S. XXII; Seq. 26)

„Hauptursachen für den Sozialhilfebezug waren vor allem fehlende schulische und berufliche Qualifikationen sowie - häufig damit zusammenhängend - geringe Erwerbseinkommen und Arbeitslosigkeit.“ (1. ARB (2001): S. XXIII; Seq. 27)

„Nicht alle Menschen, die sozialhilfebedürftig sind, nehmen die Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch. Die Schätzungen über ihre Anzahl unterscheiden sich erheblich. Auch die Gründe für die Nichtinanspruchnahme sind unterschiedlich. Untersuchungen zeigen, dass ältere Menschen aus Scham oder Angst vor sozialer Ausgrenzung und insbesondere vor dem Rückgriff auf Unterhaltsansprüche gegen ihre Kinder die ihnen zustehenden Hilfen nicht in Anspruch nehmen.“ (1. ARB (2001): S. XXIII; Seq. 28)

„Die Aktivierung der Selbsthilfekräfte für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger hat für die Bundesregierung einen hohen Stellenwert. Der Einsatz der Arbeitskraft ist das wichtigste Mittel, um

Kommentar [DH24]: Die Vermögensbildung scheint ein zentrales Anliegen der Verfasser*innen zu sein, sodass besonders der Immobilienbesitz gefördert wird.
These: Offenbar wird der Förderung von Immobilien unterstellt zur Bekämpfung von Armut beizutragen. Was aber ist mit den Personen, die sich gar nicht erst ein Eigenheim leisten können?
These: Vermögensbildung für wen? Ist dies nicht vielmehr die Unterstützung des Mittelstands?

Kommentar [DH25]: Überschuldung wird durchaus als wirtschaftliches und jeweils persönliches Problem hin zu Verarmung angesehen.
These: Es stellt sich die Frage, inwieweit Überschuldung privater Haushalte verringert werden soll, damit diese den Konsum weiter fortführen können.

Kommentar [DH26]: Sozialhilfe wird von den Verfasser*innen als Schutz vor dem Sturz unter das Existenzminimum verstanden, das jedoch nur im jeweiligen Bedarfsfall geltend gemacht werden kann.
These: Sozialhilfe wird als echte Hilfe (im Bedarfsfall) verstanden, zum Schutz vor Ausgrenzung und Armut.

Kommentar [DH27]: Als Ursache für Sozialhilfebezug wird hauptsächlich nicht ausreichende Bildung angesehen, die dann oftmals zu geringem Einkommen und Arbeitslosigkeit führe.
These: Die Förderung der Bildung wird von den Verfasser*innen im Umkehrschluss als Lösung zur

Kommentar [DH28]: Als Gründe für eine Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe im Bedarfsfall wird von den Verfasser*innen der Fokus auf ältere Menschen gelegt, die aus Angst vor Ausgrenzung und Scham ihre Ansprüche nicht geltend machen würden.

Kommentar [DH29]: Es wird von einer „Aktivierung der Selbsthilfekräfte für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger“ gesprochen, die es zu stärken gelte.
These: Die „Aktivierung der Selbsthilfekräfte“ ist eine Annäherung an das spätere Konzept des „Förderns und Forderns“. Denn wenn gefördert wird, kann auch gefordert werden.

von Sozialhilfe unabhängig zu werden und damit ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Deshalb hat die Bundesregierung die „Hilfe zur Arbeit“ nach dem Bundessozialhilfegesetz weiter ausgebaut.“ (1. ARB (2001): S. XXIII; Seq. 29)

„Die Erfolge dieser Politik, die verstärkt auf Erwerbstätigkeit und Hilfe zur Selbsthilfe setzt, sind unverkennbar: Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist seit 1998 rückläufig.“ (1. ARB (2001): S. XXIII; Seq. 30)

„Die meisten Familien leben in sicheren materiellen Lebensverhältnissen und sind keineswegs von Armut bedroht. Es gibt jedoch auch Lebensereignisse, die dazu führen, dass Familien in Armut geraten. Auslösende Faktoren hierfür sind in erster Linie Arbeitslosigkeit und Niedrigeinkommen, Probleme des Konsum- und Marktverhaltens sowie besondere Lebensereignisse, vor allem infolge von Trennung bzw. Scheidung oder infolge von Schwangerschaft und Geburt eines Kindes.“ (1. ARB (2001): S. XXIV; Seq. 31)

„Einkommensarmut ist dabei für den größeren Teil der Betroffenen ein vorübergehender Zustand und nur für einen kleineren Teil eine dauerhafte Lebenslage. Ein erhöhtes Armutsrisiko tragen vor allem junge Familien mit kleinen Kindern, da im Zuge des Aufbaus eines Familienhaushaltes ein erhöhter finanzieller Bedarf besteht.“ (1. ARB (2001): S. XXIV; Seq. 32)

„Armut von Kindern ist vielfach eine Folge geminderter Erwerbs- und Einkommenschancen ihrer Eltern. Armut bedeutet für Kinder eine Einschränkung ihrer Erfahrungs-, Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten. Kinder sind vor allem dann in ihrer Entwicklung beeinträchtigt, wenn belastende Faktoren kumulieren. Eine extreme Form von Kinderarmut erleben die ca. 7.000 Jugendlichen, die einen erheblichen Teil ihres Lebens auf der Straße verbringen.“ (1. ARB (2001): S. XXV; Seq. 33)

„Mit der Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes und der dort verankerten Weiterentwicklung des Erziehungsurlaubs zur Elternzeit sowie dem Teilzeit- und Befristungsgesetz schafft die Bundesregierung verbesserte Möglichkeiten, um Familie und Erwerbstätigkeit zu verbinden.“ (1. ARB (2001): S. XXV; Seq. 34)

Kommentar [DH30]: Offenbar gibt es Erfolge dieser Politik zu feiern, da die Zahl der Sozialhilfeempfänger*innen zurückgeht.
These: Alleinige Fokussierung auf die Zahl der Sozialhilfeempfänger*innen, aber Ausblenden der jeweiligen Art der Beschäftigung.

Kommentar [DH31]: Auch wenn die meisten Menschen nicht von Armut bedroht sind, als auslösende Faktoren für Armut wird von den Verfasser*innen einerseits Arbeitslosigkeit und Niedrigeinkommen gesehen, allerdings auch ein wie auch immer geartetes „problematisches“ Konsum- und Marktverhalten.
These (provokativ): Ein Großteil des jeweiligen Konsumverhaltens wird durch Industrie und Werbung bestimmt, also können diese zu Armut führen? Oder muss es bildende Maßnahmen für das Konsumverhalten geben? Ist dies überhaupt gewünscht?

Kommentar [DH32]: Es wird davon ausgegangen, dass Einkommensarmut für den Großteil der Bevölkerung nur vorübergehend ist, es aber für junge Familien ein größeres Risiko dazu gibt.
These: Junge Familien sollten sich demnach mit dem Gedanken anfreunden, dass sie von Einkommensarmut bedroht sein werden (aufgrund des erhöhten finanziellen Bedarfs).

Kommentar [DH33]: Kinderarmut resultiert aus den Lebensbedingungen der Eltern.
These: Eltern müssen unterstützt werden, damit es eine geringere Kinderarmut gibt und die Kinder bessere Bildungschancen erhalten.
Gegenthese (provokativ): Die Kinder müssen direkt unterstützt werden, da das für die Kinder eigentlich vorgesehene Geld nicht bei diese

Kommentar [DH34]: Familie und Erwerbstätigkeit soll durch weitere Gesetze besser verbunden werden können.
These: Es wird auf die sich verändernden gesellschaftlichen Gegebenheiten reagiert (veränderte Geschlechterrollenbilder), sodass möglichst auch Frauen in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen, da diese den Konsum (und das Wachstum) mit ankurbeln können.

„Bildung ist Prävention vor instabilen Lebenslagen und Armut. Denn das Risiko des Arbeitsplatzverlustes ist an den Bildungs- und Berufsabschluss gekoppelt: Je niedriger der berufliche Ausbildungsabschluss, desto höher die Gefahr der Arbeits- bzw. Dauerarbeitslosigkeit.“ (1. ARB (2001): S. XXVI; Seq. 35)

Kommentar [DH35]: Es wird davon ausgegangen, dass das Risiko der (Dauer-)Arbeitslosigkeit einzig an Bildung und Beruf gekoppelt ist.
These: Es muss in Bildung investiert werden, damit Armut und Arbeitslosigkeit verringert werden.
These: Arbeitslos sind Menschen, die eine geringe Bildung und Berufsabschluss besitzen.
Gegenthese: Teilweise finden auch Akademiker*innen schwer einen Job (aktuell), also muss es weitere Gründe für Arbeitslosigkeit geben.

„Fehlende schulische und berufliche Qualifikationen insbesondere junger Menschen tragen zu einem erhöhten Armutsrisiko bei. Eine abgeschlossene Schul- und Berufsausbildung ist Grundvoraussetzung für eine chancengleiche Integration in die Berufs- und Arbeitswelt und ermöglicht damit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.“ (1. ARB (2001): S. XXVI; Seq. 36)

Kommentar [DH36]: Siehe Seq. 35.
Ergänzend: Bildung führt außerdem zu Integration in Arbeitswelt (wirkt Arbeitslosigkeit also entgegen) und verhindert so gesellschaftliche Ausgrenzung.

„Die Anstrengungen der Bundesregierung sind darauf gerichtet, dass jedem Jugendlichen, der will und kann, ein adäquater Ausbildungsplatz angeboten wird.“ (1. ARB (2001): S. XXVI; Seq. 37)

Kommentar [DH37]: Siehe Seq. 13, Seq. 29
These: Das Konzept „Fördern und Fordern“ soll bereits bei Jugendlichen angewendet werden.
These: Die Betonung auf „will“ impliziert, dass es Jugendliche gibt, die nicht arbeiten wollen und diesen im Umkehrschluss auch gar nicht erst ein Ausbildungsplatz angeboten werden soll.

„In Zeiten rasanten technologischen Wandels und der elektronischen Vernetzung vieler Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ist es ein Anliegen der Bundesregierung, eine „digitale Spaltung“ der Gesellschaft in „Angeschlossene“ und „Ausgeschlossene“ zu verhindern.“ (1. ARB (2001): S. XXVII; Seq. 38)

Kommentar [DH38]: Im Diskurs zur Zukunft der Arbeit wird von den Verfasser*innen bereits im Jahr 2001 auf die Gefahren durch die Digitalisierung (Modernisierungsverlierer*innen) hingewiesen.
These: Veränderungen des Arbeitsmarktes durch den digitalen Wandel werden zu diesem Zeitpunkt ...

„Erfolgreiche Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik - Flexibilität und Sicherheit“ (1. ARB (2001): S. XXVII; Seq. 39)

Kommentar [DH39]: Der Titel impliziert, dass eine erfolgreiche Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik durch Flexibilität und Sicherheit gekennzeichnet ist. Es bleibt offen, wie die Sicherheit hergestellt werden soll.
These: Der Arbeitsmarkt soll flexibel (flexibler?) gemacht werden, so lässt er sich erfolgreich gestalten (und gilt ...)

„Die Teilhabe an der Erwerbsarbeitsgesellschaft und das dadurch erzielbare Einkommen bestimmen die Lebenssituation der Menschen wesentlich. Arbeitslosigkeit, vor allem über einen längeren Zeitraum, bedeutet Einkommensverlust und kann zu Unterversorgungslagen und zu sozialer Ausgrenzung führen.“ (1. ARB (2001): S. XXVII; Seq. 40)

Kommentar [DH40]: Die Lebenssituation wird durch die Erwerbsarbeit und das damit verbundene Einkommen bestimmt. Die mit Arbeitslosigkeit einhergehenden Gefahren werden wiederholt betont.
These: Die Verfasser*innen versuchen deutlich zu machen, dass Arbeitslosigkeit in vielen Facetten ...

„Die andauernde hohe Arbeitslosigkeit zog aber einen wachsenden Anteil von Langzeitarbeitslosen (1998: rd. 1,5 Mio.) nach sich. Überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen waren Menschen ohne oder mit nur geringer beruflicher Qualifikation.“ (1. ARB (2001): S. XXVIII; Seq. 41)

Kommentar [DH41]: Siehe Seq. 35, Seq. 36

These: Arbeitslos werden diejenigen Menschen, die kein oder ein geringes Bildungs- und Ausbildungsniveau besitzen.

„Die Bundesregierung hat sich dieser Probleme unverzüglich angenommen. Sie hat mit einer Reihe aufeinander abgestimmter Reformen den wachstumshemmenden Reformstau schrittweise aufgelöst. Dazu gehören neben der umfassenden Steuerreform, der mit dem Zukunftsprogramm 2000 eingeleitete konsequente Konsolidierungskurs, die Stärkung des Wettbewerbs durch die weitere Öffnung von Produkt- und Dienstleistungsmärkten sowie die fortschreitende Privatisierung staatlicher Beteiligungen. Hinzu kommt eine aktive Arbeitsmarktpolitik, mit der die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt flankierend unterstützt und ein wichtiger Beitrag zur Qualifizierung geleistet wird.“ (1. ARB (2001): S. XXVIII; Seq. 42)

Kommentar [DH42]: These:

Arbeitslosigkeit soll mit Reformen verringert werden, damit sich das Wachstum vergrößert.

These: Wachstum wird als Allheilmittel für auch sozial- und arbeitspolitische Problemfelder angesehen.

These: Ein starker Wettbewerb und die Öffnung von Märkten sowie Privatisierungen werden als wachstumsfördernd angesehen.

„Parallel zu dieser insgesamt positiven Entwicklung der Wohnraumversorgung sind bei der mancherorts auftretenden sozialräumlichen Konzentration von Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung, Hilfebedürftigkeit und Verwahrlosung des öffentlichen Raums vor allem in Großstädten Problemviertel entstanden.“ (1. ARB (2001): S. XXX; Seq. 43)

Kommentar [DH43]: Die

Verfasser*innen erkennen, dass Armut oftmals sozialräumlich auftritt und somit teilweise „problematische“ Gegenden entstanden sind.

Dass die Entstehung von Problemvierteln im Bericht erwähnt werden überrascht mich.

These: Es wird eine Kausalität zwischen Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und „Verwahrlosung des öffentlichen Raums“ hergestellt und damit ein negatives Bild der Arbeitslosigkeit (der arbeitslosen Menschen) gezeichnet.

„Niedriges Einkommen, schlechter Zugang zu Bildung, mangelhafte Wohnsituation oder Arbeitslosigkeit als belastende Lebensbedingungen können Auswirkungen auf die Gesundheit, das Gesundheitsverhalten und den Zugang zur gesundheitlichen Versorgung haben. Umgekehrt können Krankheit bzw. gesundheitliche Beeinträchtigungen - insbesondere im Zusammenhang mit individuellen Arbeitsmarktchancen - mit nachteiligen sozialen Folgen für den Einzelnen verbunden sein und soziale Ausgrenzung nach sich ziehen.“ (1. ARB (2001): S. XXXI; Seq. 44)

Kommentar [DH44]: Die

Autor*innen nehmen die Auswirkungen auf die Gesundheit, die durch Armut, geringe Bildung und Arbeitslosigkeit entstehen können, wahr.

These: Es wird von einem Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit und schlechter gesundheitlicher Verfassung ausgegangen, der langfristig zu sozialer Ausgrenzung führt.

„So ließen sich, abhängig von der Schichtzugehörigkeit, unterschiedliche gesundheitliche Risikofaktoren nachweisen. Ebenso bestand ein Zusammenhang zwischen Bildung und Gesundheitsbewusstsein. Insgesamt war die Lebens- und Gesundheitszufriedenheit bei hohem Einkommen und Bildungsstand sowie guter beruflicher Position größer als im unteren Einkommensbereich, bei geringer Bildung und mit niedrigem beruflichen Status.“ (1. ARB (2001): S. XXXI; Seq. 45)

Kommentar [DH45]: Es fällt auf, dass hier von einer „Schicht“-zugehörigkeit die Rede ist. Dies impliziert, dass die Bundesregierung von unterschiedlichen Schichten in der Bevölkerung ausgeht.

Je nach „Schicht“ differiert offenbar die Lebens- und Gesundheitszufriedenheit.

These: Die Verfasser*innen sind davon überzeugt, dass (u.a.) ein hohes Einkommen zu einer großen Lebenszufriedenheit führt.

These: Einkommen und Bildungsstand beeinflussen den gesellschaftlichen Status.

„Zuwanderung sozialverträglich gestalten“ (1. ARB (2001): S. XXXIV; Seq. 46)

Kommentar [DH46]: Der Titel impliziert, dass Zuwanderung ebenfalls sozial „unverträglich“ gestaltet werden kann. These: Aus dem Titel spricht die Anerkennung der Bedeutung einer „geregelten“ Zuwanderung, da sich dies sonst negativ auf die Gesellschaft, also sozial „unverträglich“, auswirken könnte.

„Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie ausländische Arbeitnehmer, Selbständige und ihre Angehörigen schaffen Arbeitsplätze und zahlen Steuern und Beiträge zu den Sozialversicherungssystemen. Sie sind ein aktiver Faktor des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehens.“ (1. ARB (2001): S. XXXIV; Seq. 47)

Kommentar [DH47]: Zuwanderung wird als aktive Kraft und positiv für eine Steigerung des Wirtschaftswachstums angesehen.

„Die geringere Bildungs- und Ausbildungsbeteiligung, aber auch die Defizite im Bereich der beruflichen Qualifikation wirkten sich auf die Chancen von Zuwanderern am Arbeitsmarkt aus. So lag die Arbeitslosigkeit von Ausländern fast doppelt so hoch wie die der Gesamtbevölkerung. Überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und schlechtes Qualifikationsniveau schlugen sich unmittelbar in der wirtschaftlichen Situation nieder. Ausländer waren 1998 wesentlich häufiger von Niedrigeinkommen betroffen als Deutsche.“ (1. ARB (2001): S. XXXIV; Seq. 48)

Kommentar [DH48]: Aufgrund geringerer Bildungsgrade ist die Arbeitslosigkeit bei Ausländern stark verbreitet, sodass diese oftmals ein Niedrigeinkommen beziehen. Siehe Seq. 35, Seq. 36, Seq. 41. These: Bildung schützt vor Armut.

„Die schlechtere Einkommenssituation von Zuwanderern hatte auch Auswirkungen auf ihre Wohnraumversorgung: im Hinblick auf die Wohnstandorte, insbesondere in Großstädten, kam es verstärkt zu Konzentrationen auf solche Stadtquartiere, die in der Wohnqualität und im sozialen Status benachteiligt waren.“ (1. ARB (2001): S. XXXV; Seq. 49)

Kommentar [DH49]: Siehe Seq. 43

„Der Bundesregierung ist die Eingliederung von Zuwanderern in das berufliche, soziale und kulturelle Leben in Deutschland ein besonderes Anliegen. Insbesondere mit den Förderprogrammen im Bereich von Bildung und Ausbildung will sie die Voraussetzungen für ihre erfolgreiche Integration auf dem Arbeitsmarkt verbessern und soziale Ausgrenzung verhindern.“ (1. ARB (2001): S. XXXV; Seq. 50)

Kommentar [DH50]: Siehe Seq. 47. These: Zuwanderung wird als Chance angesehen, weshalb es Zuwanderer in die Arbeitsmärkte zu integrieren gilt, denn sie steigert das Wirtschaftswachstum und wirkt dem demografischen Wandel entgegen.

„Die Bestandsaufnahme der sozialen Lage in Deutschland bis 1998 zeigt, dass das Phänomen sozialer Ausgrenzung auch in einem wohlhabenden Land wie Deutschland anzutreffen ist. Die Hauptursachen für erhöhte Armutsrisiken liegen in der Erwerbssituation, im Bildungsstatus und in der Familiensituation. Daraus resultieren Risikogruppen, die - auch infolge von Problemkumulationen - in

Kommentar [DH51]: Siehe Seq. 35, Seq. 36, Seq. 41, Seq. 48. Es wird durchaus wahrgenommen, dass das Phänomen der sozialen Ausgrenzung auch in Deutschland anzutreffen ist. Als Gründe werden Erwerbssituation, Bildungsstatus und Familiensituation genannt. Die Verfasser*innen schreiben, dass soziale Ausgrenzung bei Arbeitsplatzverlust, geringer Qualifikation, Alleinerziehenden und Familien mit mehr als drei Kindern sowie bei Zuwanderern entsteht. These: Bildung kann als begrenzender Faktor bei sozialer Ausgrenzung verstanden werden.

erster Linie von sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Hierzu zählen vor allem Arbeitslose, Geringqualifizierte, allein Erziehende und Paare mit drei bzw. mehr Kindern sowie Zuwanderer einschl. Spätaussiedler.“ (1. ARB (2001): S. XXXV; Seq. 51)

„Die Bundesregierung unternimmt seit 1998 erhebliche Anstrengungen **Armutsrisiken zu minimieren und soziale Ausgrenzung zu verhindern**. Sie hat Reformen auf den Weg gebracht, die für eine Stärkung der wirtschaftlichen Wachstumskräfte sowie eine nachhaltige Verbesserung der Einkommenslagen und der Vermögensbildung sorgen. Mit der Steuerreform entlastet die Bundesregierung insbesondere Bezieher mittlerer und kleiner Einkommen. Die Rentenstrukturreform wird die soziale Alterssicherung auch bei veränderter Bevölkerungsstruktur auf eine verlässliche Basis stellen und ein Einkommensniveau im Alter sichern, das Armut und Unterversorgung verhindert. Die Politik der Bundesregierung hat die Rahmenbedingungen für die Familien nachhaltig verbessert. Sie hat Arbeitsmarkt und Beschäftigung wichtige Impulse gegeben, die zu einer deutlichen Reduzierung der Arbeitslosigkeit führten. Die Chancengleichheit behinderter Menschen, ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und ihr Zugang zum Arbeitsmarkt wurden gestärkt. Die Integration von rechtmäßig und dauerhaft bei uns lebenden Menschen anderer Herkunft wurde vorangebracht. Mit zielgenauen Schritten wurden die Hilfe zur Selbsthilfe ausgebaut und der Zugang zur Erwerbsarbeit sowie einem gesicherten Einkommen gefördert.“ (1. ARB (2001): S. XXXVf.; Seq. 52)

„Durch diese Politik hat die Bundesregierung die Voraussetzungen verbessert, Menschen zu **eigenverantwortlichem Handeln zu motivieren** und ihnen ein Leben aus eigener Kraft zu ermöglichen. Damit stärkt sie auch den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft.“ (1. ARB (2001): S. XXXVI; Seq. 53)

„Armut **im Sinne von Ungleichheit gemessen als relative Armut**: Arm ist, wer im Vergleich zu den „mittleren“ Standards einer Gesellschaft über nur geringe Ressourcen verfügt. Auf diesem Konzept basierende Analysen geben Aufschluss über Ungleichheiten in einer Gesellschaft.“ (1. ARB (2001): S. 8; Seq. 54)

„Armut gemessen an politisch-normativen Vorgaben: Arm ist, wer **Anspruch auf Sozialhilfe** hat. Diese Analyse erfolgt auf Grundlage der Sozialhilfestatistik. Untersuchungen zu Ausmaß und Gründen der

Kommentar [DH52]: Nach Ansicht der Autor*innen müssen zur Verringerung des Armutsrisikos und Verhinderung von sozialer Ausgrenzung die wirtschaftlichen Wachstumskräfte gestärkt sowie Einkommenslagen und Vermögensbildung verbessert werden. Hierfür wurde u.a. die „Hilfe zur Selbsthilfe“ ausgebaut.
These: Alleiniger Fokus auf Wirtschaftswachstum und Steuersenkungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen, die das Armutsrisiko senken sollen.
These: Es wird nur davon ausgegangen, dass es für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung darum geht die Arbeitslosigkeit zu verringern, aber es wird nicht über möglicherweise damit einhergehende prekäre Beschäftigungen etc. nachgedacht. ...

Kommentar [DH53]: Es wird davon ausgegangen, dass der soziale Zusammenhalt gestärkt wird, indem Menschen eigenverantwortlich handeln.
These: Es bedarf Motivation durch den Staat, damit die Menschen beginnen eigenverantwortlich zu handeln.
These: Ohne Förderung hängen die Menschen nur am „Rockzipfel“ des Staates und übernehmen keinerlei Eigenverantwortung (und wollen dies auch nicht). Der soziale Zusammenhalt ist gefährdet.
Siehe auch Seq. 13, Seq. 29, Seq. 37

Kommentar [DH54]: Siehe Seq. 5
Dem 1. ARB liegt ein relativer Armutsbegriff zugrunde.
Die Verfasser*innen erkennen an, dass so auch Ungleichheiten in einer Gesellschaft erkannt werden können. Es erscheint mir (im Jahr 2001) überraschend spät, die Analysen erst jetzt anhand eines relativen Armutsbegriffs zu tätigen.

Kommentar [DH55]: Siehe Seq. 5, Seq. 54
Anschließend an einen relativen Armutsbegriff gehen die Autor*innen davon aus, dass als arm ebenso jemand bezeichnet werden kann, der*die Anspruch auf Sozialhilfe hat, was mit der dazugehörigen Statistik aufgezeigt werden soll. In der Zusammenführung mit der vorherigen Sequenz erscheint diese Vorgehensweise durchaus plausibel für die Analyse des ARB.

Nicht-Inanspruchnahme (sog. „verdeckte Armut“) ergänzen die Analyse.“ (1. ARB (2001): S. 8; Seq. 55)

„Insbesondere in den Entwicklungsländern der sog. „Dritten Welt“, aber auch in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion stehen Probleme der absoluten Armut, der Kindersterblichkeit und des Analphabetismus sowie unzureichender sozialer und gesundheitlicher Sicherung im Vordergrund. Diese Problemlagen sind weder von ihrem Ausmaß noch von ihrer Struktur und ihren Ursachen her mit der **Armuts- und Ungleichheitsproblematik in entwickelten Industriestaaten vergleichbar.**“ (1. ARB (2001): S. 16; Seq. 56)

„In diesem Rahmen wurde auch das eingangs zitierte Verständnis von relativer Armut im Sinne eines Ausschlusses von der als Standard akzeptierten Lebensweise eines Staates entwickelt. Dieser **konzeptionelle Impuls** hat die Armutsforschung auf der Ebene der nationalen Staaten (wie auch die vorliegende Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung) nachhaltig beeinflusst.“ (1. ARB (2001): S. 16; Seq. 57)

„Humanvermögen ist für Armut und Reichtum in Deutschland in doppelter Hinsicht von Bedeutung. Zum einen ist ein angemessenes Qualifikationsniveau der Bevölkerung eine wichtige Voraussetzung für die Entfaltung des wirtschaftlichen Wachstums. Zum anderen ist das **individuelle Humanvermögen** (Qualifikationsniveau) eine der wichtigsten Determinanten des Erwerbseinkommens. Ungleichheit in der Verteilung des Humanvermögens wird als ein wesentlicher Bestimmungsgrund für Ungleichheit in der Verteilung der Erwerbseinkommen angesehen. Der Abbau von Ungleichheit in den Zugangschancen verschiedener Bevölkerungsgruppen zu den Bildungseinrichtungen und in der Entfaltung der individuellen Talente wird als Voraussetzung für Chancengleichheit im Zugang zu den Erwerbseinkommensquellen angesehen.“ (1. ARB (2001): S. 61; Seq. 58)

„Der Anstieg der Zahl der Millionäre darf - wie überhaupt eine Zunahme der Anzahl oder des Anteils der Haushalte mit Vermögen oberhalb einer jeden bestimmten absoluten Wertgrenze - **nicht als Zeichen einer zunehmenden Ungleichheit der Vermögensverteilung interpretiert werden.** Die Entwicklung der Zahl der Millionäre ist Ausdruck des allgemeinen Wachstums der Vermögen, das

Kommentar [DH56]: Dem Weltbild der Verfasser*innen liegt eine Gegenüberstellung von „Entwicklungsländern“, „Dritte Welt“ und „Industrieländer“ zugrunde. Armut und Ungleichheit könne demnach keinesfalls mit den Problematiken im globalen Norden verglichen werden.
These: Möglicherweise geht mit der Annahme einer nicht-Vergleichbarkeit der Armuts- und Ungleichheitsproblematiken des globalen Südens mit dem globalen Norden einher, dass Armut und Ungleichheit in Deutschland demnach nicht „wirklich“ existent sind. ...

Kommentar [DH57]: Siehe Seq. 5, seq. 54, Seq. 55, Seq. 56
Der relative Armutsbegriff hat die Armutsforschung nach Ansicht der Verfasser*innen nachhaltig beeinflusst.
These: Ausgrenzung von in einer Gesellschaft als Standard angesehenen Gütern wurde bisher offenbar nicht als Armut angesehen, sodass davon ausgegangen wird, dass die Bundesregierung bis zur Veröffentlichung dieses Berichts von einem absoluten Armutsbegriff ausgegangen ist. ...

Kommentar [DH58]: Siehe Seq. 10, Seq. 35, Seq. 36
Auch in der Langfassung des ARB wird deutlich gemacht, dass das „Humanvermögen“ das Wirtschaftswachstum stark beeinflusst, sodass Bildungsmaßnahmen dazu beitragen müssen das „individuelle Humanvermögen“ zu verbessern, damit Einkommensungleichheit abgebaut und Wirtschaftswachstum gestärkt wird.
These: Der Begriff „Humanvermögen“, heute auch Humankapital genannt, ...

Kommentar [DH59]: Der Anstieg der Zahl an Millionären „darf“ nicht als Zeichen zunehmender Ungleichheit angesehen werden, sondern steht für ein allgemeines Wachstum der Vermögen?
An dieser Stelle wirkt die Position der Bundesregierung deutlich verharmlosend in Bezug auf die Reichtumsverteilung in Deutschland und die sich vergrößernde Schere zwischen Arm und Reich. Geradezu heuchlerisch/sarkastisch gegenüber den Menschen, die auf Leistungen durch den Staat ...

durch Wirtschaftswachstum, Einkommensanstieg, Vermögensbildung sowie Wertentwicklung von Immobilien und Aktien bewirkt wird. So wachsen laufend Haushalte mit ihrem Vermögen über die feste Betragsgrenze hinaus. Im übrigen ist zu berücksichtigen, dass die Summe von einer Million DM heute eine geringere reale Vermögensausstattung darstellt als früher, weil inzwischen Einkommen und Preise gestiegen sind. Insgesamt bedeutet dies auch, dass sich die allgemeine Vorstellung von einem Millionär weniger mit einem Vermögens- als vielmehr mit einem Einkommensmillionär verbinden lässt, es sei denn, man setzt nicht bei einer Vermögensmillion, sondern bei höheren Werten an.“ (1. ARB (2001): S. 65; Seq. 59)

II Untersuchungszeitpunkt 2017

2. Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Quelle:

Bundesregierung (2017). Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/5-arb-langfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=6. Zugriffen: 08. Oktober 2019.

2.1 Sequenzen 5. ARB, 2017

„Zehn Jahre nach Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise steht Deutschland heute – insbesondere auch im internationalen Vergleich – **sehr solide** da. Kontinuierliches Wirtschaftswachstum, die höchste Beschäftigtenzahl und die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der deutschen Einheit sowie steigende Reallöhne, zuletzt vor allem für Geringverdienende, sind ein weiterer Ausdruck dieser ökonomischen Stabilität.“ (5. ARB (2017): S. I; Seq. 60)

Kommentar (DH60): Die Verfasser*innen des 5. ARB im Jahr 2017 sind trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 von einem „soliden“ Stand der deutschen Wirtschaft überzeugt. These: Wirtschaftswachstum, hohe Beschäftigungszahlen und niedrige Arbeitslosigkeit werden auch im Jahr 2017 als anzustrebendes Paradigma für „ökonomische Stabilität“ angesehen. These: Vollbeschäftigung wird als Ziel propagiert. Siehe Seq. 12 (1. ARB)

„Der Armuts- und Reichtumsbericht beschäftigt sich vorrangig mit dem **unteren und dem oberen Ende der Verteilung** in unserer Gesellschaft. Darüber darf die breite Mitte nicht aus dem Blick geraten. So ist der Anteil der Bevölkerung im mittleren Einkommensbereich im Berichtszeitraum stabil geblieben.“ (5. ARB (2017): S. I; Seq. 61)

Kommentar [DH61]: Dem 5. ARB liegt (wie dem 1. ARB) ein Fokus auf dem „unten“ und „oben“ der Gesellschaft zugrunde. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass die Mitte nicht vergessen werden dürfe. These: Die Mittelschicht ist ein wichtiges Wählerpotential der Volksparteien (die sich in der Bundesregierung in der großen Koalition zusammensetzen), womit der zusätzliche Fokus auf der Mittelschicht erklärt werden könnte ...

„Der Anteil der Menschen, die materiellen Entbehrungen ausgesetzt sind, lag stabil auf einem niedrigen Niveau mit einem Rückgang am aktuellen Rand. Demgegenüber lag der Anteil derjenigen, die wegen eines vergleichsweise niedrigen Einkommens als armutsgefährdet gelten, in den vergangenen Jahren etwa auf gleichem Niveau und hat sich zuletzt **allenfalls leicht erhöht**.“ (5. ARB (2017): S. I; Seq. 62)

Kommentar [DH62]: Die Armutsgefährdung hat sich neben stabilen niedrigen Zahlen zu materiellen Entbehrungen „allenfalls“ leicht erhöht. These: Aufgabe der Bundesregierung sollte die Verringerung der Armut und derer, die davon bedroht sind sein. Somit zeigt selbst eine „leichte“ Erhöhung, dass die politischen Verantwortlichen ihrer Aufgabe nicht ausreichend nachkommen. ...

„Die breite Zustimmung unserer Bevölkerung zur Sozialen Marktwirtschaft fußt auf dem Versprechen, dass Teilhabe am gesamtgesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstand **durch eigene Leistung** möglich und auch für jene gegeben ist, die das soziokulturelle Existenzminimum nicht aus eigener Kraft erreichen können. Dazu gehört, dass die Gesellschaft Vorsorge gegen allgemeine Lebensrisiken trifft und besondere Lebenslagen im Sozialstaat absichert. Darüber hinaus soll sie die Menschen (wieder) zu einem selbstbestimmten Leben befähigen und dabei helfen, gleiche Chancen für alle zu schaffen.“ (5. ARB (2017): S. I; Seq. 63)

Kommentar [DH63]: Es wird offenbar davon ausgegangen, dass die Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft daran gekoppelt ist, dass Teilhabe am „gesamtgesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstand“ nur mit eigener Leistung möglich sein darf. These: Die Soziale Marktwirtschaft wird in ihrer Akzeptanz bedroht, wenn Teilhabe am Wohlstand nicht mit eigener Leistung verbunden ist. ...

„Die Soziale Marktwirtschaft wird unter den Bedingungen der **Globalisierung auch künftig vor viele Herausforderungen** gestellt. Es geht um die Frage, wie faire Arbeitsplätze gesichert und gerechte Lebensbedingungen geschaffen werden können.“ (5. ARB (2017): S. I; Seq. 64)

Kommentar [DH64]: Auch 2017 werden die Risiken der Globalisierung durch die Autor*innen wahrgenommen und darauf hingewiesen, dass es um die Sicherung „fairer Arbeitsplätze“ und „gerechter Lebensbedingungen“ gehen müsse. These: Wie genau ein fairer Arbeitsplatz aussieht, wird von den Verfasser*innen nicht näher erläutert. These: Sollte es nicht generell in der Sozialen Marktwirtschaft um „faire ...

„Dieser Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht (5. ARB) reagiert darauf, dass volkswirtschaftliche Daten über Einkommen, Wachstum und Erwerbstätigkeit (wie das Bruttoinlandsprodukt oder die Arbeitslosenquote) **nicht immer die differenzierte Lebenswirklichkeit** in verschiedenen sozialen Gruppen, Berufen und Regionen widerspiegeln, und versucht, auch konkrete Lebenslagen sowie subjektive Einschätzungen stärker in den Blick zu nehmen.“ (5. ARB (2017): S. II; Seq. 65)

Kommentar [DH65]: Überraschenderweise werden rein volkswirtschaftlichen Daten wie das BIP hinterfragt. These: Die Bundesregierung reagiert in ihrem 5. ARB auf die wissenschaftlichen Befunde zu den althergebrachten Messinstrumenten und erkennt deren Schwächen an. These: Die Anerkennung der Schwächen von beispielsweise dem BIP deutet noch nicht daraufhin, da ...

„In einer Gesellschaft wie der unsrigen, die stark vom Gedanken der Leistungsgerechtigkeit geprägt ist, sind persönliche Zufriedenheit und sozialer Zusammenhalt sehr eng damit verbunden, ob Leistung sich lohnt, die Verteilung der Einkommen, soziale Teilhabe- und Aufstiegschancen und die soziale Sicherung alles in allem als „gerecht“ empfunden werden. Gerade weniger privilegierte Bürgerinnen und Bürger empfinden ihre Anstrengungen vielfach als nicht ausreichend respektiert. Für die Menschen ist es von großer Bedeutung, dass sie und ihre Kinder den erreichten sozialen Status verbessern oder wenigstens erhalten können. Wenn hier Zweifel bestehen, kann dies in allen Gesellschaftsschichten zu Verunsicherung führen.“ (5. ARB (2017): S. II; Seq. 66)

„Armut wird dabei im Wesentlichen als ein Mangel an Mitteln und Möglichkeiten verstanden, das Leben so zu leben und zu gestalten, wie es in unserer Gesellschaft üblicherweise auf Basis des historisch erreichten Wohlstandsniveaus möglich ist. Reichtum ist im Gegensatz dazu eine Lebenslage, in der die Betroffenen weit überdurchschnittliche Entfaltungs- und Gestaltungsmöglichkeiten haben.“ (5. ARB (2017): S. IV; Seq. 67)

„Sind die Unterschiede zwischen arm und reich in einer Gesellschaft zu groß und wird Reichtum als überwiegend leistungslos erworben empfunden, so kann dies die Akzeptanz der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verringern.“ (5. ARB (2017): S. IV; Seq. 68)

„Die Erwerbstätigkeit steigt seit über zehn Jahren kontinuierlich an und befindet sich auf dem höchsten Stand seit dem Jahr 1990. Die Erwerbstätigenquote für 20-bis-64-Jährige ist von 71,1 Prozent im Jahr 2006 auf 78,0 Prozent im Jahr 2016 gestiegen, die der 55-bis-64-Jährigen von 48,1 Prozent auf 66,2 Prozent. Frauen und Ältere partizipieren deutlich stärker als noch vor zehn Jahren am Arbeitsmarkt. Ergänzend sei erwähnt, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 26,5 Millionen im Juni 2006 auf 31,4 Millionen im Juni 2016 zugenommen hat. Die Erwerbstätigkeit steigt weiter an: sie ist mit rd. 43,6 Millionen Personen im Januar 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 600.000 angestiegen. Die Zahl der Minijobs ist seit der Einführung des Mindestlohns rückläufig.“ (5. ARB (2017): S. IV; Seq. 69)

„Die Zahl der Arbeitslosen ist von 4,9 Millionen im Jahr 2005 auf 2,7 Millionen im Jahr 2016 deutlich gesunken. Das sind – trotz zusätzlicher Zugänge im Zusammenhang mit der Fluchtmigration – 45

Kommentar [DH66]: Siehe Seq. 63
Persönliche Zufriedenheit wird von den Verfasser*innen an Leistungsgerechtigkeit gekoppelt. These: Es liegt ein Menschenbild zugrunde, dass davon ausgeht, dass alle Menschen ständig ihren sozialen Status verbessern oder „zumindest“ erhalten wollen.
Anschließend These: Die Autor*innen gehen von einem „schneller-höher-weiter“-Prinzip aus, dass unterstützt werden müsse, da die Gesellschaft sonst destabilisiert werde.
These: Dass manche Menschen sich nicht ausreichend respektiert fühlen liegt evtl. auch daran, dass ihre (beruflichen) Anstrengungen nicht belohnt werden (geringes Lohnniveau in Deutschland, das zu geringen monetären Unterschieden zwischen Sozialhilfeempfänger*innen und Voll-/Teilzeitbeschäftigten führt), unabhängig des sozialen Status.

Kommentar [DH67]: Auch 2017 liegt dem ARB ein relativer Armutsbegriff zugrunde.
Nun wird auch Reichtum in diesem Sinne der Lebenslage näher definiert.

Kommentar [DH68]: Wenn sich die Schere zwischen Arm und Reich zu weit öffnet, kann dies zu einer Abnahme der Akzeptanz der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung führen.
These: Die Schere zwischen Arm und Reich wird als Bedrohung der eigenen Ordnung angesehen, weshalb es daher diese Ungleichheit zu bekämpfen gilt.

Kommentar [DH69]: Die Zahlen der Erwerbstätigkeit steigen weiter an und befinden sich auf neuen Höchstwerten seit 1990.
Allerdings zeigen die Zahlen ebenfalls, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um über 10 Millionen unter der Zahl der insgesamt Erwerbstätigen liegt.
Dass die Zahl der Minijobs seit Einführung des Mindestlohns zurückgeht, gibt keinen Aufschluss darüber, ob sich atypische Beschäftigung nicht trotzdem verstärkt, bzw. ob diese Menschen überhaupt noch erwerbstätig sind.
These: Weiterhin wird sich an den offiziellen Zahlen der Erwerbstätigkeit ...

Kommentar [DH70]: Siehe Seq. 69

Prozent weniger. Die Arbeitslosenquote sank von 11,7 Prozent im Jahr 2005 auf 6,1 Prozent im Jahr 2016.“ (5. ARB (2017): S. IV; Seq. 70)

„Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland zu verringern. Die Zahl der Menschen, die wegen langer Phasen in Arbeitslosigkeit Einkommen einbüßen und vom Verlust von Kompetenzen und sozialer Teilhabe bedroht waren, ist ausgehend von 1,07 Millionen im Jahresdurchschnitt 2013 im Jahresdurchschnitt 2016 erstmals seit 1993 unter die Eine-Millionen-Marke gesunken.“ (5. ARB (2017): S. V; Seq. 71)

Kommentar [DH71]: Siehe Seq. 69

„Langzeitarbeitslose konnten allerdings in den letzten Jahren nicht proportional vom gleichzeitig stattfindenden Beschäftigungsaufbau profitieren. Auch wenn hierfür vielfältige Gründe verantwortlich sind, so ist doch festzuhalten, dass bei dieser Personengruppe in der Regel ein oder mehrere schwerwiegende Hemmnisse der Aufnahme einer Beschäftigung im Wege stehen, sodass sich Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt.“ (5. ARB (2017): S. V; Seq. 72)

Kommentar [DH72]: Die Autor*innen erkennen das Problem, dass bei steigender Beschäftigtenzahl trotzdem die Langzeitarbeitslosigkeit gleich bleibt und sich verfestigt. These: Die Bundesregierung verbleibt ohne Idee für eine Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit. These: Langzeitarbeitslosigkeit steht nicht auf der Agenda der Bundesregierung. Denn diese lassen sich nur schwer „aktivieren“, sodass der Fokus auf der „Aktivierung“ der kurzzeitig arbeitslos gemeldeten Menschen liegt.

„Zu Beginn der 2000er-Jahre waren die Einkommen allerdings deutlich gleichmäßiger verteilt.“ (5. ARB (2017): S. VI; Seq. 73)

Kommentar [DH73]: Die Verfasser*innen des Berichts erkennen an, dass sich die Einkommensungleichheit verstärkt hat.

„Bei der Zusammenschau aller Datenquellen verharrt die Armutsrisikoquote seit dem Jahr 2005 in etwa auf gleichem Niveau. Trotz der guten wirtschaftlichen Lage und der deutlichen Beschäftigungszuwächse zeigt sich am aktuellen Rand eher ein Anstieg. Beschäftigungs- und Einkommenszuwächse der vergangenen Jahre haben vermutlich auch deshalb nicht zu einem Sinken der Einkommensungleichheit geführt, weil sie über die gesamte Breite der Einkommensverteilung stattfanden und damit die Relation sowohl der hohen als auch der niedrigen Einkommen zum mittleren Einkommen in etwa gleich geblieben ist.“ (5. ARB (2017): S. VI; Seq. 74)

Kommentar [DH74]: Siehe Seq. 62, Seq. 69 Die Autor*innen sprechen von einer insgesamt gleichbleibenden Armutsrisikoquote aber einem Anstieg der Armutsrisikoquote am „Rand“ der Bevölkerung. These: Die Beschäftigungszuwächse haben nicht zu einem Sinken der Einkommensungleichheit geführt, weil die Menschen trotz Arbeit kaum ausreichend verdienen.

„Erwerbstätige haben eine deutlich niedrigere Armutsrisikoquote als die Gesamtbevölkerung. Hohe Werte hingegen weisen nicht nur Arbeitslose, sondern auch Alleinerziehende, niedrig Qualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund auf. Bei der Analyse nach Lebensphasen zeigt sich, dass

Kommentar [DH75]: Die These der Bundesregierung lautet hier: Arbeit schützt vor Armut (zumindest bei Familien, gut gebildeten und Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit). Gegenthese: Armut trotz Arbeit ist nach Ansicht zahlreicher Autor*innen jedoch oftmals (wie auch die Bundesregierung schreibt: bei Alleinerziehenden, niedrig Qualifizierten und Menschen mit Migrationshintergrund) verbreitet.

Kinder und junge Erwachsene eher überdurchschnittlich und Personen im mittleren oder höheren Erwachsenenalter eher unterdurchschnittlich betroffen sind.“ (5. ARB (2017): S. VI; Seq. 75)

„Der Anteil der Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen aus den Mindestsicherungssystemen blieb im Zeitraum von 2013 bis 2015 relativ stabil zwischen rund 9 und 10 Prozent [...]. Dies entspricht rund 7 bis 8 Millionen Personen. Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem SGB II stellen dabei die größte Gruppe mit knapp 6 Millionen Personen am Jahresende 2015. Dazu gehören auch diejenigen, die ergänzend zum eigenen Erwerbseinkommen Leistungen des SGB II in Anspruch nehmen mussten (sogenannte Aufstockerinnen und Aufstocker).“ (5. ARB (2017): S. VII; Seq. 76)

Kommentar [DH76]: Siehe Seq. 75
Armut trotz Arbeit zeigt sich besonders deutlich am Beispiel der sogenannten Aufstocker*innen

„Der Anteil der Personen, der von erheblichen materiellen Entbehrungen betroffen ist, ist von 5,4 Prozent im Jahr 2013 auf 4,4 Prozent im Jahr 2015 gesunken. Dieser positive Trend zieht sich durch fast alle Haushaltstypen. Alleinerziehende müssen mit rund 11 Prozent (2015) überdurchschnittlich oft aus finanziellen Gründen auf die als Referenz zu Grunde gelegten Güter und Aktivitäten verzichten. Dies gilt auch für Personen mit niedrigem Bildungsgrad (9 Prozent), Arbeitslose (rund 30 Prozent) und Alleinlebende (rund 10 Prozent). Demgegenüber müssen Erwerbstätige nur selten Abstriche machen. Sie sind von erheblichen materiellen Entbehrungen mit 2,2 Prozent deutlich unterdurchschnittlich betroffen.“ (5. ARB (2017): S. VIII; Seq. 77)

Kommentar [DH77]: Siehe Seq. 75, Seq. 76

„Eine weitere Facette von Armutsgefährdung ist Überschuldung. Unabhängig von der Höhe des Markteinkommens eines Haushaltes können durch hohe Schulden die finanziellen Spielräume zum Wirtschaften stark eingeschränkt werden. Für die Betroffenen kann die Überschuldung ökonomischen Druck sowie soziale und psychische Belastung bedeuten. [...] Von 2013 bis 2016 ist die Zahl der Personen im Alter über 18 Jahren mit einer hohen Überschuldungsintensität von 3,79 auf 4,17 Millionen Menschen angestiegen. Sie leben Schätzungen zufolge in rund 2 Millionen Haushalten. Männer machen mit fast zwei Dritteln den Großteil der Überschuldeten aus“ (5. ARB (2017): S. VIII; Seq. 78)

Kommentar [DH78]: Siehe Seq. 25 (1. ARB)
Die Verfasser*innen schreiben, dass die Überschuldung der über 18-Jährigen weiter angestiegen ist und verdeutlichen, dass damit ebenfalls soziale und psychische Belastungen einhergehen.
These: Überschuldung müsste aus dem Eigeninteresse des Staates bekämpft werden, da sich sonst ein Teufelskreis der Überschuldung hin zu negativen gesundheitlichen Auswirkungen auf die Arbeitsleistung und damit langfristig auf die Wirtschaftskraft entwickeln kann.

„Neben der Betrachtung von Armut ist die Beleuchtung von Reichtum erklärtes Ziel der Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Zu den zentralen Erkenntnissen über Reichtum auf Basis der Indikatoren

gehört, dass sich das Einkommen in Deutschland in den 1990er- Jahren und in der Folgezeit zunehmend am oberen Rand der Einkommensverteilung konzentriert. [...] Der Anteil der Bevölkerung, der über mindestens das Doppelte bzw. Dreifache des mittleren Einkommens verfügt, liegt bei allen Datenquellen zwar höher als in den 90er Jahren, aber seit Jahren relativ stabil bei 7 bis 8 bzw. bei 2 Prozent“ (5. ARB (2017): S. VIII f.; Seq. 79)

Kommentar [DH79]: Siehe Seq. 73
Neben Armut ist inzwischen auch verstärkt Reichtum im Fokus des ARB. Die seit 1990 gestiegene Einkommensungleichheit (und Konzentration von Einkommen am oberen Rand der Einkommensverteilung) wird von den Verfasser*innen wahrgenommen.

„Die genannten Daten unterschätzen nach Expertenmeinungen die Vermögenskonzentration. Die Bundesregierung sieht hier weiteren Bedarf, die Datengrundlage zu verbessern. Bereits ein wenig mehr Licht ins Dunkel der Reichtumsforschung und der Genese von hohem Vermögen kann der 5. ARB auf Basis einer nicht repräsentativen Befragung von 150 Hochvermögenden bringen. Die Ergebnisse können ein Hinweis darauf sein, dass Erbschaften und Schenkungen bei zwei Dritteln der befragten Hochvermögenden ein relevanter Grund für ihren Vermögensreichtum sind.“ (5. ARB (2017): S. X; Seq. 80)

Kommentar [DH80]: Der ARB gibt an, dass zu einem Großteil Erbschaften und Schenkungen zu Vermögensreichtum führt. These: Wenn klar ist, aus welchen Gründen sich Vermögen konzentrieren und Einkommensungleichheit vergrößert, dann sollten auch Maßnahmen zu deren Verringerung auf den Weg gebracht werden (bspw. Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, ...). Dies wird jedoch unterlassen.

„Ein gutes Arbeitseinkommen sichert Teilhabe, Unabhängigkeit und gesellschaftliche Anerkennung der eigenen Leistung. Für gesellschaftlichen Wohlstand auf breiter Basis ist es entscheidend, dass ausreichend Anreize zur Arbeitsaufnahme und zu kontinuierlichen Erwerbsbiografien bestehen und Produktivitätsfortschritte in allen Berufen und Branchen in Lohnerhöhungen umgesetzt werden. Insbesondere im unteren Einkommensbereich haben Lohnänderungen einen erheblichen Einfluss auf den Bedarf für Umverteilung durch Steuern und Transfers. Sie können zudem Anreize für eine Erhöhung der Erwerbsteilnahme und für Investitionen in Bildung und Qualifikation verstärken, die eine zunehmend wichtige Voraussetzung für Beschäftigungsfähigkeit und aktive Teilhabe am Arbeitsmarkt sind.“ (5. ARB (2017): S. XI; Seq. 81)

Kommentar [DH81]: Das Konzept „Fördern und Fordern“ (bzw. Anreize zur Arbeitsaufnahme) führt nach Ansicht der Autor*innen zu gesellschaftlichem Wohlstand. Es wird auf Lohnerhöhungen plädiert, damit sich die Erwerbsteilnahme vergrößert. These: Lohnänderungen werden als Mittel zur Arbeitsaufnahme angesehen und: These: Arbeit und ein angemessenes Einkommen werden als Mittel für mehr gesellschaftlichen Anerkennung angesehen, also eine win-win-Situation für Staat wie Bürger*innen?

„Die gute ökonomische Lage in Deutschland ist bemerkenswert angesichts der nur moderaten Erholung in Europa, der beträchtlichen globalen Unsicherheiten und der fragilen Weltkonjunktur. Die solide wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hat dazu beigetragen, dass die Erwerbstätigkeit sowie die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten neue Höchststände erreichen.“ (5. ARB (2017): S. XI; Seq. 82)

Kommentar [DH82]: Die deutsche Wirtschaft hat nach dem ARB dazu beigetragen die Erwerbstätigenzahl zu erhöhen. These: Wirtschaftswachstum trägt zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Gegenthese: Erwerbstätigkeit führt zu Wirtschaftswachstum.

„Diese positive Entwicklung ging im Berichtszeitraum auch mit steigenden Löhnen einher. Das Jahr 2015 brachte dabei den höchsten Anstieg des Reallohnindex im Berichtszeitraum. Von deutlichen Zuwächsen profitierten zuletzt vor allem Beschäftigte mit unterdurchschnittlichen Verdiensten. Das dürfte maßgeblich durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar 2015 beeinflusst sein.“ (5. ARB (2017): S. XI; Seq. 83)

Kommentar [DH83]: Zwar sind steigende Löhne auf den ersten Blick eine positive Entwicklung, dies sollte jedoch in Vergleich mit anderen europäischen Staaten gesetzt werden. Die Autor*innen gehen davon aus, dass die gesetzliche Mindestlohneinführung Impulse zur Lohnsteigerung gegeben hat. These: Eine Frage der Perspektive: Im Vergleich zu anderen (west-)europäischen Staaten lässt sich das Lohnniveau in Deutschland (bei Dienstleistungen besonders) noch immer nicht als hoch bezeichnen.

„Gebremst wurde das Lohnwachstum allerdings durch eine schwache Entwicklung der Vergütung in Bereichen, die in einer zunehmend dienstleistungsorientierten Gesellschaft von großer und steigender Bedeutung sind“ (5. ARB (2017): S. XI; Seq. 84)

Kommentar [DH84]: Siehe Seq. 83. Das Lohnniveau ist laut ARB aufgrund einer geringen Vergütung in Bereichen der dienstleistungsorientierten Gesellschaft gebremst worden. These: Die Globalisierung und Dienstleistungsgesellschaft als Gegner des Lohnwachstums. Müssten nicht eher übergreifende und flächendeckende Mindestlöhne deutlich erhöht werden? These: Deutschland auf dem Weg zum Billiglohn-Land?

„Eine hohe Tarifbindung ist eine wichtige Voraussetzung dafür, Spielräume, die bei steigenden Unternehmenseinkommen entstehen, angemessen auch für Lohnsteigerungen nutzen zu können. Gleichzeitig können Tarifverträge – wie die Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt hat – auch die Grundlage für flexible Arbeitszeitanpassungen in wirtschaftlich schwierigen Phasen bilden.“ (5. ARB (2017): S. XIII; Seq. 85)

Kommentar [DH85]: Siehe Seq. 83, Seq. 84. Die Relevanz von Tarifbindungen für Lohnsteigerungen wird von den Verfasser*innen bestätigt, aber auch um „flexible Arbeitszeitanpassungen“ zu schaffen. These: Tarifverträge sollten den Beschäftigten Lohnstabilität geben und keine Arbeitszeitanpassungen ...

„Leistungsgerechte Einkommen und soziale Sicherheit sind elementare Voraussetzungen für gute Arbeit. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind dabei zu verringern. Der Koalitionsvertrag dieser Legislaturperiode betont das Ziel „Guter Arbeit“.“ (5. ARB (2017): S. XIII; Seq. 86)

Kommentar [DH86]: These: Zwar wird auf „gute Arbeit“ abgezielt, aber das „gute Leben“, beispielsweise Wochenarbeitszeitverkürzungen, wird nicht berücksichtigt. These: Ein generelles Hinterfragen des Sinn und Zwecks von Arbeit findet nicht statt.

„Durch aktive Öffentlichkeitsarbeit trägt die Bundesregierung weiter zu einer höheren Wertschätzung von Dienstleistungs-, Pflege- und Erziehungsberufen bei.“ (5. ARB (2017): S. XIII; Seq. 87)

Kommentar [DH87]: These: Die Dienstleistungs-, Pflege- und Erziehungsberufe benötigen neben einer höheren Wertschätzung jedoch vielmehr deutlich höhere Löhne.

„Gute Arbeit ist der Schlüssel für Wohlstand und Vermeidung von Armut.“ (5. ARB (2017): S. XIV; Seq. 88)

Kommentar [DH88]: Siehe Seq. 86. „Gute Arbeit“ muss nach den Verfasser*innen gewährleistet werden, damit Armut vermieden werden kann. These: (Gute) Arbeit als den „Schlüssel“ für Wohlstand zu bezeichnen, verdeutlicht die Relevanz der Erwerbsarbeit in den Augen der Bundesregierung.

„Manche Bürgerinnen und Bürger fassen nach teilweise längerer Erwerbslosigkeit langsam wieder Fuß auf dem Arbeitsmarkt. Aufgrund der demografischen Entwicklung steigt das Durchschnittsalter

der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter wird sich in den kommenden Jahrzehnten verringern. Digitalisierung, technologischer Wandel und Strukturwandel sind weitere Trends, die den Wandel der Arbeitswelt vorantreiben.“ (5. ARB (2017): S. XIV; Seq. 89)

Kommentar [DH89]: Von den Autor*innen wird deutlich auf die bevorstehenden Veränderungen des Arbeitsmarkts durch Digitalisierung und demografischen Wandel hingewiesen.

„Im Berichtszeitraum ist die Anzahl der sogenannten „Normalarbeitsverhältnisse“ – also der unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse in Vollzeit außerhalb der Arbeitnehmerüberlassung – angestiegen und liegt in etwa auf gleichem Niveau wie vor zwanzig Jahren.“ (5. ARB (2017): S. XIV; Seq. 90)

Kommentar [DH90]: These: Dass die Normalarbeitsverhältnisse angestiegen sind klingt zunächst positiv. Aber dass sie auf gleichem Niveau wie vor zwanzig Jahren liegen lässt sich als Zeichen deuten, dass atypische Beschäftigungsverhältnisse zugenommen haben, da die Erwerbstätigkeit insgesamt zugenommen hat.

„Seit dem Beginn ihrer statistischen Erfassung durch das Statistische Bundesamt ist die Zahl der Beschäftigten in Arbeitnehmerüberlassung (synonym auch Leih- bzw. Zeitarbeit) mit deutlichen konjunkturellen Schwankungen im Trend leicht gestiegen.“ (5. ARB (2017): S. XIV; Seq. 91)

Kommentar [DH91]: Siehe Seq. 90 Bestätigung der These in Sequenz 90, dass die Leih- und Zeitarbeit angestiegen sind.

„Veränderte Erwerbsbiografien ergeben sich jedoch auch aus längeren Ausbildungszeiten und einem veränderten Partnerschaftsverständnis.“ (5. ARB (2017): S. XVI; Seq. 92)

Kommentar [DH92]: Hypothese: Die Verfasser*innen implizieren, dass sich Erwerbsbiografien nicht nur aufgrund der veränderten Erwerbsmöglichkeiten ändern, sondern auch wegen längerer Ausbildungszeiten und Veränderungen der Partnerschaftsverständnisse. Dies wirkt wie ein abmildernder Faktor, der damit die eigentliche Ursachen für veränderte Erwerbsbiografien verschleiert (kann in Kodierbaum übernommen werden).

„Der digitale Wandel von Wirtschaft und Arbeitswelt und die längere Dauer des Erwerbslebens erweckt bei vielen Menschen die Sorge, ob sie mit den technologischen Veränderungen Schritt halten können, und ob ihre Fähigkeiten in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt noch gebraucht werden. Der Auf- und Ausbau von Kompetenzen über das gesamte Erwerbsleben trägt dementsgegen zur Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit bei und vermindert die Risiken von Arbeitslosigkeit.“ (5. ARB (2017): S. XVI; Seq. 93)

Kommentar [DH93]: Die Gefahren des digitalen Wandels werden nochmals betont. These: Die Angst vor Modernisierungsverlierer*innen schwingt in diesen Zeilen mit, weshalb durch „lebenslanges Lernen“ gegen die möglicherweise drohende Arbeitslosigkeit gegengesteuert werden soll. Außerdem ist das Wählerpotential der etablierten Volksparteien meist nicht bei den „abgehängten“ Teilen der Bevölkerung zu verorten.

„Ungeachtet der Notwendigkeit ist gerade für gering qualifizierte Beschäftigte und Arbeitsuchende, aber auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Prinzip des „lebenslangen Lernens“ nicht immer positiv besetzt. Dies sollte in der Arbeitsförderung, bei der Weiterbildungsberatung, aber auch bei der Konzeption und Gestaltung von Maßnahmen noch stärker berücksichtigt werden. Insbesondere ist darauf zu achten, dass Bildungsangebote als Chance wahrnehmbar sein müssen,

Kommentar [DH94]: Siehe Seq. 93 Lebenslanges Lernen soll entgegen der offenbar angenommenen negativen Konnotationen demgegenüber positiv vermittelt werden, damit die Arbeitsförderung/Weiterbildung gelingt.

Überforderungsängste ernst zu nehmen sind und Unterstützungsmöglichkeiten frühzeitig und niedrigschwellig angeboten werden.“ (5. ARB (2017): S. XVII; Seq. 94)

„Die Bundesregierung ist dem Ziel verpflichtet, allen Menschen in Deutschland einträgliche Erwerbsmöglichkeiten entsprechend ihren Vorstellungen und Qualifikationen zu eröffnen. Weiterbildung und gegebenenfalls auch berufliche Neuorientierung müssen – unabhängig von der sozialen Lage – selbstverständlicher Teil des Erwerbslebens werden. Dafür sollte das lineare Karrieremodell, in dem binnen weniger Jahre über berufliche Etablierung und Verdienstaussichten entschieden wird, hinterfragt werden. Die zunehmend längere Lebenszeit bei guter Gesundheit, das hohe Qualifikationsniveau der Erwerbsbevölkerung und die stetige Veränderung der Rollenbilder können die Umsetzung dieser Anliegen befördern.“ (5. ARB (2017): S. XVII; Seq. 95)

„Vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Arbeitswelt ist Weiterbildung ein wichtiger Faktor für Erwerbsfähigkeit und gute Arbeit.“ (5. ARB (2017): S. XVII; Seq. 96)

„Aufgrund der zentralen gesellschaftlichen Bedeutung von Erwerbstätigkeit gefährdet Langzeitarbeitslosigkeit die gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung. Sie beeinträchtigt die Verwirklichungschancen nicht nur der betroffenen Person, sondern des gesamten persönlichen Umfelds, insbesondere der im Haushalt lebenden Kinder und Jugendlichen. Die Reduzierung von Langzeitarbeitslosigkeit bleibt daher eine besondere Herausforderung für alle sozial- und arbeitsmarktpolitischen Akteure.“ (5. ARB (2017): S. XIX; Seq. 97)

„Die Stagnation der Zahl der Langzeitarbeitslosen liegt nicht zuletzt darin begründet, dass in dieser Gruppe ein zunehmender Anteil – teils mehrere verschiedene – ungünstige Voraussetzungen für eine Arbeitsmarktintegration mitbringt. Dabei kann es sich zum Beispiel um gesundheitliche Probleme, höheres Alter, mangelnde Sprachkenntnisse, mangelnde berufliche Qualifikationen oder fehlende Kinderbetreuungs- oder Unterstützungsmöglichkeiten bei der Pflege von Angehörigen handeln. Wenn dem nicht systematisch, chancen- und teilhabeorientiert begegnet wird, besteht die Gefahr einer weiteren Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit.“ (5. ARB (2017): S. XIX; Seq. 98)

Kommentar [DH95]: Siehe Seq. 93, Seq. 94

Weiterbildung soll nach Maßgabe der Bundesregierung „selbstverständlich“ im Erwerbsleben werden. Ein „lineares“ Karrieremodell könne demnach nicht mehr als zeitgemäß angesehen („hinterfragt“) werden. These: Die Hinterfragung des linearen Karrieremodells durch die Verfasser*innen ist einerseits der sich verändernden Arbeitswelt geschuldet, aber lässt sich ebenfalls als Ausdruck einer Akzeptanz atypischer Beschäftigung/lebenslangen Lernens und allen damit einhergehenden für ...

Kommentar [DH96]: Siehe Seq. 93, Seq. 94, Seq. 95

Weiterbildung wird zudem als (genereller) „Faktor“ für Erwerbs- „fähigkeit“ verstanden und könne so zu „guter“ Arbeit führen. These: Nur mit Weiterbildung ist überhaupt die Fähigkeit zur Arbeit vorhanden. These: Ohne Weiterbildung keine „gute“ Arbeit und auch keinerlei Erwerbsfähigkeit? These: Vollbeschäftigung ist demnach das Ziel, das es entgegen gegenwärtiger Trends weiterhin zu ...

Kommentar [DH97]: Erwerbstätigkeit besitzt eine „zentrale“ gesellschaftliche Bedeutung, weshalb Langzeitarbeitslosigkeit verhindert und alle Kraft zu ihrer Reduzierung aufgebogen werden muss. Langzeitarbeitslosigkeit beeinträchtigt ebenfalls das Lebensumfeld. These: Langzeitarbeitslosigkeit kann zu schlechteren Lebensbedingungen für bspw. Kinder führen. These: Langzeitarbeitslosigkeit soll reduziert werden, damit nicht auch im Lebensumfeld die Arbeitslosigkeit steigt. ...

Kommentar [DH98]: Die Stagnation der Langzeitarbeitslosigkeit liegt nach Ansicht der Autor*innen an mehreren Faktoren, die sich gegenseitig negativ bedingen, was ohne Gegenmaßnahmen zu einer Verfestigung dieser Arbeitslosigkeit führen könne. These: Wenn das Alter oder die Gesundheit als sich negativ auswirkende Faktoren auf die Erwerbstätigkeit angesehen werden können, sollten möglicherweise die generellen Unterstützungsmöglichkeiten ...

„Was bereits getan wird.“ (5. ARB (2017): S. XX; Seq. 99)

Kommentar [DH99]: Der 5. ARB gliedert sich auf in Unterkapitel zum Thema „Was bereits getan wird“. Dies wirkt wie Eigenlob an die jeweiligen Fähigkeiten und Maßnahmen der Bundesregierung, die möglicherweise jedoch keinen Platz im ARB benötigt hätten. Es wäre sinnvoller gewesen, mehr Zeit und Raum auf die anstehenden Aufgaben und die Analyse der gegenwärtigen Lage zu verwenden.

„Was weiter zu tun ist.“ (5. ARB (2017): S. XX; Seq. 100)

„Das Wohlergehen von Kindern hängt von vielen Faktoren ab. Dazu zählen neben der Geborgenheit, die Kinder in ihren Familien erfahren, auch ihre Gesundheit, ihr Wohnumfeld oder ihre Möglichkeiten zur Bildungsteilnahme. Die finanzielle Situation, in der Kinder aufwachsen, beeinflusst diese Faktoren mehr oder weniger stark. Dabei wirken unzureichende materielle Rahmenbedingungen vor allem dann negativ auf das kindliche Wohlergehen, wenn sie lange andauern und so die Kindheit prägen.“ (5. ARB (2017): S. XXI; Seq. 101)

Kommentar [DH100]: Siehe Seq. 99. Neben dem Kapitel „Was bereits getan wird“, wird der ARB ebenfalls in mehrere Unterkapitel „Was weiter zu tun ist“ gegliedert. In diesen Kapiteln werden jedoch nur ausgewählte Maßnahmen angeführt und keineswegs ein breites Bild der an sich möglichen Aktionen gezeichnet. So verkommen diese Kapitel zu politischen Absichtserklärungen, auf die sich die große Koalition einigen konnte.

„Die Gründe für Kinderarmut liegen insbesondere in eingeschränkter Erwerbstätigkeit der Eltern.“ (5. ARB (2017): S. XXI; Seq. 102)

Kommentar [DH101]: Es wird davon ausgegangen, dass materielle Rahmenbedingungen das kindliche Wohlergehen negativ beeinflussen. Selbstverständlich wird hierbei deutlich, was gemeint ist, aber es bleibt offen, inwieweit nicht auch andere Faktoren wie die Abwesenheit von den Eltern oder Bezugspersonen das Kindeswohl beeinträchtigen. These: Der einzige Fokus liegt beim kindlichen Wohlergehen auf ...

„Die Reduzierung des Armutsrisikos von Kindern bedarf weiterer Anstrengungen, vor allem bezogen auf eine bessere Erwerbsintegration der Eltern.“ (5. ARB (2017): S. XXIII; Seq. 103)

Kommentar [DH102]: Siehe Seq. 101

„Die Familienleistungen sollen stärker als bisher die individuelle Existenzsicherung beider Elternteile fördern und für Väter und Mütter eine gleichmäßigere Teilhabe an beiden Lebensbereichen, Familie und Erwerbstätigkeit, unterstützen. Gleichmäßige Aufteilungen zwischen den Eltern stärken die Familien, beugen Armutsrisiken vor und sind auch gesamtwirtschaftlich tragfähig.“ (5. ARB (2017): S. XXIII f.; Seq. 104)

Kommentar [DH103]: Siehe Seq. 101, Seq. 102. Zur Verhinderung des Armutsrisikos von Kindern und der sonst damit verbundenen Gefährdung des Kindeswohls sollen Eltern besser in den Arbeitsmarkt integriert werden ...

„Allerdings hält eine gute Kindertagesbetreuung den Eltern nicht nur den Rücken für die Erwerbsarbeit frei, sondern ergänzt die Förderung der Kinder durch die Familien. Sie bildet damit einen wichtigen Grundstein für einen späteren erfolgreichen Bildungsweg, der ein Weg aus der Armut sein kann. Dabei können von der Bildungsarbeit und dem anregenden sozialen Umfeld in Kindertageseinrichtungen Kinder aus Familien profitieren, in welchen die Eltern ihre Kinder nicht optimal unterstützen können.“ (5. ARB (2017): S. XXIV; Seq. 105)

Kommentar [DH104]: Siehe Seq. 101, Seq. 102, Seq. 103. Eine verbesserte Teilhabe beider Elternteile soll u.a. Armutsrisiken vorbeugen. Betont wird hierbei, dass dies „gesamtwirtschaftlich“ tragfähig sei ...

Kommentar [DH105]: Kindertagesbetreuung wird nach Ansicht der Verfasser*innen für eine lückenlose Erwerbsarbeit benötigt und damit Kinder zusätzliche Unterstützung (Bildung für Erwerbsarbeit) erfahren, wenn dies im Elternhaus nicht möglich sein sollte.

„Zugang zu gesellschaftlich notwendigen Gütern und Dienstleistungen sichern“ (5. ARB (2017): S. XXVII; Seq. 106)

Kommentar [DH106]: Es stellt sich die Frage, welche Güter und Dienstleistungen in einer Gesellschaft als notwendig erachtet werden können/müssen und wer den Maßstab dafür anlegt. Dies scheint als eine wichtige Aufgabe der Bundesregierung verstanden zu werden. These: Je besser der Zugang zu mehr Gütern und Dienstleistungen desto besser?

„Die Leistungssysteme der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) und der Sozialhilfe (SGB XII) bekämpfen Armut und Mangel.“ (5. ARB (2017): S. XXVII; Seq. 107)

Kommentar [DH107]: Gegenthese: Entgegen der von der Bundesregierung angenommenen These, dass die Leistungssysteme Armut und Mangel bekämpfen, kommen zahlreiche Autor*innen zu dem Schluss, dass diese teilweise Armut und Mangel sogar verstärken oder zumindest keinen Ausweg aus der Armut darstellen, da die Sicherungen zu niedrig ausfallen.

„Durch die Reformen der Grundsicherungssysteme – also die Einführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Jahr 2003 sowie der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Jahr 2005 – konnte möglicherweise auch die sogenannte „verschämte Armut“ reduziert werden, also die Zahl derjenigen, die aus Unkenntnis, Scham oder weil sie befürchten, der Sozialhilfeträger könne unterhaltsverpflichtete Angehörige in Anspruch nehmen, keine Leistungen zur Existenzsicherung beantragt haben. Darauf deutet der hohe Zuwachs an Leistungsbezieherinnen und -bezieher nach diesen Reformen hin.“ (5. ARB (2017): S. XXVIII; Seq. 108)

Kommentar [DH108]: Siehe Seq. 107. These: Im Gegenteil, inzwischen wurde in der Öffentlichkeit sogar das Wort „Hartzen“ etabliert, das unmittelbar für ein Prinzip des „shaming“ steht und gleichzeitig die Gesamtheit der Leistungsempfänger*innen diskreditiert. These: Die stärkere Verankerung des Konzepts „Fördern und Fordern“ hat zu einer vermehrten Arbeitsaufnahme geführt, da sonst Sanktionen drohen.

„Ein Leistungsanspruch auf Grundsicherungsleistungen besteht nur, soweit Hilfebedürftigkeit gegeben ist. Deshalb sind Einkommen und Vermögen wie auch Leistungen anderer Sozialleistungsträger vorrangig in Anspruch zu nehmen. Zu den vorgelagerten Leistungen zählen vor allem die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung (Alters- und Erwerbsminderungsrenten), das Wohngeld und der Kinderzuschlag für Erwerbstätige. Jedes vorhandene Einkommen hilft, Grundsicherungsbezug zu vermeiden.“ (5. ARB (2017): S. XXVIII; Seq. 109)

Kommentar [DH109]: Nach Ansicht der Autor*innen besteht ein Anspruch auf Grundsicherungsleistungen nur wenn trotz anderen Einkommen/Vermögen/Leistungen Hilfebedürftigkeit besteht. These: Es soll mit allen Mitteln so lange wie möglich eine Hilfebedürftigkeit hinausgezögert werden, damit möglichst spät Grundsicherungsleistungen in Anspruch genommen werden. These: Dass „jedes vorhandene Einkommen hilft, Grundsicherungsbezug zu vermeiden“, wirkt negativ auf die langfristigen Planungen der Betroffenen ein, da bei Grundsicherungsbezug dann eine völlige Abhängigkeit von den Leistungen besteht, weil keinerlei ...

„Grundsätzlich müssen die Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik auch weiterhin dem Wandel der Gesellschaft Rechnung tragen und dabei helfen, die Bedürftigkeit in den Grundsicherungssystemen zu vermeiden oder zu reduzieren.“ (5. ARB (2017): S. XXIX; Seq. 110)

„Die Altersgruppe der über 65-Jährigen ist durchschnittlich etwas seltener armutsgefährdet als die Gesamtbevölkerung. Vielmehr stellt sich die materielle Versorgung der heute Über-65-Jährigen sogar insgesamt sehr günstig dar. Dennoch nehmen Bürgerinnen und Bürger das Risiko drohender

Kommentar [DH110]: Siehe Seq. 109. Es soll ressortübergreifend daran gearbeitet werden, Grundsicherung zu vermeiden oder zu reduzieren.

„Altersarmut“ als problematisch wahr. Diese Wahrnehmung kann im Zusammenhang damit stehen, dass die Verharrung in Armut im Alter hoch ist, denn die Möglichkeiten, aus eigener Kraft noch etwas an der eigenen Einkommens- oder Vermögenssituation zu ändern, werden mit zunehmendem Alter immer geringer.“ (5. ARB (2017): S. XXIX; Seq. 111)

„Das sogenannte Flexirentengesetz, das zum 1. Juli 2017 in Kraft treten wird, leistet einen Beitrag zur Vereinfachung des Teilrenten- und Hinzuverdienstrechts. Arbeit neben der vollen Altersrente oder nach Erreichen der Regelaltersgrenze wird attraktiver.“ (5. ARB (2017): S. XXX; Seq. 112)

„Menschen mit Beeinträchtigungen sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich häufig armutsgefährdet. Ihre Erwerbslosenquote ist nahezu doppelt so hoch wie der Durchschnitt. Beeinträchtigungen oder Behinderungen stellen weiterhin Risiken für die soziale Mobilität dar. Bei chronisch Kranken ist das Armutsrisiko besonders hoch.“ (5. ARB (2017): S. XXXII; Seq. 113)

„Arbeit zu haben bedeutet persönliche Unabhängigkeit und Selbstbestätigung. Bildung und Qualifizierung sind entscheidend für die gesellschaftliche Teilhabe, insbesondere auch für junge Menschen mit Behinderungen.“ (5. ARB (2017): S. XXXII; Seq. 114)

„Das deutsche Sozialsystem sorgt dafür, dass auch Menschen mit geringen Einkommen Zugang zu einem leistungsfähigen Gesundheitssystem erhalten, das nicht nur die Versorgung im Krankheitsfall, sondern auch Leistungen der Prävention und Gesundheitsförderung sowie eine Absicherung im Pflegefall umfasst.“ (5. ARB (2017): S. XXXIII; Seq. 115)

„Kausale Schlussfolgerungen, wonach etwa ein geringes Einkommen zu einer schlechten Gesundheit führt, sind nur bedingt möglich. Ein geringes Einkommen kann eine schlechte Gesundheit nach sich ziehen. Eine schlechte Gesundheit kann aber auch die Einkommenschancen des Einzelnen beeinträchtigen, insbesondere da ein als schlecht eingeschätzter Gesundheitszustand erheblichen Einfluss auf die durchschnittliche Arbeitszeit hat.“ (5. ARB (2017): S. XXXIV; Seq. 116)

Kommentar [DH111]: Armutsgefährdung im Alter über 65 Jahre sei nach Ansicht der Verfasser*innen zwar aktuell kaum ein Problem, aber die Angst vor Altersarmut sei deutlich ausgeprägt. These: Aufgrund der mit den Hartz-Reformen einhergehenden Unsicherheiten (Sanktionsmöglichkeiten/prekäre Beschäftigungsformen) steigt die Angst vor einer späteren Altersarmut, der sich schwer entgegenwirken lässt. These: Es existiert inzwischen eine grundsätzliche Angst vor Armut, auch beim Mittelstand, der sich mit ...

Kommentar [DH112]: Der Begriff „Flexirentengesetz“ lässt sich als Euphemismus verstehen, da nun die „Hinzuverdienstrechte“ vereinfacht werden. Aber sollte die Rente und ein durchschnittlicher Lebensstandard im Alter nicht eigentlich auch ohne zusätzliche Erwerbstätigkeit gesichert sein?

Kommentar [DH113]: Die Autor*innen führen auf, dass bei Beeinträchtigungen (auch gesundheitlicher Art) das Armutsrisiko und eine Gefährdung der sozialen Mobilität steige. These: Eine gute Gesundheit ist für ein geringes Armutsrisiko unabdingbar. These: Dass die Gesundheit das Armutsrisiko beeinflusst, lässt sich a ...

Kommentar [DH114]: Arbeit steht nach Ansicht der Bundesregierung für Unabhängigkeit und Selbstbestätigung (nicht nur bei Menschen mit Behinderung). Anmerkung: Selbst erwerbstätige Menschen können heutzutage oftmals nicht unabhängig leben, sondern sind zusätzlich auf staatliche Hilfeleistungen angewiesen. ...

Kommentar [DH115]: Siehe Seq. 113. Trotz dieser Leistungen widerspricht sich die Bundesregierung in Sequenz 113, da gesundheitliche Einschränkungen offenbar das Armutsrisiko verstärken.

Kommentar [DH116]: Siehe Seq. 113, Seq. 115. Es wird eine Wechselwirkung von Gesundheit und Einkommenschancen unterstellt, die sich auch in den angeführten Sequenzen zeigt, obwohl doch aber das deutsche Sozialsystem dafür Sorge tragen sollte, diese Menschen bei schlechter Gesundheit zu unterstützen.

„Die Kosten für die Wohnung einschließlich der Nebenkosten stellen bei vielen Menschen einen der größten Ausgabenblöcke im Haushaltsbudget dar. Die mittlere Wohnkostenbelastung der Bevölkerung, dargestellt als Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Haushaltseinkommen, liegt bei rund 22 Prozent. Im Einkommensjahr 2015 haben 16 Prozent der Haushalte mehr als 40 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens für Wohnkosten ausgegeben, was als Überbelastung definiert wird. Einkommensschwächere Haushalte sind hiervon zur Hälfte und zunehmend betroffen. Diese Entwicklung ist regional sehr unterschiedlich. Insbesondere in wirtschaftsstarken Zuzugsräumen und vielen Groß- und Universitätsstädten stiegen die Mieten deutlich.“ (5. ARB (2017): S. XXXVI; Seq. 117)

„Als Folge droht sozialräumliche Segregation: Zunehmend konzentrieren sich einkommensschwache Haushalte in begrenzten Teilgebieten größerer Städte.“ (5. ARB (2017): S. XXXVI; Seq. 118)

„Ein fester Wohnsitz ist Voraussetzung, um Zugang zum Bildungssystem und zum Arbeitsmarkt zu finden. Die Wohnungslosigkeit hat in den letzten Jahren jedoch zugenommen.“ (5. ARB (2017): S. XXXVI; Seq. 119)

„Die Bundesregierung prüft in enger Abstimmung mit den Ländern, wie – gegebenenfalls durch eine gesetzliche Regelung – eine bundesweite amtliche Statistik zur Wohnungslosigkeit entwickelt werden kann.“ (5. ARB (2017): S. XXXVII; Seq. 120)

„In den Jahren 2015 und 2016 sind rund 890.000 bzw. 280.000 schutzsuchende Menschen nach Deutschland zugewandert. Gerade für die ersten Jahre nach der Zuwanderung ist zu erwarten, dass ein Teil der Schutzsuchenden auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sein wird. Ziel der Bundesregierung ist es jedoch, Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive sowie Schutzberechtigte zu befähigen, ihren Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit selbst zu bestreiten. Dieses Ziel verfolgen die nach Deutschland geflüchteten Menschen in den allermeisten Fällen auch persönlich.“ (5. ARB (2017): S. XXXVII; Seq. 121)

Kommentar [DH117]: Wohnungskosten, dies sehen die Autor*innen ein, stellen eine große finanzielle Herausforderung für viele Menschen, besonders in Ballungsgebieten, dar. These: Armut wird durch hohe Wohnungskosten verstärkt, bzw. langfristig sogar Wohnungs- und Obdachlosigkeit hervorgerufen. These: Im Kapitel „Was weiter zu tun ist“ wird nicht darauf eingegangen, dass es insofern also einen deutlichen Ausbau des sozialen Wohnungssektors geben müsste. Auch Selbstkritik hinsichtlich der Privatisierungsmaßnahmen in den 1990er Jahren, die maßgeblichen Anteil an den heutigen Wohnungspreisen hat, wird nicht geäußert. These: Die angepriesene schwarze Null (Wolfgang Schäuble/Olaf Scholz ...)

Kommentar [DH118]: Siehe Seq. 117. Durch diese Entwicklungen komme es zu sozialräumlicher Segregation und damit zu Brennpunkten in Großstädten, die langfristig auch die Stabilität (durch hohes Armutsrisiko/Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung) gefährden können.

Kommentar [DH119]: Siehe Seq. 117, Seq. 118. Die Bundesregierung sieht die mit hohen Mieten verbundenen Probleme im Kontext der Erwerbsuche, da sich die Chancen auf eine Stelle ohne festen Wohnsitz verschlechtern würden.

Kommentar [DH120]: Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung noch immer keine bundesweite amtliche Statistik zur Wohnungslosigkeit aufgebaut hat. Selbst wenn es aufgrund der Dunkelziffern schwierig ist, so ließen sich zumindest reelle Schätzungen durchführen, jedoch gibt es bisher sogar nur wenige Städte, die über diese Thematik Statistiken führen. ...

Kommentar [DH121]: Das Ziel für eine gelungene Integration ist nach Ansicht der Bundesregierung, Migrant*innen mit Bleibeperspektive zu Erwerbsarbeit zu verhelfen, damit sie möglichst kurze Zeit auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind. Anmerkung: Migrant*innen tragen oftmals aufgrund ihrer hohen Qualifikation deutlich zur Wirtschaftskraft der Bundesrepublik ...

„Arbeit ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration. Die Verbesserung der Erwerbschancen für Schutzsuchende ist mit Blick auf die öffentlichen Haushalte und den demografischen Wandel aber auch eine Chance für die Gesellschaft.“ (5. ARB (2017): S. XXXIX; Seq. 122)

Kommentar [DH122]: Siehe Seq. 121. Auch im Hinblick auf die Integration ist nach Ansicht der Autor*innen Arbeit „der Schlüssel“. Es werden die Chancen gelungener Integration für die Bundesrepublik deutlich gemacht, die jedoch eindeutig an die Erwerbschancen gekoppelt werden.

„Nun stellt sich die Aufgabe, auf Grundlage der neuen Gesetze und Verordnungen die integrationspolitischen Maßnahmen und Instrumente auf allen Ebenen umzusetzen. Der Grundsatz des Förderns und Forderns soll dabei noch konsequenter um- und durchgesetzt werden. Insgesamt soll erreicht werden, dass auch Geduldete so frühzeitig wie möglich eine Arbeit aufnehmen können.“ (5. ARB (2017): S. XXXIX; Seq. 123)

Kommentar [DH123]: „Fördern und Fordern“ wird von den Verfasser*innen als „Grundsatz“ verstanden. Dieser soll „noch“ konsequenter (auch im Hinblick auf die Integration) umgesetzt werden. These: Dem Konzept „Fördern und Fordern“ wird eine große Wirksamkeit (bei der Suche von Erwerbsarbeit und ihrer Aufnahme) unterstellt.

„Eine langfristig tragfähige Finanzpolitik schafft die wesentliche Voraussetzung dafür, dass die soziale Sicherung dauerhaft verlässlich bleibt, denn solide und tragfähige Staatsfinanzen sind die Grundlage dafür, dass Verteilungsspielräume erhalten, Bildungschancen gesichert und auftretende Krisen wirksam bekämpft werden können. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, zusätzliche Investitionen und mehr soziale Teilhabe Hand in Hand gehen können.“ (5. ARB (2017): S. XL; Seq. 124)

Kommentar [DH124]: Eine „solide“ Finanzpolitik wird als Voraussetzung für die soziale Sicherung verstanden. These: Die Finanzpolitik der „schwarzen Null“ sollte für deutlich mehr Investitionen im Sozial- und Bildungsbereich möglicherweise aufgeweicht bzw. ganz abgeschafft werden. Denn dass die Staatsfinanzen „solide“ sind, reicht möglicherweise nicht. Evtl. müssen Schulden aufgenommen werden, damit die drängenden Probleme im Sozialbereich verringert werden können.

„Die Ausgestaltung des Sozialstaats in Deutschland spiegelt dabei die Grundüberzeugung wider, dass Maßnahmen, die mehr Chancengleichheit ermöglichen und die Daseinsvorsorge sicherstellen, mehr sind als nur Leistungen für Bedürftige. Von sozialer Infrastruktur und guter Bildung eines entwickelten Sozialstaates profitiert die ganze Gesellschaft. Sie stellen somit ebenso wichtige Investitionen in das Produktivkapital einer Gesellschaft dar wie Ausgaben für die Einrichtung und Erhaltung von Sachanlagen (z. B. Straßen, öffentliche Gebäude und Einrichtungen).“ (5. ARB (2017): S. XL; Seq. 125)

Kommentar [DH125]: Es existiert offenbar ein Verständnis darüber, dass Chancengleichheit und Daseinsvorsorge wichtige Aspekte des Sozialstaats sind, die daher (neben „Sachanlagen“) gefördert werden müssen. Die Ermöglichung von Chancengleichheit wird als Investition in das „Produktivkapital einer Gesellschaft“ verstanden. These: Chancengleichheit wird zwar als sozial notwendig und für einen stabilen Sozialstaat unabdingbar angesehen, aber das zugrundeliegende Ziel ist die Stärkung der Produktivität und damit Wirtschaftswachstum.

„Auch künftig sind die Aktivitäten und Einrichtungen der öffentlichen Hand solide und generationengerecht zu finanzieren. Dabei müssen die sozialen Sicherungssysteme vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des technischen Fortschritts verlässlich, dauerhaft finanzierbar und „demografiefest“ gestaltet sein. Dies gilt gleichermaßen im Sinne der Leistungsberechtigten wie der Beitrags- und Steuerzahlerinnen und -zahler. Wesentliche Grundlagen dafür sind eine Haushaltskonsolidierung, die auch günstige Rahmenbedingungen für Wachstum und

Kommentar [DH126]: Siehe Seq. 124, Seq. 125. Soziale Sicherungssysteme sollen auch in Zukunft „verlässlich“ sein, was nur durch eine Haushaltskonsolidierung geschehen könne, die damit gleichzeitig Wachstum und Beschäftigung sicherstelle.

Beschäftigung sicherstellt, sowie eine Besteuerung und Beitragsfinanzierung, die so breit wie nötig und so leistungsgerecht wie möglich ausgestaltet sind.“ (5. ARB (2017): S. XL; Seq. 126)

„Für die **dauerhafte Akzeptanz der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung** sind die Sicherung von Steuergerechtigkeit und die effektive Erhebung von Steuereinnahmen wesentlich.“ (5. ARB (2017): S. XL; Seq. 127)

„Debatten zu Besteuerung und Umverteilung gehen an den Kern dessen, was individuell und gesellschaftlich als gerecht angesehen bzw. empfunden wird. So wenig sich vermeiden lässt, dass sie emotional geführt werden, so wichtig ist es, eine **gesellschaftlich breit getragene Lösung** zu finden. Hierfür müssen die verfügbaren Daten und Fakten nachvollziehbar aufbereitet und sachlich diskutiert werden. Auch die Fragen und Verunsicherungen der Bürgerinnen und Bürger über die Auswirkungen für sie persönlich und die Gesellschaft insgesamt sind in den Blick zu nehmen; diesem Ziel ist eine möglichst repräsentative statistische Erfassung relevanter Daten über die gesamte Breite der Einkommens- und Vermögensverteilung zuträglich.“ (5. ARB (2017): S. XLf.; Seq. 128)

„**Fortsetzung der wachstums- und beschäftigungsorientierten Haushalts- und Finanzpolitik zur Sicherung langfristig solider Staatsfinanzen.**“ (5. ARB (2017): S. XLI; Seq. 129)

„Wie im Koalitionsvertrag festgelegt, setzt sich die Bundesregierung für die Einführung einer **Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz** im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit auf europäischer Ebene.“ (5. ARB (2017): S. XLI; Seq. 130)

„Die politische Beteiligung bis hin zur Teilnahme an Wahlen ist bei Menschen mit geringem Einkommen deutlich geringer und hat in den vergangenen Jahrzehnten stärker abgenommen als bei **Personen mit höherem Einkommen und der Mittelschicht**. Auf politische Entscheidungen wirken sie damit vergleichsweise weniger ein. In der internationalen Politikwissenschaft wird zudem seit einigen Jahren diskutiert, dass die Positionen der politischen Akteure zunehmend homogener geworden sind und Personen aus dem unteren Einkommensbereich sich vielfach in Entscheidungen nicht wiederfinden.“ (5. ARB (2017): S. XLII; Seq. 131)

Kommentar [DH127]: Es wird eine Gefahr, die von fehlender Steuergerechtigkeit ausgeht, wahrgenommen, die die Akzeptanz der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung untergraben könne. Steuereinnahmen sollen „effektiv“ erhoben werden. Der Aspekt der Steuergerechtigkeit lässt sich als Reaktion auf die Debatten um „Reichensteuer“ etc. verstehen.

Kommentar [DH128]: These: Es wird impliziert, dass emotionale Debatten zwar verstanden werden, Besteuerungsfragen jedoch eine gesellschaftlich breit getragene Lösung benötigen.
These: Die Einführung von bspw. einer Steuer auf hohe Einkommen würde nur einen Bruchteil der Gesellschaft betreffen, sodass dies im Sinne der Verfasser*innen eigentlich eine breit getragene Lösung darstellen müsste. Gegenthese: „Gesellschaftlich breit getragen“ steht dem Einfluss der wenigen Betroffenen (reichen Menschen) entgegen und die Bundesregierung orientiert sich offenbar mehr an Letzteren, sonst hätte eine Steuer auf hohe Einkommen bereits eingeführt werden können.
These: Offenbar gibt es auch im Jahr 2017 noch immer keine umfassende repräsentative Statistik über die Bandbreite der Einkommens- und Vermögensverteilung.

Kommentar [DH129]: Siehe Seq. 124

Kommentar [DH130]: Im Anschluss an Seq. 127 wird für Steuergerechtigkeit nochmals der Versuch unternommen eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Ende 2018 haben der deutsche und französische Finanzminister einen neuen Entwurf dazu vorgelegt.
These: Mit der Finanztransaktionssteuer soll mehr Kontrolle über die Finanzmärkte herrschen, denn dies befördert eine verstärkte Zusammenarbeit auf europäischer Ebene.

Kommentar [DH131]: These: Es wird eine Gefahr, ausgehend von Menschen mit geringen Einkommen, gesehen, da sich diese weniger an Wahlen beteiligen (und oftmals nicht die etablierten Volksparteien wählen), da sie sich wenig in politischen Entscheidungen berücksichtigt sehen.

„Die Ursachen für den Zusammenhang zwischen sozialer Lage und demokratischer Beteiligung sind komplex und lassen sich nicht auf einen einfachen Nenner bringen. Sie liegen teils außerhalb der Analysen und des Themenspektrums, die im vorliegenden 5. Armutsbericht bearbeitet werden. Eine Politik, die Leistungsgerechtigkeit herzustellen versucht und Teilhabechancen verbessert, ist vielleicht keine ausreichende, aber sicher eine notwendige Voraussetzung, um Zusammenhalt und Vertrauen zu stärken.“ (5. ARB (2017): S. XLII; Seq. 132)

„Zudem ist es die Aufgabe dieses Berichts, ein differenziertes Bild der sozialen Lage zu zeichnen und Wirkungen und Entwicklungen herauszustellen, ohne zugleich noch bestehende Handlungsbedarfe auszublenden.“ (5. ARB (2017): S. XLII; Seq. 133)

„Die wirtschaftliche Entwicklung spielt für die Ausprägung von Armut und Reichtum eine entscheidende Rolle. Wirtschaftliches Wachstum trägt maßgeblich dazu bei, Wohlstand, gute Arbeitsplätze und Lebensqualität zu schaffen.“ (5. ARB (2017): S. 34; Seq. 134)

„Die Wechselwirkungen zwischen Ungleichheit und Wirtschaftswachstum sind vielfältig. Derzeit stehen insbesondere die Auswirkungen einer ungleichen Verteilung in den Dimensionen Einkommen und Vermögen auf die wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft im Mittelpunkt der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Debatte. Diese erhielt in den vergangenen Jahren durch verschiedene wissenschaftliche Studien, die negative Auswirkungen von Ungleichheit auf Wachstum konstatieren, Auftrieb.“ (5. ARB (2017): S. 47; Seq. 135)

„Insbesondere die OECD und der Internationale Währungsfonds (IWF) haben in verschiedenen Beiträgen betont, dass eine sinkende Ungleichheit zu steigendem Wirtschaftswachstum beitragen könnte.[...] Die große öffentliche Aufmerksamkeit, die nationalen und internationalen Arbeiten zum Thema Ungleichheit zukommt, zeigt, dass es sich hierbei um eine Frage von großer gesellschaftlicher Relevanz handelt.“ (5. ARB (2017): S. 47; Seq. 136)

Kommentar [DH132]: These: Es soll mit der Herstellung und Verbesserung der Leistungsgerechtigkeit und Teilhabechancen Vertrauen in die etablierte Politik zurückgewonnen werden, damit Menschen mit geringen Einkommen sich wieder mehr an Wahlen beteiligen und möglichst die Volksparteien wählen. These: Es wird ein Zusammenhang von sozialer Lage und demokratischer Beteiligung wahrgenommen. These: Die sozialen Lagen müssen demnach verbessert werden, damit die Akzeptanz in Politik und Gesellschaft steigt.

Kommentar [DH133]: These: Zwar scheint sich die Bundesregierung darüber bewusst zu sein, welche Aufgaben mit dem ARB verbunden sind, aber gerade die noch bestehenden Handlungsbedarfe werden an vielen Stellen ausgeblendet (siehe Seq. 99, Seq. 100).

Kommentar [DH134]: Wirtschaftswachstum wird als Motor für Wohlstand und demnach zur Reduktion von Armut angesehen. Anmerkung: Es bleibt offen, warum Wirtschaftswachstum allein ausreicht um „gute“ Arbeitsplätze zu schaffen. These: Wirtschaftswachstum wird als alleiniges Ziel zur Erreichung von Wohlstand, Arbeitsplätzen und Lebensqualität verstanden.

Kommentar [DH135]: Wie in der anschließenden Fußnote zusätzlich deutlich gemacht wird, wurde Ungleichheit in der Ökonomie „traditionell als notwendiges Nebenprodukt ökonomischer Prosperität gesehen“ und damit ein positiver Zusammenhang von Ungleichheit und Wirtschaftswachstum angenommen. Es wirkt auf mich überraschend, dass sich die Bundesregierung in ihrem ARB im Jahr 2017 von dieser gängigen Theorie zwar nicht direkt abwendet ...

Kommentar [DH136]: Der Bundesregierung wird erst durch die öffentliche Aufmerksamkeit bewusst, dass es sich beim Thema Ungleichheit um eine Frage großer gesellschaftlicher Relevanz handelt? These: Es lässt sich annehmen, dass insbesondere die Aussagen von OECD und IWF für die Bundesregierung von Bedeutung waren. Aber immerhin hat auch die Arbeit Pikettys (die ebenfalls in den Fußnoten erwähnt wird) ein ...

„Teilhabe bemisst sich aber an den Potenzialen einer konkreten Gesellschaft, und Bedürfnisse und Standards wandeln sich historisch. Denn Menschen vergleichen sich in der Gesellschaft, in der sie leben, und fühlen sich ausgegrenzt, wenn sie am allgemeinen gesellschaftlichen Wohlstand **nur eingeschränkt teilhaben** können. Dies gilt insbesondere für die Menschen, die im Vergleich zum mittleren Einkommen deutlich weniger haben.“ (5. ARB (2017): S. 101; Seq. 137)

Kommentar [DH137]: Die Bundesregierung nimmt den Begriff der Teilhabe in ihr Armutskonzept mit auf.
These: Die Bundesregierung geht davon aus, dass selbst eine prozentuale Erhöhung aller Einkommen nicht die Armutsrisikoquote verringert.

III Kodierbaum

K100 Beschreibungen der Handlungsregeln und Ziele der Bundesregierung 2001.....	75
K101 Zugrundeliegender Armuts- und Reichtumsbegriff.....	75
K102 Armut und Reichtum als Tabuthemen.....	76
K103 Reaktionen auf zukünftige Veränderungen des Arbeitsmarktes.....	76
K103A Digitaler Wandel erfordert neue Beschäftigungsmodelle.....	77
K103B Atypische Beschäftigung als Vorteil für sich wandelnde Arbeitsmärkte.....	77
K104 Erwerbsarbeit und Wachstum.....	77
K104A Schaffung von Arbeitsplätzen führt zu Wirtschaftswachstum.....	77
K104B Bildungsmaßnahmen steigern Beschäftigungszahlen und Wachstum.....	78
K105 Erwerbsarbeit und Sozialhilfe.....	79
K105A Erwerbsarbeit als Schutz vor Sozialhilfe.....	79
K105B Erwerbsarbeit gegen Armut und Ungleichheit.....	80
K106 (Wirtschafts-)Wachstum und Ungleichheit.....	81
K106A Unterstellung eines unendlichen Wachstumspotenzials.....	81
K106B Wirtschaftswachstum führt zu Wohlstand.....	81
K106C Einkommen und Vermögen sind zentral für Wohlstand.....	81
K106D Ungleichheit ist notwendig für Wirtschaftswachstum.....	82
K107 Vollbeschäftigung als Ziel.....	82
K107A Vollbeschäftigung führt zu Wirtschaftswachstum.....	82
K107B Vollbeschäftigung wirkt positiv auf den sozialen Zusammenhalt ein.....	83
K108 Das Konzept des „Fördern und Fordern“.....	83
K108A Problembewältigung nur bei gemeinsamer Anstrengung.....	83
K108B Fordern kommt vor Fördern.....	84
K109 Verringerung von Ungleichheit und Armut für gleiche Lebensstandards.....	84
K110 Zuwanderung als Chance.....	85

K111 Verständnis der Wirtschaft	86
K112 Selbstverständnis der Bundesregierung	87
K113 Menschenbild	87
K114 Verständnis des ARB	87
K115 Beschreibungen der Handlungsregeln und Ziele der Bundesregierung 2017	89
K116 Zugrundeliegender Armuts- und Reichtumsbegriff	89
K117 Vollbeschäftigung als Ziel	89
<i>K117A Wirtschaftswachstum unterstützt Vollbeschäftigung</i>	90
<i>K117B Vollbeschäftigung schützt vor Armut</i>	91
<i>K117C Armut trotz Erwerbsarbeit</i>	92
K118 Steigendes Armutsrisiko	92
K119 Das Konzept des „Fördern und Fordern“	95
<i>K119A Wohlstand durch „Fördern und Fordern“</i>	97
<i>K119B Fordern kommt vor Fördern</i>	97
K120 Reaktionen auf zukünftige Veränderungen des Arbeitsmarktes	97
<i>K120A Digitaler Wandel erfordert neue Beschäftigungsmodelle</i>	98
<i>K120B Atypische Beschäftigung als Vorteil für sich wandelnde Arbeitsmärkte</i>	100
K121 Erwerbsarbeit und Wachstum	101
<i>K121A Wirtschaftswachstum führt zu Wohlstand</i>	101
<i>K121B Bildungsmaßnahmen zur Erhöhung von Beschäftigungszahlen und Wachstum</i>	101
K122 Ungleichheit und Armut	102
<i>K122A Ungleichheit und Armut gefährden die Akzeptanz der etablierten Ordnung</i>	102
<i>K122B Arbeitslosigkeit gefährdet gesellschaftliche Stabilität</i>	104
K123 Positiver Zusammenhang von Ungleichheit und Wirtschaftswachstum	105
K124 Menschenbild	105
K125 Verständnis des ARB und Selbstverständnis der Bundesregierung	106
K126 Verständnis der (Sozialen Markt-)Wirtschaft	107
K127 Zuwanderung als Chance	108
K200 Kategorien zweiten Untersuchungsgrades	109
K201 Zukunft der Arbeit	109
K202 Vollbeschäftigung in Wechselwirkung mit (Wirtschafts-)Wachstum	110
K203 Allheilmittel Vollbeschäftigung	110
K204 Bildung für Vollbeschäftigung und Wachstum	111
K205 Die Schere zwischen Arm und Reich	112
K206 Ungleichheit versus Wachstum	113

K207 Sozialhilfe als Forderung zur Arbeitsaufnahme	114
K208 Erwerbsarbeit schützt vor Armut.....	115
K209 Der Mensch als Inbegriff von Wachstum.....	116
K300 Kategorien dritten Untersuchungsgrades	117
K301 Wachstum als alternativlose Strategie für Wohlstandssicherung.....	117
K302 Neoklassik versus Keynesianismus	117
K303 Königsweg Vollbeschäftigung	118
K304 Illusion der Freiheit	118

K100 Beschreibungen der Handlungsregeln und Ziele der Bundesregierung 2001

K101 Zugrundeliegender Armuts- und Reichtumsbegriff

These: Die Verfasser*innen erkennen an, dass auch in Deutschland Armut existiert und stärkere Forschung für das Verhältnis von Armut und Reichtum betrieben werden muss, weshalb dem Bericht ein relativer Armutsbegriff zugrunde gelegt wird. Nichtsdestotrotz wird Reichtum noch immer als ein schwierig zu analysierendes und daher lückenhaftes Forschungsfeld begriffen.

Indikator: Seq. 5, Seq. 6, Seq. 54, Seq. 55

These: Das Existenzminimum wird von den Autor*innen an sozio-kulturelle Gegebenheiten gekoppelt, was einen relativen Armutsbegriff zugrunde legt, der sich nicht nur an rein numerischen Maßstäben orientiert.

Indikator: Seq. 26

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass die Armut und Ungleichheit im globalen Norden nicht mit den Problematiken des globalen Südens vergleichbar sind.

Indikator: Seq. 56

These: Es wird davon ausgegangen, dass die Verfasser*innen bis zur Veröffentlichung des ARB von einem absoluten Armutsbegriff ausgegangen sind, was es plausibel erscheinen lässt, dass die Bundesregierung Armut in Deutschland als kaum existent wahrgenommen hat.

Indikator: Seq. 57

K102 Armut und Reichtum als Tabuthemen

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass der Armuts- und Reichtumsbericht (ARB) auf die ihm zugrundeliegenden Themenkomplexe enttabuisierend einwirken und Polarisierungen abbauen muss.

Indikatoren: Seq. 3, Seq. 4

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Armut und Reichtum sind Tabuthemen und es existieren Polarisierungen zwischen Arm und Reich, die es, ausgelöst durch die in der öffentlichen Wahrnehmung gestiegenen Relevanz, aufzubrechen gilt, damit eine sachliche Debatte geführt werden kann.

K103 Reaktionen auf zukünftige Veränderungen des Arbeitsmarktes

These: Die Bundesregierung proklamiert eine Erneuerung, damit „die“ Zukunft gestaltet werden kann.

Ich formuliere die vorläufige Hypothese: Das Wort „neu“ verspricht etwas bisher nicht Dagewesenes, aber die proklamierte Erneuerung wird vermutlich keine Abkehr von den systemimmanenten Gegebenheiten der Wirtschaft und des Wachstums beinhalten.

Indikator: Seq. 7

These: Die Verfasser*innen setzen auch in Zukunft und für die Verringerung von Ungleichheit auf Wachstum und Stabilität der Wirtschaft.

Indikator: Seq. 19

K103A Digitaler Wandel erfordert neue Beschäftigungsmodelle

These: Die Verfasser*innen erkennen die durch die Digitalisierung entstehenden Gefahren und weisen darauf hin, dass „Modernisierungsverlierer*innen“ vermieden werden müssten, weil sich sonst eine Spaltung der Gesellschaft entwickeln könnte.

Indikator: Seq. 38

K103B Atypische Beschäftigung als Vorteil für sich wandelnde Arbeitsmärkte

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass eine zukünftig erfolgreiche Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik durch Flexibilität gekennzeichnet ist.

Indikator: Seq. 39

K104 Erwerbsarbeit und Wachstum

K104A Schaffung von Arbeitsplätzen führt zu Wirtschaftswachstum

These: Die Bundesregierung ist davon überzeugt, dass sich durch die Schaffung von Arbeitsplätzen auch die Investitionsbereitschaft erhöht und somit das Wirtschaftswachstum vergrößert.

Indikator: Seq. 8, Seq. 9

These: Nach Ansicht der Autor*innen müssen zur Verringerung des Armutsrisikos und Verhinderung von sozialer Ausgrenzung die wirtschaftlichen Wachstumskräfte gestärkt sowie Einkommenslagen und Vermögensbildung verbessert werden.

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass das Wirtschaftswachstum und Steuersenkungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen ausreichen und erhoffen sich davon eine Verringerung des Armutsrisikos.

Indikator: Seq. 52

K104B Bildungsmaßnahmen steigern Beschäftigungszahlen und Wachstum

Die Verfasser*innen betonen die Relevanz einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Bildungsmaßnahmen, damit sich Investitionen und Beschäftigungszahlen erhöhen.

Indikator: Seq. 10

These: Eltern müssen nach Ansicht der Autor*innen unterstützt werden, damit es eine geringere Kinderarmut gibt und die Kinder bessere Bildungschancen erhalten.

Indikator: Seq. 33

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass das Risiko der Arbeitslosigkeit an Bildung und daran anschließend an den Beruf gekoppelt ist, weshalb in Bildung investiert werden muss, damit Armut und Arbeitslosigkeit verringert werden. Denn arbeitslos sind in diesem Verständnis nur Menschen mit geringer Bildung und Berufsabschluss.

Gegenthese: Wenn es soziale Ausgrenzung und relative Armut in Deutschland gibt, kann nicht allein Bildung als Maßnahme zur Verringerung sozialer Ausgrenzung geltend gemacht werden.

Indikator: Seq. 35, Seq. 36, Seq. 41, Seq. 48, Seq. 51

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass das Humankapital das Wirtschaftswachstum beeinflusst, sodass Bildungsmaßnahmen dazu beitragen müssen das „individuelle Humanvermögen“ zu verbessern, damit Einkommensungleichheit abgebaut und Wirtschaftswachstum gestärkt wird.

These: Es wird von den Autor*innen eine Verbesserung der Bildung und Qualifikation für die Erhöhung des Wirtschaftswachstums angestrebt.

Indikator: Seq. 58

K105 Erwerbsarbeit und Sozialhilfe

These: Die Verfasser*innen fokussieren sich hauptsächlich auf die Zahl der Sozialhilfeempfänger*innen, aber blenden die jeweilige Form der Beschäftigung aus.

Indikator: Seq. 30

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass Sozialhilfe teilweise aus Angst vor Ausgrenzung und Scham nicht in Anspruch genommen wird, aber blenden die Gründe hierfür aus.

Indikator: Seq. 28

K105A Erwerbsarbeit als Schutz vor Sozialhilfe

These: Es wird davon ausgegangen, dass Arbeit das Mittel ist, um keine Sozialhilfe mehr beziehen zu müssen, weshalb die Hilfe zur Selbsthilfe auch „Hilfe zur Arbeit“ bedeutet.

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger „aktiviert“ werden müssen, um Arbeit zu finden und so keine Hilfe mehr in Anspruch zu nehmen.

Indikator: Seq. 29

K105B Erwerbsarbeit gegen Armut und Ungleichheit

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass Arbeitslosigkeit verringert werden muss, weil sich damit ebenfalls die Zahl der Leistungsbezieher*innen reduziere.

Indikator: Seq. 8, Seq. 9

These: Vollbeschäftigung wird als Ziel für die Arbeitsmarktpolitik angesehen. Aufgabe der Politik ist es demnach möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen um damit Arbeitslosigkeit und somit Armut zu verringern.

Indikator: Seq. 12

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass niedrige Einkommen und Arbeitslosigkeit zu Armut führen.

Indikator: Seq. 31

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass wenn in einer Partnerschaft nicht beide Teile einer Erwerbsarbeit nachgehen, besonders in jungen Familien, vergrößert sich das Risiko der Einkommensarmut.

Indikator: Seq. 32, Seq. 34

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass die jeweilige Lebenssituation von Erwerbsarbeit und Einkommen abhängt.

Indikator: Seq. 40

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass sich Armut, geringe Bildung und Arbeitslosigkeit negativ auf die Gesundheit auswirken können, was wiederum zu sozialer Ausgrenzung führt.

Indikator: Seq. 44

These: Die Bundesregierung versteht Sozialhilfe als echte Hilfe (im Bedarfsfall), zum Schutz vor Ausgrenzung und Armut.

K106 (Wirtschafts-)Wachstum und Ungleichheit

K106A Unterstellung eines unendlichen Wachstumspotenzials

These: Die Verfasser*innen verstehen Wachstum als Allheilmittel, auch für sozial- und arbeitspolitische Problemfelder.

Indikator: Seq. 42

K106B Wirtschaftswachstum führt zu Wohlstand

These: Den Wachstumskräften wird eine bedeutende Wirkung für Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung unterstellt.

Indikatoren: Seq. 22, Seq. 23

K106C Einkommen und Vermögen sind zentral für Wohlstand

These: Der Fokus der Bundesregierung für die Erreichung von Wohlstand liegt auf finanziellen und wirtschaftlichen Kräften wie dem Einkommen und Vermögen als Mittel zu Wohlstand.

Indikatoren: Seq. 16, Seq. 24

K106D Ungleichheit ist notwendig für Wirtschaftswachstum

These: Die Verfasser*innen nehmen (Einkommens-)Ungleichheit als gegebenen Bestandteil des Marktes hin die dem Wachstum nicht kontraproduktiv entgegensteht.

Indikator: Seq. 17

These: Die Verfasser*innen halten am Wachstumsparadigma und der Idee, dass Ungleichheit in Maßen zu rechtfertigen ist, fest, da diese den Wettbewerb und Leistungsbereitschaft erhöht.

Indikator: Seq. 59

K107 Vollbeschäftigung als Ziel

K107A Vollbeschäftigung führt zu Wirtschaftswachstum

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass wenn die Arbeitslosigkeit verringert wird, sich das Wachstum vergrößert. Insofern gilt: Je mehr Erwerbstätige, desto stärker die Wirtschaftskraft.

Indikator: Seq. 42

These: Die Bundesregierung fokussiert sich ausschließlich auf die wirtschaftliche Lage und deren Beeinflussung durch die Arbeitsmarktsituation zur Verbesserung der sozialen Lagen. Alternative Konzepte wie „Buen Vivir“ werden völlig ausgeblendet.

Indikatoren: Seq. 12, Seq. 16

K107B Vollbeschäftigung wirkt positiv auf den sozialen Zusammenhalt ein

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass sich der soziale Zusammenhalt und Gerechtigkeitsverhältnisse verbessern, wenn die Arbeitslosenstatistiken sinken und sich diese verschlechtern wenn Arbeitslosenzahlen steigen.

Indikator: Seq. 12

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass Arbeitslosigkeit negativ auf das Leben des einzelnen Menschen einwirkt und damit (durch Ausgrenzung) langfristig ebenfalls die gesellschaftliche Stabilität (negativ) beeinflusst.

Indikatoren: Seq. 40, Seq. 43, Seq. 49

These: Die Verfasser*innen sind davon überzeugt, dass die Lebenszufriedenheit von der Höhe des Einkommens beeinflusst wird, das wiederum von der jeweiligen Erwerbsarbeit abhängt, denn dieses verändert den gesellschaftlichen Status.

Indikator: Seq. 45

K108 Das Konzept des „Fördern und Fordern“

K108A Problembewältigung nur bei gemeinsamer Anstrengung

These: Die Bundesregierung proklamiert, dass der Staat nur bei genügend Eigenleistung der Bevölkerung die anstehenden Probleme bewältigen kann.

Indikator: Seq. 13

K108B Fordern kommt vor Fördern

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass es illegitim ist, sich als Staatsbürger nicht einzubringen.

Indikator: Seq. 13

These: Die Bundesregierung geht davon aus, dass erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger*innen ohne „Fordern“ keine Arbeit aufnehmen würden.

Indikator: Seq. 29, Seq. 37

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass der soziale Zusammenhalt gestärkt wird, indem Menschen eigenverantwortlich handeln. Zu diesem Handeln muss der Staat sie jedoch erst „motivieren“.

Indikator: Seq. 53

K109 Verringerung von Ungleichheit und Armut für gleiche Lebensstandards

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnen wird, wenn sich die Politik diesem Trend nicht mit Reformen entgegenstellt.

Indikator: Seq. 14

These: Die Verfasser*innen fokussieren sich auf die unteren Einkommensbereiche um Sozialpolitik zu betreiben, sodass sich die Schere zwischen Arm und Reich bei Nichtbeachtung der oberen Einkommensbereiche weiter öffnen kann.

Indikator: Seq. 18

These: Die Bundesregierung verortet in Steuerentlastungen soziale Gerechtigkeit. Denn sie unterstellt, dass bei Steuersenkungen das Wachstum steigen, die Konjunktur angekurbelt und die Ungleichheit zurückgehen wird.

Indikator: Seq. 20

These: Die Bundesregierung erkennt die Gefahr der Überschuldung privater Haushalte als wirtschaftliches und persönliches Problem für eine Verstärkung der Armut an, weil diese so betroffenen Menschen nicht mehr ausgeprägt konsumieren können.

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Möglicherweise steigt die Überschuldung privater Haushalte auch deswegen an, weil sich ein großer Teil der Bevölkerung den gesellschaftlich gewünschten (als normal angesehenen) Lebensstandard eigentlich nicht mehr leisten kann und sich daher verschulden muss, um auf dem „gleichen“ Niveau der Restgesellschaft zu bleiben, bzw. dahin zu gelangen.

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Möglicherweise wird Überschuldung von den Verfasser*innen auch deswegen als Problem privater Haushalte angesehen, weil diese demnach weniger monetäre Mittel zur Verfügung stehen haben um materielle Güter zu konsumieren.

Indikator: Seq. 25

K110 Zuwanderung als Chance

These: Die Verfasser*innen sehen in der Zuwanderung eine aktive Kraft, die sich positiv auf eine Steigerung des Wirtschaftswachstums auswirkt.

Indikatoren: Seq. 46, Seq. 47

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass Zuwanderung das Wirtschaftswachstum steigert, auch weil sie dem demografischen Wandel entgegenwirkt.

Indikator: Seq. 50

K111 Verständnis der Wirtschaft

These: Die Verfasser*innen gehen von einem freien Markt aus, der die Problematiken mithilfe seiner ihm inhärenten Marktmechanismen lösen wird.

Indikator: Seq. 11

These: Die generelle Debatte um Steuersenkungen oder -erhöhungen kreist oftmals um die Frage nach einem „kleinen“ oder „großen“ Staat. Insofern liegt es nahe, die staatlichen Eingriffe an dieser Stelle zur Etablierung eines „kleinen“ Staates und damit einer sich möglichst frei entwickelnden Wirtschaft zu verstehen.

Indikator: Seq. 20, Seq. 21, Seq. 22

These: Ein starker Wettbewerb und die Öffnung von Märkten sowie Privatisierungen werden von den Autor*innen als wachstumsfördernd angesehen.

Indikator: Seq. 42

These: Die Bundesregierung geht davon aus, dass maßgebliche Strukturreformen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit nur mit Unterstützung der Wirtschaft vollzogen werden können. Dies impliziert ein deutliches Machtgefälle zwischen politischen Entscheider*innen und Wirtschaftsakteuren.

Indikator: Seq. 11

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass über die bloße Anzahl an Millionären und deren Anstieg keine Aussagen zur Ungleichheit der Vermögensverteilung getroffen werden können. Demgegenüber wird heute durchaus davon ausgegangen, dass der Anstieg der Zahl der Millionäre aufzeigt, dass einige wenige Menschen einen Großteil des Vermögens besitzen, was als gleichbedeutend mit einer Ungleichheit der Vermögensverteilung angesehen werden kann und nicht als „Ausdruck allgemeinen Wachstums“.

Indikator: Seq. 59

K112 Selbstverständnis der Bundesregierung

These: Es wird von den Verfasser*innen angenommen, dass Einkommensungleichheit als „Bestandteil“ des Marktprozesses hingenommen werden muss. Insofern befindet sich der Staat als bloßer Korrektor der wirtschaftlichen Gegebenheiten wieder, die es jedoch nicht zu hinterfragen gilt.

Indikator: Seq. 17

These: Die Verfasser*innen des ARB sind von den marktradikalen Ansätzen von Friedman und von Hayek beeinflusst und gehen daher davon aus, dass der Staat möglichst wenig in die selbstgestalterische Kraft der Wirtschaft eingreifen sollte, denn diese wird die Probleme selber lösen.

Indikator: Seq. 42

K113 Menschenbild

These: Die Verfasser*innen nutzen den Begriff „Humanvermögen“, der ein Verständnis des Menschen impliziert, aus dem Kapital geschlagen werden kann.

Indikator: Seq. 58

K114 Verständnis des ARB

These: Die Verfasser*innen verdeutlichen, dass sie den ersten ARB auf Geheiß des Bundestages angefertigt haben, was implizieren lässt, dass die Bundesregierung keinen Grund für einen solchen Bericht gesehen hat und sie ihm möglicherweise dementsprechend eine nur geringe Bedeutung zuschreibt.

Indikator: Seq. 1

These: Der ARB wird als ein geeignetes Instrument zur Analyse und zur Entwicklung eines differenzierten Bilds von Armut und Reichtum verstanden.

Indikator: Seq. 2

K115 Beschreibungen der Handlungsregeln und Ziele der Bundesregierung 2017

K116 Zugrundeliegender Armuts- und Reichtumsbegriff

These: Die Verfasser*innen fokussieren „oben“ und „unten“ der Gesellschaft, wobei jedoch die „Mitte“ der Gesellschaft stärker berücksichtigt wird als noch 2001.

Indikator: Seq. 61

These: Die Verfasser*innen des 5. ARB gehen auch 2017 von einem relativen Armutsbegriff aus, wobei sie Armut als Mangel an Mitteln zur Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Wohlstand verstehen. Außerdem wird inzwischen auch Reichtum im Sinne der Lebenslage näher definiert.

Indikator: Seq. 67

These: Die Verfasser*innen können offenbar auch im Jahr 2017 noch immer keine umfassende repräsentative Statistik über die Bandbreite der Einkommens- und Vermögensverteilung darlegen.

Indikator: Seq. 128

These: Die Verfasser*innen nehmen den Begriff der Teilhabe in ihr Armutskonzept mit auf.

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Die Bundesregierung geht davon aus, dass selbst eine prozentuale Erhöhung aller Einkommen nicht die Armutsrisikoquote verringert.

Indikator: Seq. 137

K117 Vollbeschäftigung als Ziel

These: Die Verfasser*innen orientieren sich im ARB hauptsächlich an offiziellen Zahlen zur Erwerbstätigkeit, die jedoch nur geringen Aufschluss über die jeweilige Form der Beschäftigung geben.

These: Die Autor*innen sehen Vollbeschäftigung im Sinne einer anzustrebenden möglichst hohen Zahl an Erwerbstätigen positiv.

Indikatoren: Seq. 69, Seq. 70, Seq. 71

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass Vollbeschäftigung das Ziel ist, das es entgegen gegenwärtiger Trends weiterhin zu verfolgen gilt.

Indikator: Seq. 96

These: Die Verfasser*innen sehen den „Schlüssel“ im Hinblick auf gelungene Integration in der Erwerbsarbeit.

Indikator: Seq. 122

These: Die Verfasser*innen sehen die mit hohen Mieten einhergehenden Probleme im Kontext der Erwerbssuche, da sich die Chancen auf eine Stelle ohne festen Wohnsitz verschlechtern.

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Alle mit Armut und Ungleichheit zusammenhängenden Faktoren werden von der Bundesregierung immer im Kontext der Erwerbstätigkeit und dem Ziel der Vollbeschäftigung für Wirtschaftswachstum gesehen.

Indikator: Seq. 119

K117A Wirtschaftswachstum unterstützt Vollbeschäftigung

These: Die Autor*innen propagieren hohe Beschäftigungszahlen neben Wirtschaftswachstum und niedrigen Arbeitslosenzahlen weiterhin als Ausdruck für die Stabilität der Ökonomie.

Indikator: Seq. 60

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass die deutsche Wirtschaftslage und das Wirtschaftswachstum maßgeblich dazu beigetragen haben die Erwerbstätigenzahl zu erhöhen, gute Arbeitsplätze zu schaffen und Lebensqualität zu verbessern.

Indikatoren: Seq. 82, Seq. 134

K117B Vollbeschäftigung schützt vor Armut

These: Die Bundesregierung geht davon aus, dass Erwerbsarbeit vor Armut schützt, denn Erwerbstätige besitzen ein geringeres Armutsrisiko.

Indikator: Seq. 75

These: Nach Ansicht der Verfasser*innen muss „gute Arbeit“ gewährleistet werden, damit Armut vermieden werden kann.

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: „Gute Arbeit“ wird von den Verfasser*innen als der „Schlüssel“ für Wohlstand bezeichnet, was die Relevanz der Erwerbsarbeit in den Augen der Bundesregierung verdeutlicht. Keine andere Maßnahme kann demnach gleichwertig Armut vermeiden.

Indikator: Seq. 88

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass das kindliche Wohlergehen auf materielle Gegebenheiten und der damit verknüpften (evtl. nicht vorhandenen) Erwerbstätigkeit der Eltern/Bezugspersonen zurückgeht. Demnach ist es unabdingbar diese in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Denn mit steigender Erwerbstätigkeit wird auch die Kinderarmut reduziert, bzw. das kindliche Wohlergehen geschützt.

Indikatoren: Seq. 101, Seq. 102, Seq. 103

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass eine verbesserte Teilhabe beider Elternteile Armutsrisiken vorbeugen wird, also zur Verringerung von Armut und Armutsrisiken Vollbeschäftigung erreicht werden muss.

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass Familienleistungen die vorgegebene Tendenz zur Vollbeschäftigung durch Preis-, Zins- und Lohnmechanismen (aus neo-klassischer Perspektive) unterstützen müssen.

Indikator: Seq. 104

K117C Armut trotz Erwerbsarbeit

These: Die Autor*innen blenden aus, dass die gesamtgesellschaftlichen Beschäftigungs- und Einkommenszuwächse möglicherweise nicht zu einem Sinken der Einkommensungleichheit geführt haben, weil Erwerbstätige trotz Arbeit kaum ausreichend verdienen. Dies zeigt sich besonders am Beispiel der sogenannten „Aufstocker*innen“.

Indikatoren: Seq. 74, Seq. 76, Seq. 77

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass Armut trotz Erwerbsarbeit oftmals bei Alleinerziehenden, niedrig Qualifizierten und Menschen mit Migrationshintergrund verbreitet ist.

Indikator: Seq. 75

K118 Steigendes Armutsrisiko

These: Die Autor*innen gehen möglicherweise von einem Wähler*innenpotential der Mitte der Gesellschaft aus, da diese traditionell vermehrt die etablierten Volksparteien wählen. Daher wird der Angst der „Mittelschicht“, zukünftig womöglich von Armut bedroht zu sein, im ARB begegnet.

Indikator: Seq. 61

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass im Alter über 65 Jahre zwar kaum das Problem der Armutsgefährdung vorhanden ist, aber dafür die Angst vor Altersarmut durchaus ausgeprägt ist, was möglicherweise durch die mit den Hartz-Reformen einhergehenden Unsicherheiten (Sanktionsmöglichkeiten/prekäre Beschäftigungsformen) ausgelöst wird.

Indikator: Seq. 111

These: Die von den Verfasser*innen des ARB betonte „allenfalls“ leichte Steigerung der Armutsgefährdung wirkt bezüglich der davon ausgehenden Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt verharmlosend und lässt sich als Symbol für eine fehlgeleitete Sozialpolitik verstehen.

Indikator: Seq. 62

These: Die Autor*innen erkennen das gegenwärtige Problem, dass bei steigender Beschäftigtenzahl trotzdem die Langzeitarbeitslosigkeit gleichbleibt und sich verfestigt, aber verdeutlichen keine konkrete Idee zur Verringerung dieser Arbeitslosigkeit, sondern gehen von „ungünstigen Voraussetzungen für eine Arbeitsmarktintegration“ aus.

Indikatoren: Seq. 72, Seq. 98

These: Die Verfasser*innen gehen von einer insgesamt gleichbleibenden Armutsrisikoquote aber einem Anstieg der Armutsrisikoquote am „Rand“ der Bevölkerung aus.

Indikator: Seq. 74

These: Die Bundesregierung erkennt die Gefahr der Überschuldung an, weil damit eine schlechtere Gesundheit einhergeht, die negativ auf die Arbeitsleistung und damit langfristig auf die Wirtschaftskraft einwirken kann. So erhöht sich zudem das Armutsrisiko.

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Möglicherweise steigt die Überschuldung privater Haushalte auch deswegen an, weil sich ein großer Teil der Bevölkerung den gesellschaftlich gewünschten (als normal

angesehenen) Lebensstandard eigentlich nicht mehr leisten kann und sich daher verschulden muss, um auf dem „gleichen“ Niveau der Restgesellschaft zu bleiben, bzw. dahin zu gelangen. Dies setzt jedoch aufgrund der damit einhergehenden gesundheitlichen Folgen einen Teufelskreis in Gang.

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Möglicherweise wird Überschuldung von den Verfasser*innen auch deswegen als Problem angesehen, weil diese demnach weniger monetäre Mittel zur Verfügung stehen haben um materielle Güter zu konsumieren.

Indikator: Seq. 78

These: Die Verfasser*innen sehen die Aufnahme von Erwerbsarbeit neben der vollen Altersrente oder nach der Regelaltersgrenze mit dem „Flexirentengesetz“ positiv.

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Auch für das Alter strebt die Bundesregierung erwerbstätige Menschen an, aber übersieht dabei, dass bereits viele einer Erwerbsarbeit nachgehen, weil ihre Rente nicht ausreicht. Es stellt sich dahingehend die Frage, ob ein durchschnittlicher Lebensstandard im Alter nicht auch ohne zusätzliche Erwerbstätigkeit (sozusagen als Aufstocker*innen) möglich sein müsste.

Indikator: Seq. 112

These: Die Autor*innen führen an, dass bei Beeinträchtigungen (auch gesundheitlicher Art) das Armutsrisiko und eine Gefährdung der sozialen Mobilität steigt, weshalb insofern eine gute Gesundheit für ein geringes Armutsrisiko elementar erscheint.

These: Die Autor*innen unterstellen eine Wechselwirkung von Gesundheit und Einkommenschancen, obwohl aber das deutsche Sozialsystem dafür Sorge tragen sollte, diese Menschen bei schlechter Gesundheit zu unterstützen.

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Dass die Gesundheit das Armutsrisiko beeinflusst, lässt sich als Versagen der Sicherungssysteme verstehen, da auch diese Menschen, zumindest in einem Mindestmaß, abgesichert sein sollten.

Indikatoren: Seq. 113, Seq. 115, Seq. 116

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass Wohnungskosten eine große finanzielle Herausforderung für viele Menschen, besonders in Ballungsgebieten, darstellen und dass diese langfristig auch die sozialräumliche Ausgrenzung beeinflussen können.

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Armut wird durch hohe Wohnungskosten verstärkt, bzw. langfristig sogar Wohnungs- und Obdachlosigkeit hervorgerufen, aber es wird, neben der Prüfung über die Einführung einer diesbezüglichen bundesweit amtlichen Statistik, von den Verfasser*innen des ARB nicht näher auf einen Ausbau des sozialen Wohnungssektors eingegangen und die Bundesregierung zeigt auch keine Reue bezüglich der Privatisierungsmaßnahmen in den 1990er Jahren, die maßgeblichen Anteil an den heutigen Wohnungspreisen haben. Denn sogar die von Wolfgang Schäuble und aktuell Olaf Scholz angepriesene „schwarze Null“ wäre nach einem Artikel der ZEIT nicht zu halten, wenn sich der Haushalt nicht auch deutlich aus dem Wohnungssektor finanzieren würde.

Indikatoren: Seq. 117, Seq. 118, Seq. 120

K119 Das Konzept des „Fördern und Fordern“

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass die jeweilige persönliche Zufriedenheit von Leistungsgerechtigkeit und somit einem „schneller-höher-weiter“-Prinzip abhängt.

Indikator: Seq. 66

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass es Aufgabe der Bundesregierung ist, den Zugang zu „notwendigen“ Gütern und Dienstleistungen zu sichern, was ein „höher-schneller-weiter“-Prinzip impliziert, bei dem ein Mehr an Gütern als vorteilhaft verstanden wird.

Indikator: Seq. 106

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass sich langzeitarbeitslose Menschen schwerer „aktivieren“ lassen, sodass der Fokus für die Arbeitsplatzbeschaffung auf den kurzzeitig arbeitslos gemeldeten Menschen liegt.

These: Langzeitarbeitslose Menschen werden von der Bundesregierung als nicht förderbar angesehen, weshalb das Prinzip „Fördern und Fordern“ hier keine Anwendung findet.

Indikator: Seq. 72

These: Die Verfasser*innen sind davon überzeugt, dass die Leistungssysteme Armut und Mangel bekämpfen. Demgegenüber kommen zahlreiche Autor*innen zu dem Schluss, dass diese teilweise Armut und Mangel verstärken oder zumindest keinen Ausweg aus der Armut darstellen, da die Sicherungen zu niedrig ausfallen.

Indikator: Seq. 107

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass die „verschämte Armut“ reduziert wurde, weil die Zahl der Leistungsempfänger*innen nach Einführung der Reformen anstieg, allerdings werden die langfristigen gesellschaftlichen Veränderungen ausgeblendet, die mit Hartz IV und durch das Konzept „Fördern und Fordern“, die Gesamtheit an Leistungsempfänger*innen diskreditieren.

Indikator: Seq. 108

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass soziale Sicherungssysteme auch in Zukunft „verlässlich“ sein sollen, was nur durch eine Haushaltskonsolidierung geschehen kann, die damit gleichzeitig Wachstum und Beschäftigung sicherstellt.

Indikatoren: Seq. 124, Seq. 125, Seq. 126

K119A Wohlstand durch „Fördern und Fordern“

These: Die Verfasser*innen unterstellen, dass das Konzept „Fördern und Fordern“ eine große Wirksamkeit bei der Suche von Erwerbsarbeit und ihrer Aufnahme besitzt und langfristig zu gesellschaftlichem Wohlstand führt.

Indikatoren: Seq. 81, Seq. 123

These: Die Verfasser*innen verstehen das Konzept „Fördern und Fordern“ als Grundsatz, den es noch konsequenter, auch hinsichtlich der Migrant*innen, umzusetzen gilt.

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Dass „Fördern und Fordern“ als Konzept noch deutlicher auf Migrant*innen angewendet werden soll, kann möglicherweise als Reaktion auf die Forderungen der rechtspopulistischen Akteure in Deutschland verstanden werden.

Indikator: Seq. 123

K119B Fordern kommt vor Fördern

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass Teilhabe am „gesamtgesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstand“ nur mit eigener Leistung ermöglicht werden darf, da sonst die allgemeine Zustimmung zur sozialen Marktwirtschaft verringert wird.

Indikator: Seq. 63

These: Nach Ansicht der Autor*innen besteht ein Anspruch auf Grundsicherungsleistungen nur wenn trotz anderen Einkommen/Vermögen/Leistungen trotzdem Hilfebedürftigkeit besteht.

Indikatoren: Seq. 109, Seq. 110

K120 Reaktionen auf zukünftige Veränderungen des Arbeitsmarktes

These: Die Autor*innen gehen von durch die Globalisierung ausgelösten Risiken für den Arbeitsmarkt aus, weshalb die Sicherung „fairer Arbeitsplätze“ und „gerechter Lebensbedingungen“ im Fokus stehen, wobei nicht näher definiert wird, wie dies ausgestaltet werden kann und soll.

Indikator: Seq. 64

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass die gesetzliche Mindestlohneinführung positive Impulse zur Lohnsteigerung gegeben hat, die jedoch durch Globalisierung und Dienstleistungssektor gebremst werden.

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass selbst wenn das Lohnniveau nach Maßgabe der Bundesregierung durch die dienstleistungsorientierte Gesellschaft gebremst wird, die Löhne, besonders im Dienstleistungssektor, im Vergleich zu anderen (west-)europäischen Staaten, noch immer niedrig sind und sich Deutschland möglicherweise auf den Weg zu einem „Billiglohn-Land“ begibt.

Indikatoren: Seq. 83, Seq. 84

These: Die bevorstehenden Veränderungen des Arbeitsmarkts durch Digitalisierung und demografischen Wandel werden von der Bundesregierung als Hürde betrachtet, die es zu überwinden gilt.

Indikator: Seq. 89

K120A Digitaler Wandel erfordert neue Beschäftigungsmodelle

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass Tarifbindungen für Lohnsteigerungen relevant sind, aber verfolgen damit das Ziel „flexibler Arbeitszeitanpassungen“, also bspw. die Schaffung von Teil-, Leih- und Zeitbeschäftigung durch Tarifverträge.

Indikator: Seq. 85

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass die Zahl der Normalarbeitsverhältnisse zwar angestiegen ist, aber inzwischen auf gleichem Niveau wie vor zwanzig Jahren liegt.

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Da sich die Anzahl an Normalarbeitsverhältnissen im Vergleich zur Arbeitsmarktsituation vor zwanzig Jahren auf dem gleichen Stand befindet, aber die Rede davon ist, dass die Erwerbstätigkeit insgesamt zugenommen, bzw. die Arbeitslosigkeit abgenommen habe, lässt sich davon ausgehen (und dies wird ebenfalls von der Bundesregierung bestätigt), dass gleichzeitig atypische Beschäftigungsverhältnisse in ihrer Zahl gestiegen sind.

Indikator: Seq. 90, Seq. 91

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass atypische Beschäftigungsverhältnisse, wie Leih- und Zeitarbeit leicht zugenommen haben.

Indikator: Seq. 91

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Die Verfasser*innen implizieren, dass sich Erwerbsbiografien nicht nur aufgrund der veränderten Erwerbsmöglichkeiten ändern, sondern auch wegen längerer Ausbildungszeiten und Veränderungen der Partnerschaftsverständnisse. Dies wirkt wie ein abmildernder Faktor, der damit die eigentliche Ursache für veränderte Erwerbsbiografien verschleiert, nämlich atypische Beschäftigungsverhältnisse.

Indikator: Seq. 92

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Die Verfasser*innen betonen die Gefahren des digitalen Wandels und schüren die Angst vor Modernisierungsverlierer*innen, denn das Wähler*innenpotential liegt für die etablierten Volksparteien meist nicht bei den „abgehängten“ Teilen der Bevölkerung.

Indikator: Seq. 93

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass Weiterbildung im Erwerbsleben als selbstverständlich angesehen werden soll und lineare Karrieremodelle hinterfragt werden müssen, da diese nicht mehr zeitgemäß sind.

Indikator: Seq. 95

K120B Atypische Beschäftigung als Vorteil für sich wandelnde Arbeitsmärkte

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Die Hinterfragung des linearen Karrieremodell durch die Verfasser*innen ist einerseits der sich verändernden Arbeitswelt geschuldet, aber lässt sich ebenfalls als Ausdruck einer Akzeptanz atypischer Beschäftigungsformen und lebenslangen Lernens und damit einhergehenden Aspekte verstehen.

Indikator: Seq. 95

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass Erwerbsarbeit für Unabhängigkeit und Selbstbestätigung, nicht nur bei Menschen mit Behinderung und auch in Zeiten eines sich verändernden Arbeitsmarktes, steht.

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Auch wenn generell Erwerbstätigkeit Unabhängigkeit und Selbstbestätigung bedeuten sollte, so ist dies heutzutage nicht mehr selbstverständlich. Im Gegenteil: erwerbstätige Menschen können oftmals nicht unabhängig leben, sondern sind aufgrund prekärer atypischer Beschäftigungsverhältnisse oftmals zusätzlich auf staatliche Hilfeleistungen angewiesen (als sogenannte Aufstocker*innen).

Indikator: Seq. 114

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Atypische Beschäftigung wird von den Verfasser*innen als Vorteil angesehen, dabei werden jedoch dadurch ausgelöste prekäre Beschäftigungsformen ausgeblendet.

K121 Erwerbsarbeit und Wachstum

K121A Wirtschaftswachstum führt zu Wohlstand

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass Wirtschaftswachstum als maßgeblicher Motor für Wohlstand und zur Reduktion von Armut angesehen werden kann.

Indikator: Seq. 134

K121B Bildungsmaßnahmen zur Erhöhung von Beschäftigungszahlen und Wachstum

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass „lebenslanges Lernen“ einer möglicherweise drohenden Arbeitslosigkeit entgegenwirken kann.

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass lebenslanges Lernen unter den sich verändernden Umständen der Wirtschaft und Arbeitswelt die Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit ermöglicht und damit zum Wirtschaftswachstum beiträgt (bzw. es stabil hält).

Indikator: Seq. 93

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass negative Konnotationen mit dem Prinzip des lebenslangen Lernens verringert werden müssen, damit Weiterbildungsmaßnahmen und somit Arbeitsförderung gelingen kann.

These: Die Bundesregierung geht davon aus, dass es bei der Weiterbildung „Überforderungsängste“ gibt, die es zu verringern gilt.

Indikator: Seq. 94

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass Weiterbildung als (genereller) „Faktor“ für Erwerbs-„fähigkeit“ verstanden werden kann und so zu „guter“ Arbeit führt.

Indikator: Seq. 96

These: Die Verfasser*innen gehen von Erwerbsarbeit als Lösung für armutsverursachende Probleme aus und der Weg dahin soll mit Bildung (durch Kindertagesbetreuung bereits im Kindesalter) vonstatten gehen.

Indikator: Seq. 105

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass Wissen als Quelle für Wohlstand angesehen werden kann. Der Bundesregierung erscheinen Bildung und Wissenschaft als Universallösung für jedwede aktuellen Probleme (vgl. Paech¹⁰2018, S. 55).

K122 Ungleichheit und Armut

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass sich die generelle Einkommensungleichheit verstärkt hat.

Indikator: Seq. 73

These: Die Verfasser*innen nehmen neben der gestiegenen Einkommensungleichheit auch die Konzentration von Einkommen am oberen Rand der Einkommensverteilung wahr.

Indikator: Seq. 79

These: Die Autor*innen geben an, dass hauptsächlich Erbschaften und Schenkungen für Vermögensreichtum verantwortlich sind, blenden jedoch Maßnahmen zur Verringerung der so entstehenden gesellschaftlichen Vermögensungleichheit wie Erbschaftsteuern oder Vermögensteuern aus.

Indikator: Seq. 80

K122A Ungleichheit und Armut gefährden die Akzeptanz der etablierten Ordnung

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass wenn sich die Schere zwischen Arm und Reich zu weit öffnet, dies zu einer Abnahme der Akzeptanz der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung führen kann

und sehen demnach in ungleichen Verhältnissen eine Bedrohung der etablierten Ordnung, weshalb es Ungleichheit zu bekämpfen gilt.

Indikator: Seq. 68

These: Die Verfasser*innen gehen von einer Gefahr, die von fehlender Steuergerechtigkeit ausgeht, wahr, die die Akzeptanz der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung untergraben könnte, weshalb Steuereinnahmen „effektiv“ erhoben werden sollen.

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Der Aspekt der Steuergerechtigkeit wird von den Verfasser*innen als Reaktion auf die Debatten um „Reichensteuer“ und die Schere zwischen Arm und Reich berücksichtigt.

Indikator: Seq. 127

These: Von den Autor*innen wird impliziert, dass Besteuerungsfragen trotz teilweise emotional geführter Debatten eine gesellschaftlich breit getragene Lösung benötigen.

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Die Einführung von bspw. einer Steuer auf hohe Einkommen würde nur einen Bruchteil der Gesellschaft betreffen, sodass dies im Sinne der Verfasser*innen eigentlich eine breit getragene Lösung darstellen müsste. Demgegenüber steht die Macht der wenigen Betroffenen (reichen Menschen), von der die Bundesregierung offenbar deutlicher beeinflusst wird, sonst hätte eine Steuer auf hohe Einkommen bereits eingeführt werden können.

Indikator: Seq. 128

Ich formuliere die vorläufige Hypothese: Mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer soll mehr Kontrolle über die Finanzmärkte herrschen, denn dies befördert eine verstärkte Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Der nochmalige Anlauf des französischen und deutschen Finanzministers zu ihrer Etablierung zeigt, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 Spuren hinterlassen hat und besonders die Akzeptanz des globalen Finanzwesens in der Bevölkerung gesunken ist. Auch hierauf versucht die Politik, sicherlich auch aus wahltaktischen Gründen, zu reagieren.

Indikator: Seq. 130

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass eine Gefahr für die Demokratie von Menschen mit geringen Einkommen ausgeht, denn diese beteiligen sich seltener an Wahlen, besonders weil sie sich wenig in politischen Entscheidungen berücksichtigt sehen.

Indikator: Seq. 131

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass mit der Herstellung und Verbesserung der Leistungsgerechtigkeit und Teilhabechancen teilweise Vertrauen in die etablierte Politik gestärkt werden kann.

Ich formuliere die vorläufige Hypothese: Vertrauen in die etablierte Politik soll auch deswegen zurückgewonnen werden, damit Menschen mit geringen Einkommen sich wieder mehr an Wahlen beteiligen und möglichst die Volksparteien wählen.

These: Die Verfasser*innen gehen von einem Zusammenhang von sozialer Lage und demokratischer Beteiligung aus.

Ich formuliere die vorläufige Hypothese: Die Berücksichtigung dieses Themenfelds lässt sich möglicherweise als Reaktion auf die erstarkenden Parteien des rechten Randes in Europa und der Bundesrepublik Deutschland verstehen.

Indikator: Seq. 132

K122B Arbeitslosigkeit gefährdet gesellschaftliche Stabilität

These: Die Verfasser*innen gehen von einer zentralen gesellschaftlichen Bedeutung von Erwerbstätigkeit aus, weshalb unter anderem Langzeitarbeitslosigkeit reduziert, bzw. verhindert werden muss, da diese das unmittelbare Lebensumfeld der arbeitslosen Menschen negativ beeinflusst.

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass Langzeitarbeitslosigkeit reduziert werden muss, damit sich keine Kettenreaktion im Lebensumfeld ergeben kann.

These: Die Verfasser *innen gehen davon aus, dass die gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung stark durch die jeweilige Erwerbstätigkeit beeinflusst, bzw. durch Arbeitslosigkeit beeinträchtigt werden.

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass Langzeitarbeitslosigkeit aufgrund der somit fehlenden Anerkennung zu einer Destabilisierung der Gesellschaft führen kann, weil die Verwirklichungschancen nicht im gesellschaftlich als Norm angesehenen Maße vorhanden sind.

Indikator: Seq. 97

K123 Positiver Zusammenhang von Ungleichheit und Wirtschaftswachstum

These: Die Autor*innen gehen davon aus, dass Ungleichheit in der Ökonomie „traditionell als notwendiges Nebenprodukt ökonomischer Prosperität gesehen“ und damit ein positiver Zusammenhang von Ungleichheit und Wirtschaftswachstum angenommen wird.

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Die Bundesregierung wendet sich keinesfalls direkt von der gängigen Theorie ab, aber beschreibt die sie umgebende Kontroverse recht eindrücklich, weshalb davon ausgegangen werden kann, dass die gesellschaftliche und wissenschaftliche Debatte um Ungleichheit und Wirtschaftswachstum die Verfasser*innen dazu veranlasst hat, diese Wechselwirkung zu hinterfragen. Es lässt sich trotzdem annehmen, dass den bisherigen ARB die Theorie eines positiven Verhältnisses von Ungleichheit und Wirtschaftswachstum zugrunde lag und dieses auch noch immer zentral ist.

Indikator: Seq. 135

Ich formuliere die anschließende vorläufige Hypothese: Der Bundesregierung wird erst durch die öffentliche Aufmerksamkeit bewusst, dass es sich beim Thema Ungleichheit um eine Frage großer gesellschaftlicher Relevanz handelt. Zudem lässt sich annehmen, dass insbesondere die Aussagen von OECD und IWF für die Bundesregierung von Bedeutung waren. Aber immerhin hat die Arbeit Pikettys (die in den Fußnoten erwähnt wird) zumindest auch Kritik an der gängigen Denkweise hervorgerufen.

Indikator: Seq. 136

K124 Menschenbild

These: Den Verfasser*innen liegt ein Menschenbild zugrunde, dass davon ausgeht, dass alle Menschen ständig ihren sozialen Status verbessern oder mindestens erhalten „wollen“.

Indikator: Seq. 66

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass sich Menschen „aktivieren“ lassen, was ein Bild zugrunde legt, das die Bevölkerung in „aktiv“ und „inaktiv“, bzw. passiv unterteilt.

Indikator: Seq. 72

These: Die Autor*innen zielen zwar auf „gute Arbeit“ ab, aber berücksichtigen alternative Konzepte zum „guten Leben“ nicht, sodass auch ein generelles Hinterfragen des Sinn und Zwecks von Arbeit für die Menschen nicht stattfindet.

Indikator: Seq. 86

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Die Bundesregierung reagiert mit der Einforderung von mehr Wertschätzung für die Dienstleistungs-, Pflege- und Erziehungsberufe auf eine sich wandelnde und alternde Gesellschaft, die ebenjene sozialen Berufe dringend benötigt, verkennt dabei aber, dass diese vielmehr deutlich höhere Löhne benötigen würden.

Indikator: Seq. 87

These: Die Verfasser*innen gehen davon aus, dass Chancengleichheit und Daseinsvorsorge wichtige Aspekte des Sozialstaats sind, die daher (neben „Sachanlagen“) gefördert werden müssen. Dazu wird die Ermöglichung von Chancengleichheit als Investition in das „Produktivkapital einer Gesellschaft“ verstanden.

Ich formuliere die vorläufige Hypothese: Chancengleichheit wird zwar als sozial notwendig und für einen stabilen Sozialstaat unabdingbar angesehen, aber das zugrundeliegende Ziel ist die Stärkung der Produktivität und damit Wirtschaftswachstum.

Ich formuliere die vorläufige Hypothese: Die Verwendung des Wortes „Produktivkapital“ setzt ein Verständnis der Gesellschaft voraus, bei der es maßgeblich um die Produktivität und das daraus zu gewinnende Kapital geht.

Indikator: Seq. 125

K125 Verständnis des ARB und Selbstverständnis der Bundesregierung

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Die Verfasser*innen schreiben dem ARB eine größere Bedeutung zu als die Autor*innen des Berichts im Jahr 2001. Allerdings nutzen sie ihn für die Herausstellung der eigenen auf den Weg gebrachten Errungenschaften und Maßnahmen. Es wäre sinnvoller gewesen, wenn

neben den bereits ausgewählten noch zu vollziehenden Maßnahmen deutlich mehr Zeit und Raum auf weitere anstehende Aufgaben und die Analyse der aktuellen Armuts- und Reichtumssituation in Deutschland verwendet worden wäre. Es wird nämlich eben kein breites Bild der an sich möglichen Maßnahmen gezeichnet. So verkommen Passagen des Berichts teilweise zu politischen Absichtserklärungen, die bloß Aufschluss darüber geben, inwieweit sich die politischen Akteure in der großen Koalition einigen konnten. Insofern scheint sich die Bundesregierung darüber bewusst zu sein, welche Aufgaben mit dem ARB verbunden sind, aber gerade die noch bestehenden Handlungsbedarfe werden an vielen Stellen ausgeblendet

Indikatoren: Seq. 99, Seq. 100, Seq. 133

K126 Verständnis der (Sozialen Markt-)Wirtschaft

These: Die Soziale Marktwirtschaft unterstützt im Verständnis der Verfasser*innen Menschen dabei möglichst schnell (wieder) selbstbestimmt zu leben, damit sie sich ihre Teilhabe am Wohlstand verdienen können.

Indikator: Seq. 63

These: Die Bundesregierung kündigt in ihrem 5. ARB eine Reaktion auf wissenschaftliche Befunde zu den rein volkswirtschaftlichen Messinstrumenten wie dem BIP an und nimmt deren Schwächen wahr. Dies deutet zwar noch nicht darauf hin, dass alternative Indikatoren angedacht werden, gibt jedoch zumindest eine Tendenz für die kommenden ARB vor.

Indikator: Seq. 65

These: Die Verfasser*innen verstehen eine „solide“ Finanzpolitik als Voraussetzung für die soziale Sicherung.

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Möglicherweise sollte von der Finanzpolitik der „schwarzen Null“ und der damit einhergehenden Austeritätspolitik für deutlich mehr Investitionen im Sozial- und Bildungsbereich abgewichen, bzw. diese ganz abgeschafft werden. Denn dass die Staatsfinanzen „solide“ sind, reicht möglicherweise nicht. Evtl. müssen neue Staatsschulden aufgenommen werden, damit die drängenden Probleme im Sozialbereich verringert werden können.

Indikatoren: Seq. 124, Seq. 129

K127 Zuwanderung als Chance

These: Nach Ansicht der Autor*innen ist das Ziel einer gelungenen Integration, Migrant*innen mit Bleibeperspektive zu Erwerbsarbeit zu verhelfen, damit sie nur möglichst kurze Zeit auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind.

Ich formuliere die folgende vorläufige Hypothese: Migrant*innen tragen häufig aufgrund ihrer hohen Qualifikation deutlich zur Wirtschaftskraft der Bundesrepublik bei und wirken dem demografischen Wandel entgegen, was sich, neben der möglichst kurzen Dauer von Leistungsbezügen, als zugrundeliegendes Ziel der Integration vermuten lässt.

Indikatoren: Seq. 121, Seq. 122

K200 Kategorien zweiten Untersuchungsgrades

K201 Zukunft der Arbeit

Aus dem Zusammenspiel der Kategorie K103 (Reaktionen auf zukünftige Veränderungen des Arbeitsmarktes) und ihrer Unterkategorien K103A (Digitaler Wandel erfordert neue Beschäftigungsmodelle) und K103B (Atypische Beschäftigung als Vorteil für sich wandelnde Arbeitsmärkte), der Kategorie K104 (Erwerbsarbeit und Wachstum) sowie ihrer Unterkategorie K104A (Schaffung von Arbeitsplätzen führt zu Wachstum), der Kategorie K120 (Reaktionen auf zukünftige Veränderungen des Arbeitsmarktes), ihrer Unterkategorien K120A (Digitaler Wandel erfordert neue Beschäftigungsmodelle) und K120B (Atypische Beschäftigung als Vorteil für sich wandelnde Arbeitsmärkte) sowie der Unterkategorie K121A (Wirtschaftswachstum führt zu Wohlstand) von Kategorie K121 (Erwerbsarbeit und Wachstum) lässt sich eine umfassende Kategorie zweiten Grades bilden, deren Inhalt sich folgendermaßen beschreiben lässt:

Es wird in den analysierten Sprechakten von den Verfasser*innen darauf hingewiesen, dass sich in Zeiten der Globalisierung und des demografischen wie digitalen Wandels neue sozial-, wirtschafts- und arbeitspolitische Schwierigkeiten ergeben können und dass es daher zukünftig darauf ankommt eine Spaltung der Gesellschaft in Gewinner*innen und Verlierer*innen der Modernisierung zu verhindern. Hierfür wird wiederholt auf das Potenzial des Wirtschaftswachstums verwiesen, das für die Verringerung von Armut und Ungleichheit, die Schaffung von Wohlstand und gerechte Lebensbedingungen als elementar angesehen wird. Des Weiteren zeigt sich deutlich, dass es im Verständnis der Bundesregierungen hierfür darauf ankommt, mit zusätzlichen Reformen Arbeitsplätze zu schaffen, die eine Steigerung der Investitionsbereitschaft mit sich bringen und so das Wachstum ankurbeln sollen. Gleichzeitig wird dem Wirtschaftswachstum eine arbeitsplatzschaffende Wirkung unterstellt, wobei der sich verändernde Arbeitsmarkt dafür generell noch flexibler, also mithilfe von Teil-, Leih- und Zeitbeschäftigung, gestaltet werden muss. Es lässt sich erkennen, dass in den Augen der Bundesregierung zwar lineare Karrieremodelle, jedoch Normalarbeitsverhältnisse nicht gänzlich der Vergangenheit angehören. Allerdings werden auch keinerlei gegenteilige Maßnahmen formuliert. Letztlich verstehen die Verfasser*innen Erwerbsarbeit auch in Zeiten eines sich wandelnden Arbeitsmarkts und der gestiegenen Bedeutung atypischer Beschäftigung noch immer als letzte Bastion für Unabhängigkeit und Selbstbestätigung des Menschen.

K202 Vollbeschäftigung in Wechselwirkung mit (Wirtschafts-)Wachstum

Aus der Verbindung der Kategorie K107 (Vollbeschäftigung als Ziel) und ihrer Unterkategorie K107A (Vollbeschäftigung führt zu Wirtschaftswachstum) sowie der für den zweiten Untersuchungszeitpunkt gleichlautenden Kategorie K117 (Vollbeschäftigung als Ziel) und ihrer Unterkategorie K117A (Wirtschaftswachstum unterstützt Vollbeschäftigung) lassen sich die folgenden Überlegungen für eine Kategorie zweiten Grades ableiten:

Das grundlegende Ziel der Verfasser*innen beider untersuchter Berichte, also auch der jeweiligen Bundesregierungen, nicht nur im arbeits- und sozialpolitischen Bereich, ist die Steigerung von Wirtschaftswachstum. Es wird an wiederholter Stelle auf das Potenzial des Arbeitsmarktes und die Relevanz einer möglichst hohen Erwerbstätigenquote hingewiesen. Insofern wird der Schaffung von Arbeitsplätzen zur Erreichung von Wirtschaftswachstum eine immense Bedeutung zugeschrieben. Wirtschaftswachstum wird insofern, entgegen anderer Trends, an eine möglichst hohe Beschäftigungsquote geknüpft, also dem Leitmotiv der Vollbeschäftigung gefolgt. Gleichzeitig werden ebenjene hohen Beschäftigungszahlen wiederum durch ein hohes Wirtschaftswachstum erreicht. Die Analyse zeigt, dass bei den Bundesregierungen ein Bild vorherrscht, bei dem sich eine stabile Ökonomie durch hohe Beschäftigungszahlen, neben Wirtschaftswachstum und niedrigen Arbeitslosenzahlen, auszeichnet.

K203 Allheilmittel Vollbeschäftigung

Bei der nochmaligen Verbindung der Kategorie K107 (Vollbeschäftigung als Ziel), ihrer Unterkategorien K107A (Vollbeschäftigung führt zu Wirtschaftswachstum) und K107B (Vollbeschäftigung wirkt positiv auf den sozialen Zusammenhalt ein) mit der für den zweiten Untersuchungszeitpunkt gleichnamigen Kategorie K117 (Vollbeschäftigung als Ziel), der Kategorie K118 (Steigendes Armutsrisiko) und der Unterkategorie K122B (Arbeitslosigkeit gefährdet gesellschaftliche Stabilität) lassen sich die folgenden Überlegungen für eine Kategorie zweiten Grades ableiten:

Die Verfasser*innen der untersuchten Armuts- und Reichtumsberichte gehen neben der Wechselbeziehung von Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung davon aus, dass die reine Erhöhung der Beschäftigtenzahlen zusätzlich positive Effekte auf die Gesellschaft und Demokratie hat und außerdem das Armutsrisiko verringert. Dabei orientieren sich die Bundesregierungen in beiden Berichten maßgeblich an den offiziellen Zahlen zu Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit und ignorieren alternative Ansätze, wie beispielsweise eine bewusste Verringerung der Wochenarbeitsstunden, vollständig. Insofern werden von der Bundesregierung alle mit Armut und Ungleichheit einhergehenden Faktoren immer im Kontext der Erwerbstätigkeit mit dem Ziel der Vollbeschäftigung gesehen. Denn es wird davon ausgegangen, dass sich sozialer Zusammenhalt und Gerechtigkeitsvorstellungen, wie auch -verhältnisse aufgrund mit Arbeitslosigkeit einhergehender gesellschaftlicher Ausgrenzung dann verschlechtern, wenn die Arbeitslosenzahlen steigen. Dies wirkt sich in den Augen der Autor*innen negativ auf die gesellschaftliche Stabilität aus. Hier wird deutlich, dass die Bundesregierungen von einem Konzept überzeugt sind, bei dem die individuelle Lebenszufriedenheit eng an die Höhe des jeweiligen Einkommens geknüpft ist und dass es daher gilt, die Erwerbsarbeitszahlen zu erhöhen, damit sich dadurch auch der gesellschaftliche Status verbessern kann. Ausgeblendet wird von den Verfasser*innen des Berichts, dass die Erreichung des Ziels der Vollbeschäftigung zum jetzigen Zeitpunkt mit prekären Beschäftigungsformen einhergeht, bei denen bezweifelt werden kann, inwieweit die Höhe eines so generierten Einkommens als ausreichend für eine wie auch immer geartete Lebenszufriedenheit empfunden wird. Außerdem verdeutlicht die Kopplung der Lebenszufriedenheit an das Einkommen einen vollständig auf monetäre Ziele ausgerichteten Lebensentwurf.

K204 Bildung für Vollbeschäftigung und Wachstum

Aus dem Zusammenspiel der Unterkategorie K104B (Bildungsmaßnahmen steigern Beschäftigungszahlen und Wachstum) mit der für den zweiten Untersuchungszeitpunkt ähnlich ausgerichteten Unterkategorie K121B (Bildungsmaßnahmen zur Erhöhung von Beschäftigungszahlen und Wachstum) lässt sich eine Kategorie zweiten Grades bilden, deren Inhalt sich folgendermaßen beschreiben lässt:

Bei der Rekonstruktion der Sprechakte der SKHs wird deutlich, dass zu beiden untersuchten Zeitpunkten die Stärkung der Bildungsmaßnahmen im Fokus zur Erhöhung der Erwerbstätigenzahl und Steigerung des Wirtschaftswachstums steht. Denn Wirtschaftswachstum lässt sich besonders durch eine Stärkung des individuellen Humanvermögens durch Bildung steigern, weil diese, am besten bereits im frühen Kindesalter begonnen, nach Ansicht der Verfasser*innen die Wettbewerbsfähigkeit fördert und damit ein Mehr an Investitionen und Beschäftigten sowie eine Verringerung des Armutsrisikos und der Arbeitslosigkeit ermöglicht. In diesem Sinne gehen die Bundesregierungen davon aus, dass arbeitslos gemeldet ist, wer geringe Bildung und Berufsabschluss besitzt. Um ebenjener Tendenz entgegen zu wirken, soll entgegen zahlreicher Vorbehalte das sogenannte lebenslange Lernen ausgebaut werden, das mit Weiterbildungsmaßnahmen die Erwerbs- „fähigkeit“ aufrechterhalten soll. Es zeigt sich, dass die Verfasser*innen davon ausgehen, dass nur mit Weiterbildung überhaupt die Fähigkeit zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit vorhanden ist und sie damit auf Zeiten sich wandelnder Arbeitsmärkte und neuen Beschäftigungsformen reagieren, in denen nicht mehr davon ausgegangen werden kann, einen Beruf zu erlernen und diesen auch bis zur Rente durchführen zu können. Daher wird Weiterbildung proklamiert, um eine steigende Arbeitslosigkeit zu vermeiden und generell wird Wissen als Quelle für Wohlstand angesehen. Insofern erscheinen der Bundesregierung Bildung und Wissenschaft als Universallösung für jedwede aktuellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt.

K205 Die Schere zwischen Arm und Reich

Aus der Verbindung der Kategorie K118 (Steigendes Armutsrisiko) und der Kategorie K122 (Ungleichheit und Armut) sowie ihrer Unterkategorie K122A (Ungleichheit und Armut gefährden die Akzeptanz der etablierten Ordnung) lassen sich die folgenden Überlegungen für eine Kategorie zweiten Grades ableiten:

Die Analyse der beiden Armuts- und Reichtumsberichte zeigt, dass sich die Verfasser*innen über die, von einer sich vergrößernden Schere zwischen Arm und Reich und steigendem Armutsrisiko, ausgehenden Gefahr für die Stabilität der Demokratie und Gesellschaft bewusst sind. Die verschiedenen auslösenden Faktoren werden jedoch zunächst immer im Kontext einer negativen Auswirkung auf die Arbeitsleistung und damit auf die Wirtschaftskraft gesehen, sodass sich in diesem Verständnis infolgedessen das Armutsrisiko erhöht. Mit dem Armutsrisiko und einem Anstieg der sozialen wie ökonomischen Ungleichheit werden wiederum gesundheitliche Beeinträchtigungen, eine Gefährdung der sozialen Mobilität, aber auch eine Verringerung der Akzeptanz der etablierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verbunden. Als Lösung für die damit einhergehenden Probleme wird erneut die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Erwerbstätigkeit, auch für Teilhabe- und Anerkennungschancen sowie Wahlbeteiligung, gesehen. Ausgeblendet werden allerdings jegliche Maßnahmen, die sich auf die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der materiell sehr gut ausgestatteten

Menschen der Gesellschaft konzentrieren würden, obwohl es den Verfasser*innen offiziell um gesellschaftlich breit getragene Lösungen geht. Insgesamt lässt sich die Position der Bundesregierungen hinsichtlich der Verringerung von Armut und Ungleichheit als Kampf um die Akzeptanz der etablierten Ordnung für die Steigerung von Wirtschaftswachstum und durch so generierte Vertrauensgewinne zur Sicherung des eigenen Machtstrebens, aus wahltaktischem Kalkül heraus, interpretieren.

K206 Ungleichheit versus Wachstum

Aus dem Zusammenspiel der Kategorie K106 ((Wirtschafts-)Wachstum und Ungleichheit), ihrer Unterkategorien K106A (Unterstellung eines unendlichen Wachstumspotenzials), K106B (Wirtschaftswachstum führt zu Wohlstand), K106C (Einkommen und Vermögen sind zentral für Wohlstand) sowie K106D (Ungleichheit ist notwendig für Wirtschaftswachstum), der Kategorie K111 (Verständnis der Wirtschaft), K112 (Selbstverständnis der Bundesregierung) und der Kategorie K123 (Positiver Zusammenhang von Ungleichheit und Wirtschaftswachstum) lässt sich eine Kategorie zweiten Grades bilden, deren Inhalt sich folgendermaßen beschreiben lässt:

Die Verfasser*innen der Armuts- und Reichtumsberichte unterstellen (Wirtschafts-)Wachstum eine allumfassende positive Wirkung, unter anderem auf die Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung und für quasi alle relevanten Politikbereiche. Insofern liegt finanziellen und wirtschaftlichen Kräften im Verständnis der Bundesregierungen wiederum das maßgebliche Potenzial zur Erreichung von Wohlstand zugrunde. Demnach gehen sie davon aus, dass (Einkommens-)Ungleichheit als gegebener Bestandteil der Märkte und als notwendiges Nebenprodukt von wirtschaftlicher Prosperität gerechtfertigt werden muss, da diese dem Wachstumsparadigma keineswegs zuwiderläuft, sondern vielmehr Wettbewerb und Leistungsbereitschaft erhöht und somit ein positiver Zusammenhang unterstellt wird. Letztlich liegt den Bundesregierungen auch im Zeitvergleich ein Verständnis des freien Marktes zugrunde, der als von der Politik relativ selbständig agierender Akteur angesehen wird. Denn die Etablierung von freien und offenen Märkten, durch möglichst geringe staatliche Eingriffe und mithilfe von Privatisierungen, wird von den Autor*innen als wachstumsfördernd angesehen. Strukturreformen zur Verringerung von Arbeitslosigkeit können und sollten demnach nur im Zusammenspiel mit Wirtschaftsakteuren umgesetzt werden. Insgesamt werden bestehende oder sich verstärkende Ungleichheiten als bloße Bestandteile der sich selbst regulierenden Marktprozesse verstanden, weshalb sich der Staat nur als Korrektor der wirtschaftlichen Gegebenheiten wiederfindet. Die inzwischen gesellschaftlich und wissenschaftlich geführten Debatten um Ungleichheit und Wirtschaftswachstum haben auch die Bundesregierung in ihrem letzten Bericht zwar dazu veranlasst die positive Wechselwirkung zu hinterfragen, aber es lässt sich aufgrund der besonderen Herausstellung der wirtschaftlichen Triebkräfte

annehmen, dass die Verfasser*innen noch immer von einer positiven Wirkung der Ungleichheit auf Wachstum überzeugt sind und dieses Verständnis zentral im ARB wirkt.

K207 Sozialhilfe als Forderung zur Arbeitsaufnahme

Aus der Verbindung der Kategorie K105 (Erwerbsarbeit und Sozialhilfe), Kategorie K108 (Das Konzept des „Fördern und Fordern“), ihrer Unterkategorien K108A (Problembewältigung nur bei gemeinsamer Anstrengung) und K108B (Fordern kommt vor Fördern), der gleichnamigen Kategorie K119 (Das Konzept des „Fördern und Fordern“) sowie ihrer Unterkategorien K119A (Wohlstand durch „Fördern und Fordern“) und K119B (Fordern kommt vor Fördern) und Kategorie K126 (Verständnis der (Sozialen Markt-)Wirtschaft) lassen sich die folgenden Überlegungen für eine Kategorie zweiten Grades ableiten:

Bei der Rekonstruktion der Sprechakte beider ARB wird deutlich, dass sich die Verfasser*innen zumeist ausschließlich auf die jeweilige Zahl der Sozialhilfeempfänger*innen und als arbeitslos gemeldeten Menschen konzentrieren, aber dabei die hierfür relevanten Gründe und die jeweiligen Formen der Beschäftigung ausblenden. Proklamiert wird an zahlreichen Stellen im ARB, dass Sozialhilfe und die generellen Leistungssysteme des deutschen Sozialstaats immer auch an die jeweilige Eigenleistung der betroffenen Menschen und der Gesamtbevölkerung geknüpft sind, wobei es jedoch für eine verbesserte Teilhabe immer auch fordernde Maßnahmen zur „Aktivierung“ (der Arbeitskraft) braucht. Daraus ergibt sich für die Verfasser*innen wiederum eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts und allgemeiner Zustimmung zur (sozialen) Marktwirtschaft, da Leistungen auf diese Art und Weise nicht „verschenkt“ werden (durch eine Grundsicherung, bei der erst bei Abzug aller bestehenden monetären Mittel noch Hilfebedürftigkeit besteht), sondern das Prinzip „Fördern und Fordern“ so zu dessen korrekter Anwendung und es damit zu Leistungsgerechtigkeit kommt. Dies impliziert, dass mit allen Mitteln und so lange wie möglich eine Hilfebedürftigkeit hinausgezögert werden soll, damit möglichst spät Grundsicherungsleistungen in Anspruch genommen werden. Daher „hilft“ zwar jedes vorhandene Einkommen dabei, Grundsicherungsbezug zu vermeiden, wirkt aber negativ auf die langfristigen Planungen der Betroffenen ein, da bei Grundsicherungsbezug dann eine völlige Abhängigkeit von den Leistungen besteht, weil keinerlei Einkommen oder Vermögen mehr vorhanden sind. Nichtsdestotrotz wird die armutsbekämpfende Wirkung der Leistungssysteme in den untersuchten Berichten, im Gegensatz zu den aktuell prominent geführten Debatten, kaum angezweifelt. Im Gegenteil, sogar die verschämte Armut ist nach Ansicht der Autor*innen aufgrund der etablierten sozialen Sicherungssysteme zurückgegangen und es werden auch keinerlei gesellschaftliche negative Konnotationen mit Hartz IV präsentiert. So wird der Sozialhilfe und die sie umgebenden

Leistungssysteme und dem Konzept des „Fördern und Fordern“ neben der sozialen Marktwirtschaft eine durchweg positive Wirkung, auch auf Wachstum, gesellschaftlichen Wohlstand und den Anstieg der Beschäftigungszahlen unterstellt, unter anderem weil diese unterstützend auf ein selbstbestimmtes Leben zur Teilhabe am Wohlstand einwirken.

K208 Erwerbsarbeit schützt vor Armut

Aus dem Zusammenspiel der Unterkategorien K105A (Erwerbsarbeit als Schutz vor Sozialhilfe), K105B (Erwerbsarbeit gegen Armut und Ungleichheit), K117B (Vollbeschäftigung schützt vor Armut) und K117C (Armut trotz Erwerbsarbeit) lassen sich folgende Überlegungen für eine Kategorie zweiten Grades ableiten:

Die Autor*innen beider untersuchter ARB gehen davon aus, dass Erwerbsarbeit als überaus effektives und maßgebliches Mittel zur Verhinderung von Sozialhilfebezug und demnach Armut gelten kann. Demnach muss zur Reduktion von Armut die Zahl der arbeitslosen Menschen verringert werden, gleichzeitig Arbeitsplätze geschaffen und somit letztendlich Vollbeschäftigung erreicht werden. Denn generell gilt im Verständnis der Bundesregierungen, dass Armut durch Arbeitslosigkeit und niedrige Einkommen entsteht und verstärkt wird sowie die allgemeine Lebenssituation und auch die allgemeine Gesundheit von Erwerbsarbeit und dem damit verbundenen Einkommen beeinflusst wird. Demgegenüber wird vollständig ausgeblendet, dass trotz Beschäftigungs- und Einkommenszuwächsen die Einkommensungleichheit auf gleichbleibendem Niveau verbleibt und auch erwerbstätige Menschen oftmals trotz Arbeit ein im gesellschaftlichen Durchschnitt nicht ausreichendes Einkommen erhalten. Somit sind sie aufgrund geringer Entlohnung als sogenannte Aufstocker*innen auf zusätzliche Leistungen angewiesen und damit indirekt von einem erhöhten Armutsrisiko betroffen, was nicht automatisch mit geringer Qualifikation zu tun hat. Die Annäherung an das Ziel der Vollbeschäftigung und Erwerbsarbeit generell schützen demnach nicht unbedingt vor Armut, sondern eine Erhöhung dieser Zahlen wirkt vielmehr nur beschönigend auf die offiziellen Statistiken, die allerdings als willkommener Ausdruck einer prosperierenden Arbeitsmarktsituation und des hohen Wohlstandsniveaus der Gesellschaft geltend gemacht werden.

K209 Der Mensch als Inbegriff von Wachstum

Aus dem Zusammenspiel der Kategorie K113 (Menschenbild) mit der Kategorie K124 (Menschenbild) lässt sich eine Kategorie zweiten Grades bilden, deren Inhalt sich folgendermaßen beschreiben lässt:

Das grundlegende Ziel der Autor*innen betrifft eine Steigerung des Wirtschaftswachstums. Hierfür wird in wiederholtem Maße auf das dem Arbeitsmarkt innewohnende Potenzial und die besondere Relevanz einer hohen Beschäftigtenzahl hingewiesen. Der Schaffung von Arbeitsplätzen und gut ausgebildeten Arbeitskräften wird insofern für die Erreichung des arbeitsmarktpolitischen Ziels der Vollbeschäftigung elementare Bedeutung beigemessen. Arbeitslosigkeit wird demgegenüber als zu verringernder Störfaktor angesehen, den es zu bekämpfen gilt, einerseits für die Stärkung des Wirtschaftswachstums, aber ebenfalls für eine Steigerung des Wohlbefindens, ausgewogener Gerechtigkeitsvorstellungen und Stabilität der Gesellschaft. Die Bundesregierungen sind insofern von einem Menschenbild geprägt, bei dem der Mensch als Produktivkraft und Kapital generierendes Wesen zur Wohlstandsmehrung und Wirtschaftswachstumssteigerung nutzbar gemacht werden muss. Menschen die, aus welchen Gründen auch immer, nicht an diesem System teilhaben (können), sollen möglichst zeitnah dazu befähigt werden, da sie ansonsten als „inaktive“ oder „passive“ Teile der Gesellschaft wenig zum gesellschaftlichen Wohlstand beitragen, was wiederum die Gerechtigkeitsaufteilung untergräbt. Denn die Verbesserung von Chancengleichheit wird zwar als wichtig für den Sozialstaat angesehen, aber letztendlich dennoch als Investition in das „Produktivkapital einer Gesellschaft“ verstanden. Eine Steigerung der (Arbeits-)Produktivität beeinflusst auch das BIP. Dieses ist jedoch wiederum notwendig um eine bestimmte Anzahl von Arbeitskräften zu beschäftigen. Insofern wird nach Paech der „Arbeit sparende[...] technische[...] Fortschritt [...] zu einem sozialen Wachstumstreiber“ (Paech ¹⁰2018, S. 59). Konzepten des „guten Lebens“ oder alternativen Arbeitsmarktmodellen wird insofern offensichtlich keinerlei Stellenwert eingeräumt, sondern ein solches gutes Leben scheint an „gute“ Arbeit, generell an die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen und somit an ein von Produktivität und Konsum gekennzeichnetes Leben gekoppelt zu sein, das wiederum vom Gedanken des lebenslangen Lernens und der Weiterbildung geprägt ist. Das in den ARB offen zutage tretende Wachstumsstreben der Bundesregierungen wird demnach auf die einzelnen Bürger*innen übertragen, indem davon ausgegangen wird, dass Menschen immer nur daran interessiert sind, ihren jeweiligen sozialen Status zu verbessern und kaum Erörterungen eines möglicherweise tieferliegenden Sinns und Zwecks von Arbeit als Ausdruck von Selbstbestätigung und anderen immateriellen Aspekten vorstatten geht.

K300 Kategorien dritten Untersuchungsgrades

K301 Wachstum als alternativlose Strategie für Wohlstandssicherung

Die Verbindung der Kategorien K208 (Erwerbsarbeit schützt vor Armut) und K209 (Der Mensch als Inbegriff von Wachstum) ermöglicht die Bildung einer Kategorie dritten Grades, die folgenden Inhalt aufweist:

In Tradition der gängigen Wirtschaftstheorie verstehen die Bundesregierungen Wachstum und dessen Steigerung noch immer als alternativlose und unmittelbar anzustrebende Strategie zur Wohlstandsmehrung und -sicherung der Gesellschaft. Als Mittel zu deren Erreichung wird das ebenfalls quasi alternativlose Ziel der Vollbeschäftigung proklamiert, denn damit wird im Wechselspiel mit Wirtschaftswachstum, im Verständnis der Verfasser*innen, Armut verringert. Ein sich verlangsamendes Wachstum, Nullwachstum oder ein Rückgang werden genauso wie nicht ökonomisch zentrierte Maßnahmen zur Wohlstandssicherung oder ökologische Folgen gar nicht erst thematisiert.

K302 Neoklassik versus Keynesianismus

Aus der Verbindung der Kategorien K205 (Die Schere zwischen Arm und Reich), K206 (Ungleichheit versus Wachstum), K207 (Sozialhilfe als Forderung zur Arbeitsaufnahme) und K209 (Der Mensch als Inbegriff von Wachstum) lässt sich eine Kategorie dritten Grades bilden, deren Inhalt von der nachfolgenden These geprägt ist:

Es zeigt sich, dass die untersuchten SKHs von einem stark neoklassischen Verständnis der Ökonomie geprägt sind und somit als Basis ihres Wachstumsstrebens, in Anlehnung an die marktradikalen Ansätze, davon überzeugt sind, dass der Staat in möglichst geringem Maße in die sich ansonsten frei entfaltende Kraft der Wirtschaft eingreifen sollte. Ungleichheit wird in dieser Tradition als letztendlich positive Kraft für Wachstum und wirtschaftliche Prosperität angesehen. Hierbei werden jegliche ökologischen und sozialen Folgen bis auf die Wirkung von Ungleichheit auf die Stabilität der Demokratie und Wirtschaft vollständig ausgeblendet. Wirtschaftswachstum wird eine vollständig

positive Wirkung zugeschrieben, die im Rahmen der untersuchten ARB auch im Zeitvergleich an keiner Stelle kritisch hinterfragt wird. Die Verfasser*innen sind zwar keinesfalls davon überzeugt, dass eine expansive Fiskalpolitik und damit einhergehende zusätzliche Staatsausgaben im Sinne Keynes zu den von ihm gewünschten Wirkungen, wie einer Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, führen wird. Nichtsdestotrotz zeigt sich an zahlreichen Stellen der im Hinblick auf die Handlungsregeln und Leitideen der Bundesregierungen untersuchten ARB, dass insofern zwar keine interventionistische Wirtschaftspolitik proklamiert wird, aber sich dennoch „primär am Ziel der Sicherung von Vollbeschäftigung“ (Gabler Wirtschaftslexikon 2019h) orientiert wird. Zudem scheint für die SKHs dahingehend ebenfalls eine antizyklische Konjunkturpolitik von stärkerer Relevanz zu sein. Insgesamt ergibt sich hieraus ein Spannungsfeld zweier konkurrierender Denkrichtungen der Volkswirtschaftslehre, die sich im Hinblick auf die Selbstregulation der Märkte (Neoklassik) und bezüglich einer aktiv anzustrebenden Erreichung von Vollbeschäftigung (Keynesianismus) in den untersuchten Berichten der Bundesregierungen manifestieren (vgl. ebd.).

K303 Königsweg Vollbeschäftigung

Die Verbindung der Kategorien K201 (Zukunft der Arbeit), K202 (Vollbeschäftigung in Wechselwirkung mit (Wirtschafts-)Wachstum), K203 (Allheilmittel Vollbeschäftigung) und K204 (Bildung für Vollbeschäftigung und Wachstum) ermöglicht die Bildung einer Kategorie dritten Grades, die folgenden Inhalt aufweist:

Vollbeschäftigung und Erwerbsarbeit generell wird von den Verfasser*innen in beiden untersuchten Berichten als positiv und maßgeblich zu verfolgendes Ziel für eine Steigerung des Wirtschaftswachstums, des gesellschaftlichen Wohlstandsniveaus, der soziale Gerechtigkeit und des Zusammenhalts, Chancengleichheit, die Stabilität der Demokratie und Wirtschaftsordnung, die individuelle Unabhängigkeit und Selbstbestätigung und für die Verringerung von Armut und Ungleichheit sowie des Armutsrisikos proklamiert.

K304 Illusion der Freiheit

Aus der Verbindung der Kategorien K101 (Zugrundeliegender Armuts- und Reichtumsbegriff), K102 (Armut und Reichtum als Tabuthemen), K116 (Zugrundeliegender Armuts- und Reichtumsbegriff), K203 (Allheilmittel Vollbeschäftigung), K205 (Die Schere zwischen Arm und Reich), K208 (Erwerbsarbeit schützt vor Armut) und K209 (Der Mensch als Inbegriff von Wachstum) lässt sich eine Kategorie dritten Grades bilden, deren Inhalt von der nachfolgenden These geprägt ist:

Die Verfasser*innen gehen von einem rein monetär ausgerichteten Lebensentwurf aus. Es zeigt sich mit Paech eindeutig, dass eine so aufgebaute Fremdversorgung von materiellen Gütern immer mit der Angst vor dem Verlust dieser komfortablen Situation einhergeht, bei der Armut als Mangel an Mitteln zur Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Wohlstand verstanden wird. Insofern steht Fremdversorgung für eine Kultur der Angst vor dem Weniger, die das Wachstum dementsprechend als schützenswert erachtet und somit jegliche alternativen Ideen für die Wirtschaft, die das geldbasierte Wohlstandsmodell in Frage stellen könnten, ablehnt (vgl. Paech¹⁰2018, S. 66). Während sich die von Paech sogenannte Illusion der Freiheit immer weiter ausprägt und damit auf die wachstumsorientierte Ordnung unterstützend einwirkt, zeigen die Bundesregierungen in den untersuchten Berichten, dass sie in Reaktion auf die von Teilen der Bevölkerung geäußerte Angst vor dem Verlust des jeweiligen Status, möglicherweise ebenfalls aus wahltaktischen Gründen, versucht deren Bedürfnisse zu schützen. Damit ergibt sich letztlich allerdings ein Kreislauf des Wachstumsstrebens, der kaum noch Möglichkeiten zur Unterbrechung aufweist, da sich beide Faktoren gegenseitig beeinflussen. So führt das System der Fremdversorgung zu einer von Geld abhängigen Gesellschaft. Diese Geldabhängigkeit wird von den in einer Gesellschaft jeweiligen Selbstverwirklichungsansprüchen beeinflusst. Damit geht nach Paech „auch eine stetige Anhebung des monetären Versorgungsminimums, also dessen, was als Armuts- oder Zumutbarkeitsgrenze deklariert wird“ (ebd., S. 65) einher. Dies lässt sich als eine mögliche Erklärung für die Nutzung des relativen Armutsbegriffs durch die Bundesregierungen verstehen (vgl. ebd., S. 65ff).

Anhang zur Studie 'Eine Rekonstruktion des Wohlstands- und Wachstumsbegriffs der deutschen Bundesregierung anhand der Jahreswirtschaftsberichte von 2006 und 2016'

Manuel Eberhardt

Analyse des Jahreswirtschaftsberichtes von 2006

1. Forschungsfrage und Erkenntnisinteresse

Ziel des Forschungsprojektes ist es, eine Antwort auf die Frage: **Inwiefern haben sich Wachstums- und Wohlstandsverständnis der deutschen Bundesregierung zwischen 2006 und 2016 geändert und welchen Einflüssen unterliegen etwaige Änderungen?**

Zur Beantwortung dieser Frage wurden die Jahreswirtschaftsberichte der Bundesregierung aus den Jahren 2006 und 2016 analysiert. Im Zuge der Forschungsfrage sollen einige Themen und Unterfragen erörtert werden.

Ich habe vor zu untersuchen, inwieweit Alternativvorschläge zur bisherigen Verwendung des BIPs vorgebracht werden und welche Dimensionen etwaige Alternativindikatoren fassen. Inwieweit hat sich der Stellenwert von Wohlstand und Wachstum in der deutschen Politik verschoben? Inwiefern gibt es eine erste Transformation der Wirtschaftsweise in die grobe Richtung von Postwachstumsansätzen, wie es bspw. die Beauftragung der Enquete-Kommission vermuten lässt? Oder bleibt Wachstum trotz allem der bedingungslose

Anspruch? Mit diesen und weiteren Fragen werde ich mich unter anderem im Laufe dieses Forschungsprojektes auseinandersetzen. Während der Forschung soll auch unter anderem überprüft werden, ob ein merklicher Einfluss des Abschlussberichtes der E.K. zu erkennen ist und ob die darin vorgeschlagenen Veränderungen sich in irgendeiner Form auswirken oder ob diese Maßnahme des Bundestages wenig Wirkung zeigt.

2. Sequenzen des Jahreswirtschaftsberichtes 2006:

- 1) Investitionen und Innovationen sind Voraussetzung für einen kräftigen Wachstumsschub. Und wir brauchen wieder mehr Wachstum in Deutschland, um zusätzliche Arbeitsplätze und **mehr** Beschäftigung zu schaffen. Für die Bundesregierung haben daher alle Initiativen und Maßnahmen Vorrang, die diesem Ziel dienen (Jahreswirtschaftsbericht 2006: S. 5³)
- 2) Gesunde und tragfähige Staatsfinanzen sind eine wesentliche Grundlage für die Rückkehr auf einen höheren **Wachstumspfad** (S.5)
- 3) Mehr Wirtschaftswachstum und zusätzliche Beschäftigung schaffen, das ist die wirtschaftspolitische Devise der Bundesregierung für diese **Legislaturperiode** (S.11)
- 4) Ohne mehr Wachstum sind der Abbau der viel zu hohen Arbeitslosigkeit, eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ebenso wie eine dauerhafte Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme nicht zu **erreichen** (S.11)
- 5) Notwendig ist folglich **ein kräftiger Wachstumsschub durch Innovationen und Investitionen. Was diesem Ziel dient, hat für die Bundesregierung wirtschaftspolitisch Vorrang** (S.11)
- 6) Je höher die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ist, umso leichter lassen sich auch soziale Sicherheit, Chancengleichheit sowie der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verwirklichen. Diese sind ihrerseits wichtige Voraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften (S.11)
- 7) Der Mittelstand ist die tragende Säule der deutschen Wirtschaft. Das Wachstums- und Innovationspotenzial von kleinen und mittleren Unternehmen zu fördern, ist daher ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung. Ihr Ziel ist es, Unternehmen mehr Raum für innovative Produktideen und Dienstleistungen zu verschaffen. Unter anderem wird die Bundesregierung deshalb Mittelständler und Existenzgründer im Rahmen eines Mittelstandsentlastungsgesetzes von bürokratischen Vorschriften entlasten und im Rahmen einer Mittelstandsinitiative die Kredit- und Wagniskapitalfinanzierung weiter verbessern (S.11)
- 8) Wichtig für die nachhaltige Rückkehr auf einen höheren Wachstumspfad sind gesunde und tragfähige Staatsfinanzen. [...] Mit einer Verstärkung des

Kommentar [A138]: Sq.1: Alle Sequenzen (im Folgenden Sq. abgekürzt) in diesem Dokument entstammen dem Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung von 2006. Da es sich um einen Jahreswirtschaftsbericht handelt, ist davon auszugehen, dass darin sowohl eine Standortbestimmung der aktuellen Situation vorgenommen wird, als auch eine Erläuterung, Begründung und ...

Kommentar [A139]: Sq.2: Nicht nur Investitionen und Innovationen, sondern auch gesunde und tragfähige Staatsfinanzen Voraussetzung für die angesprochene Wachstumsentwicklung. Höheres Wachstum fußt also laut dem Minister für Wirtschaft und Umwelt ganz ...

Kommentar [A140]: Sq.3: Mehr Wirtschaftswachstum geht laut Bundesregierung Hand in Hand mit zusätzlicher Beschäftigung und ist nicht nur ein wirtschaftspolitisches Ziel sondern gar die ausdrückliche wirtschaftspolitische **Devise**, also die Leitlinie der Wirtschaftspolitik der ...

Kommentar [A141]: Sq.4: Derzeitige Arbeitslosigkeit wird als viel zu hoch beschrieben (gegenwärtige Krise des Arbeitsmarktes wird konstatiert – evtl. auch mit Seitenhieb gegen vorherige Regierung). Die gegebene Situation, die die Maßnahmen mitbeeinflusst wird also als äußerst prekärer Zusta ...

Kommentar [A142]: Sq.5: Diese Sequenz ist weitgehend äquivalent zu Sequenz eins. Auch hier wird betont, dass Innovationen und Investitionen einen kräftigen Wachstumsschub auslösen sollen. Dadurch wird erneut die Wichtigkeit von Investitionen und Innovationen unterstrichen. ...

Kommentar [A143]: Sq.6: In Sequenz sechs wird deutlich aufgezeigt, wie eng miteinander verzahnt Gesellschaft, Ökologie und Wirtschaft und vor allem wie abhängig die ersten beiden Bereiche von einer starken Wirtschaft laut Bundesregierung sind. Demnach erleichtert eine hohe ...

Kommentar [A144]: Sq. 7: Der Mittelstand wird explizit hervorgehoben und von der Bundesregierung als tragende Säule bezeichnet. Er ist nicht nur eine Säule, sondern die tragende, also gewissermaßen das Fundament der deutschen Wirtschaft. In diesem Fall ...

³ Alle nachfolgenden Seitenangaben beziehen sich - sofern nichts Anderes angegeben – ebenfalls auf den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung von 2006: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/PeriodischerBericht/Berichte-der-Bundesregierung/2006/01/2006-01-25-jahreswirtschaftsbericht-2006.pdf?blob=publicationFile>

Konsolidierungskurses im Jahr 2007 werden die öffentliche Neuverschuldung wieder zurückgeführt und die Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes eingehalten. Vorrangig sind dabei Einsparungen durch Streichung von Subventionen und Steuervergünstigungen. Darüber hinaus wird die Mehrwertsteuer zum 1. Januar 2007 von 16 % auf 19 % angehoben, wobei ein Prozentpunkt für die Senkung der Lohnnebenkosten verwendet wird. Die Bundesregierung erwartet auch von den Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen Anstrengungen mit dem Ziel eines ausgeglichenen **Gesamtstaatshaushalts** (S.11)

- 9) Um bei der Haushaltskonsolidierung auch konjunkturellen Erfordernissen gerecht zu werden, verbindet die Bundesregierung ihre Konsolidierungspolitik mit konkreten Impulsen in fünf Bereichen in einem Gesamtvolumen von 25 Mrd. €. Gefördert werden insbesondere Investitionen der mittelständischen Wirtschaft, **Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, in Forschung und Technologie sowie Ausgaben für Modernisierungs- und Erhaltungsaufwendungen durch die steuerliche Berücksichtigung von Handwerkerleistungen; Familien werden u. a. durch das neue Elterngeld** und die verbesserte steuerliche Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten gefördert. Die rasche Einführung eines umfassenden Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetzes sowie die verstärkte Nutzung von Public Private Partnerships (PPP) werden ebenfalls dazu beitragen, die Wachstumsschwäche in Deutschland zu **überwinden** (S.12)
- 10) Neue, zukunftssträchtige Beschäftigungschancen eröffnen sich gerade in den wissens- und forschungsintensiven Industrie- und Dienstleistungsbereichen. Die Bundesregierung wird daher den Innovationsstandort Deutschland weiter ausbauen. Mit dem Ziel, bis 2010 3 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren, setzt sie auf das Wissen und die Kreativität der Menschen als den entscheidenden Standortfaktor für neue, wettbewerbsfähige Technologien und **Produkte**. Die Bundesregierung wird sich deshalb weiterhin intensiv für den Dialog mit Wissenschaftlern und innovativen Unternehmen einsetzen und diesen fördern (S.12)
- 11) **Angesichts der weltweit steigenden Nachfrage nach Energieträgern müssen daher Energieeffizienz und -produktivität** in Deutschland weiter deutlich gesteigert werden. Möglichst effizient funktionierende Energiemärkte sind daher für den Standort Deutschland ein entscheidender Wachstums- und **Wettbewerbsfaktor** (S.12)
- 12) Deutschland braucht einen Arbeitsmarkt, der allen Menschen Chancen eröffnet, für sich selbst und ihre Familien zu sorgen. Hierfür müssen die Voraussetzungen auch nach Umsetzung der „Agenda 2010“ weiter verbessert werden. Die Bundesregierung wird daher zusätzliche Anreize dafür schaffen, dass Arbeitgeber Arbeitsplätze bereitstellen und Arbeitnehmer Arbeitsplätze annehmen. Sie wird den Kündigungsschutz beschäftigungsfördernd weiterentwickeln, die Existenzgründungsförderung aus Arbeitslosigkeit umbauen und die Grundsicherung für Arbeitsuchende optimieren (S.12)

Kommentar [A145]: Sq.8: Auch in dieser Sequenz besteht kein großer Interpretationsspielraum was die Strategie zur Rückkehr auf einen nachhaltigen Wachstumspfad betrifft. Die Maßnahmen beziehen sich hauptsächlich auf strengere Subventions- und Steuerpolitik. Durch diese sollen finanzielle Mittel generiert werden. Interessant ist, dass die Deutschen Bürger wie hier beschrieben sollen stärker besteuert werden sollen, während ...

Kommentar [A146]: Sq.9: Die Bundesregierung strebt an die Wachstumsschwäche zu überwinden. Die beschriebenen Maßnahmen um dies zu erreichen sind unter anderem Investitionen in Höhe von 25 Milliarden Euro, etwa in Infrastruktur, Erhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen; sowie die stärkere Nutzung von Public Private Partnerships, also einer verstärkten Nutzung privater ...

Kommentar [A147]: Sq.10: Auch in dieser Sequenz ist wieder deutlich die zukunftsbezogene Sichtweise der Bundesregierung sichtbar. Die Wohlstands und Wachstumsstrategie wird auf die zukunftsfähigsten, vielversprechenden Industrie- und Dienstleistungsbereiche ausgerichtet. Es wird in Forschung, Entwicklung und den Innovationsstandort Deutschland mit 3% des Bruttoinlandsprodukts investiert. Dies geschieht aber primär ...

Kommentar [A148]: Sq.11: Energieeffizienz und -produktivität müssen laut Bundesregierung gesteigert werden. Die einzigen Gründe die dafür aufgeführt werden sind aber steigende Nachfrage nach Energieträgern und effiziente Energiemärkte als Wachstums- und Wettbewerbsfaktor. Wohlstand im Sinne von Umweltverträglichkeit/Lebensqualität o.ä. wird an dieser Stelle nicht ...

Kommentar [A149]: Sq.12: Für das Verständnis des Wohlstandsbegriffes ist es relevant, welche Wohlstandsdimensionen die Bundesregierung optimiert. Das Wort Wohlstand wird zwar nicht benutzt, aber in diesem Fall tritt das was ich in dieser Forschung unter Wohlstand verstehe als Wohlstand in dem Sinne auf, selbst für seine Familie sorgen zu können und die Grundsicherung für Arbeitssuchende zu erhalten. Dies ...

- 13) Darüber hinaus wird die Bundesregierung an Lösungen arbeiten, um die Beschäftigungschancen für gering qualifizierte Menschen zu erhöhen (S.12)
- 14) Niedrigere Sozialabgaben machen Arbeit in Deutschland wettbewerbsfähiger und helfen zudem insbesondere auch gering qualifizierten Menschen, einen ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz zu finden (S.13)
- 15) Die Bundesregierung wird dies mit einem wirtschaftspolitischen Dreiklang aus Sanieren, Reformieren und Investieren tun. Nur mit **einer konjunktur- und wachstumsgerechten Kombination** aller drei Felder werden Investoren und Verbraucher jenes Zukunftsvertrauen wieder gewinnen, das sowohl für die Stärkung der konjunkturellen Dynamik als auch für einen wieder höheren Wachstumspfad unerlässlich ist (S.16f)
- 16) [...] höhere Ausgaben für die Sozialversicherung und geringere Steuereinnahmen belasten die öffentlichen Haushalte zusätzlich. Mehr Wachstum ist daher eine ganz wesentliche Voraussetzung, um die aktuellen und zukünftigen wirtschafts- und finanzpolitischen Probleme in Deutschland zu meistern. Je höher die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ist, desto leichter lassen sich soziale Sicherheit, Chancen- und Generationengerechtigkeit sowie der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gleichzeitig verwirklichen. Diese sind ihrerseits wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften. **Notwendig ist daher ein neuer Wachstumsschub. Was dieser Zielsetzung dient, hat für die Bundesregierung wirtschaftspolitisch Vorrang (S.17)**
- 17) Aufbauend auf den bereits eingeleiteten Maßnahmen der Agenda 2010 (vgl. hierzu JWB 2005) wird sie alles daran setzen, dass in Deutschland wieder mehr investiert wird und die Innovationstätigkeit auf hohem Niveau verbleibt. Innovationen und Investitionen sind der Schlüssel für mehr Wachstum (S.17)
- 18) Soziale Marktwirtschaft gestalten bedeutet **deshalb die stetige Suche nach einer tragfähigen Balance zwischen ökonomischer Effizienz, sozialem Ausgleich und Umwelt- und Ressourcenschutz**. Die Bundesregierung trägt mit den von ihr geplanten strukturellen Reformmaßnahmen diesem anspruchsvollen Ziel Rechnung (S.18)
- 19) Wachstum und Beschäftigung gedeihen dann am besten, wenn bestehende positive Wechselwirkungen zwischen strukturellen Reformen und günstigen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen auf nationaler und europäischer Ebene genutzt werden können. Hierfür müssen Geld-, Lohn- und Finanzpolitik spannungsfrei zusammenwirken und mit strukturellen Reformen verzahnt sein (S.18)
- 20) Die Qualität der öffentlichen Finanzen zu verbessern und deren Tragfähigkeit zu erhöhen, sind entscheidende Beiträge auf dem Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung. Dies trägt zur Vertrauensbildung von Investoren und Konsumenten in einen handlungsfähigen Staat bei und erhöht den finanzpolitischen Handlungsspielraum (S.19)

Kommentar [A150]: Sq.13: Betrifft Wohlstand bezüglich der Dimension Soziales und Teilhabe. Mehr Teilhabe für gering qualifizierte Menschen wird versprochen, ohne das ein direktes wirtschaftliches Motiv hinter dieser Maßnahme kommuniziert wird.

Kommentar [A151]: Sq.14: Diese Sequenz könnte im Hinblick auf die Forschungsfrage so interpretiert werden, dass eine Priorisierung der Wirtschaftlichkeit vonstattengeht. Niedrige Sozialabgaben werden zuerst als ein Faktor beschrieben, der Deutschland wettbewerbsfähiger macht. Die Wettbewerbsfähigkeit hat für die Bundesregierung einen hohen Stellenwert. Doch das auch niedrige ...

Kommentar [A152]: Sq.15: Diese Sequenz hilft, sich dem Wachstumsbegriff der Bundesregierung anzunähern. In ihr wird angeschnitten, mit welcher Strategie der höhere Wachstumspfad der angestrebt wird, erreicht werde ...

Kommentar [A153]: Sq.16: Mehr Wachstum wird von der Bundesregierung nicht nur als wünschenswert angesehen, sondern als eine ganz wesentliche Voraussetzung, um die aktuellen und zukünftigen wirtschafts- und ...

Kommentar [A154]: Sq.17: In Bezug auf den Wachstumsbegriff der Bundesregierung wird in dieser Sequenz erneut deutlich, dass Innovationen und Investitionen für diese sehr zentral auf dem Weg zu mehr Wachstum sind. Innovationen ...

Kommentar [A155]: Sq.18: Die Bundesregierung spricht von einer tragfähigen Balance zwischen ökonomischer Effizienz, sozialem Ausgleich und Umwelt- und Ressourcenschutz. Es ist davon auszugehen, dass die Bezeichnung ...

Kommentar [A156]: Sq.19: In dieser Sequenz wird zunächst ausgesagt, dass für die Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung positive Wechselwirkungen zwischen strukturellen Reformen und günstigen gesamtwirtschaftlichen Bedingun ...

Kommentar [A157]: Sq.20: Diese Sequenz gibt ein Stück weit Aufschluss über das Verständnis von Wachstum, das die Bundesregierung hat. Entscheidende Beiträge auf dem Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung sind die Qualität der öffentlichen ...

- 21) Haushaltskonsolidierung kann jedoch nicht losgelöst von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erfolgen; zumal dann nicht, wenn man berücksichtigt, dass ein durchgreifender Konsolidierungskurs kurzfristig restriktiv und damit konjunkturdämpfend wirken könnte. Deshalb verbindet die Bundesregierung ihre Konsolidierungspolitik, die auf längere Sicht die Basis für ein dauerhaftes Wachstum verbessert, mit Maßnahmen (vgl. Tz 10 und Kasten 3), die bereits kurzfristig Impulse für eine verstärkte Wachstumsdynamik **geben** (S. 19)
- 22) **Mittelständische Unternehmen** haben ein hohes Innovationspotenzial, das durch die Stärkung der Investitionsfähigkeit in Innovationstätigkeit umgesetzt werden muss. Sie stellen rd. 70 % der Arbeitsplätze und 80 % der Ausbildungsplätze in Deutschland bereit. **Eine Belebung der Investitionstätigkeit** in diesem Sektor ist daher von besonderer Bedeutung. Die Bundesregierung wird – neben steuerlichen Maßnahmen - mit einer zielgerichteten Mittelstandspolitik die Wachstumskräfte mittelständischer Unternehmen unterstützen. Heute müssen kleine und mittlere Unternehmen etwa 4–6 % ihres Umsatzes für staatlich veranlasste Verwaltungskosten ausgeben. Weniger Bürokratie schafft daher neue Handlungsspielräume für kreative Unternehmen mit innovativen Ideen. Die Bundesregierung wird deshalb ein Mittelstandsentlastungsgesetz auf den Weg bringen, das zu einem Abbau bürokratischer Belastungen **führt** (S.22)
- 23) Damit sollen kurzfristig Anreize für neue, insbesondere zukunftssträchtige, technologieintensive Investitionen gesetzt werden, die das wirtschaftliche Wachstum stimulieren (26f)
- 24) In der Fähigkeit, innovativ zu sein und zu bleiben, liegt die Zukunft Deutschlands als einem hoch entwickelten Industrieland. **Nur dadurch kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft bei hohem Wohlstands-, Sozialleistungs- und Umweltschutzniveau aufrecht erhalten werden. Dies gilt umso mehr, als sich zunehmende Alterung und fortschreitender Bevölkerungsrückgang in Deutschland künftig in einem Fachkräftemangel niederschlagen und damit als Belastung für wirtschaftliches Wachstum erweisen könnten** (S. 27)
- 25) Die deutsche Wirtschaft muss besser sein als viele andere und zwar umso viel besser, wie sie teurer ist. Der zunehmenden internationalen Konkurrenz, vor allem im Bereich arbeitsintensiv hergestellter Produkte, kann die deutsche Wirtschaft nicht nur durch Einsparungen auf der Kostenseite begegnen. Im Wettbewerb um die niedrigsten Löhne kann und will Deutschland nicht mithalten. Stattdessen muss offensiv auf innovative und qualitativ hochwertige Produkte gesetzt werden. Dafür ist ein leistungsfähiges Forschungs- und Innovationssystem notwendig, das international wettbewerbsfähig ist. Eine Vielzahl empirischer Untersuchungen bestätigt den engen Zusammenhang zwischen FuE- Investitionen und Wirtschaftswachstum (S.27)
- 26) Die Bundesregierung setzt sich insgesamt für eine effiziente Ausgestaltung der Regional- und Strukturpolitik in der neuen Förderperiode 2007 bis 2013 ein. Bund und Länder bewerten alle Regionen nach aktuellen Regionalindikatoren, um das

Kommentar [A158]: Sq.21:

Ausführungen zu kurzfristigen und langfristigen Schritten hin zu einer verstärkten Wachstumsdynamik. Kombination aus Konsolidierungspolitik, die sich langfristig bezahlt machen und eine wichtige Grundlage für mehr Wachstum bilden soll und kurzfristigen Impulsen für mehr Wachstum. Wachstums- und Konjunkturpolitik werden im Einklang mit der notwendigen

Kommentar [A159]: Sq.22: Diese Sequenz ähnelt einigen der vorherigen und wird deshalb von mir eher knapp kommentiert. Da es ein Jahreswirtschaftsbericht ist, werden die Maßnahmen erklärt, die die Bundesregierung plant. Sie nimmt starken Bezug zum Innovationspotenzial mittelständischer Unternehmen und dazu, wie dieses Potenzial ausgeschöpft werden soll. Die

Kommentar [A160]: Sq.23: Die Bundesregierung will kurzfristige Anreize für Investitionen schaffen um das wirtschaftliche Wachstum zu stimulieren. Hauptmotivation hierfür ist erneut primär die Erhöhung des wirtschaftlichen Wachstums. Andere positive nebenfolgen dieser Investitionen werden in diesem Fall scheinbar nicht als erwähnenswert erachtet.

Kommentar [A161]: Sq.24: Die Fähigkeit innovativ zu sein wird von der Bundesregierung als zentraler, mehrfach verwendeter Faktor eingebracht. Das Problem der zunehmenden Alterung der Gesellschaft wird beschrieben und als Risiko für wirtschaftliches Wachstum eingestuft. Selbst an dieser Stelle liegt eine Wachstumsfokussierung vor. Weitere negative Folgen der Überalterung, die die Bevölkerung

Kommentar [A162]: Sq.25: Der erste Satz wird als gegeben hingestellt. Die deutsche Wirtschaft muss besser sein als viele andere - Keine andere Möglichkeit existiert laut Bundesregierung. Alternativen zum stetigen Drang nach wirtschaftlichen Überlegenheit gegenüber anderen Staaten wird kein Raum gelassen.

Zudem wird erneut die Wichtigkeit von innovativen Produkten

künftige Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) neu abzugrenzen. Auch die EU-Strukturfonds tragen dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit in den neuen und in den alten Ländern weiter zu verbessern. Die Förderung zielt darauf ab, die Attraktivität der Regionen zu steigern, Innovation und Unternehmergeist für mehr Wachstum zu fördern und zu mehr und besseren Arbeitsplätzen beizutragen (S. 30)

- 27) **Energiepolitik ist vor allem auch dem Wachstumsziel verpflichtet. Sie ist verzahnt mit der Industrie-, Außenwirtschafts-, Technologie- Mittelstands- sowie Umwelt- und Klimapolitik.** Nur eine jederzeit ausreichende, kostengünstige und umweltgerechte Energieversorgung zu international konkurrenzfähigen Preisen sichert Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland. Damit ist Energiepolitik auch Standortpolitik. Die Auswirkungen energiepolitischer Maßnahmen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft müssen beachtet werden (S. 30f)
- 28) **Die energiepolitischen Ziele Wirtschaftlichkeit/Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit sind gleichrangig – national und im europäischen Kontext.** Diese Balance zu halten, bleibt eine anspruchsvolle Aufgabe. Weltweite Nachfragesteigerungen nach Energie, steigende Importabhängigkeiten, Versorgungsstörungen, geopolitische Risiken und klimapolitische Anforderungen haben Auswirkungen auf die Energiepreise, insbesondere auf die Öl- und Gaspreise. Die Gleichrangigkeit der energiepolitischen Ziele und die hohe und auch weiter anwachsende deutsche **Importabhängigkeit von Energierohstoffen** erfordern zugleich die weitere Erhöhung der Energieeffizienz sowie die Gewährleistung eines ausgewogenen Energiemix unter Berücksichtigung eines steigenden Anteils erneuerbarer Energien. Dabei behalten die fossilen Energieträger Öl, Gas, Stein- und Braunkohle auch langfristig eine **dominierende Rolle**. Weitere Maßnahmen zur Verringerung der Importabhängigkeit, wie z. B. der verstärkte Einsatz der erneuerbaren Energien zur Wärmebereitstellung und im Bereich der Kraftstoffe, kommen hinzu (S. 31)
- 29) In der gegenwärtigen gesamtwirtschaftlichen Situation gilt es, die **Konsolidierung der öffentlichen Haushalte voranzubringen und zugleich die Weichen für mehr Wachstum und Beschäftigung** zu stellen. Mehr **Wirtschaftswachstum erleichtert es, öffentliche Haushalte solide zu finanzieren** und deren Solidität auf Dauer zu gewährleisten. Es lässt **mehr Arbeitsplätze entstehen, senkt die Ausgaben** für den Arbeitsmarkt und trägt damit auch zu einem steigenden Steueraufkommen bei. Die Bundesregierung wird deshalb in diesem Jahr konkrete Impulse zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung geben [...] Ein höheres Wirtschaftswachstum allein reicht allerdings nicht aus, um dauerhaft tragfähige öffentliche Finanzen zu sichern. Hierfür müssen die öffentlichen Haushalte auch strukturell konsolidiert und die chronischen Ungleichgewichte zwischen den laufenden Ausgaben und Einnahmen dauerhaft beseitigt werden (S. 37)

Kommentar [A163]: Sq.26: Auch in Bezug auf die regionale Ebene fördert die Bundesregierung Innovation und Unternehmergeist für mehr Wachstum und mehr und bessere Arbeitsplätze. Wachstum wird wieder eng mit steigenden Arbeitsplätzen verknüpft gesehen und es werden nicht nur mehr, sondern auch bessere Arbeitsplätze versprochen. Allerdings wird nicht weiter ausgeführt was genau mit besseren Arbeitsplätzen gemeint ist. Die Tatsache, dass Wachstum und Beschäftigung beinahe äquivalent benutzt werden impliziert, dass beide auch in der Realität zwingend gepaart auftreten. Also ...

Kommentar [A164]: Sq.27: Der erste Satz im Kapitel zur Energiepolitik betont, dass Energiepolitik vor allem auch dem Wachstumsziel verpflichtet ist. Energiepolitik hängt also auf jeden Fall mit dem Wachstumsziel zusammen und ist diesem je nach Auslegung dieser Aussage eventuell sogar untergeordnet. Erneut wird die Wichtigkeit des Wachstumszieles deutlich. Energiepolitische Maßnahmen werden nur dann ergriffen, wenn sie mit dem Wachstumsziel vereinbar sind. Das heißt gleichzeitig, dass ...

Kommentar [A165]: Sq.28: Wirtschaftlichkeit/Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit sind laut Bundesregierung gleichrangig. Sie müssen miteinander vereinbart werden und nehmen dabei eine von der Wichtigkeit homogene Stellung ein. Zumindest die Energiepolitischen Ziele betreffend sind Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit/Wettbewerbsfähigkeit gleichrangig. Das bedeutet aber nicht, dass gesamtwirtschaftspolitisch ...

Kommentar [A166]: Sq.29: Auch diese Sequenz ähnelt einigen vorherigen. Manche Punkt die in dieser Sequenz auftauchen wurden schon mehrfach erwähnt und scheinen damit eine gewisse Dringlichkeit für die Bundesregierung zu haben: Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Situation will die Bundesregierung neben dem Streben nach mehr Wachstum die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vorantreiben. Letzteres wurde durch die angespannte derzeitige Haushaltsla ...

- 30) Effiziente Kapital- und Kreditmärkte sind wesentlich für **die bestmögliche Versorgung der Wirtschaft mit Kapital und damit für Wachstum und Beschäftigung**. Aus diesem Grund fördert die Bundesregierung den Finanzstandort Deutschland. **Vor allem für mittelständische Unternehmen** sollen die Rahmenbedingungen am Finanzplatz Deutschland weiter verbessert werden (S.39)
- 31) **Wachstum und Beschäftigung hängen sowohl von der Verfügbarkeit hoch qualifizierter Fachkräfte als auch von der Fähigkeit der Unternehmen** ab, neue Markttrends und technologische Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und aufzugreifen, um sich **mit neuen Produkten und Dienstleistungen Wettbewerbsvorteile** zu verschaffen (S.40)
- 32) Ein **hohes Bildungs- und Forschungsniveau** ist eine **wesentliche Voraussetzung** für die **internationale Wettbewerbsfähigkeit** der deutschen Wirtschaft **und den Wohlstand** auch in Zukunft. Die Bundesregierung wird daher in dieser Legislaturperiode einen Schwerpunkt in der Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik setzen (S.40f)
- 33) Wir setzen bei all diesen Maßnahmen auf vorhandene Stärken: **vor allem gut ausgebildete Arbeitnehmer, wettbewerbsfähige Unternehmen und auf den sozialen Frieden**. Auf dieser Grundlage können wir aufbauen. Ich bin überzeugt, dass wir allen Grund haben, vertrauensvoll in die **Zukunft zu blicken**. Wirtschaften in Deutschland hat Perspektive (S.5)
- 34) Mit einem Dreiklang aus Sanieren, Reformieren und Investieren setzt die Bundesregierung hierfür ein umfassendes Paket an Maßnahmen auf verschiedenen Handlungsfeldern um. Sie wird sich dabei am **Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft** orientieren. **Die Soziale Marktwirtschaft ist der geeignete Rahmen**, um Kreativität, Leistung und Eigeninitiative im Interesse von wirtschaftlicher Effizienz, sozialer Sicherheit und Umwelt- und Ressourcenschutz zu fördern (S.11)
- 35) In einer Zeit sich rasant ändernder weltwirtschaftlicher Bedingungen müssen wirtschaftliche Strukturen flexibel und Verfahrensweisen möglichst unbürokratisch sein, um international bestehen zu können. Nur so lassen sich auch im Inland zusätzliche Beschäftigungs-, Innovations- und Investitionspotenziale erschließen. Hinzu kommen muss ein gesamtwirtschaftlich günstiges Umfeld, auf nationaler und europäischer Ebene. Nur bei einer auf Stabilität und Wachstum ausgerichteten makroökonomischen Politik können Reformen ihre volle Wirkung entfalten (S.11)
- 36) Die Bundesregierung baut auf die vorhandenen Stärken des Standortes Deutschland: Deutsche Unternehmen sind im internationalen Wettbewerb überaus wettbewerbsfähig und erfolgreich. Deutschland gehört, gemessen an den Patentanmeldungen, zur technologischen Spitzengruppe in Europa. Die deutsche Wirtschaft verfügt über hervorragend ausgebildete Fachkräfte. Die Infrastruktur in Deutschland ist im internationalen Vergleich äußerst leistungsfähig und der soziale Frieden in Deutschland ist hoch. Alles dies trägt dazu bei, dass deutsche Unternehmen weltweit zu den führenden Exporteuren zählen. Über den Außenhandel wird ein

Kommentar [A167]: Sq.30: In dieser Sequenz wird in Bezug auf die Leitfrage erneut deutlich, dass Wachstum und Beschäftigung von der Bundesregierung als eng miteinander verknüpft angesehen werden. Wachstum und Beschäftigung wird fast immer gemeinsam benutzt, vielleicht um Wachstum einen sozialpolitischen Anstrich zu verpassen. Zusätzlich dazu wird in ...

Kommentar [A168]: Sq.31: Bezüglich des Wachstumsbegriffes wird in dieser Sequenz deutlich kommuniziert, dass Wachstum und Beschäftigung von einer Verfügbarkeit hoch qualifizierter Fachkräfte und den Fähigkeiten von Unternehmen abhängen, geschicktes Verhalten auf dem Markt zu zeigen und Wettbewerbsvorteile zu erlangen. Das Ziel ist es, sich möglichst breite ...

Kommentar [A169]: Sq.32: Die Bundesregierung gibt an, sich in dieser Legislaturperiode auch schwerpunktmäßig in den Bereichen Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik einzusetzen. Wohlstand kann laut der Aussage in dieser Sequenz nur erreicht werden, wenn das Vorhandensein eines hohen Bildungs- und Forschungsniveaus ur ...

Kommentar [A170]: Sq.33: Die folgenden Sequenzen werden nicht gänzlich interpretiert, sondern nur in Bezug auf neue, forschungsrelevante Erkenntnisse. Sie wurden zunächst nicht berücksichtigt, da sie sich nur in Teilen auf den Wachstums- und Wohlstandsbegriff beziehen nach denen in der Leitfrage gefragt wurde. Da in der Leitfrage aber auch danach ...

Kommentar [A171]: Sq.34: Der gleiche Dreiklang der schon in einigen oberen Sequenzen genauer thematisiert wurde wird an dieser Stelle von mir nicht weiter behandelt. Das Leitbild der Bundesregierung ist die Soziale Marktwirtschaft. Der Begriff Leitbild impliziert, dass die Soziale Marktwirtschaft übergeordnet ist. Sie ist das Leitbild und die ...

Kommentar [A172]: Sq.35: Wirtschaftliche Strukturen müssen flexibel und Verfahrensweisen unbürokratisch sein um international bestehen zu können, da nur so neue Innovations- und Investitionspotenziale erschlossen werden können. Diesen kommt, wie bereits mehrmals zuvor in diesem Jahreswirtschaftsbericht erwähnt, ...

wesentlicher Anteil am Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftet. Die Bundesregierung unterstützt die deutsche Exportwirtschaft, indem sie sich europa- und weltweit für offene Märkte und Wettbewerb einsetzt (S.11)

- 37) Wichtig für die nachhaltige Rückkehr auf einen höheren Wachstumspfad sind gesunde und tragfähige Staatsfinanzen. In diesem Jahr wird allerdings die Nettokreditaufnahme des Bundes voraussichtlich höher sein als die Summe der Investitionen. Mit einer Verstärkung des Konsolidierungskurses im Jahr 2007 werden die öffentliche Neuverschuldung wieder zurückgeführt und die Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes eingehalten (S.11)
- 38) Damit inländische und ausländische Unternehmen in Deutschland mehr investieren und neue Arbeitsplätze schaffen, wird das Steuersystem modernisiert und international **wettbewerbsfähig ausgestaltet**. Die steuerlichen Rahmenbedingungen insbesondere für Unternehmen werden daher weiter verbessert (S.12)
- 39) Zu Beginn des Jahres 2006 befindet sich die **deutsche Wirtschaft im Aufwind**. Getragen von der hohen Leistungsfähigkeit deutscher Unternehmen, die insbesondere beachtliche Erfolge im Ausland verzeichnen, und einer sich allmählich belebenden Binnenwirtschaft, wird sich die konjunkturelle Erholung im laufenden Jahr fortsetzen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird im Jahresdurchschnitt um rd. 1½%, gerechnet 1,4 %, zunehmen, nach 0,9 % im vergangenen Jahr (S.13)
- 40) Die **weltwirtschaftlichen Wachstumsperspektiven** bleiben nach Einschätzung internationaler Organisationen in diesem Jahr weiterhin ähnlich dynamisch wie im Vorjahr. Die globale Wirtschaftsleistung wird mit einem Anstieg um real rd. 4¼% anhaltend hoch bleiben, die Zunahme des Welthandels mit 7½ bis 8 % dürfte sich sogar etwas verstärken. Von den günstigen außenwirtschaftlichen Bedingungen wird die deutsche Wirtschaft auch in diesem Jahr erheblich profitieren. Der Überschuss in der Leistungsbilanz hat im abgelaufenen Jahr aller Voraussicht nach einen neuen Höchststand erreicht (S.14)
- 41) **Die konjunkturelle Erholung in Deutschland** hat sich im vergangenen Jahr fortgesetzt. Die wirtschaftliche Dynamik, die nach der vorübergehend ruhigeren Gangart im zweiten Quartal 2005 im dritten Quartal wieder spürbar anzog, dürfte im Verlauf dieses Jahres anhalten. Zum Wachstum hat neben dem anhaltend lebhaften Auslandsgeschäft auch eine leichte Belebung der Binnennachfrage beigetragen. Insbesondere die Investitionen in Ausrüstungen haben sich deutlich belebt (S.15)
- 42) Gleichwohl bleibt der private Konsum noch schwach. **Die bekannten Risiken**, die vor allem aus der Entwicklung der Ölpreise und den weltwirtschaftlichen Ungleichgewichten resultieren, bestehen allerdings fort (S.15)
- 43) Reformieren, investieren, Zukunft gestalten – Politik für mehr Arbeit in Deutschland: Das ist die wirtschaftspolitische Strategie der Bundesregierung für die laufende Legislaturperiode. Sie baut auf die Stärken und Potenziale des Standortes Deutschland: seine national leistungsfähigen und international äußerst wettbewerbsfähigen Unternehmen – Deutschland ist Weltmeister im Export von

Kommentar [A173]: Sq.36: Diese Sequenz hebt die Stärken Deutschlands heraus. Einige dieser Elemente betreffen die Wirtschaft und das Wachstumspotenzial, andere den Wohlstand.

Ziel dieser Sequenz ist es vermutlich, Zuversicht und Zukunftsvertrauen auszustrahlen und damit auch weiter zu vermitteln. Die hochausgebildeten Fachkräfte und die Patentanmeldungen werden so explizit hervorgehoben, da diese für neue Innovationen sorgen, die wiederum Wachstumspotential beinhalten.

Zudem wird die Wichtigkeit von Außenhandel und Exportwirtschaft für die Wachstumsstärke angedeutet. K131: Aus Sicht der Bundesregierung sind offene Märkte, weltweiter Handel für die deutsche Exportwirtschaft und damit für das Erreichen eines stärkeren Wachstums erstrebenswert

Kommentar [A174]: Sq.37: In dieser Sequenz wird über die derzeitige angespannte Situation berichtet und der Plan eines Konsolidierungskurses ausbreitet, um die öffentliche Neuverschuldung zu bekämpfen

Bezug zu den Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes, der die Maßnahmen lenkt und beeinflusst

Kommentar [A175]: Sq.41: Die gegenwärtige Wirtschaftslage wird in dieser und auch in den vorigen Sequenzen ausführlich beschrieben, um die Wirtschaftspolitik daran angepasst ausbuchstabieren zu können.

Waren–, seine gut ausgebildeten Fachkräfte, den hohen sozialen Frieden, die im internationalen Vergleich moderne und leistungsfähige Infrastruktur und seine technologisch hoch innovativen Unternehmen – gemessen an der Zahl der Patentanmeldungen gehört Deutschland im europäischen Vergleich zur Spitzengruppe. Dieses Potenzial gilt es jetzt verstärkt zu nutzen, damit sich die Exporterfolge der deutschen Wirtschaft auch in einer deutlichen Belebung der Binnennachfrage und hierbei insbesondere der Investitionstätigkeit niederschlagen (S.16)

- 44) Wenn sich die konjunkturelle Erholung auch auf eine stärkere Binnendynamik stützen kann, gewinnt der Aufschwung an Breite und Tiefe. Dann entsteht auch wieder mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Politik kann keine Arbeitsplätze schaffen, aber sie kann die Rahmenbedingungen so setzen, dass wieder mehr Arbeitsplätze entstehen können (S.16)
- 45) Die deutsche Wirtschaft ist stärker als andere Länder durch eine **ausgesprochene Wachstumsschwäche gekennzeichnet. Die Arbeitslosigkeit verharrt auf hohem Niveau.** Dies und der **spürbare Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung führen zu weiteren Beitragsausfällen in den sozialen Sicherungssystemen und tragen damit zu deren erheblichen finanziellen Problemen** bei. Höhere Ausgaben für die Sozialversicherung und geringere Steuereinnahmen belasten die öffentlichen Haushalte zusätzlich (S.17)
- 46) Fundament hierfür ist und bleibt die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist der geeignete Rahmen, um Kreativität, Leistung und Eigeninitiative zu fördern und schafft damit zugleich die materielle Basis für soziale Sicherheit und Nachhaltigkeit (S.17)
- 47) **Deutschland ist eingebunden in ein zunehmend arbeitsteiligeres Weltwirtschaftssystem.** Deutsche Unternehmen stehen nicht mehr nur im Wettbewerb mit Unternehmen in Westeuropa und den USA. Durch die dynamische Wirtschaftsentwicklung in Asien sowie die EU-Osterweiterung sind starke Wettbewerber wie China und Indien, aber auch unsere unmittelbaren osteuropäischen Nachbarländer hinzugekommen. Der Standort Deutschland konkurriert – etwa mit seinem Steuersystem, seiner Infrastruktur sowie der Funktionsfähigkeit seines Bildungswesens, seines Arbeitsmarktes und seiner sozialen Sicherungssysteme – mit attraktiven Standorten weltweit (S.17f)
- 48) Die Erwerbsbevölkerung in Deutschland wird schrumpfen, und das Verhältnis zwischen Alt und Jung wird sich drastisch verschieben. Diesen veränderten Bedingungen muss bei der Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft Rechnung getragen werden, wenn der wirtschaftliche Wohlstand auf hohem Niveau gehalten sowie die öffentlichen Haushalte und leistungsfähigen sozialen Sicherungssysteme auf eine tragfähige finanzielle Basis gestellt werden sollen (S.18)
- 49) Wesentliche Bedingung dafür ist ein gesamtwirtschaftlich günstiges Umfeld. Wachstum und Beschäftigung gedeihen dann am besten, wenn bestehende positive Wechselwirkungen zwischen strukturellen Reformen und günstigen

Kommentar [A176]: Sq.43: Die bereits in den anderen Sequenzen beschriebenen Bausteine der wirtschaftspolitischen Strategie lautet „Reformieren, Investieren, Zukunft gestalten – Politik für mehr Arbeit in Deutschland“. Das Ziel der Bundesregierung ist es also mehr Arbeit zu erreichen. Und die einzige Möglichkeit mehr Arbeit zu erreichen wird darin gesehen, ein höheres Wachstum anzustreben. Das gegenwärtige wirtschaftliche aber auch soziale Potential wird trotz einiger Missstände als sehr hoch beschrieben. Dieses soll genutzt werden damit mit mehr Innovationen und Investitionen ein Wachstumsschub erreicht wird.

Kommentar [A177]: Sq.44: Diese Sequenz ist eine der wenigen, in der die Bundesregierung zumindest annähernd zugibt, dass sie nicht vollständig ohne Risiko zielstrebig mehr Arbeitsplätze schaffen kann. Vielmehr ist die Politik nur in der Lage günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, damit diese Entwicklung sehr wahrscheinlich eintritt. Dies heißt aber auch, dass die automatische Annahme, dass die Maßnahmen zu mehr Wachstum und Beschäftigung ...

Kommentar [A178]: Sq.45: Die Bundesregierung beschreibt die gegenwärtige Lage als dramatisch und misslich. Ziel ist es sehr wahrscheinlich darauf aufbauend weiter Maßnahmen zu legitimieren und einzuleiten.

Kommentar [A179]: Sq.46: Die Soziale Marktwirtschaft wird als Fundament beschrieben. Also als das, auf dem alles andere aufbaut. Die Begriffe Fundament und Rahmen, die für die soziale Marktwirtschaft verwendet werden, zeigen, dass diese eine stark übergeordnete Rolle bei der Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik einnimmt.

Kommentar [A180]: Sq.48: Die übergeordnete Rahmung die durch die deutsche Wirtschaftspolitik ausgestaltet werden soll ist die der sozialen Marktwirtschaft. Diese Rahmenbedingung und das Vorhandensein des sich verschiebenden Verhältnisses zwischen jung und alt, das eine Krise heraufbeschwören könnte, beeinflussen die wirtschaftlichen Maßnahmen der Bundesregierung ...

gesamtwirtschaftlichen Bedingungen auf nationaler und europäischer Ebene genutzt werden können. Hierfür müssen Geld-, Lohn- und Finanzpolitik spannungsfrei zusammenwirken und mit strukturellen Reformen verzahnt sein (S.18)

- 50) Wichtige Rahmendaten für die wirtschaftliche Entwicklung werden dabei nicht mehr national, sondern zunehmend durch die anderen Mitgliedstaaten und die europäische Ebene insgesamt bestimmt. Europapolitik ist insoweit auch Innenpolitik. Mit der im Jahr 2000 initiierten „Lissabon-Strategie“ hat der Europäische Rat die Antwort Europas auf Globalisierung und demografischen Wandel formuliert. Die Eckpfeiler der ursprünglichen Strategie sind flexible und wettbewerbsfähige Güter-, Finanz- und Arbeitsmärkte, ein hoher Bildungsstand, Investitionen in Forschung und Entwicklung, Synergien zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz sowie der soziale Zusammenhalt. Sie sind eine wesentliche Voraussetzung für ein kräftiges nachhaltiges Wachstum des Produktionspotenzials der EU ebenso wie für das der Mitgliedstaaten, für einen höheren Lebensstandard und eine bessere Lebensqualität (S.18)
- 51) Die Bundesregierung unterstützt die im Frühjahr 2005 auf Wachstum und Beschäftigung neu orientierte Lissabon-Strategie nachdrücklich (vgl. Tz 96). Das kürzlich vorgelegte Nationale Reformprogramm „Innovationen forcieren – Sicherheit im Wandel fördern – Deutsche Einheit vollenden“ leistet einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Lissabon-Ziele in der Europäischen Union (S.18)
- 52) Mit der Einführung des Euro werden wichtige makroökonomische Rahmenbedingungen auf der europäischen Ebene festgelegt. Dies gilt insbesondere für die Geldpolitik. In Artikel 105 (1) EG-Vertrag heißt es: „Das vorrangige Ziel des ESZB ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten. Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Zieles der Preisstabilität möglich ist, unterstützt das ESZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft (...)“, um u. a. zu einem beständigen Wachstum und einem hohen Beschäftigungsniveau beizutragen (S. 18)
- 53) Die Wiederherstellung solider Staatsfinanzen ist darüber hinaus eine wichtige Grundlage für mehr Generationengerechtigkeit. Bereits heute wendet der Bund rd. 15 % seiner gesamten Ausgaben allein für die Bedienung der Zinslast auf. Rund die Hälfte der Ausgaben fließt in die soziale Sicherung und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Insgesamt steht nur rd. ein Drittel des gesamten Bundeshaushaltes für Investitionen sowie für andere Staatsaufgaben zur Verfügung. Angesichts ebenfalls schwieriger Haushaltssituationen bei den anderen Gebietskörperschaften wird es daher nur durch erhebliche Einsparungen und Umschichtungen möglich sein, jene finanzpolitischen Handlungsspielräume zurück zu gewinnen, die für die Finanzierung wichtiger Zukunftsaufgaben notwendig sind (S.19)
- 54) Ohne Steuererhöhungen, welche die Lasten gerecht auf alle Gruppen der Gesellschaft verteilen, wird allerdings eine Sanierung der öffentlichen Haushalte nicht auskommen (S.19)

Kommentar [A181]: Sq.49: Die Bundesregierung bezieht ihre Wirtschaftspolitik auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Reformen sollen geschickt mit der wirtschaftlichen Entwicklung verknüpft werden, damit Wachstum und Beschäftigung sich fortentwickeln können. Die Strategie der Bundesregierung ist stark reformorientiert, orientiert sich an ...

Kommentar [A182]: Sq.50: Die Forschungsfrage fragt auch nach Einflüssen auf die Deutsche Wirtschaftspolitik, bzw. die Sichtweise von Wachstum und Wohlstand. Im ersten Satz wird bereits einer dieser Einflussfaktoren thematisiert: Europapolitik ist insoweit auch Innenpolitik. Dieser Satz alleine macht schon deutlich, welchen ...

Kommentar [A183]: Sq.51: Die Lissabon-Strategie, die in Sq.50 und Kommentar schon behandelt wurde und die auf Wachstum und Beschäftigung ausgelegt ist, wird von der Bundesregierung unterstützt. Dies ist angesichts der ähnlichen Schwerpunkte der deutschen Bundesregierung und dieses Vertrages zwar keine Überraschung, aber es ...

Kommentar [A184]: Sq.52: Eine weitere Maßnahme die den wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung prägend mitbeeinflusst ist die gemeinsame Währung, der Euro. Mit der Einführung des Euro wurden wie in der Sequenz geschildert makroökonomische Rahmendaten konstituiert. Diese selbst knüpft wie ...

Kommentar [A185]: Sq.53: **Gegenwärtige Missstände** in Bezug auf die Staatsfinanzen und die Haushaltssituation bestimmter Gebietskörperschaften werden ausgeführt und sollen behoben unter anderem mit Hilfe der Haushaltskonsolidierung behoben werden. Die Bundesregierung handelt also wegen der gegenwärtigen ...

Kommentar [A186]: Sq.54: Die gerechtere Verteilung von Steuern, falls sie denn wirklich ehrlich angestrebt werden sollte und alle Menschen ihrem Einkommen entsprechend besteuert, erhöht möglicherweise die Verteilungsgerechtigkeit von Kapital in der Gesellschaft. Die Verteilungsgerechtigkeit trägt ...

- 55) Der Konsolidierungsdruck ist allerdings auch kurzfristig groß. Das gesamtstaatliche Defizit lag nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2005 bei 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts. Die strukturelle Lücke zwischen laufenden Ausgaben und Einnahmen im Bundeshaushalt erfordert allein zur Einhaltung der verfassungsrechtlichen Verschuldungsgrenze nach Art. 115 GG eine Konsolidierung von jährlich rd. 35 Mrd. € (S.19)
- 56) Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, seitens der Finanzpolitik auch wachstumspolitische Impulse zu flankieren, wird es trotz der eingeleiteten strukturellen Konsolidierungsschritte äußerst schwierig sein, die Maastricht-Kriterien in diesem Jahr einzuhalten (S.19)
- 57) Alle Maßnahmen des Koalitionsvertrages stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Die Bundesregierung intensiviert den Konsolidierungskurs, um im Jahr 2007 die Regelgrenze des Art. 115 GG wieder zu unterschreiten. Darüber hinaus soll auch die 3-Prozent-Defizitgrenze des Maastricht-Vertrages in 2007 wieder eingehalten werden. Auch in den Folgejahren wird die Bundesregierung am Konsolidierungskurs festhalten (S.19)
- 58) In einer Zeit raschen weltwirtschaftlichen Wandels müssen sich nicht nur Unternehmen, sondern auch staatliche Stellen anpassen und zeitnah, effizient und transparent entscheiden können. Handlungsblockaden innerhalb des politischen Systems durch verbesserte staatliche Entscheidungsstrukturen und entflochtene föderale Strukturen abzubauen, ist daher eine entscheidende Voraussetzung, um den steigenden Anforderungen an die Handlungs- und damit Reformfähigkeit eines bundesstaatlichen Systems im europäischen Binnenmarkt und angesichts der Globalisierung zu entsprechen (S.20f)
- 59) Eine der wichtigsten Voraussetzungen für Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum ist ein international wettbewerbsfähiger und effizienter „Finanzplatz Deutschland“ (S.22)
- 60) Die Bundesregierung hat die Stärkung des Finanzstandortes Deutschland und die Vereinfachung seines Regelwerkes zu einer zentralen Aufgabe gemacht. Sie ist in den letzten Jahren – so der Rat – mit diversen Gesetzesinitiativen und der Umsetzung wichtiger EU-Richtlinien bereits Schritte in die richtige Richtung gegangen (S.22)
- 61) In Deutschland sind über 4,5 Mio. Menschen arbeitslos und allein in den letzten drei Jahren sind rd. 1,5 Mio. sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren gegangen. Angesichts dieser dramatischen Entwicklung zählt der Abbau der Arbeitslosigkeit nach wie vor zu den vordringlichsten Aufgaben der Bundesregierung. Sowohl die zunehmende Internationalisierung der deutschen Wirtschaft, die wachsende Konkurrenz leistungsstarker Unternehmen weltweit sowie die schrumpfende Zahl an jungen Erwerbstätigen erfordern auch auf dem Arbeitsmarkt weitere strukturelle Anpassungen (S.22f)

Kommentar [A187]: Sq.55: Hier erfolgt ein Bezug auf die prekäre gegenwärtige Situation mit vergleichsweise hohem gesamtstaatlichen Defizit und einer strukturellen Lücke zwischen laufenden Ausgaben und Einnahmen. Diese verfolgt das Ziel, die Konsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung zu legitimieren und die Notwendigkeit eines Wachstumskurses, der laut Bundesregierung in Kombination mit der Konsolidierung sehr bald zu einer stark verbesserten wirtschaftlichen Lage führen könnte,

Kommentar [A188]: Sq.56: Weitere EU-Kriterien bzw. Richtlinien, die den Kurs der Deutschen Wirtschaftspolitik beeinflussen sind die Maastricht Kriterien: Diese sind auf EU-Ebene festgelegte Kriterien bezüglich Preisniveau, Defizit, Schuldenstand u.a.. (Vgl.: <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel...>)

Kommentar [A189]: 57: Neben der erneuten Erwähnung des Maastricht-Vertrages als wichtige Einflussgröße auf die Wirtschaftspolitik, wird erneut auch die Regelgrenze aus Artikel 115 des Grundgesetzes erwähnt. Diese beiden äußeren Einflussgrößen bestimmen die Richtung der deutschen Wirtschaftspolitik in gewisser Weise mit.

Kommentar [A190]: Sq.58: Hier bezieht sich die Bundesregierung auf die Globalisierung und den wirtschaftlichen Wandel, der eine wichtige Rolle bei der Wachstumsstrategie spielt und laut Bundesregierung verschiedene Anforderungen stelle und Maßnahmen erfordere

Kommentar [A191]: Sq.60: Sichtbarer Einfluss der EU auf die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung

Kommentar [A192]: Sq.61: Die kritische Lage des Arbeitsmarktes wird an dieser Stelle auf dramatische Weise beschrieben. Ziel dieser Dramatisierung ist den Handlungsbedarf zu unterstreichen. Unter anderem beinhaltet dieser von der Bundesregierung angeprangerte Missstand Handlungsbedarf im Abbau von Arbeitslosigkeit, die die soziale

- 62) Überall dort, wo Fehlentwicklungen festgestellt werden, muss nachjustiert werden. Schließlich wird die Bundesregierung nach Wegen suchen, um die Beschäftigungschancen für gering qualifizierte Menschen zu verbessern (S.23f)
- 63) Die Bundesregierung wird das Steuersystem in Deutschland weiter modernisieren und international wettbewerbsfähiger machen. Die Bereitschaft von inländischen und ausländischen Unternehmen, in Deutschland zu investieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen, hängt davon ab, wie attraktiv die Investitionsbedingungen am Standort Deutschland sind (S.25)
- 64) Der Wettbewerbsdruck wächst auch auf den weltweiten Technologiemarkten. Neue Wettbewerber treten hinzu. So steht China jetzt weltweit auf Rang 3 hinsichtlich des Forschungsvolumens; allein der von der OECD gemeldete Zuwachs an Forschern in China zwischen 1997 und 2004 übersteigt die Gesamtzahl der in Deutschland beschäftigten Forscher (S.27)
- 65) Beim Anteil der Forscher an allen Erwerbstätigen ist Deutschland deutlich hinter wichtige Wettbewerbsländer zurückgefallen. Die Erfolge Deutschlands im internationalen Technologiewettbewerb, die sich in Patentanmeldungen und Exportanteilen bei Technologiegütern ausdrücken, werden durch eine hohe Effizienz des deutschen Forschungssystems erarbeitet. Für Deutschland gilt es, bei Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) wieder Anschluss zu finden (S.27)
- 66) Der Strukturwandel hin zu wissens- und forschungsintensiven Wirtschaftszweigen lässt den Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften kontinuierlich steigen. Investitionen in Bildung werden deshalb immer bedeutsamer. Insgesamt ist ein Anstieg der Akademikerbeschäftigung zu beobachten, während alle anderen Qualifikationsgruppen Beschäftigungsverluste hinnehmen müssen. Die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes habe sich an eine steigende Zahl hoch qualifizierter Berufseinsteiger angepasst, stellt der Rat fest (JG Tz 195). Arbeitslosigkeit betrifft vor allem Geringqualifizierte und Menschen, deren Ausbildungskapital im Strukturwandel entwertet wurde. Dem lebenslangen Lernen kommt deshalb eine wachsende Bedeutung zu (S.29)
- 67) Der deutsche Bildungsvorsprung schwindet. Erschwerend kommt hinzu, dass junge, besser ausgebildete Generationen in Deutschland aufgrund der niedrigeren Geburtenrate dünner besetzt sind als in anderen Ländern. Die demografische Entwicklung betrifft damit auch das künftige Angebot an Hochqualifizierten. Deutschland, das machen auch die Ergebnisse der PISA-Studie deutlich, muss verstärkt in die Ausbildung junger Menschen investieren, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Es gilt, alle Talente bestmöglich zu fördern. Dazu gehört auch, den Anteil hoch qualifizierter Absolventen aus Hochschulen und dem dualen Ausbildungssystem zu erhöhen (S.30)
- 68) Als Konsequenz verkürzter Schulzeiten in einer Reihe von Ländern sowie der demografischen Entwicklung erwartet die Kultusministerkonferenz für eine begrenzte Zahl von Jahren stark steigende Studierendenzahlen. Die Bundesregierung

Kommentar [A193]: Sq.62: Überall (!) wo Fehlentwicklungen festgestellt werden gilt es laut Bundesregierung nachzubessern. Das zeigt die Entschlossenheit der Bundesregierung alle Fehlentwicklungen und Missstände egal welcher Art zu bekämpfen. Hier wirkt es so, als wäre es nicht nur eine wirtschaftliche, sondern sogar eine intrinsische soziale Motivation der Bundesregierung, die hinter dieser Sequenz steht. Alle Fehlentwicklungen müssen mit entsprechenden Nachjustierungen bekämpft werden. Allerdings relativiert sich das gesagte, wenn in sehr vielen anderen Sequenzen klar wird, dass diese Fehlentwicklungen vor allem dann bekämpft werden, wenn sie in irgendeiner Weise eine Bedrohung für das zukünftige Wachstumsstreben darstellen.

Kommentar [A194]: Sq.65: Der Anteil von Forschern und Patentanmeldungen hängt unter anderem vom Bildungsgrad ab. Die Wettbewerbsfähigkeit in diesen Bereichen und damit auch die Notwendigkeit von Bildung und hoch ausgebildeten Arbeitskräften sind wichtige Elemente auf dem Weg zu einem Wachstumsschub

Kommentar [A195]: Sq.66: Die derzeitige wirtschaftliche Situation bestimmt die Wirtschaftspolitik mit. In dieser Sequenz ist es der beschriebene Strukturwandel, der bestimmte Reaktionen verlangt.

Diese Reaktionen beziehen sich auf Investitionen in Bildung und die Wiedereinführung von Geringqualifizierten in den Arbeitsmarkt.

Bildung und Investitionen haben einen wichtigen Anteil am Wachstumsstreben, während die soziale Wohlstandsdimension Teilhabe an Bildung nach den Bemühungen der Bundesregierung möglichst vielen Menschen zuteil werden soll. Dies geschieht, um die Zahl der Geringqualifizierten zu senken und ...

Kommentar [A196]: Sq.67: Betrifft Wohlstandsdimension Soziales und Teilhabe. Unter anderem wird mehr Teilhabe an Bildung forciert. Allerdings liegt hier der Fokus klar auf Talenten, die der Wirtschaft potenziell helfen können und damit verbunden auf dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit

betrachtet diese Entwicklung als Chance, die auch mit Blick auf einen mittel- und langfristig prognostizierten Mangel an Fachkräften in Deutschland genutzt werden muss. Deshalb hält sie am Ziel fest, mindestens 40 % eines Altersjahrgangs für ein Hochschulstudium zu gewinnen. Die Hochschulen müssen in die Lage versetzt werden, in wachsendem Umfang den Nachwuchs für die Wissens-gesellschaft zu qualifizieren und ihrer zentralen Rolle an der Schnittstelle zwischen Bildung, Forschung und Innovation gerecht zu werden (S.30)

69) Wie in keinem anderen Land vergleichbarer Größe sind deutsche Unternehmen in die internationale Arbeitsteilung eingebunden. Jeder fünfte Arbeitsplatz in Deutschland hängt davon ab, dass deutsche Produkte und Leistungen sich auf den Weltmärkten durchsetzen. Kreativität, Dynamik und Leistung haben Deutschland in die Spitzengruppe der führenden Industrienationen gebracht. Die Bundesregierung setzt sich daher nicht nur in Europa, sondern auch weltweit für offene Märkte und Wettbewerb ein (S.31)

70) Deutschlands Bevölkerung altert und wird auf lange Sicht schrumpfen. Ausgangspunkt für diese Entwicklung ist der schon Ende der 60er Jahre einsetzende starke Rückgang der Geburtenrate. Seit etwa 30 Jahren liegt diese nunmehr mit etwa 1,4 Kindern pro Frau weit unter der Rate in Höhe von 2,1, die ohne Nettozuwanderung für einen gleich bleibenden Bestand der Bevölkerungszahl auf heutigem Niveau notwendig wäre. Niedrige Geburtenraten bei gleichzeitig ständig steigender Lebenserwartung führen dazu, dass immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter immer mehr älteren Menschen gegenüber stehen (S.32)

71) Die demografische Herausforderung stellt sich als Querschnittsaufgabe in den verschiedensten Politikbereichen da. Wichtige Stichworte sind hier „Lebenslanges Lernen“, Qualität der Bildung und Arbeit, Weiterbildung und Beschäftigung älterer Arbeitnehmer, früherer Eintritt junger Menschen in das Erwerbsleben und höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen. In einem rohstoffarmen Land wie Deutschland ist das Humankapital der Menschen die entscheidende Ressource (S.32)

72) Aber auch der Wohnungs- und Städtebau und die Verkehrspolitik müssen auf demografische Veränderungen mit einer Anpassung der öffentlichen Infrastruktur reagieren (S.32)

73) Die Bundesregierung richtet ihre Familienpolitik neben der zielgenauen materiellen Unterstützung von Familien verstärkt auf eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt sowie auf die Erwerbsintegration von Frauen und Müttern. Wenn mehr Kinder geboren werden, Kinder vom frühen Alter an die bestmögliche Förderung erfahren und die Erwerbsintegration von Frauen und Müttern steigt, kommt dies einem doppelten demografischen Aktivposten gleich: Erhöhung des Erwerbspotenzials heute und morgen (S.32)

74) Leistungsfähige soziale Sicherungssysteme, auf die sich die Bürger verlassen können, sind ein Eckpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft. Für das Sicherheitsgefühl der Menschen in einer sich schnell verändernden Welt ist das Vertrauen in die

Kommentar [A197]: Sq.68: Teilhabe an Hochschulbildung wird gefördert. Allerdings geschieht dies vor allem um den potenziell wachstumsbedrohenden Fachkräftemangel auszugleichen.

Kommentar [A198]: Sq.69: Mit dem Argument, dass Deutschland wie kein anderes Land vergleichbarer Größe in die internationale Arbeitsteilung eingebunden ist, wird begründet, wieso Wachstum und Beschäftigung aus Sicht der Bundesregierung so eng miteinander verknüpft sind. Durch diese Eingebundenheit wären derzeitige Arbeitsplätze nach der Aussage dieser Sequenz gefährdet, wenn sich deutsche Produkte nicht wettbewerbsfähig genug zeigen und Deutschland sich dadurch nicht mehr ausreichend auf dem Weltmarkt durchsetzen kann

Kommentar [A199]: Sq.70: In dieser Sequenz berichtet die Bundesregierung ausführlich über die derzeitige kritische Lage der Überalterung der Bevölkerung. Auf diesen Missstand muss in irgendeiner Weise reagiert werden, da sonst der Wohlstand der Bevölkerung bedroht ist. Denn wenn sehr viel mehr Menschen sich im Rentenalter

Kommentar [A200]: Sq.71: Verbesserung bezüglich der Wohlfahrtsdimension Soziales und Teilhabe (besonders an Bildung) wird angestrebt. Zentraler Grund hierfür ist aber, dass die Menschen als Ressource, als „Humankapital“ gesehen werden. Es geht nicht primär um Soziales und Teilhabe, sondern

Kommentar [A201]: Sq.72: Die Bestrebung der Bundesregierung Wohnungs- und Städtebau, sowie die Verkehrspolitik den demografischen Veränderungen anzupassen, sind eine Reaktion auf die derzeitige Bedrohungssituation durch den demografischen Wandel und hat Auswirkungen auf den Wohlstand in Deutschland. Wohnungs- und

Kommentar [A202]: Sq.73: Teilhabe von Frauen und Müttern am Arbeitsmarkt soll gefördert werden. Zudem wird das sozialstaatliche Ziel verfolgt, Kindern eine bestmögliche Förderung und Erwerbsintegration zu ermöglichen. Ausdrückliches Ziel dabei: Erhöhung des Erwerbspotenzials (Wirtschafts- und

Funktionsfähigkeit der Renten-, Pflege- und Krankenversicherung unabdingbar. In diesem Zusammenhang muss aber die Belastung des Faktors Arbeit mit Lohnnebenkosten und der öffentlichen Haushalte beachtet werden (S.34)

75) In Zukunft werden die Sozialversicherungen durch den demografischen Wandel erheblichen zusätzlichen Belastungen ausgesetzt sein. Insbesondere verschiebt sich durch die zunehmende Alterung der Gesellschaft das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern zu Lasten der Erstgenannten. Für die Bundesregierung stellt sich daher die Aufgabe, aufbauend auf den bereits eingeleiteten Maßnahmen die sozialen Sicherungssysteme auf eine nachhaltig tragfähige Finanzbasis zu stellen, um das Vertrauen ihrer Mitglieder zu stärken und die einzelnen Systeme demografiefest auszugestalten (S.34)

76) Der Rat hat sich bereits im Jahr 2004 für eine sog. Bürgerpauschale mit einkommensunabhängigen Pauschalbeiträgen, die den Durchschnittsausgaben der Krankenversicherung je Mitglied entsprechen, ausgesprochen (JG 2004 Tz 485 ff.). Dadurch würden das Äquivalenzprinzip gestärkt und die versicherungsfremde Einkommensumverteilung, die sich im derzeitigen System aus der Einkommensabhängigkeit der Beiträge ergebe, weitgehend eliminiert (S.34)

77) Für weitergehende Maßnahmen schlägt der Rat vor, das selektive Kontrahieren zwischen den Kassen und einzelnen Leistungsanbietern auszuweiten, die integrierte Versorgung zu fördern und die Krankenhäuser für die ambulante Versorgung weiter zu öffnen (JG Tz 48). Die Bundesregierung begrüßt diese Vorschläge (S.34)

78) Deutschland hat ein modernes und leistungsfähiges Gesundheitswesen, das den Bürgern Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung bietet. Um den aus den demografischen Veränderungen und dem medizinischen und medizintechnischen Fortschritt erwachsenden Kostendruck zu bewältigen, muss das Gesundheitssystem weiter modernisiert und durch eine stärker wettbewerbliche Ausrichtung effizienter organisiert werden. Darüber hinaus muss die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens durch stabile Finanzstrukturen gesichert werden (S.35)

79) Maßstab der Reformmaßnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung sind die gesetzlich fixierten Beitragssatz- und Niveausicherungsziele. Damit wird sichergestellt, dass die Beiträge bezahlbar bleiben und für die heutigen wie auch künftigen Rentner eine verlässliche Absicherung im Alter gewährleistet ist. Die Bundesregierung beabsichtigt, die gesetzlichen Regelungen für eine 2012 beginnende Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre vorzubereiten. Die Anhebung soll in Abhängigkeit vom Geburtsjahrgang schrittweise erfolgen und spätestens 2035 abgeschlossen sein. Dies gibt sowohl den Arbeitnehmern als auch den Unternehmen Planungssicherheit (S.36)

80) Die Pflegeversicherung muss – wie die anderen sozialen Sicherungssysteme auch – den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden. Die Bundesregierung sieht hierbei sowohl inhaltlichen als auch finanziellen Reformbedarf. Die Bundesregierung

Kommentar [A203]: Sq.74: In dieser Sequenz äußert die Bundesregierung das Ziel, leistungsfähige soziale Sicherungssysteme zu schaffen. Damit verbunden soll das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Renten-, Pflege- und Krankenversicherung gestärkt werden. Hier scheinen tatsächlich sozialstaatliche Motive zu Grunde zu liegen. Die Soziale Marktwirtschaft als Grundordnung baut auch auf sozialen Sicherungssystemen auf. ...

Kommentar [A204]: Sq.75: In dieser Sequenz bezieht sich die Bundesregierung erneut auf den demografischen Wandel und buchstabiert anschließend die Maßnahmen aus, mit deren Hilfe diesem begegnet werden soll. Auch hier spielt mit der zunehmenden Alterung der Gesellschaft und der Verschiebung des Verhältnisses von ...

Kommentar [A205]: Sq.76: Da in der Forschungsfrage danach gefragt wird, welche Einflüsse sich auf die Bundesregierung ausüben, wird an dieser Stelle auch der Bundesrat erwähnt. Während des gesamten Jahreswirtschaftsberichtes bezieht sich die Bundesregierung in vielen Situationen auf den Bundesrat und dessen Meinungsbild zu bestimmte ...

Kommentar [A206]: Sq.77: Auch in Sequenz 77 wird sich auf einen Vorschlag des Rates bezogen. Dieser wird am Ende der Sequenz sogar begrüßt. Er ist für die Bundesregierung nicht bindend, aber kann einen deutlichen Einfluss auf die Ausgestaltung der Politik ausüben.

Kommentar [A207]: Sq.78: Nach der Definition von materiellem Wohlstand der Bundeszentrale für politische Bildung, deckt dieser Wohlstand die Versorgung von Personen, privaten Haushalten oder der gesamten Gesellschaft mit Gütern und Dienstleistungen. Die Bemühung um den Erhalt des Zugangs zu diesem hochwertigen Gesundheitssystem, ...

Kommentar [A208]: Sq.79: Um auf die Bedrohung des demografischen Wandels für den Wohlstand zu reagieren, setzt die Bundesregierung bestimmte Reformmaßnahmen ein. Diese Maßnahmen sollen verhindern, dass in Zukunft besonders der materielle Wohlstand alter Menschen nicht mehr gewährleistet werden kann. ...

wird im Sommer 2006 ein Gesetz zur Sicherung einer nachhaltigen und gerechten Finanzierung der Pflegeversicherung vorlegen, um sicher zu stellen, dass die Pflegebedürftigen auch in Zukunft die Pflegeleistungen erhalten, die sie für eine ausreichende und angemessene Pflege zu einem bezahlbaren Preis brauchen (vgl. Tz 49) (S.36)

Kommentar [A209]: Sq.80: Auch die Pflegeversicherung muss angesichts der angesprochenen Veränderungen laut Bundesregierung Reformen unterzogen werden. Es wird von einem Reformbedarf gesprochen also wird davon ausgegangen, dass diese Reformen auch wirklich notwendig sind.

Die Dienstleistung der ausreichenden und angemessenen Pflege tangiert (...)

Kommentar [A210]: K101: Diese Kategorie umfasst alle Sequenzen, in denen die Bundesregierung die unumgängliche Notwendigkeit von Investitionen und Innovationen für das Wachstumsziel herausstellt. Investitionen und Innovationen wird eine immense Bedeutung für (...)

Kommentar [A211]: K102: Diese Kategorien beinhaltet alle Sequenzen, die den Anschein haben, dass die Bundesregierung Wachstum als zentrale Säule für das Schaffen und das Erhalten von Beschäftigung sieht. Sehr viele Sequenzen weisen darauf hin, dass die Bundesregierung davor (...)

Kommentar [A212]: K103: In dieser Kategorie werden jene Sequenzen zusammengefasst, in denen die Bundesregierung sich für den Erhalt oder die Förderung materiellen Wohlstandes einsetzt bzw. wichtige Maßnahmen beschrieben werden, die zum Erhalt oder der Förderung (...)

Kommentar [A213]: K104: Die Forschungsfrage fragt unter anderem nach dem Wachstumsverständnis bzw. -begriff der Bundesregierung. Damit verbunden ist sicherlich auch interessant, welchen Stellenwert Wachstum hat. In dieser Kategorie werden die Sequenzen zur (...)

Kommentar [A214]: K105: Hier werden alle Sequenzen aufgelistet, die die Notwendigkeit eines gesunden Staatshaushaltes für einen Wachstumsschub beschreiben. Besonders hervorgehoben wird auch immer wieder, dass diese Basis besonders wichtig ist um das (...)

Kommentar [A215]: K106: in der Forschungsfrage wurde unter anderem danach gefragt, durch welche Einflüsse das Wachstums- und Wohlstandsverständnis der Bundesregierung geprägt wurden. Bei der Durchsicht des Textes sind mir einige Passagen ins Auge gefallen, in (...)

3. Kategorien erste Abstraktionsebene

These K101: Die Bundesregierung sieht Investitionen und Innovationen als zentrale (Grund-) Voraussetzungen für Wachstumssteigerung/-maximierung

Sq.: 1; 5; 7; 9; 15; 17; 22; 23; 24; 25; 26; 27; 30; 43; 50; 51; 66; 67

K102: Arbeitsmarktsituation ist laut den Verfassern des Textes abhängig von Wachstum

Sq.: 1; 4; 19; 20; 26; 29; 30; 44; 59; 69

K103: Die Bundesregierung setzt sich für den Ausbau und Erhalt materiellen Wohlstands ein

Sq.: 1; 3; 4; 9; 12; 16; 20; 24; 26; 27; 29; 30; 31; 43; 44; 48; 53; 61; 69; 73; 78; 79; 80

K104: Wachstumsförderung gilt für die Verfasser des Textes (Bundesregierung) als (oberste) wirtschaftspolitische Priorität

1; 5; 8; 16; 17; 21; 27; 29; 43; 50; 51; 52; 56; K116

K105: Höherer Wachstumspfad laut den Verfassern des Textes ausschließlich auf der Basis gesunder und tragfähiger Staatsfinanzen möglich

Sq.: 2; 8; 15; 19; 20;

K106: Die wirtschaftspolitische Sichtweise (auch in Bezug auf Wachstums- und Wohlstandsverständnis) ist geprägt von derzeitigen und zukünftig drohenden Missständen bzw. Krisen

Sq: 4; 16; 24; 29; 37; 42; 45; 48; 53; 55; 61; 62; 67; 68; 70; 71; 72; 75; 78

K107: Die Art und Weise wie die Bundesregierung von der Überlegenheit einer wachstumsorientierten Wirtschaftsweise ausgeht und dies kommuniziert, ist kaum auf wissenschaftliche Belege gestützt, sondern beinhaltet stellenweise eine beinahe transzendente Überzeugung von der Vorteilhaftigkeit von Wachstum für die verschiedensten Bereiche

Sq: 4; 6; 16; 19; 25; 29;

K108: Ein Mehr an Wachstum ist laut Bundesregierung notwendig um den derzeitigen Zustand Deutschlands zu verbessern

Sq.: 4; 6; 16; 24; 25; 29

K109: Ein Mehr an Wachstum ist laut Bundesregierung sogar unumgänglich, um derzeitige Standards sichern zu können

Sq.: 4; 16; 24

K110: Stabile sozialstaatliche Wohlfahrt (soziale Sicherheit, Chancengleichheit etc.) laut Bundesregierung nur mit mehr Wachstum/leistungsfähiger Wirtschaft zu erreichen

Sq.: 4; 6; 16; 24; 45; 50;

K111: Die finanzielle Stabilität öffentlicher Haushalte ist laut Bundesregierung leichter mit einem stärkeren Wachstum zu gewährleisten

Sq.: 4; 16; 29; 45

K112: Die Erwähnung von Wohlstand erfolgt vorwiegend, um Wachstumsstreben zu legitimieren und diesem einen unverzichtbaren Status zu verleihen

Sq.: 4; 5

K113: Anreize für Innovationen und innovative Dienstleistungen durch die Bundesregierung sind hauptsächlich zur Gewinnmaximierung und nicht direkt zur Verbesserung bestimmter bspw. ökologischer Missstände

Sq.: 5; 10; 22; 23; 25; 26

K114: Eine leistungsstarke Wirtschaft und ein damit einhergehendes Mehr an Wachstum erleichtern den Umweltschutz und damit den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlage

Sq.: 6; 16; 24

K115: Die Bundesregierung setzt sich für den Ausbau und Erhalt ökologischen Wohlstands ein

Sq.: 6; 11; 16; 18; 24; 27; 28

Kommentar [A216]: K107:

Zumindest im Jahreswirtschaftsbericht ergibt sich in Bezug auf die Leitfrage die Hypothese, dass die Bundesregierung die Überlegenheit von Wachstum als gegeben und unumstößlich annimmt. Die Annahme, dass die Bereiche und die Probleme XY sich durch mehr Wachstum verbessern bzw. lösen werden, wird oftmals eher unzufriedenstellend reflektiert. Vielmehr wird ohne wissenschaftliche Belege einfach ...

Kommentar [A217]: K108: Bezüglich der Forschungsfrage soll auch versucht werden, auf den Wachstumsbegriff einzugehen. Deshalb wird auch analysiert, wie sich Wachstum laut der Bundesregierung ...

Kommentar [A218]: K109: Um bezüglich der Forschungsfrage auf den Wachstumsbegriff einzugehen, wird auch untersucht, wie sich Wachstum laut der Bundesregierung auf den Zustand Deutschlands auswirkt. Die ...

Kommentar [A219]: K110: Diese Kategorie bezieht sich auf die These, dass die Bundesregierung eine stabile Sozialstaatliche Wohlfahrt als nur mit Hilfe von mehr Wachstum ...

Kommentar [A220]: K111: Diese Kategorie umfasst alle Sequenzen in denen die Bundesregierung ihre Überzeugung kommuniziert, dass die finanzielle Stabilität öffentlicher Haushalte ein Stück weit von ...

Kommentar [A221]: K112: Diese Kategorie beinhaltet die These, die unterstellt, dass die Erwähnung von Wohlstand im Jahreswirtschaftsbericht von 2006 vorwiegend erfolgt um das Streben ...

Kommentar [A222]: K113: Diese These wird gestützt durch Sequenzen, in denen es den Anschein erweckt, dass Fortschritte und Innovationen von der Bundesregierung primär aus wirtschaftlichen Motivationen als ...

Kommentar [A223]: K114: Diese Kategorie umfasst die Sequenzen, in denen die Bundesregierung mehr Wachstum als äußerst hilfreich für den Umweltschutz und damit den Erhalt ...

Kommentar [A224]: K115: In dieser Kategorie werden jene Sequenzen zusammengefasst, in denen die Bundesregierung sich für den Erhalt oder die Förderung ökologischen Wohlstandes einsetzt bzw. wichtig ...

K116: Soziale Sicherheit, Chancengleichheit und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sind laut Bundesregierung wichtige Voraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften und damit für mehr Wachstum

Sq.: 6; 11; 16; 18

K117: Energieeffizienz/ökologische Wirtschaftsweise bzw. Energienutzung wird von der Bundesregierung vielfach nur dann angestrebt, wenn sich diese auch aus wirtschaftlicher Sicht (deutlich) rentiert

Sq.: 6; 11; 16; 18; 27; 28

K118: Für die Bundesregierung stehen die wirtschaftlichen Ziele der Wachstumszunahme tendenziell über ökologischen Bestrebungen

Sq.: 6; 11; 16; 18; 24; 27; 28

K119: Für die Wachstumsstrategie der Bundesregierung sind mittelständische Unternehmen und die Förderung dieser von elementarer Bedeutung

Sq.: 7; 10; 22; 30;

K120: Die Wachstumsstrategie der Bundesregierung schließt gesetzliche Änderungen und Reformen mit ein

Sq.: 7; 8; 9; 15; 19; 22; 30; 35; 38; 43; 51

K121: Die Wachstumsstrategie der Bundesregierung birgt Risiken, die aber nicht weiter kommuniziert werden. Stattdessen erfolgt die Betrachtung von Wachstum einseitig und durchweg positiv

Sq.: 7, 9, 44

K122: Die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Bundesregierung (auch in Bezug auf Wachstums- und Wohlstandsbegriff) unterliegt leitenden EU-Richtlinien und Maßnahmen

Sq.: 8; 26; 37; 50; 51; 52; 56; 57; 60

K123: Der Wunsch nach Effizienz und internationaler Wettbewerbsfähigkeit nimmt für die Bundesregierung bei der Ausgestaltung ihrer Wirtschaftspolitik bzw. Wachstumsstrategie einen hohen Stellenwert ein

Sq.: 10; 14; 24; 25; 26; 27; 28; 31; 32; 33; 35; 36; 38; 43; 47; 59; 63; 64; 65; 67

K124: Die entscheidende Ressource auf dem Weg zu mehr Wachstum ist aus Sicht der Bundesregierung die Bevölkerung (bzw. deren Kreativität und Ideen). Deshalb hängt Wachstum vom Bildungsgrad der Gesellschaft und vom Vorhandensein von Fachkräften ab

Kommentar [A225]: K116: Diese Kategorie beinhaltet die These, dass die Bundesregierung die eigentlichen Wohlstandsziele Soziale Sicherheit, Chancengleichheit und Schutz der natürlichen Lebensgrundlage als wichtige Voraussetzung ansieht, um erfolgreich wirtschaften und damit verbunden mehr Wachstum zu generieren zu können. Diese Kategorie hinterlässt auch das Gefühl, dass die

Kommentar [A226]: K117/118: In dieser Kategorie werden die Sequenzen umfasst, die den Anschein erwecken, dass die Bundesregierung ökologisches Wirtschaften bzw. eine ökologische Energieeffizienz (die zur ökologischen Wohlstandsdimension

Kommentar [A227]: K119: Bezüglich des Wachstumsbegriffes der Bundesregierung nachdem in der Forschungsfrage gefragt wird, untersucht diese Kategorie den Stellenwert von mittelständischer Unternehmen für die

Kommentar [A228]: K120: Diese Kategorie dient auch dazu, um mich des Wachstumsbegriffs der Bundesregierung anzunähern. Im Jahreswirtschaftsbericht tauchen immer wieder Vorschläge für gesetzliche Änderungen und

Kommentar [A229]: K121: Diese etwas kritische These bezieht sich auch auf den Wachstumsbegriff der Bundesregierung bzw. auf die Strategie auf dem Weg zu mehr Wachstum. Sie behauptet, bzw. unterstellt, dass die

Kommentar [A230]: K122: Einer der leitenden Einflüsse auf den Wachstums- und den Wohlstandsbegriff und auch allgemein auf die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Bundesregierung sind EU-Richtlinien und Maßnahmen. Da

Kommentar [A231]: K123: Bei der Wachstumsstrategie der Bundesregierung bzw. dem Verständnis von Wachstum ist eine der zentralen Bestrebungen die nach stärkerer internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Diese These

Kommentar [A232]: K124: In Bezug auf das durch die Leitfrage untersuchten Wachstumsverständnisses, stellt diese These die Behauptung auf, dass Wachstum sehr stark auch auf Bildung und das Vorhandensein von

Sq.: 10; 24; 31; 32; 36; 43; 50; 66; 67

K125: Für die Bundesregierung stehen die wirtschaftlichen Ziele der Wachstumszunahme gleich auf oder tendenziell sogar über sozialstaatlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität/des Wohlstandes (ergibt sich neben der vor allem materiellen Wohlstandsdefinition auch aus der Annahme, dass Wachstum alles verbessert)

Sq.: 11; 14; 18; 24

K126: Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung muss gewissen Leitlinien bzw. der (wirtschaftlichen) Grundordnung entsprechen – Beispiele hierfür: Fundament Soziale Marktwirtschaft, Grundgesetz u.a.

Sq.: 18; 34; 46; 55; 57; 74; 79

K127: Die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Bundesregierung, wird unter anderem maßgeblich durch den Bundesrat beeinflusst

Sq.: Bsp.: 76; 77

K128: Eine immense Wichtigkeit im Hinblick auf mehr Wachstum nimmt aus Sicht der Bundesregierung die aktuelle nationale aber auch internationalen Wirtschaftslage ein

Sq.: 4; 7; 10; 19; 21; 25; 29; 33; 35; 36; 37; 39; 40; 41; 43; 44; 45; 47; 49; 53; 55; 58; 61; 64; 66; 68; 69; 74

K129: Die Bundesregierung setzt sich für den Wohlstand auf der Ebene des Sozialen und der Teilhabe ein

Sq.: 3; 4; 6; 9; 12; 13; 14; 16; 18; 24; 26; 29; 32; 48; 53; 54; 62; 67; 68; 71; 72; 73; 74; 75; 78; 80

K130: Die Bundesregierung baut bei ihrer Wachstumsstrategie stark auf Wachstumspotenzial im technologischen Sektor

Sq.: 9; 10; 23; 31; 36; 43; 65

K131: Aus Sicht der Bundesregierung sind offene Märkte und weltweiter Handel für die deutsche Exportwirtschaft und damit für das Erreichen eines stärkeren Wachstums erstrebenswert

Sq.: 36; 40; 43; 65

K132: Das Wachstumsverständnis der Bundesregierung ist auf Nachhaltigkeit (im Sinne von Dauerhaftigkeit) und Zukunftsfähigkeit ausgelegt

Sq.: 8; 37; 50; 73

K133: Materieller Wohlstandsbegriff im Vordergrund – Wachstum = mehr Arbeitsplätze + mehr Beschäftigung (Sq.1; 3; 4, 20, 21, 24, 26, 29, 31 34, 38, 39 (BIP), 40, 43, 45, 48 49,

Kommentar [A233]: K126: Ein weiterer zentraler Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, und damit auch darauf, welchen Stellenwert Wohlstand und Wachstum einnehmen, haben übergeordnete Leitlinien. Diese sind beispielsweise das Fundament der sozialen Marktwirtschaft oder das Grundgesetz. So schreibt die soziale Marktwirtschaft etwa Wachstum aber auch die Verfolgung von Wohlstandszielen in gewisser Weise vor. Die Bundesregierung müsste sich...

Kommentar [A234]: K127: Diese Kategorie umfasst die Sequenzen, die die These stützen, dass auch der Bundesrat ein wichtiger Einflussfaktor auf die deutsche Wirtschaftspolitik ist. Immer wieder bezieht sich die Bundesregierung auf Vorschläge und Ansichten des Rates und bezieht die...

Kommentar [A235]: K128: Bezüglich des Verständnisses von Wachstum bezieht sich die Bundesregierung immer wieder auf die gegenwärtige nationale aber auch internationale wirtschaftliche Lage. Diese wirkt sich eindeutig auf die Ausgestaltung der Wachstumspolitik aus. Dies ist zwar...

Kommentar [A236]: K129: In dieser Kategorie werden jene Sequenzen zusammengefasst, in denen die Bundesregierung sich für den Erhalt oder die Förderung des Wohlstandes der Dimension Soziales und Teilhabe einsetzt bzw. wichtige Maßnahmen beschrieben werden, die zum Erha...

Kommentar [A237]: K130: Diese Kategorie verbindet die Sequenzen, die dafür stehen, dass die Wachstumsstrategie der Bundesregierung 2006 ganz stark auf dem Technologiesektor aufbaut

Kommentar [A238]: K131: Eine wichtige Dimension auf dem Weg zu mehr Wachstum scheint für die Bundesregierung die Öffnung Deutschlands gegenüber dem weltweiten Markt/Handel zu sein. Gerade für die Exportwirtschaft und...

Kommentar [A239]: K132: Auf die Frage nach dem Wachstumsverständnis der Bundesregierung hin, vereint diese Frage alle Sequenzen, die unterstreichen, dass die Bundesregierung ein nachhaltiges Wachstumsverständnis verfolgt.

K134: Wohlstandsdimension Soziales und Teilhabe, Wachstum fördert Soziale Sicherungssysteme und Chancengleichheit (Sq. 4, 6, 9, 16, 24, 26, 29, 32, 34, 43, 44)

K135: Ökologische Wohlstandsdimension – Wachstum erleichtert den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Sq. 6, 16, 24, 34)

K136: Konsolidierungspolitik. Vermeiden einer Neuverschuldung oberste Priorität – Nachhaltig und spendabel nur in Bezug auf Wachstum (Sq.8, 21; 37)

K137: Effizienz und Produktivität von Energieträgern aus wirtschaftlichen Motiven (Sq.11; 27)

K138: Ausbau sozialer Sicherungssysteme und der Bildung zu Gunsten des Arbeitsmarktes -> Wachstum (Sq. 9, 12; 13; 14, 16, 24, 26, 32, 61, 67)

K139: Wirtschaftspolitische Dreiklang aus Sanieren, Reformieren und Investieren (konjunktur- und wachstumsgerechte Kombination) (Sq. 15(Sq.34, 43)

K140: Verlass auf Innovationen und Investitionen für mehr Wachstum (Sq. 17, 24, 34)

K141: Konflikt zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen – in vielen Sequenzen (siehe K134, K135) wird dieser Konflikt einfach übergangen (Sq. 18)

K142: Tragfähige (!) Balance zwischen ökonomischer Effizienz, sozialem Ausgleich und Umwelt- und Ressourcenschutz (Sq.18; 28 Widerspruch Sq. 27)

4. Kategorien zweite Abstraktionsebene

K201: Die Strategie für mehr Wachstum/ erfolgreiches Wirtschaften besteht aus Innovationen und Investitionen (auch Wagniskapital), Sanieren, Reformieren und der Haushaltskonsolidierung – besonderer Fokus auf mittelständischen Unternehmen, technologischer Ausrichtung und weltweitem Handel

K101; K105; K116; K119; K120; K124; K130; K131; K136; K139; K140

K202 Lebensqualität/Wohlstand der Bevölkerung abhängig von Wachstum

K102; K108; K109; K110; K111; K114; K133; K134; K135

K203: Die Bundesregierung unternimmt Bemühungen zum Ziel Erhalt und zur Förderung von materiellen, sozialen und ökologischen Wohlstand.

K103; K115; K129; K137; K138

K204: Verschiedene äußere Einflüsse prägen die Ausgestaltung von Wachstum und Wohlstand mit

K106; K123; K127; K128

K205: Wachstum wird von der Bundesregierung ausschließlich positiv und als sehr zentral und unverzichtbar angesehen

K104; K107; K121; K141; K142

Kommentar [A240]: K201: In dieser Überkategorie werden die Kategorien gesammelt, die aktuelle Voraussetzungen für mehr Wachstum und erfolgreiches Wirtschaften, die von der Bundesregierung in der aktuellen Wirtschaftspolitik als sehr wichtig angesehen wurden

Kommentar [A241]: K202: Diese Kategorie fasst all die Kategorien zusammen, die die These vertreten, dass die Bundesregierung Wachstum als zentrale Säule für Wohlstand sieht. Verschiedene Aspekte, die potenziell zu mehr Wohlstand führen und als abhängig vom Wachstum beschrieben werden, werden in dieser Kategorie zusammengefasst.

Kommentar [A242]: K203: In dieser Überkategorie werden jene Kategorien ersten Abstraktionsgrades zusammengefasst, in denen wichtige Maßnahmen beschrieben werden, die zum Erhalt oder der Förderung von Wohlstand beitragen sollen. Diese müssen nicht zwingend explizit formuliert das Wohlstandsziel in sich tragen. In Bezug auf die Leitfrage erhoffe ich mir so einen Aufschluss auf den Stellenwert von Wohlstand (auch gegenüber bspw. Wachstum) und das Verständnis von Wohlstand der Bundesregierung zu erhalten. Hierbei werden die in der Diskussion um einen geeigneten Wohlstandsindikator immer wieder aufgeworfenen Dimensionen von Wohlstand als Maßstab verwendet.

Diese sind laut Bundeszentrale für politische Bildung folgende: „der materielle Wohlstand, die Dimension Soziales und Teilhabe, auch als persönliches Wohlbefinden im Sinne von Lebensqualität [...] verstanden und durch soziale Indikatoren abgebildet, sowie die Dimension Ökologie bzw. Umwelt und Nachhaltigkeit, die etwa in der umweltökonomischen Gesamtrechnung [...] oder in Konzepten zur nachhaltigen

Kommentar [A243]: K205: in dieser Überkategorie werden alle Kategorien zusammengefasst, die die These vertreten, dass Wachstum von der deutschen Bundesregierung beinahe ausschließlich in positiver Weise und als sehr zentrales Element der Wirtschaftspolitik gesehen wird

K206: Die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Bundesregierung (auch in Bezug auf Wachstums- und Wohlstandsbegriff) unterliegt leitenden Rahmenbedingungen (Könnte auch Unterkategorie von K204 sein)

K122; K126;

K207: Für die Bundesregierung nehmen Wachstum und Wohlstand bezüglich ihrer Wichtigkeit nicht den gleichen Stellenwert ein, da Wohlstand primär in der materiellen Dimension erfasst wird

K113; K117; K118; K125; 133

K208: Tragfähige Balance aus ökonomischer Effizienz, sozialem Ausgleich und Umwelt- und Ressourcenschutz als Lösung des Konflikts zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen K142

K209: Die Bundesregierung setzt sich für Wohlstand ein, um zukünftiges Wachstum zu gewährleisten (Bsp. Saubere Umwelt als Grundlage für Wachstum)

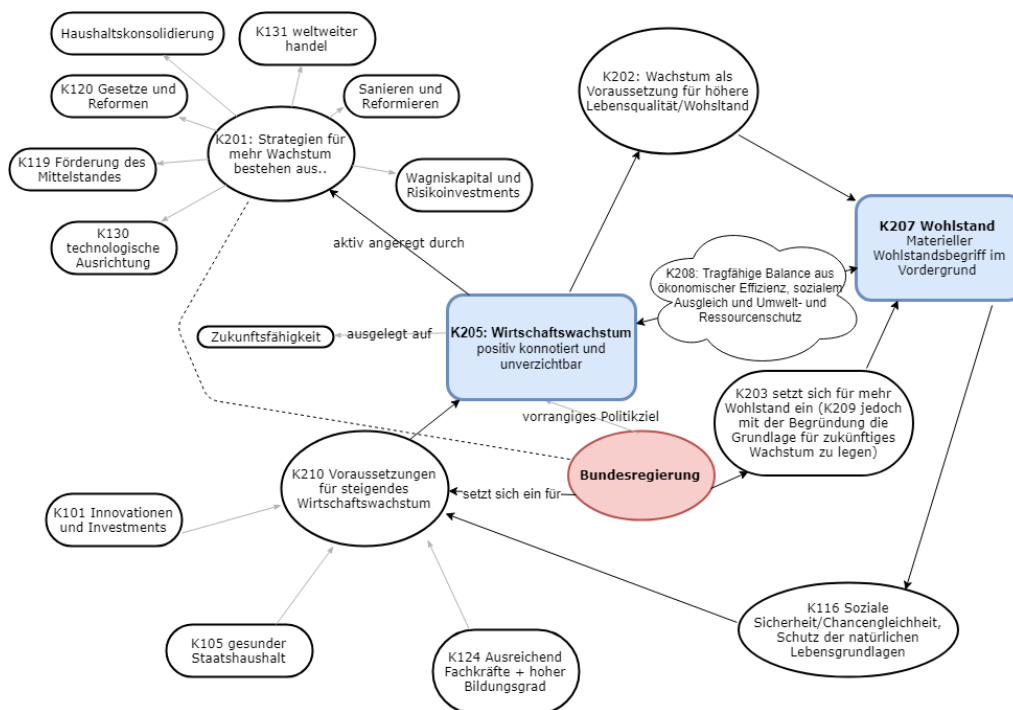
(K136 - Konsum), K137, K138

K210: Die Voraussetzungen für Wohlstand sind Innovationen, ein gesunder Staatshaushalt und ausreichend Fachkräfte bzw. ein hoher Bildungsgrad und Soziale Sicherheit, Chancengleichheit und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen

K101, K105, K116, K124

Kommentar [A244]: K206:
Verschiedene Leitlinien auf nationaler und europäischer Ebene geben der deutschen Wirtschaftspolitik einen Rahmen vor und wirken sich somit auch auf die Ausgestaltung von Wachstum und Wohlstand aus. Dieser Rahmen bestimmt gewisse Maßnahmen und Zielrichtungen die die innenpolitische Dimension betreffen entscheidend mit.

Um Zusammenhänge zwischen den Kategorien sichtbar zu machen und einige zentrale Kategorien in ein Verhältnis zueinander zu setzen, habe ich auf einigen der Kategorien aufbauend eine Mindmap erstellt. Diese mag auf den ersten Blick etwas unübersichtlich wirken, aber es war übersichtlicher, als all die Verknüpfungen, die zwischen den verschiedenen Kategorien bestehen sprachlich wiederzugeben. Auf diese wird im schriftlich ausgearbeiteten Forschungsbericht genauer eingegangen. Die Mindmap gibt einen deutlichen Aufschluss darüber, welche Kategorie bei dieser Forschung als Schlüsselkategorie angesehen werden muss.



Für mich ist die **Schlüsselkategorie 2006** eindeutig die **Unverzichtbarkeit von Wachstum und die positive Sichtweise darauf von Seiten der Bundesregierung**. Die ganze Wirtschafts- und Finanzpolitik stützt sich auf Wachstum. Beinahe in allen Maßnahmen und Aussagen finden sich Verweise auf Wachstum oder auf Aspekte wie Wettbewerbsfähigkeit oder Effizienz, die definitiv einen steigernden Einfluss auf das Wachstum haben können. Auch die Rahmenbedingungen bzw. Leitlinien wie die soziale Marktwirtschaft oder bestimmte EU-Richtlinien tragen zu großen Teilen das Streben nach Wachstum in sich. Der Begriff Wohlstand oder Aussagen, die mit Wohlstand zu tun hatten waren deutlich seltener als ähnliche Aussagen zu Wachstum, Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit. Und auch Maßnahmen, die sich eigentlich positiv auf den Wohlstand auswirken wurden häufig nur ergriffen, da diese wiederum einen positiven Wachstumsschub zu stützen versprachen. Eigentlich heißt das Buchkapitel „Nachhaltigkeit, Transformation, Postwachstum“, aber im Jahreswirtschaftsbericht von 2006 zeigen sich keine Anzeichen dafür, dass es eine Transformation der deutschen Politik weg von der totalen Wachstumsfixierung gibt. Im Zweifelsfall steht das Ziel Wirtschaftswachstum höher als das Ziel Nachhaltigkeit, die

Bundesregierung strebt aber eine „tragfähige Balance“ an, also einen Erhalt des Systems im hier und jetzt als Grundlage weiteren Wachstums.

Analyse des Jahreswirtschaftsberichtes von 2016

Inhalt

1. Forschungsfrage	120
2. Sequenzen Jahreswirtschaftsbericht 2016:	144
3. Kategorien erste Abstraktionsebene	151
These K101: Stabiles Wachstum ist der Grund für den Rekordwert an erwerbstätigen Menschen. Umkehrschluss: Beschäftigungslage wird stark von der gegenwärtigen Wachstumslage beeinflusst	151
K102: Privater Konsum und Binnennachfrage (und damit auch der materielle Wohlstand der Bevölkerung) laut Bundesregierung als tragende Säulen des Wachstums.....	152
K103: Gute Wirtschaftliche Ausgangslage (verursacht durch stabiles Wachstum) ermöglicht bzw. erleichtert es aus Sicht der Bundesregierung, zukünftigen Herausforderungen und drohenden Krisen begegnen zu können	152
K104: Ein Zuwachs an Wachstum und die damit verbundene gute wirtschaftliche Ausgangslage sind laut Bundesregierung nötig, um den derzeitigen Zustand Deutschlands zu sichern, bzw. verbessern zu können	152
K105: Die deutsche Bundesregierung bezieht sich in der Ausgestaltung ihrer Wirtschaftspolitik angesichts großer bestehender Herausforderungen bewusst auf die Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit. Die angesprochenen Herausforderungen haben also einen Einfluss auf die wirtschaftspolitische Strategie und damit auch ein Stück weit auf Wachstums- und Wohlstandspolitik.	152
K106: Investitionen und Innovationen sind aus Sicht der Bundesregierung der Schlüssel zu höherem Wachstum und Wohlstand.....	152
K107: Für die Wachstumsstrategie der Bundesregierung sind kleinere und mittelständische Unternehmen und die Förderung dieser von elementarer Bedeutung.....	152

K108: Die Ausgestaltung der deutschen Wirtschaftspolitik und damit auch die Ausgestaltung bezüglich Wohlstand und Wachstum orientiert sich an übergeordneten nationalen Leitlinien wie bspw. der sozialen Marktwirtschaft oder der deutschen Verfassung	152
K109: Die Bundesregierung ist fest überzeugt, dass an den Vorteilen der freien Marktwirtschaft festgehalten werden muss, um zukunftsfähig zu bleiben	152
These K110: Aus Sicht der deutschen Bundesregierung ist Wachstum eine wesentliche Grundlage für Wohlstand	153
K111: Die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit von insgesamt durchschnittlich steigendem materiellen Wohlstand wird von der Bundesregierung größtenteils nicht thematisiert	153
K112: Das Verständnis von Zukunftsfähigkeit und Wohlstandserhalt der Bundesregierung setzt stark auf Wachstum und eine starke Wirtschaft und ist damit konträr zu dem der Postwachstumsbewegung.....	153
K113: Das Wachstumsverständnis der Bundesregierung ist auf Nachhaltigkeit (im Sinne von Dauerhaftigkeit) und Zukunftsfähigkeit ausgelegt.....	153
K114: Das Streben nach mehr Wachstum ist der zentrale Bestandteil der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung	153
K115: Ein wichtiger Pfeiler wirtschaftlichen Wachstums ist für die Bundesregierung 2016 die Digitalisierung.....	153
K116: Die Bundesregierung kommuniziert einen externen Einfluss durch die internationale Wirtschaftslage in der globalisierten Welt auf die Entwicklung von Wirtschaft und Wachstum .	153
K117: Die Bundesregierung setzt sich für die Verbesserung der Wohlstandsdimension Soziales und Teilhabe ein	153
K118: Die Bundesregierung verstärkt die wirtschafts- und finanzpolitische Wachstumsausrichtung unter anderem mit gesetzliche Änderungen und Reformen	153
K119: Ein wichtiger Bestandteil der Wachstumsstrategie der Bundesregierung ist die Erleichterung der Wagniskapitalfinanzierung. Wachstum baut demnach also auch auf Wagniskapital auf	153
K120: Die Wachstumsstrategie der Bundesregierung beinhaltet Risiken, die aber nicht weiter kommuniziert werden. Stattdessen erfolgt die Betrachtung von Wachstum einseitig und meist durchweg positiv	154
K122: Die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Bundesregierung (auch in Bezug auf Wachstums- und Wohlstandsbegriff) wird unter anderem geprägt von leitenden EU-Richtlinien und Maßnahmen	154
K123: Die Bundesregierung setzt sich für den Ausbau und Erhalt ökologischen Wohlstands ein.....	154
K124: Die Bundesregierung setzt sich für den Ausbau und Erhalt materiellen Wohlstands ein	154

K125: Die Attraktivität und Qualität von Bildung und Berufsausbildung und das damit verbundene Vorhandensein von zahlreichen Fachkräften haben für die Wachstumsstrategie der Bundesregierung eine zentrale Bedeutung.....	154
K126: Für die Bundesregierung stehen die wirtschaftlichen Ziele der Wachstumszunahme tendenziell gleichauf oder sogar über Bestrebungen zur Gewährleistung von Wohlstand	154
K127: Der Ausbau von ökologischem Wohlstand erfolgt aus eigenem Antrieb (selbstaufgelegte Energiewende, nationale Klimaschutzziele etc.).....	154
K128: Die Digitalisierung wirkt sich laut Bundesregierung unterstützend auf den Wohlstand aus ...	154
K129: Die Bundesregierung setzt sich für die Ausgestaltung finanzieller und ökologischer Wohlstands-Rahmenvorgaben auf europäischer Ebene und teilweise sogar auf internationaler Ebene ein ..	155
K130: Energieeffizienz wird laut Bundesregierung verstärkt mit der Motivation angestrebt zur erfolgreichen Energiewende und zum Klimaschutz beizutragen.....	155
K131: Zur Stärkung von Wirtschaft und Wachstum strebt die Bundesregierung eine vertiefte, wettbewerbsfähige Wirtschafts- und Währungsunion an.....	155
K132: Die Ausgestaltung der deutschen Wirtschaftspolitik und damit auch die Ausgestaltung bezüglich Wohlstand und Wachstum orientiert sich an übergeordneten internationalen Leitlinien wie bspw. der Agenda2030.....	155
K133: Die Bundesregierung hat die Schwäche von BIP als Wohlstandsindikator erkannt und sucht nach alternativen Indikatoren.....	155
K134: Die Bundesregierung hebt die Bedeutung von Marktöffnung und verstärkten bilateralen/multilateralen internationalen Handel für Wachstumszuwachs hervor.....	155
K135: Die Bundesregierung bestätigt den Einfluss der Enquete-Kommission und anderer ähnlicher Akteure auf internationaler Ebene auf die veränderte Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik bezüglich Wachstum und Wohlstand	155
K136: Angesichts der bestehenden Diskussion um die Art und Weise wie Lebensqualität/Wohlstand gemessen werden können plant die Bundesregierung mehr auf die Qualität des quantitativen Wirtschaftswachstums zu achten	155
4. Kategorien zweite Abstraktionsebene	156
K201: Am meisten erwähnte Voraussetzungen für mehr Wachstum/ erfolgreiches Wirtschaften ...	156
K202 Lebensqualität/Wohlstand der Bevölkerung abhängig von Wachstum	157
K203: Die Bundesregierung unternimmt Bemühungen zum Erhalt und zur Förderung von Wohlstand	157
K204: Einflüsse, von denen die Ausgestaltung von Wachstum und Wohlstand mitgeprägt wird	157
K205: Wachstum wird von der Bundesregierung beinahe ausschließlich positiv und als sehr zentral gesehen	157

K206: Die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Bundesregierung (auch in Bezug auf Wachstums- und Wohlstandsbegriff) unterliegt leitenden Rahmenbedingungen (Könnte auch Unterkategorie von K204 sein)	157
K207: Entscheidende strategische Pfeiler um Wachstum zu erreichen.....	157
K208: Starker Bezug auf Nachhaltigkeit im Sinne von Zukunftsfähigkeit	157

5. Forschungsfrage und Erkenntnisinteresse

Ziel des Forschungsprojektes ist es, eine Antwort auf die Frage: **Inwiefern haben sich Wachstums- und Wohlstandsverständnis der deutschen Bundesregierung zwischen 2006 und 2016 geändert und welchen Einflüssen unterliegen etwaige Änderungen?**

Zur Beantwortung dieser Frage wurden die Jahreswirtschaftsberichte der Bundesregierung aus den Jahren 2006 und 2016 analysiert. Im Zuge der Forschungsfrage sollen einige Themen und Unterfragen erörtert werden.

Ich habe vor zu untersuchen, inwieweit Alternativvorschläge zur bisherigen Verwendung des BIPs vorgebracht werden und welche Dimensionen etwaige Alternativindikatoren fassen. Inwieweit hat sich der Stellenwert von Wohlstand und Wachstum in der deutschen Politik verschoben? Inwiefern gibt es eine erste Transformation der Wirtschaftsweise in die grobe Richtung von Postwachstumsansätzen, wie es bspw. die Beauftragung der Enquete-Kommission vermuten lässt? Oder bleibt Wachstum trotz allem der bedingungslose Anspruch? Mit diesen und weiteren Fragen werde ich mich unter anderem im Laufe dieses Forschungsprojektes auseinandersetzen. Während der Forschung soll auch unter anderem überprüft werden, ob ein merklicher Einfluss des Abschlussberichtes der E.K. zu erkennen ist und ob die darin vorgeschlagenen Veränderungen sich in irgendeiner Form auswirken oder ob diese Maßnahme des Bundestages wenig Wirkung zeigt.

6. Sequenzen Jahreswirtschaftsbericht 2016:

- 1) Hinter uns liegt ein Jahr der Krisen und Kriege, aber die deutsche Wirtschaft hat sich auch in diesem schwierigen Umfeld behauptet. Das Wirtschaftswachstum bleibt stabil, die Zahl der erwerbstätigen Menschen in Deutschland hat einen neuen Rekordwert erreicht und die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit der

- Wiedervereinigung.** Das Wachstum wird besonders vom privaten Konsum und der Binnennachfrage getragen, weil die Menschen von der guten wirtschaftlichen Entwicklung profitieren. Die Löhne und Gehälter steigen und nicht zuletzt die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns hat dazu beigetragen, die Einkommenssituation der Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich zu verbessern (S.5)
- 2) Die wirtschaftliche Lage ist gut und schafft ein solides Fundament, auf dem wir den Herausforderungen der Zukunft begegnen **können** (S.5)
 - 3) Deutschland befindet sich in einer kritischen Phase des Wandels und der Umbrüche. Der globale Wettbewerb, die demografische Entwicklung, die fundamentale Veränderung der Digitalisierung und die historische Aufgabe der Integration von Hunderttausenden Flüchtlingen stellen uns vor große Herausforderungen. Unter diesen Vorzeichen müssen wir heute die Zukunftsfähigkeit von morgen **angehen** (S.5)
 - 4) Dafür braucht unser Land in erheblichem Umfang zusätzliche Investitionen. Sie sind Ausdruck des Vertrauens in die Zukunft und sie sind der Schlüssel zu höherer Wettbewerbsfähigkeit und besserer Lebensqualität. Die Bundesregierung hat deshalb die öffentlichen Investitionen des Bundes gesteigert und gleichzeitig Länder und Kommunen um mehr als 45 Milliarden Euro bis 2019 entlastet. Besondere Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um private Investitionen zu fördern, besonders bei kleinen und mittelständischen Unternehmen. Eine höhere Investitionsquote fördert **Innovationen** (S.5)
 - 5) Bei unserem Handeln lassen wir uns weiterhin von der sozialen Marktwirtschaft als Richtschnur für die Wirtschaftspolitik leiten. Sie hat sich bewährt und bildet auch in einer neuen digitalen Welt die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes (S.5)
 - 6) Deutschland befindet sich auf einem soliden Wachstumskurs. Trotz des schwierigen internationalen Umfeldes ist die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr insgesamt um 1,7 Prozent gewachsen. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die realen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer verzeichneten im vergangenen Jahr den höchsten Zuwachs seit mehr als zwei Jahrzehnten (S.7)
 - 7) Ausgehend von dieser grundsätzlich günstigen Lage setzt die Bundesregierung ihre auf Investitionen und nachhaltiges Wachstum ausgerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik fort. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Digitalisierung zu. Die Bundesregierung greift den digitalen Wandel auf und schafft gemeinsam mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Zivilgesellschaft die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Digitalisierung. Es gilt, den Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft an die Erfordernisse der digitalen Welt **anzupassen** (S.7)
 - 8) Am Arbeitsmarkt setzte sich die günstige Entwicklung bis zum Jahresende fort. Die anhaltende wirtschaftliche Dynamik wird vor allem durch die Binnenwirtschaft getragen, insbesondere von den Konsumausgaben und den Wohnungsbauinvestitionen. Weiterhin günstig auf die wirtschaftliche Entwicklung

Kommentar [A245]: Sq.1: Die Bundesregierung (in diesem Fall der zu diesem Zeitpunkt tätige Bundesminister für Wirtschaft und Energie Sigmar Gabriel) gibt Auskunft über die aktuelle Lage. Da es ein Jahreswirtschaftsbericht ist, wird auch in der Einleitung zunächst logischerweise abgesteckt, in welcher Situation sich die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt Deutschlands derzeit befinden. Die erste Bilanz fällt deutl...

Kommentar [A246]: Sq.2: An dieser Stelle sagt die Bundesregierung (es ist davon auszugehen, dass diese Aussagen Gabriels genau mit der Meinung der Bundesregierung konform sind) aus, dass die gute derzeitige wirtschaftliche Lage ein solides Fundament schafft, um den ...

Kommentar [A247]: Sq.3: In dieser Sequenz werden zunächst die anstehenden Herausforderungen, die in der letzten Sequenz bereits kurz angeschnitten wurden um die Wichtigkeit einer guten wirtschaftlichen Lage zu unterstreichen, genauer beleuchtet ...

Kommentar [A248]: Sq.4: Die benannten Herausforderungen bestimmen wie in der letzten Sequenz beschrieben die Wirtschaftspolitik mit. In Sequenz vier wird nun konkret beschrieben welche Maßnahmen die Bundesregierung angesichts dieser Herausforderungen anstrebt um die ...

Kommentar [A249]: Sq.5: Auch im Jahreswirtschaftsbericht 2016 hat die soziale Marktwirtschaft als übergeordneter Rahmen einen Einfluss auf das Handeln der Deutschen Bundesregierung. Damit wirkt sich dieses Leitbild bzw. diese Richtschnur wie sie genannt wird au ...

Kommentar [A250]: Sq.6: Weitestgehend deckungsgleich mit Sequenz eins, weshalb einige Interpretationen den Kommentaren zu Sequenz eins entnommen werden können und deshalb hier nicht erneut aufgeführt werden. ...

Kommentar [A251]: Sq.7: Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung ist weiterhin auf Investitionen und nachhaltiges Wachstum ausgerichtet. Ziel dieser Aussage, ist es die wirtschafts- und finanzpolitische Strategie der Bundesregierung zu benennen. Sie ...

wirken der niedrige Ölpreis und der vergleichsweise schwache Eurokurs. Dämpfend wirkt sich hingegen der Wachstumsrückgang in vielen Schwellenländern aus (S.7)

- 9) Die Gewinne werden dieses Jahr auch infolge sinkender Ölpreise merklich steigen; die Lohnquote dürfte geringfügig sinken. Die Lohnstückkosten werden moderat zunehmen. [...] Als zentrale Annahme der Projektion wird unterstellt, dass der Finanzsektor stabil bleibt und es im Euroraum sowie in der Weltwirtschaft zu keinen negativen Entwicklungen kommt, in deren Folge die Verunsicherung der Wirtschaft markant steigt (S.8)
- 10) Die hohe Zuwanderung von Flüchtlingen wirkt sich zunächst nur wenig auf den Arbeitsmarkt aus. Aus dem Zustrom ergeben sich jedoch neue, gewaltige Herausforderungen. In den vergangenen Monaten wurden zahlreiche Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene getroffen, die auf eine Reduzierung der Zuwanderung abzielen, ohne dabei das Grundrecht auf Asyl in Frage zu stellen. Die Bundesregierung setzt sich außerdem intensiv für eine zügige und nachhaltige Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive ein (S.8)
- 11) Die Digitalisierung birgt große gesellschaftliche Chancen und eröffnet enorme Potenziale für zusätzliche Wertschöpfung. Dabei sind die Unternehmen in erster Linie selbst gefordert, offen, flexibel und innovativ ihre Geschäftsmodelle zu hinterfragen und neue zu entwickeln. Die Bundesregierung flankiert diesen digitalen Wandel durch angemessene Infrastrukturen und ein digital-freundliches Umfeld. Sie entwickelt den ordnungspolitischen Rahmen weiter und berücksichtigt dabei die Besonderheiten digitaler Märkte. [...] Im Frühjahr dieses Jahres wird die Bundesregierung einen Entwurf für eine 9. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vorlegen, der auch den Anforderungen der voranschreitenden Digitalisierung Rechnung trägt. (S.8)
- 12) Um die Handlungsspielräume von Unternehmen zu erweitern, treibt die Bundesregierung den Bürokratieabbau weiter voran. Die größten Entlastungsimpulse für die Wirtschaft im Jahr 2015 gehen dabei vor allem vom Bürokratieentlastungsgesetz mit einem Entlastungsvolumen von rund 700 Millionen Euro und der Vergaberechtsmodernisierung mit einem Entlastungsvolumen von gut einer Milliarde Euro aus (S.8)
- 13) Mit dem Ziel, den Zugang zu Wagniskapital für innovative Gründungen zu erleichtern, hat die Bundesregierung im September 2015 Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wagniskapital und Start-ups in Deutschland beschlossen. Sie wird diese Strategie – wie im „Eckpunktepapier Wagniskapital“ angekündigt – fortführen. Der Wagniskapitalstandort Deutschland soll auch mit Blick auf die steuerlichen Rahmenbedingungen wettbewerbsfähiger werden (S.8)
- 14) Die Bundesregierung verfolgt einen umfassenden Ansatz zur Stärkung der öffentlichen und privaten Investitionen und hat in dieser Legislaturperiode bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die Investitionsdynamik weiter zu stärken (S.8f)

Kommentar [A252]: Sq.8: Der erste Satz unterstützt Sq.:2, da er sich genau auf die dort beschriebene Thematik bezieht.

Zusätzlich dazu werden externe, internationale Einflüsse beschrieben, die sich auf die wirtschaftliche Entwicklung und das Wachstum in positiver und zum Teil auch negativer Weise auswirken.

K116: Die Bundesregierung kommuniziert einen externen Einfluss ...

Kommentar [A253]: Sq.9: Bezug auf K116: Einfluss externer, vor allem wirtschaftlicher Einflüsse auf die Gewinne und damit auf Wirtschaft und Wachstum. Sollte es aber in Euroraum oder in der Weltwirtschaft zu negativen Entwicklungen kommen, die für eine starke Verunsicherung der Wirtschaft sorgen, würden sich auch ...

Kommentar [A254]: Sq.10: Die hohe Zuwanderung von Flüchtlingen bringt neue Herausforderungen mit sich. Dennoch kann diese Herausforderung auch positive Folgen für die deutsche Wirtschaft haben, wenn es gelingt Flüchtlinge zügig und nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren (K105).

Kommentar [A255]: Sq.11: Diese Sequenz bezieht sich vor allem auf die Chance der Digitalisierung und die Art und Weise wie die Bundesregierung diese fördern will (Bezug zu: K115). Die Digitalisierung scheint im Jahr 2016 einen entscheidenden Anteil an der Wachstumsstrategie zu haben. Um ihn besser ermöglichen zu können werden sogar Gesetze und der ...

Kommentar [A256]: Sq.12: Die Handlungsspielräume für Unternehmen werden wohl primär erweitert um wirtschaftliches Wachstum generieren zu können. Die Bundesregierung unterstützt also die Wachstumsfokussierung ähnlich wie 2006 weiterhin mit Reformen und Maßnahmen. Diese zielen unter ...

Kommentar [A257]: Sq.13: Die Bundesregierung verfolgt das Ziel mehr innovative Gründungen zu ermöglichen. Innovationen sind laut Bundesregierung wie in Sequenz 4 und 7 beschrieben ein wichtiger Bestandteil von mehr Wachstum. Die Strategie, die Wagniskapitalfinanzierung zu erleichtern zielt also vor allem auf ...

- 15) Eine erfolgreiche Teilhabe an den Chancen der Digitalisierung setzt eine flächendeckende, leistungsstarke Netzinfrastruktur voraus. Ziel der Bundesregierung ist es, deren Ausbau weiter entschieden voranzutreiben. Der Breitbandausbau ist im liberalisierten Telekommunikationsmarkt in erster Linie Aufgabe der Telekommunikationsunternehmen **selbst** (S.9)
- 16) Die neue Hightech-Strategie bündelt Aktivitäten der Bundesregierung zur Förderung von Forschung und Innovationen. Die Strategie zielt darauf, Deutschlands Position im globalen Wettbewerb der Wissensgesellschaften weiter zu stärken. Zudem wurden die Förderprogramme für den innovativen Mittelstand transparenter gestaltet und gestärkt; die technologieoffene Innovationspolitik greift den Prozess von der Idee bis zum Markterfolg strukturiert auf. (S.9)
- 17) Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist die Digitalisierung ein Schlüssel zur Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Die Bundesregierung unterstützt sie dabei, die Herausforderungen zu meistern (S.9)
- 18) **Die Bundesregierung setzt ihren Kurs einer wachstumsorientierten und nachhaltigen Finanzpolitik erfolgreich fort.** Im vergangenen Jahr lag der Finanzierungssaldo des Gesamtstaates mit 0,5 Prozent des BIP erneut im positiven Bereich. Damit sind die staatlichen Haushalte insgesamt bereits im vierten Jahr in Folge annähernd ausgeglichen. Zu diesem Erfolg hat der Bund wesentlich beigetragen. **Deutschland erfüllt die nationalen und die europäischen Fiskalregeln und trägt so zu einer zügigen Rückführung der Schuldenstandsquote bei.** (S.9)
- 19) Gleichzeitig setzt die Bundesregierung spürbare Akzente im Bereich der öffentlichen Investitionen. So werden zum Beispiel die Mittel für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur im Bundeshaushalt deutlich ausgeweitet und der Energie- und Klimafonds finanziell gestärkt. Da der größte Teil der öffentlichen Investitionen aber von Ländern und Kommunen durchgeführt wird, entlastet der Bund in erheblichem Umfang Länder und Kommunen, damit diese ihre Aufgaben vor allem in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Kinderbetreuung nachhaltig finanzieren können. Für die Bewältigung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den kommenden Jahren stellt der Bund darüber hinaus bereits für die Jahre 2015 und 2016 den Ländern Mittel in Höhe von über sechs Milliarden Euro zur Verfügung (S.9)
- 20) Ein zentraler steuerpolitischer Schwerpunkt der Bundesregierung liegt auf mehr internationaler und europäischer Steuerfairness. Der Kampf im Rahmen der OECD gegen grenzüberschreitende Gewinnverlagerungen international operierender Unternehmen ist eine zentrale steuerpolitische Aufgabe der laufenden **Legislaturperiode** (S.9)
- 21) Damit das deutsche Steuerrecht den Anforderungen einer modernen Gesellschaft in einer globalisierten Welt auch künftig gerecht wird, bedarf es einer kontinuierlichen Weiterentwicklung. Damit Arbeitsplätze in unserer insbesondere durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägten Unternehmenslandschaft nicht gefährdet

Kommentar [A258]: Sq.15: Chancen der Digitalisierung wird unterstrichen und soll genutzt werden. Die diesbezüglich geplante Vorgehensweise die beschrieben wird setzt vorrangig eine flächendeckende, leistungsstarke Netzinfrastruktur voraus. All diese Maßnahmen werden ergriffen, da die Digitalisierung als Chance angesehen wird, das gegenwärtige Wachstum zu steigern bzw. zu erhalten.

Kommentar [A259]: Sq.16: In dieser Sequenz betont die Bundesregierung erneut die Wichtigkeit von Forschung aber vor allem von Investitionen für die Wirtschaftspolitik, bzw. in diesem Fall ganz besonders für die steigende Wettbewerbsfähigkeit bezgl. Forschung und Wissensgesellschaft. Die Bundesregierung fördert laut eigener Aussage die mittelstandsorientierte technologieoffene Innovationspolitik in einer ausdrücklich strukturierten ...

Kommentar [A260]: Sq.18: Ziel dieser Aussage ist es, die gegenwärtige Strategie in ein gutes Licht zu stellen und damit deren Beibehaltung zu begründen. Die Finanzpolitik ist wie bereits zuvor beschrieben auf nachhaltiges Wachstum orientiert.

Die erwähnten nationalen und europäischen Fiskalregeln scheinen auch einen Einfluss auf die deutsche ...

Kommentar [A261]: Sq.19: Die Bundesregierung setzt nach eigener Aussage spürbare Akzente im Bereich der öffentlichen Investitionen. Der Ausdruck spürbare Akzente suggeriert, dass diese Akzente sich in deutlich merklicher Weise auswirken werden. Investiert wird vor allem in Verkehrsinfrastruktur, Energie- und Klimafonds. Diese betreffen besonders die materielle Wohlfahrtsdimension, da die ...

Kommentar [A262]: Sq.20: Die Auswirkung dieser Maßnahmen sollen sich sehr wahrscheinlich vor allem darauf auswirken, dass die Unternehmen nicht weiterhin immer und immer reicher werden indem sie sich unfaire Steuervorteile verschaffen. Ziel ist es die Unternehmen gerechter zu besteuern und damit für eine gerechte Verteilung des Gewinns zu sorgen. Somit wird eine ausgeglichene ...

werden, bleibt das Ziel eine verfassungskonforme Verschönerung des Erwerbs begünstigten betrieblichen Vermögens von der Erbschaft- und Schenkungsteuer (S.9f)

- 22) Die gegenwärtige Beschäftigungslage darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Alterung der Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten aller Voraussicht nach zu einem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials führen wird. Eine verstärkte Zuwanderung von Fachkräften und die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen können die Folgen des demografischen Wandels abmildern, aber nicht umkehren. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zielt deshalb weiterhin auf eine Stärkung der Erwerbsbeteiligung. Dies erfolgt etwa durch den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, die einen wesentlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leistet. (S.10)
- 23) Um mittel- und langfristig mehr Fachkräfte zu gewinnen, ist die Attraktivität und Qualität der Berufsausbildung von zentraler Bedeutung (S.10)
- 24) Die **Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar 2015** hat die Einkommenssituation vieler Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich verbessert. Es kam zu deutlichen Lohnzuwächsen bei den niedrigsten Einkommen, insbesondere in den ostdeutschen Ländern. In zahlreichen Fällen dürfte der Mindestlohn auch dazu geführt haben, dass geringfügige Beschäftigungsverhältnisse in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt wurden. Die Bundesregierung begrüßt beide Entwicklungen. Negative gesamtwirtschaftliche Beschäftigungseffekte sind bislang nicht zu beobachten. Im laufenden Jahr wird die Lohnuntergrenze erstmals durch die Mindestlohnkommission überprüft, die sich im Wesentlichen aus Vertretern der Sozialpartner zusammensetzt (S.10)
- 25) Auch im **Gesundheitsbereich** kann die Digitalisierung dazu beitragen, Effizienzreserven zu erschließen und die Versorgung zu verbessern. Mit Big-Data-Anwendungen kann das Verständnis der Entstehung von Krankheiten weiter verbessert werden. Mit dem sog. „E-Health-Gesetz“ werden die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine sichere und vertrauenswürdige Infrastruktur – die Telematikinfrastruktur – der aktuellen Entwicklung angepasst (S.11)
- 26) Mit dem **Zweiten Pflegestärkungsgesetz** schafft die Bundesregierung einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, mit dem Pflege für körperlich und geistig eingeschränkte Menschen gleichermaßen garantiert wird (S.11)
- 27) Die **Energiewende ist eines der zentralen Projekte der Bundesregierung. Ziel ist eine umweltverträgliche und bezahlbare Energieversorgung unter Sicherstellung von Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit** (S.11)
- 28) Beim Ausbau erneuerbarer Energien im Stromsektor liegt Deutschland auf dem selbst gesetzten, anspruchsvollen Zielkurs. Ab 2017 sollen die Fördersätze grundsätzlich im Rahmen von Ausschreibungen festgelegt werden. Damit soll die Kosteneffizienz der Förderung erhöht und sichergestellt werden, dass der im EEG 2014 festgelegte Ausbaupfad für erneuerbare Energien eingehalten wird. Gleichzeitig soll die

Kommentar [A263]: Sq.21: Es werden die Anforderungen einer modernen Gesellschaft in der globalisierten Welt beschrieben und damit auf äußere internationale Einflüsse hingewiesen, die sich auf die Wachstumspolitik auswirken (siehe K116). Das Steuerrecht soll kontinuierlich weiterentwickelt werden um diesen Anforderungen gerecht zu werden also beinhaltet die Wirtschafts- und Finanzpolitik an dieser Stelle auch die Notwendigkeit von Reformen (siehe K118).

In dieser Sequenz verweist die Bundesregierung auch auf die

Kommentar [A264]: Sq.22: Trotz der gegenwärtig guten Beschäftigungslage ist es der Bundesregierung ein Anliegen, ihre Wachstums- bzw. Wirtschaftspolitik den bestehenden Herausforderungen wie dem demografischen Wandel anzupassen. Nur so kann angesichts der Alterung

Kommentar [A265]: Sq.23: Die Bundesregierung will mittel- und langfristig mehr Fachkräfte gewinnen. Hintergrund ist sehr wahrscheinlich der, dass sie bei ihrer Wachstumsstrategie auf „fachkraftintensive“ Branchen setzt. Um ein höheres Fachkräftemaß zu

Kommentar [A266]: Sq.24: Die Bundesregierung hebt in dieser Sequenz die ihrer Ansicht nach rundum positive Einführung des Mindestlohns hervor. Der Mindestlohn wird unterstützt und hat zu deutlichen Lohnzuwächsen und dem Upgrade von geringfügigen in

Kommentar [A267]: Sq.25: Diese Sequenz bezieht sich auf die Digitalisierung und die Effizienzpotentiale die diese mit sich bringt. So kann dadurch die Versorgung im Gesundheitsbereich verbessert werden und damit ein

Kommentar [A268]: Sq.26: Klare Verbesserung für die Wohlfahrtsdimension Soziales und Teilhabe

Kommentar [A269]: Sq.27: Der Energiewende wird eine hohe Bedeutung zugeschrieben. Sie wird als eines der zentralen Projekte bezeichnet. Die Bundesregierung setzt sich also an dieser Stelle auch zentral für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlage und damit für die

Akteursvielfalt gewahrt bleiben. Die spezifischen Ausschreibungsmodelle für die einzelnen Erneuerbare- Energien-Technologien sollen mit einer Novellierung des EEG in diesem Jahr festgelegt werden (S.11)

- 29) Um die Versorgungssicherheit im Strommarkt auch bei weiter ansteigenden Anteilen erneuerbaren Stroms zu garantieren, entwickelt die Bundesregierung den Strommarkt mit dem Strommarktgesetz weiter. Ziel ist es, die Marktkräfte zu stärken, Flexibilitätspotenziale zu aktivieren, die Transparenz zu erhöhen und die europäische Integration des Strommarktes zu verbessern. In Ausnahmesituationen soll eine Kapazitätsreserve die Versorgung sichern. Zur künftigen Flexibilität des Strommarkts leisten auch digitale Technologien einen wesentlichen Beitrag. Mit dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende sollen die rechtlichen Grundlagen für eine breite Anwendung digitaler Innovationen im Energiebereich ermöglicht werden. (S.11)
- 30) Deutschland steht zu seinen nationalen Klimaschutzzielen. Um die dafür notwendigen Treibhausgas-Einsparungen zu erzielen, setzt die Bundesregierung auf die im Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 enthaltenen zusätzlichen Klimaschutzmaßnahmen zur Schließung der Minderungslücke, darunter der Ausbau der erneuerbaren Energien und zahlreiche Maßnahmen für mehr Energieeffizienz (S.11)
- 31) Neben den nationalen Anstrengungen zum Klimaschutz setzt sich die Bundesregierung außerdem für die Umsetzung der europäischen und internationalen Klimaziele und die Fortführung der 2015 beschlossenen Reform des europäischen Emissionshandels ein (S.11)
- 32) Die Steigerung der Energieeffizienz ist wichtig für den Erfolg der Energiewende und trägt zum Klimaschutz bei (S.11)
- 33) Die Finanzmarktreformen zielen darauf, das Vertrauen in den Finanzsektor nachhaltig zu stärken und die Steuerzahler davor zu schützen, erneut für Finanzinstitute in Schieflagen eintreten zu müssen. Wer in der Marktwirtschaft Risiken eingeht, soll auch für diese haften. Um ein Ausweichen der Marktteilnehmer in weniger regulierte Bereiche zu verhindern, ist ein gemeinsames Vorgehen auf internationaler Ebene wichtig. Aus diesem Grund setzt sich die Bundesregierung für gemeinsame europäische und internationale Regeln ein (S.12)
- 34) Mit dem Ersten und dem geplanten Zweiten Finanzmarktnovellierungsgesetz wird die Bundesregierung europäische Vorgaben zur Verbesserung der Transparenz und Integrität der Kapitalmärkte und des Anlegerschutzes umsetzen. Außerdem hat die Bundesregierung die Transparenzvorgaben für börsengehandelte Wertpapiere verschärft. Die Bundesregierung setzt sich weiterhin für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ein. Sie soll möglichst alle Finanzinstrumente umfassen. Es gilt, negative Auswirkungen auf Kleinanleger, Realwirtschaft und Altersversorgung sowie unerwünschte Verlagerungen im Finanzsektor zu vermeiden (S.12)
- 35) Die Arbeiten zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion müssen weiter fortgesetzt werden. Aus Sicht der Bundesregierung muss das Ziel der Fortentwicklung

Kommentar [A270]: Sq.28: Den strengen Kurs beim Ausbau erneuerbarer Energien im Stromsektor, der sich positiv auf den ökologischen Wohlstand auswirken wird, hat sich die Bundesregierung selbst auferlegt. Er ist der Bundesregierung also nicht von externen Kräften wie bspw. der EU „aufgenötigt“ worden und wird mit Hilfe bestimmter Gesetze wie dem EEG unterstützt.

K127: Der Ausbau von ökologischem Wohlstand erfolgt aus eigenem ...

Kommentar [A271]: Sq.29: Die Ausgestaltung der Energiewende und der Schutz der Umwelt sind im Vergleich zum Jahreswirtschaftsbericht 2006 schon relativ konkret ausgestaltet.

Kommentar [A272]: Sq.30: Auch hier bezieht sich die Bundesregierung auf nationale Klimaschutzziele. Der Ausbau ökologischen Wohlstandes wird nicht auf positive wirtschaftliche Auswirkungen hin ausgelegt, sondern dient dem Anschein nach primär der ...

Kommentar [A273]: Sq.31: Die Bundesregierung verfolgt diese ökologischen Ziele nicht nur aus eigenem Antrieb, sie setzt sich sogar dafür ein, dass diese in entsprechenden Reformen auf europäischer Ebene durchgesetzt werden. Damit könnte die ...

Kommentar [A274]: Sq.32: Steigerung der Energieeffizienz wird von der Bundesregierung vor allem angestrebt um den Erfolg der Energiewende und den Klimaschutz zu gewährleisten.

Kommentar [A275]: Sq.33: Die Bundesregierung plant das Vertrauen in den Finanzsektor nachhaltig zu stärken. Zudem sollen Steuerzahler davor geschützt werden, für die Risiken anderer haften zu müssen. Vielmehr sollen diejenigen die die Risiken eingehen auch eigens für die ...

Kommentar [A276]: Sq.34: Die Bundesregierung beschreibt hier die erfolgreiche Umsetzung europäischer Vorgaben in neue Gesetze. Besonders negative Auswirkungen auf Kleinanleger und Altersversorgung sollen künftig vermieden werden. Dies bedeutet möglicherweise eine ...

eine international wettbewerbsfähige Wirtschafts- und Währungsunion sein, die das Versprechen der Europäischen Union von Demokratie, Rechtsstaat, Sicherheit, Stabilität, Wohlstand und Arbeitsplätzen erfüllt. Hierzu gehören stabile öffentliche Finanzen, ein modernes Staatswesen, attraktive Investitionsbedingungen und ein offener Binnenmarkt (S.12)

- 36) Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die private Investitionstätigkeit in Europa teilweise bis heute ins Stocken geraten. Die Europäische Kommission hat daher im November 2014 eine Investitionsinitiative eingeleitet. Ein tragendes Element der Initiative ist der neu geschaffene Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI). Deutschland wird die europäische Investitionsinitiative substanziell unterstützen und über die KfW rund acht Milliarden Euro zur Finanzierung von EFSI-Projekten bereitstellen (S.12)
- 37) Die Beschäftigung – vor allem von jungen Menschen – zu stärken, ist angesichts der weiterhin hohen Jugenderwerbslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten eine der zentralen Herausforderungen für Europa. Die Bundesregierung beteiligt sich im Rahmen der europäischen Beschäftigungspolitik an zahlreichen Programmen und führt auch eigene Maßnahmen durch (S.12)
- 38) Wirtschaftliches Wachstum ist eine wesentliche Grundlage des Wohlstands in Deutschland: Das Wirtschaftswachstum zu stärken ist daher ein wesentliches Ziel der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung. Neben der Höhe des Wachstums steht auch die Qualität des Wirtschaftswachstums im Fokus wirtschafts- und finanzpolitischer Erwägungen (S.13)
- 39) Gemeinsam mit der Wirtschaft und anderen Akteuren verfolgt die Bundesregierung das Ziel einer wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung. Dabei orientiert sie sich unter anderem an der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen und setzt diese in Deutschland um (S.13)
- 40) Mit der Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – Was uns wichtig ist“ hat die Bundesregierung die Diskussion um Wirtschaftswachstum und Lebensqualität sowie Konzepte der Wohlfahrtsberichterstattung aufgegriffen. Bis zum Ende des ersten Halbjahres 2016 wird sie einen Bericht vorlegen, der ein zeitgemäßes Indikatoren- und Berichtssystem zur Lebensqualität in Deutschland enthalten und – neben den Zielen und Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie – als Orientierung für die künftige Politik der Bundesregierung dienen soll (S.13).
- 41) Die Energiewende ist eines der zentralen Projekte der Bundesregierung. Ziel ist eine umweltverträgliche und bezahlbare Energieversorgung unter Sicherstellung von Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit (S.20)
- 42) Deutschland hat in den vergangenen Jahrzehnten von der Liberalisierung globaler Handelsbeziehungen stark profitiert. Die Bundesregierung tritt daher für eine Handelspolitik ein, die auf weitere Marktöffnung auch gegenüber Staaten und Regionen außerhalb Europas zielt und so einen Beitrag für mehr Wachstum und

Kommentar [A277]: Sq.35: Die Bundesregierung folgt der Zielvorgabe, die Wirtschafts- und Währungsunion zu vertiefen. Erreicht werden soll die Fortentwicklung einer international wettbewerbsfähigen Wirtschafts- und Währungsunion. Zur Steigerung der Wirtschaftsleistung und damit verbunden des Wachstums strebt die Bundesregierung also nach der Ausgestaltung wettbewerbsfähiger transnationaler ...

Kommentar [A278]: Sq.36: Investitionen sollen wie bereits mehrfach durch die Bundesregierung beschrieben zu Wachstum führen. Die Investitionsinitiative der Europäischen Kommission zielt ebenfalls auf mehr Investitionen und damit Wachstum ab, nachdem die Investitionstätigkeit ...

Kommentar [A279]: Sq.37: In dieser Sequenz wird die Stärkung der Beschäftigung junger Menschen als Herausforderung bezeichnet. Diese erfordert Programme, die die Beschäftigung vor allem junger Menschen stärken und sich somit wohl besonders auf die soziale und ...

Kommentar [A280]: Sq.38: Wirtschaftliches Wachstum wird zunächst sehr klar und eindeutig als wesentliche Grundlage des Wohlstands beschrieben. Diese Aussage wird zum einen getroffen, um die Wachstumspolitik zu begründen. Zum anderen transportiert sie die ...

Kommentar [A281]: Sq.39: Das von der Bundesregierung kommunizierte Ziel ist das einer wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung.

Dabei verweist die Bundesregierung auf eine Orientierung an der Agenda ...

Kommentar [A282]: Sq.40: Die Bundesregierung nimmt an dieser Stelle Bezug auf die Frage nach geeigneten Konzepten zur Berichterstattung über Wohlfahrt bzw. Wohlstand. Es wurde also erkannt, dass Wohlstand nicht ausschließlich mit dem BIP erfasst ...

Kommentar [A283]: Sq.41: Energiewende wird nur dann angestrebt, wenn Wettbewerbsfähigkeit sichergestellt wird. Wachstum und (ökologischer) Wohlstand scheinen in der Prioritätensetzung ebenbürtig zu sein, eventuell sogar mit leichten Vorteilen ...

Beschäftigung leistet. Neben den Bemühungen auf multilateraler Ebene setzt sich die Bundesregierung für bilaterale Freihandelsabkommen ein (S.21)

- 43) **Wirtschaftswachstum ist eine wichtige Voraussetzung zur Bewältigung bestehender Herausforderungen und trägt zur Lebensqualität der Menschen in Deutschland bei. Deshalb ist es nach wie vor ein wichtiger, wenn auch nicht der einzige Indikator, an dem sich die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ausrichtet.** Die internationale Diskussion zur Wohlfahrtsmessung ebenso wie die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ zeigen, dass die Aussagekraft des Bruttoinlandsprodukts im Hinblick auf die Wohlfahrt begrenzt ist. Mit der Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – Was uns wichtig ist“ greift die Bundesregierung diese Diskussion auf (S.22)

- 44) Bei der Umsetzung der Energiewende achtet die Bundesregierung darauf, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern (S.43f)

- 45) Die Diskussion zur Lebensqualität in Deutschland rückt die Qualität des Wirtschaftswachstums noch stärker ins Zentrum wirtschafts- und finanzpolitischer Erwägungen. Ob und wie stark quantitatives Wirtschaftswachstum zu mehr gesellschaftlicher Lebensqualität beiträgt, hängt von zahlreichen Faktoren ab, etwa von der Qualität der Arbeitsplätze, dem Umfang der Arbeitszeit oder dem Ausmaß der Luftverschmutzung. Auch verteilungspolitische Merkmale wie der Grad der Einkommens- und Vermögensungleichheit oder die Verteilung von Erwerbsarbeit können die Lebensqualität beeinflussen (S.61)

Kommentar [A284]: Sq.42: Die Wachstumspolitik der Bundesregierung schließt bilateralen und multilateralen freien Handel mit ein. Die Marköffnung gegenüber Staaten außerhalb Europas und die Bildung von Freihandelsabkommen sind dabei die zentralen Zielsetzungen um mehr Wachstum zu erreichen
K134: Die Bundesregierung hebt die Bedeutung von Marköffnung und verstärkten bilateralen/multilateralen internationalen Handel für Wachstumszuwachs hervor

Kommentar [A285]: Sq.43: Wirtschaftswachstum wird nach wie vor als wichtig, aber nicht (mehr) als einziger Indikator beschrieben. In dieser Sequenz wirkt es fast so als hätte früher Wirtschaftswachstum als einziger Indikator für die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik gegolten, aber es wird versucht dies zu überspielen. Die Sichtweise der Indikatoren, an denen sich die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ausrichtet befindet sich ...

Kommentar [A286]: Sq.44: Energiewende wird zwar angestrebt aber gleichzeitig auf Beibehaltung der Wettbewerbsfähigkeit geachtet. Dies bedeutet, dass die Bundesregierung der Wettbewerbsfähigkeit und damit wirtschaftlichem Wachstum einen mindestens gleich hohen Stellenwert einräumt wie ökologischer Nachhaltigkeit die sich auf den ökologischen Wohlstand auswirkt.

Kommentar [A287]: Sq.45: Angesichts der Diskussion um Lebensqualität (siehe Sq.40;43) will die Bundesregierung Wachstum dem Wohlstand nicht unterordnen, sondern vor allem verstärkt auf die Qualität des Wachstums achten. Die Art, also die Qualität des quantitativen Wirtschaftswachstums ist laut dieser Sequenz dafür verantwortlich, inwiefern dieses Wachstum zu mehr gesellschaftlicher Lebensqualität ...

Kommentar [A288]: K101: Die Bundesregierung ist davon überzeugt, dass die gute Erwerbsituation (Rekord an erwerbstätigen Menschen) durch das stabile Wachstum begründet ist. In Bezug auf den Wachstumsbegriff der Bundesregierung nach dem in der Forschungsfragegefragt wird, würde das bedeuten, dass Wachstum und Beschäftigung für die Bundesregierung eng miteinander zusammenhängen ...

7. Kategorien erste Abstraktionsebene

These K101: Stabiles Wachstum ist der Grund für den Rekordwert an erwerbstätigen **Menschen**.

Umkehrschluss: Beschäftigungslage wird stark von der gegenwärtigen Wachstumslage beeinflusst

Sq.:1; 6

K102: Privater Konsum und Binnennachfrage (und damit auch der materielle Wohlstand der Bevölkerung) laut Bundesregierung als tragende Säulen des Wachstums

Sq.:1; 8;

K103: Gute Wirtschaftliche Ausgangslage (verursacht durch stabiles Wachstum) ermöglicht bzw. erleichtert es aus Sicht der Bundesregierung, zukünftigen Herausforderungen und drohenden Krisen begegnen zu können

Sq.:2; 4; 38

K104: Ein Zuwachs an Wachstum und die damit verbundene gute wirtschaftliche Ausgangslage sind laut Bundesregierung nötig, um den derzeitigen Zustand Deutschlands zu sichern, bzw. verbessern zu können

Sq.: 2; 4; 38; 43

K105: Die deutsche Bundesregierung bezieht sich in der Ausgestaltung ihrer Wirtschaftspolitik angesichts großer bestehender Herausforderungen bewusst auf die Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit. Die angesprochenen Herausforderungen haben also einen Einfluss auf die wirtschaftspolitische Strategie und damit auch ein Stück weit auf Wachstums- und Wohlstandspolitik.

Sq.: 3; 10; 22; 37; 41; 43

K106: Investitionen und Innovationen sind aus Sicht der Bundesregierung der Schlüssel zu höherem Wachstum und Wohlstand

Sq.: 4; 7; 14; 16; 29; 36

K107: Für die Wachstumsstrategie der Bundesregierung sind kleinere und mittelständische Unternehmen und die Förderung dieser von elementarer Bedeutung

Sq.: 4; 16; 17; 21

K108: Die Ausgestaltung der deutschen Wirtschaftspolitik und damit auch die Ausgestaltung bezüglich Wohlstand und Wachstum orientiert sich an übergeordneten nationalen Leitlinien wie bspw. der sozialen Marktwirtschaft oder der deutschen Verfassung

Sq.: 5; 18; 21

K109: Die Bundesregierung ist fest überzeugt, dass an den Vorteilen der freien Marktwirtschaft festgehalten werden muss, um zukunftsfähig zu bleiben

Sq.: 5; 7; 38

Kommentar [A289]: K102: Zwei Säulen des Wachstums die durch die Bundesregierung hervorgehoben werden sind Konsum und Binnennachfrage. Das Wachstumsverständnis der Bundesregierung stützt sich also 2016 unter anderem auf diese beiden tragenden Säulen. Indirekt bedeutet das auch, dass der materielle Wohlstand der Bevölkerung sich ...

Kommentar [A290]: K103: Diese Kategorie beinhaltet die These, dass die gute wirtschaftliche Ausgangslage die unter anderem durch stabiles Wachstum verursacht wurde notwendig bzw. hilfreich ist um zukünftigen Herausforderungen ...

Kommentar [A291]: K104: Um bezüglich der Forschungsfrage auf den Wachstumsbegriff einzugehen, untersuche ich, wie sich Wachstum laut der Bundesregierung auf den Zustand Deutschlands auswirkt. ...

Kommentar [A292]: K105: Die deutsche Wirtschaftspolitik und damit auch gewissermaßen die Ausgestaltung von Wachstum und Wohlstand werden beeinflusst durch große Herausforderungen, für die die Bundesregierung mit einer guten ...

Kommentar [A293]: K106: Diese Kategorie umfasst alle Sequenzen, in denen die Bundesregierung die unumgängliche Notwendigkeit von Investitionen und Innovationen für das Stärken von Wachstum und Wohlstand herausstellt. Investitionen ...

Kommentar [A294]: K107: Bezüglich des Wachstumsbegriffes der Bundesregierung nachdem in der Forschungsfrage gefragt wird, wird in dieser Kategorie die These transportiert, dass kleinere und mittelständische Unternehmen ...

Kommentar [A295]: K108: Diese Kategorie steht dafür, dass die deutsche Bundesregierung ihre Wirtschaftsweise und damit auch die Ausgestaltung von Maßnahmen, die Wachstum und Wohlstand betreffen stets nach dem übergeordneten ...

Kommentar [A296]: K109: Da der Anspruch der sozialen Marktwirtschaft unter anderem ist, die Vorteile der freien Marktwirtschaft wie wirtschaftliche Leistungsfähigkeit oder hohe Güterversorgung zu verwirklichen und die soziale ...

These K110: Aus Sicht der deutschen Bundesregierung ist Wachstum eine wesentliche Grundlage für Wohlstand

Sq.:6; 38; 43; 45

Kommentar [A297]: K110: Diese Kategorie vertritt die These, dass die Bundesregierung den Effekt von Wachstum auf den materiellen Wohlstand als äußerst positiv einschätzt.

K111: Die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit von insgesamt durchschnittlich steigendem materiellen Wohlstand wird von der Bundesregierung größtenteils nicht thematisiert

Sq.: 6; 20;

Kommentar [A298]: K111: Laut einiger Stimmen, die auch im Forschungsstand des Forschungsberichtes behandelt werden, krankt der Wohlstandsindikator des BIP unter anderem daran, dass er die Verteilungsgerechtigkeit nicht erfasst. Es gibt bereits Vorschläge über andere Indikatoren, die die Verteilungsgerechtigkeit in die Wohlstandsmessung miteinbeziehen. In dieser Kategorie werden die ...

K112: Das Verständnis von Zukunftsfähigkeit und Wohlstandserhalt der Bundesregierung setzt stark auf Wachstum und eine starke Wirtschaft und ist damit konträr zu dem der Postwachstumsbewegung

Sq.: 5; 41; 43; 45

Kommentar [A299]: K112: In Bezug auf die Forschungsfrage ist das deshalb interessant, weil so klar ist, dass die Zukunftsfähigkeit Deutschlands von wirtschaftlicher ...

K113: Das Wachstumsverständnis der Bundesregierung ist auf Nachhaltigkeit (im Sinne von Dauerhaftigkeit) und Zukunftsfähigkeit ausgelegt

Sq.:5; 7; 18; 39;

Kommentar [A300]: K113: Auf die Frage nach dem Wachstumsverständnis der Bundesregierung hin, vereint diese Frage alle Sequenzen, die ...

K114: Das Streben nach mehr Wachstum ist der zentrale Bestandteil der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung

Sq.: 7; 18; 38; 43; 45

Kommentar [A301]: K114: Die Forschungsfrage fragt unter anderem danach, welchen Wachstumsbegriff, bzw. welchen Stellenwert von Wachstum die Bundesregierung ...

K115: Ein wichtiger Pfeiler wirtschaftlichen Wachstums ist für die Bundesregierung 2016 die Digitalisierung

Sq.:7; 11; 15; 16; 17

Kommentar [A302]: K115: Das Wachstumsstreben der Bundesregierung soll 2016 zu großen Teilen auf Digitalisierung aufbauen. Diese Kategorie thematisiert die ...

K116: Die Bundesregierung kommuniziert einen externen Einfluss durch die internationale Wirtschaftslage in der globalisierten Welt auf die Entwicklung von Wirtschaft und Wachstum

Sq.:8; 9; 21

Kommentar [A303]: K116: Das Wachstumsverständnis der Bundesregierung beinhaltet die Sichtweise, dass die internationale Wirtschaftslage mit Einflüssen wie ...

K117: Die Bundesregierung setzt sich für die Verbesserung der Wohlstandsdimension Soziales und Teilhabe ein

Sq.: 10; 19; 22; 24; 25; 26; 37; 39

Kommentar [A304]: K117: In dieser Kategorie werden jene Sequenzen zusammengefasst, in denen die Bundesregierung sich für den Erhalt oder die Förderung des Wohlstand ...

K118: Die Bundesregierung verstärkt die wirtschafts- und finanzpolitische Wachstumsausrichtung unter anderem mit gesetzliche Änderungen und Reformen

Sq.:12; 13; 21

Kommentar [A305]: K118: Im Jahreswirtschaftsbericht tauchen immer wieder Vorschläge für gesetzliche Änderungen und Reformen auf, die die ...

K119: Ein wichtiger Bestandteil der Wachstumsstrategie der Bundesregierung ist die Erleichterung der Wagniskapitalfinanzierung. Wachstum baut demnach also auch auf Wagniskapital auf

Kommentar [A306]: K119: Das Wachstumsverständnis der Bundesregierung ist mitgeprägt von dem Vorhandensein von Wagniskapitalfinanzierungen. ...

Sq.:13;

K120: Die Wachstumsstrategie der Bundesregierung beinhaltet Risiken, die aber nicht weiter kommuniziert werden. Stattdessen erfolgt die Betrachtung von Wachstum einseitig und meist durchweg positiv

Sq.:13;

K121: Der Wunsch nach internationaler Wettbewerbsfähigkeit nimmt für die Bundesregierung bei der Ausgestaltung ihrer Wirtschaftspolitik bzw. Wohlstands- und Wachstumsstrategie einen hohen Stellenwert ein

Sq.:13; 16; 17; 27; 35; 44

K122: Die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Bundesregierung (auch in Bezug auf Wachstums- und Wohlstandsbegriff) wird unter anderem geprägt von leitenden EU-Richtlinien und Maßnahmen

Sq.:18; 34; 35; 36; 37

K123: Die Bundesregierung setzt sich für den Ausbau und Erhalt ökologischen Wohlstands ein

Sq.:19; 27; 28; 29; 30; 39; 41; 44

K124: Die Bundesregierung setzt sich für den Ausbau und Erhalt materiellen Wohlstands ein

Sq.:19; 20; 21; 22; 24; 25; 33; 34; 37; 39

K125: Die Attraktivität und Qualität von Bildung und Berufsausbildung und das damit verbundene Vorhandensein von zahlreichen Fachkräften haben für die Wachstumsstrategie der Bundesregierung eine zentrale Bedeutung

Sq.:23;

K126: Für die Bundesregierung stehen die wirtschaftlichen Ziele der Wachstumszunahme tendenziell gleichauf oder sogar über Bestrebungen zur Gewährleistung von Wohlstand

27; 38; 41; 44

K127: Der Ausbau von ökologischem Wohlstand erfolgt aus eigenem Antrieb (selbstaufgelegte Energiewende, nationale Klimaschutzziele etc.)

Sq.:28; 30

K128: Die Digitalisierung wirkt sich laut Bundesregierung unterstützend auf den Wohlstand aus

Sq.:25; 29;

Kommentar [A307]: K120: Diese etwas kritische These bezieht sich auch auf den Wachstumsbegriff der Bundesregierung bzw. auf die Strategie auf dem Weg zu mehr Wachstum. Sie behauptet, bzw. unterstellt, dass die Wachstumsstrategie durchaus auch einige Risiken enthält, die aber von der Bundesregierung weitestgehend ausgeklammert werden. Die Betrachtungsweise von Wachstum ...

Kommentar [A308]: K121: Bei der Wachstumsstrategie der Bundesregierung bzw. dem Verständnis von Wachstum ist eine der zentralen Bestrebungen die nach ...

Kommentar [A309]: K122: Einer der leitenden Einflüsse auf den Wachstums- und den Wohlstandsbegriff und auch allgemein auf die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Bundesregierung si ...

Kommentar [A310]: K123: In dieser Kategorie werden jene Sequenzen zusammengefasst, in denen die Bundesregierung sich für den Erhalt oder die Förderung ökologischen Wohlstandes einsetzt bzw. wichtig ...

Kommentar [A311]: K124: In dieser Kategorie werden jene Sequenzen zusammengefasst, in denen die Bundesregierung sich für den Erhalt oder die Förderung materiellen Wohlstandes einsetzt bzw. wichtig ...

Kommentar [A312]: K125: In Bezug auf das durch die Leitfrage untersuchten Wachstumsverständnisses, stellt diese These die Behauptung auf, dass die Wachstumsstrategie der ...

Kommentar [A313]: K126: In manchen Sequenzen wirkt es, als wären aus Sicht der Bundesregierung Wohlstand und Wachstum ungefähr gleichwichtig, was ihren Stellenwert in der deutschen Politik angeht (z.B. ...

Kommentar [A314]: K127: Der Kurs der Bundesregierung zur Wohlstandsverbesserung erfolgt aus eigenem Antrieb. In diesem Fall werden keine EU-Leitlinien beschreiben die wirkmächtig den ...

Kommentar [A315]: K128: Nicht nur das Wachstumsstreben der Bundesregierung soll 2016 zu großen Teilen auf Digitalisierung aufbauen. So wird sich laut den Aussagen der Bundesregierung die Digitalisierung ...

K129: Die Bundesregierung setzt sich für die Ausgestaltung finanzieller und ökologischer Wohlstands-Rahmenvorgaben auf europäischer Ebene und teilweise sogar auf internationaler Ebene ein

Sq.:31; 33; 35

K130: Energieeffizienz wird laut Bundesregierung verstärkt mit der Motivation angestrebt zur erfolgreichen Energiewende und zum Klimaschutz beizutragen

Sq.:32;

K131: Zur Stärkung von Wirtschaft und Wachstum strebt die Bundesregierung eine vertiefte, wettbewerbsfähige Wirtschafts- und Währungsunion an

Sq.: 35;

K132: Die Ausgestaltung der deutschen Wirtschaftspolitik und damit auch die Ausgestaltung bezüglich Wohlstand und Wachstum orientiert sich an übergeordneten internationalen Leitlinien wie bspw. der Agenda2030

Sq.:39

K133: Die Bundesregierung hat die Schwäche von BIP als Wohlstandsindikator erkannt und sucht nach alternativen Indikatoren

Sq.: 40; 43

K134: Die Bundesregierung hebt die Bedeutung von Marktöffnung und verstärkten bilateralen/multilateralen internationalen Handel für Wachstumszuwachs hervor

Sq.:42

K135: Die Bundesregierung bestätigt den Einfluss der Enquete-Kommission und anderer ähnlicher Akteure auf internationaler Ebene auf die veränderte Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik bezüglich Wachstum und Wohlstand

Sq.:40; 43

K136: Angesichts der bestehenden Diskussion um die Art und Weise wie Lebensqualität/Wohlstand gemessen werden können plant die Bundesregierung mehr auf die Qualität des quantitativen Wirtschaftswachstums zu achten

Sq.:45

K137: Wirtschaft hat sich trotz Krisen bewährt

Sq. 1, 6, 18

Kommentar [A316]: K129: Die Bundesregierung verfolgt die beschriebenen Maßnahmen zu finanzieller Gerechtigkeit (Sq.33) und ökologischen Ziele nicht nur aus eigenem Antrieb, sie setzt sich sogar dafür ein, dass diese in entsprechenden Reformen auf europäischer Ebene und teilweise auch auf internationaler Ebene durchgesetzt werden. Damit könnte die Bundesregierung eine wichtige ...

Kommentar [A317]: K130: Die Steigerung der Energieeffizienz wird von der Bundesregierung vor allem unter der priorisierten Motivation den Erfolg der Energiewende und den Klimaschutz zu gewährleisten, angestrebt. Die Energieeffizienz wird ...

Kommentar [A318]: K131: Auf dem Weg zu einer stärkeren Wirtschaft und mehr Wachstum strebt die Bundesregierung auch nach einer vertieften transnationalen Staatenkooperation, insbesondere im Rahmen der Wirtschafts- und ...

Kommentar [A319]: K132: Mit der Agenda 2030 wirken sich neben nationalen und europäischen Leitlinien auch internationale Leitlinien auf die Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik aus. Davon ist auch die Ausgestaltung von Wachstum und ...

Kommentar [A320]: K133: Diese Kategorie steht dafür, dass die Bundesregierung die Schwäche von BIP als Wohlstandsindikator erkannt hat und dies auch kommuniziert und deshalb nun nach geeigneten Alternativen sucht. Das bedeutet, dass ...

Kommentar [A321]: K134: Eine wichtige Dimension auf dem Weg zu mehr Wachstum scheint für die Bundesregierung die Öffnung Deutschlands gegenüber dem weltweiten Markt, sowie spezielle ...

Kommentar [A322]: K135: Ein nicht zu unterschätzender Einfluss auf den Wandel des Wohlstands- bzw. Wohlfahrtsverständnisses geht von der Enquete Kommission und vergleichbarer zusätzlicher Akteure auf internationaler Ebene aus. Diese ...

Kommentar [A323]: K136: Nach der Erkenntnis, dass Wirtschaftswachstum nicht unbedingt zu besserer Lebensqualität und mehr Wohlstand führen muss verändert die Bundesregierung ihre wirtschaftspolitische Ausrichtung und ...

K138: Materielle Wohlstandsdimension steht nicht mehr so stark im Vordergrund

Sq. 1, 40, 43, 45

K139: Wohlstandsdimension soziales und Teilhabe braucht Wachstum und unterliegt Wachstumsprämisse

Sq.1, 4, 15, 22

K140: Ökologische Wohlstandsdimension braucht Wachstum und muss genug Raum für Wachstum lassen

Sq.: 27, 44

K141: Wachstumsorientierte und nachhaltige Finanzpolitik

Sq. 18

K142: Wohlstandsdimension losgelöst von Wachstumsstreben kommt zur Geltung:

Sq. 15, 19, 24, 25, 26, 28, 29, 30, 31, 32, 37, 40, 41

Integration von Flüchtlingen, Teilhabe der Gesellschaft an Pflege, Bildung usw. und Energiewende als Ziel um des ökologischen Willens

K143: Konflikt zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen – neben Höhe des Wachstums steht auch Qualität des Wachstums im Fokus wirtschafts- und finanzpolitischer Erwägungen

Sq. 27, 38, 39, 40, 43, 45

K 144: Umwelt- und Sozialverträglich unter Sicherstellung von Wettbewerbsfähigkeit

Sq. 27, 43

K145: Reaktion auf die Krisen (Energiewende und Finanzmarktreformen) Regierung bleibt aber innerhalb des Wachstumsparadigmas

Sq. 28,29, 30, 31, 33, 34, 35, 40, 41

K146: Orientierung an UN

Sq. 39

8. Kategorien zweite Abstraktionsebene

K201: Am meisten erwähnte Voraussetzungen für mehr Wachstum/ erfolgreiches Wirtschaften

Bestehend aus: K102; K106; K125

K202 Lebensqualität/Wohlstand der Bevölkerung abhängig von Wachstum

K101; K103; K104; K110

K203: Die Bundesregierung unternimmt Bemühungen zum Erhalt und zur Förderung von Wohlstand

K117; K123; K124

K204: Einflüsse, von denen die Ausgestaltung von Wachstum und Wohlstand mitgeprägt wird

K105; K114; K116; K121; K135

K205: Wohlstand als Voraussetzung für Wachstum -

K120; K126

K206: Die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Bundesregierung (auch in Bezug auf Wachstums- und Wohlstandsbegriff) unterliegt leitenden Rahmenbedingungen (Könnte auch Unterkategorie von K204 sein)

K108; K122; K132

K207: Entscheidende strategische Pfeiler, um Wachstum zu erreichen

K107; K115; K118; K119; K131; K134

K208: Starker Bezug auf Nachhaltigkeit im Sinne von Zukunftsfähigkeit

K105; K109; K112; K113

K209: Trotz der Krisen hat sich die Wirtschaft bewährt, Bundesregierung behält Wachstumsparadigma bei und sieht Wachstum sehr positiv

K120; K126; K137; K145; K205

K210: Die Bundesregierung ist bezüglich des Wohlstandsbegriffes nicht mehr so stark auf materielles Wachstum fixiert, auch Wohlstandsdimensionen losgelöst vom Wachstumsstreben erhalten Beachtung

K138, K142

K211: Konflikt zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen – neben Höhe des Wachstums steht auch Qualität des Wachstums im Fokus wirtschafts- und finanzpolitischer Erwägungen

K143

Kommentar [A324]: K201: In dieser Überkategorie werden die Kategorien gesammelt, die aktuelle Voraussetzungen für mehr Wachstum und erfolgreiches Wirtschaften, die von der Bundesregierung in der aktuellen Wirtschaftspolitik als sehr wichtig angesehen wurden

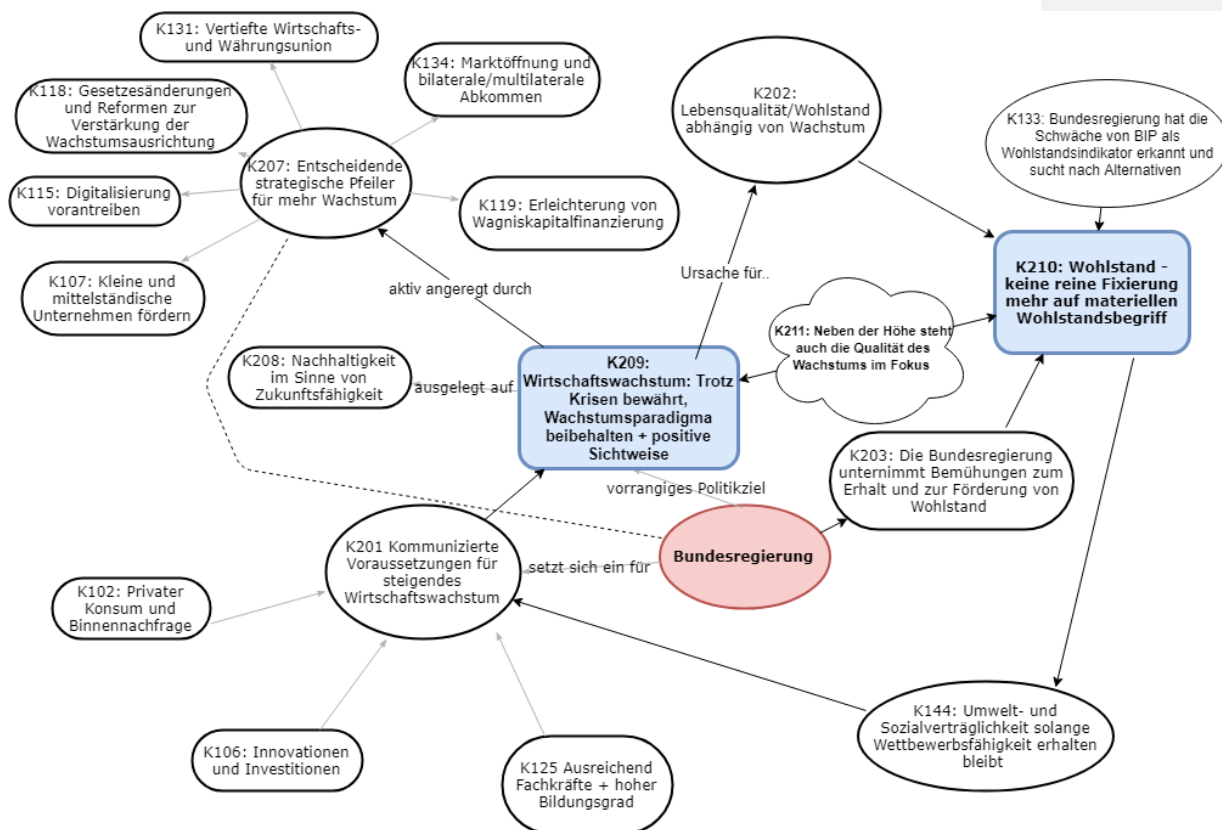
Kommentar [A325]: K202: Diese Kategorie fasst all die Kategorien zusammen, die die These vertreten, dass die Bundesregierung Wachstum als zentrale Säule für Wohlstand sieht. Verschiedene Aspekte, die potenziell zu mehr Wohlstand führen und als abhängig vom Wachstum beschrieben werden, werden in dieser Kategorie zusammengefasst.

Kommentar [A326]: K203: In dieser Überkategorie werden jene Kategorien zweiten Abstraktionsgrades zusammengefasst, in denen wichtige Maßnahmen beschrieben werden, die zum Erhalt oder der Förderung von Wohlstand beitragen sollen. Diese müssen nicht zwingend explizit formuliert das Wohlstandsziel in sich tragen. In Bezug auf die Leitfrage erhoffe ich mir so einen Aufschluss auf den Stellenwert von Wohlstand (auch gegenüber bspw. Wachstum) und das Verständnis von Wohlstand der Bundesregierung zu erhalten. ...

Kommentar [A327]: K204: In dieser Kategorie werden die am zentralsten kommunizierten aktuellen Einflüsse auf die Ausgestaltung der deutschen Wirtschaftspolitik und damit von Wachstum und Wohlstand zusammengefasst.

Kommentar [A328]: K206: Verschiedene Leitlinien auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene geben der deutschen Wirtschaftspolitik einen Rahmen vor und wirken sich somit auch auf die Ausgestaltung von Wachstum und Wohlstand aus. Dieser Rahmen bestimmt gewisse Maßnahmen und Zielrichtungen die die innenpolitisch ...

Kommentar [A329]: K207: In dieser Überkategorie werden die Kategorien gesammelt, die die für die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode scheinbar besonders zentralen strategischen wirtschaftspolitischen Pfeiler auf dem Weg zu mehr Wachstum zusammen fassen.



Um Zusammenhänge zwischen den Kategorien sichtbar zu machen und einige zentrale Kategorien in ein Verhältnis zueinander zu setzen, habe ich auch zu den Erkenntnissen bezüglich des Jahreswirtschaftsberichtes von 2016 eine auf den Kategorien aufbauende Mindmap erstellt. Diese mag auf den ersten Blick etwas unübersichtlich wirken, aber es war übersichtlicher, als all die Verknüpfungen die zwischen den verschiedenen Kategorien bestehen sprachlich wiederzugeben. Zur Vermeidung von zu großer Übersichtlichkeit wurden einige Kategorien die auch wichtig sind in dieser Mindmap nicht berücksichtigt. Auf diese und den Inhalt der Mindmap wird im schriftlich ausgearbeiteten Forschungsbericht genauer eingegangen. Ziel der Mindmap ist es aber unter anderem auch die Schlüsselkategorie graphisch zu verdeutlichen.

Auch **2016** hat sich die **Schlüsselkategorie** meiner Ansicht nach nicht verändert. Schlüsselkategorie ist immer noch die **Unverzichtbarkeit von Wachstum und die positive**

Sichtweise darauf von Seiten der Bundesregierung. Einige Dinge haben sich seit 2006 gewandelt und verändert. Diese werden im schriftlichen Forschungsbericht näher beleuchtet. Wachstum ist für die Bundesregierung nach wie vor unverzichtbar. Fast alle anderen Kategorien beziehen sich in irgendeiner Form auf die starke Wachstumsorientierung oder werden davon beeinflusst. Wie 2006 ist das Wachstumsstreben in wirtschafts- und finanzpolitischer Strategie, Wohlstandsstreben und vielen anderen Aspekten verwurzelt. Doch **anders als im Jahr 2006** hat sich die **Sichtweise auf die Bewertung von Lebensqualität und Wohlstand leicht geändert**. Die Bundesregierung hat die Schwäche von BIP als Wohlstandsindikator (auch wegen des Einflusses der im Forschungsbericht behandelten Enquete-Kommission) erkannt. Dies hat aber keine völlige Transformation der Wirtschaftspolitik zur Folge, sondern nur eine leichte Transformation der Wachstumspolitik. Diese Transformation beinhaltet eine **stärkere Fokussierung auf die Qualität des quantitativen Wirtschaftswachstums**. Allein diese Entwicklung und die Reaktion der Bundesregierung verdeutlicht, wie fest verankert der Wachstumsgedanke in Deutschland ist. Es gibt eine leichte Veränderung hin zu einem anderen Wohlstands- und Lebensqualitätsverständnis. Doch eine Transformation der Wirtschaftspolitik weg von der totalen Wachstumsfixierung ist auch im Jahr 2016 nicht zu erkennen.

Materialsammlung zur Studie '(Post-)Wachstum in der Tagesschau?'

Anna Lohs

Transkript der Beiträge „Gutachten der Wirtschaftsweisen“ im Zeitraum 1994-1996

1. Beitrag aus dem Jahr 1994 (17.11.1994: Veröffentlichung des Gutachtens)

Beitragsplatzierung: 04:58-07:00

Beitragsform: Filmbeitrag

Text Sprecher:

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erwartet auch im kommenden Jahr eine weitere Erholung der Konjunktur. Im dem heute in Bonn veröffentlichten Herbstgutachten rechnen die sogenannten fünf Weisen mit einem gesamtdeutschen Wirtschaftswachstum von drei Prozent. Trotz des verhaltenen Aufschwungs bleibe die Lage auf dem Arbeitsmarkt aber besorgniserregend. Die Experten gehen davon aus, dass die Zahl der Arbeitslosen im nächsten Jahr nur um etwa 90.000 auf rund 3,6 Millionen sinkt.

Text Korrespondent Klaus Altman im Off:

Was die fünf Weisen als Nutzenanwendung hinter ihre Prognose geschrieben haben, ist wichtiger als die Prognose selbst. Da Wachstum allein kein Heilkraut gegen die Arbeitslosigkeit ist, empfehlen sie, Problemgruppen wie Jugendlichen und Schwervermittelbaren mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zu helfen. Und weil der private Verbrauch nicht in der Weise steigt, dass er den Aufschwung nachhaltig untermauern könnte, soll der Solidarzuschlag spätestens nach zwei Jahren wieder abgeschafft werden.

Text Korrespondent Klaus Altman im Aufsager:

Das ist nicht gerade Musik in den Ohren des Bundesfinanzministers, denn der will das Geld verwenden, um die Schuldenlast zu senken und die Staatsfinanzen fit zu machen für die Europäische

Währungsunion. Aber die Wirtschaftsweisen finden nun einmal, dass ein breit angelegter Aufschwung mehr Geld in die Kasse bringt als eine Abgabe.

Text Korrespondent Klaus Altman im Off:

Ansonsten unterstützen die Sachverständigen die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung. Entscheidend für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, so meinen die Wissenschaftler, sind Investitionen in aussichtsreiche Technologien...

Text Herbert Hax, Wirtschaftsweise:

... bei denen, mit denen sich eben Deutschland trotz dieses hohen Lohnniveaus, trotz dieses hohen Kostenniveaus international auf den Märkten behaupten kann. Und zwar, das muss man dazu sagen, im ausreichenden Maße, um hier auch den Menschen, die Arbeit suchen und die Arbeit haben wollen, Beschäftigung zu bieten.

Text Korrespondent Klaus Altman im Off:

Zur Sicherung des Standorts Deutschland halten die Weisen auch in Zukunft noch niedrige Tarifabschlüsse für erforderlich.

2. Beitrag aus dem Jahr 1995 (14.11.1995: Veröffentlichung des Gutachtens)

Dauer: 07:42-09:45

Beitragsform: Filmbeitrag

Text Sprecherin:

In Deutschland haben die Bundesregierung und die Tarifparteien nach Ansicht der sogenannten fünf Weisen Chancen für mehr Wachstum und Beschäftigung vertan. Das neue Gutachten des Wirtschaftssachverständigenrates wurde heute in Bonn offiziell übergeben. Die Experten sind der Meinung, dass eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast unbedingt notwendig ist. Sie schlagen unter anderem vor, von 1997 an, den Solidaritätszuschlag in drei Schritten um jährlich 2,5 Prozentpunkte abzubauen.

Text Korrespondent Klaus Altmann im Off:

Eine Menge Sprengstoff diesmal auf 500 Druckseiten. Das Gutachten nimmt Kanzleramtsminister Friedrich Bohl entgegen, in Vertretung Helmut Kohls. Der sorgt sich gerade in China um das deutsche Wirtschaftswachstum. Das halten die fünf Weisen für gefährdet, weil es nicht auf Dauer angelegt ist und keine Arbeitsplätze schafft. Brisanter als ihre Prognosen sind die Vorschläge: Schneller Abbau des Solidarzuschlags, Wegfall der Gewerbe- und Vermögenssteuern. Fazit: Es muss mehr Geld unter die Leute für mehr privaten Verbrauch.

Text Korrespondent Klaus Altman im Aufsager:

Das ist starker Tobak. Denn der Finanzminister müsste dafür nach Ansicht der Sachverständigen dreißig bis vierzig Milliarden Mark bei Subventionen und an Transferleistungen in die neuen Länder einsparen. Anderenfalls, so sagen sie, werden Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen, weiterhin zurückgestellt.

Text Korrespondent Klaus Altmann:

Bei der Erläuterung vor den Bonner Journalisten sagen die unabhängigen Wissenschaftler eine gefährliche Entwicklung voraus. Die Bundesregierung ist nahe dran, ihre Eintrittskarte für die europäische Währungsunion zu verspielen.

Text Herbert Hax, Wirtschaftsweise:

Das würde bedeuten – wenn es so kommt, wie es in unserer Prognose jetzt drinsteht –, dass für das Jahr 1995 Deutschland das Maastricht-Kriterium nicht erfüllen würde. Das heißt also, wir bewegen uns ganz hart an dieser Grenze und möglicherweise doch darüber hinaus.

Text Korrespondent Klaus Altmann im Off:

Die Lösung: Runter mit Steuern, Abgaben, Verschuldung und der Überfrachtung der sozialen Sicherheitssysteme. So deutlich hat das bisher noch niemand der Bundesregierung ins Hauptbuch geschrieben.

3. Beitrag aus dem Jahr 1996 (15.11.1996: Veröffentlichung des Gutachtens)

Dauer: 05:45 – 07:41

Beitragsform: Filmbeitrag

Text Sprecherin:

Die führenden Wirtschaftsexperten fordern drastischere Reformen bei Steuern, Sozialsystemen und in der Tarifpolitik. Im neuen Gutachten heißt es unter anderem, Tarifverträge sollten per Gesetz für Betriebsvereinbarungen geöffnet werden. Dies wurde von den Arbeitgebern begrüßt, von den Gewerkschaften dagegen zurückgewiesen. Kritisch gesehen wird von den Arbeitgebern die Wachstumsprognose, die bereits gestern bekannt geworden war. Sie sei, so hieß es, nur ein Hoffnungswert.

Text Korrespondent Rolf Scheller im Off:

Heute hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, also die sogenannten fünf Weisen, Bundeskanzler Kohl das Herbstgutachten übergeben. Auf rund 400 Seiten bestätigen die Wissenschaftler den Trend, der auch in den anderen Gutachten dieses Herbstes abzulesen ist. Das Wirtschaftswachstum '97 wird zu 2,5 Prozent steigen. Die Wirtschaftsprofessoren warnen aber davor, diesen Anstieg gegenüber '96 als Kräftigung der Konjunktur zu deuten. Die Zahl der Arbeitslosen werde im nächsten Jahr weiter steigen, die Forscher rechnen mit 4,06 Millionen. An eine Trendwende sei nicht zu denken solange die Investitionstätigkeit insbesondere im Osten so schwach bliebe, so die fünf Weisen. Und auch beim Thema Staatsschulden stellen die Wissenschaftler der Regierung ein schlechtes Zeugnis aus. Sie veranschlagen das Staatsdefizit für '97 auf 3,3 Prozent. Damit würde der vom Maastricht-Vertrag für die Einführung des Euro vorgeschriebene Referenzwert verfehlt. Einziger Lichtblick: Die Verbraucherpreise bleiben auch im nächsten Jahr stabil.

Text Herbert Hax, Wirtschaftsweise:

Das Gutachten spiegelt insgesamt ein Dilemma. Das Dilemma besteht darin, dass einerseits klar gemacht werden muss, wie ernst die Lage ist. Was wir heute nicht brauchen ist Jammern und Selbstbemitleidung, was wir heute brauchen ist Zuversicht und Selbstvertrauen.

Text Korrespondent Rolf Scheller im Off:

Bundeskanzler Kohl betonte bei der Entgegennahme des Gutachtens, Deutschland habe guten Grund mit realistischem Optimismus in die Zukunft zu blicken.

Transkript der Beiträge „Gutachten der Wirtschaftsweisen“ im Zeitraum 2015-2017

1. Beitrag aus dem Jahr 2015 (11.11.2015: Veröffentlichung des Gutachtens)

Beitragsplatzierung: 05:03-07:12

Beitragsform: Filmbeitrag

Text Sprecherin:

Die Flüchtlingsfrage stand dieses Mal auch im Fokus des Jahresgutachtens der sogenannten Wirtschaftsweisen. Nach Ansicht der Sachverständigen kann Deutschland die bisher absehbaren Ausgaben zur Aufnahme der Flüchtlinge schultern. Die Schutzsuchenden stellten keine Bedrohung für den Wohlstand der Landes dar. Für das laufende Jahr gehen die Wirtschaftsexperten von einem Wachstum von 1,7 Prozent aus. Für das kommende Jahr von 1,6 Prozent.

Text Korrespondent Frank Jahn im Off:

Bis zu einer Million Flüchtlinge erwartet Deutschland dieses Jahr. Die Kosten seien verkraftbar und die Zuwanderer könnten der Wirtschaft nützen, wenn man den Zugang zu Jobs erleichtert, sagen die sogenannten Wirtschaftsweisen in ihrem Gutachten. Die Kanzlerin freut sich über das Urteil, dass die Wirtschaft robust sei.

Text Angela Merkel, Bundeskanzlerin Deutschland:

Wir profitieren davon, dass die Beschäftigungslage sehr gut ist. Aber wir wissen natürlich auch, dass das noch keine Sicherheit für die Zukunft bedeutet, sondern dass das immer wieder erarbeitet werden muss.

Text Korrespondent Frank Jahn im Off:

Für die Flüchtlingskrise geben die Ökonomen Ratschläge. Investition in die Ausbildung lautet einer, brisanter ist ihr Ruf nach Ausnahmen vom Mindestlohn. So sollte man Flüchtlinge wie Langzeitarbeitslose behandeln, damit sie unter Mindestlohn arbeiten können. Auch Praktikanten sollten vom Mindestlohn ausgenommen werden.

Text Christoph Schmidt, Wirtschaftsweise:

Einerseits ist es wichtig, diejenigen die Qualifikationspotential besitzen, auch zu bilden und sie nicht notwendigerweise sofort in den Arbeitsmarkt zu drängen. Andererseits muss es möglich sein, ohne große Eintrittshürden sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Text Korrespondent Frank Jahn im Off:

Was die Mindestlohnideen angeht, macht die Regierungspartei SPD klar: Nicht mit uns.

Text Hubertus Heil, stellv. Fraktionsvorsitzender SPD:

Ich halte die Debatte für gefährlich. Wenn in Deutschland der Eindruck erweckt würde, dass die Flüchtlingsdiskussion genutzt wird, um Löhne zu drücken, dann verunsichert das viele Menschen.

Text Korrespondent Frank Jahn im Off:

In Merkels Union sehen viele den Mindestlohn als Integrationshürde. Sie werde sich aus dem Papier einiges zu Herzen nehmen, sagt die Kanzlerin. Was genau, lässt sie noch offen.

Text Korrespondent Frank Jahn im Aufsager:

In den Vorschlägen der Gutachter liegt durchaus Sprengkraft für die Koalition. Denn in der Union kann man sich erwärmen für Abstriche beim Mindestlohn. Das Thema könnte die ohnehin schon große Kluft zwischen den Koalitionspartnern in der Flüchtlingspolitik weiter vertiefen.

2. Beitrag aus dem Jahr 2016 (02.11.2016: Veröffentlichung des Gutachtens)

Beitragsplatzierung: 02:40-05:04

Beitragsform: Filmbeitrag

Text Sprecher:

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in seinem Jahresbericht der Politik der Bundesregierung deutliche Vorhaltungen gemacht. Die fünf sogenannten Wirtschaftsweisen werfen der schwarz-roten Koalition mangelnde Reformfreudigkeit vor, die sogar das anhaltende Wachstum gefährden könne. Bundeskanzlerin Merkel wies die Kritik zurück.

Der Sachverständigenrat ist ein unabhängiges Gremium für wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung. Sein gesetzlicher Auftrag ist es, regelmäßig die gesamtwirtschaftliche Lage zu begutachten und eine Prognose abzugeben. Das Augenmerk richtet sich auf stabile Preise, Beschäftigung und Wachstum. Die fünf Weisen sehen ihre Arbeit als wesentlichen Bestandteil der wirtschaftspolitischen Diskussion in Deutschland.

Text Korrespondent Tom Schneider im Off:

Für eine Bundeskanzlerin, die gerne selbst sagt, wo es langgeht, ist es eine ungewohnte Situation. Die fünf Wirtschaftsweisen machen der Bundesregierung klare Ansagen. Trotz der guten Wirtschaftslage müsste Deutschland Reformen anpacken, um noch solider zu werden.

Text Christoph Schmidt, Wirtschaftsweise:

Wir denken, wir haben guten Anlass zu der Schlussfolgerung, dass der richtige Zeitpunkt diese Reformen einzuleiten jetzt ist. Deswegen haben wir das Gutachten „Zeit für Reformen“ genannt.

Text Korrespondent Tom Schneider im Off:

Beispiel Rente. Die Finanzierung von immer mehr Rentnern durch immer weniger Erwerbstätige müsse dringend über Reformen abgesichert werden. Auf 71 Jahre solle deshalb das Renteneintrittsalter steigen. Auch in Schlüsselbereichen wie schnellen Datenleitungen und Technologien müsse jetzt mehr passieren, um Wachstum und Wohlstand zu sichern.

Text Isabel Schnabel, Wirtschaftsweisen:

Die gute Lage, die wir jetzt sehen, die geht ja zurück auf die Reformen früherer Regierungen. Und das heißt, wir sagen eben, es ist gerade falsch sich auf den Erfolgen der Reformen früherer Zeiten auszuruhen.

Text Korrespondent Tom Schneider im Off:

Auch International sehen die Wirtschaftsforscher Risiken. Dass Grenzen in Europa wieder kontrolliert werden, lähme Wachstumschancen, genauso wie Proteste die internationale Handelsabkommen auf Eis legen. Die Kanzlerin kontert, sie habe das alles im Blick.

Text Angela Merkel, Bundeskanzlerin Deutschland:

Ich glaube, die Bundesregierung fühlt und denkt so, dass die permanent Reformen macht. Also für uns ist immer Zeit für Reformen. Ob sie immer so sind, wie sie sich das vorstellen, da mag es Differenzen geben.

Text Korrespondent Tom Schneider im Off:

Gewerkschafter reagierten gereizt auf die Wirtschaftsweisen. Forderungen wie Rente mit 71 lösen die Probleme auf Kosten der Arbeitnehmer, kritisierte der Deutsche Gewerkschaftsbund.

3. Beitrag aus dem Jahr 2017 (08.11.2017: Veröffentlichung des Gutachtens)

Beitragsplatzierung: 02:52-04:54

Beitragsform: Filmbeitrag

Text Sprecherin:

Die deutsche Wirtschaft wächst stärker als erwartet. Bei der Übergabe ihres Jahresgutachtens in Berlin hoben die sogenannten Wirtschaftsweisen die Konjunkturprognose im Vergleich zum Frühjahr deutlich an. Für das laufende Jahr von 1,4 auf 2,0 Prozent. Für das nächste Jahr von 1,6 auf 2,2 Prozent.

Text Korrespondent Tom Schneider im Off:

Es läuft in deutschen Produktionshallen. Gute Wachstumszahlen sagen die Wirtschaftsweisen auch für das kommende Jahr voraus. Doch haben die eine Kehrseite: Schon bald könnten die Produktionskapazitäten an ihr Limit stoßen. Wenn, so die Wirtschaftsweisen, die Regierung mit Reformen bei Steuern und Abgaben nicht den Unternehmen mehr Investitionsspielraum verschaffe.

Text Christoph Schmidt, Wirtschaftsweise:

Wir gehen davon, dass es sinnvoll wäre, die eröffneten, durch die gute Einnahmesituation eröffneten, fiskalischen Spielräume prioritär für solche Reformen einzusetzen, die das Wachstumspotential steigern. Also etwa ein wachstumsfreundlicheres Steuersystem.

Korrespondent Tom Schneider im Off:

Der Rat empfiehlt die Einkommensteuer zu senken, genauso die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, Praktikanten solle kein Mindestlohn gezahlt werden und die Möglichkeit befristeter Arbeitsverträge solle erhalten bleiben.

Die Gewerkschaften wittern hier Sozialabbau und fordern stattdessen mehr Investitionen. Darum ringen auch die Wirtschaftsweisen. Der gewerkschaftsnahe Peter Bofinger gibt ein Minderheitsvotum ab.

Text Peter Bofinger, Wirtschaftsweise:

Insgesamt meine ich, muss man sich fragen bei einer sogenannten wachstumsfreundlichen Finanzpolitik, darf die sich darin erschöpfen, dass man Steuern senkt? Oder muss man sich nicht fragen, wie viel Geld brauche ich eigentlich im Bildungsbereich?

Text Korrespondent Tom Schneider im Off:

Die Bundeskanzlerin betont, die nächste Regierung müsse neben dem Wachstum auch Menschen mit wenig Geld im Blick behalten.

Text Angela Merkel, Bundeskanzlerin Deutschland:

Wenn ich mir auch die Diskussionen aus den letzten Monaten auch im Rahmen des Wahlkampfes ansehe, dann sind natürlich auch viele Dinge zur Sprache gekommen, wo Menschen auch aus ihrer sozialen Perspektive heraus Erwartungen an den Staat haben.

Text Korrespondent Tom Schneider im Off:

Die Hauptaufgabe sieht der Rat in der Entwicklung einer digitalen Wirtschaft. Fehlten dafür Fachkräfte, dürften es auch Experten aus dem Ausland sein.

1. Beitrag aus dem Jahr 1994 (14.06.1994: Umweltkonferenz Oslo)

Beitragsplatzierung: 10:04-11:47

Beitragsform: Filmbeitrag

Text Sprecherin:

32 europäische Staaten und Kanada haben ich heute auf einer UN-Umweltkonferenz in Oslo dazu verpflichtet, den Schwefelausstoß in die Luft um 80 Prozent gegenüber dem Stand von 1980 zu vermindern.

Text Korrespondent Michael Kipp-Thomas im Off:

Kampf dem sauren Regen. Mit der Unterzeichnung verpflichteten sich die Staaten zu einer weiteren aber nicht verbindlichen Rücknahme der Schwefelemissionen in ihren Ländern. Die Vereinbarung ersetzt ein ähnliches Abkommen aus dem Jahr 1985. Umweltminister Klaus Töpfer bewertete das Ergebnis.

Text Klaus Töpfer, Umweltminister Deutschland:

Das ist ein ganz wichtiger und notwendiger Schritt in der Luftreinhaltepolitik in Europa voran. Er vermindert die Schwefeldioxidemissionen ganz erheblich. Aber es kann nicht der letzte Schritt sein. Wir wissen, dass noch mehr gemacht werden kann. Weniger in diesem Fall noch in Deutschland. Wir reduzieren um 87 Prozent. Aber es gibt einige andere Staaten, die noch etwas zulegen müssen.

Text Korrespondent Michael Kipp-Thomas im Off:

Das Waldsterben allerdings wird auch durch diese drastische Verringerung nicht beendet. Dazu wird nach Expertenmeinung immer noch zu viel Schwefeldioxid an die Umwelt abgegeben. Die USA habe das Protokoll überhaupt nicht unterzeichnet. Großbritannien nur mit Einschränkungen. Anerkennung fand, dass sich erstmals auch ehemalige Ostblockländer wie Kroatien und Slowakei dieser internationalen Verpflichtung zum gemeinsamen Schutz der Umwelt stellen. Sie wollen sie im Rahmen ihrer geringeren wirtschaftlichen Möglichkeiten erfüllen.

Text Korrespondent Michael Kipp-Thomas im Aufsager:

Der Rücknahme der Schwefelemission steht ein rasanter Anstieg von Stickoxiden und Kohlenwasserstoffen gegenüber. Verursacher ist vor allem der sprunghaft gewachsene Autoverkehr. Was auf der einen Seite weniger geworden ist, wird durch das Mehr auf der anderen mühelos ausgeglichen. Dennoch sehen alle in dem Osloer Protokoll einen Fortschritt. Wenn auch nur einen ganz kleinen winzigen.

2. Beitrag aus dem Jahr 1995 (28.03.1995: Beginn der UN-Klimakonferenz in Berlin)

Beitragsplatzierung: 02:44-05:18

Beitragsform: Filmbeitrag

Text Sprecherin:

Mit Forderungen nach einem wirksameren Schutz der Erdatmosphäre hat heute in Berlin der Weltklimagipfel begonnen. Vertreter von rund 130 Staaten beraten bis Ende nächster Woche über den Kampf gegen den wachsenden CO₂-Ausstoß. Grundlage sind die von den Industrienationen vor drei Jahren in Rio eingegangenen Verpflichtungen zum Klimaschutz. Schon zu Beginn der Berliner Konferenz wurde der Ruf nach weit größeren Schritten als bislang geplant laut.

Text Korrespondent Robin Lautenbach im Off:

Ja oder Nein zu CO₂-Ausstoß um 20 Prozent zu senken. Diese Entscheidung verlangten Umweltgruppen heute früh vor dem Kongresszentrum. Durch das Tor mit der Aufschrift „Nein – Mir ist der Klimawandel ganz egal“ wollte dann aber keiner der Delegierten gehen. Der 20 Prozent-Vorschlag ist das einzig konkrete, dass den Delegierten heute bei der Eröffnung vorlag, eingebracht von der Gruppe der kleinen Inselstaaten, die einen drastischen Anstieg des Meeresspiegels aufgrund der Erderwärmung befürchten. Die deutsche Umweltministerin wurde erwartungsgemäß zur Kongressvorsitzenden gewählt. Für sie ist die durch die Klimakonvention von Rio beschlossene

Selbstverpflichtung der Industrieländer, den CO₂-Ausstoß auf das Niveau von 1990 zu verringern, nur ein erster Schritt.

Text Angela Merkel, Umweltministerin Deutschland:

Wir müssen hier in Berlin den Schluss ziehen. Dem ersten Schritt muss dringlich ein zweiter Schritt folgen. Nämlich eine Verschärfung der Verpflichtungen und Aussagen für die Zeit nach dem Jahr 2000. Aus meiner Sicht sollten diese Ergänzungen der Konvention in einem Protokoll zusammengefasst werden. Dieser Prozess für ein Protokoll zur Begrenzung und Minderung von Treibhausgasemissionen muss hier in Berlin in Gang gesetzt werden.

Text Korrespondent Robin Lautenbach im Aufsender:

Weiter verhandeln, keine Beschlüsse. Die Ziele für den Klimagipfel sind bescheiden geworden. Von Klimaschutz sprechen hier alle, aber viele Interessen stehen dagegen. Die Industrieländer wollen ihr Wirtschaftswachstum erhalten, die Öl-Länder wollen Öl verkaufen und die Entwicklungsländer wollen am Wohlstand teilhaben.

Text Korrespondent Robin Lautenbach im Off:

Doch es muss gehandelt werden, das machten Wissenschaftler dem Kongress heute klar. Die Erwärmung der Erde verursacht durch den Menschen habe bereits begonnen. Katastrophale Folgen seien in den nächsten Jahrzehnten zu befürchten, immer schwerere Stürme, Überflutungen, aber auch die Ausbreitung der Wüsten. Verringert werden muss vor allem das CO₂-Gas aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Benzin, denn in der Atmosphäre blockiert CO₂ die Wärmeabstrahlung der Erde. Gefordert sind hier zunächst die Industrieländer. Dass die Klimaschutzverhandlungen in Berlin zäh sein werden, zeigte sich schon heute. Noch immer gibt es keine Einigung über das Abstimmungsverfahren. Einige Öl-Länder verlangen Einstimmigkeit, damit könnten sie alle Beschlüsse blockieren.

3. Beitrag aus dem Jahr 1995 (07.04.1995: Ende der UN-Klimakonferenz in Berlin)

Beitragsplatzierung: 00:15-02:53

Beitragsform: Filmbeitrag

Text Sprecherin:

Die Vereinten Nationen wollen in den nächsten zwei Jahren ein verbindliches Protokoll zum Abbau der Treibhausgase nach der Jahrtausendwende ausarbeiten. Mit dem Auftrag zu weiteren

Verhandlungen ist heute die Weltklimakonferenz in Berlin zu Ende gegangen. Die Einigung kam erst nach stundenlangen Verhandlungen zu Stande. Das Mandat enthält nur Eckdaten für einen Zeitrahmen, aber keine konkreten Mengenvorgaben für die Reduzierung. Das Ergebnis wird deshalb von Umweltverbänden als unzureichend abgelehnt. Aus Berlin Robin Lautenbach.

Text Korrespondent Robin Lautenbach im Off:

Etwas nervös aber auch erleichtert legte Angela Merkel dem Klimakongress das alles entscheidende Kompromisspapier vor.

Text Angela Merkel, Umweltministerin Deutschland:

„I declare the document adopted.“

Text Korrespondent Robin Lautenbach im Off:

Das Dokument ist jetzt das Berliner Mandat. Es ist der Auftrag, in den nächsten zwei Jahren zu verhandeln, mit dem Ziel, den Ausstoß gefährlicher Treibhausgase auch nach dem Jahr 2000 zu begrenzen und zu verringern. Bis früh um vier Uhr hatte eine kleine Ministergruppe verhandelt. Vor allem die USA hatten sich bis zuletzt gegen den Begriff CO₂-Verringerung gesperrt. Jetzt ist er als allgemeines Ziel ohne Zahlenvorgabe im Mandat enthalten.

Text Josef Wirth, Delegationsleiter USA:

Es war ein sehr großer Schritt für die USA, sich zu Reduzierungen zu verpflichten, sagt der Delegationsleiter. Und es war ein wichtiger Schritt, um den Klimaschutzprozess weiterzuführen.

Text Korrespondent Robin Lautenbach im Off:

Letztlich stimmten alle zu. Die Europäer, die kleinen Inselstaaten, die Öl- und die Entwicklungsländer. Die Gastgeberin war zufrieden.

Text Angela Merkel, Umweltministerin Deutschland:

Wir haben ein substanzielles Mandat, mit Politiken, mit Maßnahmen, mit Zeitzielen. Und deshalb ist für mich dies ein Erfolg. Jeder, der die sehr unterschiedlichen Erwartungen an diese Konferenz hier kennt, weiß, dass sehr große Brücken zu überwinden waren. Und insofern sage ich, ja, wir gehen mit einem ganz klaren Ziel in die nächste Runde.

Text Korrespondent Robin Lautenbach im Off:

Und: Nur die Industrieländer als Hauptverschmutzer, nicht die Entwicklungsländer, sind jetzt zur Reduktionen verpflichtet. Auch hier mussten die USA nachgeben. Enttäuscht über dieses Mandat sind allerdings die Umweltgruppen.

Text Sascha Müller-Kraenner, Naturschutzring:

Was wir hier als trauriges Ergebnis bekommen haben, ist, wenn überhaupt, ein viel zu schwaches Mandat für Verhandlungen über Reduktionen und keine erste Reduktionsvereinbarung.

Text Korrespondent Robin Lautenbach im Off:

Im Plenum protestierten Umweltaktivisten, doch das Mandat war zu diesem Zeitpunkt längst beschlossen.

Text Korrespondent Robin Lautenbach im Aufsager:

Es war nicht der Durchbruch für den weltweiten Klimaschutz, den Kanzler Kohl hier am letzten Mittwoch noch angemahnt hatte. Es war eher ein UN-typischer Kompromiss, bei dem keiner das Gesicht verliert. Trösten können sich die Kritiker damit, dass die Tür für Klimaschutzverhandlungen nun weiterhin offen ist.

Transkript der Beiträge „UN-Klimakonferenzen“ im Zeitraum 2015-2017

1. Beitrag aus dem Jahr 2015 (30.11.2015: Erster Tag der UN-Klimakonferenz in Paris)

Beitragsplatzierung: 00:17-05:29

Beitragsform: Filmbeitrag

Text Sprecher:

Unter strengen Sicherheitsvorkehrungen ist heute der Weltklimagipfel in Paris eröffnet worden. Gut zwei Wochen nach der Terrorserie in der französischen Hauptstadt gedachten die Teilnehmer zum Auftakt der Anschlagsoffer. Präsident Hollande und andere Redner betonten, ein verbindliches Abkommen werde zum Weltfrieden beitragen. Bis zum Ende der Konferenz am 11. Dezember soll ein internationaler Klimavertrag stehen, um den Ausstoß schädlicher Treibhausgase drastisch zu reduzieren.

Text Korrespondentin Ellis Fröder im Off:

Es waren so viele, dass sie kaum auf ein Foto passten. 151 Staats- und Regierungschefs sind nach Paris gekommen. Sie meinen es ernst. Früher sind sie nie geschlossen zu Beginn erschienen. Eine Konferenz, die unter größten Sicherheitsbedingungen abgeschildert auf dem Messegelände im Pariser Vorort Le Bourget stattfindet. Der größte Weltklimagipfel der Welt begann mit einer Schweigeminute. Zum Gedenken der 130 Menschen, die von Terroristen ermordet worden waren.

Text Francois Hollande, Präsident Frankreich (übersetzt):

Ich setze den Kampf gegen den Terror und gegen die Erderwärmung nicht gegeneinander. Beide sind große Herausforderungen für die Welt, denen wir uns stellen müssen.

Text Korrespondentin Ellis Fröder im Off:

Für Frankreichs Präsident geht es um nicht weniger, als um das Schicksal der Menschheit. Eines versichern sie alle: Es ist höchste Zeit wirklich zu handeln. US-Präsident Obama betonte, die USA seien bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Text Barack Obama, Präsident der Vereinigten Staaten (übersetzt):

Wir sind die erste Generation, die den Einfluss des Klimawandels spürt und die letzte Generation, die etwas dagegen tun kann. Hier in Paris können wir der Welt zeigen, was möglich ist, wenn wir alle zusammenkommen.

Text Korrespondentin Ellis Fröder im Off:

Klare Worte auch von Kanzlerin Merkel

Text Angela Merkel, Bundeskanzlerin Deutschland:

Ambitioniert, umfassend, fair, verbindlich. So sollte und so muss ein globales Klimaabkommen sein. Deutschland wird seinen Beitrag leisten, damit wir in eine gute Zukunft blicken können. Milliarden Menschen setzen ihre Hoffnung auf die nächsten Tage in Paris.

Text Korrespondentin Ellis Fröder im Off:

Ein verbindliches Datum für den Kohleausstieg, das sich Klimaschützer erhofft hatten, nannte die Kanzlerin allerdings nicht. Heute war der Tag der Staats- und Regierungschefs, jetzt beginnt die mühselige Arbeit der Delegationen. Es wird um Geld gehen und um die Frage, wie die Industriestaaten die Entwicklungsländer bei einem verbindlichen Klimaabkommen unterstützen können.

Text Sprecher Tagesschau:

Zum Auftakt des Weltklimagipfels nun eine Einschätzung Ellis Fröder live aus Paris.

Text Korrespondentin Ellis Fröder live im Interview:

Noch nie waren die Chancen größer, eine verbindliche Vereinbarung zwischen so vielen Staaten weltweit für die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und die Begrenzung der Erderwärmung zu erreichen, als jetzt hier in Paris. Die Staatschefs haben heute das Signal gegeben, jetzt kommt es darauf an, zielgerichtet und vor allem geschickt zu verhandeln. Sodass am Ende eine Vereinbarung steht, die von allen mitgetragen, aber auch von allen erfüllt werden kann. Deutschland wird dabei eine Schlüsselposition einnehmen, denn viele erwarten, dass nicht nur die Großmächte, sondern auch Deutschland ambitionierte Signale setzen, zum Beispiel doch noch beim verbindlichen Ausstieg aus der Kohleindustrie. Obama schloss seine Rede mit den Worten "Let's go to work", das werden ab morgen die Delegierten tun. Und damit zurück nach Hamburg zu Thorsten Schröder.

Text Sprecher Tagesschau:

Der geplante Vertrag soll von 2020 an alle Staaten der Welt zum Klimaschutz verpflichten. Bereits zum Vorlauf der Konferenz hatten ungefähr 180 Staaten freiwillige nationale Klimaschutz-Aktionspläne festgelegt. Diese reichen aber nicht aus, um die Erderwärmung wie vereinbart im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf unter zwei Grad zu begrenzen. Hier ein Überblick über die wichtigsten Faktoren, die zur Erderwärmung beitragen.

Grafik, Text Ute Konrad im Off:

Hitzewellen, Dürreperioden, Wirbelstürme, schmelzende Gletscher. Die Veränderung unseres Klimas ist nicht mehr zu übersehen. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich die globale Durchschnittstemperatur um etwa ein Grad erhöht, Tendenz steigend. Als Hauptursache gilt die Verbrennung fossiler Rohstoffe zur Energiegewinnung: Erdöl, Erdgas und Kohle. Dabei werden große Mengen an Kohlenstoffdioxid, kurz CO₂, freigesetzt. Vor der Industrialisierung betrug die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre 280 ppm, heute sind es bereits 400 Teilchen pro Million. Ein Anstieg um 40%. Und jeder einzeln trägt seinen Teil dazu bei. Rund ein Viertel der Emissionen verursachen Verkehr und private Haushalte. Im Schnitt setzt jeder Mensch in Deutschland jährlich 9,2 Tonnen CO₂ frei. Zum Vergleich: In den USA beträgt der CO₂-Ausstoß pro Kopf und Jahr 16 Tonnen, im Schwellenland Indien sind es 1,9 Tonnen. Maßgeblich für die persönliche CO₂-Bilanz ist der Lebensstil: Flugzeug oder Bahn, eigenes Auto oder Fahrrad, Rindersteak oder Grünkernbratling. Die Liste der Einsparmöglichkeiten ist lang.

2. Beitrag aus dem Jahr 2016 (07.11.2016: Erster Tag der UN-Klimakonferenz in Marrakesch)

Beitragsplatzierung: 10:27-12:15

Beitragsform: Filmbeitrag

Text Sprecher:

In Marrakesch beraten in den kommenden zwei Wochen Vertreter von rund 200 Ländern über den Kampf gegen die Erderwärmung. Bei der UN-Konferenz geht es hauptsächlich um den Zeitplan und konkrete Maßnahme zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens aus dem vergangenen Jahr. Ein weiteres wichtiges Thema sind finanzielle Hilfen der reichen für die ärmeren Länder, um sie im Kampf gegen den Klimawandel zu unterstützen.

Text Korrespondent Stefan Schaaf im Off:

Nicht weniger als das Weltklima steht auf dem Spiel – daran erinnerte in Marrakesch eine große Erdkugel. Die gute Nachricht: Der globale Klimapakt von Paris ist bereits in Kraft. Er soll die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad begrenzen. Aber Forscher warnen: Der Ausstoß von Treibhausgasen ist weiterhin zu hoch; die Folgen betreffen gerade den Kontinent des Gastgeberlandes.

Text Segolene Royal, Umweltministerin Frankreich (übersetzt):

Der Klimawandel ist in Afrika am grausamsten und ungerechtesten. Dieser Erdteil leidet am meisten darunter, ohne dafür verantwortlich zu sein.

Text Korrespondent Stefan Schaaf im Off:

Im vergangenen Dezember wurde das Pariser Abkommen bejubelt, doch nun geht es um die konkrete Umsetzung. Die Bundesregierung etwa hat bislang noch keinen Klimaschutzplan verabschiedet. Wie der Ausstieg aus fossiler Energie, wie Erdöl oder Kohle, verwirklicht werden soll, bleibt unklar. Deutschland steht noch mit leeren Händen da.

Text Sven Hamerling, Klimaschutzorganisation CARE:

Die Klimaschutzziele für 2020 werden möglicherweise verfehlt. Es fehlt an den zusätzlichen Maßnahmen die notwendig sind und der langfristige Klimaschutzplan ist auch nicht unter Dach und

Fach und andere Länder werden hier wahrscheinlich genau solche Pläne vorstellen. Und da muss Deutschland natürlich dran arbeiten, hier mit einem viel stärkeren Signal hinzukommen.

Text Korrespondent Stefan Schaaf im Off:

In Marrakesch werden gerade afrikanische Länder eine gerechtere Klimafinanzierung fordern. 100 Milliarden Dollar sollen die Industriestaaten jährlich für die Länder aufbringen, die der Klimawandel besonders trifft.

3. Beitrag aus dem Jahr 2017 (06.11.2017: Erster Tag UN-Klimakonferenz in Bonn)

Beitragsplatzierung: 00:21-02:28

Beitragsform: Filmbeitrag

Text Sprecher:

Mit Aufrufen zum verstärkten Kampf gegen die Erderwärmung hat heute die Weltklimakonferenz in Bonn begonnen. Es müsse alles getan werden, um das Pariser Klimaabkommen umzusetzen, forderte der Premierminister der Fidschi-Inseln Bainimarana.

Der Inselstaat im Südpazifik hat den Vorsitz den zweiwöchigen Treffens und ist besonders vom Klimawandel betroffen. Bei dem Gipfel beraten bis zum 25.000 Delegierte über konkrete und nachprüfbare Regeln, wie das Klimaabkommen umgesetzt werden soll.

Text Korrespondentin Marion Schmickler im Off:

„Rettet die Welt“ rufen die Kinder. Es ist eine Mahnung an die Delegierten. Die Erderwärmung auf zwei Grad begrenzen, darauf hatten sie sich in Paris geeinigt. In Bonn verhandeln sie über konkrete Regeln und Maßnahmen, wie dieses Ziel erreicht werden soll.

Text Patricia Espinosa, Generalsekretärin UN-Klimasekretariat (übersetzt):

Noch bei keinem unserer Treffen war die Lage so dringend. Millionen Menschen leiden bereits weltweit unter extremen Wetterbedingungen.

Text Korrespondentin Marion Schmickler im Off:

Auch die Menschen aus Fidschi erleben schon jetzt den Klimawandel hautnah. Ihre Inseln drohen im Pazifik zu versinken. Ein Walfischzahn für die deutsche Umweltministerin. Die fordert mehr Solidarität. Die Bundesregierung sagt den klimageschädigten Ländern zusätzliche 100 Millionen Euro zu. Auch Deutschland müsse handeln, so Hendricks. Nur nach einem Ausstieg aus der Kohle zu rufen, reiche nicht.

Text Barbara Hendricks, Umweltministerin Deutschland:

Also zum Beispiel der Verkehr hat noch gar nichts gemacht und auch in der Landwirtschaft ist noch nichts geschehen. Deswegen muss ganz klar sein, wenn man jetzt tatsächlich in der Energiewirtschaft rascher vorangeschritten wird – weil es in der Tat dort auch am schnellsten geht – ja, dann dürfen sich die anderen nicht wieder verstecken, sie müssen endlich Anstrengungen unternehmen.

Text Korrespondentin Marion Schmickler im Off:

Draußen machen Demonstranten Druck, drinnen laufen jetzt die Verhandlungsdrähte heiß. Die Zeit drängt. Laut Weltwetterorganisation wird 2017 als eines der heißesten Jahre in die Klimageschichte eingehen.

Kodierbaum 1: Beiträge „Gutachten der Wirtschaftsweisen“ im Zeitraum 1994-1996

Kürzel: WW90

1. Beitrag aus dem Jahr 1994 (17.11.1994: Veröffentlichung des Gutachtens)

„Beitragsplatzierung: 04:58-07:00

Beitragsform: Filmbeitrag“ (WW90, Seq. 1);

Kommentar [MOU330]: Die Tatsache, dass die Tagesschau die Meldung „Veröffentlichung des Gutachtens der Wirtschaftsweisen“ in Form eines zweiminütigen Filmbeitrags aufbereitet, spricht dafür, dass die Redaktion dieser Meldung einen hohen Stellenwert zuspricht (vgl. 2.2.2). Es wäre beispielsweise auch denkbar, dass die Tagesschau die wichtigsten Aspekte des Gutachtens lediglich in Form einer Wortmeldung von dem*der Sprecher*in verlesen lässt. Die Tatsache, dass ein Korrespondent vor Ort mit der Aufgabe betraut und aktuelles Bildmaterial eingeholt wird, verdeutlicht, dass die Tagesschau der Berichterstattung über Wirtschaftswachstum zumindest in diesem besonderen Fall der Gutachtenveröffentlichung der Wirtschaftsweisen folgende Merkmale zuspricht: hohe Relevanz, hohen Neuigkeitswert und großes Zuschauer*inneninteresse (vgl. 2.2.2). Gleichzeitig wird die Relevanz dadurch relativiert, dass der Beitrag nicht im ersten, sondern zweiten Drittel der Sendung platziert wird. Es bleibt darauf zu achten, ob diese Platzierung konstant bleibt oder sich im Laufe der Jahre verändert, beispielsweise in Abhängigkeit der Brisanz des Gutachtens oder der generellen Wirtschaftslage.

Hypothese:

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau der Gutachtenveröffentlichung der Wirtschaftsweisen einen hohen Stellenwert in ihrer Berichterstattung einräumt.

„Text Sprecher: Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erwartet auch im kommenden Jahr eine weitere Erholung der Konjunktur. In dem heute in Bonn veröffentlichten Herbstgutachten rechnen die sogenannten fünf Weisen mit einem gesamtdeutschen Wirtschaftswachstum von drei Prozent“ (WW90, Seq. 2);

„Text Sprecher: Trotz des verhaltenen Aufschwungs bleibe die Lage auf dem Arbeitsmarkt aber besorgniserregend. Die Experten gehen davon aus, dass die Zahl der Arbeitslosen im nächsten Jahr nur um etwa 90.000 auf rund 3,6 Millionen sinkt.“ (WW90, Seq. 3);

Kommentar [MOU331]: Ausgehend von der hier verwendeten Formulierung „Erholung der Konjunktur“ stelle ich die Vermutung an, dass wirtschaftliches Wachstum von der Tagesschau rein positiv bewertet wird. Das Wort Erholung suggeriert, dass nach einer angespannten Phase – in der die wirtschaftliche Lage kritisch, also Wachstum nur im geringeren Maße oder gar nicht vorhanden war –, nun eine Phase des Aufatmens, der Entspannung, zu erwarten ist. Dem*der Zuschauer*in wird vermittelt: „Alles wird wieder gut, das Wachstum steigt.“ Davon, dass eine „Erholung der Konjunktur“ gleichzeitig mit massiven „Anspannungen“ der Umwelt einhergeht, ist dabei nicht die Rede.

Weiterhin wird hier das voraussichtliche Wirtschaftswachstum numerisch als prozentuales BIP-Wachstum angegeben. Was jedoch angesichts der Tatsache, dass die Weisen allein die wirtschaftliche Lage betrachten, nicht weiter verwunderlich ist. Es bleibt abzuwarten, ob die Tagesschau in anderen Kontexten andere „Wohlstands“-Indikatoren verwend...

Kommentar [MOU332]: Hier wird die „positive“ Meldung eines ansteigenden Wirtschaftswachstums mit der „besorgniserregenden“ Meldung gedämpft, dass die Zahl der Arbeitslosen voraussichtlich „nur“ um 90.000 sinken wird.

Dass diese Auskunft über die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen sofort nach der Prognose der Wachstumsrate folgt, zeigt meiner Meinung nach, dass die Tagesschau der Entwicklung des Arbeitsmarktes im Kontext der Berichterstattung über Wirtschaftswachstum eine hohe Relevanz zuspricht. Diese Sequenz deckt sich mit dem im Forschungsstand thematisierten empirischen Befund, dass das Thema Arbeitslosigkeit Mitte der Neunziger einen besonderen Stellenwert in der Wirtschaftsberichterstattung eingenommen zu haben scheint. Weiterhin legt die Formulierung „Trotz des verhaltenen Aufschwungs...“ nahe, dass in der Regel davon ausgegangen wird, dass ein Anstieg des Wirtschaftswachstums...

„Text Korrespondent Klaus Altman im Off: Was die fünf Weisen als Nutzenanwendung hinter ihre Prognose geschrieben haben, ist wichtiger als die Prognose selbst.“ (WW90, Seq. 4);

Kommentar [MOU333]: Es geht der Tagesschau, so meine Vermutung, in der Berichterstattung über Wirtschaftswachstum weniger um abstrakte Zahlen und Prognosen, sondern darum, welche Maßnahmen die Weisen zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums vorschlagen, also letztlich welche politischen und gesellschaftlichen Folgen die Prognosen der Weisen potentiell haben könnten. Dies spricht wiederum für eine zuschauer*innenorientierte Berichterstattung.

Hypothese:

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau in ihrer Berichterstattung über Wirtschaftswachstum den Fokus auf die praktischen Folgen konjunktureller Entwicklungen für Politik und Gesellschaft statt auf abstrakte Zahlen legt.

„Text Korrespondent Klaus Altman im Off: Und weil der private Verbrauch nicht in der Weise steigt, dass er den Aufschwung nachhaltig untermauern könnte, soll der Solidarzuschlag spätestens nach zwei Jahren wieder abgeschafft werden.“ (WW90, Seq. 5);

Kommentar [MOU334]: Hier bleibt der Wunsch der Wirtschaftsweisen nach mehr „privatem Verbrauch“ gänzlich unkommentiert. So wäre eine verringerter privater Verbrauch aus einer Postwachstumsperspektive durchaus positiv zu bewerten, da er auf eine Eindämmung des ausufernden Konsumverhaltens hindeutet. Die ausschließlich positive Bewertung eines steigenden privaten Verbrauchs wird hier also in keiner Weise kritisch eingeordnet.

Hypothese:

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau jene vorgeschlagenen Maßnahmen der Wirtschaftsweisen, die auf eine Ankurbelung privaten Konsums abzielen, nicht kritisch einordnet.

„Text Korrespondent Klaus Altmann im Aufsager: Das ist nicht gerade Musik in den Ohren des Bundesfinanzministers, denn der will das Geld verwenden, um die Schuldenlast zu senken und die Staatsfinanzen fit zu machen für die Europäische **Währungsunion**.“ (WW90, Seq. 6);

Kommentar [MOU335]: An dieser Stelle kommt indirekt – über die Berichterstattung des Korrespondenten – zwar eine kritische Stimme zu Wort, nämlich die des Finanzministers, dieser argumentiert jedoch, so mein Verständnis, letztlich mit der gleichen Logik, dem gleichen Wertesystem wie die Wirtschaftsweisen selbst. Interessant wäre eine Stimme gewesen, die aus einem wirtschaftsfernen Bereich stammt, hier beispielsweise der*die Sozial-Minister*in, der*die eine kritischere Perspektive repräsentieren würde.

Weiterhin möchte ich aufgrund der Tatsache, dass hier der Finanzminister (indirekt) zu Wort kommt, die Vermutung anstellen, dass dieser von der Tagesschau im Kontext der Berichterstattung über Wirtschaftswachstum als relevanter Akteur erachtet wird. Dabei wird der Finanzminister als derjenige dargestellt, der von den Maßnahmen der Weisen in seinem Handeln direkt betroffen ist und der ggf. seine ursprünglichen Finanzierungspläne über Bord werfen müsste. Es bleibt darauf zu achten, ob ihm diese Rolle weiterhin zugeschrieben wird.

Hypothese:

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die in der Berichterstattung zu Wort kommende Kritik nicht die Wachstumslogik an sich hinterfragt, sondern innerhalb dieser Logik zu verorten ist.

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass der Bundesfinanzminister – als Strukturposition der SKH Bundesregierung – in der Berichterstattung der Tagesschau über Wirtschaftswachstum eine zentrale Rolle einnimmt.

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau den Finanzminister als Ausführenden und ggf. als Leidtragenden der Maßnahmen der Wirtschaftsweisen darstellt.

„Text Korrespondent Klaus Altmann im Off: Ansonsten unterstützen die Sachverständigen die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung.“ (WW90, Seq. 7);

Kommentar [MOU336]: Angesichts der Tatsache, dass die Struktur kollektiven Handelns Bundesregierung hier benannt wird, vertrete ich die Annahme, dass der SKH Bundesregierung in der Berichterstattung der Tagesschau über Wirtschaftswachstum eine besondere Relevanz zugesprochen wird.

Gleichzeitig werden die Wirtschaftsweisen der Regierung gegenübergestellt. Ich habe die Vermutung, dass die Tagesschau in ihrer Berichterstattung über das Gutachten der Wirtschaftsweisen das Kriterium heranzieht: „Stimmen die Vorstellungen der Weisen mit dem Regierungshandeln überein oder nicht“. Dies geschieht an dieser Stelle relativ bewertungsfrei, es geht also nicht hervor, ob die Tagesschau es für gut oder schlecht erachtet, dass die Wirtschaftsweisen mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung einverstanden sind. Womöglich werden andere, kritischere Einordnungen der Veröffentlichung des Gutachtens, beispielsweise „Welche Folgen haben die Prognosen der Weisen für den Bereich Umwelt oder Soziales“, dieser Gegenüberstellung in der Berichterstattung hintenangestellt.

Hypothese:

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass der SKH Bundesregierung in der Berichterstattung der Tagesschau über Wirtschaftswachstum eine besondere Rolle zukommt.

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau die Bewertung der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung durch die Wirtschaftsweisen als relevanten Gegenstand erachtet.

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau die Bewertungen der Wirtschaftsweisen bezüglich der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung nicht kritisch einordnet.

„Text Korrespondent Klaus Altmann im Off: Entscheidend für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, so meinen die Wissenschaftler, sind Investitionen in aussichtsreiche Technologien...“ (WW90, Seq. 8);

Kommentar [MOU337]: Es kommt erneut die Arbeitslosigkeit zur Sprache, was die zuvor aufgestellte Hypothese unterstützt,

...dass die Tagesschau die Berichterstattung über die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt im Kontext der Berichterstattung über Wirtschaftswachstum als sehr relevant erachtet.

Weiterhin finde ich es interessant, dass hier „aussichtsreiche Technologien“ zur Sprache kommen. Womöglich sind hier solche Technologien gemeint, die einer effizienteren oder konsistenteren Energiegewinnung dienen. Leider findet keine weitere Spezifizierung statt.

„Text Herbert Hax, Wirtschaftswoche: ... bei denen, mit denen sich eben Deutschland trotz dieses hohen Lohnniveaus, trotz dieses hohen Kostenniveaus international auf den Märkten behaupten kann. Und zwar, das muss man dazu sagen, im ausreichenden Maße, um hier auch den Menschen, die Arbeit suchen und die Arbeit haben wollen, Beschäftigung zu bieten.“ (WW90, Seq. 9);

Kommentar [MOU338]: Es kommt nun der Wirtschaftswoche Herbert Hax selbst zu Wort, mit einer Äußerung darüber, welche Maßnahmen getätigt werden können, um die Arbeitslosenquote zu verringern. Es bestätigt sich also erneut die Hypothese,

...dass die Tagesschau die Berichterstattung über die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt im Kontext der Berichterstattung über Wirtschaftswachstum als sehr relevant erachtet.

„Text Korrespondent Klaus Altman im Off: Zur Sicherung des Standorts Deutschland halten die Weisen auch in Zukunft noch niedrige Tarifabschlüsse für **erforderlich**.“ (WW90, Seq. 10);

Kommentar [MOU339]: Hier fordern die Wirtschaftsweisen wieder eine „unsoziale“ Maßnahme ein: Die Tarifabschlüsse sollen niedrig gehalten werden, den Arbeitnehmer*innen also möglichst wenig Lohn ausgezahlt werden, mit dem Ziel, Firmen dazu zu bewegen, ihren Sitz nach Deutschland zu legen bzw. diesen nicht ins Ausland zu verlegen. Dieser Satz bildet den Abschluss des Beitrags, wodurch ihm automatisch eine besondere Relevanz zukommt. Umso bedenklicher ist es meiner Meinung nach, dass eine wie auch immer geartete, kritische Einordnung dieser Forderung ausbleibt.

Hypothese:

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau Maßnahmen der Wirtschaftsweisen, die sozialpolitisch kritisch zu betrachten wären, unkommentiert lässt.

2. Beitrag aus dem Jahr 1995 (14.11.1995: Veröffentlichung des Gutachtens)

„Beitragsplatzierung: 07:42-09:45

Beitragsform: Filmbeitrag“ (WW90, Seq. 11);

„Text Sprecherin: In Deutschland haben die Bundesregierung und die Tarifparteien nach Ansicht der sogenannten fünf Weisen Chancen für mehr Wachstum und Beschäftigung vertan.“ (WW90, Seq. 12);

Kommentar [MOU340]: Die Tagesschau wählt erneut, wie im Jahr 1994, den Filmbeitrag als Beitragsformat für die Berichterstattung über die Gutachtenveröffentlichung der Wirtschaftsweisen. Erneut wird die Meldung im zweiten Drittel der Sendung platziert. Es bestätigt sich somit die Hypothese,

...dass die Tagesschau der Gutachtenveröffentlichung der Wirtschaftsweisen einen hohen Stellenwert in ihrer Berichterstattung einräumt.

Kommentar [MOU341]: Auch hier steht der Arbeitsmarkt – namentlich die Beschäftigung – wieder an prominenter Stelle. Dieser wird hier sogar auf eine Ebene mit dem Wachstum gestellt. Es bestätigt sich also erneut,

...dass die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Berichterstattung der Tagesschau über Wirtschaftswachstum eine besondere Rolle zukommt.

Weiterhin kommt erneut die Bundesregierung zur Sprache, die nach Ansicht der Weisen das Wirtschaftswachstum nicht angemessen gefördert hat. Es bestätigt sich erneut,

...dass der SKH Bundesregierung in der Berichterstattung der Tagesschau über Wirtschaftswachstum eine besondere Rolle zukommt.

...dass die Tagesschau hervorhebt, wie die Wirtschaftsweisen die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bewerten.

...dass die Tagesschau die Kritik der Wirtschaftsweisen an der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung unkommentiert lässt.

Da in dieser Sequenz davon die Rede ist, dass Chancen für Wachstum vertan wurden, bestätigt sich,

...dass die Tagesschau Wirtschaftswachstum als eine positive, erstrebenswerte Entwicklung versteht.

„Text Sprecherin: Die Experten sind der Meinung, dass eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast unbedingt notwendig ist. Sie schlagen unter anderem vor, von 1997 an, den Solidaritätszuschlag in drei Schritten um jährlich 2,5 Prozentpunkte abzubauen.“ (WW90, Seq. 13);

Kommentar [MOU342]: Auch hier werden die Forderungen der Wirtschaftsweisen wieder ohne eine kritische Einordnung präsentiert. Zwar kann der*die einzelne Bürger*in durch Steuersenkungen letztlich mehr konsumieren und somit die Wirtschaft ankurbeln, jedoch führen Steuersenkungen auch dazu, dass dem Staat weniger Mittel für Investitionen in Angelegenheiten des Gemeinwohls zur Verfügung stehen. Diese negativen Aspekte werden hier jedoch erneut nicht thematisiert.

„Text Korrespondent Klaus Altmann im Off: Eine Menge Sprengstoff diesmal auf 500 Druckseiten.“ (WW90, Seq. 14);

Kommentar [MOU343]: Der Ausdruck Sprengstoff ist mir hier ins Auge gefallen. Es ist ein starker Ausdruck, den der Korrespondent hier benutzt und welcher darauf schließen lässt, dass aus Sicht des Korrespondenten dieses Gutachten aus dem Jahr 1995 hervorsticht aus den Gutachten vergangener Jahre, also eine besondere Brisanz hat. An dieser Stelle lässt sich jedoch noch nicht sagen, warum dieses Gutachten eine solche Sprengkraft enthält. Weil die gesamtwirtschaftliche Lage schlecht ist? Oder gar, weil die Forderungen der Wirtschaftsweisen mit den Ansprüchen der Sozial- oder Umweltpolitik nicht vereinbar sind? Es wird im weiteren Verlauf darauf geachtet, was genau der Korrespondent mit dem Ausdruck Sprengstoff meinen könnte.

„Text Korrespondent Klaus Altmann im Off: Das Gutachten nimmt Kanzleramtsminister Friedrich Bohl entgegen, in Vertretung Helmut Kohls. Der sorgt sich gerade in China um das deutsche Wirtschaftswachstum. Das halten die fünf Weisen für gefährdet, weil es nicht auf Dauer angelegt ist und keine Arbeitsplätze schafft.“ (WW90, Seq. 15);

Kommentar [MOU344]: Auch hier lässt sich aufgrund der Wortwahl herauslesen, wie die Tagesschau Wirtschaftswachstum bewertet. Der Kanzler „sorgt“ sich um das Wachstum, welches laut der Weisen „gefährdet“ ist. Wirtschaftswachstum wird hier zu einem fragilen, schützenswerten Gut, dass es unter allen Umständen zu bewahren gilt. Das Ausbleiben des Wachstums wird von der Tagesschau als Bedrohung dargestellt. Weiterhin wird in dieser Sequenz wieder ein direkter Bezug zum Arbeitsmarkt hergestellt. Hier wird indirekt die Sollens-Aussage formuliert: „Wirtschaftswachstum soll Arbeitsplätze schaffen“. Dies scheint es aber nicht mehr zu tun. Es zeigt sich also, dass die an Wirtschaftswachstum herangetragenen Wirkungen nicht erzielt werden, ähnlich wie es in Kapitel 2.1 dargelegt wurde.

Hypothese:

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau das Absinken des Wachstums als Bedrohung wahrnimmt.

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass in der Berichterstattung der Tagesschau widerlegt wird, dass Wirtschaftswachstum immer zu sinkenden Arbeitslosenzahlen führt.

„Text Klaus Altman im Aufsager: Brisanter als ihre Prognosen sind die Vorschläge.“ (WW90, Seq. 16);

Kommentar [MOU345]: Hier findet sich eine ähnliche Wortwahl wieder, wie in dem Beitrag über die Wirtschaftsweisen von 1994, in welchem es hieß: „Was die fünf Weisen als Nutzenanwendung hinter ihre Prognose geschrieben haben, ist wichtiger als die Prognose selbst.“ Die Tagesschau scheint also erneut davon auszugehen, dass nicht die Prognose der Weisen, sondern die von ihnen vorgeschlagenen politischen Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums eine höhere Relevanz (für den*die Zuschauer*in) haben. Es bestätigt sich also erneut die Hypothese,

...dass die Tagesschau in ihrer Berichterstattung über Wirtschaftswachstum den Fokus auf die praktische Folgen konjunktureller Entwicklungen für Politik und Gesellschaft statt auf abstrakte Zahlen legt.

„Text Klaus Altman im Aufsager: Das ist starker Tobak. Denn der Finanzminister müsste dafür nach Ansicht der Sachverständigen dreißig bis vierzig Milliarden Mark bei Subventionen und an Transferleistungen in die neuen Länder einsparen. Anderenfalls, so sagen sie, werden Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen, weiterhin zurückgestellt.“ (WW90, Seq. 17);

Kommentar [MOU346]: Auch hier findet sich wieder eine herausstechende Formulierung des Korrespondenten, nämlich „starker Tobak“, ähnlich wie „Eine Menge Sprengstoff auf 500 Druckseiten“. Dem*der Zuschauer*in wird durch solche Formulierungen eine negative Bewertung des Gutachtens nahegelegt, da der Korrespondent dieses offensichtlich für nicht nur sehr brisant, sondern – ausgehend von der Formulierung „starker Tobak“ – auch für provozierend oder gar unverschämt hält. Grund für seine Empörung ist anscheinend der Umstand, dass die Vorschläge der Weisen nicht mit den Plänen des Finanzministers übereinstimmen. Statt finanzielle Hilfen für die neuen Länder zu tätigen, fordern die Weisen Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Mir ist an der Stelle nicht klar, ob der Korrespondent diese Forderungen selbst für starken Tobak hält, oder ob diese Forderungen aus Sicht des Finanzministers für starken Tobak gehalten werden müssen, welcher ja offensichtlich andere Pläne hatte.

Weiterhin möchte ich hier herausstellen, dass erneut der Finanzminister – als eine Strukturposition der SKH Bundesregierung – erwähnt wird. Dies war bereits in dem Beitrag aus dem Jahr 1994 in der Sequenz 6 der Fall, in der es hieß: „Das ist nicht gerade Musik in den Ohren des Bundesfinanzministers, denn der will das Geld verwenden, um die Schuldenlast zu senken und die Staatsfinanzen fit zu machen für die Europäische Währungsunion.“ Es bestätigen sich also die Hypothesen,

...dass der Bundesfinanzminister – als Strukturposition der SKH Bundesregierung – in der Berichterstattung der Tagesschau über Wirtschaftswachstum eine zentrale Rolle einnimmt.
...dass die Tagesschau den Finanzminister als Ausführenden und ggf. als Leidtragenden der Maßnahmen der Wirtschaftsweisen darstellt.

„Text Klaus Altmann im Off: Die Lösung: Runter mit Steuern, Abgaben, Verschuldung und der Überfrachtung der sozialen Sicherheitssysteme. So deutlich hat das bisher noch niemand der Bundesregierung ins Hauptbuch geschrieben.“ (WW90, Seq. 18);

Kommentar [MOU347]: Aus diesem letzten Satz, der wie eine Art Zusammenfassung des Beitrags scheint, geht nun meines Erachtens hervor, warum der Korrespondent dem Gutachten eine hohe Sprengkraft zuschreibt und es für starken Tobak hält: Das, was die Weisen einfordern, impliziert anscheinend die Notwendigkeit einer klaren Kursänderung in der bisherigen finanz- und wirtschaftspolitischen Linie der Bundesregierung. Die Weisen fordern Veränderungen ein, die in weiten Teilen – erneut – nicht mit sozialpolitischen Zielsetzungen übereinstimmen und dabei augenscheinlich auch nicht mit den Plänen der Regierung konform gehen. Es bestätigen sich die Hypothesen,

...dass der SKH Bundesregierung in der Berichterstattung der Tagesschau über Wirtschaftswachstum eine besondere Rolle zukommt.

...dass die Tagesschau hervorhebt, wie die Wirtschaftsweisen die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bewerten.

...dass die Tagesschau die Kritik der Wirtschaftsweisen an der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung unkommentiert lässt.

3. Beitrag aus dem Jahr 1996 (15.11.1996: Veröffentlichung des Gutachtens)

„Beitragsplatzierung: 05:45 – 07:41

Beitragsform: Filmbeitrag“ (WW90, Seq. 19);

„Text Sprecherin: Die führenden Wirtschaftsexperten fordern drastischere Reformen bei Steuern, Sozialsystemen und in der Tarifpolitik. Im neuen Gutachten heißt es unter anderem, Tarifverträge sollten per Gesetz für Betriebsvereinbarungen geöffnet werden. Dies wurde von den Arbeitgebern begrüßt, von den Gewerkschaften dagegen zurückgewiesen.“ (WW90, Seq. 20);

„Text Korrespondent Rolf Scheller im Off: Das Wirtschaftswachstum `97 wird zu 2,5 Prozent steigen. Die Wirtschaftsprofessoren warnen aber davor, diesen Anstieg gegenüber `96 als Kräftigung der Konjunktur zu deuten. Die Zahl der Arbeitslosen werde im nächsten Jahr weiter steigen, die Forscher rechnen mit 4,06 Millionen. An eine Trendwende sei nicht zu denken, solange die Investitionstätigkeit insbesondere im Osten so schwach bliebe, so die fünf Weisen.“ (WW90, Seq. 21);

Kommentar [MOU348]: Erneut wählt die Tagesschau das Format Filmbeitrag und platziert diesen im zweiten Drittel der Sendung. Es bestätigt sich also erneut die Hypothese,

... dass die Tagesschau der Gutachtenveröffentlichung der Wirtschaftsweisen einen hohen Stellenwert in ihrer Berichterstattung einräumt.

Kommentar [MOU349]: Hier lässt die Tagesschau Akteur*innen zu Wort kommen, die bisher nicht zu Wort kamen, nämlich Arbeitgeber*innen und Gewerkschaften. Die Vorschläge der Weisen bezüglich der Tarifpolitik fallen zu Ungunsten der Arbeitnehmer*innen aus, was die Tagesschau hier – zwar nicht im eigenen Namen, aber immerhin im Namen der Gewerkschaften – erwähnt. Die Vorschläge der Weisen werden also kritisch eingeordnet. Statt die Vorschläge nur zu benennen, werden Reaktionen relevanter gesellschaftlicher Gruppen aufgeführt. Jedoch bleibt die Kritik dabei nur sehr oberflächlich, es wird nicht ausgeführt, warum die jeweiligen Gruppen für bzw. gegen die vorgeschlagenen Maßnahmen der Weisen sind. Es wäre zum Beispiel auch eine Möglichkeit gewesen, hier als Gegenstimme einen*eine Gewerkschaftler*in zu Wort kommen zu lassen.

Hypothese:

Ich stelle die vorläufige Hypothese aus, dass eine kritische Einordnung ...

Kommentar [MOU350]: Hier wird erneut das Wirtschaftswachstum in einen engen Zusammenhang mit den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt gebracht. Und erneut wird das BIP als Wachstumsindikator aufgeführt und eine numerische Darstellung gewählt. Es bestätigen sich also die Hypothesen,

...dass der Thematik Arbeitslosigkeit im Kontext der Berichterstattung über Wirtschaftswachstum ein großer Stellenwert zuteilwird.
... dass die Tagesschau das Wirtschaftswachstum numerisch in Form des prozentualen BIP-Anstiegs präsentiert.

„Text Korrespondent Rolf Scheller im Off: Einziger Lichtblick: Die Verbraucherpreise bleiben auch im nächsten Jahr **stabil**.“ (WW90, Seq. 22);

Kommentar [MOU351]: Mit der Formulierung „Einziger Lichtblick“ macht der Korrespondent deutlich, dass die Prognosen der Weisen düster ausgefallen sind und dass trotz einer ansehnlichen Wachstumsrate von 2,5 Prozent kaum positive Effekte zu spüren sein werden – außer, dass ein Anstieg der Verbraucherpreise nicht zu erwarten ist.

„Text Herbert Hax, Wirtschaftswoche: Das Gutachten spiegelt insgesamt ein Dilemma. Das Dilemma besteht darin, dass einerseits klar gemacht werden muss, wie ernst die Lage ist. Was wir heute nicht brauchen ist Jammern und Selbstbemitleidung, was wir heute brauchen ist Zuversicht und Selbstvertrauen.

Text Korrespondent Rolf Scheller im Off: Bundeskanzler Kohl betonte bei der Entgegennahme des Gutachtens, Deutschland habe guten Grund mit realistischem Optimismus in die Zukunft zu **blicken**.“ (WW90, Seq. 23);

Kommentar [MOU352]: Der Beitrag endet vergleichsweise emotional, als wollte der Korrespondent dem*der Zuschauer*in am Ende beruhigend vermitteln: „Momentan sieht es schlecht aus, aber es wird besser werden“. Sowohl die Aussage des Gutachters als auch die Aussage des Bundeskanzlers legen diese optimistische Zukunftsperspektive nahe. Ich frage mich, ob solch ein positiver Abschluss trotz offensichtlich schlechter Prognosen darauf ausgelegt ist, den*die Zuschauer*in nicht in seinem*ihrer Konsumverhalten zu bremsen.

Kategorienverzeichnis_WW90

K101 Beitragsart und -platzierung.....	201
K102 Positive Bewertung des Wirtschaftswachstums	201
K103 BIP als Wachstumsindikator	201
K104 Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit	201
K104A Relevanz der Thematik Arbeitslosigkeit	201
K104B Wachstum sollte zu weniger Arbeitslosigkeit führen	202
K104B1 Wachstum führt zu sinkenden Arbeitslosenzahlen?	202
K105 Handlungspraktische Folgen vor abstrakten Prognosen.....	202
K106 Ausbleibende Kritik am Konsum-Optimums	202
K107 Vermeintliche Gegenstimmen folgen ebenfalls dem Wachstumsdogma.....	202
K108 Bundesfinanzminister als relevante Strukturposition	203
K108A: Der Bundesfinanzminister als Ausführender und Leidtragender der Maßnahmen der Wirtschaftsweisen.....	203
K109 Bundesregierung als relevante Struktur kollektiven Handelns.....	203
K109A Wirtschaftsweisen als Bewertungsinstanz der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.....	203
K109A1 Ausbleibende Einordnung der Kritik der Wirtschaftsweisen an der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.....	204
K110 Ausbleibende Kritik an sozialpolitisch fragwürdigen Maßnahmen der Wirtschaftsweisen.....	204
K111 Absinken der Wachstumszahlen als Bedrohung	204
K112 Kritik an den Maßnahmen der Weisen bleibt vage und oberflächlich.....	204
K201 Kritische Haltungen gegenüber der Wirtschaftsweisen.....	205
K201A Unzulängliche kritische Einordnung der ausschließlich wachstumsorientierten Maßnahmen der Wirtschaftsweisen	205
K201B Ausbleibende Kritik des Wachstumsstrebens aus einer umweltpolitischen Perspektive ...	206
K202 Bewertungen von Wirtschaftswachstum	206
K203 Die Bundesregierung und der Finanzminister als stimmlose Adressat*innen.....	207
K203A Das Fehlen wachstumskritischer Stimmen	207
K204 Besonderer Stellenwert der Thematik Arbeitslosigkeit	208

K101 Beitragsart und -platzierung

These: Aufgrund der Tatsache, dass die Tagesschau den Beitrag über die Gutachtenveröffentlichung der Wirtschaftsweisen i) als Filmbeitrag aufbereitet und ii) im zweiten Drittel der Sendung platziert, nehme ich an, dass die Tagesschau diesem Ereignis – welches im Themenkomplex Wirtschaftswachstum zweifelsohne eine zentrale Rolle einnimmt – eine mittlere Relevanz zuspricht.

Indikatoren: Seq. 1, Seq. 11, Seq. 19

K102 Positive Bewertung des Wirtschaftswachstums

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau Wirtschaftswachstum als eine erstrebenswerte Entwicklung darstellt.

Indikatoren: Seq. 2, Seq. 12

K103 BIP als Wachstumsindikator

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau das Bruttoinlandsprodukt als Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes heranzieht.

Indikatoren: Seq. 2, Seq. 21

K104 Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit

K104A Relevanz der Thematik Arbeitslosigkeit

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass der Thematik Arbeitslosigkeit im Kontext der Berichterstattung über Wirtschaftswachstum ein großer Stellenwert zuteilwird.

Indikatoren: Seq. 3, Seq. 8, Seq. 9, Seq. 12, Seq. 15, Seq. 21

K104B Wachstum sollte zu weniger Arbeitslosigkeit führen

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau davon ausgeht, dass wirtschaftliches Wachstum zu einem Sinken der Arbeitslosenzahlen führen müsste.

Indikatoren: Seq. 3, Seq. 15

K104B1 Wachstum führt zu sinkenden Arbeitslosenzahlen?

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass in der Berichterstattung der Tagesschau widerlegt wird, dass Wirtschaftswachstum immer zu sinkenden Arbeitslosenzahlen führt.

Indikatoren: Seq. 3, Seq. 15, Seq. 21

K105 Handlungspraktische Folgen vor abstrakten Prognosen

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau den aus den vorgeschlagenen Maßnahmen der Weisen potentiell folgenden politischen Handlungen zur Wachstumsförderung eine größere Relevanz beimisst als den Wachstumsprognosen der Weisen.

Indikatoren: Seq. 4, Seq. 16

K106 Ausbleibende Kritik am Konsum-Optimums

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau jene vorgeschlagenen Maßnahmen der Wirtschaftsweisen, die auf eine Ankurbelung privaten Konsums abzielen, nicht kritisch einordnet.

Indikatoren: Seq. 5

K107 Vermeintliche Gegenstimmen folgen ebenfalls dem Wachstumsdogma

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass auch die zu Wort kommenden kritischen Stimmen letztlich Wachstum als zentrales Handlungsziel ansetzen.

Indikatoren: Seq. 6, Seq. 17

K108 Bundesfinanzminister als relevante Strukturposition

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Haltung des Bundesfinanzministers zu den Vorschlägen der Weisen von der Tagesschau als relevante Meinung erachtet wird.

Indikatoren: Seq. 6, Seq. 17

K108A: Der Bundesfinanzminister als Ausführender und Leidtragender der Maßnahmen der Wirtschaftsweisen

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass der Bundesfinanzminister von der Tagesschau als derjenige dargestellt wird, der die Maßnahmen der Wirtschaftsweisen i) umsetzen und ii) hierfür ggf. seine ursprünglichen Finanzierungspläne über Bord werfen müsste.

Indikatoren: Seq. 6, Seq. 17

K109 Bundesregierung als relevante Struktur kollektiven Handelns

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Bundesregierung im Kontext der Berichterstattung über die Wirtschaftsweisen von der Tagesschau als zentrale SKH angesehen wird.

Indikatoren: Seq. 7, Seq. 12, Seq. 18

K109A Wirtschaftsweisen als Bewertungsinstanz der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau darüber berichtet, wie die Wirtschaftsweisen die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bewerten.

Indikatoren: Seq. 7, Seq. 12, Seq. 18

K109A1 Ausbleibende Einordnung der Kritik der Wirtschaftsweisen an der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau die Kritik der Wirtschaftsweisen an der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung unkommentiert lässt.

Indikatoren: Seq. 7, Seq. 12, Seq. 18

K110 Ausbleibende Kritik an sozialpolitisch fragwürdigen Maßnahmen der Wirtschaftsweisen

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau jene Maßnahmen der Wirtschaftsweisen, die aus einer sozialpolitischen Perspektive kritisch zu betrachten wären, unkommentiert lässt.

Indikatoren: Seq. 10

K111 Absinken der Wachstumszahlen als Bedrohung

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau ein Absinken der Wachstumsraten als bedrohliche Entwicklung darstellt.

Indikatoren: Seq. 15

K112 Kritik an den Maßnahmen der Weisen bleibt vage und oberflächlich

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau Kritik an den Maßnahmen der Wirtschaftsweisen nur sehr oberflächlich zu Wort kommen lässt, in dem Sinne, dass der inhaltliche Gehalt der Kritik nicht benannt wird.

Indikatoren: Seq. 21

K201 Kritische Haltungen gegenüber der Wirtschaftsweisen

K201A Unzulängliche kritische Einordnung der ausschließlich wachstumsorientierten Maßnahmen der Wirtschaftsweisen

Auf Basis der Kategorien K106, K107, K110 und K112 leite ich die folgenden Überlegungen ab:

In den Tagesschaubeiträgen des ersten Zeitraums über die Gutachtenveröffentlichung der Wirtschaftsweisen wird eine kritische Perspektive auf das vorherrschende Wachstumsparadigma von Seiten der Tagesschau nicht erkennbar. Dies äußert sich insbesondere darin, dass sämtliche Forderungen der Wirtschaftsweisen zur Wachstumsförderung entweder i) überhaupt nicht, ii) aus einer ebenfalls wachstumsorientierten Logik heraus oder iii) nur sehr vage und oberflächlich kritisch kommentiert werden. So wäre es aus einer wachstumskritischen Perspektive durchaus positiv zu betrachten, dass der private Konsum nicht angestiegen zu sein scheint. Die Forderung der Weisen nach niedrigen Tarifabschlüssen wiederum wäre aus einer sozialpolitischen Perspektive zu kritisieren. Diese kritische Einordnung der Forderungen der Weisen wird jedoch von der Tagesschau nicht vorgenommen. Lediglich der Bundesfinanzminister kommt zu Wort, der zwar womöglich andere Finanzpläne verfolgt als ihm die Weisen anraten (Seq. 6, Seq. 17), jedoch letztlich ebenfalls der Logik des Primats des Wachstums folgt. Diese unkritische Darstellungsweise führt dazu, dass bei dem*der Zuschauer*in der Eindruck erweckt wird, dass das, was die Wirtschaftsweisen vorschlagen zum einen von großer Relevanz, zum anderen quasi alternativlos sei. Dass es noch weitere relevante politische Zielsetzungen jenseits der Wachstumsförderung gibt, beispielsweise eine klimafreundliche oder auch soziale Politik zu machen, erfährt der*die Tagesschauzuschauer*in somit nicht.

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau die Förderung von Wachstum als übergeordnetes politisches Handlungsziel unkritisch übernimmt, da alternative Handlungsziele quasi nicht thematisiert werden.

K201B Ausbleibende Kritik des Wachstumsstrebens aus einer umweltpolitischen Perspektive

In der Absicht, ebenfalls deutlich herauszustellen, was in der Berichterstattung der Tagesschau *nicht* thematisiert wird, jedoch aus einer wachstumskritischen Perspektive zu erwähnen wäre, soll an dieser Stelle hervorgehoben werden, dass in sämtlichen untersuchten Beiträgen der Zusammenhang zwischen dem Wachstumsstreben und den negativen Folgen für Umwelt und Klima keine Rolle spielt. Obwohl im internationalen Diskurs vor allem seit dem Rio Weltgipfel 1992 die Debatte um klimafreundliche Wirtschaftsweisen wieder im vollen Gange war, nimmt die Tagesschau hier keinerlei Verknüpfungen vor, sondern betrachtet das Thema Wirtschaftswachstum völlig losgelöst von diesem internationalen Diskurs. Auch hier stellt sich für mich wieder die entscheidende Frage, welche Auswirkungen es auf die Wahrnehmung der Zuschauer*innen hat, wenn der eindeutige Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung in der medialen Berichterstattung nicht thematisiert wird. Meiner Meinung nach wird dem*der Zuschauer*in somit vorenthalten (ob bewusst oder unbewusst sei dahingestellt), dass es sich beim Klimawandel letztlich um ein systemimmanentes Problem handelt, welches als direkte Folge unseres unaufhörlichen Profit- und Wachstumsstrebens zu verstehen und dem nur durch eine weitreichende Umstellung unserer Konsum- und Produktionsweisen zu begegnen ist.

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau die Themen Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung bzw. Klimawandel als voneinander unabhängige Themenbereiche behandelt.

K202 Bewertungen von Wirtschaftswachstum

Aus den Sequenzen 2, 12 und 15 (K102 und K110) lassen sich weiterhin die Bewertungen der Tagesschau von Wirtschaftswachstum ableiten. Dabei sind es emotionalisierende Ausdrücke wie „Erholung der Konjunktur“, „Chancen für Wachstum vertan“ oder „sorgt sich um das Wirtschaftswachstum“, die eindeutig vermitteln, dass Wachstum als eine positive, erstrebenswerte Entwicklung angesehen, während ein Absinken der Wachstumsraten als Bedrohung betrachtet wird. Von einer neutralen Berichterstattung – wie sie sich die Tagesschau auf die Fahne schreibt – kann hier also kaum die Rede sein. Dem*der Zuschauer*in wird durch solche emotionalen Verknüpfungen eine bestimmte Interpretation von Wirtschaftswachstum nahegelegt; der*die Zuschauer*in wird also gezielt in seiner*ihrer Wahrnehmung von Wirtschaftswachstum in Richtung einer positiven Bewertung beeinflusst.

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau Wirtschaftswachstum als positive Entwicklung versteht und mit entsprechenden Wertungen über selbiges berichtet.

K203 Die Bundesregierung und der Finanzminister als stimmlose

Adressat*innen

Aus den Kategorien K108, K108A, K109, K109A und K109A1 leite ich die folgenden Überlegungen ab:

Die Frage danach, welche Akteur*innen im Kontext der Berichterstattung über Wirtschaftswachstum direkt oder indirekt zur Sprache kommen, halte ich für durchaus aufschlussreich, da hierüber implizite Haltungen der Tagesschau zum Vorschein kommen können. In den Beiträgen über die Gutachtenveröffentlichung der Wirtschaftsweisen im ersten Untersuchungszeitraum stechen vor allem die Bundesregierung als SKH (Seq. 7, 12, 18) und der Finanzminister als Strukturposition der SKH Bundesregierung (Seq. 6 und 17) hervor. Hierbei ist es meiner Meinung nach insbesondere interessant zu sehen, in welcher Rolle, mit welchen Eigenschaften diese beiden Akteur*innen auftreten. Offensichtlich erachtet die Tagesschau die Bundesregierung und den Finanzminister als die beiden relevantesten Adressat*innen der Weisen. Dabei tritt die Bundesregierung stets in der Rolle der bewerteten bzw. kritisierten auf; also als diejenige, die in den Augen der Wirtschaftsweisen eine gute oder schlechte, also wachstumsförderliche oder -hinderliche, Wirtschafts- und Finanzpolitik betreibt. Der Finanzminister tritt als derjenige auf, der die von den Weisen vorgeschlagenen Maßnahmen womöglich entgegen seiner eigenen Pläne umzusetzen hätte. Interessant ist vor allem, dass die beiden Adressat*innen hierbei keine eigene Stimme haben. Ihre aktuelle und zukünftige Politik wird von den Weisen bewertet und dabei meistens gerügt, die Bundesregierung und der Finanzminister kommen aber nicht als Gegenstimmen zu Wort, können also ihre von den Weisen kritisierten politischen Entscheidungen nicht verteidigen. Diese Darstellungsweise unterstützt erneut den Leseeindruck, der schon in K201A zum Ausdruck kam, nämlich, dass die Meinung der Weisen als übergeordnet und alternativlos präsentiert wird, sodass die von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen sowie generell ihre Rolle im politischen Gefüge unverhältnismäßig relevant erscheint.

K203A Das Fehlen wachstumskritischer Stimmen

Genauso interessant ist die Frage danach, wer zu Wort hätte kommen können, jedoch nicht zu Wort gekommen ist. Während es sich bei dem Finanzminister, der noch am ehesten als „Gegenstimme“ hervortritt (Seq. 6), um einen Akteur handelt, der mit großer Wahrscheinlichkeit ebenfalls das Wachstum als zentrales politisches Handlungsziel versteht, kommen wachstumskritische Stimmen zu keinem Zeitpunkt zu Wort. Interessensgruppen wie Gewerkschaften oder Umweltverbände, die die von den Weisen vorgeschlagenen Maßnahmen mit großer Wahrscheinlichkeit kritisieren würden, bekommen von der Tagesschau keine Bühne, sodass ihre Interessen auch für die Zuschauer*innen

ungehört bleiben. Dies verzerrt die Realität der Meinungsvielfalt und lässt – wie nun schon so oft kritisiert – die Meinungen, Vorschläge und gleichzeitig die Wertevorstellungen der Wirtschaftsweisen alternativlos und übermäßig relevant erscheinen.

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau nur solche Stimmen zu Wort kommen lässt, die die grundlegende Sinnhaftigkeit des Wachstumsstrebens sowie wachstumsfördernde politische Maßnahmen nicht hinterfragen.

K204 Besonderer Stellenwert der Thematik Arbeitslosigkeit

Aus den Kategorien K104, K104A, K104B und K104B1 leitet die Forscherin die folgenden Gedanken ab:

Die Thematik Arbeitslosigkeit tritt in der Berichterstattung der Tagesschau über das Gutachten der Wirtschaftsweisen im ersten Zeitraum besonders stark hervor. Ein Umstand, der wohl den ansteigenden Arbeitslosenzahlen im untersuchten Zeitraum 1994 bis 1996 geschuldet ist. Die starke Präsenz dieses Themas konnte auch schon Hagen (2005) (vgl. Kapitel 2.3.1.2) feststellen. Da das Ausbleiben steigender Beschäftigungszahlen trotz ansteigenden Bruttoinlandsprodukts augenscheinlich ein zentrales Thema in den Gutachten der Wirtschaftsweisen in diesen drei Jahren war, ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass die Thematik auch in der Berichterstattung der Tagesschau eine zentrale Rolle einnimmt. Vielmehr verdeutlicht diese intensive Berichterstattung über die Beschäftigungszahlen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung, dass der Glauben an Beschäftigung durch Wachstum fest verankert zu sein scheint. Jedoch: Das damalige Wachstum scheint das „Versprechen“ sinkender Arbeitslosenzahlen nicht einhalten zu können; trotz des Wachstums blieben die Arbeitslosenzahlen hoch. Dies entspricht einem der Argumente, die Wachstumskritiker*innen häufig anbringen, nämlich dass die dem Wachstum zugeschriebenen positiven Wirkungen heute nicht mehr in dem Maße gelten, wie es einst der Fall war (Stichwort „Jobless Growth“) (vgl. Hinterberger et al., 2009, S. 30f.).

Kodierbaum 2: Beiträge „Gutachten der Wirtschaftsweisen“ im Zeitraum 2015-2017

Kürzel: WW20

1. Beitrag aus dem Jahr 2015 (11.11.2015: Veröffentlichung des Gutachtens)

„Beitragsplatzierung: 05:03-07:12

Beitragsform: Filmbeitrag“ (WW20, Seq. 24);

„Text Sprecherin: Die Flüchtlingsfrage stand dieses Mal auch im Fokus des Jahresgutachtens der sogenannten Wirtschaftsweisen. Nach Ansicht der Sachverständigen kann Deutschland die bisher absehbaren Ausgaben zur Aufnahme der Flüchtlinge schultern. Die Schutzsuchenden stellten keine Bedrohung für den Wohlstand der Landes dar.“ (WW20, Seq. 25);

Kommentar [MOU353]: Wie im ersten untersuchten Zeitraum bereitet die Tagesschau auch im zweiten Zeitraum die Nachricht, dass die Wirtschaftsweisen ihr neues Jahresgutachten veröffentlicht haben, in Form eines Filmbeitrags auf. Das spräche zunächst dafür, dass die Redaktion der Nachricht die gleiche Aufmerksamkeit schenkt bzw. sie für genauso relevant erachtet wie noch vor zwanzig Jahren. Auch die Platzierung innerhalb der Sendung ist im Jahr 2015 ähnlich, nämlich im zweiten Drittel der Sendung.

Kommentar [MOU354]: Die im Jahr 2015 alles überschattende „Flüchtlingskrise“ scheint auch in dem Gutachten der Weisen eine zentrale Rolle zu spielen. In dieser Sequenz wird eine emotionalisierende Sprache verwendet. Es sticht mir vor allem die fragwürdige Formulierung „Die Schutzsuchenden stellten keine Bedrohung für den Wohlstand des Landes dar“ ins Auge. Hier wird eine sehr wirtschafts- und nutzenorientierte Perspektive eingenommen, in der die Geflüchteten nicht als Hilfesuchende, sondern als potentielle Bedrohung für den Wohlstand Deutschlands betrachtet werden. Auch wenn die Möglichkeit besteht, dass es sich hierbei um eine Wortwahl handelt, die von den Wirtschaftsweisen stammt, hätte die Tagesschau meiner Auffassung nach die Wahl, solche Formulierungen nicht zu übernehmen, sondern eine neutralere Ausdrucksweise zu verwenden oder zumindest deutlicher kenntlich zu machen, dass es sich hierbei um eine Aussage der Wirtschaftsweisen handelt, zum Beispiel, indem man eine*n der Weisen direkt zu Wort kommen lässt. Weiterhin – und das war im ersten Zeitraum nicht der Fall – kommt hier der Begriff Wohlstand ins Spiel, welcher mit Wirtschaftswachstum in direkten Zusammenhang gebracht wird. Ich werde darauf achten, ob der Begriff im weiteren Verlauf noch häufiger erwähnt wird. Aus der Formulierung „die Schutzsuchenden stellten keine Bedrohung für den Wohlstand der Landes dar“ geht zudem hervor, dass Wachstum wie auch im ersten Zeitraum als positive Entwicklung, das Nicht-Vorhandensein des Wachstums als Bedrohung wahrgenommen wird.

„Text Sprecherin: Für das laufende Jahr gehen die Wirtschaftsexperten von einem Wachstum von 1,7 Prozent aus. Für das kommende Jahr von 1,6 Prozent.“ (WW20, Seq. 26);

„Text Korrespondent Frank Jahn im Off: Bis zu einer Million Flüchtlinge erwartet Deutschland dieses Jahr. Die Kosten seien verkraftbar und die Zuwanderer könnten der Wirtschaft nützen, wenn man den Zugang zu Jobs erleichtert, sagen die sogenannten Wirtschaftsweisen in ihrem Gutachten.“ (WW20, Seq. 27);

Kommentar [MOU355]: Die Wachstumsraten werden hier vergleichsweise neutral präsentiert und nicht mit emotionalisierenden Phänomenen wie Erholung oder Bedrohung versehen. Es zeigt sich zudem, dass die Wachstumsraten deutlich niedriger liegen als noch vor zwanzig Jahren. Erneut wird das BIP als Indikator verwendet.

Hypothese:

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau das Wirtschaftswachstum numerisch in Form des prozentualen Anstiegs des BIP darstellt.

Kommentar [MOU356]: Auch hier möchte ich wieder die wenig sensible, an der Wirtschaftslogik orientierte Sprache hervorheben: „Die Zuwanderer könnten der Wirtschaft nützen“. Die Vorstellung, dass ein Mensch (in Not) der Wirtschaft nützt oder diese bedroht ist für mich als Sozialwissenschaftlerin befremdlich und es erstaunt mich, dass die Tagesschau vor derartigen Formulierungen nicht zurückschreckt. Es bestätigt sich erneut die Hypothese,

...dass die Tagesschau zumindest im Kontext ihrer Wirtschaftsberichterstattung ein wirtschafts- und nutzenorientiertes Menschenbild vertritt.

„Text Korrespondent Frank Jahn im Off: Die Kanzlerin freut sich über das Urteil, dass die Wirtschaft robust sei.“ (WW20, Seq. 28);

Kommentar [MOU357]: Hier wird über die Reaktion der Kanzlerin auf das Gutachten der Weisen berichtet. Ich frage mich, ob die Kanzlerin noch häufiger zu Wort kommen wird, denn eine Wiedergabe der Reaktion des Kanzlers gab es in den Beiträgen des ersten Zeitraums nur einmal, häufiger kamen die Bundesregierung als Ganzes oder aber der Bundesfinanzminister (indirekt) zu Wort.

„Text Angela Merkel, Bundeskanzlerin Deutschland: Wir profitieren davon, dass die Beschäftigungslage sehr gut ist. Aber wir wissen natürlich auch, dass das noch keine Sicherheit für die Zukunft bedeutet, sondern, dass das immer wieder erarbeitet werden muss.“ (WW20, Seq. 29);

Kommentar [MOU358]: In der Tat kommt der Reaktion der Kanzlerin hier durch einen Mitschnitt noch mehr Aufmerksamkeit zu. Während im ersten Zeitraum nur der Korrespondent selbst oder aber die Wirtschaftsweisen in direkter Form – also in Form eines Mitschnitts einer Rede bzw. Aussage – zu Wort kamen, wird hier nun die Stellungnahme der Kanzlerin sogar vor Kommentaren der Wirtschaftsweisen präsentiert. Ich vermute, dass der Kanzlerin eine wichtige Rolle in der Berichterstattung über Wirtschaftswachstum zukommt und stelle deshalb die folgende Hypothese auf:

Hypothese:

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass der Bundeskanzlerin Merkel in der Berichterstattung der Tagesschau über das Wirtschaftswachstum eine besondere Relevanz zukommt.

„Text Korrespondent Frank Jahn im Off: Für die Flüchtlingskrise geben die Ökonomen Ratschläge. Investition in die Ausbildung lautet einer, brisanter ist ihr Ruf nach Ausnahmen vom Mindestlohn. So sollte man Flüchtlinge wie Langzeitarbeitslose behandeln, damit sie unter Mindestlohn arbeiten können. Auch Praktikanten sollten vom Mindestlohn ausgenommen werden.“ (WW20, Seq. 30);

Kommentar [MOU359]: An der ausschließlich profitorientierten Denkweise der Wirtschaftsweisen scheint sich offenkundig in den letzten zwanzig Jahren nichts verändert zu haben. Maßnahmen zur Wachstumsförderung werden unabhängig ihres „unsozialen“ Gehalts eingefordert. Dies wird von der Tagesschau an dieser Stelle erstmal nur mit einem „brisant“ kommentiert, ohne dass klar herausgestellt wird, dass es sich hier um einen sozialpolitisch fragwürdigen Vorschlag handelt. Diese meines Erachtens nicht ausreichende kritische Einordnung solcher Vorschläge erinnert zunächst an die Berichterstattung des ersten Zeitraums.

„Text Korrespondent Frank Jahn im Off: Was die Mindestlohnideen angeht, macht die Regierungspartei SPD klar: Nicht mit uns.

Text stellv. Fraktionsvorsitzender SPD Hubertus Heil:

Ich halte die Debatte für gefährlich. Wenn in Deutschland der Eindruck erweckt würde, dass die Flüchtlingsdiskussion genutzt wird, um Löhne zu drücken, dann verunsichert das viele Menschen.“ (WW20, Seq. 31);

Kommentar [MOU360]: Nun lässt die Tagesschau – und dies war im ersten Zeitraum nie der Fall – jedoch in direkter Weise eine Gegenstimme zu Wort kommen, welche die soeben von mir bemängelte fehlende kritische Einordnung der Vorschläge der Weisen liefert. Der Missmut zumindest einer der beiden regierenden Parteien über die vorgeschlagenen Maßnahmen der Weisen wird zum Ausdruck gebracht.

Hypothese:

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau Gegenstimmen zu Wort kommen lässt, die die vorgeschlagenen Maßnahmen der Wirtschaft kritisch einordnen.

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau die SPD als arbeiternahere Koalitionspartei als kritische Gegenstimme zu Wort kommen lässt.

„Text Korrespondent Frank Jahn im Off: In Merkels Union sehen viele den Mindestlohn als Integrationshürde.“ (WW20, Seq. 32);

Kommentar [MOU361]: Auch die zweite Regierungspartei kommt zu Wort, jedoch in einem deutlich geringerem Umfang und auch nur indirekt. Hier könnte man der Tagesschau nun unterstellen, sie würde der sozialen Position der SPD näherstehen als der konservativen Position der CDU/CSU. Mit solchen Vermutungen möchte ich jedoch zunächst vorsichtig sein. Jedoch ist festzuhalten, dass nicht nur Gegenstimmen, sondern auch befürwortende Stimmen zu Wort kommen.

Hypothese:

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau darauf bedacht ist, sowohl Stimmen, die die Maßnahmen der Weisen kritisch betrachten, als auch Stimmen, die die Maßnahmen der Weisen befürworten, zu Wort kommen zu lassen.

„Text Korrespondent Frank Jahn im Off: Sie werde sich aus dem Papier einiges zu Herzen nehmen, sagt die Kanzlerin. Was genau, lässt sie noch offen.“ (WW20, Seq. 33);

Kommentar [MOU362]: Die Kanzlerin kommt erneut zu Wort. Sie nimmt insgesamt in dem bisherigen Beitrag einen prominenten Platz ein. Vor allem, wenn man ihre Präsenz innerhalb der Berichterstattung mit der Präsenz von Bundeskanzler Kohl in der Berichterstattung des ersten Zeitraums vergleicht. Es bestätigt sich also erneut die bereits aufgestellte Hypothese,

...dass der Bundeskanzlerin Merkel in der Berichterstattung der Tagesschau über Wirtschaftswachstum eine besondere Relevanz zukommt.

Ich finde es interessant, dass während im ersten Zeitraum eher von der Regierung als Ganzes die Rede war, in diesem aktuelleren zweiten Zeitraum immer wieder lediglich von der Kanzlerin die Rede ist. Möglicherweise ist dieser Umstand dem häufig kritisierten Personalisierungstrend in der Politikberichterstattung geschuldet.

„Text Korrespondent Frank Jahn im Aufsager: In den Vorschlägen der Gutachter liegt durchaus Sprengkraft für die Koalition. Denn in der Union kann man sich erwärmen für Abstriche beim Mindestlohn. Das Thema könnte die ohnehin schon große Kluft zwischen den Koalitionspartnern in der Flüchtlingspolitik weiter vertiefen.“ (WW20, Seq. 34);

Kommentar [MOU363]: In diesem zusammenfassenden letzten Kommentar des Korrespondenten wird das Gutachten der Wirtschaftsweisen in das politische Geschehen eingeordnet, indem hervorgehoben wird, dass die Forderungen des Gutachtens den bestehenden Konflikt zwischen den beiden Parteien der großen Koalition noch verschärfen könnten. Solche Einordnungen waren im ersten Zeitraum kaum auszumachen.

Hypothese:

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau die potentielle politische Konflikthaftigkeit der von den Weisen vorgeschlagenen Maßnahmen thematisiert.

2. Beitrag aus dem Jahr 2016 (02.11.2016: Veröffentlichung des Gutachtens)

„Beitragsplatzierung: 02:40-05:04

Beitragsform: Filmbeitrag“ (WW20, Seq. 35);

Kommentar [MOU364]: Hier sticht mir ins Auge, dass der Beitrag deutlich früher platziert ist, als es zuvor der Fall war. Leider ist es schwer zu sagen, ob diese „neue“ Platzierung darauf zurückzuführen ist, dass die Tagesschau dem Thema eine größere Relevanz zuspricht oder aber darauf, dass es ansonsten an wichtigen Nachrichten mangelte, sodass die Veröffentlichung des Gutachtens der Weisen quasi nach vorne gerückt ist. Ich werde darauf achten, wo der Beitrag im kommenden Jahr platziert wird, um herauszufinden, ob es sich hierbei nur um eine einmalige Ausnahme handelt.

„Text Sprecher: Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in seinem Jahresbericht der Politik der Bundesregierung deutliche Vorhaltungen gemacht.“ (WW20, Seq. 36);

Kommentar [MOU365]: Hier kommt nun, entgegen der bereits aufgestellten Vermutungen, doch wieder die Bundesregierung als Ganzes zu Wort und wird wie auch in den Beiträgen des ersten Zeitraums den Wirtschaftsweisen gegenübergestellt. Es bestätigt sich also immer wieder, dass eine der zentralen Fragen im Kontext der Berichterstattung über die Wirtschaftsweisen ist: In welchem Verhältnis stehen die Forderungen der Wirtschaftsweisen zu dem aktuellen bzw. zukünftigen Handlungen der Bundesregierung. Angesichts der Tatsache, dass die Bundesregierung als SKH thematisiert wird, stelle ich die folgende Hypothese auf.

Hypothese:

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass der SKH Bundesregierung in der Berichterstattung der Tagesschau über Wirtschaftswachstum eine besondere Rolle zukommt.

„Text Sprecher: Die fünf sogenannten Wirtschaftsweisen werfen der schwarz-roten Koalition mangelnde Reformfreudigkeit vor, die sogar das anhaltende Wachstum gefährden könne. Bundeskanzlerin Merkel wies die Kritik zurück.“ (WW20, Seq. 37);

„Text Sprecher: Der Sachverständigenrat ist ein unabhängiges Gremium für wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung. Sein gesetzlicher Auftrag ist es, regelmäßig die gesamtwirtschaftliche Lage zu begutachten und eine Prognose abzugeben. Das Augenmerk richtet sich auf stabile Preise, Beschäftigung und Wachstum. Die fünf Weisen sehen ihre Arbeit als wesentlichen Bestandteil der wirtschaftspolitischen Diskussion in Deutschland.“ (WW20, Seq. 38);

Kommentar [MOU366]: Es kommt hier erneut eine bewertende Ausdrucksweise zum Vorschein: „Sogar das anhaltende Wachstum gefährden könne“. Diese Formulierung impliziert, dass Wachstum nach wie vor das angestrebte Ziel ist und dass dessen Nicht-Vorhandensein als Gefährdung wahrgenommen wird. Es bestätigt sich also erneut die Hypothese,

...dass die Tagesschau ein Absinken der Wachstumsraten als bedrohlich bewertet.

Erneut kommt indirekt, also über eine Aussage des Sprechers, die Bundeskanzlerin mit einer Stellungnahme zum Gutachten zu Wort. Es bestätigt sich,

... dass der Bundeskanzlerin Merkel in der Berichterstattung der Tagesschau über das Wirtschaftswachstum eine besondere Relevanz zukommt. Die Kanzlerin weist die Kritik der Weisen zurück, tritt hier also eindeutig als Gegenstimme auf.

Hypothese:

Kommentar [MOU367]: Ich finde es interessant, dass die Tagesschau an dieser Stelle genauer erläutert, was der Sachverständigenrat der Wirtschaftsweisen ist und wo seine zentralen Aufgaben liegen. Wissen, dass in den bisherigen Beiträgen zu der Gutachtenveröffentlichung der Weisen einfach vorausgesetzt wurde, wird hier noch einmal explizit dargelegt und dem*der Zuschauer*in somit eine bessere Einordnung der folgenden Informationen zum Gutachten ermöglicht. Der Korrespondent Tom Schneider, der diesen Beitrag erstellt hat, bricht also mit den redaktionellen Routinen, die diese Beiträge über die Wirtschaftsweisen bisher geprägt haben.

Der Beitrag, der somit nicht nur über eine aktuelle Nachricht berichtet, sondern sozusagen gleichzeitig ein Stück wichtiges Allgemeinwissen vermittelt, steigt dadurch meiner Auffassung nach in seiner Relevanz, was wiederum auch zu der anfangs herausgestellten prominenteren Platzierung passt.

„Text Korrespondent Tom Schneider im Off: Für eine Bundeskanzlerin, die gerne selbst sagt, wo es langgeht, ist es eine ungewohnte Situation. Die fünf Wirtschaftsweisen machen der Bundesregierung klare Ansagen.“ (WW20, Seq. 39);

Kommentar [MOU368]: Erneut wird auf die Bundeskanzlerin eingegangen. Gleichzeitig wird jedoch auch die Bundesregierung erwähnt. Die gewählte Formulierung legt den Gedanken nahe, dass die Bundeskanzlerin und die Bundesregierung gleichgesetzt werden. Es bestätigen sich die Hypothesen,

...dass der SKH Bundesregierung in der Berichterstattung der Tagesschau über Wirtschaftswachstum eine besondere Rolle zukommt.

...dass der Bundeskanzlerin Merkel in der Berichterstattung der Tagesschau über das Wirtschaftswachstum eine besondere Relevanz zukommt.

Weiterhin handelt es sich um eine sehr persönliche Formulierung, welche auf den etwas „eigensinnigen“ Charakter der Kanzlerin verweist. Auch ein gewisser Witz schwingt in der Aussage mit. Derartige lockere, persönliche Formulierungen konnte ich im ersten Zeitraum noch nicht ausmachen. Die Formulierung ist möglicherweise ein Anzeichen dafür, dass sich der Ton der Tagesschau im Laufe der Jahre doch etwas aufgelockert hat. Ich werde im weiteren Verlauf auf die verwendete Sprache achten.

„Text Korrespondent Tom Schneider im Off: Beispiel Rente. Die Finanzierung von immer mehr Rentnern durch immer weniger Erwerbstätige müsse dringend über Reformen abgesichert werden. Auf 71 Jahre solle deshalb das Renteneintrittsalter **steigen**.“ (WW20, Seq. 40);

„Text Korrespondent Tom Schneider im Off: Auch in Schlüsselbereichen wie schnellen Datenleitungen und Technologien müsse jetzt mehr passieren, um Wachstum und Wohlstand zu **sichern**.“ (WW20, Seq. 41);

„Text Korrespondent Tom Schneider im Off: Auch International sehen die Wirtschaftsforscher Risiken. Dass Grenzen in Europa wieder kontrolliert werden, lähme Wachstumschancen, genauso wie Proteste die internationale Handelsabkommen auf Eis legen. Die Kanzlerin kontert, sie habe das alles im **Blick**.“ (WW20, Seq. 42);

Kommentar [MOU369]: Die Weisen schlagen erneut eine Maßnahme zur Wachstumsförderung vor, die wohl von Seiten der Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaften auf Gegenwind stoßen dürfte. Es bleibt darauf zu achten, ob eine kritische Einordnung dieser Forderung im weiteren Verlauf des Beitrags erfolgt, oder ob diese unkommentiert bleibt.

Kommentar [MOU370]: Erneut wird der Begriff Wohlstand verwendet und mit Wachstum auf eine Ebene gestellt. Es zeigt sich: Für die Tagesschau ist Wachstum gleich Wohlstand. Es bestätigt sich also die bereits aufgestellte Hypothese,

...dass die Tagesschau keinen grundlegenden Unterschied zwischen Wachstum und Wohlstand macht.

Kommentar [MOU371]: Erneut werden die Vorschläge der Wirtschaftsweisen durch einen Kommentar der Kanzlerin „klein gemacht“. Bisher tat die Kanzlerin die Aussagen der Weisen gänzlich ab (Seq. 37: „Bundeskanzlerin Merkel wies die Kritik zurück“), oder aber, wie in diesem Fall, sie weist darauf hin, dass sie die von den Weisen problematisierten Entwicklungen bereits selbst im Blick habe. Aufgrund der Tatsache, dass den Aussagen der Wirtschaftsweisen wiederholt derartige relativierende Kommentare der Kanzlerin gegenübergestellt werden, schmälert die Tagesschau meiner Auffassung nach nicht nur die Relevanz des von den Weisen ausgestellten Gutachtens, sondern auch die Urteilskompetenz der Weisen selbst. Es bestätigt sich,

...dass die Tagesschau die kritischen Haltungen der Kanzlerin gegenüber den vorgeschlagenen Maßnahmen der Weisen wiedergibt.

Weiterhin bestätigt sich anhand der Formulierung „lähme Wachstumschancen“,

...dass die Tagesschau ein Absinken der Wachstumsraten als bedrohliche Entwicklung darstellt.

„Text Angela Merkel, Bundeskanzlerin Deutschland: Ich glaube, die Bundesregierung fühlt und denkt so, dass sie permanent Reformen macht. Also für uns ist immer Zeit für Reformen. Ob sie immer so sind, wie sie sich das vorstellen, da mag es Differenzen geben.“ (WW20, Seq. 43);

Kommentar [MOU372]: Nun kommt die Kanzlerin sogar noch in direkter Weise zu Wort, in Form eines Kommentars zu den von den Wirtschaftsweisen vorgeschlagenen Reformen. Erneut steht das Wort der Kanzlerin gegen das der Weisen. Ihr Hinweis, dass die getätigten Reformen der Regierung wohl nicht immer im Sinne der Wirtschaftsweisen ausfielen, ist womöglich ein implizierter Verweis darauf, dass die Regierung andere Maßstäbe ansetzt als die Weisen, die lediglich das Ziel einer ansteigenden Wachstumsrate im Blick haben. Es bestätigt sich,

...dass die Tagesschau die kritischen Haltungen der Kanzlerin gegenüber den vorgeschlagenen Maßnahmen der Weisen wiedergibt.

„Text Korrespondent Tom Schneider im Off: Gewerkschafter reagierten gereizt auf die Wirtschaftsweisen. Forderungen wie Rente mit 71 lösen die Probleme auf Kosten der Arbeitnehmer, kritisierte der deutsche Gewerkschaftsbund.“ (WW20, Seq. 44);

Kommentar [MOU373]: Hier kommen nun – wie erwartet, da dem Tonus des gesamten Beitrags entsprechend – indirekt wirtschaftsferne Akteur*innen, nämlich Gewerkschafter*innen, zu Wort, die die Vorschläge der Wirtschaftsweisen ablehnen.

Hypothese:

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau die Position von Gewerkschaftern*innen als Gegenstimme zu den arbeitnehmerunfreundlichen Maßnahmen der Wirtschaftsweisen zu Wort kommen lässt.

3. Beitrag aus dem Jahr 2017 (08.11.2017: Veröffentlichung des Gutachtens)

„Beitragsplatzierung: 02:52-04:54

Beitragsform: Filmbeitrag“ (WW20, Seq. 45);

Kommentar [MOU374]: Erneut wird der Beitrag über das Gutachten der Wirtschaftsweisen verhältnismäßig früh in der Sendung platziert, was mich zu der Schlussfolgerung veranlasst, dass dem Gutachten tendenziell eine etwas größere Relevanz zugeschrieben wird, als es noch im ersten Zeitraum der Fall war. Diese Erkenntnis mutet insofern ein wenig paradox an, als dass gleichzeitig die im Gutachten vorgeschlagenen Maßnahmen zumindest bisher stärker kritisiert bzw. relativiert wurden als im ersten Zeitraum.

„Text Korrespondent Tom Schneider im Off: Es läuft in deutschen Produktionshallen. Gute Wachstumszahlen sagen die Wirtschaftsweisen auch für das kommende Jahr voraus. Doch haben die eine Kehrseite: Schon bald könnten die Produktionskapazitäten an ihr Limit stoßen. Wenn, so die Wirtschaftsweisen, die Regierung mit Reformen bei Steuern und Abgaben nicht den Unternehmen mehr Investitionsspielraum verschaffe.“ (WW20, Seq. 46);

Kommentar [MOU375]: Aus dieser Sequenz geht meiner Meinung nach eine deutlich positive Bewertung der von den Weisen sogar hochkorrigierten, starken Wachstumsprognosen durch die Tagesschau hervor: „Es läuft“ heißt es, es geht voran, es findet eine Entwicklung in die richtige Richtung statt. Dass diese hohen Produktionszahlen mit Umweltschäden einhergehen und Ausdruck eines immer weiter ausufernden Konsumverhaltens sind, davon ist in dem Beitrag keine Rede. Dass die Produktion an ihre Grenzen gelangen könnte, wird hier als Gefahr, als die drohende „Kehrseite“ der Medaille, dargestellt – eine dystopische Prognose, deren Eintreten es unter allen Umständen zu verhindern gilt. In dieser Sequenz wird deshalb meines Erachtens klar erkennbar, dass die Tagesschau dem Wachstumsparadigma weitestgehend unhinterfragt folgt. Es bestätigt sich die zuvor aufgestellte Hypothese, ...dass die Tagesschau Wirtschaftswachstum als positive Entwicklung darstellt

„Text Korrespondent Tom Schneider im Off: Der Rat empfiehlt die Einkommenssteuer zu senken, genauso die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, Praktikanten solle kein Mindestlohn gezahlt werden und die Möglichkeit befristeter Arbeitsverträge solle erhalten **bleiben**.“ (WW20, Seq. 47);

Kommentar [MOU376]: Erneut schlagen die Wirtschaftsweisen Maßnahmen zur Wachstumsförderung vor, die sozialpolitisch kritisch zu betrachten sind. Ich nehme angesichts der bisherigen Erkenntnisse an, dass auch diese Maßnahmen der Weisen im Folgenden kritisch eingeordnet werden.

„Text Korrespondent Tom Schneider im Off: Die Gewerkschaften wittern hier Sozialabbau und fordern stattdessen mehr **Investitionen**.“ (WW20, Seq. 48);

Kommentar [MOU377]: In der Tat kommen in dieser Sequenz nun die Gewerkschaften (indirekt) zu Wort, die die von den Weisen vorgesehenen wachstumsfördernden Maßnahmen als „Sozialabbau“ bewerten. Es bestätigt sich erneut,

...dass die Tagesschau die Position von Gewerkschafter*innen als Gegenstimme zu den arbeitnehmerunfreundlichen Maßnahmen der Wirtschaftsweisen zu Wort kommen lässt.

„Text Korrespondent Tom Schneider im Off: Darum ringen auch die Wirtschaftsweisen. Der gewerkschaftsnahe Peter Bofinger gibt ein Minderheitsvotum ab.

Text Wirtschaftsweise Peter Bofinger: Insgesamt meine ich, muss man sich fragen bei einer sogenannten wachstumsfreundlichen Finanzpolitik, darf die sich darin erschöpfen, dass man Steuern senkt? Oder muss man sich nicht fragen, wie viel Geld brauche ich eigentlich im **Bildungsbereich**?“ (WW20, Seq. 49);

Kommentar [MOU378]: Interessante rweise kommt hier erstmalig nun auch eine kritische Stimme aus dem Kreis der Wirtschaftsweisen zu Wort. Das Bild des Sachverständigenrats als eine geschlossenen Gruppe, die geschlossen eine Position vertritt, wird aufgebrochen und die Debatten innerhalb der Wirtschaftsweisen kommen zum Vorschein. Auch diese Sequenz verdeutlicht also abermals – und umso stärker, da quasi Kritik aus den eigenen Reihen der Wirtschaftsweisen kommt –, dass die Tagesschau darum bemüht ist, die sozialpolitisch zweifelhaften Vorschläge der Weisen aus anderen Perspektiven zu beleuchten.

Hypothese:

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau Gegenstimmen aus den eigenen Reihen der Wirtschaftsweisen zu Wort kommen lässt.

„Text Korrespondent Tom Schneider im Off: Die Bundeskanzlerin betont, die nächste Regierung müsse neben dem Wachstum auch Menschen mit wenig Geld im Blick **behalten**.“ (WW20, Seq. 50);

Kommentar [MOU379]: Der Ton bleibt kritisch. Nun kommen nicht nur solche Stimmen zu Wort, die die Maßnahmen zur Generierung von Wachstum kritisch sehen, sondern sogar eine Stimme – nämlich abermals die der Bundeskanzlerin –, die deutlich verbalisiert: Wachstum ist nur eines von vielen Handlungszielen der Regierung. Dies kann natürlich nicht als eine Abkehr vom Wachstumsparadigma verstanden werden, jedoch wird zumindest dessen Vormachtstellung etwas relativiert. Da es sich jedoch hierbei offenkundig um eine Stellungnahme der Kanzlerin handelt und somit nicht um eine Aussage, die der Tagesschau zugeordnet werden kann, stelle ich zunächst keine Hypothese auf und warte ab, ob zukünftig derartige Relativierungen der Stellung von Wirtschaftswachstum deutlicher der Tagesschau zugeordnet werden können. Es bestätigt sich jedoch erneut in jedem Fall,

...dass die Tagesschau die kritischen Haltungen der Kanzlerin gegenüber den vorgeschlagenen Maßnahmen der Weisen wiedergibt.

„Text Angela Merkel, Bundeskanzlerin Deutschland: Wenn ich mir auch die Diskussionen aus den letzten Monaten auch im Rahmen des Wahlkampfes ansehe, dann sind natürlich auch viele Dinge zur Sprache gekommen, wo Menschen auch aus ihrer sozialen Perspektive heraus Erwartungen an den Staat **haben**.“ (WW20, Seq. 51);

Kommentar [MOU380]: Die Kanzlerin bringt nun die „soziale Perspektive“ ein, deren Fehlen im Zuge dieser Analyse wiederholt bemängelt wurde. Es bestätigt sich,

...dass die Tagesschau die kritischen Haltungen der Kanzlerin gegenüber den vorgeschlagenen Maßnahmen der Weisen wiedergibt.

Kategorienverzeichnis_WW20

K101 Ökonomisches Menschenbild	226
K102 Wachstum gleich Wohlstand	226
K103 Absinken der Wachstumsraten als Bedrohung	226
K104 BIP als Indikator der wirtschaftlichen Entwicklung	226
K105 Besondere Relevanz der Bundeskanzlerin Merkel	226
K106 Gegenstimmen kommen zu Wort	227
K106A SPD als Gegenstimme	227
K106B Kanzlerin als Gegenstimme	227
K106C Gewerkschafter*innen als Gegenstimme	227
K106D Mitglied der Wirtschaftsweisen als Gegenstimme	228
K107 Bemühungen um ausgeglichene Berichterstattung	228
K108 Thematisierung der potentiellen Konflikthaftigkeit vorgeschlagener wachstumsfördernder Maßnahmen	228
K109 Die Bundesregierung als relevante Struktur kollektiven Handelns	228
K110 Hintergrundwissen zur besseren Einordnung der Rolle der Wirtschaftsweisen	229
K111 Positive Bewertung von Wirtschaftswachstum	229
K201 Merkel als die neue Stimme der Bundesregierung	229
K202 Kritische Haltungen gegenüber den Wirtschaftsweisen	230
K202A Kritik an wachstumsfördernden Maßnahmen aus einer sozialpolitischen Perspektive	230
K202B Ausbleibende Kritik des Wachstumsstrebens aus einer umweltpolitischen Perspektive ...	231
K203 Bessere Einordnung durch mehr Hintergrundwissen	231
K204 Das Wachstumsparadigma wird von der Tagesschau nicht angezweifelt	232

K101 Ökonomisches Menschenbild

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau in ihrer Wirtschaftsberichterstattung nicht davor scheut, ein rein ökonomisches Menschenbild zu vertreten.

Indikatoren: Seq. 25, Seq. 27

K102 Wachstum gleich Wohlstand

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau keinen grundlegenden Unterschied zwischen Wachstum und Wohlstand macht.

Indikatoren: Seq. 25, Seq. 41

K103 Absinken der Wachstumsraten als Bedrohung

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau ein Absinken der Wachstumsraten als bedrohliche Entwicklung darstellt.

Indikatoren: Seq. 25, Seq. 37, Seq. 46

K104 BIP als Indikator der wirtschaftlichen Entwicklung

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau das Wirtschaftswachstum numerisch in Form des prozentualen Anstiegs des BIP darstellt.

Indikatoren: Seq. 26

K105 Besondere Relevanz der Bundeskanzlerin Merkel

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Bundeskanzlerin Merkel in der Berichterstattung der Tagesschau über die Gutachtenveröffentlichung der Wirtschaftsweisen eine besondere Rolle einnimmt.

Indikatoren: Seq. 28, Seq. 29, Seq. 33, Seq. 37, Seq. 39

K106 Gegenstimmen kommen zu Wort

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau Gegenstimmen zu Wort kommen lässt, die die vorgeschlagenen Maßnahmen der Wirtschaftsweisen kritisch einordnen.

Indikatoren: Seq. 31, Seq. 37, Seq. 42, Seq. 43, Seq. 50, Seq. 51, Seq. 44, Seq. 48, Seq. 49

K106A SPD als Gegenstimme

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau die SPD als arbeitnehmernahe Regierungspartei als kritische Gegenstimme zu Wort kommen lässt.

Indikatoren: Seq. 31

K106B Kanzlerin als Gegenstimme

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau die kritischen Haltungen der Kanzlerin gegenüber den vorgeschlagenen Maßnahmen der Weisen wiedergibt.

Indikatoren: Seq. 37, Seq. 42, Seq. 43, Seq. 50, Seq. 51

K106C Gewerkschafter*innen als Gegenstimme

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau die Position von Gewerkschafter*innen als Gegenstimme zu den arbeitnehmerunfreundlichen Maßnahmen der Wirtschaftsweisen zu Wort kommen lässt.

Indikatoren: Seq. 44, Seq. 48

K106D Mitglied der Wirtschaftsweisen als Gegenstimme

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau Gegenstimmen aus den eigenen Reihen der Wirtschaftsweisen zu Wort kommen lässt.

Indikatoren: Seq. 49

K107 Bemühungen um ausgeglichene Berichterstattung

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau darauf bedacht ist, sowohl Stimmen, die die Maßnahmen der Weisen kritisch betrachten, als auch Stimmen, die die Maßnahmen der Weisen unterstützen, zu Wort kommen zu lassen.

Indikatoren: Seq. 32

K108 Thematisierung der potentiellen Konflikthaftigkeit vorgeschlagener wachstumsfördernder Maßnahmen

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau die potentielle politische Konflikthaftigkeit der von den Weisen vorgeschlagenen Maßnahmen thematisiert.

Indikatoren: Seq. 34

K109 Die Bundesregierung als relevante Struktur kollektiven Handelns

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Bundesregierung als relevante Struktur kollektiven Handelns in der Berichterstattung der Tagesschau über die Wirtschaftsweisen hervortritt.

Indikatoren: Seq. 36, Seq. 39, Seq. 46

K110 Hintergrundwissen zur besseren Einordnung der Rolle der Wirtschaftsweisen

These: Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau die Rolle und Relevanz der Wirtschaftsweisen in einen größeren Kontext einordnet, indem sie relevantes Hintergrundwissen expliziert.

Indikatoren: Seq. 38

K111 Positive Bewertung von Wirtschaftswachstum

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau Wirtschaftswachstum als positive, erstrebenswerte Entwicklung darstellt.

Indikatoren: Seq. 46

K201 Merkel als die neue Stimme der Bundesregierung

Aus den Kategorien K105 und K106B leite ich die folgenden Überlegungen ab:

Die Bundeskanzlerin Merkel nimmt in den Beiträgen der Tagesschau zu den Gutachten der Wirtschaftsweisen im zweiten Zeitraum eine besondere Stellung ein. Während Kanzler Kohl und auch die Bundesregierung im ersten Zeitraum weitestgehend stimmenlos blieben und vor allem als Adressat*innen kritischer Äußerungen der Wirtschaftsweisen auftraten, erhält die Bundesregierung im zweiten Zeitraum mit Kanzlerin Merkel nun eine Stimme. Zwar kritisieren die Weisen auch in diesem Untersuchungszeitraum die Politik der Bundesregierung (Seq. 37, Seq. 42), jedoch lässt die Tagesschau im Anschluss dieser Kritik immer wieder Merkel zu Wort kommen, die die Kritik der Weisen kommentiert, relativiert und sogar zurückweist (Seq. 37). Durch ebendiese Kommentierungen der Forderungen und Kritikpunkte der Wirtschaftsweisen durch die Kanzlerin kommt der Bundesregierung in der Berichterstattung der Tagesschau nun eine aktive Rolle zu. Dem*der Zuschauer*in wird deutlich gemacht: Die von den Wirtschaftsweisen angebrachten Forderungen und Maßnahmen zur Wachstumsförderung sind lediglich Vorschläge, die in Konkurrenz zu anderen politischen Zielsetzungen der Bundesregierung stehen und folglich von der Regierung nicht notwendigerweise umgesetzt oder auch nur befürwortet werden. Indem die Tagesschau also

den Weisen die starke Stimme der Kanzlerin gegenüberstellt, relativiert sie die Relevanz und Wirkmächtigkeit der Weisen und deren Gutachtens.

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau durch die Wiedergabe von kritischen Äußerungen der Kanzlerin die Relevanz des Gutachtens der Wirtschaftsweisen relativiert.

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau in ihrer Berichterstattung deutlich macht, dass Wirtschaftswachstum mit anderen politischen Zielsetzungen und Interessen der Bundesregierung konkurriert.

K202 Kritische Haltungen gegenüber den Wirtschaftsweisen

K202A Kritik an wachstumsfördernden Maßnahmen aus einer sozialpolitischen Perspektive

Während im ersten Zeitraum kaum Stimmen zu Wort kamen, die die Maßnahmen der Weisen kritisierten, nimmt Kritik im zweiten Zeitraum einen zentralen Stellenwert in der Berichterstattung der Tagesschau über die Gutachtenveröffentlichung der Wirtschaftsweisen ein. Die Kritik wird dabei von unterschiedlichen Akteur*innen wie der Regierungspartei SPD, Gewerkschaftsvertreter*innen, der Kanzlerin und auch einem der Wirtschaftsweisen geäußert. Somit wird für den*die Zuschauer*in erkennbar, dass neben dem Wirtschaftswachstum auch andere politische Interessen und Zielsetzungen bestehen, die mit den wachstumsfördernden Maßnahmen der Weisen unverträglich sein können. Die Berichterstattung der Tagesschau ist durch die Berücksichtigung solch kritischer Stimmen meiner Meinung nach deutlich ausgewogener und auch informativer, da aufgezeigt wird, nicht nur dass es politische Interessen jenseits von Wachstum gibt, sondern auch, dass das Abwägen zwischen wirtschaftlichen und sozialen Interessen durchaus eine politische Herausforderung darstellt. Die zentrale Stellung, die das Wirtschaftswachstum im ersten Zeitraum aufgrund des Nicht-Erwähnens gegensätzlicher Interessen und Forderungen einnahm, wird durch die kritischen Stimmen im zweiten Zeitraum relativiert. Die in diesem Zuge zu Wort kommenden Akteur*innen vertreten dabei meistens soziale, arbeitnehmer*innenfreundliche Interessen. So werden im Rahmen der drei untersuchten Beiträge des zweiten Zeitraums die von den Weisen vorgeschlagene Abschaffung des Mindestlohns sowie die vorgeschlagene Senkung des Renteneintrittsalters kritisiert. Auch im ersten Zeitraum wurden solche sozialpolitisch zweifelhaften Maßnahmen von den Weisen vorgeschlagen, diese blieben hier jedoch meist gänzlich unkommentiert.

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau darum bemüht ist, auch solche Stimmen zu Wort kommen zu lassen, die den wachstumsfördernden Maßnahmen der Wirtschaftsweisen kritisch gegenüberstehen.

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau die potentiellen Unverträglichkeiten von Wachstum mit anderen politischen Zielsetzungen verdeutlicht.

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau vor allem solche kritischen Stimmen zu Wort kommen lässt, die wachstumsfördernde Maßnahmen aus einer sozialen, arbeitnehmer*innenorientierten Perspektive heraus kritisieren.

K202B Ausbleibende Kritik des Wachstumsstrebens aus einer umweltpolitischen Perspektive

Auch in den Beiträgen des zweiten Untersuchungszeitraums findet keine Kritik des Wachstumsstrebens aus einer umweltpolitischen Perspektive statt. Obwohl die internationale Debatte um nachhaltigere, sozialere Wirtschaftsformen bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten in vollem Gange ist und die massiven Umwelt- und Klimafolgen des globalen Wirtschaftssystems wissenschaftlich klar belegt wurden, spielen die Themen Umweltzerstörung oder auch Klimawandel in der Berichterstattung der Tagesschau über die Gutachtenveröffentlichungen der Wirtschaftsweisen keine Rolle. Die Tagesschau stellt im Kontext dieser Beiträge also keinen thematischen Zusammenhang zwischen Wachstum und Umwelt her.

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau die Themen Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung bzw. Klimawandel als voneinander unabhängige Themenbereiche behandelt.

K203 Bessere Einordnung durch mehr Hintergrundwissen

Aus der Kategorie K110 leite ich die folgenden Gedanken ab:

Eine bessere Einordnung der von den Weisen vorgeschlagenen Maßnahmen zur Wachstumsförderung ermöglicht die Tagesschau in ihrer Berichterstattung des zweiten Zeitraums nicht nur durch die Wiedergabe kritischer Stimmen, sondern auch indem sie dem*der Zuschauer*in wichtige Hintergrundinformationen über die Rolle und Aufgaben der Wirtschaftsweisen vermittelt. Es wird somit für den*die Zuschauer*in ersichtlich, welche Funktion die Weisen im gesamtpolitischen Gefüge einnehmen, welchen inhaltlichen Fokus sie haben und somit gleichzeitig, welche Themen nicht Teil ihrer Begutachtungen sind. Eine solche Einordnung der Wirtschaftsberichterstattung in ihren politischen Kontext steigert nach meiner Auffassung die Qualität der Berichterstattung, da es sich dabei um Informationen handelt, die dem*der Zuschauer*in dabei helfen, das Gesagte besser einzuordnen und zu bewerten. Gleichzeitig sehe hierin ein weiteres Indiz dafür, dass die Tagesschau im zweiten Zeitraum darum bemüht ist, die Relevanz der Wirtschaftsweisen zu relativieren und deutlich zu machen, dass es sich hierbei lediglich um ein beratendes Gremium handelt, dessen tatsächliche politische Wirkmächtigkeit jedoch letztlich sehr begrenzt ist.

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau darum bemüht ist, wichtiges Hintergrundwissen zu explizieren, um dem*der Zuschauer*in somit eine bessere Einordnung des Gesagten zu ermöglichen.

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau die Relevanz der Wirtschaftsweisen relativiert, indem sie deren Rolle und Funktion im politischen Kontext expliziert.

K204 Das Wachstumsparadigma wird von der Tagesschau nicht angezweifelt

Obwohl im zweiten Zeitraum eine bessere Einordnung der Rolle der Wirtschaftsweisen erfolgt und obwohl vermehrt Stimmen zu Wort kommen, die die Maßnahmen der Weisen aus einer sozialpolitischen Perspektive heraus kritisieren, ist gleichzeitig weiterhin klar erkennbar, dass die Tagesschau das Wachstumsparadigma als Ganzes nicht in Frage stellt. Dies lässt sich meiner Meinung nach an verschiedenen Indikatoren ablesen. Zum einen verwendet die Tagesschau weiterhin Formulierungen, die implizieren, dass Wachstum als positive Entwicklung, ein Ausbleiben des Wachstums als bedrohliche Entwicklung verstanden wird (K103 und K111). Auch die Tatsache, dass die Tagesschau mit Formulierungen wie „die Zuwanderer könnten der Wirtschaft nützen“ nicht davor zurückschreckt, ein rein ökonomisches Menschenbild zu vermitteln, spricht meiner Meinung nach dafür, dass eine kritische Reflexion unserer wachstumsausgerichteten Wirtschafts- und Lebensweisen und deren problematischen Folgen nicht stattgefunden hat (K101). Auch die Tatsache, dass die Tagesschau im zweiten Untersuchungszeitraum den Wohlstandsbegriff nutzt (K102) und das Bruttoinlandsprodukt somit indirekt trotz seiner in Kapitel 2.1.1.1 aufgezeigten Unzulänglichkeiten als hinreichenden Indikator für den Wohlstand in Deutschland ansieht, gibt Hinweise darauf, dass

eine kritische Auseinandersetzung mit dem Wachstumsparadigma nicht stattgefunden hat. Für die Berichterstattung der Tagesschau über Wirtschaftswachstum zeigt sich somit: Kritik an einzelnen wachstumsfördernden Maßnahmen – ja; Kritik am Wachstumsparadigma als Ganzes – nein.

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau das vorherrschende Wachstumsparadigma nicht in Frage stellt.

Kodierbaum 3: Beiträge „UN-Umweltkonferenzen/-Klimakonferenzen“ im Zeitraum 1994 / 1995

Kürzel: UKK90

1. Beitrag aus dem Jahr 1994 (14.06.1994: Umweltkonferenz Oslo)

„Beitragsplatzierung: 10:04-11:47

Beitragsform: Filmbeitrag“ (UKK90, Seq. 52)

„Text Sprecherin: 32 europäische Staaten und Kanada haben sich heute auf einer UN-Umweltkonferenz in Oslo dazu verpflichtet, den Schwefelausstoß in die Luft um 80 Prozent gegenüber dem Stand von 1980 zu vermindern.“ (UKK90, Seq. 53)

„Text Korrespondent Michael Kipp-Thomas im Off: Kampf dem sauren Regen. Mit der Unterzeichnung verpflichteten sich die Staaten zu einer weiteren, aber nicht verbindlichen Rücknahme der Schwefelemissionen in ihren Ländern.“ (UKK90, Seq. 54)

Kommentar [MOU381]: Der Beitrag über die UN-Umweltkonferenz wird zwar in Form eines Filmbeitrags aufbereitet, was darauf schließen lässt, dass die Tagesschau der Konferenz eine relativ hohe Relevanz zuspricht. Jedoch ist der Beitrag gleichzeitig sehr weit hinten in der Sendung platziert. Ich gehe also davon aus, dass dem Beitrag über die Umweltkonferenz eine mittlere Relevanz zugesprochen wird.

Kommentar [MOU382]: Die Sprecherin der Tagesschau nennt hier lediglich das von den Mitgliedstaaten vereinbarte Reduktionsziel der Schwefelemissionen, ohne die Info „80 Prozent gegenüber 1980“ näher einzuordnen. Handelt es sich hierbei um ein besonders ambitioniertes Ziel? Wie soll diese Reduzierung erreicht werden? Wie ordnen Umweltschützer*innen oder die Bundesregierung diese Zielsetzung ein? Diese und weitere Fragen bleiben hier zunächst ungeklärt. Deren Aufklärung erachte ich jedoch für sehr relevant. Ich achte im weiteren Verlauf darauf, ob derartige Einordnungen noch folgen.

Kommentar [MOU383]: Hier fällt mir auf, dass der Korrespondent mit seinem Intro-Satz „Kampf dem sauren Regen“ eine konkrete, negative Auswirkung der Schwefelemissionen benennt. Die Nennung derartiger negativer Folgen empfinde ich als relevant, da dem*der Zuschauer*in erst anhand solcher greifbaren Folgeerscheinungen – hierzu zähle ich bzgl. der Thematik Klimawandel beispielsweise auch Artensterben, Wüstenbildung, Extremwetterereignisse etc. – klar wird, wie sich die häufig verwendeten, abstrakten (chemischen) Fachbegriffe – wie beispielsweise CO₂- oder Schwefelausstoß – letztlich auf die Umwelt auswirken. Somit wird nicht nur darauf hingewiesen, dass weniger Schwefel ausgestoßen werden muss, sondern auch warum weniger Schwefel ausgestoßen werden muss. Dieses Warum verdeutlicht dem*der Zuschauer*in die Dringlichkeit dieser oft abstrakten Maßnahmen.

Hypothese:

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau im Kontext der Berichterstattung über Umwelt...

„Text Klaus Töpfer, Umweltminister Deutschland im Interview: Das ist ein ganz wichtiger und notwendiger Schritt in der Luftreinhaltepolitik in Europa voran. Er vermindert die Schwefeldioxidemissionen ganz erheblich. Aber es kann nicht der letzte Schritt sein. Wir wissen, dass noch mehr gemacht werden kann. Weniger in diesem Fall noch in Deutschland. Wir reduzieren um 87 Prozent. Aber es gibt einige andere Staaten, die noch etwas zulegen müssen.“ (UKK90, Seq. 55)

Kommentar [MOU384]: Hier lässt die Tagesschau nun den damaligen Umweltminister Klaus Töpfer zu Wort kommen, der als Repräsentant der Bundesregierung das Ergebnis der Konferenz einordnet.

Hypothese:

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass dem*der Umweltminister*in im Kontext der Berichterstattung über Umwelt- bzw. Klimapolitik eine besondere Relevanz zukommt.

„Text Korrespondent Michael Kipp-Thomas im Off: Das Waldsterben allerdings wird auch durch diese drastische Verringerung nicht beendet. Dazu wird nach Expertenmeinung immer noch zu viel Schwefeldioxid an die Umwelt abgegeben. Die USA habe das Protokoll überhaupt nicht unterzeichnet. Großbritannien nur mit Einschränkungen.“ (UKK90, Seq. 56)

Kommentar [MOU385]: Das zunächst von dem Umweltminister recht positiv bewertete Ergebnis der Konferenz, wird hier vom Korrespondent der Tagesschau von einer kritischeren Perspektive betrachtet. Zum einen verweist er auf Expert*innen, die das Ergebnis als unzureichend erachten, um das Waldsterben zu beenden. Zum anderen stellt er heraus, dass die USA sowie Großbritannien gar nicht bzw. nur mit Einschränkungen unterzeichnet haben. Diese Einordnung des Ergebnisses durch den Korrespondent zeigt, dass die Tagesschau ihre Aufgabe nicht nur darin sieht, die Ergebnisse derartiger Konferenzen wiederzugeben, sondern auch darum bemüht ist, diese kritisch einzuordnen und um weitergehendes relevantes Hintergrundwissen, wie beispielsweise die Meinungen von Expert*innen, zu ergänzen. Zudem benennt der Korrespondent hier eine weitere negative Auswirkung des Schwefelausstoßes, nämlich das Waldsterben. Es bestätigt sich hier also die Hypothese,

...dass die Tagesschau im Kontext der Berichterstattung über Umwelt- und Klimapolitik, negativen Auswirkungen umweltschädlicher Emissionen nennt.

Hypothese:

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau darauf bedacht ist, die erreichten oder gesetzten Ziele der internationalen Umwelt- und Klimapolitik kritisch einzuordnen.

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau die erreichten oder gesetzten Ziele um Hintergrundwissen, beispielsweise von Expert*innen, ergänzt.

„Text Korrespondent Michael Kipp-Thomas im Aufsager: Der Rücknahme der Schwefelemission steht ein rasanter Anstieg von Stickoxiden und Kohlenwasserstoffen gegenüber. Verursacher ist vor allem der sprunghaft gewachsene Autoverkehr. Was auf der einen Seite weniger geworden ist, wird durch das Mehr auf der anderen mühelos ausgeglichen. Dennoch sehen alle in dem Osloer Protokoll einen Fortschritt. Wenn auch nur einen ganz kleinen winzigen.“ (UKK90, Seq. 57)

Kommentar [MOU386]: Nun kommt der Korrespondent noch in Form eines Aufsagers zu Wort und ordnet die Ergebnisse der Konferenz ein, indem er diese im Kontext weiterer umweltschutzrelevanter Themen betrachtet. Denn auch, wenn Erfolge im Bereich der Schwefelemissionen erzielt werden (sollten), stehen diesen offensichtlich andere massiv-schädliche Emissionen gegenüber, die die Reduktion der Schwefelausstöße „mühelos ausgleichen“. Er verdeutlicht somit, dass auf der Konferenz nur an einer von vielen Stellschrauben gedreht wurde. Es bestätigt sich also erneut die Hypothese,

... die Tagesschau darauf bedacht ist, die erreichten oder gesetzten Ziele der internationalen Umwelt- und Klimapolitik kritisch einzuordnen.

Weiterhin benennt die Tagesschau hier eine konkrete Ursache für die hohen Emissionen, nämlich den angestiegenen Autoverkehr.

Hypothese:

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau Ursachen/Verursacher der umweltschädlichen Emissionen benennt.

2. Beitrag aus dem Jahr 1995 (28.03.1995: Beginn der UN-Klimakonferenz in Berlin)

„Beitragsplatzierung: 02:44-05:18

Beitragsform: **Filmbeitrag**“ (UKK90, Seq. 58)

„Text Sprecherin: Mit Forderungen nach einem wirksameren Schutz der Erdatmosphäre hat heute in Berlin der Weltklimagipfel begonnen. Vertreter von rund 130 Staaten beraten bis Ende nächster Woche über den Kampf gegen den wachsenden CO₂-Ausstoß. Grundlage sind die von den Industrienationen vor drei Jahren in Rio eingegangenen Verpflichtungen zum Klimaschutz. Schon zu Beginn der Berliner Konferenz wurde der Ruf nach weit größeren Schritten als bislang geplant **laut**.“ (UKK90, Seq. 59)

„Text Korrespondent Robin Lautenbach im Off: Ja oder Nein zu CO₂-Ausstoß um 20 Prozent senken. Diese Entscheidung verlangten Umweltgruppen heute früh vor dem **Kongresszentrum**.“ (UKK90, Seq. 60)

Kommentar [MOU387]: Dieser Beitrag über die erste UN-Klimakonferenz in Berlin ist erneut in Form eines Filmbeitrags gestaltet worden und wurde dabei zudem relativ prominent im ersten Drittel der Sendung platziert. Dem Thema wird somit von der Tagesschau eine große Relevanz zugesprochen, was jedoch angesichts der Tatsachen, dass es sich hierbei um die erste je abgehaltene UN-Klimakonferenz handelt und diese auch noch in Deutschland stattgefunden hat, nicht weiter verwunderlich ist. Man hätte sogar erwarten können, dass der Beitrag angesichts dieser Rahmenbedingungen noch prominenter, also als Aufmacher der Sendung, platziert wird.

Kommentar [MOU388]: Die Sprecherin gibt hier zunächst relativ faktenbasiert die zentralen Rahmenbedingungen der Konferenz wieder. Mit dem letzten Satz verweist sie jedoch auf Stimmen, die einen intensiveren Klimaschutz einfordern als bisher vorgesehen. Zwar sagt sie in diesem Zuge nicht, um welche Stimmen es sich hierbei handelt, jedoch wird mit diesem Satz bereits zu Beginn des Beitrags deutlich, dass es auch kritische Stimmen gibt, die die Ergebnisse der Konferenz genau unter die Lupe nehmen werden.

Kommentar [MOU389]: In dieser Sequenz werden Umweltgruppen thematisiert, die im Rahmen derartiger Klima- und Umweltkonferenzen stets präsent sind und das Geschehen kritisch beäugen. Ich nehme deshalb an, dass die Strukturen kollektiven Handelns „Umweltgruppen“ bzw. „Umweltaktivist*innen“ in der Berichterstattung der Tagesschau noch häufiger zu Wort kommen werden.

Hypothese:

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass im Rahmen der Berichterstattung über Klima- und Umweltpolitik Umweltgruppen von besonderer Relevanz ist.

„Text Angela Merkel, Umweltministerin Deutschland: Wir müssen hier in Berlin den Schluss ziehen. Dem ersten Schritt muss dringlich ein zweiter Schritt folgen. Nämlich eine Verschärfung der Verpflichtungen und Aussagen für die Zeit nach dem Jahr 2000. Aus meiner Sicht sollten diese Ergänzungen der Konvention in einem Protokoll zusammengefasst werden. Dieser Prozess für ein Protokoll zur Begrenzung und Minderung von Treibhausgasemissionen muss hier in Berlin in Gang gesetzt werden.“ (UKK90, Seq. 61)

„Text Korrespondent Robin Lautenbach im Aufsager: Weiter verhandeln, keine Beschlüsse. Die Ziele für den Klimagipfel sind bescheiden geworden.“ (UKK90, Seq. 62)

Kommentar [MOU390]: Wie auch im ersten Beitrag kommt die Umweltministerin zu Wort, die gleichzeitig Vorsitzende der Konferenz ist, sodass ihr Zu-Wort-Kommen an dieser Stelle durchaus naheliegend ist. Jedoch: Es bestätigt sich die Hypothese,

...dass dem*der Umweltminister*in im Kontext der Berichterstattung über Umwelt- bzw. Klimapolitik eine besondere Relevanz zukommt.

Kommentar [MOU391]: Auch hier liefert der Korrespondent wieder eine kritische Einordnung der veranschlagten Zielsetzungen der Konferenz, indem er kritisiert, dass nur Verhandlungen, jedoch keine Beschlüsse auf der Tagesordnung der Konferenz stehen. Dies scheint ihm – als Redakteur der Tagesschau – nicht auszureichen. Es bestätigt sich also wiederholt die Hypothese,

...dass die Tagesschau darauf bedacht ist, die erreichten oder gesetzten Ziele der internationalen Umwelt- und Klimapolitik kritisch einzuordnen

„Text Korrespondent Robin Lautenbach im Aufsatz: Von Klimaschutz sprechen hier alle, aber viele Interessen stehen dagegen. Die Industrieländer wollen ihr Wirtschaftswachstum erhalten, die ÖL-Länder wollen Öl verkaufen und die Entwicklungsländer wollen am Wohlstand teilhaben.“ (UKK90, Seq. 63)

Kommentar [MOU392]: Hier wird nun sogar das Streben nach Wirtschaftswachstum genannt, welches laut des Korrespondenten als übergeordnete Zielsetzung der Industrieländer der Zielsetzung Klimaschutz entgegensteht. Wirtschaftswachstum wird hier also – und dies ist bisher erstmalig der Fall – nicht in einem ausschließlich positiven Licht betrachtet, sondern im Kontext der Klimaschutzziele als hinderliche Entwicklung verstanden. Diese Gegenüberstellung von Wirtschaftswachstum auf der einen und Klimaschutz auf der anderen Seite halte ich für die bisher wachstumskritischste Aussage der Tagesschau.

Hypothese:

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau das Streben nach Wachstum als zentrale Zielsetzung der Industrieländer erkennt.

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau das Wirtschaftswachstum als eine dem Klimaschutz entgegenstehende Zielsetzung benennt.

„Text Korrespondent Robin Lautenbach im Off: Doch es muss gehandelt werden, das machten Wissenschaftler dem Kongress heute klar. Die Erwärmung der Erde verursacht durch den Menschen habe bereits begonnen. Katastrophale Folgen seien in den nächsten Jahrzehnten zu befürchten, immer schwerere Stürme, Überflutungen, aber auch die Ausbreitung der Wüsten. Verringert werden muss vor allem das CO₂-Gas aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Benzin, denn in der Atmosphäre blockiert CO₂ die Wärmeabstrahlung der Erde. Gefordert sind hier zunächst die Industrieländer.“ (UKK90, Seq. 64)

Kommentar [MOU393]: Hier lässt die Tagesschau erneut Expert*innen, nämlich Wissenschaftler*innen zu Wort kommen, die die prekäre Lage verdeutlichen. Es bestätigen sich also die Hypothesen,

...dass die Tagesschau die erreichten oder gesetzten Klimaziele um Hintergrundwissen, beispielsweise von Expert*innen, ergänzt.

Weiterhin werden hier mit emotionalen Begriffen wie „katastrophal“ die konkreten Folgeerscheinungen des Klimawandels benannt. Es bestätigt sich somit die Hypothese,

...dass die Tagesschau im Kontext der Berichterstattung über Umwelt- und Klimapolitik, negative Auswirkungen umweltschädlicher Emissionen klar nennt.

Weiterhin, und das erachte ich als sehr relevant und positiv, wird deutlich gemacht

1. Woher kommt das CO₂? Nämlich von der Verbrennung von Kohle, Öl und Benzin. Der abstrakte Begriff CO₂-Emission wird somit dem*der Zuschauer*in verständlich gemacht und mit den vorherrschenden Produktionsweisen in Verbindung gebracht.
2. Was löst das CO₂ aus? Dem*der Zuschauerin wird nochmals erläutert, warum der CO₂-Ausstoß sich auf das Klima auswirkt.

Es wird dem*der Zuschauer*in also relevantes Hintergrundwissen vermittelt, um die Problematik Klimawandel besser zu verstehen; vor allem wird verständlich gemacht, wie sich die aktuellen Produktionsweisen negativ auf das Klima auswirken. Die Tagesschau benennt in dieser Sequenz aber nicht nur konkrete Ursachen der Klimawandels, sondern nennt weiterhin die Industrienationen als Hauptverursacher und somit als vorrangig zuständig für dessen Bekämpfung.

Hypothese:

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau die Industrieländer als

3. Beitrag aus dem Jahr 1995 (07.04.1995: Ende der UN-Klimakonferenz in Berlin)

„Beitragsplatzierung: 00:15-02:53

Beitragsform: **Filmbeitrag**“ (UKK90, Seq. 65)

„Text Sprecherin: Die Vereinten Nationen wollen in den nächsten zwei Jahren ein verbindliches Protokoll zum Abbau der Treibhausgase nach der Jahrtausendwende ausarbeiten. Mit dem Auftrag zu weiteren Verhandlungen ist heute die Weltklimakonferenz in Berlin zu Ende gegangen. Die Einigung kam erst nach stundenlangen Verhandlungen zu Stande. Das Mandat enthält nur Eckdaten für einen Zeitrahmen, aber keine konkreten Mengenvorgaben für die Reduzierung. Das Ergebnis wird deshalb von Umweltverbänden als unzureichend **abgelehnt**.“ (UKK90, Seq. 66)

Kommentar [MOU394]: Der Filmbeitrag über das Ergebnis der UN-Klimakonferenz in Berlin wird hier als erster Beitrag der Sendung, also als Aufmacher, platziert. Dies verdeutlicht, dass der Thematik eine besonders große Relevanz zugesprochen wird. Es bleibt abzuwarten, ob dies auch bei den Klimakonferenzen in anderen Ländern der Fall ist, um besser bewerten zu können, ob diese Relevanz allein der Thematik Klimaschutz oder auch der Tatsache zuzuschreiben ist, dass die Konferenz in Deutschland stattgefunden hat.

Kommentar [MOU395]: Die Sprecherin fasst die zentralen Ergebnisse der Konferenz zusammen und betont weiterhin, dass die Umweltverbände das Ergebnis als unzureichend ansehen, da konkrete Mengenvorgaben nicht vereinbart wurden. Es bestätigt sich also die zuvor aufgestellte Hypothese, ... dass im Rahmen der Berichterstattung über Klima- und Umweltpolitik die SKH „Umweltgruppen“ von besonderer Relevanz ist.

„Text Umweltministerin Merkel: I declare the document **adopted**.“ (UKK90, Seq. 67)

Kommentar [MOU396]: Erneut kommt die Umweltministerin zu Wort. Es bestätigt sich die Hypothesen, ... dass dem*der Umweltminister*in im Kontext der Berichterstattung über Umwelt- bzw. Klimapolitik eine besondere Relevanz zukommt

„Text Korrespondent Robin Lautenbach im Off: Das Dokument ist jetzt das Berliner Mandat. Es ist der Auftrag, in den nächsten zwei Jahren zu verhandeln, mit dem Ziel, den Ausstoß gefährlicher Treibhausgase auch nach dem Jahr 2000 zu begrenzen und zu **verringern**.“ (UKK90, Seq. 68)

Kommentar [MOU397]: Angesichts der Formulierung „gefährlicher Treibhausgase“ bestätigt sich die Hypothese, ...dass die Tagesschau den Klimawandel und dessen Folgen als bedrohliche Entwicklung darstellt.

„Text USA-Delegationsleiter Wirth (übersetzt): Es war ein sehr großer Schritt für die USA, sich zu Reduzierungen zu verpflichten, sagt der Delegationsleiter. Und es war ein wichtiger Schritt, um den Klimaschutzprozess **weiterzuführen**.“ (UKK90, Seq. 69)

Kommentar [MOU398]: Hier lässt die Tagesschau den Delegierten der USA zu Wort kommen, womöglich deshalb, da sie sich der zentrale Rolle der USA im Kontext internationaler Klimaverhandlungen bewusst ist. Ich werde darauf achten, ob amerikanische Vertreter*innne noch häufiger zu Wort kommen werden oder ob es sich hierbei um eine Besonderheit handelt.

„Text Angela Merkel, Umweltministerin Deutschland: Wir haben ein substanzielles Mandat, mit Politiken, mit Maßnahmen, mit Zeitzielen. Und deshalb ist für mich dies ein Erfolg. Jeder, der die sehr unterschiedlichen Erwartungen an diese Konferenz hier kennt, weiß, dass sehr große Brücken zu überwinden waren. Und insofern sage ich, ja, wir gehen mit einem ganz klaren Ziel in die nächste **Runde**.“ (UKK90, Seq. 70)

Kommentar [MOU399]: Erneut kommt die Umweltministerin zu Wort. Es bestätigt sich die Hypothesen,

... dass dem*der Umweltminister*in im Kontext der Berichterstattung über Umwelt- bzw. Klimapolitik eine besondere Relevanz zukommt

Kommentar [MOU400]: Erneut spricht der Korrespondent über die Einschätzung der Umweltgruppen. Es bestätigt sich also die Hypothese,

...dass im Rahmen der Berichterstattung über Klima- und Umweltpolitik Umweltgruppen von besonderer Relevanz sind.

„Text Korrespondent Robin Lautenbach im Off: Enttäuscht über dieses Mandat sind allerdings die **Umweltgruppen**.“ (UKK90, Seq. 71)

Kommentar [MOU401]: Hier kommt nun erstmals ein Vertreter der Umweltgruppen direkt zu Wort. Er bewertet im Rahmen eines Interviews den Ausgang der Konferenz. Dies zeigt meines Erachtens, dass die Einschätzungen von Umweltgruppen für die Tagesschau ein relevantes Element in der Berichterstattung über die Klimakonferenzen darstellen.

„Text Sascha Müller-Kraenner, Naturschutzring: Was wir hier als trauriges Ergebnis bekommen haben, ist, wenn überhaupt, ein viel zu schwaches Mandat für Verhandlungen über Reduktionen und keine erste **Reduktionsvereinbarung**.“ (UKK90, Seq. 72)

Kommentar [MOU402]: Abschließen d bewertet nun nochmals der Korrespondent selbst die Ergebnisse der Konferenz und kommt zu dem kritischen Schluss „UN-typischer Kompromiss, bei dem keiner das Gesicht verliert“. Hier klingt eindeutig durch, dass der Korrespondent derartige UN-Klimakonferenzen im Kontext der Bekämpfung des Klimawandels nicht gerade als effektives Mittel begreift.

Hypothese:

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau der UN als Institution zur Bekämpfung des Klimawandels kritisch gegenübersteht.

Bisher erscheint mir der gesamte Tonus der betrachteten Beiträge eher kritisch und bezüglich der

„Text Korrespondent Robin Lautenbach im Aufsager: Es war nicht der Durchbruch für den weltweiten Klimaschutz, den Kanzler Kohl hier am letzten Mittwoch noch angemahnt hatte. Es war eher ein UN-typischer Kompromiss, bei dem keiner das Gesicht verliert. Trösten können sich die Kritiker damit, dass die Tür für Klimaschutzverhandlungen nun weiterhin offen **ist**.“ (UKK90, Seq. 73);

Kategorienverzeichnis_UKK90

K101 Benennung negativer Folgen umweltschädlicher Emissionen.....	246
K102 Bundesumweltminister*in als relevante Strukturposition	246
K103 Wissenschaftler*innen- und Expert*innenmeinungen.....	246
K103A Wissenschaftler*innen und Expert*innen untermalen Dringlichkeit des Handlungsbedarfs	246
K104 Kritische Einordnung internationaler Umwelt- und Klimavereinbarungen durch den Korrespondenten	246
K105 Benennung konkreter Ursachen/Verursacher von umweltschädlichen Emissionen.....	247
K106 Umweltgruppen als relevante Strukturen kollektiven Handelns	247
K106A Umweltgruppen ordnen die auf den Klimakonferenzen erzielten Ergebnisse kritisch ein .	247
K107 Wirtschaftswachstum und Klimaschutz	247
K108 Industrienationen als Hauptverursacherinnen des Klimawandels	248
K109 Klimawandel als bedrohliche Entwicklung	248
K110 Vom Menschen verursachter Klimawandel	248
K201 Kritische Haltung gegenüber internationalen Umwelt- und Klimavereinbarungen	248
K202 Wachstumsstreben der Industrienationen wird als zentrale Problemstellung	249
K203 Der Klimawandel als dringliches, bedrohliches, vom Menschen verursachtes Problem.....	249
K204 Einordnung der Problematik Klimawandel durch relevantes Kontextwissen	250

K101 Benennung negativer Folgen umweltschädlicher Emissionen

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau negative Umweltfolgen schädlicher Emissionen nennt.

Indikatoren: Seq. 54, Seq. 56, Seq. 64

K102 Bundesumweltminister*in als relevante Strukturposition

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass der*die Bundesumweltminister*in in der Berichterstattung der Tagesschau über Umwelt- und Klimapolitik eine relevante Stellung einnimmt.

Indikatoren: Seq. 55, Seq. 61, Seq. 67, Seq. 70

K103 Wissenschaftler*innen- und Expert*innenmeinungen

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau die Meinungen und Einschätzungen von Wissenschaftler*innen und Expert*innen wiedergibt.

Indikatoren: Seq. 56, Seq. 64

K103A Wissenschaftler*innen und Expert*innen untermauern Dringlichkeit des Handlungsbedarfs

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die in der Tagesschau zu Wort kommenden Expert*innen und Wissenschaftler*innen die Dringlichkeit der Problematik Klimawandel / Umweltzerstörung untermauern.

Indikatoren: Seq. 56, Seq. 64

K104 Kritische Einordnung internationaler Umwelt- und Klimavereinbarungen durch den Korrespondenten

These: Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau die auf internationaler Ebene vereinbarten Klima- und Umweltschutzmaßnahmen durch Aussagen der Korrespondenten kritisch einordnet.

Indikatoren: Seq. 56, Seq. 57, Seq. 62, Seq. 71, Seq. 73

K105 Benennung konkreter Ursachen/Verursacher von umweltschädlichen Emissionen

These: Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau konkrete Ursachen für klima- und umweltschädliche Emissionen nennt.

Indikatoren: Seq. 57

K106 Umweltgruppen als relevante Strukturen kollektiven Handelns

These: Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau die Einschätzungen und Kritik von Umweltgruppen wiedergibt.

Indikatoren: Seq. 60, Seq. 66, Seq. 71, Seq. 72

K106A Umweltgruppen ordnen die auf den Klimakonferenzen erzielten Ergebnisse kritisch ein

These: Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die in der Tagesschau zu Wort kommenden Umweltgruppen die auf den Klimakonferenzen erzielten Ergebnisse kritisch einordnen.

Indikatoren: Seq. 66, Seq. 72

K107 Wirtschaftswachstum und Klimaschutz

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau das Streben der Industrieländer nach Wirtschaftswachstum als dem Klimaschutz entgegenstehendes Interesse benennt.

Indikatoren: Seq. 63

K108 Industrienationen als Hauptverursacherinnen des Klimawandels

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau die Industrienationen als Hauptverantwortliche für den Klimawandel darstellt.

Indikatoren: Seq. 64

K109 Klimawandel als bedrohliche Entwicklung

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau den Klimawandel als sehr gefährliche, die Menschheit bedrohende Entwicklung darstellt.

Indikatoren: Seq. 64, Seq. 68

K110 Vom Menschen verursachter Klimawandel

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau den Klimawandel als vom Menschen verursacht darstellt.

Indikatoren: Seq. 64

K201 Kritische Haltung gegenüber internationalen Umwelt- und Klimavereinbarungen

Aus den Kategorien K104, K106, K107 und K108 leite ich die folgenden Überlegungen ab:

In der Berichterstattung der Tagesschau über die internationale Umwelt- und Klimapolitik lässt sich im ersten Zeitraum ein durchaus kritischer Ton ausmachen. Die auf politischer Ebene ausgehandelten Maßnahmen und Zielsetzungen werden entweder vom Korrespondent selbst oder aber durch Äußerungen von Umweltverbänden kritisch eingeordnet. Die Unzulänglichkeiten dieser internationalen Vereinbarungen werden dabei durch die Tagesschau klar herausgearbeitet. Eine grundlegende Skepsis gegenüber der Wirkmächtigkeit internationaler Klimakonferenzen wird durchaus erkennbar (vgl. Sequenz. 73).

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau kritisch über internationale Umwelt- und Klimavereinbarungen berichtet und deren Unzulänglichkeiten aufzeigt.

K202 Wachstumsstreben der Industrienationen wird als zentrale Problemstellung

Aus den Kategorien K107 und K108 leite ich die folgenden Überlegungen ab:

Die Sequenz 63 stach in besonderer Weise aus den analysierten Beiträgen des ersten Zeitraums hervor. Hier benennt die Tagesschau das Streben der Industrienationen nach Wirtschaftswachstum als eines von drei zentralen Interessen, die einem effektiven Klimaschutz entgegenstehen. Die Tagesschau erkennt also – zumindest im Kontext des Klimawandels – das Streben nach Wirtschaftswachstum als problematische Entwicklung an. Die Industrienationen nehmen in der Berichterstattung der Tagesschau über Klimawandel die Rolle derjenigen ein, die durch ihr anhaltendes Wachstumsstreben und den damit einhergehenden starken CO₂-Emissionen als zentrale Verursacherinnen des Klimawandels angesehen werden müssen und somit auch die größte Verantwortung tragen, diesem mit effektiven Maßnahmen entgegenzuwirken.

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau das Wachstumsstreben der Industrienationen im Kontext klimapolitischer Berichterstattung als problematisch darstellt.

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau die Industrienationen als wichtige Verursacherinnen des Klimawandels und somit als Hauptverantwortliche in Sachen Klimabekämpfung darstellt.

K203 Der Klimawandel als dringliches, bedrohliches, vom Menschen verursachtes Problem

Aus den Kategorien K103A, K109 und K110 leite ich die folgenden Überlegungen ab:

Dass es sich beim Klimawandel um ein schwerwiegendes Problem handelt, wird in der Berichterstattung der Tagesschau durchaus deutlich. Wiederholt kommen Expert*innen und Wissenschaftler*innen zu Wort, die die Dringlichkeit schnellen Handelns unterstreichen bzw. die Unzulänglichkeiten bisherigen Handelns verdeutlichen. Weiterhin wird die Bedrohlichkeit des Klimawandels durch Formulierungen wie „Katastrophale Folgen...“ (Seq. 61) und „gefährliche Treibhausgase“ (Seq. 68) betont. Zudem scheut die Tagesschau nicht davor zurück, den Klimawandel als vom Menschen verursacht zu bezeichnen (Seq. 64).

These: Ich stelle die These auf, dass die Tagesschau den Klimawandel als eine vom Menschen verursachte, bedrohliche Entwicklung darstellt.

K204 Einordnung der Problematik Klimawandel durch relevantes Kontextwissen

Aus den Kategorien K101, K105 und K107 leite ich die folgenden Überlegungen ab:

Die Tagesschau nennt in ihrer Berichterstattung i) konkrete Ursachen des Klimawandels bzw. der Umweltverschmutzung (Autoverkehr; Verbrennung von Kohle, Öl und Benzin; Streben nach Wachstum und Wohlstand), ii) die hieraus resultierenden Emissionen (rasanter Anstieg von Stickoxiden und Kohlenwasserstoffen, CO₂-Ausstoß) und iii) (potentielle) negative Umweltfolgen (Saurer Regen, Waldsterben, Stürme, Überflutungen, Verbreitung der Wüsten). Damit liefert sie dem*der Zuschauer*in relevantes Kontextwissen, anhand dessen er*sie die komplexen Zusammenhänge des Klimawandels besser nachvollziehen kann; abstrakte chemische Vorgänge werden durch die Benennung konkreter Ursachen und Folgen des Klimawandels greifbar.

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau relevantes Kontextwissen über den Klimawandel vermittelt, indem sie Ursachen und Folgen des Klimawandels aufzeigt.

Kodierbaum 4: Beiträge „UN-Klimakonferenzen“ im Zeitraum 2015 bis 2017

Kürzel: KK20

1. Beitrag aus dem Jahr 2015 (30.11.2015: Erster Tag der UN-Klimakonferenz in Paris)

„Beitragsplatzierung: 00:17-05:29

Beitragsform: Filmbeitrag“ (KK20, Seq. 74)

„Text Korrespondentin Ellis Fröder im Off: Es waren so viele, dass sie kaum auf ein Foto passten. 151 Staats- und Regierungschefs sind nach Paris gekommen. Sie meinen es ernst. Früher sind sie nie geschlossen zu Beginn erschienen. Eine Konferenz, die unter größten Sicherheitsbedingungen abgeschirmt auf dem Messegelände im Pariser Vorort Le Bourget stattfindet. Der größte Weltklimagipfel der Welt begann mit einer Schweigeminute.“ (KK20, Seq. 75)

„Text Korrespondentin Ellis Fröder im Off: Für Frankreichs Präsident geht es um nicht weniger, als um das Schicksal der Menschheit. Eines versichern sie alle: Es ist höchste Zeit wirklich zu handeln. US-Präsident Obama betonte, die USA seien bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Text Barack Obama, Präsident der Vereinigten Staaten (übersetzt):

Wir sind die erste Generation, die den Einfluss des Klimawandels spürt und die letzte Generation, die etwas dagegen tun kann. Hier in Paris können wir der Welt zeigen, was möglich ist, wenn wir alle zusammenkommen.“ (KK20, Seq. 76)

Kommentar [MOU403]: Die Tagesschau platziert den Beitrag über den Beginn der Pariser Klimakonferenz prominent an erster Stelle der Sendung, macht den Beitrag also zum „Aufmacher“ (vgl. Kapitel 2.2.2). Zudem ist der Beitrag mit mehr als fünf Minuten extrem lang; er nimmt mehr als ein Drittel der Sendung ein. Es wird also deutlich, dass die Tagesschau dem Thema eine extrem hohe Relevanz zuschreibt. Es bleibt zu ergründen, ob dies der herausragenden Rolle der Pariser UN-Konferenz geschuldet ist oder ob ebenfalls die Eröffnungsveranstaltungen der Klimakonferenzen der beiden Folgejahre einen entsprechend prominenten Platz in der Sendung einnehmen.

Kommentar [MOU404]: Die besondere Rolle dieser Konferenz – mit mehr Teilnehmerstaaten denn je und mit ambitionierteren Zielsetzungen denn je – wird von der Korrespondentin hervorgehoben. Noch wurden derartig hoffnungsvolle Einschätzungen auch nicht durch skeptische Stimmen relativiert. Die internationale Staatengemeinschaft setzt große Hoffnung in diese Konferenz und noch scheint es so, als wolle die Tagesschau diese Hoffnung ungetrübt an den*die Zuschauer*in „übermitteln“.

Kommentar [MOU405]: Hier lässt die Tagesschau den amerikanischen Präsidenten Barack Obama zu Wort kommen, der mit seiner „dramatischen“ Aussage nochmals die von der Korrespondentin zuvor hervorgehobene Dringlichkeit schnellen Handelns betont. Bis jetzt liegt die Kernaussage des Beitrags also darin, hervorzuheben, dass es sich um die bisher wichtigste Zusammenkunft der internationalen Staatengemeinschaft zum Thema Klimaschutz handelt, da die Übereinkunft über neue Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels noch nie so dringlich war. Weiterhin wird hier, wie auch im ersten Zeitraum, die Bedrohlichkeit der Klimawandels betont, was hier vor allem durch den Ausdruck „Schicksal der Menschheit“ deutlich wird.

Hypothese:

„Text Angela Merkel, Bundeskanzlerin Deutschland: Ambitioniert, umfassend, fair, verbindlich. So sollte und so muss ein globales Klimaabkommen sein. Deutschland wird seinen Beitrag leisten, damit wir in eine gute Zukunft blicken können. Milliarden Menschen setzen ihre Hoffnung auf die nächsten Tage in Paris.“ (KK20, Seq. 77)

„Text Korrespondentin Ellis Fröder im Off: Ein verbindliches Datum für den Kohleausstieg, das sich Klimaschützer erhofft hatten, nannte die Kanzlerin allerdings nicht.“ (KK20, Seq. 78)

Kommentar [MOU406]: Es zeigt sich, dass die Tagesschau nicht nur die Dringlichkeit schnellen Handelns betont, sondern – hier durch eine Aussage der Kanzlerin – auch die besondere Rolle und Relevanz dieser Pariser Konferenz herausstellt.

Hypothese:

Ich formuliere die vorläufige These, dass die Tagesschau die besondere Rolle der Pariser Klimakonferenz als Chance für eine intensivere Klimapolitik betont.

Kommentar [MOU407]: Nach einer Reihe von Sequenzen, die die Dringlichkeit der Konferenz sowie die große Hoffnung, die in selbige gesetzt wird, betonten, erfolgt hier nun ein erster Dämpfer. Offensichtlich hatten sich Klimaschützer*innen ein Datum für den deutschen Kohleausstieg gewünscht, das jedoch von der Kanzlerin nicht benannt wurde. Hier kommen also Klimaschützer*innen als kritische Stimmen zu Wort; interessanterweise war im ersten Analysezeitraum von Umweltgruppen bzw. Umweltschützer*innen die Rede.

Hypothese:

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau in ihrer Berichterstattung über die Klimakonferenzen die kritischen Positionen von Klimaschützer*innen anführt.

„Text Korrespondentin Ellis Fröder live im Interview: Noch nie waren die Chancen größer, eine verbindliche Vereinbarung zwischen so vielen Staaten weltweit für die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und die Begrenzung der Erderwärmung zu erreichen, als jetzt hier in Paris. Die Staatschefs haben heute das Signal gegeben. Jetzt kommt es darauf an, zielgerichtet und vor allem geschickt zu verhandeln.“ (KK20, Seq. 79)

Kommentar [MOU408]: Erneut betont die Korrespondentin die besondere Relevanz der Pariser Konferenz. Sie sagt quasi: Die Zukunft unseres Planeten liegt nun in den Händen der Delegierten. Diese Art der Berichterstattung über eine UN-Klimakonferenz legt die Vermutung nahe, dass die Tagesschau trotz zahlreicher ernüchternder Vorgängerkonferenzen nach wie vor an die Wirkmächtigkeit derartiger Zusammenkünfte und an die Möglichkeit tatsächlich effektiver Beschlüsse glaubt. Dass die zahlreichen gegenläufigen Interessen – vor allem das Streben nach Wirtschaftswachstum – wie auch in den 90er Jahren drastischen Maßnahmen zur Klimabekämpfung entgegenstehen, davon ist bis jetzt nicht die Rede.

Hypothese:

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau an die Wirkmächtigkeit internationaler Klimakonferenzen glaubt.

„Text Sprecher Tagesschau: Bereits zum Vorlauf der Konferenz hatten ungefähr 180 Freiwillige nationale Klimaschutz-Aktionspläne festgelegt. Diese reichen aber nicht aus, um die Erderwärmung

wie vereinbart im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf unter zwei Grad zu begrenzen. Hier ein Überblick über die wichtigsten Faktoren, die zur Erderwärmung beitragen.“ (KK20, Seq. 80)

„Grafik, Text Ute Konrad im Off: Hitzewellen, Dürreperioden, Wirbelstürme, schmelzende Gletscher. Die Veränderung unseres Klimas ist nicht mehr zu übersehen. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich die globale Durchschnittstemperatur um etwa ein Grad erhöht, Tendenz steigend. Als Hauptursache gilt die Verbrennung fossiler Rohstoffe zur Energiegewinnung: Erdöl, Erdgas und Kohle. Dabei werden große Mengen an Kohlenstoffdioxid, kurz CO₂, freigesetzt. Vor der Industrialisierung betrug die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre 280 ppm, heute sind es bereits 400 Teilchen pro Million. Ein Anstieg um 40 Prozent.“ (KK20, Seq. 81)

Kommentar [MOU409]: Hier ordnet die Tagesschau – konkret der Tagesschausprecher – nun selbst die bisherigen Maßnahmen der Staaten als unzureichend ein. Die Tagesschau stellt heraus: Das, was momentan zur Rettung des Klimas getan wird, ist nicht genug.

Hypothese:

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau die Zielsetzungen und Ergebnisse der internationalen Klimapolitik in Form von Aussagen des*der Korrespondent*in oder Sprecher*in kritisch einordnet.

Kommentar [MOU410]: Die Tagesschau erläutert hier ausführlich und untermauert mit einer aufwendigen Grafik die Auswirkungen und Ursachen des Klimawandels. Diese Sequenz erinnert mich an die Sequenz 64 im ersten Zeitraum, in der ebenfalls Ursachen und Konsequenzen des Klimawandels benannt wurden, jedoch nicht so ausführlich und aufwendig, wie in diesem vorliegenden Beitrag. In dieser Sequenz werden, anders als im ersten Zeitraum, Zahlen wie die Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur und die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre benannt. Somit zeigt sich, dass die Tagesschau ihren Auftrag darin sieht, ihren Zuschauer*innen einen Überblick über das komplexe Themenfeld Klimawandel zu geben, sodass der*die Zuschauer*in die Berichterstattung über die Klimakonferenz besser einordnen kann.

Hypothese:

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau Folgen des Klimawandels benennt.

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau Ursachen des Klimawandels benennt.

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau die Klimaveränderung mit konkreten Zahlen belegt.

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau darauf bedacht ist, dem*der Zuschauer*in ...

„Grafik, Text Ute Konrad im Off: Und jeder einzelne trägt seinen Teil dazu bei. Rund ein Viertel der Emissionen verursachen Verkehr und private Haushalte. Im Schnitt setzt jeder Mensch in Deutschland jährlich 9,2 Tonnen CO₂ frei. Zum Vergleich: In den USA beträgt der CO₂-Ausstoß pro Kopf und Jahr 16 Tonnen, im Schwellenland Indien sind es 1,9 Tonnen. Maßgeblich für die persönliche CO₂-Bilanz ist der Lebensstil: Flugzeug oder Bahn, eigenes Auto oder Fahrrad, Rindersteak oder Grünkernbratling. Die Liste der Einsparmöglichkeiten ist lang.“ (KK20, Seq. 82)

Kommentar [MOU411]: Die Tagesschau betont hier in besonderer Weise die Rolle des Individuums im „Kampf“ gegen den Klimawandel. So liegt der Fokus nicht etwa, wie es im ersten Untersuchungszeitraum der Fall war, auf der Problematisierung des Wachstumsstrebens westlicher Industrienationen, sondern auf dem*der Einzelnen, der*die immerhin „ein Viertel“ der Emissionen verursacht.

Dies kann ich insofern nachvollziehen, als dass die Tagesschau als glaubwürdiges Medium einen großen Teil der deutschen Bevölkerung erreicht und somit individuelle Veränderungsprozesse in Gang setzen könnte. Jedoch halte ich diese hier verwendeten, fast schon plakativen Gegenüberstellungen für wenig zielführend; vor allem „Rindersteak statt Grünkernbratling“ empfinde ich als fragwürdige Formulierung. Eine ökologisch nachhaltige Lebensweise hört sich durch die Verwendung solch simplifizierender Schlagwörter, wie „Bahn, Fahrrad, Grünkernbratling“, meiner Meinung nach zu sehr nach Hippietum und Verzicht an. Wichtig wären hier Darstellungsweisen, die den Graben zwischen ökologisch-bewussten und weniger bewussten Menschen durch solche Entweder-Oder-Logiken nicht noch vertiefen, sondern wertneutral alternative Handlungsweisen aufzeigen. Für kritisierbar halte ich hier also eher die Umsetzung als die grundlegende Idee, individuelle Handlungsmöglichkeiten für klimaneutralere Lebensweisen aufzuzeigen.

Hypothese:

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau die Verantwortlichkeit des*der Einzelnen für den Klimawandel und dessen Bekämpfung herausstellt.

2. Beitrag aus dem Jahr 2016 (07.11.2016: Erster Tag der UN-Klimakonferenz in Marrakesch)

„Beitragsplatzierung: 10:27 - 12:15

Beitragsform: Filmbeitrag“ (KK20, Seq. 83)

„Text Sprecher: In Marrakesch beraten in den kommenden zwei Wochen Vertreter von rund 200 Ländern über den Kampf gegen die Erderwärmung. Bei der UN-Konferenz geht es hauptsächlich um den Zeitplan und konkrete Maßnahme zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens aus dem vergangenen Jahr. Ein weiteres wichtiges Thema sind finanzielle Hilfen der reichen für die ärmeren Länder, um sie im Kampf gegen den Klimawandel zu unterstützen.“ (KK20, Seq. 84)

„Text Korrespondent Stefan Schaaf im Off: Nicht weniger als das Weltklima steht auf dem Spiel – daran erinnerte in Marrakesch eine große Erdkugel. Die gute Nachricht: Der globale Klimapakt von Paris ist bereits in Kraft. Er soll die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad begrenzen. Aber Forscher warnen: Der Ausstoß von Treibhausgasen ist weiterhin zu hoch; die Folgen betreffen gerade den Kontinent des Gastgeberlandes.“ (KK20, Seq. 85)

Kommentar [MOU412]: Während der Beitrag über die Eröffnung der Pariser UN-Klimakonferenz als Aufmacher der Sendung platziert wurde, wird die Eröffnung der Klimakonferenz in Marrakesch lediglich gegen Ende der Sendung platziert. Dies legt die Annahme nahe, dass die Pariser Konferenz aufgrund ihrer besonderen Rolle einen so prominenten Platz innerhalb der Tagesschau eingenommen hat und dass allein das Thema UN-Klimakonferenz eine solche Platzierung nicht rechtfertigt. Trotzdem ist hervorzuheben, dass die Konferenz immerhin Eingang in die Tagesschau-Berichterstattung gefunden hat, was bei der Konferenz 1996 – also der zweiten UN-Konferenz – nicht der Fall war.

Kommentar [MOU413]: Der Sprecher präsentiert hier zunächst relativ urteilsfrei die zentralen Zielsetzungen der Konferenz, ohne die Erwartungen und Kritiken relevanter Akteur*innen zu benennen.

Kommentar [MOU414]: Der Korrespondent ordnet – wie es auch im ersten Analysezeitraum häufig der Fall war – die im Pariser Abkommen festgehaltenen Zielsetzungen kritisch ein, indem er die Einschätzungen von Forscher*innen wiedergibt. Weiterhin habe ich den Eindruck gewonnen, dass die Tagesschau die Auffassung vertritt, dass vor allem die Industriestaaten in der Pflicht sind, effektive Maßnahmen gegen den Klimaschutz zu ergreifen. Ich werde im weiteren Verlauf darauf achten, ob noch eine klarere Aussage dazu folgt, bspw. vom Korrespondenten selbst. Erneut wird der Klimawandel mit der Aussage „Nicht weniger als das Weltklima steht auf dem Spiel“ als Bedrohung dargestellt.

Hypothese:

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau die Zielsetzungen und Ergebnisse der (internationalen) Klimapolitik kritisch einordnet, indem sie die SKH „Forscher*innen“ zu Wort kommen lässt.

„Text Korrespondent Stefan Schaaf im Off: Im vergangenen Dezember wurde das Pariser Abkommen bejubelt, doch nun geht es um die konkrete Umsetzung. Die Bundesregierung etwa hat bislang noch keinen Klimaschutzplan verabschiedet. Wie der Ausstieg aus fossiler Energie wie Erdöl oder Kohle verwirklicht werden soll, bleibt unklar. Deutschland steht noch mit leeren Händen da.“ (KK20, Seq. 86)

Kommentar [MOU415]: Erneute Kritik, diesmal von Seite des Korrespondenten, der bemängelt, dass es an konkreten Maßnahmen zur Umsetzung des Ausstiegs aus fossilen Energien von Seiten der Bundesrepublik fehle. Es bestätigt sich hier die bereits aufgestellte Hypothese,

...dass die Tagesschau die Zielsetzungen und Ergebnisse der internationalen und nationalen Klimapolitik in Form von Aussagen des*der Korrespondent*in oder Sprecher*in kritisch einordnet.

„Text Sven Hamerling, Klimaschutzorganisation CARE: Die Klimaschutzziele für 2020 werden möglicherweise verfehlt. Es fehlt an den zusätzlichen Maßnahmen, die notwendig sind und der langfristige Klimaschutzplan ist auch nicht unter Dach und Fach und andere Länder werden hier wahrscheinlich genau solche Pläne vorstellen. Und da muss Deutschland natürlich dran arbeiten, hier mit einem viel stärkeren Signal hin zu kommen.“ (UKK20, Seq. 87)

Kommentar [MOU416]: Hier kommt nun ein Klimaschützer zu Wort – und zwar direkt und nicht etwa über eine Aussage des Korrespondenten. Dieser kritisiert die bisherigen Maßnahmen und erwartet stärkere Signale. Es bestätigt sich hier also die Hypothese,

...dass die Tagesschau in ihrer Berichterstattung über die Klimakonferenzen die kritischen Positionen von Klimaschützer*innen anführt.

3. Beitrag aus dem Jahr 2017 (06.11.2017: Erster Tag UN-Klimakonferenz in Bonn)

„Beitragsplatzierung: 00:21-02:28

Beitragsform: Filmbeitrag“ (KK20, Seq. 88)

Kommentar [MOU417]: Erneut wird die Eröffnung der Konferenz wie auch bei der Eröffnung in Paris als Aufmacher der Sendung platziert. Das ist in diesem Fall wahrscheinlich auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Konferenz in Deutschland stattfindet. Trotzdem ist der Beitrag wesentlich kürzer, was wohl der Tatsache geschuldet ist, dass die Konferenz in Paris als deutlich relevanter eingeschätzt wurde als diese Konferenz in Deutschland.

„Text Sprecher: Mit Aufrufen zum verstärkten Kampf gegen die Erderwärmung hat heute die Weltklimakonferenz in Bonn begonnen. Es müsse alles getan werden, um das Pariser Klimaabkommen umzusetzen, forderte der Premierminister der Fidschi-Inseln Bainimarana.“ (KK20, Seq. 89)

Kommentar [MOU418]: Bereits im ersten Satz des Beitrags thematisiert der Sprecher „konferenzexterne“ Stimmen, die einen stärkeren Kampf gegen den Klimawandel einfordern. Ich nehme deshalb an, dass im weiteren Verlauf des Beitrags noch näher auf diese hier noch anonymen „Aufrufe“ eingegangen wird. Es wird somit gleich zu Beginn des Beitrags ein kritischer Ton laut, der die Vermutung nahelegt, dass nach wie vor nicht genug für den Klimaschutz getan wird. Es bestätigt sich, ...

... dass die Tagesschau die Zielsetzungen und Ergebnisse der internationalen Klimapolitik in Form von Aussagen des*der Korrespondent*in oder Sprecher*in kritisch einordnet.

„Text Patricia Espinosa, Generalsekretärin UN-Klimasekretariat (übersetzt): Noch bei keinem unserer Treffen war die Lage so dringend. Millionen Menschen leiden bereits weltweit unter extremen Wetterbedingungen.“ (KK20, Seq. 90)

Kommentar [MOU419]: Erneut lässt die Tagesschau eine Stimme zu Wort kommen, die die Dringlichkeit schnellen Handelns betont, wie es bereits im ersten Zeitraum der Fall war. Diese Betonung der Dringlichkeit sticht deutlich stärker hervor als noch im ersten Zeitraum. Die Tagesschau scheint also durchaus erkannt zu haben, dass es sich beim Klimawandel um ein relevantes Thema handelt, welchem sich augenscheinlich nicht in angemessenem Maße gewidmet wird.

„Text Korrespondentin Marion Schmickler im Off: Auch die Menschen aus Fidschi erleben schon jetzt den Klimawandel hautnah. Ihre Inseln drohen im Pazifik zu versinken.“ (KK20, Seq. 91)

Kommentar [MOU420]: Die Korrespondentin untermauert die von der Generalsekretärin herausgestellte Dringlichkeit des Klimawandels, indem sie auf das mögliche Versinken der Fidschi-Inseln im Pazifik verweist. Sie zeichnet mit ihrer Ausdruckweise das dramatische Bild einer im Meer versinkenden Zivilisation, statt beispielsweise "nur" zu sagen, dass die Erhöhung des Meeresspiegels eine Bedrohung für die Fidschi-Inseln darstellt. Die Tagesschau macht somit deutlich: Der Klimawandel ist bereits Realität und er stellt eine massive Bedrohung dar. Gleichzeitig benennt die Tagesschau hier wieder konkrete Folgen des Klimawandels, nämlich die akute Bedrohung von Ländern des globalen Südens durch den Klimawandel. Es bestätigt sich also,

...dass die Tagesschau Folgen des Klimawandels benennt.

„Text Korrespondentin Marion Schmickler im Off: Ein Walfischzahn für die deutsche Umweltministerin. Die fordert mehr Solidarität. Die Bundesregierung sagt den klimageschädigten Ländern zusätzliche 100 Millionen Euro zu. Auch Deutschland müsse handeln, so Hendricks. Nur nach einem Ausstieg aus der Kohle zu rufen, reiche nicht.“ (KK20, Seq. 92)

Kommentar [MOU421]: Erneut lässt die Tagesschau eine kritische Stimme zu Wort kommen, nämlich die der Umweltministerin. Sie bemängelt die Politik der Bundesregierung, welche zwar vom Kohleausstieg spricht, aber nichts für dessen Umsetzung tut.

Hypothese:

Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau durch Aussagen der Umweltministerin eine kritische Einordnung der Klimapolitik vornimmt.

„Text Barbara Hendricks, Umweltministerin Deutschland: Also zum Beispiel der Verkehr hat noch gar nichts gemacht und auch in der Landwirtschaft ist noch nichts geschehen. Deswegen muss ganz klar sein, wenn man jetzt tatsächlich in der Energiewirtschaft rascher vorangeschritten wird – weil es in der Tat dort auch am schnellsten geht – ja, dann dürfen sich die anderen nicht wieder verstecken, sie müssen endlich Anstrengungen **unternehmen**.“ (KK20, Seq. 93)

Kommentar [MOU422]: Die Umweltministerin kommt nun nochmals direkt zu Wort. Sie benennt hier konkret zwei Ministerien – nämlich Verkehr und Landwirtschaft –, die ihrer Auffassung nach nicht genug unternehmen, um den Klimaschutz voranzutreiben. Es steht somit nicht die internationale Klimapolitik, sondern explizit die deutsche Klimapolitik in der Kritik. Dies war auch schon in den anderen beiden Beiträgen der Fall, als es darum ging, dass i) die Kanzlerin noch kein verbindliches Kohleausstiegsdatum genannt hat (Seq. 78) und ii) Deutschland noch keinen verbindlichen Klimaschutzplan vereinbart hat und seine Ziele für 2020 verfehlt (Seq. 87). Im ersten Zeitraum war zu keinem Zeitpunkt von der deutschen, sondern immer nur der internationalen Klimapolitik die Rede.

Hypothese:

Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau in ihrer Berichterstattung die Versäumnisse deutscher Klimapolitik thematisiert.

„Text Korrespondentin Marion Schmickler im Off: Draußen machen Demonstranten Druck, drinnen laufen jetzt die Verhandlungsdrähte heiß. Die Zeit drängt. Laut Weltwetterorganisation wird 2017 als eines der heißesten Jahre in die Klimageschichte **eingehen**.“ (KK20, Seq. 94)

Kommentar [MOU423]: Der Beitrag endet mit einer erneuten Betonung der Dringlichkeit und Bedrohlichkeit des Klimawandels, der 2017 zum heißesten Jahr gemacht hat.

Kategorienverzeichnis_KK20

K101 Betonung der Dringlichkeit und Relevanz der Thematik Klimawandel	263
K102 Der Klimawandel als Bedrohung	263
K103 Pariser Klimakonferenz als Hoffnungsträgerin	263
K104 Kritische Einordnungen durch Klimaschützer*innen	263
K105 Kritische Einordnung der Konferenzen durch Sprecher*in bzw. Korrespondent*in	263
K106 Einordnung durch relevantes Kontextwissen	264
K106A Benennung von Folgen des Klimawandels	264
K106B Benennung von Ursachen des Klimawandels	264
K106C Konkrete Zahlen zum Klimawandel	264
K107 Die Verantwortlichkeit des*der Einzelnen	264
K108 Kritische Einordnung durch Aussagen von Forscher*innen	265
K109 Kritische Einordnung durch Aussagen der Umweltministerin	265
K110 Kritik an der internationalen Klimapolitik	265
K111 Kritik an der deutschen Klimapolitik	265
K201 Betonung der nationalen und individuellen Verantwortung	266
K202 Betonung der Dringlichkeit und Bedrohlichkeit des Klimawandels	266
K203 Einordnung der Problematik Klimawandel durch relevantes Kontextwissen	267
K204 Kritische Haltung gegenüber der vorherrschenden Klimapolitik	268

K101 Betonung der Dringlichkeit und Relevanz der Thematik

Klimawandel

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau in ihrer Berichterstattung über die Klimakonferenzen die Dringlichkeit und Relevanz der Treffen und schnellen Handelns betont.

Indikatoren: Seq. 76, Seq. 90, Seq. 91, Seq. 94

K102 Der Klimawandel als Bedrohung

These: Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau den Klimawandel als starke Bedrohung darstellt.

Indikatoren: Seq. 76, Seq. 85, Seq. 91, Seq. 94

K103 Pariser Klimakonferenz als Hoffnungsträgerin

These: Ich formuliere die vorläufige These, dass die Tagesschau die besondere Rolle der Pariser Klimakonferenz als Chance für eine zukünftig intensivere Klimapolitik betont.

Indikatoren: Seq. 75, Seq. 77, Seq. 79

K104 Kritische Einordnungen durch Klimaschützer*innen

These: Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau in ihrer Berichterstattung über den Klimawandel die kritischen Positionen von Klimaschützer*innen aufführt.

Indikatoren: Seq. 78, Seq. 87

K105 Kritische Einordnung der Konferenzen durch Sprecher*in bzw. Korrespondent*in

These: Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass der*die Sprecher*in bzw. Korrespondent*in der Tagesschau die Zielsetzungen und Ergebnisse der Klimakonferenzen kritisch einordnet.

Indikatoren: Seq. 80, Seq. 86

K106 Einordnung durch relevantes Kontextwissen

K106A Benennung von Folgen des Klimawandels

These: Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau negative Umweltfolgen des Klimawandels nennt.

Indikatoren: Seq. 81, Seq. 91

K106B Benennung von Ursachen des Klimawandels

These: Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau Ursachen des Klimawandels nennt.

Indikatoren: Seq. 81

K106C Konkrete Zahlen zum Klimawandel

These: Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau die Klimaveränderungen mit konkreten Zahlen belegt.

Indikatoren: Seq. 81

K107 Die Verantwortlichkeit des*der Einzelnen

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau das Individuum als relevanten Akteur im Kampf gegen den Klimawandel darstellt.

Indikator: Seq. 82

K108 Kritische Einordnung durch Aussagen von Forscher*innen

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau die Maßnahmen und Zielsetzungen internationaler Klimakonferenzen durch Aussagen von Forscher*innen kritisch einordnet.

Indikator: Seq. 85

K109 Kritische Einordnung durch Aussagen der Umweltministerin

These: Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau die Klimapolitik der Bundesregierung durch Aussagen der Umweltministerin kritisch einordnet.

Indikatoren: Seq. 92, Seq. 93

K110 Kritik an der internationalen Klimapolitik

These: Ich stelle die vorläufige Hypothese auf, dass die Tagesschau die Maßnahmen und Zielsetzungen der internationalen Klimakonferenzen kritisch einordnet.

Indikatoren: Seq. 80, Seq. 85

K111 Kritik an der deutschen Klimapolitik

These: Ich formuliere die vorläufige Hypothese, dass die Tagesschau die Versäumnisse der deutschen Klimapolitik herausstellt.

Indikatoren: Seq. 78, Seq. 86, Seq. 87, Seq. 92, Seq. 93

K201 Betonung der nationalen und individuellen Verantwortung

Aus den Kategorien K107, K109, K110 und K111 leite ich die folgenden Überlegungen ab:

Stärker als noch im ersten Zeitraum steht die deutsche Klimapolitik im Fokus der Tagesschauberichterstattung. Während im ersten Zeitraum selten von den Versäumnissen der Bundesregierung in Sachen Klimaschutz die Rede war, sondern vor allem die internationale Staatengemeinschaft für ihre unzureichende Klimapolitik kritisiert wurde, wird in diesem zweiten Untersuchungszeitraum wiederholt thematisiert, inwiefern die Bundesregierung ihren Aufgaben nicht in angemessenem Umfang nachkommt, beispielsweise in Sachen Kohleausstieg oder Klimaschutzplan. Im Einklang mit dieser Tendenz, die nationale Verantwortlichkeit in den Fokus zu rücken, stehen die in der Berichterstattung hervorgehobenen individuellen Handlungspotentiale zum Klimaschutz. Während im ersten Zeitraum die Pflichten der Industrienationen zur Bekämpfung des Klimawandels betont wurden und deren Wachstumsstreben sogar konkret als dem Klimaschutz gegenläufiges Interesse benannt wurde, betont die Tagesschau im zweiten Zeitraum stärker die Rolle des Individuums, dass durch eine Umstellung seiner Ernährungs- und Mobilitätsgewohnheiten einen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Obwohl es sich beim Klimawandel also zweifelsohne um eine globale Problemstellung handelt, welche womöglich nur mit einer Abkehr von unseren kapitalistischen Wirtschaftsweisen effektiv zu bekämpfen wäre, entscheidet sich die Tagesschau dafür, ebendiese systemimmanente Dimension weniger stark hervortreten zu lassen und die individuelle sowie nationale Dimension in den Fokus zu stellen. Dabei macht die Tagesschau sogar darauf aufmerksam, dass nur ein Viertel der Emissionen von Verkehr und privatem Verbrauch ausgehen, benennt aber nicht explizit, wo die anderen drei Viertel der Emissionen – und somit eindeutig der Löwenanteil – herkommen. Eine klare Benennung der Herkunft dieser Emissionen würde mit großer Wahrscheinlichkeit das Wachstumsstreben der Industrienationen als zentralen Treiber für Klimaveränderungen entlarven.

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau stärker die individuellen und nationalen Verantwortlichkeiten für den Klimawandel betont, dabei jedoch weniger die Versäumnisse internationaler Zusammenarbeit thematisiert und keine Kritik am westlichen, wachstumsgetriebenen Wirtschaftssystem übt.

K202 Betonung der Dringlichkeit und Bedrohlichkeit des Klimawandels

Aus den Kategorien K101 und K102 leite ich die folgenden Überlegungen ab:

Die Tagesschau betont in der Berichterstattung über die Klimakonferenzen im zweiten Zeitraum immer wieder die Dringlichkeit und Relevanz der Problematik Klimawandel. Zwar war dies auch im ersten Zeitraum der Fall, jedoch lässt sich im zweiten Zeitraum ein deutlich alarmierender Ton in der Berichterstattung ausmachen. Der Klimawandel wird mit düsteren Zukunftsbildern als Bedrohung dargestellt: Es geht um das „Schicksal der Menschheit“ (Seq. 76), das „Weltklima steht auf dem Spiel“ (Seq. 85), die Fidschi-Inseln „drohen im Pazifik zu versinken“ (Seq. 91). Die Tagesschau macht den Ernst der Lage und den dringenden Handlungsbedarf somit mehr als deutlich. Man könnte ihr meiner Meinung nach sogar eine Dramatisierung unterstellen, da sich das Ausmaß und die Dringlichkeit des Klimawandels wohl auch mit einer neutraleren Sprache vermitteln ließen. Bringt man diese Erkenntnis mit der Kategorie K201 in Verbindung, so lässt sich sagen, dass die Tagesschau zwar das Ausmaß der Problematik Klimawandel klarer erkennt und betont als im ersten Zeitraum, jedoch gleichzeitig – im Gegensatz zum ersten Zeitraum – nicht mehr in aller Deutlichkeit solche zentralen, übergeordneten Ursachen, wie eben das globale Streben nach Wachstum und Wohlstand, herausstellt. Dabei wäre es angesichts der wachsenden Dringlichkeit umso wichtiger, den Blick auch auf diese übergeordneten Problemstellungen zu richten.

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau zwar die Dringlichkeit der Problematik Klimawandel erkennt und herausstellt, jedoch gleichzeitig zentrale Ursachen – nämlich kapitalistische Wirtschaftsweisen und westliches Wachstumsstreben – nicht (mehr) mit dem Klimawandel in Verbindung bringt.

K203 Einordnung der Problematik Klimawandel durch relevantes Kontextwissen

Aus den Kategorien K106, K106A, K106B und K106C leitet die Forscherin die folgenden Überlegungen ab:

Wie auch im ersten Zeitraum informiert die Tagesschau ihre Zuschauer*innen über relevantes Kontextwissen bezüglich des Klimawandels. Hier tritt vor allem die Sequenz 81 hervor, in welcher die Tagesschau i) wichtige Ursachen (die Verbrennung fossiler Rohstoffe und die hier entstehenden Emissionen), ii) Folgen (Klimaveränderungen wie Hitzewellen, Dürreperioden und schmelzende Gletscher) und auch iii) Zahlen (Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre vor der Industrialisierung und heute) des Klimawandels nennt. Die Tagesschau bemüht sich also darum, den Zuschauer*innen ein grundlegendes Verständnis für den Klimawandel zu vermitteln, statt lediglich über die Beschlüsse und Geschehnisse der Konferenzen zu berichten.

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau darum bemüht ist, den Zuschauer*innen relevantes Kontextwissen über den Klimawandel zu vermitteln und ihnen so eine bessere Einordnung der Informationen über die Klimakonferenzen zu ermöglichen.

K204 Kritische Haltung gegenüber der vorherrschenden Klimapolitik

Aus den Kategorien K104, K105, K108 und K109 leite ich die folgenden Überlegungen ab:

Auch im zweiten Zeitraum ist nach wie vor ein durchaus kritischer Ton in der Berichterstattung der Tagesschau über die Klimakonferenzen zu vernehmen, in dessen Kontext – wie in K201 herausgestellt – vor allem die deutsche aber auch die internationale Klimapolitik immer wieder als unzulänglich beschrieben werden. Die Kritik wird wie auch im ersten Zeitraum von unterschiedlichen Akteur*innen ausgesprochen. So äußert sich die Tagesschau selbst kritisch, in Form von Aussagen des Sprechers und der Korrespondentin (Seq. 80, Seq. 86), sie lässt aber auch Klimaschützer*innen (Seq. 78, Seq. 87), Forscher*innen (Seq. 85) und die Umweltministerin (Seq. 92, Seq. 94) kritisch zu Wort kommen. In mehreren Sequenzen macht die Tagesschau deutlich, dass die bisherigen Bemühungen nicht ausreichen, um den Klimawandel effektiv zu bekämpfen (Seq. 80, Seq. 85, Seq. 92). Die Tagesschau nimmt also insgesamt eine durchaus kritische Haltung ein. Statt wertneutral über die Beschlüsse der Konferenzen zu berichten, zeigt sie dem*der Zuschauer*in klar auf, dass aktuelle politische Maßnahmen in weiten Teilen nicht drastisch genug sind.

These: Ich formuliere die These, dass die Tagesschau kritisch über die nationale und internationale Klimapolitik berichtet und deren Unzulänglichkeiten aufzeigt.

Materialsammlung zur Studie 'Zertifizierter Umweltschutz? Zur Rekonstruktion des Nachhaltigkeitsbegriffs von EMAS'

Moritz Harzbecher

1. Offenes Kodieren

Im ersten Kodierschritt wurden die Sequenzen des ausgewählten Materials in Form von angefügten Kommentaren interpretiert, aufeinander bezogen, miteinander verglichen sowie zu einzelnen Thesen zugespitzt bzw. auf ihren für das Forschungsprojekt thematisch relevanten Kern reduziert.

Material:

Quelle 1: EMAS-Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 22.12.2009 (EV09)

Quelle 2: Umweltgutachterausschuss (2018): *Gute Gründe für ein Umweltmanagement nach EMAS* (GGUE)

Quelle 3: Umweltgutachterausschuss (2019): *EMAS Novelle 2017/2019. Die Änderungen im Überblick*, (EN19)

Sequenzen:

Titelbeschreibung: „VERORDNUNG (EG) Nr. 1221/2009 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 25. November 2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 761/2001, sowie der Beschlüsse der Kommission 2001/681/EG und 2006/193/EG“ (EV09: 1; Seq. 1)

„DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION (...) in Erwägung nachstehender Gründe: (1) Gemäß Artikel 2 des Vertrags hat die Gemeinschaft unter anderem die Aufgabe, in der gesamten Gemeinschaft ein nachhaltiges Wachstum zu fördern. (...) HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:“ (EV09:1-3; Seq. 2)

„In dem Beschluss Nr. 1600/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juli 2002 über das sechste Umweltaktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft (4) ABL. L 242 vom 10.9.2002, S. 1. (4) ist die Verbesserung der Zusammenarbeit und Partnerschaft mit Unternehmen als ein strategisches Konzept zur Erfüllung der Umweltziele genannt. Freiwillige Verpflichtungen sind hiervon ein wesentlicher Bestandteil. In diesem Zusammenhang wird es für notwendig erachtet, eine größere Teilnahme am Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) zu

Kommentar [Autor424]: Auffällig in dieser Sequenz ist die Stelle der beiden Wörter „freiwillige Teilnahme“: Die *freiwillige Teilnahme* wird direkt nach der einleitenden, allgemeinen Dokumentbezeichnung genannt. Somit wird die Freiwilligkeit rein positionell ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Dass die Teilnahme an EMAS kein Zwang ist, sondern auf freiwilliger Basis erfolgt könnte auch an späterer Stelle angeführt werden. So aber steht alles Folgende im Zeichen der Freiwilligkeit. Dabei ist sowohl vorstellbar, dass Freiwilligkeit besonders strikte (es ist nicht obligatorisch, weil es aufgrund von Grund X oder Y nicht zumutbar wäre), aber auch besonders schwache Maßnahmen nach sich zieht (da man nichts machen *muss*, ist auch eine kleine Anstrengung schon hoch anzurechnen), aber auch, dass es weder in das eine noch in das andere Extrem ausschlagen muss. Unabhängig davon, welche Deutung sich an späterer Stelle im Material bestätigt: Es wird davon ausgegangen, dass die *Freiwilligkeit der Teilnahme* einen zentralen Stellenwert in EMAS einnimmt.

Kommentar [Autor425]: EMAS wird in Verbindung mit der Förderung eines *nachhaltigen Wachstums* gesetzt. Auch wenn nicht gesagt wird, dass die Implementierung von EMAS mit einem nachhaltigen Wachstum gleichzusetzen ist, so wird die EMAS-Verordnung doch erlassen, *um* ein nachhaltiges Wachstum zu fördern. Nachhaltiges Wachstum zu fördern heißt mindestens, nichts Gegenteiliges zu tun – die „FOLGENDE VERORDNUNG“ bewegt sich diesem Anspruch nach im Rahmen des nachhaltigen Wachstums, genauer: Die EMAS-Verordnung steht in einer Linie mit dem Ziel der *Förderung nachhaltigen Wachstums*. Auch wenn hier nicht der Signifikant *Sustainable Development* gebraucht wird, stellt sich die EMAS-Verordnung mit dieser Formulierung doch in diese Tradition, denn wirtschaftliches Wachstum stellt in diesem Diskurs ein Kernziel zur Lösung des Nachhaltigkeitsproblems dar. Des Weiteren ist die Gegenposition zu diesem Diskurs die Unvereinbarkeit von Nachhaltigkeit und wirtschaftlichem Wachstum.

Bemerkenswert:

fördern und Maßnahmen zu entwickeln, mit denen die Organisationen angeregt werden sollen, strenge und von unabhängiger Stelle überprüfte Berichte über Umwelt und nachhaltige Entwicklung zu veröffentlichen.“ (EV09:1; Seq. 3)

„In der Mitteilung der Kommission vom 30. April 2007 über die Halbzeitbewertung des Sechsten Umweltaktionsprogramms der Gemeinschaft wird festgestellt, dass die Funktionsweise der für die Wirtschaft konzipierten freiwilligen Instrumente verbessert werden muss und dass die Instrumente ein hohes Potenzial aufweisen, das bisher aber nicht voll ausgeschöpft wurde. Die Kommission wird aufgefordert, die Instrumente zu überarbeiten, um ihre Anwendung zu fördern und den damit einhergehenden Verwaltungsaufwand zu verringern.“ (EV09: 1; Seq. 4)

„In der Mitteilung der Kommission vom 16. Juli 2008 über den Aktionsplan für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch und für eine nachhaltige Industriepolitik wird festgestellt, dass EMAS die Organisationen bei der Optimierung ihrer Produktionsprozesse, der Verringerung der Umweltauswirkungen und bei einer effektiveren Ressourcennutzung unterstützt.“ (EV09: 1; Seq. 5)

„Die Anwendung von Umweltmanagementsystemen, einschließlich EMAS gemäß der Verordnung (EG) Nr. 761/2001, hat sich als wirksames Instrument zur Förderung von Verbesserungen der Umweltleistung von Organisationen erwiesen. Jedoch muss die Zahl der sich an EMAS beteiligenden Organisationen erhöht werden, um eine bessere Gesamtwirkung in Bezug auf Verbesserungen im Umweltbereich erzielen zu können.“ (EV09: 2; Seq. 6)

„Organisationen sollten zur freiwilligen Teilnahme an EMAS angeregt werden und könnten so einen zusätzlichen Vorteil hinsichtlich der behördlichen Kontrolle, der Kosteneinsparungen und ihres Bildes in der Öffentlichkeit erhalten, wenn sie in Bezug auf die Umweltleistung eine Verbesserung ihres Niveaus nachweisen können.“ (EV09: 2; Seq. 7)

„EMAS sollte allen Organisationen innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft, deren Tätigkeiten Umweltauswirkungen haben, offen stehen. EMAS sollte diesen Organisationen ein Mittel an die Hand geben, mit dem sie diese Auswirkungen beherrschen und ihre Umweltleistung insgesamt verbessern können.“ (EV09:2; Seq. 8)

„Organisationen mit verschiedenen Standorten in einem oder mehreren Mitgliedstaaten sollten alle oder eine bestimmte Zahl dieser Standorte unter einer einzigen Registrierung registrieren lassen können.“ (EV09:2; Seq. 9)

„Der Mechanismus, mit dem festgestellt wird, ob eine Organisation alle einschlägigen Umweltvorschriften einhält, sollte verbessert werden, um die Glaubwürdigkeit von EMAS zu erhöhen (...).“ (EV09:2; Seq. 10)

„Die Organisationen sollten in regelmäßigen Abständen Umwelterklärungen erstellen und öffentlich zugänglich machen, in denen die Öffentlichkeit und andere interessierte Kreise über die Einhaltung aller einschlägigen Umweltvorschriften durch die betreffende Organisation sowie über deren Umweltleistung informiert werden.“ (EV09: 2; Seq. 11)

Kommentar [Autor426]: Die Erfüllung der Umweltziele soll über eine bessere *Zusammenarbeit* und eine bessere *Partnerschaft* mit Unternehmen erfolgen. Das Motiv der Freiwilligkeit aus **Seq. 1** taucht hier erneut auf. Die *freiwillige Verpflichtung* von Unternehmen hat den Stellenwert eines *strategischen Konzepts zur Erfüllung der Umweltziele des sechsten*

Kommentar [Autor427]: Die in **Seq. 3** aufgestellte These eines marktlogischen Aufbaus von EMAS bestätigt sich in dieser Sequenz: Die Anwendung soll gefördert werden, der Verwaltungsaufwand verringert

Kommentar [Autor428]: EMAS wirkt als *indirektes Instrument* – es unterstützt, es führt nicht herbei. Hier tritt ein Motiv des *Freiraums* auf, der zwischen der Unterstützungswirkung, die von EMAS ausgeht, und der

Kommentar [Autor429]: Hier bestätigt sich die in **Seq. 3** aufgestellte These, der *marktlogischen Wirkungsentfaltung* von EMAS mit der in **Seq. 4** vollzogenen Erweiterung des vermuteten

Kommentar [Autor430]: Für Organisationen ist EMAS vorgesehener Weise deshalb attraktiv, weil es zu Kosteneinsparungen führt, Vorteile bei behördlichen Kontrollen verschafft (inwiefern bleibt unklar)

Kommentar [Autor431]: In der Formulierung „Organisationen (...) deren Tätigkeiten Umweltauswirkungen haben“, wird nahegelegt, dass es auch möglich ist, dass es auch Organisationen gibt,

Kommentar [Autor432]: Hier werden die Grenzen der Kontrolle offenbar: Eine EMAS-Zertifizierung gilt umfassend für alle Standorte, obwohl nicht alle das Zertifizierungsverfahren durchlaufen müssen. Es gibt also ein

Kommentar [Autor433]: These: „Glaubwürdigkeit“ ist ein für EMAS ein zentraler Wert. Es überrascht, dass der Mechanismus, der für die Überprüfung der Einhaltung von Umweltvorschriften

Kommentar [Autor434]: Der öffentliche Raum spielt eine große Rolle für EMAS, er bildet den dritten Punkt eines Beziehungsdreiecks, mit den teilnehmenden Organisationen und den kontrollierenden Gutachtern

„Damit Relevanz und Vergleichbarkeit der Informationen gewährleistet sind, sollte die Berichterstattung über die Umweltleistung der Organisationen auf der Grundlage allgemeiner und branchenspezifischer Leistungsindikatoren erfolgen, deren Schwerpunkt bei Verwendung geeigneter Referenzwerte und Skalen auf Prozess- und Produktebene auf den wesentlichen Umweltbereichen liegt. Dies dürfte dazu beitragen, dass die Organisationen ihre Umweltleistung sowohl von einem Berichterstattungszeitraum zum anderen als auch mit der Umweltleistung anderer Organisationen vergleichen können.“ (EV09:2; Seq. 12)

„Diese Dokumente dürften den Organisationen helfen, sich besser auf die wichtigsten Umweltaspekte in einem gegebenen Branche zu konzentrieren.“ (EV09:3; Seq. 13)

„Die vorliegende Verordnung sollte diese Bestimmungen soweit erforderlich ergänzen, wobei die Besonderheiten von EMAS, wie die Notwendigkeit, ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit gegenüber Interessenträgern, namentlich den Mitgliedstaaten, zu sichern, berücksichtigt und gegebenenfalls speziellere Bestimmungen festgelegt werden sollten. Die EMAS-Bestimmungen dürften die Kompetenz der Umweltgutachter gewährleisten und fortlaufend verbessern, indem ein unabhängiges, neutrales Akkreditierungs- oder Zulassungssystem, die Ausbildung der Umweltgutachter und eine angemessene Überwachung von deren Tätigkeiten vorgesehen und damit die Transparenz und Glaubwürdigkeit der an EMAS teilnehmenden Organisationen sichergestellt werden.“ (EV09:3; Seq. 14)

„Das Ziel von EMAS, einem wichtigen Instrument des Aktionsplans für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch und für eine nachhaltige Industriepolitik, besteht darin, kontinuierliche Verbesserungen der Umweltleistung von Organisationen zu fördern, indem die Organisationen Umweltmanagementsysteme errichten und anwenden, die Leistung dieser Systeme einer systematischen, objektiven und regelmäßigen Bewertung unterzogen wird, Informationen über die Umweltleistung vorgelegt werden, ein offener Dialog mit der Öffentlichkeit und anderen interessierten Kreisen geführt wird und die Arbeitnehmer der Organisationen aktiv beteiligt werden und eine angemessene Schulung erhalten.“ (EV09:4; Seq. 15)

„„Umweltpolitik“: die von den obersten Führungsebenen einer Organisation verbindlich dargelegten Absichten und Ausrichtungen dieser Organisation in Bezug auf ihre Umweltleistung, einschließlich der Einhaltung aller geltenden Umweltvorschriften und der Verpflichtung zur kontinuierlichen Verbesserung der Umweltleistung. Sie bildet den Rahmen für die Maßnahmen und für die Festlegung umweltbezogener Zielsetzungen und Einzelziele“ (EV09:4; Seq. 16)

„„Umweltleistung“: die messbaren Ergebnisse des Managements der Umweltaspekte einer Organisation durch diese Organisation;(…) „Umweltaspekt“: derjenige Bestandteil der Tätigkeiten, Produkte oder Dienstleistungen einer Organisation, der Auswirkungen auf die Umwelt hat oder haben kann“ (EV09:4; Seq. 17)

Kommentar [Autor435]: Im Zentrum dieser Sequenz steht der Signifikant der „wesentlichen Umweltbereiche“, die nicht weiter spezifiziert werden; somit wird die Frage aus Seq. 6 nicht beantwortet. Es bleibt unklar, ob die wesentlichen Umweltbereiche von EMAS selbst definiert werden oder ob diese das Ergebnis einer brancheninternen Aushandlung oder Abwägung ist. Für eine Kompromiss der Deutungen spricht der restliche Teil der Sequenz:

Auf die *wesentlichen Umweltbereiche* gerichtet sind nämlich „allgemeine und branchenspezifische Leistungsindikatoren“, die über die Umweltleistung der Unternehmen Auskunft geben und sich speziell auf ...

Kommentar [Autor436]: Umweltaspekte sind „branchenspezifisch“, also variabel.

Kommentar [Autor437]: Die These aus Seq. 10, dass die *Glaubwürdigkeit* einen essenziellen Stellenwert für EMAS einnimmt, bestätigt sich hier. Mehr noch: Es wird ausgesagt, dass eine *Notwendigkeit* besteht, ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit zu sichern.

These: ...

Kommentar [Autor438]: Bemerkenswert:

-Emas ist ein Instrument für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch. Da Produktion und Verbrauch hier nicht weiter auf eine Gruppe eingeschränkt werden, gehe ich davon aus, dass von *allgemeiner Produktion* und, wesentlich interessanter, von ...

Kommentar [Autor439]: Interessant ist in dieser Sequenz besonders die Wortreihe „verbindlich dargelegte Absichten und Ausrichtungen“, da die Stärke, die „Verbindlichkeit“ der Wörter kontinuierlich abnimmt: Es sind nicht etwa die „verbindlich festgelegten Ziele“, sondern es handelt sich um *Absichten* und *Ausrichtungen*, die *dargelegt* werden ...

Kommentar [Autor440]: Eine offengebliebene Frage aus Seq. 6, was im Kontext von EMAS mit dem Begriff „Umweltleistung“ gemeint ist, wird hier behandelt. Die *Umweltleistung* wird als *vom Management herbeigeführtes messbares Ergebnis der Umweltaspekte einer Organisation durch diese Organisation*. Die Veränderungen müssen also dem ...

„Umweltbetriebsprüfung“: die systematische, dokumentierte, regelmäßige und objektive Bewertung der Umweltleistung einer Organisation, des Managementsystems und der Verfahren zum Schutz der Umwelt“ (EV09:4; Seq. 18)

„Umweltzielsetzung“: ein sich aus der Umweltpolitik ergebendes und nach Möglichkeit zu quantifizierendes Gesamtziel, das sich eine Organisation gesetzt hat“ (EV09:4; Seq. 19)

„Das EMAS-Logo sollte für Organisationen ein attraktives Kommunikations- und Marketinginstrument sein, mit dem die Käufer und andere Interessenträger für EMAS sensibilisiert werden. Die Bestimmungen für die Verwendung des EMAS-Logos sollten durch die Verwendung eines einzigen Logos vereinfacht werden, und die bestehenden Beschränkungen sollten aufgehoben werden, außer denen, die sich auf das Produkt und seine Verpackung beziehen. Die Möglichkeit von Verwechslungen mit Umwelt-Produktkennzeichnungen sollte ausgeschlossen werden.“ (EV09: 2; Seq. 20)

„Bei der Anwendung von EMAS sollte auch eine Beteiligung der Arbeiter und Angestellten der Organisation vorgesehen werden, da dadurch die Arbeitszufriedenheit wächst und die Umweltkenntnisse verbessert werden, die innerhalb und außerhalb des Arbeitsumfelds nutzbringend angewandt werden können.“ (EV09:2; Seq. 21)

„Der Umweltgutachter weist der Akkreditierungsstelle oder Zulassungsstelle auf geeignete Weise nach, dass er in den folgenden Bereichen über die für die beantragte Akkreditierung oder Zulassung erforderlichen Qualifikationen, einschließlich der Kenntnisse, einschlägigen Erfahrungen und technischen Fähigkeiten, verfügt: (...) Umweltaspekte und -auswirkungen, einschließlich der Umweltdimension der nachhaltigen Entwicklung“ (EV09:12; Seq. 22)

„Die Mitgliedstaaten benutzen gegebenenfalls Fachveröffentlichungen, Lokalzeitungen, Werbekampagnen oder andere geeignete Mittel, um die Öffentlichkeit stärker für EMAS zu sensibilisieren.“ (EV09:17; Seq. 23)

„Direkte Umweltaspekte sind verbunden mit Tätigkeiten, Produkten und Dienstleistungen der Organisation selbst, die deren direkter betrieblicher Kontrolle unterliegen. Alle Organisationen müssen die direkten Aspekte ihrer Betriebsabläufe prüfen. Die direkten Umweltaspekte betreffen u. a.

- i) Rechtsvorschriften und zulässige Grenzwerte in Genehmigungen;
- ii) Emissionen in die Atmosphäre;
- iii) Ein- und Ableitungen in Gewässer;
- iv) Erzeugung, Recycling, Wiederverwendung, Transport und Entsorgung von festen und anderen Abfällen, insbesondere von gefährlichen Abfällen;
- v) Nutzung und Kontaminierung von Böden;
- vi) Nutzung von natürlichen Ressourcen und Rohstoffen (einschließlich Energie);

Kommentar [Autor441]: Hier taucht erneut das Motiv der **Passivität** in der Wirkung von EMAS auf. Nicht das Ergebnis selbst wird bewertet, sondern es wird bewertet, *dass und wie* ein Ergebnis erzielt wird.

Kommentar [Autor442]: Die Ziele setzt sich die Organisation selbst, sie werden nicht oktroyiert.

Kommentar [Autor443]: Das EMAS-Logo soll einerseits als Marketing-Instrument für die Organisationen attraktiv werden, darf aber nicht auf Produkten oder ähnlichem verwendet werden. Hier findet einerseits eine Trennung des Unternehmens von seinen Produkten statt – das Unternehmen darf sich mit dem Logo auszeichnen, nicht aber das was hergestellt wird. Dies ist ein erneuter Hinweis auf den in EMAS integrierten Freiraum der Unternehmen, die das Objekt, die Umwelt, und die Intensität der lediglich als Verbesserung vorgeschriebenen Maßnahmen selbst bestimmen können (Verweis auf *innere Dimension* in Seq. 7). Andererseits wird hier eine Verbindung nach außen geschaffen – somit wird in der innerlichen, wie ...

Kommentar [Autor444]: Hier zeigt sich erneut der *Freiraum*, den die EMAS-Verordnung lässt und auf dem aufbauend sie ihre Wirkung entfaltet: Die EMAS-Verordnung greift auf die „Arbeiter und Angestellten“ der Organisation zurück – durch deren Einbindung wird sich eine *nutzenbringende Anwendung im Arbeitsumfeld* erhofft. Sie sollen ...

Kommentar [Autor445]: Hier findet sich ein Hinweis auf konkrete Anforderungen, die an ein EMAS-Unternehmen als Zertifizierungsbedingung gestellt werden könnten, nämlich die „Umweltdimension der nachhaltigen Entwicklung“. Zumindest muss der Umweltgutachter auch in diesem Bereich Erfahrung, Qualifikationen ...

Kommentar [Autor446]: Es ist gewünscht, dass sich möglichst viele Organisationen an EMAS beteiligen – es soll von den Mitgliedsstaaten *in der Öffentlichkeit* beworben werden. Warum wird diese Energie nicht darauf konzentriert, gezielt nur Organisationen anzusprechen?

These: ...

- vii) Nutzung von Zusätzen und Hilfsmitteln sowie Halbfertigprodukten;
- viii) lokale Phänomene (Lärm, Erschütterungen, Gerüche, Staub, ästhetische Beeinträchtigung usw.);
- ix) Verkehr (in Bezug auf Waren und Dienstleistungen);
- x) Risiko von Umweltunfällen und Umweltauswirkungen, die sich aus Vorfällen, Unfällen und potenziellen Notfallsituationen ergeben oder ergeben könnten;
- xi) Auswirkungen auf die biologische Vielfalt.“ (EV09:22; Seq. 24)

„Indirekte Umweltaspekte können das Ergebnis der Wechselbeziehung einer Organisation mit Dritten sein und in gewissem Maße von der Organisation, die die EMAS-Registrierung anstrebt, beeinflusst werden. Für nichtindustrielle Organisationen wie Kommunalbehörden oder Finanzinstitute ist es wesentlich, dass sie auch die Umweltaspekte berücksichtigen, die mit ihrer eigentlichen Tätigkeit zusammenhängen. Ein Verzeichnis, das sich auf die Umweltaspekte des Standorts und der Einrichtungen einer Organisation beschränkt, reicht nicht aus.“ (EV09: 23; Seq. 25)

„Die indirekten Umweltaspekte betreffen u. a.

- i) produktlebenszyklusbezogene Aspekte (Design, Entwicklung, Verpackung, Transport, Verwendung und Wiederverwendung/Entsorgung von Abfall);
- ii) Kapitalinvestitionen, Kreditvergabe und Versicherungsdienstleistungen;
- iii) neue Märkte;
- iv) Auswahl und Zusammensetzung von Dienstleistungen (z. B. Transport- oder Gaststättengewerbe);
- v) Verwaltungs- und Planungsentscheidungen;
- vi) Zusammensetzung des Produktangebots;
- vii) Umweltleistung und -verhalten von Auftragnehmern, Unterauftragnehmern und Lieferanten. Organisationen müssen nachweisen können, dass die bedeutenden Umweltaspekte im Zusammenhang mit ihren Beschaffungsverfahren ermittelt wurden und bedeutende Umweltauswirkungen, die sich aus diesen Aspekten ergeben, im Managementsystem berücksichtigt wurden. Die Organisation sollte bestrebt sein, dafür zu sorgen, dass die Lieferanten und alle im Auftrag der Organisation Handelnden bei der Ausführung ihres Auftrags der Umweltpolitik der Organisation genügen.“ (EV09:23; Seq. 26)

Kommentar [Autor447]: An dieser Stelle werden Beispiele für *direkte Umweltaspekte* gegeben und das Wirkungsobjekt *Umwelt* somit indirekt (über die *Umweltaspekte*) näher umschrieben. Es wird keine Definition von *Umwelt* gegeben, was aber in Anbetracht des weiter oben geprägten Begriffs der *branchenspezifischen Umweltaspekte* (Seq. 12,13) nicht verwundert, die dort offengebliebene Frage nach einer Definition von *allgemeinen Umweltaspekten* bleibt allerdings weiterhin offen wie stark erklärungsbedürftig.

Bemerkenswert:
Die Beispiele spezifizieren den *Umweltbegriff* in Richtung einer *ökologischen Umwelt*.

Kommentar [Autor448]: EMAS legt einen sehr umfassenden Begriff der *Umweltaspekte* an: Organisationen werden als Teil eines Netzwerks betrachtet, das in der Gänze seiner spezifischen Zusammenhänge mit der einzelnen Organisation miteinbezogen werden muss. Zusätzlich wird der Blick auf die Organisation als geschlossenes System gerichtet

Bemerkenswert:
-EMAS begreift die *Umwelt* über ein umfassendes Netzwerk, in das die einzelne Organisation eingelassen ist.
-EMAS hat eine nach innen und eine nach außen gerichtete Dimension, die in ihren Wirkungen beide in die *Umweltaspekte* einbezogen werden.

Kommentar [Autor449]: Hier fällt auf, dass die *Umweltaspekte* auf die Produkte bezogen werden, zum einen geht es um die *Zusammensetzung des Produktangebots* und zum anderen um Aspekte, die den *Lebenszyklus* des Produkts betreffen.

These:
EMAS bezieht Produkte in das Managementsystem mit ein.

Widerspruch: EMAS zeichnet keine Produkte aus.

Folgethese: EMAS bezieht einerseits Produkte in das Managementsystem ein, das aber lediglich in Form einer *Behandlungsimplication*, also als indirekten Hinweis auf Produkte im

„Die Organisation muss Kriterien festlegen, anhand deren die Bedeutung der Umweltaspekte ihrer Tätigkeiten, Produkte und Dienstleistungen beurteilt wird, um zu bestimmen, welche davon bedeutende Umweltauswirkungen haben.

Die von einer Organisation festgelegten Kriterien sollten den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften Rechnung tragen, umfassend und nachvollziehbar sein, unabhängig nachgeprüft werden können und veröffentlicht werden. (...)

Bei der Festlegung der Kriterien für die Beurteilung der Bedeutung der Umweltaspekte einer Organisation kann u. a. Folgendes berücksichtigt werden:

a)

Informationen über den Zustand der Umwelt, um festzustellen, welche Tätigkeiten, Produkte und Dienstleistungen der Organisation Umweltauswirkungen haben können;

b)

die vorhandenen Daten der Organisation über den Material- und Energieeinsatz, Ableitungen, Abfälle und Emissionen im Hinblick auf das damit verbundene Umweltrisiko“. (EV09:23; Seq. 27)

„Bei der Festlegung der Kriterien für die Beurteilung der Bedeutung der Umweltaspekte einer Organisation kann u. a. Folgendes berücksichtigt werden: (...) Standpunkte der interessierten Kreise; (...) Tätigkeiten der Organisation mit den signifikantesten Umweltkosten und Umweltnutzen.“ (EV09: 23; Seq. 28)

„Die Organisation sollte anerkennen, dass die aktive Einbeziehung ihrer Mitarbeiter treibende Kraft und Vorbedingung für kontinuierliche und erfolgreiche Umweltverbesserungen sowie eine der Hauptressourcen für die Verbesserung der Umweltleistung und der richtige Weg zur erfolgreichen Verankerung des Umweltmanagement- und -betriebsprüfungssystems in der Organisation ist. (...) Der Begriff „Mitarbeiterbeteiligung“ umfasst sowohl die Einbeziehung als auch die Information der einzelnen Mitarbeiter der Organisation und ihrer Vertreter. Daher sollte auf allen Ebenen ein System der Mitarbeiterbeteiligung vorgesehen werden.“ (EV09:27; Seq. 29)

„Die Organisationen müssen nachweisen können, dass sie mit der Öffentlichkeit und anderen interessierten Kreisen, einschließlich Lokalgemeinschaften und Kunden, über die Umweltauswirkungen ihrer Tätigkeiten, Produkte und Dienstleistungen in offenem Dialog stehen, um die Belange der Öffentlichkeit und anderer interessierter Kreise in Erfahrung zu bringen. (...)

Offenheit, Transparenz und regelmäßige Bereitstellung von Umweltinformationen sind Schlüsselfaktoren, durch die sich EMAS von anderen Systemen abhebt. Diese Faktoren helfen der Organisation auch dabei, bei interessierten Kreisen Vertrauen aufzubauen.“ (EV09:28-29; Seq. 30)

„Kernindikatoren

a)

Kernindikatoren gelten für alle Arten von Organisationen. Sie betreffen die Umweltleistung in folgenden Schlüsselbereichen:

i)

Energieeffizienz,

Kommentar [Autor450]: In dieser Sequenz fällt auf, dass die *Kriterien*, „anhand dere[r] die Bedeutung der Umweltaspekte [...] beurteilt wird“, von den Organisationen selbst festgelegt werden (müssen). Die Organisationen bekommen auf Grundlage ihres Berichts also keine Vorgaben von außen, wie und anhand welcher Punkte der aktuelle Zustand verändert werden.

Thesen:

-Die Qualität von EMAS ist direkt von der Art der Initiative der Organisationen abhängig.

Kommentar [Autor451]: Die „Festlegung der Kriterien für die Beurteilung der Bedeutung der Umweltaspekte“ wird, wie schon in Seq. 27, als Möglichkeit der Organisationen interpretiert, ihre *Umweltaspekte* frei zu priorisieren. In diesem Kontext fallen die von EMAS als Ordnungs- bzw. Priorisierungsprinzipien vorgeschlagenen *Kriterien* auf, nämlich zum einen die Berücksichtigung der „Standpunkte interessierter Kreise“ und zum andern diejenigen „Tätigkeiten der

Kommentar [Autor452]: EMAS sieht eine umfassende Beteiligung der Mitarbeiter der teilnehmenden Organisationen vor. Die Mitarbeiter werden als „treibende Kraft und Vorbedingung für kontinuierliche und erfolgreiche Umweltverbesserungen“ und als „eine der Hauptressourcen für die Verbesserung der Umweltleistungen“ beschrieben. EMAS beinhaltet den Anspruch (nicht die Pflicht: „sollte“) eines integrativen Konzepts einerseits und schwächt mit dieser Betonung andererseits den Eindruck eines durch die Stärke der

Kommentar [Autor453]: EMAS richtet sich nicht nur auf die Organisation als geschlossenes System, sondern hat die Kommunikation mit der Öffentlichkeit zur Bedingung. Mehr noch, in Bezug auf ihre „Tätigkeiten, Produkte und Dienstleistungen“ ist es erklärtes Ziel, deren „Belange (...) in Erfahrung zu bringen“ und „Vertrauen aufzubauen“. Es muss also davon ausgegangen werden, dass die Interessen der *Umwelt* (im Sinne von Kerschbaummayr und Alber) von großer Relevanz für die EMAS-

ii)
Materialeffizienz,
iii)
Wasser,
iv)
Abfall,
v)
biologische Vielfalt und
vi)
Emissionen.“ (EV09:37; Seq. 31)

„Bereich biologische Vielfalt

— „Flächenverbrauch“, ausgedrückt in m² bebauter Fläche“ (EV09:38; Seq. 32 a)

„Mehr Klimaschutz

Der Schutz des Klimas ist eine der dringendsten Aufgaben unserer Zeit.

Ob es dabei um die Vermeidung von Treibhausgasen oder die Anpassung an den Klimawandel geht: EMAS-registrierte Organisationen sind gut gerüstet.“ (GGUE:2; Seq. 32 b)

„Sie erfassen und analysieren systematisch Daten zum Energieverbrauch und Emissionen. Dies ermöglicht auch Treibhausgasbilanzen einschließlich vor- und nachgelagerter Prozesse. Damit erschließen sich EMAS-Organisationen Einsparpotenziale, die ihre Treibhausgasemissionen und Kosten gleichermaßen senken. Über den kontinuierlichen Verbesserungsprozess steigern sie ihre Energieeffizienz und reduzieren ihren CO₂-Fußabdruck.“ (GGUE:2; Seq. 33)

„Mit EMAS legen Unternehmen und Organisationen ihren Grundstein zu Klimaneutralität und leisten wirksame Beiträge zum Klimaschutz.“ (GGUE:2; Seq. 34)

„Mehr Ressourceneffizienz

Der effiziente Einsatz von Rohstoffen und Energieträgern birgt Herausforderungen und Nutzen zu gleich.

Für viele Unternehmen ist die dauerhafte Senkung der Kosten für Ressourcen ein wichtiger Aspekt, an EMAS teilzunehmen.

Ihre Erfahrungen zeigen, dass das Umweltmanagement – strategisch umgesetzt – insbesondere bei Abfall, Energie und Wasser die Kosten deutlich mindern und die Ressourceneffizienz verbessern kann. Daher berücksichtigt die Bundesregierung im Deutschen Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess) EMAS als besonders geeignetes Werkzeug für das betriebliche Ressourcenmanagement. EMAS ist ein effektives System für den schonenden Umgang mit Ressourcen.“ (GGUE:3; Seq. 35)

Kommentar [Autor454]: EMAS gibt hier obligatorische Kernindikatoren an, die ein Minimum an Bereichen festsetzt, das für die Umwattleistungen aller Organisationen verbindlich ist. Besonders auffällig sind die Punkte „Energieeffizienz“ und „Materialeffizienz“: Es geht lediglich um die *Effizienz* von Material und Energie, nicht um deren Art/Beschaffenheit. Es wäre also in der Logik der hier angelegten ...

Kommentar [Autor455]: Diese Operationalisierung kann als *ökonomisch* motiviert gedeutet werden oder zumindest nicht als rein *ökologisch*. Anstatt beispielsweise auf qualitative Aspekte der *Fläche* einzugehen, beispielsweise regionale Spezifika, wie besondere Tier- oder Pflanzenvorkommen, wird hier *Biologische Vielfalt* über einen rein ...

Kommentar [Autor456]: Interessant ist in dieser Sequenz ist vor allem die Diskrepanz zwischen der Feststellung einer Handlungsnotwendigkeit am Anfang („...ist eine der dringendsten Aufgaben...“), die ein handelndes Subjekt erwarten lässt und der *dreierlei passiven* Formulierung in Bezug auf EMAS-registrierte Organisationen: diese „sind gut ...

Kommentar [Autor457]: EMAS beinhaltet eine systematische Analyse von Energieverbrauch und Emissionen als obligatorischen Bestandteil. Hier wird ausgesagt, dass diese Analysen für eine Senkung der „Treibhausgasemissionen und der Kosten“ ermöglichen. Der ökologische Vorteil verläuft also entlang des ...

Kommentar [Autor458]: Bemerkens wert: Auf EMAS aufbauend *kann* Klimaneutralität erreicht werden: An dieser Stelle könnte auch die Aussage stehen, dass EMAS, richtig implementiert, zu Klimaneutralität *führt*. Da EMAS aber nur den *Grundstein* bildet, muss von den ...

Kommentar [Autor459]: Hier fällt auf, dass EMAS (die Steigerung von) „Ressourceneffizienz“ gleichsetzt mit einem „schonenden Umgang mit Ressourcen“ und somit den Prozess mit dem Objekt des Prozesses. **These:** EMAS ist ein rein prozessorientiertes Instrument, dass in der Lage ist, jedes „Objekt“, jede Organisation in diese ...

„Die umweltrechtlichen Anforderungen an Unternehmen steigen stetig. Unabhängige Umweltgutachterinnen und Umweltgutachter prüfen intensiv, ob sich ein Betrieb rechtskonform verhält. Für EMAS-Teilnehmende bedeutet dies eine erhöhte Rechtssicherheit und ein geringeres Haftungsrisiko.

Bund und Länder honorieren das: Sie räumen registrierten Organisationen Erleichterungen beim Vollzug von Umweltvorschriften ein – einschließlich finanzieller Vorteile. EMAS bestätigt, dass die Umweltvorschriften eingehalten werden.“ (GGUE:4; Seq. 36)

„Ob öffentliche Hand oder Privatwirtschaft: Fragen zum betrieblichen Umweltmanagement sind heute bei Ausschreibungen oder in der Bewertung der Lieferkette an der Tagesordnung. Registrierte EMAS-Unternehmen haben den deutlichen Vorteil, dass sie einen glaubwürdigen Nachweis ihres Engagements vorlegen können. Das Vergaberecht hat die Möglichkeiten für Verwaltungen verbessert, bei Ausschreibungen ökologische Aspekte zu berücksichtigen. Auch internationale Konzerne haben mitunter viele Umweltauflagen zu erfüllen, die sie bei ihrer Zulieferkette vermehrt einfordern. Für registrierte EMAS-Organisationen kann der Nachweis einer EMAS-Registrierung hier Zusatzkosten für Gutachten ersetzen, und das Risiko einer „umweltbezogenen Nichteignung“ ausschließen. Da die internationale Umweltmanagementnorm ISO 14001 Bestandteil von EMAS ist, erfüllen Organisationen automatisch auch diese Anforderungen und gehen darüber hinaus.“ (GGUE:5; Seq. 37)

„Der Erfolg eines Unternehmens hängt ebenso wie die Verankerung des Umweltschutzes entscheidend von den Beschäftigten ab. EMAS unterstützt die Mitarbeiterbeteiligung in hohem Maße und fördert damit Entscheidungsstrukturen und Verbesserungsprozesse.

Werden die Beschäftigten eingebunden und motiviert, stärkt das auch die Identifikation mit dem Unternehmen und schafft eine positive Arbeitsatmosphäre. In vielen EMAS-Betrieben ist Umweltschutz deshalb auch Teil des betrieblichen Vorschlagswesens geworden. EMAS macht Mitarbeiterbeteiligung zum Baustein eines modernen Managements und zur Grundlage des langfristigen Unternehmenserfolgs.“ (GGUE:5; Seq. 38)

„Vertrauen ist das wichtigste Kapital für Unternehmen und sonstige Organisationen. Dass EMAS-Organisationen sich kontinuierlich für die Verbesserung der Umwelt einsetzen, dokumentieren sie in einer Umwelterklärung, die öffentlich einsehbar ist. Mit dieser Umwelterklärung und der Überprüfung der darin enthaltenen Aussagen und Daten durch unabhängige, staatlich geprüfte Umweltgutachter/innen schafft EMAS größtmögliche Glaubwürdigkeit. Alle anerkannten EMAS-Organisationen können dafür das EMAS-Logo zur Vermarktung ihres Umweltengagements nutzen. EMAS - das Managementsystem mit dem nachweislich größten Nutzen für die Umwelt. (GGUE:6; Seq. 39)

Kommentar [Autor460]: These:
Die einzige von EMAS konkret etablierte Basis in Bezug auf Umwelt sind die Umweltvorschriften.

Bemerkenswert:
Die nachweisbare Einhaltung der Umweltvorschriften wird als *belohnenswert* aufgefasst, sodass EMAS-Organisationen die Einhaltung des rechtlichen Standards finanziell vergütet bekommen bzw. sogar durch eine geringere Strenge (Interpretation der „Erleichterungen beim Vollzug“) belohnt werden.

Kommentar [Autor461]: Durch EMAS sollen die Marktchancen der Organisationen verbessert werden, ihnen sogar einen Marktvorteil verschaffen. Hier spiegelt sich die weiter oben formulierte These wieder, dass EMAS ein Instrument ist, dass innerhalb einer Marktlogik wirkt, genauer, dass es sich über die Mechanismen von Angebot und Nachfrage anbietet – hier wird ausgesagt, dass von Organisationen zunehmend Umweltleistungen verlangt werden (Nachfrage), die mit der Teilnahme an EMAS erfüllt werden (Angebot).

Kommentar [Autor462]: In dieser Sequenz zeigt sich wieder das Motiv der ökonomisch-ökologischen Kopplung. Der Faktor der *Mitarbeiterbeteiligung*, als notwendiger Bestandteil von EMAS, wird durch den Verweis auf sein ökonomisches Erfolgspotenzial eingeführt.

These:
EMAS bindet die Forderungen, die es als Umweltmanagement stellt, stets an ein ökonomisches Erfolgsversprechen.

Kommentar [Autor463]: In dieser Sequenz wird eine größere Perspektive eingenommen, es geht nicht um die Organisation an sich, sondern um die Organisation auf dem Markt.

These:
EMAS beinhaltet immer die Perspektive auf die Systemumgebung, mehr noch, sie konstituiert den Wert ihrer Wirkung durch die Systemumgebung, die *Umwelt* im Sinne von Kerschbaummayr und Alber. Dies zeigt sich an den in dieser Sequenz hoch eingestuften Wert de

„EMAS bietet eine Methodik im Umweltbereich, um systematisch Auswirkungen des eigenen Geschäftsfeldes zu erfassen und zu steuern. Dieser Ansatz ist auf allen Ebenen erweiterbar, z.B. um Themen unternehmerischer Verantwortung und Nachhaltigkeit. Damit fällt der Einstieg in das Nachhaltigkeitsmanagement leicht. EMAS - Baustein zu einer nachhaltigen Unternehmensführung.“ (GGUE:7; Seq. 40)

„Extremwetterereignisse, Preisschwankungen an Rohstoffmärkten, politische Instabilitäten in Lieferländern, steigender Regulierungsdruck, eine zunehmend kritische Öffentlichkeit sowie begrenzte personelle und technologische Kapazitäten innerhalb der Organisation sind Beispiele für strategisch relevante Themen, mit denen sich Organisationen auseinandersetzen müssen. Viele dieser Themen im Umfeld der Organisation, im Folgenden „Kontext“ genannt, haben auch Einfluss auf die Ausgestaltung und den Erfolg des Umweltmanagements. Aus diesem Grund müssen EMAS-Organisationen zukünftig ein Verständnis für ihren Kontext entwickeln und die Ergebnisse für die Planung, Umsetzung, Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung ihres Umweltmanagementsystems nutzen.“ (EN19: 4; Seq. 41)

„Die Analyse des Kontextes beinhaltet die Berücksichtigung der Umweltzustände sowie externer und interner Themen, die für die Organisation von Relevanz sind. (...) Werden diese einzeln betrachtet und z.B. in einer Sitzung gemeinsam diskutiert, können die relevanten Themen rasch identifiziert werden. Diese Themen bilden die Grundlage u.a. für die Bestimmung von Risiken und Chancen, die Bestimmung und Bewertung von Umweltaspekten und die Festlegung von Umweltzielen.“ (EN19: 4; Seq. 42)

„Vorteile für die Organisation

- Die Kenntnis des eigenen Umfelds und der damit verbundenen Chancen und Herausforderungen verbessern
- Neue Impulse für Ziele und Maßnahmen des Umweltmanagementsystems erhalten
- Neue Perspektiven für die strategische Ausrichtung des Unternehmens gewinnen“. (EN19: 4; Seq. 43)

„Worum geht es?

Zu dem Umfeld jeder Organisation gehören unter anderem die interessierten Parteien, auch Anspruchsgruppen oder Stakeholder genannt. Interessierte Parteien treten sowohl intern (z.B. Beschäftigte oder Dienstleister vor Ort) wie auch extern (z.B. Behörden oder Kunden und Kundinnen) auf. Sie haben Erwartungen und Erfordernisse in Bezug auf die Organisation, die auch die Umweltaspekte und -auswirkungen betreffen und gegebenenfalls in Risiken oder Chancen für die Organisation und das Umweltmanagementsystem münden. Deshalb sind die interessierten Parteien mit ihren Bedürfnissen im Rahmen des Umweltmanagements zu berücksichtigen. (...)

Kommentar [Autor464]: EMAS betrachtet sich als „Baustein zu einer nachhaltigen Unternehmensführung“ und nimmt damit *nicht* für sich in Anspruch, nachhaltig zu sein. EMAS sieht in seiner Herangehensweise ein Grundprinzip, das unter Einbeziehung oder Erweiterung bestimmter Punkte zum Nachhaltigkeitsmanagement wird.

Bemerkenswert:

EMAS betrachtet sich als *noch nicht nachhaltig* und nicht als *nicht nachhaltig*. Dies ist ein wichtiger Unterschied, weil sich **EMAS demnach in all seinen Prozessen und Implikationen bereits in den Bahnen eines fiktiven Nachhaltigkeitsbegriffs** bewegt.

Kommentar [Autor465]: Die in der dieser Sequenz angesprochene Handlungsnotwendigkeit resultiert aus durch ökologische („Extremwetterereignisse“) und soziale (politische Instabilitäten) Gründe bedingte Veränderungen, die ihre Relevanz aber lediglich dadurch erhalten, dass sie ökonomische Auswirkungen haben – sie werden für Unternehmen „strategisch relevant“, weshalb Organisationen diese als „Kontext“ bezeichneten Umstände in die Prozesse ihres

Kommentar [Autor466]: Der „Kontext“ erschließt sich über „Themen“, deren „Risiken und Chancen“ bestimmt werden sollen, auf deren Grundlage wiederum *Umweltaspekte bestimmt und bewertet* werden sollen und die dann wiederum zu der „Festlegung von Umweltzielen“ führt. Die ökonomische Bewertung hat in dieser Lesart* die Funktion einer Vorbedingung, denn von ihrem Ausgang hängt die Beschaffenheit der Umweltziele ab. Es wird also keine Relevanzstruktur auf

Kommentar [Autor467]: Dem *Kontext* wird in dieser Sequenz die Rolle zugeschrieben, als *Impulsgeber* für Unternehmen zu dienen. In diesem Sinne findet eine Selektion der relevanten Themen des Kontexts nach Kriterien ökonomischer Verwertbarkeit statt. Es gibt keine Hinweise auf eine obligatorische (Art der) Einbindung des *Kontexts* in das Umweltmanagement.

These:

EMAS lässt den Organisationen den *Freiraum*, mit dem vom Instrument

Wie ist die Herangehensweise?

Von der Organisation wird erwartet, dass sie die für ihr Umweltmanagement relevanten interessierten Parteien und deren bedeutsamen Erwartungen und Erfordernisse ermittelt. Im nächsten Schritt legt die Organisation fest, welchen Erwartungen und Erfordernissen sie (freiwillig) nachkommen möchte bzw. bereits nachkommt, z.B. im Rahmen einer Vertragsbeziehung, eines Code of Conduct oder einer freiwilligen Berichterstattung. Daraus ergeben sich dann – zusammen mit den geltenden Rechtsvorschriften – bindende Verpflichtungen, die im Umweltmanagementsystem berücksichtigt werden müssen und deren Einhaltung im Rahmen von Umweltbetriebsprüfung und Begutachtung durch die Umweltgutachter und Umweltgutachterinnen geprüft wird.“ (EN19: 6; Seq. 44)

„Was ist neu?

Der Dialog mit interessierten Parteien und die Einbindung der Beschäftigten waren auch bislang schon essentielle Bestandteile von EMAS. Neu ist die systematische Erfassung und Berücksichtigung der interessierten Parteien und ihren Erwartungen im Rahmen des Umweltmanagementsystems. Wenn eine Organisation darüber hinaus freiwillig eine Verpflichtung eingeht, um die Interessen und Erwartungen Dritter zu erfüllen, zählt die Vereinbarung zu den sog. bindenden Verpflichtungen“. (EN19: 6; Seq. 45)

„Worum geht es?

Die EMAS-Kernindikatoren bilden die Umweltleistung der Organisation in den Bereichen Energie, Material, Wasser, Abfall, Flächenverbrauch und Emissionen ab. Sie setzen sich zusammen aus einer Zahl A, welche die jährliche umweltbezogene Wirkung eines Bereichs widerspiegelt und einer Zahl B, die den Bezug zur Hauptaktivität der Organisation darstellt (Referenzwert). Die Kernindikatoren, welche die Umweltleistung der Organisation möglichst realistisch darstellen sollen, bilden sich dann über die Relation aus diesen beiden Zahlen:
$$\text{Kernindikator} = \text{Zahl A} / \text{Zahl B}$$

Was ist neu?

Der Referenzwert (Zahl B) wird nicht mehr vorgegeben, er kann von der Organisation unter Einhaltung von Kriterien selbst gewählt werden. Dabei müssen Organisationen u.a. die korrekte Beschreibung ihrer Umweltleistung und eine Vergleichbarkeit über einen längeren Zeitraum (mindestens 3 Jahre) sicherstellen.“ (EN19: 14; Seq. 46)

Kommentar [Autor468]: In der Ausgestaltung des Umweltmanagementsystems spielen die Stakeholder eine entscheidende Rolle, sie werden in Form von „Erwartungen und Erfordernissen“ sowohl In-, als auch Externer verpflichtend wahrgenommen und sollen in das Umweltmanagement auf freiwilliger Basis eingebunden werden.

Bemerkenswert:
Da der relevante Faktor der „Erwartungen und Erfordernisse“ der Interessensgruppen an sich kontingent ist und somit auch der Nachhaltigkeitsbegriff der EMAS-Verordnung vom Status quo abhängig ist, besteht die Konstanz des Nachhaltigkeitsprinzips von EMAS in seiner Empirie-/Marktgebundenheit, wobei diese hier ebenfalls innerhalb eines Spektrums einbezogen werden kann - unter Berücksichtigung der Umweltvorschriften.

Kommentar [Autor469]: Der Trend, der sich in dieser Neuerung andeutet, ist die Erschließung prozessorientierender Daten oder Kriterien über Gruppen, die außerhalb oder innerhalb der Organisationen liegen.

These:
EMAS hat die Tendenz, sich in seinen Prozessen immer stärker dem Markt anzupassen und in diesem Zuge immer weniger obligatorische Kriterien zu implementieren.

Kommentar [Autor470]: In dieser Sequenz bestätigt sich die in Seq. 45 angedeutete Tendenz von EMAS, die eigene Struktur zu deregulieren bzw. die Verantwortung, gelingende Faktoren zu implementieren verlagert: Die Berechnung der Kernindikatoren kann fortan durch die „Zahl B“ erfolgen, die von den Organisationen selbst bestimmt werden kann – Organisationen erhalten dadurch die Möglichkeit, die Darstellung ihrer Leistungsfähigkeit zu beeinflussen. Dieser Bereich war zuvor von EMAS durch die Maßgabe der „Zahl B“ weitestgehend determiniert.

2. Axiales Kodieren

Im Schritt des *axialen Kodierens* wurden die sich im Prozess des *offenen Kodierens* abzeichnenden Motive gesammelt, gruppiert und immer wieder in das *offene Kodieren* miteinbezogen. So verdichteten sich die während des *offenen Kodierens* gewonnenen Erkenntnisse zunehmend zu Kategorien, denen dann die zugehörigen Indikatorsequenzen zugeordnet wurden. Das *axiale Kodieren* erfolgte hier in zwei Schritten: Im ersten wurden die Codes in einem wechselseitigen Prozess aus Memo-Verschlagwortung und einer Reinterpretation der Sequenzen gewonnen. Im zweiten Schritt wurde das Ergebnis des ersten Schritts dann in eine grobe innere Logik von Über- und Unterordnungen gebracht und weiter präzisiert und ausdifferenziert.

2.1 Axiales Kodieren I – Verschlagwortung und Zuordnung

- **-Freiwilligkeit**
Seq.: 1, 3, 4, 16, 21, 27
- **Nachhaltigkeit**
Seq.: 2, (3), (5), 15, 22, 28
- **Netzwerk/Partnerschaft/Zusammenarbeit**
Seq.: 3, 7, 12, 15, 20, 25, 28
- **Erfüllung der Umweltziele/-vorschriften**
Seq.: 3, 10, 11, 16
- **Marktlogisches Instrument/ Aushandlungssachen**
Seq.: 3, 4, 6, 7, 23, 26, 27, 37, 39, 45, 46
- **Indirekte Handlung/ Variable Anforderungen**
Seq.: 3, 4, 5, 6, (10), 12, 13, 16, 18, 24, 26, 27, 29, 30, 32a, 32b, 34
- **Optimierung/ Effektivitätssteigerung/ Reduktion/ ökonomische Logik**
Seq.: 5, 7, 21, 28, 31, 32a, 33, 35, 38, 41
- **Vorteile durch EMAS**
Seq.: 7, 20, 21, 35, 37, 38
- **Umweltauswirkungen können aus Null reduziert werden**
Seq.: 8, (31)
- **Konstitutives Vertrauensverhältnis/ kontrollfreier Raum**
Seq.: 9, 27, 31

- **Glaubwürdigkeit**
Seq.: 10, 14, 37
- **Öffentlicher Raum/Öffentlichkeit**
Seq.: 11, 12, 15, 20, 23, 28, 30, 44
- **Prozesshafter Nachhaltigkeitsbegriff**
Seq.: 12, 35, 40
- **Leistung/ Verantwortung des Unternehmens**
Seq.: 16, 17, 19, 22, 28, 33
- **Arbeiter und Angestellte**
Seq.: 21, 29, 38
- **Konstitutive Leerstelle Umwelt**
Seq.: 24, 26, 41
- **Innere und äußere Dimension**
Seq.: 25, 27
- **Ökologisch-ökonomische Kopplung**
Seq.: 38

2.2 Axiales Kodieren II - Beschreibung und Hierarchisierung

Die Sequenzen, die im zweiten Schritt des *axialen Kodierens* besonders aussagekräftig erschienen, bzw. den Kode auf besondere Art und Weise repräsentieren, wurden dabei durch eine „fette Schrift“ (=stark) leicht und durch eine zusätzliche Unterstreichung (=sehr stark) stark hervorgehoben.

2.2.1 Kodebeschreibungen

1. **Motiv der Freiheit und Freiwilligkeit:** Alle Kodes, die das Motiv der Freiwilligkeit und der Freiheit in den Maßnahmen und Anforderungen behandeln, die an Unternehmen und Organisationen gestellt werden.
 - 1.1 **Freiwillige Teilnahme:** Alle Sequenzen, die die freiwillige Teilnahme der Unternehmen und Organisationen hervorheben.
 - 1.2 **Variable Anforderungen/INDIREKTE WIRKUNG:** Alle Sequenzen, in denen Anforderungen, Ansprüche und Pflichten ihre Wirkung, bezogen auf das Wirkungsobjekt, nur indirekt oder von den Unternehmen und Organisationen selbst auslegbar entfalten.

- 1.3 **Eigenverantwortung/Eigenleistungen des Unternehmens:** Alle Sequenzen, in denen die Verantwortung für die Entfaltung einer Wirkung nicht EMAS inhärent ist, sondern der Eigenverantwortung und Eigenleistung der Unternehmen und Organisationen unterliegt.
2. **Außendimension:** Alle Kodes, die die Außendimension von EMAS behandeln. EMAS vollzieht seine Wirkung nicht isoliert, sondern in Wechselwirkung mit spezifischen äußeren Akteuren. Die hier versammelten Kodes beziehen sich auf die Akteure, die EMAS miteinbezieht sowie das Verhältnis, das EMAS zwischen den Akteuren und den EMAS-teilnehmenden Unternehmen und Organisationen vorsieht.
 - 2.1 **Einbezug der Öffentlichkeit:** Alle Sequenzen, die hauptsächlich nicht-unternehmerische Akteure und Beziehungen behandeln.
 - 2.1.1 **Gemeinschaft:** Alle Sequenzen, in denen auf eine Gemeinschaft oder etwas Gemeinschaftliches verwiesen wird.
 - 2.1.2 **Öffentlichkeit als positiver Spiegel des Unternehmensimages:** Alle Sequenzen, in denen die Öffentlichkeit als Bestätigung eines positiven Images der EMAS-Teilnehmer erwähnt wird.
 - 2.1.3 **Öffentlichkeit als Inspirations- und als Kontrollinstanz:** Alle Sequenzen, in denen die Öffentlichkeit zur „Inspirationsquelle“ für die konkrete inhaltliche Ausgestaltung von EMAS wird und zwar direkt, in Form einer Übernahme von äußeren Inhalten, oder indirekt, durch eine, äußerlich verursachte, vorgenommene Veränderung der bestehenden Inhalte.
 - 2.2 **Glaubwürdigkeit:** Alle Sequenzen, in denen der Wert der Glaubwürdigkeit behandelt wird.
 - 2.3 **Netzwerk/ Partnerschaft/ Zusammenarbeit:** Alle Sequenzen in denen Beziehungen zu anderen Unternehmen oder Organisationen thematisiert werden, sowie die Art der Beziehung.
3. **Innendimension:** Alle Kodes die auf die Innenperspektive des Unternehmens oder der Organisation gerichtet sind.
 - 3.1 **Rolle der Arbeiter und Angestellten:** Alle Sequenzen, die die Rolle der Arbeiter und Angestellten EMAS-teilnehmender Betriebe behandeln.
4. **Tatsächliche Pflichten des Unternehmens:** Alle Kodes zu tatsächlichen Pflichten und verpflichtenden Inhalten, die EMAS den Organisationen und Unternehmen aufoktroiert.
 - 4.1 **Erfüllung der Umweltvorschriften:** Alle Sequenzen, die die Erfüllung der Umweltvorschriften behandeln.
 - 4.2 **Berichtspflicht:** Alle Sequenzen, die die Berichtspflicht behandeln.
 - 4.3 **Verfolgung selbst gesetzter Ziele:** Alle Sequenzen, in denen ausgedrückt wird, dass sich die Unternehmen ihre Ziele selbst setzen und diese verfolgen müssen.
 - 4.4 **Objektive externe Überprüfung/Umweltbetriebsprüfung:** Alle Sequenzen, die eine objektive externe Prüfung thematisieren.
 - 4.5 **Verbesserungspflicht:** Alle Sequenzen, in denen das abstrakte Prinzip der Verbesserungspflicht angesprochen wird.
 - 4.6 **Austauschs-/Kommunikationspflicht:** Alle Sequenzen, in denen eine Austauschs- und Kommunikationspflicht mit äußeren Akteuren auftaucht.

Kommentar [Autor471]: Wie eigentlich bei allen Kodes wurde hier nicht das Ziel einer inhaltlich vollständigen Deskription verfolgt, sondern eher Wert darauf gelegt, besonders inhaltlich interessante oder theoretisch relevante Punkte herauszugreifen.

5. **Vorteile der Unternehmen durch EMAS:** Alle Kodes, die Vorteile von EMAS thematisieren.
 - 5.1 **Image:** Alle Sequenzen, die das Image von EMAS behandeln.
 - 5.2 **Kosteneinsparungen:** Alle Sequenzen, in denen Kosteneinsparungen thematisiert werden.
 - 5.3 **Reduktion behördlicher Kontrollen:** Alle Sequenzen, die die Reduktion behördlicher Kontrollen als einen Vorteil von EMAS thematisieren.
 - 5.4 **Rechtssicherheit:** Alle Sequenzen, in denen Rechtssicherheit durch EMAS betont wird.
6. **Umwelt:** Alle Kodes, die einen Umweltbegriff spezifizieren.
 - 6.1 **Umwelt als Ökologische Umwelt:** Alle Sequenzen, in denen sich dem Umwelt-Begriff als ökologischer Begriff genähert wird.
 - 6.2 **Ökologisch-Ökonomische Kopplung:** Alle Sequenzen, in denen sich dem Umwelt-Begriff durch die Kopplung ökonomischer und ökologischer Zugänge genähert wird.
 - 6.3 **Umwelt als (konstitutive Leerstelle):** Alle Sequenzen, in denen der Umwelt-Begriff einen zentralen Stellenwert einnimmt, aber undefiniert bleibt bzw. nur uneindeutig spezifiziert wird.
7. **Nachhaltigkeit:** Alle Kodes und Sequenzen, in denen vom Signifikanten „Nachhaltigkeit“ geschrieben wird.
 - 7.1 **Nachhaltige Entwicklung:** Alle Sequenzen, in denen der Signifikant „nachhaltige Entwicklung“ eine Rolle spielt.
 - 7.2 **Nachhaltiges Wachstum:** Alle Sequenzen, in denen von nachhaltigem Wachstum die Rede ist.
8. **Allgemein ökonomische Dimension von EMAS:** Alle Kodes, in denen EMAS eine ökonomische Logik inhärent ist.
 - 8.1 **Optimierungs-/Verbesserungsmotiv und Effektivitätssteigerung:** Alle Sequenzen, in denen ein Optimierungsmotiv im weitesten Sinne, auftaucht.
 - 8.2 **Minimierungs-/ Minimalprinzips-Motiv:** Alle Sequenzen, in denen das Minimierungsprinzip thematisch wird.
 - 8.3 **Steigerungsmotiv:** Alle Sequenzen, in denen ein quantitatives Steigerungsmotiv auftaucht, in denen es also um Wachstum geht.
 - 8.4 **Prinzip von Angebot und Nachfrage/ Aushandlung:** Alle Sequenzen, in denen das Marktprinzip von Angebot und Nachfrage auftaucht.

2.2.2 Kodes mit Zuordnungen

1. Motiv der Freiheit und Freiwilligkeit
 - 1.1 Freiwillige Teilnahme (1, 3, 4, 7, 44, 45, 46)
 - 1.2 Variable Anforderungen/INDIREKTE WIRKUNG (2, 3, 4, 5, 6, 8, 15, **16**, 17, 18, **24**, **26**, 27, 28, 32, 33, (34), 40, 41, **42**, 43, 44, 46)
 - 1.3 Eigenverantwortung/Eigenleistungen des Unternehmens (3, 16, 24, 26, 27, 28, 40, 44, 46)

- 2. Außendimension
 - 2.1 Einbezug der Öffentlichkeit
 - 2.1.1 Gemeinschaft (1, 2, 8, 27, 30)
 - 2.1.2 Öffentlichkeit als positiver Spiegel des Unternehmensimages (7, 19)
 - 2.1.3 Öffentlichkeit als Inspirations- und somit als Kontrollinstanz (11, 14, 15, 27, **30**, 41)
 - 2.2 Glaubwürdigkeit (10, 14, 30, 37, 39)
 - 2.3 Netzwerk/ Partnerschaft/ Zusammenarbeit (2, 20, (24), 25, **28**, **30**, 37, 44, **45**)
- 3. Innendimension
 - 3.1 Der Stellenwert der Arbeiter und Angestellten (15, 21, 29, 38)
- 4. Tatsächliche Pflichten des Unternehmens
 - 4.1 Erfüllung der Umweltvorschriften (10, 11, 16, 27, 36, 37, 39, 44)
 - 4.2 Berichtspflicht (3, 11, 12, 15, 30, 39)
 - 4.3 Verfolgung selbst gesetzter Ziele (16, (17))
 - 4.4 Objektive externe Überprüfung/Umweltbetriebsprüfung (1, 14, 18, 22, 36, 39)
 - 4.5 Verbesserungspflicht (21), 33)
 - 4.6 Austauschs-/Kommunikationspflicht (**30**, 39)
- 5. Vorteile der Unternehmen durch EMAS
 - 5.1 Image (7, **19**)
 - 5.2 Kosteneinsparungen (7, 36)
 - 5.3 Reduktion behördlicher Kontrollen (7)
 - 5.4 Rechtssicherheit (36)
- 6. Umwelt
 - 6.1 Umwelt als Ökologische Umwelt (**24**, 27, 30, 33, **34**, 37)
 - 6.2 Ökologisch-Ökonomische Kopplung (25, 26, **27**, **28**, 32, 33, 35, 36, **40**, **41**, **44**)
 - 6.3 Umwelt als (konstitutive Leerstelle) (6, 13, 16, **17**, 21, 24, 25, 28, 39)
- 7. Nachhaltigkeit (5, 15, 40)
 - 7.1 Nachhaltige Entwicklung (3, 22)
 - 7.2 Nachhaltiges Wachstum (2)
- 8. Allgemein ökonomische Dimension von EMAS

- 8.1 Optimierungs- /Verbesserungsmotiv und Effektivitätssteigerung (3, 4, 5, 6, 10, 14, 15, 16, 21, 28, 31, 33, 35, 38, 43)
- 8.2 Minimierungs-/Minimalprinzips-Motiv (5, 7, 9, 20, 33, 35, 37, 46)
- 8.3 Steigerungsmotiv (3, 4, 6, 8, 20, 33, 36)
- 8.4 Prinzip von Angebot und Nachfrage/Aushandlung (4, 6, 7, 10, **11, 12, 15, 23, 28, 30**, 33, 35, **37, 41, 44, 45**)

3. Selektives Kodieren

Nachdem die Inhalte sowohl unter Berücksichtigung der Ergebnisse des *offenen Kodierens* als auch der Textbasis (direkt) strukturiert wurden, werden die entstandenen Kategorien nun erneut unter Berücksichtigung der vor allem während des *offenen*, teilweise auch während des *axialen Kodieren* entstandenen Theorieansätze neu geordnet und aus der Perspektive eines größeren Theoriezusammenhangs zu einander in Beziehung gesetzt.

1. Leitthese: EMAS ist ein marktlogisches Instrument: EMAS funktioniert nach einer Marktlogik, also nach den Prinzipien von Angebot und Nachfrage. An diesen Mechanismus werden die in EMAS selbst fehlenden, also natürlich variablen Inhalte weitergegeben

1.1 EMAS positioniert sich im Nachhaltigkeitsdiskurs als Teil der Tradition des praktisch-politischen Nachhaltigkeitsdiskurses, der „nachhaltigen Entwicklung“.

1.1.1 Nachhaltigkeit (5, 15, 40)

1.1.1.1 Nachhaltige Entwicklung (3, 22)

1.1.1.2 Nachhaltiges Wachstum (2)

1.2 EMAS setzt keine verpflichtenden, konkreten Ansprüche jenseits der Gesetzespflichten im Bereich der Umwelt und erfüllt seinen Anspruch dadurch nur indirekt.

1.2.1 Motiv der Freiheit und Freiwilligkeit

1.2.1.1 Freiwillige Teilnahme (1, 3, 4, 7, 44, 45, 46)

1.2.1.2 Variable Anforderungen/INDIREKTE WIRKUNG (2, 3, 4, 5, 6, 8, 15, 16, 17, 18, 24, 26, 27, 28, 32, 33, (34), 40, 41, 42, 43, 44, 46)

1.2.1.3 Eigenverantwortung/Eigenleistungen des Unternehmens (3, 16, 24, 26, 27, 28, 40, 44, 46)

1.2.2 Tatsächliche Pflichten des Unternehmens

1.2.2.1 Erfüllung der Umweltvorschriften (10, 11, 16, 27, 36, 37, 39, 44)

1.2.2.2 Berichtspflicht (3, 11, 12, 15, 30, 39)

1.2.2.3 Verfolgung selbst gesetzter Ziele (16, (17))

1.2.2.4 Objektive externe Überprüfung/Umweltbetriebsprüfung (1, 14, 18, 22, 36, 39)

1.2.2.5 Verbesserungspflicht ((21), 33)

1.2.2.6 Austauschs-/Kommunikationspflicht (30, 39)

1.3 *EMAS als Instrument externalisiert Verantwortung bzw. den Anspruch auf Wirksamkeit auf das teilnehmende Unternehmen/die teilnehmende Organisation, welche(s) als Konstrukt aus innerer und äußerer Dimension betrachtet wird.*

1.3.1 Innendimension

1.3.1.1 Der Stellenwert der Arbeiter und Angestellten (15, 21, 29, 38)

1.3.2 Außendimension

1.3.2.1 Einbezug der Öffentlichkeit

1.3.2.1.1 Gemeinschaft (1, 2, 8, 27, 30)

1.3.2.1.2 Öffentlichkeit als positiver Spiegel des Unternehmensimages (7, 19)

1.3.2.1.3 Öffentlichkeit als Inspirations- und somit als Kontrollinstanz (11, 14, 15, 27, 30, 41)

1.3.2.2 Glaubwürdigkeit (10, 14, 30, 37, 39)

1.3.2.3 Netzwerk/ Partnerschaft/ Zusammenarbeit (2, 20, (24), 25, 28, 30, 37, 44, 45)

1.4 *EMAS ist ein Instrument, das entlang ökonomischer Prinzipien wirkt und konzipiert ist.*

1.4.1 Vorteile der Unternehmen durch EMAS

1.4.1.1 Image (7, 19)

1.4.1.2 Kosteneinsparungen (7, 36)

1.4.1.3 Reduktion behördlicher Kontrollen (7)

1.4.1.4 Rechtssicherheit (36)

1.4.2 Allgemein ökonomische Dimension von EMAS

1.4.2.1 Optimierungs- /Verbesserungsmotiv und Effektivitätssteigerung (3, 4, 5, 6, 10, 14, 15, 16, 21, 28, 31, 33, 35, 38, 43)

1.4.2.2 Minimierungs-/ Minimalprinzips-Motiv (5, 7, 9, 20, 33, 35, 37, 46)

1.4.2.3 Steigerungsmotiv (3, 4, 6, 8, 20, 33, 36)

1.4.2.4 Prinzip von Angebot und Nachfrage/ Aushandlung (4, 6, 7, 10, 11, 12, 15, 23, 28, 30, 33, 35, 37, 41, 44, 45)

1.5 EMAS definiert „Umwelt“ nicht, sondern verwendet einen flexiblen Umweltbegriff, der sich aber teilweise in Richtung eines ökologisch-ökonomisch gekoppelten Umweltbegriffs spezifiziert – aus diesem Grund besteht der Umweltbegriff als „konstitutive Leerstelle“.

1.5.1 Umwelt

1.5.1.1 Umwelt als Ökologische Umwelt (24, 27, 30, 33, 34, 37)

1.5.1.2 Ökologisch-Ökonomische Kopplung (25, 26, 27, 28, 32, 33, 35, 36, 40, 41, 44)

1.5.1.3 Umwelt als (konstitutive Leerstelle) (6, 13, 16, 17, 21, 24, 25, 28, 39)

2. (Nebenthese: Das Konzept EMAS als solches funktioniert nach einer Marktlogik: Auf einer allgemeinen Ebene bewirbt es sich selbst, um sich möglichst weit zu verbreiten und nimmt dafür in Kauf, weniger strenge Anforderungen und Ansprüche zu stellen. EMAS entfaltet seine Wirkung über den ganzen Markt, es setzt nicht beim einzelnen Unternehmen/der Organisation als geschlossenes System an, sondern als Netzwerk.)

3. Folgethese: EMAS transportiert *keinen* Nachhaltigkeitsbegriff, sondern *erhebt* einen Nachhaltigkeitsbegriff in einer variablen Umwelt aus ökonomischer Perspektive.

Volltext aller Kommentare:

Kommentar 1: Auffällig in dieser Sequenz ist die Stelle der beiden Wörter „freiwillige Teilnahme“: Die *freiwillige Teilnahme* wird direkt nach der einleitenden, allgemeinen Dokumentbezeichnung genannt. Somit wird die Freiwilligkeit rein positionell ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Dass die Teilnahme an EMAS kein Zwang ist, sondern auf freiwilliger Basis erfolgt könnte auch an späterer Stelle angeführt werden. So aber steht alles Folgende im Zeichen der Freiwilligkeit. Dabei ist sowohl vorstellbar, dass Freiwilligkeit besonders strikte (es ist nicht obligatorisch, weil es aufgrund von Grund X oder Y nicht zumutbar wäre), aber auch besonders schwache Maßnahmen nach sich zieht (da man nichts machen *muss*, ist auch eine kleine Anstrengung schon hoch anzurechnen), aber auch, dass es weder in das eine noch in das andere Extrem ausschlagen muss. Unabhängig davon, welche Deutung sich an späterer Stelle im Material bestätigt: Es wird davon ausgegangen, dass die *Freiwilligkeit der Teilnahme* einen zentralen Stellenwert in EMAS einnimmt.

These:

Ein zentrales Element von EMAS ist die *Freiwilligkeit der Teilnahme*.

Kommentar [Autor472]: Die Unterpunkte dieser Nebenthese wären dieselben wie bei 1., weshalb hier auf eine erneute Darstellung verzichtet wird. Auch die Argumentation beruht auf demselben Ansatz, mit dem Unterschied, dass sich der Blick auf EMAS minimal verschiebt: Während 1. untersucht, wie sich die Wirkung auf Ebene der teilnehmenden Betriebe entfaltet, steht hier die größere Ebene „EMAS als Gesamtkonzept“ im Zentrum. Spezifischer lautet die hinter 2. befindliche These, dass EMAS der Versuch eines Kompromisses zwischen verpflichtendem Instrument mit Gesetzescharakter und dem Status quo auf dem freien Markt darstellt bzw. dem, was dort möglich ist, mit dem Ziel, durch eine wachsende Anzahl von teilnehmenden Betrieben die Bedingungen des Marktes zu verändern. Das Ziel, in den Markt einzugreifen und nicht, evtl. nicht bloß, einen spezifischen Inhalt zu transportieren/etablieren zeigt sich daran, dass EMAS ganz wesentlich auf die Außendimension der Teilnehmerbetriebe eingeht: Es geht um *Glaubwürdigkeit, Außenkommunikation, Berichtspflicht, branchenspezifische Umweltindikatoren* etc.

Kommentar [Autor473]: 3. ist eine Folgethese, denn dieser Punkt lässt sich nur indirekt aus dem Material ableiten: es ist die Interpretation der Interpretationen des Materials und gleichzeitig das Kernstück der Antwort auf die Forschungsfrage, die in den vorherigen Thesen angedeutet wurden.

Kommentar 2: EMAS wird in Verbindung mit der Förderung eines *nachhaltigen Wachstums* gesetzt. Auch wenn nicht gesagt wird, dass die Implementierung von EMAS mit einem nachhaltigen Wachstum gleichzusetzen ist, so wird die EMAS-Verordnung doch erlassen, *um* ein nachhaltiges Wachstum zu fördern. Nachhaltiges Wachstum zu fördern heißt mindestens, nichts Gegenteiliges zu tun – die „FOLGENDE VERORDNUNG“ bewegt sich diesem Anspruch nach im Rahmen des nachhaltigen Wachstums, genauer: Die EMAS-Verordnung steht in einer Linie mit dem Ziel der *Förderung* nachhaltigen Wachstums. Auch wenn hier nicht der Signifikant *Sustainable Development* gebraucht wird, stellt sich die EMAS-Verordnung mit dieser Formulierung doch in diese Tradition, denn wirtschaftliches Wachstum stellt in diesem Diskurs ein Kernziel zur Lösung des Nachhaltigkeitsproblems dar. Des Weiteren ist die Gegenposition zu diesem Diskurs die Unvereinbarkeit von Nachhaltigkeit und wirtschaftlichem Wachstum.

Bemerkenswert:

Die EMAS-Verordnung stellt sich in die Tradition des *Sustainable Development*, indem sie dem Ziel dient ein *nachhaltiges Wachstum* zu fördern.

Kommentar 3: Die Erfüllung der Umweltziele soll über eine bessere *Zusammenarbeit* und eine bessere *Partnerschaft* mit Unternehmen erfolgen.

Das Motiv der Freiwilligkeit aus **Seq. 1** taucht hier erneut auf. Die *freiwillige Verpflichtung* von Unternehmen hat den Stellenwert eines *strategischen Konzepts zur Erfüllung der Umweltziele des sechsten Umweltaktionsprogramms*. Dies hat die bemerkenswert **ambivalenten Implikationen**, dass den Unternehmen einerseits ein Teil der Verantwortung für einen problematischen Status quo der Umwelt zugeschrieben wird – wäre das nicht so, würde die Strategie zur Umsetzung der Umweltziele nicht eine Verhaltensänderung der Unternehmen beinhalten. Andererseits liegt die Lösung in der *freiwilligen* Teilnahme der Organisationen an EMAS und nicht etwa im Zwang.

Dies führt zu der weiteren Schlussfolgerung, dass EMAS ein Instrument ist, welches dazu in der Lage ist, die entsprechenden Umweltziele umzusetzen (denn Ziel ist eine steigende Zahl an EMAS-Teilnehmern erreichen). Allerdings ist der Aspekt, der hier als wesentlich hervorgehoben wird, dass durch EMAS „Organisationen dazu angeregt werden sollen, strenge und von unabhängiger Stelle überprüfte Berichte über Umwelt und nachhaltige Entwicklung zu veröffentlichen“. Nicht von Verhaltensänderungen ist hier nicht die Rede, sondern von der Veröffentlichung von Berichten.

These:

Nachhaltigkeit bei EMAS ist flexibel/ Aushandlungssache: EMAS entfaltet sich **über die äußere Dimension** (nicht [nur] innerhalb der inneren Dimension) und funktioniert als marktorientiertes Instrument, mehr noch, es hat eine marktlogische Natur.

Erklärung:

Diese Sequenz beginnt mit dem Umweltaktionsprogramm und endet mit freiwilligen Berichten der Organisationen als Strategie zur Erreichung der Umweltziele. Dass EMAS in einer Berichterstattung mündet lässt darauf schließen, dass sich die **Wirkung** des Instruments nicht systemintern sondern **wechselseitig entfaltet** (oder entfalten soll) – Berichte werden für ein Außen geschrieben, sie sollen *veröffentlicht* werden. Scheinbar wird sich von dem darin angelegten wechselseitigen Prozess (die Interaktion mit der Öffentlichkeit oder anderen Marktteilnehmern) das Potenzial erhofft, praktische Handlungen zu evozieren. Der Zwang wird externalisiert.

Kommentar 4: Die in **Seq. 3** aufgestellte These eines marktlogischen Aufbaus von EMAS bestätigt sich in dieser Sequenz: Die Anwendung soll gefördert werden, der Verwaltungsaufwand verringert – die Bedingungen des Instruments sind also variabel; die Anforderungen, die das Instrument stellt, dürfen verändert werden, ja, sie sollen es sogar, um die Ausschöpfung des vorhandenen *hohen Potenzials* voranzutreiben.

These:

Das Instrument lebt nicht von einem oder mehreren Prinzipien, die es unabdingbar implementieren muss, sondern von seiner marktlogischen Entfaltung – das System, als Angebot, passt sich der Nachfrage der Organisationen an.

Zudem fällt besonders die Formulierung des *unausgeschöpften Potenzials* auf. Diese Formulierung verweist auf einen erschließbaren Raum jenseits der Status quo, wobei unklar bleibt von wem er erschlossen werden kann oder sollte. Der marktlogischen Deutung folgend besteht der Freiraum in den Unternehmen, die noch nicht an EMAS teilnehmen. Hier bestätigt sich die These der *Freiwilligkeit* als zentrale Kategorie von EMAS – die Bedingung dafür, dass das Potenzial des Instruments ausgeschöpft wird, ist die *freiwillige Teilnahme* in **Seq. 1** der Unternehmen.

These:

Hinsichtlich des Gesamterfolgs von EMAS besteht ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis des Instruments von den Organisationen.

Kommentar 5: EMAS wirkt als *indirektes Instrument* – es unterstützt, es führt nicht herbei. Hier tritt ein Motiv des *Freiraums* auf, der zwischen der Unterstützungswirkung, die von EMAS ausgeht, und der tatsächlichen Wirkung, die im Kontext des *Aktionsplans für Nachhaltigkeit in Entwicklung und Produktion* steht.

Thesen:

EMAS Nachhaltigkeitsbegriff vollzieht sich als *passive Einwirkung* auf die drei Bereiche **Optimierung der Produktionsprozesse, Verringerung der Umweltauswirkungen und effektivere Ressourcennutzung**. Hier zu

Unterstreichen und im weiteren Kodierprozess zu suchen sind dabei die *Methoden* der **Optimierung**, der **Verringerung/Reduktion** und der **Effektivitätssteigerung**.

Kommentar 6: Hier bestätigt sich die in **Seq. 3** aufgestellte These, der *marktlogischen Wirkungsentfaltung* von EMAS mit der in **Seq. 4** vollzogenen Erweiterung des vermuteten *Abhängigkeitsverhältnisses in der Wirkung von den an EMAS teilnehmenden Organisationen*: Die *Gesamtwirkung* verbessert sich mit der steigenden Zahl der teilnehmenden Organisationen. Der Erfolg von EMAS ist mit dem gesamten System verknüpft: Auch wenn sich das Instrument auf *einzelne* Betriebe bezieht, wird der Erfolg von EMAS nicht, zumindest nicht nur am Einzelnen gemessen, sondern zeigt sich in der Betrachtung des Gesamtsystems (im Sinne des Marktes).

These:

Der Erfolg von EMAS zeigt sich vornehmlich in einer Gesamtschau (Markt). Die erfolgreiche Implementierung des Systems in ein einzelnes Unternehmen ist zweitrangig. Die Einzel- und die Gesamtperspektive sind auf komplexe Art miteinander verschränkt.

Interessant ist hier außerdem die Vergangenheitsform und auch die passive Art der Formulierung: EMAS „**hat sich** als wirksames **Instrument zur Förderung von Verbesserungen** der Umweltleistungen von Organisationen **erwiesen**“. Es wurde also bereits eine Wirkung durch EMAS erzielt, allerdings nicht durch EMAS direkt. Die Verbesserungen der Umweltleistungen der Organisationen sind nur indirekt auf EMAS zurückzuführen – es findet lediglich eine **Förderung** sich zu verbessern statt.

Außerdem wird gesagt, eine Erhöhung der EMAS-Organisationen führe zu einer „bessere[n] Gesamtwirkung in Bezug auf Verbesserung im **Umweltbereich**“. Hier fällt die Vagheit der beschriebenen Wirkbeziehungen (Gesamtwirkung bezogen auf Verbesserungen) und zum anderen das sehr vage Wort „Umweltbereich“, das genauso unklar bleibt, wie das Wort der „Umweltleistung“.

Hieraus ergeben sich folgende Fragen:

Was ist mit den indirekten Wirkungsobjekten von EMAS, den „Umweltleistungen“ und dem „Umweltbereich“ gemeint?

Auf welche Weise fördert EMAS Verbesserungen bzw. warum bleibt die Wirkbeziehung von EMAS indirekt?

Kommentar 7: Für Organisationen ist EMAS vorgesehener Weise deshalb attraktiv, weil es zu Kosteneinsparungen führt, Vorteile bei behördlichen Kontrollen verschafft (inwiefern bleibt unklar) und ihr Image verbessert. Diese Vorteile sind allerdings an die Bedingung geknüpft, dass eine Verbesserung des Niveaus der Umweltleistungen erreicht wird.

Bemerkenswert:

EMAS hat in seiner Wirkung eine **innerliche Dimension** – Organisationen sparen Kosten ein - und eine **äußerliche Dimension**. Letztere zeichnet sich dadurch aus, dass durch EMAS die Beziehungen der Organisation zu *ihrem Außen* verändert werden: Die Verbesserung des Images ist eine positive Veränderung der Wechselwirkung von Unternehmen und Öffentlichkeit (Markt), die durch EMAS ermöglicht wird.

Kommentar 8: In der Formulierung „Organisationen (...) deren Tätigkeiten Umweltauswirkungen haben“, wird nahegelegt, dass es auch möglich ist, dass es auch Organisationen gibt, deren Tätigkeiten **keine** Umweltauswirkungen haben. Dies ist aber unter Rückbezug auf im Forschungsstand präsentierte Ergebnisse ausgeschlossen – einer der dort genannten Befunde wies auf den Grundsatzkonflikt hin, dass die Logik von gewinnmaximierenden Unternehmen stets den, sogar steigenden Verbrauch von Ressourcen zur Folge hat.

These:

Eine Prämisse von EMAS ist, dass Tätigkeiten von Organisationen umweltunabhängig sein können.

Kommentar 9: Hier werden die Grenzen der Kontrolle offenbar: Eine EMAS-Zertifizierung gilt umfassend für alle Standorte, obwohl nicht alle das Zertifizierungsverfahren durchlaufen müssen. Es gibt also ein Missverhältnis: zwischen der Kontrolle, dem erfolgreichen Bestehen, und dem *als kontrolliert ausgewiesenen*.

These:

Es gibt ein für EMAS *konstitutives Vertrauensverhältnis* (zwischen den Organisationen und der Anlage der EMAS-Verordnung, repräsentiert durch den Umweltgutachterausschuss).

Erklärung: Der Vorteil für die Organisationen, nicht an jedem einzelnen Standort kontrolliert zu werden ist offenkundig. Sie müssen weniger Aufwand für EMAS betreiben, da nur sie nur eine bzw. verhältnismäßig weniger Prüfungen vorbereiten und dadurch weniger Leistungen erbringen müssen. Dass diesem „Weniger“ an Kontrolle von Seite der Organisationen nicht automatisch auch ein „Weniger“ an Leistung oder Anstrengung folgt, scheint die in EMAS angelegte Annahme zu sein. Auch für die Seite von EMAS bzw. die Seite der Umweltgutachter gibt es den Vorteil, dass sich der Kontrollaufwand reduziert.

Relevant ist aber nicht in erster Linie, dass sich der Aufwand reduziert, sondern, dass *unter dem Anschein eines erfolgreich vollzogenen Validierungsprozesses ein eigentlich **kontrollfreier Raum** existiert*. Diese Leerstelle im Prozess setzt Vertrauen voraus, das den Organisationen entgegengebracht wird.

Kommentar 10: **These:** „Glaubwürdigkeit“ ist ein für EMAS ein zentraler Wert.

Es überrascht, dass der Mechanismus, der für die Überprüfung der Einhaltung von Umweltvorschriften von EMAS-teilnehmenden Unternehmen eingesetzt wird, verbessert werden muss. Es stellt sich die Frage, warum dieser Mechanismus nicht unabhängig von EMAS erprobt und optimiert wird. Genauer: Warum wird die

Optimierung dieses Überprüfungsmechanismus von **Vorschriften** im Kontext eines **freiwilligen** Instruments verfolgt und gefordert?

Im Hinterkopf zu behaltende Thesen:

These 1:

Bezieht man die angestrebte Eigenschaft der *Glaubwürdigkeit* mit ein, sind mögliche Erklärungen, dass Umweltvorschriften im Allgemeinen, also unabhängig von EMAS, eher unzureichend kontrolliert werden und somit EMAS zu implementieren u. a. bedeutet, sich freiwillig der Prüfung des *offiziellen Umweltmindeststandards* zu stellen.

These 2:

Oder aber, dass EMAS bisher eine unzureichende Prüfung von Umweltvorschriften bedeutete und EMAS sozusagen in „voraussetzendem Vertrauen“, das Mindestmaß an Umweltvorschriften nur in abgeschwächter Form kontrollierte – ein Missstand, der „nun“ angegangen wird.

Kommentar 11: Der öffentliche Raum spielt eine große Rolle für EMAS, er bildet den dritten Punkt eines Beziehungsdreiecks, mit den teilnehmenden Organisationen und den kontrollierenden Gutachtern. Die Zertifizierung an sich reicht dabei als Kommunikation nicht aus. Der öffentliche Raum wird vielmehr durch transparente Berichte intensiv involviert.

These:

Die Öffentlichkeit bildet bei EMAS einen ebenbürtigen Beziehungspartner der Organisationen.

Kommentar 12: Im Zentrum dieser Sequenz steht der Signifikant der „wesentlichen Umweltbereiche“, die nicht weiter spezifiziert werden; somit wird die Frage aus **Seq. 6** nicht beantwortet. Es bleibt unklar, ob die wesentlichen Umweltbereiche von EMAS selbst definiert werden oder ob diese das Ergebnis einer brancheninternen Aushandlung oder Abwägung ist. Für eine Kompromiss der Deutungen spricht der restliche Teil der Sequenz:

Auf die *wesentlichen Umweltbereiche* gerichtet sind nämlich „allgemeine und branchenspezifische Leistungsindikatoren“, die über die Umweltleistung der Unternehmen Auskunft geben und sich speziell auf der Prozess- und Produktebene offenbaren.

These:

Die Wirkung von EMAS entfaltet sich entlang zweier Maßstäbe: dem *allgemeinen* und dem *branchenspezifischen* Maßstab. Ausschlaggebend für die Intensität der Wirkung, also den Erfolg, ist das Ergebnis im **Vergleich**, nicht etwa die Erfüllung allgemeiner Kriterien.

→ Der Nachhaltigkeitsbegriff von EMAS ist ein prozesshafter, variabler Nachhaltigkeitsbegriff

Kommentar 13: Umweltaspekte sind „branchenspezifisch“, also variabel.

Kommentar 14: Die These aus **Seq. 10**, dass die *Glaubwürdigkeit* einen essenziellen Stellenwert für EMAS einnimmt, bestätigt sich hier. Mehr noch: Es wird ausgesagt, dass eine *Notwendigkeit* besteht, ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit zu sichern.

These:

EMAS legitimiert sich eher durch *Glaubwürdigkeit*, als durch *konkrete*, wie auch immer geartete Erfolge.

Erklärung:

Auch, wenn es zunächst widersinnig erscheint, die Glaubwürdigkeit von konkreten Erfolgen trennen zu wollen, da ja nichts glaubwürdiger ist, als ein konkret nachweisbarer Wirkungserfolg, wird die in der These vorgenommene Trennung dann ersichtlich, wenn in der Sequenz argumentiert wird, dass Transparenz über die Umweltgutachter hergestellt wird. Hieraus ergibt sich die weitere Frage:

Wird Glaubwürdigkeit an anderer Stelle im Material in Beziehung zu konkret messbaren Ergebnissen gesetzt?

Folgerungsthese:

Wenn nicht: Es handelt sich bei EMAS um eine zirkuläre Argumentation – EMAS ist gut, weil es besonders gut und transparent überprüft wird.

Kommentar 15: Bemerkenswert:

- Emas ist ein Instrument für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch. Da Produktion und Verbrauch hier nicht weiter auf eine Gruppe eingeschränkt werden, gehe ich davon aus, dass von *allgemeiner Produktion* und, wesentlich interessanter, von *allgemeinem Verbrauch* gesprochen wird (als Zielobjekt des Instruments). Eine Deutung ist also, dass EMAS-zertifizierte Organisationen einen nachhaltigen Verbrauch, also auch Konsum ermöglichen und nachhaltig produzieren.
 - Für die Rekonstruktion des Nachhaltigkeitsbegriff bedeutet dies, dass er unter anderem über die von EMAS behandelten Bereiche der *Produktion* und des *Verbrauchs* erschließbar ist
 - Zudem wird hier wieder eine nach außen gerichtete Dimension aufgemacht, da imaginäre Dritte miteinbezogen werden

- Hier wird außerdem die Rolle der Mitarbeiter betont, die eine *aktive Rolle* bei EMAS spielen sollen und durch Schulungen dieser Rolle nähergebracht werden sollen

These:

EMAS entfaltet seine Wirkung über Integration der Mitarbeiter in das Umweltmanagement. Es ist ein *integratives und somit interaktives Konzept*. Dadurch entsteht die Vermutung, dass EMAS auf das *richtige Verhalten* der beteiligten Akteure angewiesen ist. Das setzt einen *Freiraum* voraus, den EMAS nur beeinflussen, durch die enthaltenen Bedingungen aber nicht determinieren kann – auch hier offenbart sich EMAS wieder als *indirektes Instrument*.

- Für EMAS ist der Einbezug der Öffentlichkeit obligatorisch, nicht etwa optional und wünschenswert. Dieser Einbezug findet über Kommunikation statt. Soll dadurch eine fehlende Verbindlichkeit kompensiert werden? Denn, wie bereits festgestellt wurde und wie auch in dieser Sequenz wieder deutlich wird, ist die *objektive Kontrolle* ein zentrales Wirkungselement des Systems selbst.

These:

EMAS externalisiert seine konkreten Verbindlichkeitsmaßnahmen, seine fehlende Sanktionsfähigkeit in Bezug auf konkrete Ziele an ein Außen bzw. an die Öffentlichkeit.

Kommentar 16: Interessant ist in dieser Sequenz besonders die Wortreihe „verbindlich dargelegte Absichten und Ausrichtungen“, da die Stärke, die „Verbindlichkeit“ der Wörter kontinuierlich abnimmt: Es sind nicht etwa die „verbindlich festgelegten Ziele“, sondern es handelt sich um *Absichten* und *Ausrichtungen*, die *dargelegt* werden, das aber verbindlich! Es entsteht der Eindruck, als versuche die EMAS-Verordnung, einen *Freiraum* für die Organisationen, aus welchem Grund auch immer, zu beschützen. Denn *Absichten* und *Ausrichtungen* können mit verschiedenartigen, variablen, aus einem gewissen Spektrum *frei* wählbaren Zielvorstellungen einhergehen – ganz anders als festgelegte Ziele, die gerade durch ihre Klarheit und Präzision charakterisiert sind. Die enthaltene Bedingung, die das mögliche Spektrum zur Gestaltung der *Umweltleistung* beschränkt, ist lediglich „die Einhaltung aller geltenden Umweltvorschriften“ und, dass diese kontinuierlich verbessert werden. Die tatsächlichen *Zielsetzungen* und *Maßnahmen* werden als weiterer Schritt angekündigt, der innerhalb dieses etablierten *Rahmens* der *Umweltpolitik* erfolgt.

Thesen:

- Es besteht ein für EMAS konstitutiver Freiraum der Organisationen.
- Die konkrete Zielsetzung von EMAS besteht in der Einhaltung der Umweltvorschriften.

Kommentar 17: Eine offengebliebene Frage aus **Seq. 6**, was im Kontext von EMAS mit dem Begriff „Umweltleistung“ gemeint ist, wird hier behandelt. Die *Umweltleistung* wird als *vom Management*

herbeigeführtes messbares Ergebnis der Umweltaspekte einer Organisation durch diese Organisation. Die Veränderungen müssen also dem Verhalten der Organisation entspringen.

Diese Präzision überrascht im Kontrast zur Vagheit in der Definition ihres Bezugspunktes, den *Umweltaspekten*. Als Umweltaspekt zeichnet dadurch aus das er als Teil eines Produkts, eine Tätigkeit oder Dienstleistung eine Auswirkung auf die Umwelt hat oder haben kann. Der Grundstein all dieser Ausführungen, nämlich die Definition von Umwelt bleibt offen. Es liegt somit, zumindest dieser Sequenz nach zu urteilen, bei den teilnehmenden Organisationen, eine *Definition von Umwelt* der zu geben.

These:

EMAS entfaltet seine Wirkung über die Wechselwirkung mit den teilnehmenden Organisationen: EMAS ist einerseits charakterisiert durch konkrete Prozesse, deren Gegenstand von den Organisationen bestimmt werden kann.

→ EMAS verfügt über keinen Umweltbegriff – dieser ist vielmehr eine konstitutive Leerstelle

Kommentar 18: Hier taucht erneut das Motiv der **Passivität** in der Wirkung von EMAS auf. Nicht das Ergebnis selbst wird bewertet, sondern es wird bewertet, *dass und wie* ein Ergebnis erzielt wird.

Kommentar 19: Die Ziele setzt sich die Organisation selbst, sie werden nicht oktroyiert.

Kommentar 20: Das EMAS-Logo soll einerseits als Marketing-Instrument für die Organisationen attraktiv werden, darf aber nicht auf Produkten oder ähnlichem verwendet werden. Hier findet einerseits eine Trennung des Unternehmens von seinen Produkten statt – das Unternehmen darf sich mit dem Logo auszeichnen, nicht aber das was hergestellt wird. Dies ist ein erneuter Hinweis auf den in EMAS integrierten Freiraum der Unternehmen, die das Objekt, die Umwelt, und die Intensität der lediglich als Verbesserung vorgeschriebenen Maßnahmen selbst bestimmen können (Verweis auf *innere Dimension* in **Seq. 7**). Andererseits wird hier eine Verbindung nach außen geschaffen – somit wird in der innerlichen, wie äußerlichen Dimension **Abstand zu den konkreten Umweltleistungen** genommen: dies äußert sich im Innen durch die Abgrenzung der Prozesse von den Produkten derart, dass EMAS die Produkte nur indirekt und unternehmensabhängig integriert und äußerlich, dass der Eindruck vermieden wird, die Produkte stünden für feste Kriterien.

Kommentar 21: Hier zeigt sich erneut der *Freiraum*, den die EMAS-Verordnung lässt und auf dem aufbauend sie ihre Wirkung entfaltet: Die EMAS-Verordnung greift auf die „Arbeiter und Angestellten“ der Organisation zurück – durch deren Einbindung wird sich eine *nutzenbringende Anwendung im Arbeitsumfeld* erhofft. Sie sollen miteinbezogen werden, wodurch ihnen indirekt *Verantwortung* übertragen wird.

Bemerkenswert:

- Auch hier bleibt unklar, was mit *Umweltkenntnissen* gemeint ist.
- Deutung in Bezug auf Nachhaltigkeit: EMAS bezieht hier die *soziale Dimension* von dreigeteilten politischen Nachhaltigkeitsbegriffs mit ein, indem sie auf die Arbeiterzufriedenheit wert legt.
- Das Wording ist hier stark ökonomisch geprägt: die Arbeiterzufriedenheit *wächst*, die Umweltkenntnisse können *nutzenbringend* angewandt werden.

Kommentar 22: Hier findet sich ein Hinweis auf konkrete Anforderungen, die an ein EMAS-Unternehmen als Zertifizierungsbedingung gestellt werden könnten, nämlich die „Umweltdimension der nachhaltigen Entwicklung“. Zumindest muss der Umweltgutachter auch in diesem Bereich Erfahrung, Qualifikationen und Expertise nachweisen. Allerdings bleibt offen, inwiefern die Kenntnisse auch praktisch benötigt werden, also eine Rolle bei dem zu implementierenden Umweltmanagementsystem auf Seiten der Organisationen spielen. Ebenfalls außen vor bleibt eine Erklärung, was genau die *Umweltdimension* der nachhaltigen Entwicklung ist – beispielsweise durch ein annäherndes Adjektiv wie „ökologisch“.

Bemerkenswert:

EMAS stellt sich in den Kontext des politischen Nachhaltigkeitsbegriff der *nachhaltigen Entwicklung*.

Kommentar 23: Es ist gewünscht, dass sich möglichst viele Organisationen an EMAS beteiligen – es soll von den Mitgliedsstaaten *in der Öffentlichkeit* beworben werden. Warum wird diese Energie nicht darauf konzentriert, gezielt nur Organisationen anzusprechen?

These:

EMAS entfaltet sich als marktlogisches Instrument und will deswegen die Nachfrage in der Öffentlichkeit nach EMAS-zertifizierten Unternehmen erhöhen, um so indirekt, und unter der Prämisse der Freiwilligkeit effektiver, die Organisationen über den Marktdruck zur Teilnahme an EMAS zu bewegen.

Kommentar 24: An dieser Stelle werden Beispiele für *direkte Umweltaspekte* gegeben und das Wirkungsobjekt *Umwelt* somit indirekt (über die *Umweltaspekte*) näher umschrieben. Es wird keine Definition von *Umwelt* gegeben, was aber in Anbetracht des weiter oben geprägten Begriffs der *branchenspezifischen Umweltaspekte* (Seq. 12,13) nicht verwundert, die dort offengebliebene Frage nach einer Definition von *allgemeinen Umweltaspekten* bleibt allerdings weiterhin offen wie stark erklärungsbedürftig.

Bemerkenswert:

Die Beispiele spezifizieren den *Umweltbegriff* in Richtung einer *ökologischen Umwelt*.

Kommentar 25: EMAS legt einen sehr umfassenden Begriff der *Umweltaspekte* an: Organisationen werden als Teil eines Netzwerks betrachtet, das in der Gänze seiner spezifischen Zusammenhänge mit der einzelnen Organisation miteinbezogen werden muss. Zusätzlich wird der Blick auf die Organisation als geschlossenes System gerichtet

Bemerkenswert:

- EMAS begreift die *Umwelt* über ein umfassendes Netzwerk, in das die einzelne Organisation eingelassen ist.
- EMAS hat eine nach innen und eine nach außen gerichtete Dimension, die in ihren Wirkungen beide in die *Umweltaspekte* einbezogen werden.

Kommentar 26: Hier fällt auf, dass die *Umweltaspekte* auf die Produkte bezogen werden, zum einen geht es um die *Zusammensetzung des Produktangebots* und zum anderen um Aspekte, die den *Lebenszyklus* des Produkts betreffen.

These:

EMAS bezieht Produkte in das Managementsystem mit ein.

Widerspruch: EMAS zeichnet keine Produkte aus.

Folgethese: EMAS bezieht einerseits Produkte in das Managementsystem ein, das aber lediglich in Form einer Behandlungsimplication, also als indirekten Hinweis auf Produkte im Sinne eines für EMAS relevanten Feldes (z.B. Lebensdauer), aber keines Handlungsimperativs. Die so entstehende Lücke kann, muss aber nicht von den die Organisationen geschlossen werden.

Bemerkenswert:

- Von den *indirekten Umweltaspekten* wird wiederum nur eine Idee gegeben, keine Definition. Die Annäherung erfolgt allerdings in viel abstrakterer Weise als bei den *direkten Umweltauswirkungen* in **Seq. 25**. Hier spiegelt sich eher die These von Kerschbaummayr und Alber wieder, dass Umwelt im Kontext von Umweltmanagement mit den „Anspruchsgruppen eines Unternehmens“ (Kerschbaummayr und Alber 1996, S. 296) gleichzusetzen sind, da die EMAS-teilnehmende Organisation darauf achten soll, „dass die Lieferanten und alle im Auftrag der Organisation Handelnden bei der Ausführung ihres Auftrags der Umweltpolitik der Organisation genügen“.
- Zudem fallen im letzten Absatz der Sequenz die mit zunehmender Detailliertheit des durchzuführenden Prozesses abnehmende Verbindlichkeit der von eingeforderten Handlungen, wodurch für die Organisationen diesbezüglich ein Ermessensspielraum entsteht: Die „Organisationen **müssen nachweisen können**, dass bedeutende Umweltaspekte im Zusammenhang mit ihren Beschaffungsverfahren ermittelt wurden“ (Herv. d. V.). Hier wird verpflichtend eine genaue Ermittlung des Status quo eingefordert, der im Bezug auf die Handlungskonsequenzen *zunehmend* abgeschwächt wird. So heißt es weiter: „[B]edeutende Umweltauswirkungen, die sich aus diesen Aspekten ergeben, **[müssen nachweislich]** im Managementsystem **berücksichtigt**“ (Herv. d. V.) **werden**. Schließlich „**sollte** [die Organisation] **bestrebt sein, dafür zu sorgen**, dass die Lieferanten und alle im Auftrag der Organisation Handelnden bei der Ausführung ihres Auftrags der Umweltpolitik der Organisation

genügen“ (Herv. d. V.). Diese letzte Formulierung, die sich von der *handlungsneutralen* Ermittlung des allgemeinen Organisationszustands entfernt, beinhaltet keinerlei Verpflichtung für die Organisationen, sondern definiert eine Erwartungshaltung, wie eine Organisation sich verhalten **sollte, nicht muss**. (Hinweis auf das Motiv des *konstitutiven Freiraums*)

→ **These:**

Die einzigen *konkreten Handlungen*, die für ein Umweltmanagement nach EMAS obligatorisch sind, ist die von dem Instrument angeleitete Erstellung eines Berichts über den Status quo der Umweltaspekte und -auswirkungen. Für die Gestaltung detaillierterer Handlungen gibt EMAS keine verbindlichen Werte an, sondern formuliert lediglich Erwartungen oder gibt eine Richtung vor.

Zuspitzung der These:

Je detaillierter, im Sinne von handlungs- und organisationsspezifischer der von EMAS behandelte Bereich wird, desto unverbindlicher und uneindeutiger werden die von EMAS formulierten Erwartungen.

Kommentar 27: In dieser Sequenz fällt auf, dass die *Kriterien*, „anhand dere[r] die Bedeutung der Umweltaspekte [...] beurteilt wird“, von den Organisationen selbst festgelegt werden (müssen). Die Organisationen bekommen auf Grundlage ihres Berichts also keine Vorgaben von außen, wie und anhand welcher Punkte der aktuelle Zustand verändert werden.

Thesen:

- Die Qualität von EMAS ist direkt von der Art der Initiative der Organisationen abhängig.
- Hier zeigt sich das Motiv der Freiwilligkeit von Organisationsseite wieder, das von EMAS, **aufgrund der dem Instrument zugrundeliegenden Interpretation der Interessensgleichheit von Organisationen und EMAS**, mit entgegengebrachtem Vertrauen (Organisationen dürfen selbst die Bewertungskriterien bestimmen) beantwortet wird.

Auffällig ist im zweiten Absatz der Sequenz zudem die abgeschwächte Formulierung, dass diese Kriterien den *gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften Rechnung tragen sollten*. Der in **Seq. 26** festgestellte Ermessensspielraum, den EMAS den Organisationen lässt, zeigt sich hier erneut und zwar derart, dass Organisationen hier durch selbstbestimmte *Kriterien* gewisse *Umweltaspekte* bewerten müssen – eine selbstständige Bewertung der *Umweltaspekte* bedeutet zwangsläufig eine Priorisierung:

Es ist den Organisationen somit *selbst* überlassen, zu beurteilen, welche Umweltauswirkungen *bedeutend* sind.

Thesenerweiterung:

In Rückbindung an die bereits weiter oben formulierte These wird hier erneut konstatiert, dass durch die Transparenz und die Öffentlichkeit die fehlende Kontrolle und Sanktionsmacht kompensiert wird und angemerkt, dass es sich hierbei um eine marktlogische Herangehensweise der Abwägung von Angebot und Nachfrage handelt.

An die tatsächlichen *Kriterien* wird sich, wie schon bei den *direkten* (Seq. 24) und *indirekten* (Seq. 26) *Umweltweltauswirkung*, nur angenähert, anstatt eine Definition zu geben. Eine Erklärung für die Definitionsscheu wäre, dass EMAS den Organisationen keine definitorische Einschränkung auferlegen will bzw., dass es keine allgemein branchenübergreifenden Kriterien *gibt*, die EMAS festlegen könnte. Die naheliegendere Vermutung ist allerdings, dass EMAS als *freiwilliges* und *eigenverantwortliches Instrument* den Organisationen in diesem Sinne den *Freiraum* einer marktbezogenen Abwägung überlässt, die aber hier bemerkenswerterweise *nicht verpflichtend im Sinne der Rechtsvorschriften vorgehen muss, sondern es nur sollte*. Die Annäherungen an ideale oder gängige *Kriterien* kann eher als eine Art „Nudging“ verstanden werden.

Bemerkenswert:

Die Annäherung an die *Kriterien* liefert in dieser Sequenz erneut den Eindruck eines *ökologischen* Verständnisses von *Umwelt*.

Kommentar 28: Die „Festlegung der Kriterien für die Beurteilung der Bedeutung der Umweltaspekte“ wird, wie schon in Seq. 27, als Möglichkeit der Organisationen interpretiert, ihre *Umweltaspekte* frei zu priorisieren. In diesem Kontext fallen die von EMAS als Ordnungs- bzw. Priorisierungsprinzipien vorgeschlagenen *Kriterien* auf, nämlich zum einen die Berücksichtigung der „Standpunkte interessierter Kreise“ und zum andern diejenigen „Tätigkeiten der Organisation mit den signifikantesten Umweltkosten und Umweltnutzen“.

These:

Die Implikation ist in beiden Fällen eine Priorisierung entlang einer Marktlogik, bei ersterem auf die innere, bei zweiterem auf die äußere Dimension der Organisation gerichtet: Denn die Implikation einer Prioritätsordnung im Sinne der *interessierten Kreise* ist ein auf Öffentlichkeitswirkung gerichtetes Managementsystem; eine Sortierung, die für Organisationen aufgrund einer potenziell steigenden Nachfrage attraktiv ist, **die aber lediglich, in Bezug auf Nachhaltigkeit, den bereits vorhandenen Nachhaltigkeitsbegriff der öffentlichen Kreise repliziert bzw. den Status quo der Organisation den „Standpunkten der interessierten Kreise anpasst, aber keinesfalls einen Nachhaltigkeitsbegriff induziert**.

Der Vorschlag, die *Kriterien* mit Berücksichtigung der „signifikantesten Umweltkosten und Umweltnutzen“ zu wählen, entspricht einer ökonomischen Logik, der der Gewinnmaximierung und der Kostenminimierung, wobei die -maximierung, wie die -minimierung hier implizit bleiben. Folgt man dennoch der Annahme, dass es sich hierbei um den Vorschlag handelt, diesem ökonomischen Prinzip in der Priorisierung zu folgen, positioniert sich EMAS als ein Umweltmanagementsystem, das die ökonomische Logik nicht nur nicht ursächlich für das von ihm anvisierte Problem hält, sondern es sogar für unproblematisch hält sich entlang dieser Logik zu entfalten – es wird nicht nur nicht negiert, sondern sogar vorgeschlagen.

Thesen:

- EMAS und ökonomisches Wachstum in Form von (Umwelt)kostenminimierung und (Umwelt)nutzenmaximierung schließen sich nicht aus. Der Logik des Wachstums wird vielmehr das Potenzial zugesprochen, für die Festlegung „der Kriterien für die Beurteilung der Bedeutung der Umweltaspekte einer Organisation“ als ein Lösungsfaktor zu fungieren.

Kommentar 29: EMAS sieht eine umfassende Beteiligung der Mitarbeiter der teilnehmenden Organisationen vor. Die Mitarbeiter werden als „treibende Kraft und Vorbedingung für kontinuierliche und erfolgreiche Umweltverbesserungen“ und als „eine der Hauptressourcen für die Verbesserung der Umweltleistungen“ beschrieben. EMAS beinhaltet den Anspruch (nicht die Pflicht: „sollte“) eines integrativen Konzepts einerseits und schwächt mit dieser Betonung andererseits den Eindruck eines durch die Stärke der Prozesse an sich ausreichend wirkmächtigen Instruments ab.

These:

Durch die Formulierung des Anspruchs einer „Mitarbeiterbeteiligung“ als Empfehlung für *alle Ebenen* und die Bezeichnung als *Hauptressourcen* richtet EMAS die Mitarbeiter als ein Kontrollorgan ein. Es scheint nicht ausreichend zu sein, dass die Organisationsleitung durch die Formulierung von zu erreichenden Umweltzielen allgemeine Ausrichtung der Organisation in die Wege leitet.

Kommentar 30: EMAS richtet sich nicht nur auf die Organisation als geschlossenes System, sondern hat die Kommunikation mit der Öffentlichkeit zur Bedingung. Mehr noch, in Bezug auf ihre „Tätigkeiten, Produkte und Dienstleistungen“ ist es erklärtes Ziel, deren „Belange (...) in Erfahrung zu bringen“ und „Vertrauen aufzubauen“. Es muss also davon ausgegangen werden, dass die Interessen der *Umwelt* (im Sinne von Kerschbaummayr und Alber) von großer Relevanz für die EMAS-Prozesse selbst ist, ja, auf diesen basiert bzw. zumindest eine Annäherung anstrebt.

These:

EMAS hat kein eigenes Interesse in Bezug auf Nachhaltigkeit, sondern hat einen variablen, organisationsspezifisch ausfallenden Nachhaltigkeitsbegriff, der sich an den mit der Organisation interagierenden Dritten orientiert, sich in deren „Belangen“ äußert und diese zu integrieren versucht, was dem Ziel dient, zu diesen „Vertrauen aufzubauen“.

Kommentar 31: EMAS gibt hier obligatorische Kernindikatoren an, die ein Minimum an Bereichen festsetzt, das für die Umweltleistungen aller Organisationen verbindlich ist. Besonders auffällig sind die Punkte „Energieeffizienz“ und „Materialeffizienz“: Es geht lediglich um die *Effizienz* von Material und Energie, nicht um deren Art/Beschaffenheit. Es wäre also in der Logik der hier angelegten Indikatoren ein erfolgreicherer Umweltmanagement, wenn die verwendete Energie oder das verwendete Material effizienter eingesetzt wird und nicht etwa, wenn Material oder Energie *an sich* in größeren Mengen durch eine für die ökologische Umwelt verträglichere Alternative ersetzt würden. Dieses Problem ist auch beim Punkt „Abfall“ vorhanden. EMAS verhindert zwar keine Verfahrenswechsel oder hat an dieser Stelle einen blinden Fleck – solche Wechsel

bezieht EMAS unter dem Begriff der „wesentlichen Änderung“ mit ein (EV09: 4). Allerdings zeigt sich hier erneut die in **Seq. 28** auftauchende grundsätzlich *ökonomische* Herangehensweise der *Effizienzsteigerung*.

Bemerkenswert:

EMAS nähert sich hier einem *ökologischen Nachhaltigkeitsbegriff*.

Kommentar 32: Diese Operationalisierung kann als *ökonomisch* motiviert gedeutet werden oder zumindest nicht als rein *ökologisch*. Anstatt beispielsweise auf qualitative Aspekte der *Fläche* einzugehen, beispielsweise regionale Spezifika, wie besondere Tier- oder Pflanzenvorkommen, wird hier *Biologische Vielfalt* über einen rein quantitativen Zugang erschlossen, der insbesondere mit Blick auf den Signifikanten „Vielfalt“ als unzureichende Operationalisierung erscheint.

Kommentar 33: Interessant ist in dieser Sequenz vor allem die Diskrepanz zwischen der Feststellung einer Handlungsnotwendigkeit am Anfang („...ist eine der dringendsten Aufgaben...“), die ein handelndes Subjekt erwarten lässt und der *dreierlei passiven* Formulierung in Bezug auf EMAS-registrierte Organisationen: diese „sind gut gerüstet“ und zwar dafür, sich *anzupassen* und für „Vermeidung“.

Hier wird zudem kein aktiver Zusammenhang zwischen der EMAS-Registrierung und dem Schutz des Klimas hergestellt, etwa mit Hilfe des Adverbs „durch“, oder der Beschreibung „besonders gut“.

Bemerkenswert:

Hier wird nicht nur ausgesagt, dass EMAS-Organisationen durch EMAS auf besondere Art und Weise dazu befähigt sind, das Klima zu schützen, sondern auch, weitaus interessanter, dass EMAS *selbst* nichts *aktiv* zum *Schutz des Klimas* beiträgt, die Organisationen für diese *dringendste Aufgabe* lediglich *gut rüstet* sind. Die konkrete Handlung, also die *Vermeidung von Treibhausgasen* und die unklar bleibende *Anpassungsleistung* wird nicht von EMAS in die Organisationen induziert, sondern höchstens angelegt und muss von diesen selbst erfolgen.

Kommentar 34: EMAS beinhaltet eine systematische Analyse von Energieverbrauch und Emissionen als obligatorischen Bestandteil. Hier wird ausgesagt, dass diese Analysen für eine Senkung der „Treibhausgasemissionen und der Kosten“ ermöglichen. Der ökologische Vorteil verläuft also entlang des ökonomischen Vorteils und nicht diesem entgegen.

These:

EMAS liegt die Annahme einer Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie mit dem Ziel der Bekämpfung des Klimawandels zugrunde.

Kommentar 35: **Bemerkenswert:**

Auf EMAS aufbauend *kann* Klimaneutralität erreicht werden: An dieser Stelle könnte auch die Aussage stehen, dass EMAS, richtig implementiert, zu Klimaneutralität *führt*. Da EMAS aber nur den *Grundstein* bildet, muss von den Organisationen darauf aufgebaut werden.

EMAS nimmt für sich in Anspruch, „wirksame Beiträge zum Klimaschutz“ hervorzurufen.

Kommentar 36: Hier fällt auf, dass EMAS (die Steigerung von) „Ressourceneffizienz“ gleichsetzt mit einem „schonenden Umgang mit Ressourcen“ und somit den Prozess mit dem Objekt des Prozesses.

These:

EMAS ist ein rein prozessorientiertes Instrument, dass in der Lage ist, jedes „Objekt“, jede Organisation in diese Prozesse einzubinden und das zu Gunsten dieses Ziels keine Bewertung vornimmt. In dieser Logik sind keine Änderung des Objekts vorgesehen, es wird in seiner Beschaffenheit an keinen EMAS-eigenen Maßstäben (wie Abfall, Emissionen oder „branchenspezifischen Referenzdokumenten“ (Seq. 12,13)) gemessen, sondern zur Basis für Veränderungen bzw. Verbesserungen gemacht - in der Umweltprüfung wird der Status quo umfangreich und unter anderem anhand der von EMAS vorgeschlagenen Kriterien in einer rein quantitativen Logik ermittelt. (Von der Interpretation unabhängige Frage: Wie könnte ein qualitatives Managementsystem aussehen?) Allerdings bewertet EMAS nicht die Verhältnismäßigkeit eines Ressourceneinsatzes. Im Sinne eines auf Minderung zielenden Instruments müsste in dieser Formulierung die Prozesshaftigkeit ausgedrückt werden und somit von **schonenderem** Ressourceneinsatz die Rede sein. **Ein schonender Umgang mit Ressourcen wird von EMAS gleichgesetzt mit einem sinkenden Verbrauch von Ressourcen.**

Zudem auffällig an dieser Sequenz ist, dass die hier benannte „Herausforderung“ eine ökonomische und keine ökologische ist: Es geht um die Steigerung der Ressourceneffizienz und um die Senkung der Kosten.

These:

EMAS bearbeitet ökologische Thematiken als ökonomisches Problem bzw. nur im Rahmen ökonomischer Potenziale.

Kommentar 37: **These:**

Die einzige von EMAS *konkret* etablierte Basis in Bezug auf Umwelt sind die Umweltvorschriften.

Bemerkenswert:

Die nachweisbare Einhaltung der Umweltvorschriften wird als *belohnenswert* aufgefasst, sodass EMAS-Organisationen die Einhaltung des rechtlichen Standards finanziell vergütet bekommen bzw. sogar durch eine geringere Strenge (Interpretation der „Erleichterungen beim Vollzug“) belohnt werden.

Kommentar 38: Durch EMAS sollen die Marktchancen der Organisationen verbessert werden, ihnen sogar einen Marktvorteil verschaffen. Hier spiegelt sich die weiter oben formulierte These wieder, dass EMAS ein Instrument ist, dass innerhalb einer Marktlogik wirkt, genauer, dass es sich über die Mechanismen von Angebot

und Nachfrage anbietet – hier wird ausgesagt, dass von Organisationen zunehmend Umweltleistungen verlangt werden (Nachfrage), die mit der Teilnahme an EMAS erfüllt werden (Angebot).

Bemerkenswert:

- Der Wert der *Glaubwürdigkeit* wird in dieser Sequenz im Zusammenhang mit der besseren Positionierung auf dem Markt hervorgehoben.
- EMAS rekuriert in dieser Sequenz auf die ökologische Umwelt

Kommentar 39: In dieser Sequenz zeigt sich wieder das Motiv der ökonomisch-ökologischen Kopplung. Der Faktor der *Mitarbeiterbeteiligung*, als notwendiger Bestandteil von EMAS, wird durch den Verweis auf sein ökonomisches Erfolgspotenzial eingeführt.

These:

EMAS bindet die Forderungen, die es als Umweltmanagement stellt, stets an ein ökonomisches Erfolgsversprechen.

Kommentar 40: In dieser Sequenz wird eine größere Perspektive eingenommen, es geht nicht um die Organisation an sich, sondern um die Organisation auf dem Markt.

These:

EMAS beinhaltet immer die Perspektive auf die Systemumgebung, mehr noch, sie konstituiert den Wert ihrer Wirkung durch die Systemumgebung, die *Umwelt* im Sinne von Kerschbaummayr und Alber. Dies zeigt sich an den in dieser Sequenz hoch eingestuften Wert der *Glaubwürdigkeit* und des *Vertrauens* die sich symbolisch im EMAS-Logo manifestieren – beide Qualitätsmerkmale setzen eine *Umwelt* voraus, die Vertrauen entgegenbringt bzw. die *Glaubwürdigkeit* bestätigt.

Kommentar 41: EMAS betrachtet sich als „Baustein zu einer nachhaltigen Unternehmensführung“ und nimmt damit *nicht* für sich in Anspruch, nachhaltig zu sein. EMAS sieht in seiner Herangehensweise ein Grundprinzip, das unter Einbeziehung oder Erweiterung bestimmter Punkte zum Nachhaltigkeitsmanagement wird.

Bemerkenswert:

EMAS betrachtet sich als *noch nicht nachhaltig* und nicht als *nicht nachhaltig*. Dies ist ein wichtiger Unterschied, weil sich **EMAS demnach in all seinen Prozessen und Implikationen bereits in den Bahnen eines fiktiven Nachhaltigkeitsbegriffs bewegt, und somit Nachhaltigkeit nicht verunmöglicht.**

Kommentar 42: Die in der dieser Sequenz angesprochene Handlungsnotwendigkeit resultiert aus durch ökologische („Extremwetterereignisse“) und soziale (politische Instabilitäten) Gründe bedingte Veränderungen,

die ihre Relevanz aber lediglich dadurch erhalten, dass sie ökonomische Auswirkungen haben – sie werden für Unternehmen „strategisch relevant“, weshalb Organisationen diese als „Kontext“ bezeichneten Umstände in die Prozesse ihres Umweltmanagementsystems einbinden müssen.

These:

EMAS legitimiert einzubeziehende Themen bzw. Themenkomplexe (beispielsweise *Branchenspezifika*) über deren ökonomische Relevanz und einzurichtende Prozesse als effiziente Methode, um diese Relevanz, das ökonomische Potenzial zu erschließen. **Folgethese:** Dies führt folglich zu einem systemlogisch bedingten Ausschluss nicht rationalisierbarer Bereiche.

Kommentar 43: Der „Kontext“ erschließt sich über „Themen“, deren „Risiken und Chancen“ bestimmt werden sollen, auf deren Grundlage wiederum *Umweltaspekte bestimmt und bewertet* werden sollen und die dann wiederum zu der „Festlegung von Umweltzielen“ führt. Die ökonomische Bewertung hat in dieser Lesart* die Funktion einer Vorbedingung, denn von ihrem Ausgang hängt die Beschaffenheit der Umweltziele ab. Es wird also keine Relevanzstruktur aus Umweltperspektive, erstellt sondern aus Organisationsperspektive.

*es wäre auch möglich, das Komma in dem Satz „...Bestimmung von Risiken und Chancen, die Bestimmung und Bewertung von Umweltaspekten...“) als Trennung einer Aufzählung zu lesen – die Interpretation ginge in dieselbe Richtung, wäre sogar noch rigoroser, denn auf diese Weise wären die Bereiche voneinander unabhängig: Die „Bestimmung und Bewertung von Umweltaspekten und die Festlegung von Umweltzielen“ würde somit ohne die Berücksichtigung der „Themen“ und des Kontextes entstehen.

Kommentar 44: Dem *Kontext* wird in dieser Sequenz die Rolle zugeschrieben, als *Impulsgeber* für Unternehmen zu dienen. In diesem Sinne findet eine Selektion der relevanten Themen des Kontexts nach Kriterien ökonomischer Verwertbarkeit statt. Es gibt keine Hinweise auf eine obligatorische (Art der) Einbindung des *Kontexts* in das Umweltmanagement.

These:

EMAS lässt den Organisationen den *Freiraum*, mit dem vom Instrument aufgemachten thematischen Spektrum frei umzugehen. EMAS trägt seine, wie auch immer geartete Eigenlogik nur über eine *thematische Auswahl* („Neue Impulse“) an die Organisationen heran und wird von den Organisationen unter Berücksichtigung ihrer ökonomischen Eigenlogik („Chancen und Herausforderungen verbessern“) übernommen.

- > Bei EMAS ist die ökonomische Prägung der ökologischen strukturell übergeordnet.

Kommentar 45: In der Ausgestaltung des Umweltmanagementsystems spielen die Stakeholder eine entscheidende Rolle, sie werden in Form von „Erwartungen und Erfordernissen“ sowohl In-, als auch Externer verpflichtend wahrgenommen und sollen in das Umweltmanagement auf freiwilliger Basis eingebunden werden.

Bemerkenswert:

Da der relevante Faktor der „Erwartungen und Erfordernisse“ der Interessensgruppen an sich kontingent ist und somit auch der Nachhaltigkeitsbegriff der EMAS-Verordnung vom Status quo abhängig ist, besteht die Konstanz des Nachhaltigkeitsprinzips von EMAS in seiner Empirie-/Marktgebundenheit, wobei diese hier ebenfalls innerhalb eines Spektrums einbezogen werden kann - unter Berücksichtigung der Umweltvorschriften.

Kommentar 46: Der Trend, der sich in dieser Neuerung andeutet, ist die Erschließung prozessorientierender Daten oder Kriterien über Gruppen, die außerhalb oder innerhalb der Organisationen liegen.

These:

EMAS hat die Tendenz, sich in seinen Prozessen immer stärker dem Markt anzupassen und in diesem Zuge immer weniger obligatorische Kriterien zu implementieren.

Kommentar 47: In dieser Sequenz bestätigt sich die in **Seq. 45** angedeutete Tendenz von EMAS, die eigene Struktur zu deregulieren bzw. die Verantwortung, gelingende Faktoren zu implementieren verlagert: Die Berechnung der Kernindikatoren kann fortan durch die „Zahl B“ erfolgen, die von den Organisationen selbst bestimmt werden kann – Organisationen erhalten dadurch die Möglichkeit, die Darstellung ihrer Leistungsfähigkeit zu beeinflussen. Dieser Bereich war zuvor von EMAS durch die Maßgabe der „Zahl B“ weitestgehend determiniert.

Kommentar 48: Wie eigentlich bei allen Kodes wurde hier nicht das Ziel einer inhaltlich vollständigen Deskription verfolgt, sondern eher Wert darauf gelegt, besonders inhaltlich interessante oder theoretisch relevante Punkte herauszugreifen.

Kommentar 49: Die Unterpunkte dieser Nebenthese wären dieselben wie bei **1.**, weshalb hier auf eine erneute Darstellung verzichtet wird. Auch die Argumentation beruht auf demselben Ansatz, mit dem Unterschied, dass sich der Blick auf EMAS minimal verschiebt: Während **1.** untersucht, wie sich die Wirkung auf Ebene der teilnehmenden Betriebe entfaltet, steht hier die größere Ebene „EMAS als Gesamtkonzept“ im Zentrum. Spezifischer lautet die hinter **2.** befindliche These, dass EMAS der Versuch eines Kompromisses zwischen verpflichtendem Instrument mit Gesetzescharakter und dem Status quo auf dem freien Markt darstellt bzw. dem, was dort möglich ist, mit dem Ziel, durch eine wachsende Anzahl von teilnehmenden Betrieben die Bedingungen des Marktes zu verändern. Das Ziel, in den Markt einzugreifen und nicht, evtl. nicht bloß, einen

spezifischen Inhalt zu transportieren/etablieren zeigt sich daran, dass EMAS ganz wesentlich auf die Außendimension der Teilnehmerbetriebe eingeht: Es geht um *Glaubwürdigkeit, Außenkommunikation, Berichtspflicht, branchenspezifische Umweltindikatoren* etc.

Kommentar 50: 3. ist eine Folgethese, denn dieser Punkt lässt sich nur indirekt aus dem Material ableiten: es ist die Interpretation der Interpretationen des Materials und gleichzeitig das Kernstück der Antwort auf die Forschungsfrage, die in den vorherigen Thesen angedeutet wurden.

Materialsammlung zur Studie 'Yes, we camp for climate action. Die Klimacamps im Rheinland als Orte des Protests und transformative Möglichkeitsräume'

Julia Hübinger

Feldnotizen (KC2017b)

KC2017b-S14:

„Hoffnung dafür, dass wir in alternativen Systemen leben können, das es klappen kann ist eine kraftvolle Perspektive. Aber es sind immer noch verschiedene Bewegungen“

- Verhältnis zur Politik: Institutionalisierte Politik gewinnt an den Machtverhältnissen, deshalb soziale Bewegungen und direkte Aktionen, Grund: Effektivität
- Feministische Gruppe innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung: Aufwertung von Aktionsarbeit, Abwertung von Reproduktionsarbeit

KC2017b-S31:

Also, Demokratischer Konföderalismus ist ein Konzept, das gerade in Kurdistan und den benachbarten Gebieten versucht wird, umzusetzen. Der Name ist geprägt von A. Öcalan. Und die treibende Kraft dahinter ist die kurdische Befreiungsbewegung. Am bekanntesten und am weitesten fortgeschritten in der Umsetzung, ist es in der Revolution in Rojava, in Nordsyrien. Der politische Entstehungskontext, würde ich so beschreiben: Die kurdische Befreiungsbewegung, also PKK, ist gegründet worden 1978 hat den Waffenkampf aufgenommen '84, und durch die 90er versucht, eigentlich versucht, Antworten auf die Frage

zu finden: „wie kann Befreiung eigentlich aussehen? Was heißt eigentlich Befreiung für Kurdistan?“

Seit 1973, Kurdistan und benachbarte Gebiete, Wie kann Befreiung für Kurdistan aussehen?

KC2017b-S34:

...und dann gab's eben die Suche nach neuen Modellen, also die halt jenseits von Nationalismus liegen, die jenseits vom klassischen Befreiungs...(unverständlich)... sind, Öcalan ist in der Suche danach ein bisschen verbrochen worden durch seine Verschleppung. Er ist ja seit 1999 in Isolationshaft und wir ham jetzt noch zwei Jahre lang nichts mehr von ihm gehört, also es gibt keinerlei Kontakt zur Außenwelt, kein Brief, kein Telefon, gar nichts. Er hat nachdem, also in seinem Verfahren, wo er zum Tode verurteilt worden ist, ausführlich darüber nachgedacht, also Vorschläge gemacht, für ne Demokratisierung der Türkei, hat angefangen, die wesentliche Problematik als Demokratieproblematik zu definieren und so ham sich die Akzente verschoben, er hat dann in der Haft sehr viel gelesen, unter anderem den Ökoanarchisten Murray Bookchin und das war für ihn eine Inspiration für ein System, quasi jenseits des Marxismus-Leninismus, also zu sagen, ok viele Ideen, die wir schon hatten, viele Sachen, die wir schon diskutiert hatten, das können wir ja in so einem System zusammenfassen, er hat dann den Munizipalismus oder Kommunalismus von Bookchin genommen und n' bisschen auf die kurdische Realität angewendet und das Ganze Demokratischer Konföderalismus genannt. Ganz wichtig, was bei Bookchin keine Rolle spielt, ist halt der Feminismus da drin.

KC2017b-S41:

Was interessant ist, zur Entstehungsgeschichte der Zapatistas also in Mexiko gab es ja 1910 eine Revolution, die war übrigens wirklich nicht nur links, sondern hat auch weite Teile des Bürgertums interessiert, also sehr komplexer, heterogener Fall, viele Linke in Mexiko hatten lange die Hoffnung, dass sie über die staatlichen Gremien etwas verändern könnten. Es gab aber 1968 ein Massaker, kurz vor den olympischen Spielen in Mexiko seitens der Regierung, der Militärs gegen demokratische, linke Studierende und das war eine endgültige Zäsur mit den Ideen der Reformierbarkeit des mexikanischen Staates von links durch den Marsch durch die Institutionen und da haben sich viele bewaffnete, kommunistische Organisationen in unterschiedlichen Teilen mit Mexikos gegründet, mit unterschiedlichen Strategien, und Analysen und Vorschlägen, und die heutige EZLN, also die zapatistische Befreiungsarmee ist aus den 1969 gegründeten *fuerzas de liberation national* entstanden, Kräften zur nationalen Befreiung und die, um das heutige Konzept des Zapatismus zu verstehen, ist es sehr wichtig,

zu beleuchten, dass die erste kleine Gruppe der EZLN 1983 nach Chiapas gegangen ist, mit einem, wie sie selber sagen, hinterher, mit einem sehr verkopften Diskurs ja, mit so einem bisschen mit so einer wer ist unser revolutionäres Subjekt, aber die lokale Bevölkerung kämpfte schon seit ganz vielen Jahren, Jahrzehnten, Jahrhunderten gegen die Unterdrückung der Großgrundbesitzer und die Ausbeutung und es gibt eine lustige Anekdote, die auch so ein bisschen das undogmatische politische erläutert, es war halt von 1983 bis 1994 als die Zapatistas ihren Aufstand begonnen haben, haben sie selber gesagt, es war ja gar nicht klar, wer in diesem Prozess Lehrer Lehrerin, Schüler Schülerin war und es gab die tolle Situation, dass sich gegenseitig zugehört wurde, also es gab ein großes Auseinandergeschehen und deswegen sind wir an einem Punkt, wo wir gar nicht das einfach so klassifizieren können, nicht?, also vielen kommunistischen Leuten ist der Zapatismus, so wie er heute bekannt ist zu anarchistisch und vielen anarchistischen Leuten ist er zu kommunistisch oder zu feministisch oder zu ökologisch, ne, also es ist wirklich eine eigene Strömung, und es lohnt sich sehr sich wirklich damit ein bisschen intensiver mit auseinanderzusetzen.

1910: Mexiko Revolution, nicht nur links, auch bürgerlich; 1968 Massaker > kein Marsch durch die Institutionen; 1983-94 Aufstand der Zapatista: Wer ist Lehrer*in, Wer ist Schüler*in?; 1994 NAFTA, Freihandelsabkommen: USA-Mexiko

KC2017b-S46:

Sie haben ihren Aufstand von Anfang an global betrachtet, also der Slogan heißt eine Welt, in der viele Welten Platz haben, also keine indigenistische Bewegung, oder die sagt, alle müssen so leben wie wir auf dem Land, sondern sehr offen, es gab unglaublich, also die ersten großen, ja, globalen Treffen, gegen die Globalisierung des Kapitalismus haben unter anderem in Chiapas stattgefunden und ganz viele Leute zusammengebracht.

„eine Welt in der viele Welten Platz haben“

KC2017b-S51:

Und das ganze findet statt, im Zuge einer immer noch massiven Militarisierung, das ganze Aufstandsgebiet ist quasi umzingelt, es gibt zwar keine häufigen Kampfhandlungen, aber es verhindert natürlich auch eine Ausbreitung und, ja, also man kann wirklich sagen, dass aus dem ursprünglichen, maoistischen-marxistischen-leninistischen Ideen, aus den feministischen Ideen und auch ein bisschen aus Ansätzen der Befreiungstheologie, die in

vielen Dörfern durchaus eine Rolle spielt, ist halt dieses besondere entstanden. Sie haben ein gewichtiges Motto, das nenne sie *preguntando caminamos*, wir gehen fragend zusammen, wir haben nicht ein fertiges Buch, so, wir dürfen Fehler machen, wir müssen uns immer wieder selbst korrigieren.

Militarisierung Mexikos verhindert Ausbreitung, Befreiungstheologie, „Wir gehen fragend zusammen“ > es gibt kein fertiges Buch

KC2017b-S79:

Große Utopien, radikale Schritte zwischen Menschen und System > Utopien leben; nur die bessere Analyse haben zu meinen führt wohl nicht weiter; Bewegungen brauchen Menschen, die als Beispiele/Vorbilder fungieren und so gemeinsame Visionen entwickeln

These zur konkreten Utopie: Klimacamp in Alltag integrieren, einfach losmachen

KC2017b-S82:

- Kurd. Befreiungsbewegung: Bspw. Seit 5 Jahren keine Banken, das System ist komplett zusammengebrochen, Utopie aus Kriegswirtschaft aufbauen, welche Chance liegt in „von Null auf“?
- Zapatismus: Reparationszahlung wg. Kriegsplünderung von Kolonialmächten als Forderung? WTO zerschlagen, über Umverteilung sprechen!
- Hoffnung auf: Kultur des Zuhörens, Innenwirkung und Außenwirkung der Aktionen
- Frage an Kerkeling: Keine Partei, aber wie Mehrheit erreichen? Wie kommen wir in die Medien? Vgl. mit Hamburg (G20), auf der anderen Seite das Beispiel der AfD, müsste man nicht versuchen, mit einer Partei an die 5% Hürde zu kommen?
- Gefahr zu verkennen, wo wir uns wirklich befinden, Besondere Situation in D (D ist nicht Rojava/Chiapas)? Deutschland als imperialistische Macht...

KC2017b-S101:

Klimacamp ist kein Hotel > Mitmachen: Duschen bauen, Klos putzen, Aktionsvorbereitung, Hygiene ist wichtiges Thema dieses Jahr, Erntehilfe bei Landwirt gesucht, der Gemüse ans Klimacamp spendet (Feldnotiz Morgenplenum vom 23.08.)

KC2017b-S102:

Nicht nur Aktions-Finger, sondern auch Camp-Finger, Arbeitsteilung, Beschwerde beim Awareness Team über Rollenverteilung: „männlich gelesene: ergreift die Chance diese

Erfahrung zu machen“, Ankündigung eines Warnstreiks der FLTI Gruppe vor den Toiletten, Hygiene (Feldnotiz Morgenplenum vom 24.08.)

KC2017b-S103:

Presse: Gibt es mehr weiblich gelesene Personen, die bereit sind als Pressesprecherinnen zu fungieren? (Feldnotiz Morgenplenum vom 24.08.)

KC2017b-S104:

Erntehilfe bei Landwirt gesucht, der Gemüse ans Klimacamp spendet (Feldnotiz Morgenplenum vom 23.08.)

Wem gehört die Solidarität? Hier [im Rheinland] auch den konventionellen Bauern, Fokus auf Braunkohle (24.08.)

KC2017b-S105:

Bilder von Ende Gelände gehen um die Welt und machen vielen Menschen Hoffnung (Morgenplenum, 24.08)

KC2017b-S106:

Mobilität: Fahrräder! „Alle Autos müssen weg. Das klingt ganz schön radikal, muss man aber manchmal auch sein, auf dem Klimacamp“

Ich treffe als erste mir bekannte Person X aus Freiburg. Er ist in diesem Jahr wieder, wie schon im letzten Jahr, mit einer Gruppe von 10-14 Personen von Freiburg aus auf Fahrrädern und mit dem Lastenanhänger Carla Cargo zum Klimacamp geradelt.

Materialsammlung zum Beitrag 'Das Grandhotel Cosmopolis als transformativer Möglichkeitsraum. Einblicke in eine aktivistische Stadtforschung'

Julia Costa Carneiro

Die im Beitrag dargestellten Einblicke in meine Forschungsarbeit mit dem Grandhotel Cosmopolis (GHC) basieren auf einem Forschungsbericht, den ich im Rahmen des Forschungsmoduls des MA Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung an der Universität Augsburg im Seminar „(Post-)Wachstum und Weltpolitikforschung“ (WS 2016/17) unter Begleitung von Dr. Ulrich Roos anfertigte und am 7.9.2019 einreichte.

Wie im Beitrag beschrieben, basiert der Forschungsbericht größtenteils auf einem eigens dafür arrangierten reflexiven Gruppengespräch mit insgesamt sechs Teilnehmenden, die ehemalig oder immer noch aktiv das GHC gestalten. Ich habe mich gegen die Veröffentlichung des Gesprächstranskripts entschieden, weil über einige der einzelnen Aussagen Rückschlüsse auf Nichtbeteiligte Personen gezogen werden können, und deren Einverständnis zur Veröffentlichung zu erhalten, mit unverhältnismäßig großem Aufwand für mich verbunden gewesen wäre.

Weil es mir in meinem Beitrag auch darum geht, Einblicke in eine aktivistische Raumforschung zu geben, und mein Arbeiten mit den von Adele Clarke (2012) angebotenen Forschungswerkzeugen darzustellen, möchte ich im Folgenden neben dem umfassenden Forschungsbericht einige ausgewählte Materialien aus dem Forschungsprozess zur Sichtung zur Verfügung stellen. Diese geben nur einen Einblick in die Anwendung der Situationsanalyse vor dem Hintergrund eines Selbstverständnisses als aktivistische Forschung und keine umfassende Darstellung der darin produzierten Materialien. Sie wurden nicht für eine Veröffentlichung nochmals überarbeitet und verbleiben in ihrer Arbeitsfassung, einige Memos beispielsweise sind sehr fragmentarisch und darin entwickelte Argumentationen lückenhaft. Interessierte, denen diese Ausschnitte noch unzureichend zur Nachvollziehbarkeit des Forschungsprozesses erscheinen, bitte ich, mit mir persönlich in Kontakt zu kommen.

Verstetigungswege eines transformativen Möglichkeitsraums – Skizzierung urbaner Raumformungsprozesse im Alltag des Grandhotel Cosmopolis

Forschungsbericht von Julia Costa Carneiro, eingereicht am 7.9.2019

Seminar: (Post-)Wachstum und Weltpolitikforschung, Wintersemester 2016/17

Dozierender: Dr. Ulrich Roos

1 Einführung in meine Forschungsarbeit

Stadtentwicklungspolitik als Element moderner, kapitalistischer (Wohlfahrts-)Staatlichkeit lässt sich als die Politik des Sozialen fassen, durch die hindurch gesellschaftliche Konflikte und Krisen reguliert und zu stabilisieren versucht werden (Rinn 2018: 15 im Anschluss an Häußermann/Läpple/Siebel 2008; Lessenich 2008).

„Das Gemeinwohl bleibt dabei als Legitimationsressource politisch-administrativer Akteur_innen immer umstritten – es ist konstitutiv unvollständig (da einige Interessen privilegiert, andere ausgeschlossen werden) und so imaginär wie die Gemeinschaft, deren allgemeiner Willen in ihm repräsentiert sein soll“ (Jessop 2007: 9ff., Demirovic 2013, zit. nach Rinn 2018: 16).

Damit erscheint das städtische Gemeinwohl, auch als (potenzielle) lokalisierte Aushandlungszone für gesamtgesellschaftlich bezogene Konflikte und deren Bearbeitung. Es ist also auch sozialer Raum, in dem gesellschaftlicher Wandel einen verdichteten, spezifischen und erlebbaren Ausdruck erhält.

Aktuelle Stadtentwicklungspolitiken, das heißt die Produktion, Aneignung und Nutzung städtischer Räume, basieren in kapitalistisch-demokratischen Gesellschaften auf weitestgehend unhinterfragten, wachstumsorientierten Imperativen und manifestieren sich in einem „Urbanismus der Ungleichheit“ (Rinn 2018), der das städtische Leben in einer nicht-zukunftsfähigen Art und Weise re-produziert.

Verstehen wir wiederum die aktuelle multiple Krise auch als Ausdruck steigender weltgesellschaftlicher Ungleichheit, gilt es dringend nach Möglichkeiten zu suchen, die dieser Entwicklung radikal entgegensteuern und auf demokratischem Weg in eine andere Logik gesellschaftlicher Re-Produktion weisen. Die Idee der Transformation zu Postwachstumsgesellschaften erstarkt dabei zunehmend als realisierbarer Gegenentwurf zu der imperialen Lebensweise, die als hegemoniale Ordnung insbesondere in Gesellschaften des globalen Nordens tief in unsere Denkgewohnheiten, unsere Handlungen, unsere gesellschaftlichen Institutionen und unsere Ziele, also in unseren Alltag eingeschrieben scheint. Um ein anderes Leben innerhalb dieser bestehenden Ordnung auszuprobieren, um neue Gewohnheiten zu erlernen und letztlich eine solidarische Lebensweise zu erfinden, brauchen wir gesellschaftliche Laboratorien.

Das Grandhotel Cosmopolis in Augsburg, habe ich als einen solchen gesellschaftlichen Experimentierraum kennen gelernt, als einen Ort des Protests, an dem wir Gewohnheiten und Bilder kreieren können, die mit existierenden Regeln, wie Gesellschaft herkömmlich strukturiert ist, im Konflikt stehen. Als einen „Zwischenraum“, in dem diese Regeln neuverhandelt und transformative Praktiken und Strategien entwickelt werden, die in ihren Qualitäten auch auf andere Situationen übertragbar sind. Als Lernort, an dem im gemeinsamen Handeln, informell und entsprechend der sich ergebenden Herausforderungen von- und miteinander gelernt wird. Letztlich war das GHC für mich ein Erfahrungsraum, in dem ich meine Lebensweise stark selbst veränderte und mich als politische Akteurin wahrzunehmen lernte; in dem ich meine Position und Rolle als Konfliktforscherin neu überdachte, und ich begeistert war über die Hoffnung, an einer alternativen Erzählung über das Zusammenleben von unterschiedlichen Menschen teilzuhaben. Hier habe ich mich aufgefordert gefühlt, Stadt aktiv und selbstbestimmt mitzugestalten.

Der vorliegende Forschungsbericht nimmt ausdrücklich Bezug auf diese Erfahrungen und weist gleichzeitig auf unterschiedlichen Ebenen deutlich darüber hinaus. So ist er nicht nur Beleg meiner situationsanalytischen Untersuchung der empirischen Welt des Grandhotel Cosmopolis, er beinhaltet auch meine Auseinandersetzungen mit Fragen um die Verantwortung von (sozialwissenschaftlicher) Forschung im Hinblick auf die Mit-Gestaltung einer radikalen gesellschaftlichen Umformung. Diese Absichten sind stark miteinander verwoben und in ihrer Verbindung auch über die hier angebotene Gliederung hinweg weiter mit-zudenken.

Zu Beginn rahme ich die Forschungsarbeit über meine bereits angesprochenen persönlichen Bezüge und weiterreichende Interessen (Kap.1). Dann kläre ich die meine Untersuchung leitenden Konzepte der *(Re-)Produktion urbaner Möglichkeitsräume* und der *Transformation* (Kap. 2). Ich situiere die Arbeit über die Explikation meiner zentralen Fragestellungen, begründe mein Erkenntnisinteresse in

der Darstellung meiner ontologischen und epistemologischen Prämissen (Kap. 3.1) und skizziere Überlegungen zur transformativen Forschung (Kap. 3.2). Darauf folgt die Darstellung des Forschungsstandes (Kap. 4). Im Kap. 5 gebe ich einen ausführlichen Einblick in meine Art, gegenwärtig zu forschen, ich re-konstruiere meine Situationsanalyse der soziale Raum(re-)produktion des GHC (Kap. 5.1) und reflektiere diese ausführlich aus meiner Doppelrolle als forschende Aktivistin (Kap. 5.2). Daran anschließend stelle ich meine Ergebnisse dar (Kap. 6). Dieses Kapitel ist so konzipiert, dass es auch für eine weniger wissenschaftlich interessierte Leser*innenschaft zugänglich und ohne das Vorwissen aus großen Teilen der Arbeit verstehbar sein soll. Ich schließe den Bericht mit dem Kap. 7 in einem Fazit. Der Anhang, in dem ich sämtliche Belege meines qualitativen Forschungsprozesses bündle, ist nicht Teil des Forschungsberichtes aber auf Anfrage einsehbar.

1.1 Zugänge schaffen: Das GHC, ich und meine Forschungsarbeit

Das Grandhotel Cosmopolis (GHC) entstand 2011 als Zwischennutzung eines 60er Jahre Baus auf 2600qm in einem leerstehenden Altenheim in bester Innenstadtlage in Augsburg. Über die institutionelle Verbindung zweier Mieter*innen (Regierung von Schwaben und Verein Grandhotel Cosmopolis e.V.) wurden auch unterschiedlichen Bedürfnissen unter ein Dach gebraucht. Die Projektidee selbst konstituierte sich aus der Erfahrung zunehmender Einhegung von bezahlbaren Kreativräumen und der wachsenden Notwendigkeit von Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber*innen: Ein Hotel für Menschen mit und ohne Asyl entstand (vgl. Erstkonzept einer Sozialen Plastik 2011). Die geteilte Mieter*innenschaft spiegelt sich auch über Rechte und Verpflichtungen des jeweiligen Raumbezugs: Die Regierung von Schwaben, verwaltet die Asylunterkunft in einem Trakt; Das GHC gestaltet den anderen Gebäudeteil zum Kulturhotel mit Café-Bar, Gemeinschaftsküche mit Speise-, Veranstaltungs- und Konzertsaal und verschiedene Ateliers, Büros und Studios. Das GHC wird von den „Hoteliers“ betrieben, das sind Kreative, engagierte, vielseitig interessierte alte und neu hinzugekommene Augsburger*innen, die hier in unterschiedlichen Aufgaben- und Arbeitsverhältnissen aktiv mitwirken. Die Anzahl der Beteiligten variierte über die bisherige Entwicklung immer wieder; erstarkte aber merklich mit der öffentlich-medialen Präsenz der Flüchtlingskrise 2015 und wirkt derzeit deutlich geschrumpft. Auch aufgrund des großen Netzwerks an Schläfer*innen, die punktuell mitgestalten, lässt sich die Größe dieser Unternehmung schwer fassen.

Meine alltägliche Mitarbeit im Grandhotel Cosmopolis erstreckte sich über mehrere Jahre, parallel zu meinem MA-Studium der „Sozialwissenschaftlichen Konfliktforschung“ an der Universität Augsburg und meiner Teilzeitbeschäftigung als Sozialpädagogin in der praktischen und konzeptionellen Jugendhilfe für unbegleitete minderjährige Geflüchtete. Seit 2012 war ich sporadisch dabei, half bei

Renovierungsarbeiten, initiierte ein Kinderplenum und unterstützte bei Aktionen. Mein Engagement⁴ intensivierte sich, ab Mitte 2014 über ein Praktikum beim Kulturamt der Stadt Augsburg, als ich die Zusammenarbeit zwischen Friedensbüro und GHC koordinierte. Danach war ich intensiv in die Konzeption und Ausgestaltung der „Grandhotel Cosmopolis Peace Conference 2015“ verstrickt und wirkte bei der Bespielung der Galerie im Höhmannhaus im Rahmen der Ausstellung „Eine Einstellung“ mit, erzählte vom Projekt in zahlreichen Vorträgen, schrieb darüber und vermittelte die GHC-Arbeitsweise in Workshops, gestaltete andere kleinere Veranstaltungen und Aktionen mit und unterstützte die internationale Netzwerkarbeit. Ich initiierte die Arbeitsgruppen „Gepäckbeförderung“⁵ und „Räume Denken“ und regte die Prozessdokumentation des GHC an. Gemeinsam mit anderen realisierte ich 2016 das Projekt Ortswechsel, und verabschiedete mich dann insbesondere wegen der bevorstehenden Geburt meines Kindes aus der aktiven Mitarbeit im GHC.

Ich war so verliebt in die Idee und den Ort und bewegt von den Erfahrungen, die ich dort mit anderen zusammen machte, dass ich über die Jahre meiner Mitarbeit viel Zeit und Kraft in das Projekt investierte und darüber auch anderen Bereichen meines Lebens weniger Aufmerksamkeit gab. Einer davon, war mein Studium, das ich nun unter Einbezug der gemachten Erfahrungen im GHC wieder intensiv aufnehmen wollte.

1.2 Absichten und Rahmenbedingungen klären: Reflexion, Verbindung, Transformation

Als ich also vor gut zweieinhalb Jahren begann, mich mit einem möglichen Thema meiner Forschungsarbeit zu beschäftigen, hatte ich einige zentrale persönliche Anliegen, die damit erfüllt werden sollten: Ich hatte einerseits das Bedürfnis einer systematischen Reflexion meiner eigenen und kollektiven Erfahrungen aus der mehrjährigen aktivistischen Mitgestaltung im Grandhotel Cosmopolis (GHC). Ich hatte mich lange Zeit als performativ Forschende im GHC verstanden und

⁴ Ich war fast ausschließlich unentgeltlich dort aktiv. Lediglich bei Vorträgen und Workshops bei Konferenzen erhielt ich gemäß einer allgemein gültigen Vereinbarung zwischen 30 und 50 % des Honorars als Aufwandsentschädigung.

⁵ Ich hatte Anfang 2015 gemeinsam mit einigen Hoteliers das Dokumentationsprojekt „Gepäckbeförderung“ initiiert (vgl. <http://grandhotel-cosmopolis.org/de/people/die-gepaeckbefoerderung/>, abgerufen am 25.2.2017). Als performative Methode zur Selbstbeforschung des Grandhotel Cosmopolis angelegt, stellten wir Fragen, insbesondere zu den Motiven des Engagements aller Beteiligten („Warum bist du hier?“), deren subjektive Vorstellungen über das Grandhotel („Was ist das Grandhotel für dich?“) und führten reflexive „Expert*innengespräche“ mit den Hoteliers darüber, was die Menschen hier machen und warum es wichtig ist. Angelegt war das Projekt zur Dokumentation der Grandhotel Cosmopolis Peace Conference, die nach konzeptuellen Überlegungen den Höhepunkt der einjährig über die Bundeskulturstiftung geförderten Reflexion und Strukturierung der eigenen Arbeitsweise ausmachen sollte. Ziel war es einmal, Bewusstsein über die eigene Position und das eigene Wirken im GHC zu erweitern, den Austausch der verschiedenen Perspektiven anzuregen und die darin entstehenden subjektiven Bilder über das Grandhotel zu einem großen Ganzen zu collagieren, eben um dem Anspruch auf Unterschiedlichkeit Ausdruck zu verleihen. Aus verschiedenen Gründen konnten wir dieses Vorhaben nicht mit einem Produkt, etwa einer Publikation, zu einem Punkt bringen. Das Projekt der Gepäckbeförderung konzipiere und reflektiere ich im Rahmen einer komplexen Seminararbeit bei Prof. Annette Knaut im Seminar „Theorien des (neuen) soziologischen Kosmopolitismus“ im WS 15/16.

präsentiert (vgl. Kap. 3.2) und wollte mit dieser Forschungsarbeit dem Postulat einer reflexiven Prozessbegleitung (so wie ich es immer als wichtig für das GHC verstanden hatte) gerecht werden. Gleichzeitig wollte ich diese über die Verbindung zu einem gesellschaftlich relevanten Diskurs einer akademischen Fachöffentlichkeit zugänglich machen und zugleich sollte meine analytische Ausrichtung auch für das Projekt relevant sein. Diese Voraussetzungen sah ich in den vielfältigen Verbindungen (personell, strukturell, politisch, symbolisch etc...) des GHC zur Stadtgesellschaft und somit auch zu städtischen Entwicklungsprozessen. Nicht zuletzt galt es, diese Interessen anschlussfähig an universitäre Rahmungen zu machen und so konkretisierte sich mein Vorhaben in der Verbindung zu einem Thema, das mir bis dahin völlig unbekannt war: Postwachstum/*Degrowth*. In dem Forschungsseminar bei Dr. Ulrich Roos mit dem Titel „(Post-)Wachstum und Weltpolitikforschung“ entwarf ich schließlich eine Möglichkeit, alle Interessen miteinander zu verbinden.

1.3 Fragend verändern wir die Welt: Forschungsfragen

„Der Wille, für bestimmte Werte jenseits von Parteifunktionen politisch tätig zu werden und hierbei die Wege einer neuen (Welt-)Gesellschaft zu erkunden, ist Teil der Selbstbefreiung von politischer Lähmung und Passivität auch der Sozialwissenschaften. Wer sich hierzu wertfrei verhalten möchte, trennt Wissenschaft von Gesellschaft und glaubt an ein richtiges Leben im falschen – zum Schaden unserer Demokratie“ (Roos 2019: 58).

Mit der Verbindung dieser vier Grundpfeiler meiner Forschungsarbeit – Aktivismus, Forschung, Stadtgesellschaft und Postwachstum – entflammte meine Begeisterung für wissenschaftliches Arbeiten und qualitatives Forschen nach einer länger andauernden Unzufriedenheit in meiner Rolle als Sozialwissenschaftlerin neu: Inmitten meiner eigenen Lebenswelt realisierte Alternativen für den gesellschaftlichen Wandel zu erforschen, eröffnete mir einen Zugang zu dem alten Wunsch, die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern auch zu verändern (Marx 1978: 7). Gleichzeitig gelang ich über diese Verbindung in eine herausfordernde und stellenweise überfordernde Forschungssituation, deren Bedingungen und Konsequenzen ich an späterer Stelle noch gesondert reflektieren werde.

Ausgehend von einem vagen, sehr weitem Forschungsinteresse im Rahmen der vier Grundpfeiler entstand für mich dann insbesondere über die stetige, reflexiv begleitete Rückkoppelung meiner entworfenen Theoretisierungen in meine empirischen Bezugsfelder – GHC und Postwachstumsdiskussion⁶ – eine Lesart meiner Untersuchungssituation, mit der ich gut öffentlich werden konnte. Dazu kristallisierten sich drei entsprechende Forschungsfragen heraus, die gleichzeitig den Entwicklungsprozess meiner forschenden Arbeit nachzeichnen:

⁶ Auch über meine aktive Beteiligung an der Konferenz Postwachstumsstadt und die Einladung zum Austausch über meine Forschungsarbeit im GHC und den daraus entsprungenen Transformationsbestrebungen.

Wie wird das GHC als sozialer Raum re-produziert? Inwiefern erscheint das GHC als transformativer Möglichkeitsraum? Was sind Bedingungen des Möglichkeitsraums im Spannungsfeld zwischen Verfestigung und Einhegung?

Zur Nachvollziehbarkeit der Genese meiner Forschungsfragen bedarf es der Darstellung meiner ontologischen und epistemologischen Vorannahmen und den meinen Blick prägenden Konzepten. Diese forschungskonstituierenden Bedingungen hoffe ich in den nachfolgenden Kapiteln explizit zu machen.

2 Aneignung großer Begrifflichkeiten: Grundbausteine meiner Forschungsfragen

Mein Untersuchungsinteresse ist von „Beginn“ an geleitet von Fragen, die sich über vielfältige Entscheidungen, stetig erweitertes Kontextwissen und systematische Aneignung meiner Forschungssituation veränderten. Im Prozess dieser Konkretisierung meines Blicks wurden schließlich einige Begrifflichkeiten zu Grundbausteinen meiner Forschungsfragen und zu sensibilisierenden Konzepten⁷ meiner Analysen: *Produktion und Reproduktion sozialen Raumes; urbane Möglichkeitsräume; Transformation; Alltag; Postwachstumsgesellschaft*. Das hohe Abstraktionsniveau dieser Begrifflichkeiten schafft eine relativ offene Rahmung meiner Forschungssituation und ermöglicht mir so ein großes Bild zu skizzieren. Das erscheint mir als ein methodologisch angemessener Umgang mit der Komplexität und Vielschichtigkeit meiner empirischen Bezüge. Damit dieses Bild Aussagekraft erhält und politisch-praktische Bedeutung erlangen kann, bedarf es immer wieder auch der Konkretisierung, Spezifikation und Eingrenzung. Im Folgenden mache ich also die abstrakten Begrifflichkeiten und Konzepte für meine Situationsanalyse brauchbar, ich mache sie zu zentralen Begriffen meiner Forschungssituation: *Was sind Wege der Verfestigung eines transformativen Möglichkeitsraums innerhalb urbaner Raumproduktionsprozesse⁸ im Alltag des GHC?*

⁷ Ich werde später noch auf sensibilisierende Konzepte eingehen. An dieser Stelle schafft Kathy Charmaz (2003) einen ersten Zugang zum Verständnis dieses Forschungswerkzeugs: „Sensitizing concepts offer ways of seeing, organizing, and understanding experience; they are embedded in our disciplinary emphases and perspectival proclivities. Although sensitizing concepts may deepen perception, they provide starting points for building analysis, not ending points for evading it. We may use sensitizing concepts *only as* points of departure from which to study the data“ (Charmaz 2003: Grounded theory: Objectivist and constructivist methods. In N. K. Denzin, & Y. S. Lincoln (Eds.), *Strategies for qualitative inquiry*, 2nd ed., Thousand Oaks, CA: Sage., S. 259; Hervorh. i. O.).

⁸ An späterer Stelle – wenn ich mich konkreter auf das GHC beziehe – entscheide ich mich dazu, von Raumformung statt von Raumproduktion zu sprechen.

2.1 Die (Re-)Produktion urbaner Möglichkeitsräume

Der Ursprung meiner theoretischen Auseinandersetzung mit Stadt und Raum und eine zentrale Inspirationsquelle für diese Arbeit ist das Konzept der Produktion sozialen Raumes, von Henri Lefebvre (1974), das inmitten seiner breiten Stadttheorie Alltag, Kapitalismus und Raum miteinander verbindet. In *La production de l'espace* (1974) theoretisiert er Raum als Ergebnis des Wirkens komplexerer Produktionskräfte und fasst ihn als politisch, prozessual und sozial hergestellt. 1968 erweiterte Lefebvre seine theoretischen Überlegungen mit der politischen Forderung eines Rechts auf Stadt als das Recht auf Aneignung, auf Partizipation, auf Differenz. Insbesondere wegen dieser Querverbindungen wird Lefebvre auch in aktuellen städtischen Bewegungen breit rezipiert, obwohl sich seine Gedanken nicht einfach auf heute übertragen lassen (Vogelpohl 2018: 149). Anne Vogelpohl (2018) sieht in der Verknüpfung zu feministischen Methodologien und Konzepten eine Möglichkeit zur Aktualisierung Lefebvres Arbeiten, zumal es in Lefebvres theoretischen Entwürfen bereits einige Überschneidungspunkte mit zentralen feministischen Ansätzen gibt. Mit einer über eine feministische Lesart erweiterten Konzeption der Produktion des Raumes zu arbeiten, erscheint mir für mein Vorhaben sinnvoll, weil einmal meine methodologischen Forschungswerkzeuge feministisch informiert sind, und sich so konzipieren lassen, um sich mit dem Konzept verbinden zu lassen. Es war aber insbesondere die Erkenntnis im Verlauf meiner Forschungsarbeit, dass originär feministische Konzepte wie die Reproduktion von Gesellschaft über den Alltag für meine analytische Interpretation der GHC Raumproduktion zunehmend relevanter wurden (vgl. Kap. 7 Anschlussstellen), die mich anregten, Lefebvre feministisch denken zu wollen.

Auf den folgenden Seiten möchte ich eine kurze Einführung in die zentralen Gedanken Lefebvres zur sozialen Raumproduktion, deren feministisch gedachte Ergänzungen und ihre Verbindung zu dem Konzept des Möglichkeitsraumes geben.

2.1.1 Die (Re-)Produktion sozialen Raums

Von den Vorstellungen, die notwendigerweise vorhanden sein müssen, um dieses Vorhaben beginnen zu können, ist die Vorstellung über den Raum als leeren Behälter, der sich gleichgültig seinem Inhalt gegenüber verhält, zu aller erst zu durchkreuzen. Lefebvres Nachdenken über Raum kennzeichnet eine „Triplizität“ dialektischer Momente, wodurch statische Gegensätze oder allgemeine Dualismen dekonstruiert werden. So erfasst er Raum gemäß seinen Manifestationen als erfahrenen, erdachten und gelebten Raum. Diese Dreiheit des Raumes soll vermitteln, dass Raum einen komplexen Charakter hat und in die gesellschaftlichen Beziehungen auf allen Ebenen eindringt. Raum konstituiert Gesellschaft und materialisiert sich über die soziale Praxis dieser, „der (soziale)

Raum ist ein (soziales) Produkt“ (Lefebvre 1974). Raum ist für Lefebvre also kontinuierlich sozial hergestellt, reproduziert soziale Verhältnisse und ist damit gesellschaftlich veränderbar. Mit seinem Fokus auf den sozialen Raum als gesellschaftlicher Produktionsprozess geht es ihm letztlich auch um das Verständnis kapitalistischer Produktionsweisen, die maßgeblich von räumlicher Infrastruktur abhängig sind (Ronneberger/Vogelpohl 2014: 255).

Die Vielfältigkeit des Raumes systematisiert Lefebvre entlang von drei Dimensionen der Produktion sozialen Raumes oder der „Wirklichkeit“. Gesellschaftliche Praxis geschieht also inmitten des Zusammenwirkens von *espace perçu*, *espace conçu*, *espace vécu*:

- *espace perçu*, der wahrgenommene Raum, bezieht sich auf die räumliche Praxis als Basis, also Aktivitäten von Personen ebenso wie die materielle Produktion von Gebäuden;
- *espace conçu*, der konzipierte Raum, bezieht sich auf die Wissensproduktion von Räumen durch Worte oder Abbildungen, also auf Vorstellungen des Raumes und gibt Auskunft über das, wie der Raum wahrgenommen werden soll, also auf Repräsentationen des Raumes;
- *espace vécu*, der gelebte/erlebte Raum steht für die subjektive Bedeutungsproduktion des Raumes, die nicht zusammenhängend kodifizierbar sind, also der Raum der Repräsentation (Schmid 2005; Ronneberger/Vogelpohl 2014).

Diese drei Momente der Produktion des Raumes unterliegen einer Gleichzeitigkeit, sie sind also weder voneinander zu trennen noch zu vermischen: Da die einzelnen Dimensionen stetiger Änderungen unterliegen, sind auch ihre Beziehungen zu den anderen Raumdimensionen immer in Bewegung. Dadurch ergeben sich teils widersprüchliche Raumproduktionsprozesse. Über Verschiebungen in dem widersprüchlichen Verhältnis von Raumkonzepten vollzieht sich schließlich – vereinfacht gesagt – gesellschaftliche Veränderung (Vogelpohl 2018: 153). Die Produktion von Raum ist für Lefebvre konfliktreich, also auch politisch umkämpft (Lefebvre 1966: 13ff). Raum wird also nicht durch natürliche oder übernatürliche Begebenheiten konstruiert, sondern durch Interessen und Bedürfnisse gesellschaftlich produziert (Ronneberger/Vogelpohl 2014: 256) und ist dahingehend historisch informiert: „every society [...] produces a space, it's own space“ (Lefebvre 1991: 31). Dieses Raumverständnis impliziert, dass räumliche Veränderungen in Beziehung stehen zu aktuellen sozialen Verhältnissen. Wenn sich die sozialen Verhältnisse also grundlegend verändern sollen, kann dies nur über eine Transformation aller Dimensionen des Raumes geschehen:

„A revolution that does not produce a new space had not realized its full potential; indeed it has failed in that it has not changed life itself, but has merely changed ideological superstructures, institutions or political apparatuses. A social transformation, to be truly revolutionary in character, must manifest a creative capacity in its effects on daily life, on language and on space“ (Lefebvre 1991: 54).

2.1.2 Das Recht auf das städtische Leben als das Recht auf eine Transformation des Alltags

Lefebvres Auseinandersetzung mit Stadt erscheint wie eine stetige Suchbewegung in der Absicht, das Bewusstsein für gesellschaftliche Alternativen zu erwecken (Ronneberger/Vogelpohl 2014: 263).

Die Transformation ist für Lefebvre eine *urbane* Revolution. Mit dem „Urbanen“ meint er die vollständig urbanisierte Gesellschaft, die er als eine in Zukunft *mögliche*, eine auf Komplexität und intensiven Austausch ausgerichtete Gesellschaft in ihren Ansätzen bereits erkennt. Oft auch bezeichnet als *œuvre*, folgt das Urbane keiner rationalen, ökonomischen Logik, sondern mutet eher einem sozialen Kunstwerk an, das durch Zentralität, Gleichzeitigkeit, Begegnungen und Differenz gekennzeichnet ist (Ronneberger/Vogelpohl 2014: 258). Er fasst damit eine Qualität der gesellschaftlichen Wirklichkeit zusammen, die überall entstehen kann und eine verbindende Wirkung auf die unterschiedlichen, voneinander getrennten Dinge hat. „Das mit der Urbanisierung entstehende *œuvre* ist das Ergebnis eines Alltags, in dem die Menschen sich aufgrund kollektiver, selbstbestimmter Raumproduktion auch sich [sic!] selbst verwirklichen können“ (Ronneberger/Vogelpohl 2014: 259).

Mit der politischen Forderung des „Recht auf Stadt“ verbindet er mehr als den Anspruch auf Teilhabe an der aktuellen Stadt. Es geht ihm um das „Recht auf das städtische Leben“ (Lefebvre 2016: 166), was in der Aneignung und Veränderung entsteht. Auf eine tiefgreifende Demokratisierung des Städtischen zielt auch David Harvey (2008), wenn er das Recht auf Stadt als „a right to change ourselves by changing the city“ (Harvey 2008: 23) übersetzt. Gesellschaftliche Veränderung formiert sich für Lefebvre über den „differentiellen Raum“ (Lefebvre 1991: 352ff.) und seine politische Forderung eines Rechts auf Stadt konkretisiert sich in der Annahme, Raum sei politisch (Vogelpohl 2018: 153).

Mit dem Recht auf Stadt koppelt er das „Recht auf Differenz“ (Lefebvre 2008: 109). Differenz steht für Vogelpohl ebenso im Zentrum seiner Gesellschaftskritik wie Raum und Stadt (Vogelpohl 2018: 151). In der Differenz vermutet sie die grundlegende räumliche Qualität, in der das Mögliche (Lefebvres Auffassung einer Utopie) gestaltet werden möchte, weil sie

zugleich ein elementares menschliches Bedürfnis ist. „Die Stadt ist der Ort, der Differenz möglich macht; die urbanisierte Gesellschaft als Zukunftsvorstellung ist die Gesellschaft, in der überall Differenz gelebt wird; und die Produktion des Raumes ist das grundsätzliche Vehikel von Veränderung“ (Vogelpohl 2018: 151).

Lefebvres „Recht auf Stadt“ feministisch weiterzudenken gelingt Vogelpohl über die folgenden zentralen Begriffe, die sowohl in Lefebvres sozialtheoretischen Entwürfen als auch in kritisch-feministischen Ansätzen signifikant sind: Differenz, Alltag, Verwerfen von starrem Denken und Kollektivität (Vogelpohl 2018: 153f.). Diese Begriffe werden von Lefebvre philosophisch gedacht, während sie in feministischen Theorien (forschungs-)praktisch und politisch leitend sind. Darüber hinaus schlägt Vogelpohl drei methodologische Werkzeuge vor, die lefebvre'sch informierte Forschungsansätze erweitern können: Reflexion der eigenen Positionalität, intersektionales Denken als „der Fokus auf die Verschränkung von unterschiedlich gelagerten Differenzkategorien“ (Vogelpohl 2018: 154) und die Anerkennung verschiedener Wissensformen und ihrer politischen Subjekte (ebd.). Auf diese methodologischen Werkzeuge werde ich im Zuge der Darstellung meiner gewählten Forschungsprogrammatik nach Adele Clarke (2012) ausführlicher eingehen.

Vogelpohl schlägt vor, Stadt nicht vorwiegend als umkämpften öffentlichen Raum zu begreifen, sondern in einer feministischen Lesart als „Ort des Alltages, in dem das Zuhause, die Straße, Produktionsstätten, Diskurse von Schönheit und Körper, Verstecke, Erinnerungen, öffentliche Orte, Orte der Reproduktion und vieles mehr verschränkt sind“ (Vogelpohl 2018: 155). Für sie steht der verräumlichte Alltag im Zentrum einer lefebvresch-feministischen Stadtforschung, denn hier lassen sich komplexe Zusammenhänge von Intersektionalität, Positionalität und Kollektivität konkretisieren und politisieren (ebd.).

Diese Lesart fordert mich auf, nicht die „besonderen Ereignisse“ des GHC in meiner Analyse zu fokussieren oder das GHC primär in seiner diskursiven Konstruiertheit als Leuchtturm zu fassen, sondern die banal anmutenden, alltäglichen Re-Produktionsprozesse in den Blick zu nehmen und diese selbst als zentrale Ebene der Transformation zu erkunden.

2.1.3 Transformative Möglichkeitsräume städtischer Gesellschaften

„Was, wenn Stadt sowohl eine wohlgeordnete Welt ist, die von ihren Bewohnern als nahezu unanfechtbarer Beweis für eine bestehende soziale Ordnung erkannt und verstanden wird, und Stadt gleichzeitig einen

„Möglichkeitsraum‘ beschreibt, einen Raum, der in seiner Gestalt, seiner Bedeutung und seinen Nutzungen nicht fix ist, sondern offen für Anfechtungen und Interpretationen?“ (Stavrides 2014: 86).

Den Alltag im Blick hat auch Stavros Stavrides (2014), wenn er die städtische Ordnung als gedeutet, veränderbar und prinzipiell offen für eine urbane Transformation skizziert. Da Transformation immer innerhalb des bestehenden Systems ansetzen muss, brauchen wir hier und jetzt Möglichkeitsräume, die an vielen Orten bereits bestehen und als solche erst wahrgenommen werden müssen oder auch solche, die erst geschaffen werden wollen. Möglichkeitsräume sind grundsätzlich Räume, in denen neue, alternative Praktiken und Handlungsweisen entwickelt und erprobt werden können. Insbesondere für die Diskussion um Postwachstum sind diese wichtig, weil sie die Transformation hin zu einer Postwachstumsgesellschaft *praktisch erfahrbar* machen. „Dies sind die Räume, in denen die postpolitische Situation in Frage gestellt und mit Praktiken einer radikalen Demokratisierung experimentiert wird. Solche Experimente [...] leisten ihren Beitrag zu alternativen Vermessungen und Kartografien des Denkbaren, des Wahrnehmbaren und folglich des Möglichen und Machbaren“ (Swynegedouw 2013: 155).

Der Begriff des *Möglichkeitsraums* ist als Konzept seit den 2000ern in der Stadtplanungsliteratur zu finden. Reiner W. Ernst beschreibt städtische Möglichkeitsräume in seiner Monografie *Räumliche Ressourcen: Architektur im Prozess gesellschaftlicher Verantwortung* (2018) als von städtischen Initiativen und sozialen Bewegungen geschaffene Räume,

„in und mit denen in der Stadt eine soziale und kulturelle Erneuerung zur Stärkung nachhaltiger Lebensweisen und Werte stattfindet oder auf dem Weg gebracht wird. Sie sind Räume der offenen Kommunikation zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, der Experimente und der aufklärenden Vermittlung, der Kooperation und der grenzenüberschreitenden [sic!] Kommunikation auch unter (bisher) Fremden“ (Ernst 2018).

Transformatorische Möglichkeitsräume *sind Laboratorien und Situationen des Experimentierens* mit alternativen Praktiken in einer Gesamtlage, in der die dominante Erzählung eine Alternativlosigkeit zu den aktuellen Verhältnissen propagiert. Inmitten der gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen werden andere Formen sozialen Miteinanders erprobt, es entstehen dementsprechende Organisationsstrukturen und Kommunikationsweisen. Im kollektiven Arbeiten-im-Entstehen wird flüchtig eine Form von Gesellschaft sichtbar, die in ihren Qualitäten zukunftsfähig erscheint. Transformatorische Möglichkeitsräume entstehen durch Selbstermächtigung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, im Umgang mit sich ergebenden Herausforderungen. Darüber kommen die Akteure*innen in Prozesse unbestimmten sozialen Lernens im Tun, aus denen sich eine Haltung des im-gemeinsamen-Machen-voneinander-Lernens kultivieren kann. Als *Lernorte* ermöglichen sie informelles Lernen und schaffen einen Zugang zum Politischen. Das Politische meint hier die aktive, selbstbestimmte Teilhabe an der Um-Gestaltung unserer Gesellschaft.

Möglichkeitsräume schaffen Zugänge, politisch-praktische Erfahrungen zu sammeln, bestehende, hegemoniale Strukturen zu dekonstruieren und andere Pfade gesellschaftlicher Re-Produktion zu ergründen, daraus politische Vorschläge zu erarbeiten und sie in realen Utopien bereits zu skizzieren.

Als *diskursive Räume sozialer Imagination* eröffnen sie auch die Möglichkeit, eine bessere Gesellschaft als die, in der wir gegenwärtig leben, zu visualisieren. Stark normativ aufgeladen provozieren sie (Selbst-)Erfahrungsräume, in denen wir unsere Werte und Einstellungen ändern können, uns als politische Akteurinnen verstehen lernen und daraus eine Motivation der Selbstermächtigung wächst. So kreieren Möglichkeitsräume auch ein *kollektives, politisches Subjekt* was zumindest in Form von *Awareness-Raising* wirkmächtig wird und darüber hinaus transformatorisches Potenzial birgt: In der kollektiven Erfahrung eines anderen Miteinanders erwächst die Möglichkeit, Gemeinschaft nicht nur neu zu denken, sondern auch anders zu verkörpern. So liegt im Alltäglichen das Politische: Als präfiguratives Handeln verstanden, zielt es darauf ab, normative Zukunftsentwürfe für eine gesamtgesellschaftliche Transformation im alltäglichen Handeln zu verankern, also in Bezug auf Formen sozialer Beziehungen, Entscheidungsfindungsprozesse, Kultur etc. zu verkörpern (Konzeptwerk 2017). Damit sind Möglichkeitsräume auch Ausgangspunkte, „von denen ausgehend und gestärkt durch die gesellschaftliche Gegenhegemonie zunehmend Gegenmacht aufgebaut werden kann“ (Schmelzer/Vetter 2019: 222f).

In der Diskussion um *Degrowth*/Postwachstum wird hier von realen Utopien, Freiräumen, *Nowtopias* gesprochen (Schmelzer/Vetter 2019; Muraca 2015; Wright 2017). Ich bevorzuge den Begriff des Möglichkeitsraums für meine Untersuchung des GHCs, weil er eine größere analytische Offenheit gegenüber inhärenten Widersprüchen beinhaltet. Ich denke, dass insbesondere die kritisch-solidarische Thematisierung solcher Widersprüche transformatorisches Potenzial birgt, denn in ihnen finden sich Anhaltspunkte für die Weiterentwicklung solcher Unternehmungen. Sie zeigen konkret, wo nicht-reformistische Reformen (Schmelzer/Vetter 2019) zur Stärkung solcher transformatorischen Inkubatoren notwendig sind und machen so den Transformationsprozess vom Hier und Jetzt hin zu bevorzugten Situationen⁹ sichtbar.

2.2 Transformation

Die Diskussion um *Degrowth* und Postwachstum ist eng verknüpft mit dem Begriff der Transformation. Dabei unterscheiden sich je nach Fluchtpunkt der Wachstumskritik auch die

⁹ Dem Begriffspaar der *bevorzugten Situation* bin ich auf der Konferenz Postwachstumsstadt – Perspektiven eines sozial-ökologischen Wandels die vom 9.-11.5.2019 an der Bauhaus Universität Weimar stattfand in einem Panel von Saskia Hebert erstmals begegnet. Hebert führte die bevorzugte Situation als Motor und Zieldimension transformatorischer Wissenschaft ein.

Vorschläge und Transformationswege hin zu einer Postwachstumsgesellschaft. Ich werde im Folgenden den Transformationsbegriff als solchen näher betrachten und einige Transformationsstrategien ansprechen.

2.2.1 Transformationsbegriff

Der Wandel hin zu einer Postwachstumsgesellschaft wird in den meisten Beiträgen mit dem Begriff der Transformation verbunden (u.a. Brie 2014; Adler 2016; Muraca 2015). Dabei verbleibt meist vage, was in dem jeweils spezifischen Gebrauch unter dem Begriff verstanden wird, weil theoretische Konzeptualisierungen fehlen (Beispiele u.a. in Winkler 2015; Helfrich/Bollier 2019). Eine inhaltliche Qualifizierung und Problematisierung erscheinen jedoch im Kontext der realen sozialen und ökologischen Dynamiken als Voraussetzung, damit eine nachhaltige gesellschaftliche Transformation denkbar und real möglich wird (Reiðig 2014: 107).

Ganz allgemein bedeutet Transformation „Umwandlung“ oder „Umgestaltung“, bestehend aus einem Überschreiten („trans“) auf einen quasi emergenten Prozess und der Formung und Gestaltung („formation“), also gewisser Weise der Ordnung dieses Prozesses (Kluge/Hummel 2006).

In den zumeist sozialwissenschaftlich geführten Diskussionen um gesellschaftlichen Wandel wird der Transformationsbegriff in Rekurs auf Demokratisierungsprozesse *anderswo* als „Adaption und Imitation und als zielorientiertes Handeln im Kontext westlicher Vorbilder verstanden“ (Reiðig 2015: 108, erst in jüngster Zeit auch verstärkt in Bezug auf westliche Gesellschaften). In den besonders ökologisch geprägten Transformationsdebatten wird der Begriff häufig als rein ökologisches, technisch-organisatorisches Projekt interpretiert (ebd.: 109). In der Postwachstumsdiskussion ist insbesondere die Abgrenzung des Transformationsbegriffs zu Begriffen der *Transition* und *Reform* bedeutsam. Transformation meint hier den radikalen Umbau, Rückbau, Aufbau und Wiederaufbau einer Gesellschaft. Transition beschreibt lediglich den Übergang von einem System/einer Struktur in ein anderes System/eine andere Struktur und Reformen beziehen sich auf Veränderungen im bestehenden System, wobei dieses grundsätzlich bestehen bleibt. Allein die Transformation gilt als Möglichkeit zur „radikalen“ gesellschaftlichen Veränderung hin zu einer Postwachstumsgesellschaft, wobei Transition und Reformen Teil dieser sind bzw. sein müssen (Brand 2014).

Rolf Reiðig (2014) arbeitet den Begriff der Transformation als spezifischen Typus sozialen Wandels heraus und macht ihn damit brauchbar für die Analyse transformatorischer Potenziale gesellschaftlichen Handelns. Ausgehend von dessen historischer Typologisierung – maßgeblich geprägt in der Reflexion der „postsozialistischen Transformation“ - identifiziert er dessen Wesensgehalt: Transformationsprozesse zeichnen sich durch einen komplexen, mehrdimensionalen

Übergang zu und der Neukonstitution von Typen sozialer, kultureller, ökonomischer und politischer Ordnung aus. Dieser Wechsel vollzieht sich in einem interdependenten Verhältnis zwischen intendiertem, zweckgebundenem Handeln und evolutionärem, eigendynamischen und nicht steuerbarem Prozess. Sehr treffend erscheint mir seine Beschreibung als „Such-, Lern- und Experimentierprozess“ (Reißig 2014: 56) kollektiver und individueller Akteur*innen mit bestimmten gemeinsamen Zielorientierungen, normativen Leitideen oder geteilten Zukunftsannahmen. Trotz dieser Imaginative zeichnet sich Transformation durch einen ereignishaften, kontingenten und offenen Entwicklungsprozess aus. Transformationsprozesse wachsen vor allem aus dem Inneren von Gesellschaften, können aber auch durch exogene Anstöße oder spezifische Ereignisse begünstigt werden. Dieser Prozess der grundlegenden gesellschaftlichen Umformung vollzieht sich dabei auf unterschiedlichen Ebenen und wird dort von entsprechenden Akteur*innen gestaltet (ebd.: 110).

2.2.2 Konturen einer Transformationsstrategie

Barbara Muraca (2015: 205) differenziert drei Ebenen, die für eine radikale Umformung von Gesellschaft in den Blick genommen werden müssen: die Ebene der *individuellen und kollektiven Praktiken*, die Ebene *gesellschaftlicher Institutionen und Strukturen* und die Ebene des *sozialen Imaginären*. Obwohl in der Postwachstumsdiskussion keine einheitliche Transformationsstrategie visiert wird, gibt es die von allen geteilte Überzeugung, dass im Hier und Jetzt mit der radikalen Umformung begonnen werden muss (Schmelzer/Vetter 2019: 209ff). In dem Spannungsverhältnis zwischen kleinteiligen Praktiken von unten und konkreten Politikvorschlägen und einer gesamtgesellschaftlichen Vision, zeichnet sich für Matthias Schmelzer und Andrea Vetter (2019) ein Ausgangspunkt für die Konturen einer Transformationsstrategie ab (Schmelzer/Vetter 2019: 207f.). Sie skizzieren drei komplementäre Strategien, die im Zusammenspiel auf diesen Ebenen agierend die Transformation zur Postwachstumsgesellschaft ausmachen: Freiräume ausweiten, nicht-reformistische Reformen durchsetzen und Gegenhegemonie aufbauen (Schmelzer/Vetter 2019: 206ff).

Das soziale Imaginäre ist nach Serge Latouche (2015b) der komplexe Bedeutungszusammenhang, der den gesellschaftlichen Zusammenhalt legitimiert. Beim sozialen Imaginären geht es um die Grundlage tiefer Überzeugungen, etablierter Werte und das fundamentale Selbstverständnis einer Gesellschaft, das sie zusammenhält (Muraca 2015: 205). Das soziale Imaginäre stellt somit den Legitimations- und Rechtfertigungshintergrund von Praktiken, Handlungen und Institutionen im weiteren Sinne dar und ist damit für eine gesamtgesellschaftliche Umformung zentral. Nach Latouche hat die Wachstumsideologie lange Zeit das soziale Imaginäre in modernen Industrienationen kolonisiert, also die Vorstellung, dass Wachstum wünschenswert, notwendig und im Wesentlichen unendlich sei

dominiert unsere (mentalen) Infrastrukturen (Latouche 2015b; Schmelzer/Vetter 2019: 223) anhaltend. Für eine Transformation (insbesondere, wenn diese demokratisch verlaufen soll) bedarf es also zunächst einer *Dekolonisierung des sozialen Imaginären*. Das bedeutet, dass wir uns einmal von dem beherrschenden Wachstumsparadigma emanzipieren und gleichzeitig eine Gegenmacht aufbauen müssen, die im Sinne eines gegenhegemonialen *common sense*, eines alternativen Alltagsverständes, gesellschaftliche Veränderung hin zu einer solidarischen Lebensweise stärkt (ebd.: 225). Dazu brauchen wir ver-öfentlichte Alternativerzählungen, die erfahrbar gemacht und die über die Bezugnahme zu (gesamt-)gesellschaftlichen Krisensituationen politisiert werden.

Solche Erzählungen entstehen auf der Ebene der individuellen und kollektiven Praktiken etwa in den beschriebenen Möglichkeitsräumen, oder auch in der kollektiven Produktion von postkapitalistischen *Nowtopias* und sozialen Bewegungen (Schmelzer/Vetter 2019: 219). Veränderte individuelle Praktiken sind häufig, aber nicht notwendigerweise Teil dieser kollektiven Freiraum-Ansätze (Schmelzer/Vetter 2019: 216) und werden ebenfalls als erforderlich für die Befreiung des Imaginären verstanden. Als andere Arten, mit sich selbst und der Welt in Beziehung zu gehen, können sie sich auf alle möglichen Bereiche des Lebens beziehen, z.B. Arbeit, Versorgung, Ernährungs- und Lebensweise. Strategisch werden individuelle Postwachstumspraktiken als positive Leitbilder formuliert, anstatt als negativ konnotierte Einschränkungs- und Verzichtsappelle (ebd.: 216). Dabei wird als de-politisierend kritisiert, wo individueller Verzicht als zentrale Bedingung für die Transformation gesehen wird und damit der Blick auf die anderen Ebenen gesamtgesellschaftlicher Veränderung vernachlässigt wird (Brand 2014; Schmelzer/Passadakis 2011).

So ist die Ebene gesellschaftlicher Institutionen, Strukturen und Politiken insbesondere zur Verallgemeinerung dieser kooperativen Nischenexperimente und zur Überwindung von Wachstumsabhängigkeit innerhalb der gegenwärtigen Infrastrukturen und Institutionen bedeutsam (Schmelzer/Vetter 2019: 221). Während die Freiraumstrategien auf eine Veränderung von unten zielen, liegt hier der strategische Fokus auf der Entwicklung von Vorschlägen zur Veränderung und Neukonstitution von Politiken und Institutionen, die ein postwachstumsgesellschaftliches Leben strukturieren (ebd.: 219). Hier geht es um die schrittweise Reform von Gesetzen, Normen, Infrastrukturen und Institutionen, die langfristig zur Veränderung des Gesellschaftssystems führen können (ebd.: 208).¹⁰

¹⁰ Die hier konturierten Strategien ermöglichen eine grobe Vorstellung dessen was wünschenswert, gangbar und erreichbar wäre. Sie sind jedoch nicht losgelöst von den Herausforderungen zu denken, die sich aus der gegenwärtigen realpolitischen, ökonomischen und ökologischen Krisenerfahrungen ergeben und deren Bewältigungsansätze diesen Strategien teils diametral entgegenstehen (Schmelzer/Vetter 2019: 227f.).

Meinen analytischen Betrachtungen liegt also ein Verständnis von Transformation zugrunde, das im weitesten Sinne eine emanzipatorische Postwachstumsgesellschaft fordert, was bedeutet, dass ökonomische, ökologische, soziale und politische Fragen grundsätzlich simultan verhandelt werden. Dabei wird entscheidend sein, wie diese Fragen zukünftig vor dem Hintergrund demokratischer Legitimationsprobleme diskutiert werden und welche Konsequenzen sich daraus für die zukünftige Ausgestaltung demokratischer Verfahren ergeben (Roos 2019: 55). Letztlich wird diese Transformation nur gelingen und einen nachhaltig gesamt-gesellschaftlichen Umbau entfalten, wenn es sich um eine dezidiert *demokratische* Transformation handelt: „Eine Transformation jetziger Wachstums- zu Postwachstumsgesellschaften muss sowohl eine *demokratische* Transformation sein als auch [...] eine Transformation *der Demokratie selbst*“ (Bohmann/Muraca 2016: 290).

Eine alles umfassende, langfristig ausgerichtete Unternehmung, wie es die demokratische Umformung zur Postwachstumsgesellschaft fordert, muss notwendigerweise konkrete Vorschläge für Veränderungen auf den jeweiligen Ebenen entwickeln, um realisierbar zu werden. Mit meiner Forschungsarbeit zielen ich auf die Untersuchung von Raum(re-)produktionsprozessen des GHC hinsichtlich ihrer Potenziale für die Ebene „urbaner Transformation“. Dabei verstehe ich Städte nicht als isolierte Transformationsgegenstände¹¹ sondern als (kommunal-)politische Handlungsräume, die zumindest im deutschsprachigen Raum durch das Prinzip kommunaler Selbstverwaltung zu zentralen, prozessgestaltenden und -koordinierenden Transformationsarenen werden sollten. Dabei sind Städte „in Abhängigkeit von der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung, im Rahmen von politischen Kontexten, ökonomischen Funktionen oder allgemeinen soziokulturellen Trends zu interpretieren“ (Kemper/Vogelpohl 2011: 22).¹² Strategien der Umgestaltung zielen auf dieser Ebene auf eine umfassende Re-Politisierung der Bürger*innen und ihres alltäglichen, kommunalen und lokalen Handelns (Roos 2019: 55). Qualitative Sozialforschung als Transformationsforschung kann im Hier und Jetzt ausgehend von empirischen Bezugspunkten alternativer sozialer Prozesse „Wissen über die grundlegenden Fakten der Weltsituation auch jenseits wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Eliten (mit-)teilen“ (Roos 2019: 56) und Vorschläge formulieren, die zur Demokratisierung von Stadtgestaltung beitragen (vgl. Wright 2017).

¹¹ Ich grenze meinen Blick damit entschieden ab zu der mittlerweile weitreichenden Perspektive der „Eigenlogik der Städte“: Eigenlogik verweist darin auf eine allgemein herrschende Struktur der Städte, die nicht auf individuelle Handlungen oder gesamtgesellschaftliche Bedingungen zurückgeht, sondern in einem „gewachsenen Kanon routinierter und habitualisierter Praktiken“ (Löw 2010: 613) zu finden ist. Martina Löw versteht Stadt als das Ergebnis von lokalen, kulturellen Praktiken, die es zu verstehen gilt, um die „Eigenart einer Stadt zu begreifen“ (Löw 2010: 606). Damit wird die „Eigenlogik der Stadt“ zur Interpretationsfolie, um individuelles Handeln oder Verhalten auf kulturelle Spezifika der Stadt zurück zu führen – und umgekehrt. Damit geht der Versuch einher, ‚Stadt‘ als einen eigenständigen Forschungsgegenstand zu habitulieren das Städtische somit als von dem Gesamtgesellschaftlichen getrennt zu betrachten und somit auch als isolierten Transformationsgegenstand zu konzeptualisieren (Kemper/Vogelpohl 2011: 19f.).

¹² Städte wurden in der jüngeren Transformationsdebatte und in der internationalen Transition-Literatur bisher eher vernachlässigt. In den letzten Jahren ist die transformationsdiskursive Auseinandersetzung tiefer und breiter geworden

Ich ziele in meiner Untersuchung deshalb auf das Verständnis von Bedingungen eines transformativen Möglichkeitsraums, weil ich darin verallgemeinerbare Voraussetzungen für die nachhaltige, längerfristige Realisierung einer Postwachstumsgesellschaft vermute. Gleichzeitig erachte ich es als notwendig, die Bedingungen, die zur Reproduktion einer wachstumszentrierten Gesellschaft beitragen, empirisch in meiner Forschungssituation mit zu erfassen um darauf aufbauend alternative Vorschläge zu diskutieren.

Welche forschungsleitenden Implikationen ergeben sich daraus für eine Sozialforschung, die für sich beansprucht, emanzipatorische Wirkung zu haben? Was könnten entsprechende sozialtheoretische Vorannahmen sein, die unseren forschenden Blick für transformatorische Potenziale öffnen?

3 Das Allgemeine im Besonderen finden können: Raum(re-)produktionsprozesse des Grandhotel Cosmopolis untersuchen

„Moving across levels of the particular and abstract, trying to avoid a transcendent purchase on the object of study, we set ourselves up for necessary failure in order to learn how to find our way into postfoundational possibilities“
(Lather 2017: 246).

Diese Fragen leiten mich als Forscherin in einem offenen Suchprozess nach Ansätzen einer emanzipativen Wissenschaftspraxis. Zukunftsweisende sozialtheoretische Grundannahmen sehe ich gegenwärtig vornehmlich in der pragmatischen Soziologie der Chicagoer School, dem Symbolischen Interaktionismus, der Interpretativen Analytik im Sinne der Foucault'schen Diskursanalyse und dem materialistischen Feminismus.

Im Folgenden gehe ich – wenn auch stark verkürzt – auf wesentliche Bedingungen ein, die diese Forschungsarbeit begründen. Dazu werde ich meine zentralen Forschungsfragen ausformulieren und empirisch wie sozialtheoretisch verankern. Dabei beabsichtige ich meine ontologischen Überzeugungen, meine methodologische Haltung und meinen epistemologischen Anspruch sichtbar zu machen. Eher beiläufig skizziere ich dabei auch meine an Adele Clarke (2012) und Kathy Charmaz & Antony Bryant (2007) angelehnte, poststrukturalistische Lesart der GTM, auf die ich im *Kap. 5.1 Situationsanalysen durchführen* noch explizit eingehen werde.

3.1 Zur Konstitution meines forschenden Blicks

Ich forsche, weil ich überzeugt davon bin, dass wir das historisch gewordene soziale Leben besser verstehen müssen, um mögliche zukunftsweisende Varianten der Gegenwart entwerfen zu können.

Mein Verständnis vom sozialen Leben ist geprägt von Erfahrungen, die ich in der Welt, mit anderen Menschen gemacht habe, von dem Nach-Denken und dem Aus-Tausch darüber ebenso wie vom systematischen Denken anderer. In meinen forschenden Betrachtungen – ob systematisch wissenschaftlich oder im Alltäglichen – bediene ich mich intellektueller Vorleistungen, Konzepte geben mir Orientierung, in meinen sozialen Welten zu handeln. In unterschiedlichen Situationen meines Alltags, mit meinem Kind auf dem Spielplatz oder in Arbeitssituationen ziehe ich diese Konzepte heran – absichtsvoll oder völlig unbewusst – um mit deren Hilfe neue Erfahrungen einzuordnen, situativ zu verstehen und in entsprechender Weise zu reagieren. In meinen sozialwissenschaftlichen Betrachtungen leitet mich die Auffassung, dass dem Sozialen kein verdeckter, vorhergehender Sinn zugrunde liegt, sondern die Bedeutung vielmehr im Sozialen selbst entsteht, wenn dieses von Menschen ge- und bedeutet wird (Blumer 1973) oder auch diskursiv formatiert und strukturiert wird (Reiner Keller in Clarke 2012: 13). Das Soziale wird also permanent (re-)produziert dadurch, dass Menschen aufgrund von Bedeutung handeln (Blumer 1973). Die Bedeutungsproduktion hat sowohl epiphänomenale wie materielle Konsequenzen für unsere Wirklichkeiten (Clarke 2012: 49). Damit erscheint soziale Wirklichkeit als aus fluiden, unbestimmten Prozessen bestehend, die wiederum durch multiple Perspektiven auf diese Prozesse und daran anschließende Handlungen ständig (re-)produziert wird (Charmaz 2011: 92 im Anschluss an Anselm Strauss). Handeln ist damit immer in gewisser Weise vorstrukturierte Interaktion, „ein Ensemble aus Handlungen, die sich auf mögliches Handeln richten“ (Foucault 2005: 286). Im Sinne einer poststrukturalistisch informierten *Grounded Theory* Methodologie richte ich mein Untersuchungsinteresse konsequenterweise auf ein Verständnis der verschiedenen (möglichen) Handlungsprozesse zur sozialen (Re-)Produktion der Situation.

3.1.1 Die Situation der GHC-Raum(re-)produktion verstehen

„Der richtige Anfangspunkt ist [...] nicht Struktur, sondern Aktivität. Das, was einer Gemeinschaft den Charakter einer Gesellschaft gibt, ist nicht Struktur, sondern ihre Kapazität, gemeinsam zu *handeln*‘ und das Leben besteht aus *Menschen, die handeln*“ (Park 1927: 15; Prus 1994: 16, zit. nach Dellwing/Prus 2012: 19).

Die Frage „*Wie wird das GHC als sozialer Raum re-produziert?*“ zielt darauf, die *Bedingungen* der „sozialen Ganzheit“ (vgl. Clarke 1991) des GHC prozessual herauszustellen. Informiert über das Konzept der Situationsanalyse von Adele Clarke fasse ich meinen Untersuchungsgegenstand als Situation und mache „das Verständnis ihrer Elemente und ihrer Beziehungen zum primären Ziel der Untersuchung“ (Clarke 2012: 24). Ich gehe grundlegend davon aus, dass die Bedingungen der Situation in der Situation enthalten sind und diese nicht etwa nur kontextuell beeinflussen, sondern relational die Situation begründen (Clarke 2012: 112). Das bedeutet,

„dass alles, was sich in der Situation befindet, so ziemlich alles andere, was sich in der Situation befindet, auf irgendeine (oder auch mehrere) Weise(n) konstituiert und beeinflusst. Alles was sich tatsächlich in der Situation befindet oder auch nur so aufgefasst wird, bedingt die Handlungsmöglichkeiten, konstituiert 'die Möglichkeitsbedingungen'" (Clarke 2012: 114 im Anschluss an Foucault 1993).

Wenn ich nach den Bedingungen der *sozialen Raum(re-)produktion des GHC* frage, verorte ich mein Erkenntnisinteresse der Beforschung von gesellschaftlicher Transformation auf der Meso- bzw. Organisationsebene. Hier nehme ich die Arena der GHC-Raumproduktion in den Blick, d.h. ich fasse und analysiere das GHC als kollektive Akteurin (soziale Welt) in ihren vielfältigen, sich verändernden Beziehungen zu anderen sozialen Welten und Arenen und frage nach den als folgenreich verstandenen Praktiken und Diskursen. Praktiken sind Tätigkeitsaspekte des Lebens und konstituieren grundlegende Prozesse des Handelns und Wandels (Clarke 2012: 92). Mit Keller & Truschkat (2013: 30) im Anschluss an Foucault verstehe ich „Diskurse als historisch entstandene und situierte, geregelte Aussagepraktiken, welche die Gegenstände konstituieren, von denen sie handeln“. Über die systematische Betrachtung von Praktiken und Diskursen, die das Soziale und darin enthaltene Subjektivitäten konstituieren, wird das „erkennende Subjekt“ mit Foucault dezentralisiert und „Schemata, die es in seiner Kultur vorfindet und die ihm vorgegeben, von seiner Kultur, seiner Gesellschaft, seiner Gruppe aufgezwungen sind“ (Foucault 2003: 889) gelangen in den analytischen Fokus und ermöglichen ein Verständnis sozialer, institutioneller und organisatorischer Dimensionen. Hier werden soziale Welten relevant, die als Diskursuniversen gemeinsam geteilte Perspektiven erschaffen¹³ (Mead 1938/1972: 518) und „die wichtigsten affiliativen Mechanismen, durch die Menschen soziales Leben organisieren“ (Clarke 2012: 86) darstellen. Sie sind Schauplätze organisierender Praktiken (Castellani 1999: 254-255 zit. nach Foucault 2003), in denen Macht-Wissensbeziehungen interagieren und darüber interpretative Strukturen im Diskurs verkörpern (Clarke 2012: 96f. im Anschluss an Foucault; Gubrium/Holstein 1997:117). Damit ist das, was als wirklich und möglich von Handelnden wahrgenommen wird durch gesellschaftliche Wissensvorräte und institutionelle Gefüge historisch vorstrukturiert (Keller/Truschkat 2013 #2D: 34).

Dementsprechend gliedert sich auch meine subjektive Perspektive in einen begrenzbaren Horizont möglicher Perspektiven ein. Das, was ich gegenwärtig über die GHC-Raum(re-)produktion wissen kann, basiert auf bereits bestehenden Wissensbeständen und -Vorräten. Wenn andere Perspektiven auf das von mir mit-geteilte Wissen Bezug nehmen (auch in deutlicher Abgrenzung dazu) erweitert sich mein subjektiver Wissenshorizont über den mir bisher zugänglichen Teil hinaus.

¹³ „'Diskursuniversen' werden in der Praxis sozialer Gruppen konstituiert und können als ermöglichende, aber auch einschränkende Strukturierungen der gesellschaftlichen Aussageproduktion verstanden werden“ (Viehöfer, Willi/Keller, Reiner/Schneider, Werner (Hrsg.) (2013): *Diskurs. Sprache. Wissen. Interdisziplinäre Beiträge zum Verhältnis von Sprache und Wissen in der Diskursforschung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 12).

Über meinen Analysefokus auf Situationen erfasst meine Untersuchung auch Verschränkungen von Mikro-, Meso- und Makroebene. Dadurch öffnet sich mein Blick über die Handlungs- und Prozessebene hinweg auch für nichtmenschliche Elemente (Truschkat 2013: 75). Ich berücksichtige sie auf materielle und diskursive Weise und verstehe sie als handlungsmächtige Akteure/Aktanten (Clarke 2012: 104). Beispielsweise lassen sich so die wirkmächtigen Allianzen in Systemen kapitalistischer Logik erhellen und deren Bedeutung für die Veränderung des GHC verstehen. Lefebvres Überzeugung teilend, dass eine kapitalistische Produktionsweise (und ihre Überwindung) ohne spezifische Verhältnisse nicht denkbar wäre, ziele ich analytisch darauf, die widersprüchlichen, konfliktreichen und politisch umkämpften Beziehungen zwischen den Elementen zu begreifen, innerhalb derer das GHC gemacht wird. Damit problematisiere ich auch die dominierende Darstellung vom Sozialen als Beziehungen zwischen Menschen (Schatzki et al 2001: 11).

„Wenn man die ‚Handlungsfähigkeit‘ der nicht-menschlichen Elemente ‚sieht‘, die in der Situation präsent sind, dann wird dadurch das Selbstverständliche der Situation aufgebrochen; so entsteht die von Mead (1973 [1934]) betonten Momente des begrifflichen Bruchs, durch die wir die Welt ganz neu sehen können“ (Clarke/Keller 2011: 116; Hervorheb. i. O.).

Konsequenterweise dürfen in einer poststrukturalistisch ambitionierten Untersuchung auch solche Elemente nicht ausgeschlossen werden, die sich weder als menschlich noch als nichtmenschlich konzeptualisieren lassen, sogenannte Hybride oder *Cyborgs* oder Wasauchimmerfürwelche. Alle haben sie Eigenschaften und ihr Eigenleben (Clarke 2012: 104f.).

Der Blick auf Raum als soziales Produkt ermöglicht es mir letztlich trotz der sozialtheoretischen Fundierung meiner analytischen Arbeit disziplinäre Grenzen zu öffnen, Anschlussstellen zu schaffen und meine Perspektive als eine unter vielen Möglichen auch zur Verhandlung zu stellen.

3.1.2 Das GHC als transformativen Möglichkeitsraum konzeptualisieren

Mit der Frage „*Inwiefern erscheint das GHC als transformativer Möglichkeitsraum?*“ konkretisiere ich mein Forschungsinteresse, indem ich meinen Fokus auf die Potenziale des GHCs für eine Transformation zur Postwachstumsgesellschaft lenke. Das *Wie* befragt hier im doppelten Sinne einmal die Art und Weise *meiner methodischen Praxis* und außerdem die eigensinnigen *Darstellungen der beforschten sozialen Welt* und unterstreicht damit die Situiertheit von Wissen der Forschenden und Teilnehmenden gleichermaßen. Über die *Konzeptualisierung* als Möglichkeitsraum situiere ich das GHC in der Postwachstumsdiskussion, was folgenreich für meine Bedeutungskonstruktion ist und unbedingt (selbst-)kritisch reflektiert werden muss (vgl. dazu *Kap. 5 Alltägliche GHC Raumformungsprozesse untersuchen*). Über diese Begründung meines Untersuchungsgegenstandes grenze ich mein analytisches Interesse ein und untersuche solche

Bedingungen, die ich als Potenziale für die Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft bewerte, also solche, die das GHC für mich zum transformativen Möglichkeitsraum machen.

Dem liegt die Überzeugung zugrunde, dass es keine einzige, objektive Wahrheit in der Betrachtung kollektiven Handelns gibt: Wahrheit ist „immer eingebunden in selektive menschliche Perspektiven auf die Welt; wahr ist das, was funktioniert, und zwar sowohl auf der Ebene des individuellen Denkens und Handelns wie auch beim kollektiven 'Denken' und Handeln“ (Keller 2012: 39f.). Somit erscheint Wahrheit in der Betrachtung des sozialen Lebens als kontingent, verhandelbar und partiell. Als Wirklichkeitsforscher*innen müssen wir anerkennen, Wahrheit nie abzubilden, sondern ‚lediglich‘ zu re-repräsentieren (Smith 2004: 511). Damit sind wir als Wissen-Schaffende keine unschuldigen Entdecker*innen: „In Wirklichkeit müssen wir *unbescheidene Zeugen* werden, zugestanden verkörperte Wissende, und neue, ja, radikale Vorstellungen davon produzieren, was gewusst werden kann und sollte“ (Clarke 2012: 64, Hervorhebung im Original). Hier ist es mir wichtig, zu differenzieren, dass nicht ‚wahr‘ sein darf, was lediglich subjektiv empfunden werden kann: Was als wahr gelten will muss innerhalb einer geteilten Sinnwelt intersubjektiv Sinn ergeben¹⁴ (Franke/Roos 2013: 20). Perspektiven auf geteilte Situationen sind vielfältig und auch wenn ich nicht denke, dass sie alle gleichermaßen die Situation beeinflussen, so sind sie doch alle irgendwie ko-konstitutiv.

Intersubjektives Verstehen wird über den Einbezug geteilter Konzepte ermöglicht. Damit Bedingungen der Situation also zu konstitutiven und reproduktiven Bedingungen eines Möglichkeitsraumes werden, müssen sie als solche empirisch gedeutet werden, in ihren relationalen Eigenschaften beschrieben, umfassend erläutert und über den Vergleich zu sensibilisierenden Konzepten für weiterreichende Theoretisierungen brauchbar gemacht werden. Über meine Interpretation und die Interpretationen der Forschungsteilnehmenden versuche ich, individuelles Handeln und individuellen Sinn in größere soziale Strukturen und Diskurse einzuordnen, auch um relevante Verhältnisse zu benennen. Ich bin davon überzeugt, dass ich in etwas Kleinem etwas sehen kann, was von allgemeinem Interesse sein könnte: Ein Ausdruck subjektiver Bedeutung kann Aufschluss auf eine dahinter liegende Ideologie geben; Handlungen Einzelner können soziale Konventionen oder Machtbeziehungen reproduzieren. Ich suche also nach den Annahmen/Vorstellungen, auf deren Grundlage in einer Forschungssituation Handeln und Sinn konstruiert wird (Mey 2011: 184ff.). Dabei verwende ich vorhandene theoretische Konzepte im Sinne Blumers als Forschungswerkzeuge und nicht als formgebende Theorien:

¹⁴ Dabei wird von Lefebvre mitberücksichtigt, was viele kritisch orientierte Sozialwissenschaftler*innen bei ihren Analysen von Räumlichkeit gesellschaftlicher Beziehungen vernachlässig(t)en: Räumliche Anordnungen selbst produzieren auch einen sozialen Sinn und können in einem Wechselverhältnis zwischen räumlichen Anordnungen und sozialen Beziehungen verstanden analysiert werden (Ronneberger/Vogelpohl 2014: 253).

„A sensitizing concept lacks such specification of attributes or bench marks and consequently it does not enable the user to move directly to the instance and its relevant content. Instead, it gives the user a general sense of reference and guidance in approaching empirical instances. Whereas definitive concepts provide prescriptions of what to see, sensitizing concepts merely suggest directions along which to look“ (Blumer 1954:7).

Theoretisierungen sind Überlegungen und systematisierende Reflexionen, die an konkrete empirische Beobachtung anschließen, aber über diese hinausgehen. Mit ihnen versuche ich, das Beobachtete auf seine vielfältigen Sinngehalte hin zu befragen und in daraus abgeleiteten Begriffen und Konzepten weiter zu denken. Es ist „ein fortlaufender Prozess der Erzeugung sensibilisierender Konzepte, des gegenstandsverankerten Theoretisierens, provokanten, wenn auch provisorischen Analysierens“ (Clarke 2012: 35). Dazu arbeite ich mit den von Clarke vorgeschlagenen Maps, in denen ich die Daten analytisch aufbreche und dann in Memos relational interpretiere. Dabei nimmt die konzeptionelle Dichte ausgehend von den ungeordneten Situationsmaps hin zu Positionsmaps kontinuierlich zu (Truschkat 2013: 82). Mithilfe analytischer Fragen an das empirische Material, mit Abduktionen und Abstraktionen, ständigen Vergleichen und der Reflexion durch Schreiben verknüpfe ich so „empirical observation with imaginative interpretation“ (Bryant/Charmaz 2007: 46). Fortlaufende Literaturrecherchen und erweiternde empirische Datenerhebungen i. S. des *Theoretical Samplings* begründen den analytisch-interpretativen Prozess. Dabei geht es grundsätzlich um das Herausarbeiten von multiplen Positionen und heterogenen Darstellungen (Clarke 2012) und um die Bestimmung der Breite der Variation (Charmaz 2011) ohne dabei eine einfache Zusammenfassung von Inhalten zu produzieren. Vielmehr hat meine analytische Praxis die foucaultsche Richtung der reinen Beschreibung als „Zergliederung, Sortierung, Kommentierung, Kontrastierung und Zusammenführung im Hinblick auf Muster oder Regelmäßigkeiten“ (Keller 2008: 70) zum Vorbild. Wie ich dann das Gesehene be-greife, welche Bedeutungen es (für mich) entwickelt, resultiert aus dem In-Beziehungen-Bringen der erfassten Elemente in ihrer ko-konstitutiven Situation (vgl. Clarke 2012: 107). In Memos erschaffe ich relationale Beschreibungen, die eine situative Logik fokussieren und eine spezifische Kohärenz konstruieren, die Dreyfus & Rabinow (1994) sehr passend zu fassen vermögen:

„Wir versuchen die Praktiken unserer Kultur zu verstehen, Praktiken, die per Definition Interpretationen sind. Sie verkörpern ganz buchstäblich und handfest eine historisch gebildete ‚Lebensform‘ (um Wittgensteins Wendung zu gebrauchen). Diese Lebensform hat kein Wesen, keine Festigkeit, keine verborgen zugrundeliegende Einheit. Gleichwohl hat sie ihre eigene spezifische Kohärenz“ (Dreyfus/Rabinow 1994: 155).

3.1.3 Im Spannungsfeld zwischen Verstetigung und Einhegung: Bedingungen des Möglichkeitsraumes GHC theoretisieren

Diese „Lebensform“ – und ich kann den Begriff hier auch durch den des Möglichkeitsraums ersetzen – verstehe ich nicht als kontingent, sie ist durchzogen von Widersprüchen, Multiplizitäten, Ambivalenzen und ganz generell Produkt komplexer interaktionaler Prozesse. In der Situationsanalyse geht es also darum, „Ausprägungen von Bedeutungen *innerhalb* bestimmter Situationen zu verstehen“ (Clarke 2012: 71, Hervorhebung im Original). Clarke spricht dabei immer wieder von der Relevanz der Anerkennung von Verschiedenheiten und hebt dabei die Darstellung der Bedeutungen, die Verschiedenheit aber auch Gleichheit außerhalb „allgemein anerkannter und vorhandener Theorien“ für Menschen haben kann, hervor (Clarke 2012: 70f.). Dieser methodologische Fokus der Situationsanalyse ist für mich ein Sozialforschung demokratisierendes Moment, weil so eindimensionalen – wenn auch kritischen – Darstellungen, die immer auch hagiographisch sind, etwas hinzugefügt wird (Clarke 2012: 99).

Mit meiner dritten zentralen Forschungsfrage „*Was sind Bedingungen des Möglichkeitsraums GHC im Spannungsfeld zwischen Verstetigung und Einhegung?*“ spanne ich einen Bedeutungshorizont auf, der mir ermöglicht, Schlüsselbedingungen der GHC-Raumproduktion in ihren unterschiedlichen Bedeutungen in Bezug auf das Konzept des Möglichkeitsraums zu untersuchen. Dabei interessieren mich insbesondere solche Konstellationen von Zwängen, Chancen oder Ressourcen, die die transformatorischen Potenziale des GHCs verstetigen oder einhegen (Clarke 2012: 96f. im Anschluss an Foucault). In diesen situativen *Möglichkeitsbedingungen* eröffnen sich plurale Antworten auf die Frage „Wie können sich Dinge von hier aus weiterentwickeln?“ (Clarke 2012: 96 im Anschluss an Foucault). In ähnlicher Weise aber mit einem anderen Fokus nehme ich auch „die verschiedenen *interaktionalen Prozesse* – Aushandlung, Überredung, Manipulation, Erziehung, Drohung und faktischer Zwang – von jeweils unterschiedlicher Prominenz“ (Strauss 1993: 250, Hervorhebung im Original) in den Blick. Die zentrale Frage meiner Analyse lautet hier: *Welche Handlung findet hier statt?* (Clarke 2012: 97, Charmaz 2006)

Während der analytischen Ordnung meiner interpretativen Beschreibungen der empirischen Daten erkannte ich, dass sich viele Elemente der Situation in sehr unterschiedlichen Qualitäten im Hinblick auf das transformatorische Potenzial darstellen lassen: abhängig von ihrer jeweiligen Verbindung zu anderen Elementen der Situation erscheinen sie mir als Möglichkeitsraum eröffnende, erhaltende oder eben verschließende, einhegende Bedingungen. Diese dritte Forschungsfrage ist – wie alle anderen Fragen auch – gewachsen und hat sich diesbezüglich verändert, als dass ich hier nicht nach strukturellen Bedingungen suche, die ich aus meiner Perspektive als Forscherin a priori situieren

würde (Clarke 2012: 106f. im Anschluss an Strauss). Aus diesem Grund verzichte ich auf ihre Zuordnung zu Kernkategorien und diskutiere stattdessen Schlüsselbedingungen innerhalb ihrer reproduktiven Spannungsverhältnisse, die sich nicht ohne Weiteres auflösen lassen. Dazu richte ich meine „empirische Fokussierung auf die Situation als Ganzes und die Untersuchung von Unterscheidungen, die dort aus der Perspektive verschiedener Akteure gemacht werden“ (Clarke 2012: 107). Die in komplexen Widersprüchen verwobenen Potenziale und Grenzen des GHC als transformativer Möglichkeitsraum werden darin sichtbarer und so erscheint es mir angemessen, sie als umkämpfte Bedingungen herauszustellen, statt sie vorzeitig final zu bewerten und in vereinfachende Rückschlüsse zu verpacken.

Eine zentrale Herausforderung ist es, meinen Untersuchungsgegenstand in der lefebvre'schen Dialektik zu begreifen, die als eine Art des Denkens verstanden werden kann, das explizit an den allen Dingen und Prozessen inhärenten Widersprüchen interessiert ist. In ihnen sind vermittelnde Möglichkeiten für die Zukunft zu suchen, die parallel zur Analyse der Gegenwart (die als historisches Produkt verstanden wird) mitgedacht werden (Ronneberger/Vogelpohl 2014: 261). In Form von Ergänzungen¹⁵ möchte ich diese vermittelnden Möglichkeiten stellenweise herausarbeiten. Diesen Akt verstehe ich nicht als Belehrungen, Empfehlungen oder Hilfestellungen für die Praxis, sondern als Erweiterung des situativ als möglich Gesehenen oder besser: Besprochenen. Im Bewusstsein meiner eigenen Unzulänglichkeit, auch aufgrund meines partiellen Wissens über den Forschungsgegenstand und den ihn kontextualisierenden Diskursen, verstehe ich diesen Eingriff als emanzipatorischen Akt sozialwissenschaftlicher Forschung. So versuche ich, teils große, scheinbar unhinterfragte, hegemoniale Erzählungen (innerhalb der Arena der GHC-Raumproduktion) zu irritieren und damit den Blick wieder zu erweitern: *Wo finden sich soziale Poren eines urbanen Möglichkeitsraums im GHC? Wo sind sie verschlossen, wie könnten sie wieder geöffnet werden?* Außerdem erhoffe ich mir über die Diskussion der Spannungsverhältnisse vielfältige Anschlussstellen, an denen das GHC oder auch vergleichbare Möglichkeitsräume im Hinblick auf die Transformation zur urbanen Postwachstumsgesellschaft weiterentwickelt werden können.

Mit diesen grundlegenden Überzeugungen verabschiedete ich mich von der Idee, sozialwissenschaftliches Forschen sei nur von Qualität, wenn sich die Befunde in theoretische Formhüllen gießen lassen oder sich aus qualitativ erhobenen Daten neue, in sich geschlossene Theorien formulieren lassen. Ich stimme mit Norman Denzin (1992: 23) überein: „wie die Interaktion ist die Gesellschaft ein emergentes Phänomen, ein Rahmen für die Konstruktion der verschiedenen Formen

¹⁵ Auch wenn ich bemüht bin, diese Ergänzungen entsprechend theoretischer Überlegungen aus wissenschaftlichen Quellen zu gewinnen, so zeugt meine Auswahl unweigerlich auch von meinen eigenen Interessen, Überzeugungen, Urteilen und Absichten, die ich als forschende Aktivistin mit Blick auf das Große und Ganze im GHC entwickelte.

des sozialen Handelns. Eine umfassende Theorie von etwas niederzuschreiben, das sich stets und ständig verändert, ergibt keinen Sinn.“ Gleichmaßen ist es unmöglich, universell gültige Kriterien zu verfassen, unter denen wir über Qualität wissenschaftlicher Arbeit urteilen können, da diese ebenfalls gesellschaftlich konstruiert und veränderbar sind: „Reliabilität, interne und externe Validität, Objektivität, Repräsentativität usw. sind menschengemachte Beurteilungskriterien, die immer angreifbar bleiben werden“ (Roos 2013: 319). So bleibt mir, die Situiertheit von Wissen radikal anzuerkennen und in meinen Wirklichkeitskonstruktionen über methodische Instrumente der Reflexivität von Positionalität als Forscherin „sichtbarer (zu) werden und Verantwortung (zu) übernehmen für, in und durch unsere Forschung“ (Clarke 2012: 56).

3.2 Aktivistisches Forschen. Überlegungen zu transformativen Wissen(schafts)spraxen

„Es geht darum, die Welt zu verändern, eine Wahl zu treffen zwischen verschiedenen Lebensweisen und Welt-auffassungen. Um dies zu tun, muss man handeln, muss begrenzt und schmutzig sein, nicht transzendent und sauber. Wissensproduzierende Technologien, einschließlich der Modellierung von Subjektpositionen und der Wege der Besetzung solcher Positionen, müssen immer wieder sichtbar und offen für kritische Eingriffe gemacht werden“ (Haraway 2002: 362).

Aus meinen bisherigen Erfahrungen in *Grounded Theory* gestützten Forschungsprojekten, über meine langjährige aktivistische Arbeit und über meine Auseinandersetzung mit wissenschaftsethischen Fragestellungen, denke ich über Aspekte transformativer Wissensspraxen nach. Im Folgenden skizziere ich dazu einige Überlegungen, die mir im Hinblick auf eine verantwortliche Forschung, das Selbstverständnis des forschenden Subjekts und der gesellschaftlichen Relevanz von transformativer Wissenschaftlichkeit bedeutend erscheinen. Meine Darstellung verbleibt entsprechend meiner eigenen Entwicklung an dieser Stelle fragmentarisch, nichtsdestotrotz aber elementar, um mein Forschungsprojekt zu verstehen.

Insbesondere die Auseinandersetzung mit herrschaftskritischen Konzepten, post-kolonialen Perspektiven und feministischen Theorien sensibilisierte mich hinsichtlich der Verwobenheit von Wissenschaft, Alltagsleben und Machtverhältnissen. Über meine aktivistische Arbeit erfuhr ich, wie mein Denken und Sprechen ein direkt politisches Wirken mit-beeinflusste. Mein Engagement in Situationen wissenschafts-aktivistischer Wissensspraxen¹⁶ prägt wechselseitig meine ontologischen und wissenstheoretischen Überzeugungen und fordert mich auf/heraus, die ethisch-politische Verantwortung meiner Forschung zu reflektieren. Dies führt mich direkt zur Problematisierung

¹⁶ Ich spreche hier von Wissensspraxen, um unterschiedliche Formen der Wissensproduktion miteinzuschließen (z.B. über Wissenschaft, Alltagserfahrung, Aktivismus, etc) und als realitätsbildende Praxen anzuerkennen.

meiner privilegierten Sprecherinnenposition und zu Versuchen der Demokratisierung von wissenschaftlichen Prozessen. Allem voran steht die Frage, *zu welchen gesellschaftlichen Realitäten meine Forschung beiträgt und beitragen soll?*

Ich gehe grundlegend davon aus, dass ich als Forscherin selbst verantwortlich dafür bin, wie ich Untersuchungssituationen konstruiere, interpretiere und analysiere¹⁷. Ich verpflichte mich der Rechenschaft gegenüber diesen Situationen, und so ist entscheidend, bestmöglich explizit zu machen, was die konstitutiven Bedingungen meiner Art zu Forschen sind, also auch, welche sensibilisierenden Konzepte, Erfahrungen oder Vor-Bilder meine Interpretationen inspirieren. Das bedeutet für mich auch, dass ich die Regeln, an denen ich meine Arbeit ausrichte offenzulegen bemüht bin ebenso, wie ich den Arbeitsprozess nachvollziehbar gestalten möchte (Franke/Roos 2013: 22f.). Sichtbarer zu werden ist auch deshalb von großer Bedeutung für die beforschte Situation, weil ich mich als Forscherin in einer hochpolitischen, weil gesellschafts-gestaltenden und potenziell verändernden Arbeit verstehe.

Jede Forschung ist *politisch*. Als Forschende arrangieren wir Forschungsprozesse, die unter existierenden strukturellen Bedingungen stattfinden, und über Perspektiven, Privilegien, Positionen, Interaktionen, über die Körper und geografischen Standorte der Forschenden beeinflusst sind (Charmaz 2011: 184). In meiner reflexiven Haltung gegenüber den eigenen Handlungen, gegenüber Situationen und Teilnehmenden im Forschungssetting und gegenüber meinen eigenen Analysen zielen ich darauf, mir den der Forschung zugrundeliegenden Bedingungen bewusst zu werden. In meinen Situationsanalysen suche ich nach Annahmen, auf deren Grundlage Akteur*innen handeln und Sinn konstruieren. Ich mache einer interpretationsbedürftigen Welt Vorschläge, wie diese in ihren Darstellungen verstanden werden kann. Es geht nicht darum, einen möglichen oder gar einen richtigen Weg nachzuzeichnen, sondern darum, eine Vielzahl von Perspektiven aus der Situation zu beleuchten und darin das Verstehen von Verschiedenheiten und Komplexität in ihren heterogenen Engagements zu bestärken (Clarke 2012: 100). In der Visualisierung von heterogenen Perspektiven (einschließlich meiner Position als Forscherin) sehe ich ein demokratisierendes Moment machtdurchzogener Forschungsbeziehungen. Dabei habe ich die Macht und die Verantwortung, das, was in herkömmlichen Darstellungen implizit und stumm verbleibt, durch meine Analyse sichtbar zu machen. Ich interessiere mich auch für die hintergründigen Bedingungen der Perspektiven und dabei insbesondere für solche Bedingungen, die das Sichtbarwerden bestimmter Perspektiven verhindern (Clarke 2012: 99, zit. nach Foucault 2003). Damit erhalten die von mir dargestellten

¹⁷ Dabei weiß ich um die Zwänge unter denen gegenwärtige Wissenschaft stattfindet und möchte bei der Fokussierung auf die subjektive Verantwortung nicht die Notwendigkeit kollektiver oder institutioneller Veränderungen verkennen.

Perspektiven eine substanzielle Bedeutung; würden sie hingegen ohne ihre konstitutiven Bedingungen als oberflächlich „gleichberechtigte“ Blicke auf die soziale Wirklichkeit präsentiert werden, würde ich damit ihre wirkungsvollen Machtverhältnisse in der Realität verschleiern und damit noch Dominanzverhältnisse stärken. Gleichzeitig bin ich mir der unzähligen Weisen, wie sich die Aspekte einer Situation in ihren verschiedenen Bedeutungen für einige Menschen nachteilig auswirken können, nicht bewusst (Clarke 2012: 115). Es gibt überall ‚blinde Flecken‘ oder Orte des Schweigens, an denen implizite Akteur*innen/Aktanten¹⁸ die Situation wirkmächtig miterschaffen. Es erfordert Offenheit, mich mit den darin enthaltenen, potenziell schwierigen Themen auseinanderzusetzen und weiter, mit meiner Datenauswahl überhaupt erst zu ermöglichen, dass die (fehlenden) Bedeutungen einiger dieser Aspekte überhaupt erst explizit für die beforschte Situation berücksichtigt werden können (Clarke 2012: 116).

Nicht nur als Forschende, auch als Akteur*innen einer beforschten Situation üben wir Macht über andere aus. *Wer spricht über wen und mit welcher Absicht? Was wird warum erzählt? Welche implizierten Annahmen ergeben sich aus den Fragen, die ich stelle?* Es erscheint mir unverantwortlich, wenn eine Interviewanalyse keine Rückschlüsse auf das forschende Subjekt fordert, um den abgesteckten Betrachtungsrahmen nachvollziehbar zu machen. Ich habe als Forscherin eine Position inne, in der ich gesellschaftliche Wirklichkeit mit-formen kann. Meine Verantwortung als Wirklichkeitsgestaltende erstreckt sich für mich dabei nicht nur auf die Dimension der Wissensproduktion, sondern ebenso auf die der Distribution.

Die Vermittlungsthematik führt mich zu einer weiteren zentralen Implikation für meine Art, über transformative Wissenspraxen zu denken: Ich erkenne an, dass jede Wissensproduktion eine Realität schaffende oder verändernde Intervention darstellt. Weil Forschung als Repräsentation immer eine Abweichung vom Repräsentierten kreiert, ist sie immer auch *ästhetisch* (Exo 2015: 290). „Ästhetische Ansätze gehen mit dieser Unvermeidlichkeit bewusst um und wählen eine Form für die subjektiv-interpretative Darstellung aus“ (Exo 2015: 290) und machen damit Forschung als politischen Aktanten explizit, weil sie die Subjektivität offen thematisieren. Ich zähle Clarks Mappingansätze in jedem Fall zu ästhetischen Formen analytischer Praxis, weil sie

¹⁸ Implizite Akteur*innen sind für CLARKE zweierlei Art von Akteur*innen, die einmal „physisch anwesend sind, aber im Allgemeinen von den Machthabern in der betreffenden sozialen Welt oder Arena zum Schweigen gebracht/ignoriert/unsichtbar gemacht werden. Zum anderen jene, die in einer gegebenen sozialen Welt nicht physisch anwesend, sondern allein diskursiv konstruiert sind. Sie werden konzipiert, repräsentiert und möglicherweise auch zum Ziel der Tätigkeit jeder anderen. Daher sind sie diskursiv anwesend“ (Clarke 2012: 87). Entscheidend ist, dass keine dieser impliziten Akteur*innen aktiv an den Aushandlungsprozessen der Selbstdarstellungen und der kollektiven Sinngebung der sozialen Welten beteiligt sind. Sie werden von den Akteur*innen, die größere Macht besitzen nicht zur Teilhabe oder zur Selbstrepräsentation zu ihren Bedingungen aufgefordert und ihre Wahrnehmungen werden ignoriert oder zum Schweigen gebracht (Clarke 2012: 87). Implizite Aktanten sind wie Menschen physisch oder/und diskursiv in der untersuchten Situation anwesend. Das bedeutet, „menschliche Akteur*innen konstruieren diskursiv routinemäßig (individuell und/oder kollektiv als soziale Welten) nichtmenschliche Aktanten aus ihren eigenen menschlichen Perspektiven“ (Clarke 2012: 88).

Mehrdimensionalität von Zusammenhängen abbildbar machen und über die Visualisierung der Forschenden diese in ihrer gestaltenden Position explizit darstellen¹⁹. *Wie kann ich aber meine Darstellung gestalten, um in entsprechender Weise auch von meinen Ergebnissen zu sprechen?*

Mein Nachdenken über diese Frage führte mich zum Ausprobieren von aktionsbasierten, partizipativen, performativen Forschungsansätzen mit der Absicht, mich mit meiner Forschung auf den Boden zu holen, mich verständlich zu machen, mich in meinem Interesse zu zeigen und dessen situationsspezifische Relevanz öffentlich zur Diskussion zu stellen. Mich reizt Forschung, in der herkömmlich gültige Grenzen zwischen Forschung, Bildung und Aktivismus situativ und im Prozess verschwimmen, ich als beobachtende Teilnehmerin, politisch engagierte Konfliktforscherin und Performerin von Wissen gleichberechtigt agieren kann und darf. Ich experimentiere mit methodischen Werkzeugen des kollektiven Wissensaustauschs „von unten“, weil ich ihnen generell ein großes emanzipatorisches Potenzial unterstelle, wenn Forschungsfragen, Methodik, Prozess und Ergebnisvermittlung entsprechend der Bedürfnisse der Beteiligten und in der Logik der aktivistischen Praxis bestimmt werden (Hamm 2013: 63). Gleichzeitig weiß ich um die Gefahr der Manipulation, Instrumentalisierung und Paternalisierung die damit einhergeht sowie die epistemologische Problematisierung solcher Ansätze von Seiten akademischer Institutionen, die nicht-normale Wissenschaftspraxis häufig delegitimiert.

Aus diesen Gründen muss eine selbst-verantwortliche Wissenspraxis immer *dialogisch* sein und ich versuche, in unterschiedliche Richtungen und durch teils sehr verschiedene Techniken mit den „Elementen meiner untersuchten Situation“ ins Gespräch zu kommen und gemeinsam meine Forschung weiterzudenken: Im kritischen Selbst-Befragen während meiner interpretativen Analyse der Datenmaterialien, in Formaten zum Austausch über meine Forschungsarbeit, durch meinen Werkstatt-Beitrag für eine Tagung zur Postwachstumsstadt, in der diskursiven Situierung über meine Beteiligung an einem Sammelband zum Thema „Nachhaltigkeit. Transformation. Postwachstum“. Wie Marion Hamm (2013) ihre Doppelrolle zwischen Aktivistin und Ethnografin reflektiert, suche auch ich „aktiv nach Wegen, eine hybride Position einzunehmen, die sowohl im Feld des Aktivismus als auch im Feld der Universität angesiedelt ist und so den Dialog zwischen beiden begünstigt“ (Hamm 2013: 67).

Eine reflexiv-aktivistische Wissenspraxis ist sich der Kolonialität von Wissen bewusst also beachtet auch die mit der Wissensproduktion verknüpften, wissenspolitischen und historischen Zusammenhänge und beleuchtet so den Standpunkt der eigenen Forschung. Wissen ist verwoben mit

¹⁹ Für weitere Beispiele vgl. Denzin et al. 2008: 12, z.B. kritische Autoethnographie, Kurzgeschichten, Gespräche, Fiktion, fotografische Essays, fragmentierte und mehrlagige Texte.

gesellschaftlichen Hierarchien und damit einhergehend sind bestimmte Privilegien, Ressourcen und Anerkennungsverhältnisse mit Wissen aufgeladen. Eine transformative Wissenschaftspraxis bekennt sich zur eigenen Situiertheit, ihrer eigenen, institutionell eingeschriebenen Kolonialität und ist an einer Produktion von Wissen und Wirklichkeit interessiert, die ausschließende Wissensordnungen durchquert und damit neue Zugänge zu Wissen schafft (in ähnlicher Weise argumentieren Mig-nolo/Exo für eine dekolonialisierende Wissenschaftspraxis).

Diese Gedanken bewegten mich im GHC mit performativen Formaten der Wissensproduktion und einer prozessbegleitenden, kollektiven Selbstreflexion zu experimentieren. *Die Gepäckbeförderung* und *der Ortswechsel* waren zwei Projekte, in denen wir versuchten, Alltagswissen transformativer Möglichkeitsräume zu systematisieren und in entsprechender Sprache auch wieder in das Feld zurück zu spielen.

Letztlich sind es nicht nur die Zugangsweisen und Formen der Repräsentation von Wissen, sondern ganz generell auch die Themen, die wir beforschen. *Was sind die Forschungsgegenstände mit transformativen Potenzialen? Aus welchen Wissensvorräten sind sie informiert? Wo wollen wir sie in ihren komplexen Bezügen thematisch verorten?*

Im Folgenden werde ich den erweiterten Forschungsstand meiner Untersuchungssituation auffächern, um dann immer weiter zu differenzieren, wo ich mein Forschungsprojekt diskursiv einordne.

4 Forschungsstand

Über die Reflexion eigener aktivistischer Erfahrungen, über die Auseinandersetzung mit theoretischen Konzepten und über die Rückkoppelung meiner Überlegungen in die empirische Welt formte sich mein Erkenntnisinteresse sozusagen während meines Forschungsprozesses. Ich habe also nicht „zu Beginn“ nach einer „Forschungslücke“ gesucht, und danach ausgerichtet meine Fragestellungen formuliert, sondern bin in Interaktion mit meiner Untersuchungssituation getreten, mit der Absicht, im Dialog das Transformationswissen auf beiden Seiten, als Wissenschaftlerin und Aktivistin, zu erweitern.

Mein Forschungsgegenstand lässt sich über meine bereits ausformulierten Fragestellungen rahmen und hat sich ebenso wie diese Fragen in meinem Forschungsprozess entwickelt. Gegenwärtig – so lässt es sich auf den Punkt bringen – interessiere ich mich für transformative Prozesse städtischer Raumformung auf der Ebene kollektiver Akteur*innen und Institutionen und im Besonderen, für Bedingungen ihrer Verstetigung.

Wenn ich von *Raumformung* spreche und damit voraussetze, dass urbane Transformation *gestaltbar* ist (und potenziell die Logik einer kapitalistischen Re-produktion überwinden kann), spreche ich aus einer klar privilegierten Position einer weißen, akademisch gebildeten, Mittelstands-Europäerin, die von einer bayerischen Großstadt stadtgesellschaftlichen, relativen Wohlstands aus auf Stadtproduktion blickt. Die Bedeutung eines solchen Blicks ist vor dem Hintergrund weltgesellschaftlicher Dominanz von prekären Städten durchaus kritisch zu befragen. Schließlich ermöglicht mir meine privilegierte Position aber auch, mich in kritisch-solidarischer Weise mit meiner eigenen Lebenswelt auseinanderzusetzen.

Im Folgenden versuche ich einen Überblick darüber zu geben, *wo wer über was und wie gegenwärtig Ansätze diskutiert, die für eine Transformation von Stadtproduktion im Sinne der Postwachstumsdiskussion* relevant sind. Dabei erhebe ich keinen Anspruch auf eine vollständige Darstellung aller relationalen Aspekte, sondern beziehe mich insbesondere auf *Soziale Welten und Diskursarenen, Akteur*innen, Diskurse und Praktiken zur Re-Politisierung urbaner Gestaltung*. Ich möchte verstehen, wo diese Ansätze ansetzen und auf welche andere Logiken sie treffen?

Ich schaffe damit einen Kristallisationspunkt meines Interesses, der über interdisziplinäre Bezüge informiert ist, aber darüber hinaus reicht. Ich bemühe mich also die verschiedenen konstituierenden Perspektiven zu skizzieren. Dabei gehe ich auf aktuelle wissenschaftliche Diskussionen, Projektberichte und Theoretisierungen im deutschsprachigen Raum ein. Aufgrund der Transdisziplinarität des Arbeitsfeldes und der Relevanz von praxisorientierten Projekten bespreche ich den aktuellen Forschungsstand nicht entlang disziplinärer Grenzen. Es erscheint mir sinnvoller, meine systematische, den Forschungsprozess stetig begleitende Anreicherung von Wissen über die und aus meiner untersuchten Situation heraus nachvollziehbar zu machen. Mit der so entstehenden Ordnung hoffe ich einen Überblick über die hier besprochenen Diskurse, Praxen und Theoretisierungen zu geben und mögliche Anschlussstellen zum Weiterdenken und -handeln aufzeigen zu können. Eine disziplinäre Organisation dieser Wissensbestände scheint auch deswegen unsinnig, weil insbesondere die zum Ende des Kapitels dargestellte Transformationsstrategie transdisziplinär gedacht und durchgeführt werden.

Ich möchte den Lesenden nicht verheimlichen, dass ich mich bei der Anreicherung von Kontextwissen insbesondere solche Beiträge interessieren, die sich um die Re-Politisierung von Stadtgestaltung bemühen. Die Strukturierung des Forschungsstandes scheint darum auch stark beeinflusst über meine normativen Absichten. Um eine sinnvolle Argumentation zu begünstigen, beginne ich zunächst mit der Bezugnahme auf Wachstumskritik, skizziere dann einige zentrale Aspekte der gegenwärtigen Postwachstumsdiskussion, um im Anschluss bestehende transformative Ansätze in dieser verorten zu

können. Dieser etwas artifizielle Eingriff erscheint mir legitim, weil die gegenwärtige Diskussion zur urbanen Transformation keine dezidiert wachstumskritische ist, aber insbesondere im Hinblick auf die Forderung nach einer umfassenden Re-Politisierung von Stadtgestaltung argumentative Überschneidungen aufweist. Das Kapitel zum städtischen Leben einer Postwachstumsgesellschaft ist also kaum über Beiträge informiert, die sich explizit der Postwachstumsdiskussion zuordnen ließen, vielmehr wage ich hier den Versuch, die Diskussion über Beiträge zur Transformation zur Postwachstumsstadt anzureichern.

4.1 Wachstumskritik

Das Fundament meines Forschungsgegenstandes, oder mit Clarke gesprochen: meiner Untersuchungssituation, bildet eine *Wachstumskritik*, die sich in Bezugnahme auf eine Vielfachkrise des globalen Kapitalismus (Demirović et al. 2011) ausformuliert. Die sich gegenseitig bedingenden und stärkenden Krisenzusammenhänge umfassen demnach alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens: die Ökonomie (Finanzmarktcrash, Beschäftigungskrise, Staatsverschuldungen), die Ökologie (globale Erderwärmung, Verlust von Biodiversität, Erschöpfung von fossilen Energieressourcen) und die soziale Reproduktion (Sorgearbeit/Care, soziale Sicherheit, öffentliche Daseinsvorsorge) (Bauriedel/Wichterich 2014: 1). Viele Wachstumskritiker*innen sprechen auch von einer Krise der liberalen Demokratie, die sich aus dem Wachstumsdogma als Leitreferenz aller politischen Sinnstiftungen und großen Erzählungen der letzten zweihundert Jahre entwickelt habe (Roos 2019: 51).

Angestoßen über den einflussreichen Bericht von Meadows et al. (1972) *Limits to Growth* an den Club of Rome²⁰ formulierte sich in den letzten vierzig Jahren eine breit aufgestellte Debatte zur Wachstumskritik:

„Wir sind überzeugt, dass eine klare Vorstellung über die quantitativen Grenzen unseres Lebensraums und die tragischen Konsequenzen eines Überschießens seiner Belastbarkeit dafür wesentlich ist, neue Denkgewohnheiten zu entwickeln, die zu einer grundsätzlichen Änderung menschlichen Verhaltens und damit auch der Gesamtstruktur der gegenwärtigen Gesellschaft führen“ (Meadows et al. 1972, zit. nach Les Convivialistes 2014: 7)..

Entlang entsprechender weltpolitischer Ereignisse erstarkte die Kritik am herrschenden Wachstumsimperativ und die Auseinandersetzung mit Ursachen, Folgen und Veränderungsmöglichkeiten immer wieder neu, so wie insbesondere nach dem Ausbruch der

²⁰ kritisch dazu positionieren sich Schmelzer & Passadakis: „Doch die wenigen Ansätze für notwendig Veränderungen in diesem Buch sind alles andere als emanzipatorisch: Der Bericht bezeugt ein ausgesprochen hierarchisches Gesellschaftsbild, einen für die Zeit typischen Steuerungsoptimismus, der als Ratgeber für die globalen Eliten auf ihr wohlmeinendes Handeln setzt, und argumentiert für technologische Lösungen, die von oben durchgesetzt werden sollen (top-down)“ (Schmelzer/Passadakis 2011: 59f.).

Weltwirtschaftskrise 2007 oder im Anschluss an die Pariser Klimakonferenz 2014. In den letzten Jahren hat sich so eine beachtliche Anzahl an wissenschaftlichen Beiträgen und Berichten praktischer Ansätze zu einem eigenen Diskurs formiert. Wachstumskritische Positionen bieten teils sehr unterschiedliche Begründungen an, warum ein Festhalten am nach wie vor auch politisch-medial propagierten Wirtschaftswachstum nicht zukunftsweisend ist. Die Kritik erscheint anschlussfähig für unterschiedlichste Denkart und entlädt sich quer zu allen politischen Lagern (für Überblicke siehe Schmelzer/Passadakis 2011: 61ff.; Muraca 2014; Muraca/Schmelzer 2017). „Das liegt nicht zuletzt daran, dass ‚Wachstum‘ inhaltlich und politisch unterbestimmt ist und das diffuse Unbehagen an gefühlt zunehmenden Steigerungszwängen mit fast allen politischen Grundhaltungen verknüpft werden kann“ (Schmelzer/Vetter 2019: 18). In den meisten Beiträgen zentriert sich die Wachstumskritik in der Ablehnung des BIP-Wachstums als wesentlichstes gesellschaftspolitisches Ziel und als Fortschrittskriterium für Länder des globalen Nordens (Adler 2016: 11; Seidl/Zahrnt 2010: 29). Nicht so in regierungsberatender Wachstumskritik, die ist – zumindest in Europa – weitestgehend auf eine Weiterentwicklung des BIP ausgerichtet, im Zuge dessen soziale oder nachhaltige Wachstumsmodelle sowie angemessene Wohlstandsindikatoren konzeptualisiert werden (Schmelzer/Passadakis 2011: 61ff.). Konservative Wachstumskritiker rechtfertigen ihre Forderungen nach Sozialabbau und einer „kulturellen Erneuerung“²¹ über den Mythos, Staat und Bürger hätten „über ihre Verhältnisse gelebt“ (Schmelzer/Passadakis 2011: 62). Die Vorstellungen zur Postwachstumsgesellschaft von Seidl/Zahrnt (2010) ergeben sich aus einem Fokus auf die ökologische Frage bei gleichzeitiger Wachstumsunabhängigkeit. Fragen nach sozialer Verteilung bleiben in ihrer liberalen Wachstumskritik weitestgehend unbesprochen (Seidl/Zahrnt 2010). Kapitalismuskritische Wachstumskritik formuliert sich ausgehend von sozialer sowie ökologischer globaler Ungleichheit und Ungerechtigkeit aufgrund der diagnostizierten imperialen Lebensweise einer globalen Mittel- und Oberschicht und deren „kosmopolitischer Plünderungsökonomie“ (Schmelzer/Passadakis 2011: 10). „‚Wachstum‘ steht hier für ein übergreifendes Merkmal (Steigerungsdynamik) der autodynamischen Reproduktionsweise (Dörre et al. 2009) spätmoderner kapitalistischer Gesellschaften, ihrer Kultur und ‚imperialen Lebensweisen‘ (Brand/Wissen 2011), ihres Wohlstands- und Fortschrittsverständnisses“ (Adler 2016: 3). In diesen Gesellschaften scheint Wirtschaftswachstum insbesondere über ein Wohlstandsversprechen sozial legitimiert und für den Erhalt einer Konsumkultur notwendig gemacht.

Unter der Überschrift Postwachstum/*Degrowth* versammeln sich verschiedene wachstums- und gesellschaftskritische Positionen und unterschiedliche theoretische wie praktische Ansätze, die in der Suche nach entsprechenden Alternativen und als Teile eines gemeinsamen Diskursraums

²¹ Siehe dazu <http://www.kulturelleerneuerung.de/>, zuletzt abgerufen am 11.7.19.

zusammengedacht werden (Schmelzer/Vetter 2019: 18; Demaria et al. 2013). Matthias Schmelzer & Andrea Vetter (2019) unterscheiden analytisch sieben Stränge der Kritik, die der Postwachstumsdiskussion zugrunde liegen: 1. Ökologisch, 2. Sozial-ökologische, 3. Kulturelle, 4. Kapitalismus-, 5. Feministische, 6. Industrialismus sowie 7. Süd-Nord-Kritik (ebd.).

4.2 Postwachstumsdiskussion: Grundüberzeugungen, Visionen und Transformationsvorstellungen

„In einer Degrowth-Gesellschaft wird alles anders sein: andere Aktivitäten, andere Energieformen, die anders eingesetzt werden, andere Beziehungen, andere Geschlechterrollen, eine andere Aufteilung der Zeit zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit, andere Beziehungen zur nichtmenschlichen Welt“ (D’Alisa et al. 2016: 20).

Die *Fokussierung auf notwendige Veränderungsprozesse* unterscheidet die Postwachstumsdiskussion von anderen gesellschaftspolitischen Theorien (Schmelzer/Vetter 2019: 146). Dabei basiert das, was jeweils unter Postwachstum/*Degrowth* verstanden wird, zumeist auf einer spezifischen Wachstumskritik und der Skizzierung dessen, was eine Postwachstumsgesellschaft ausmacht (Schmelzer/Vetter 2019: 148ff.). Grundsätzlich fasst Postwachstum eher einen „provisorischen Zustand“ als eine „soziale Bewegung“ (Muraca 2017: 9) und Konzepte für eine Postwachstumsgesellschaft zeichnen keinen Idealzustand, sondern unterstützen die „offene, unabgeschlossene, politisch umkämpfte und teils auch widersprüchliche Suchbewegung“ (Schmelzer/Vetter 2019: 175) gesellschaftlicher Transformation. Diese Suche fokussiert zwar den globalen Norden als Wachstumstreiber, muss aufgrund der globalen Krisenerfahrungen aber über weltgesellschaftliche Alternativen nachdenken. Eine Definition, die für meine forschende Arbeit hilfreich erscheint, ist die des Konzeptwerks Neue Ökonomie et al. (2017):

„Degrowth steht für einen Transformationspfad hin zu Formen des Wirtschaftens und der gesellschaftlichen (Selbst-)Organisation, in denen das Wohlergehen aller im Zentrum steht und die ökologischen Lebensgrundlagen erhalten werden. Dies schließt eine grundlegende Veränderung der alltäglichen Praxis im Umgang miteinander und einen umfassenden kulturellen Wandel ebenso ein wie eine Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise mit ihren Wachstums-, Wettbewerbs- und Profitzwängen“ (Konzeptwerk et al. 2017: 108f.).

Neben der Wachstumskritik ist die Postwachstumsdiskussion also auch Diskursuniversum für unterschiedliche *Visionen* und *Transformationsvorstellungen*. Die Schmelzer/Vetter (2019) als Strömungen kategorisieren (Schmelzer/Vetter 2019: 22f.). Mit Bezug auf deren jeweilige Kritik und politische Stoßrichtung, unterscheiden sie fünf Strömungen, die teilweise miteinander verwoben erscheinen: 1. Institutionenorientierte, 2. Suffizienzorientierte, 3. Commons- und alternativökonomisch ausgerichtete, 4. Feministische und 5. Kapitalismus- und globalisierungskritische Postwachstumsströmung (ebd.: 151ff.). Für mein Untersuchungsinteresse

sind Inhalte und Argumente aus allen Strömungen relevant und ich konkretisiere sie an entsprechenden Stellen innerhalb meiner analytischen Arbeit.

An dieser Stelle möchte ich darauf eingehen, was Schmelzer & Vetter als allen Strömungen *gemeine Kernelemente* einer Transformation zur Postwachstumsgesellschaft fassen (Schmelzer/Vetter 2019: 158):

1. Globale ökologische Gerechtigkeit

Im Kern der Vision einer Postwachstumsgesellschaft stehen ökologisch nachhaltige, sozial gleichere weltgesellschaftliche Verhältnisse. Ausgehend von unserer gegenwärtigen imperialen Lebensweise (Brand/Wissen 2017) setzt dieser Anspruch eine „Deprivilegierung derjenigen Menschen voraus, die aktuell die Kosten ihrer Lebensweise auf andere Lebewesen anderswo oder in die Zukunft auslagern“ (Schmelzer/Vetter 2019: 160). Eine „Abwicklung“ „überentwickelter“ kapitalistischer Gesellschaften und die imperiale durch eine solidarische Lebensweise zu ersetzen, erscheint aufgrund des nicht verallgemeinerbaren Naturverbrauchs unerlässlich (ebd.). Der Fokus auf globale Gerechtigkeit impliziert Strategien des „Begrenzens und Teilens“ mit dem Ziel einer „richtigen Dimensionierung“ (*right-sizing*) und bedeutet auch das Entstehen gegen Rassismen und Abschottungsstrategien des globalen Nordens (ebd.: 161). Wenngleich die wirtschaftliche Schrumpfung nicht das Ziel von Postwachstum ist, und Postwachstum nicht gleich das Gegenteil von Wachstum ist, so erscheint die Wachstumsrücknahme als notwendige Konsequenz, weil Wirtschaftswachstum nicht ausreichend von Materialdurchsatz (der Verbrauch von Rohstoffen und Energie) zu entkoppeln ist (Schmelzer/Vetter 2019: 24f.; Kallis 2018: Kap. 3.1).²² Effizienz, Konsistenz und Suffizienz werden als Strategien zur „grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung begriffen, die sich nur unter veränderten politischen Rahmenbedingungen, gesellschaftlichen Institutionen und Eigentumsverhältnissen verwirklichen lässt“ (Schmelzer/Vetter 2019: 163).

2. Soziale Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und ein gutes Leben

²² Es gibt neben dieser Perspektive auch Vorschläge, gegenüber der Frage der Zunahme oder Reduktion des BIP agnostisch zu bleiben (Raworth 2018: Kap. 7). Aufgrund der unpassenden Bewertungseinheit des BIP als quantitative Größe wird z.B. der Begriff „a-growth“ gebraucht (Latouche 2015a). Oder Postwachstum wird als Wachstumsunabhängigkeit verstanden (z.B. Seidl/Zahrnt 2010). Kritisch dazu Kallis 2018; Schmelzer/Passadakis 2011.

Insbesondere in der internationalen Debatte ist Gerechtigkeit ohne Wachstum die Basis der Postwachstumsperspektive. Dem Anspruch liegt die These zugrunde, dass „mehr materielle Gleichheit innerhalb von Gesellschaften die Lebensqualität stärker steigern als zusätzliches Wachstum und daher auf lange Sicht auch aus Gerechtigkeitsperspektive Wachstum überflüssig mache“ (Schmelzer/Vetter 2019: 165). Dabei zielt die materielle Gleichheit nicht unbedingt auf eine monetäre Verteilungsgerechtigkeit. In Form einer *bedarfsorientierten* Daseinsvorsorge könnten grundlegende Bedürfnisse auch über eine *commons*-basierte Infrastruktur gesichert werden (Habermann 2016; Muraca 2014). Radikale Umverteilungsmaßnahmen hingegen müssten den Erhalt erkämpfter Standards wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte sichern (Acosta/Brand 2018; Konzeptwerk et al. 2017) und scheinen nur in Verbindung mit Regulierungen der Konsum- und Produktionsverhältnisse (wie z.B. Arbeitszeitverkürzungen, Maximaleinkommen, Obergrenzen für Verbrauch) als Beitrag für eine Postwachstumsgesellschaft denkbar (Schmelzer/Vetter 2019: 166f.).

Die meisten Postwachstumsansätze fordern die Ermöglichung kollektiver Selbstbestimmung, eine vertiefende Demokratisierung und gesellschaftliche Autonomie (Muraca 2014; Bohmann/Muraca 2016). Strategien dazu sind die Ausweitung demokratischer Mitbestimmung in Richtung Vergesellschaftung zentraler Wirtschaftsbereiche und Wirtschaftsdemokratie sowie die kollektive, kritische Selbstverwaltung gesellschaftlicher Institutionen und Strukturen (Schmelzer/Vetter 2019: 167 im Anschluss an Asara et al. 2013; Castoriadis 1998). Insbesondere die Erwerbsarbeit gilt als Bezugspunkt selbstbestimmter²³ Lebensverhältnisse in der Vision einer „Tätigkeitsgesellschaft“ oder in *commons*- bzw. solidarökonomisch verfassten Arbeitsgesellschaften (Helfrich et al. 2015).

Inspiziert durch die lateinamerikanische Konzeption des „Buen Vivir“ skizziert das gute Leben die Suche nach Wohlstandsverständnissen, die ein Leben im Gleichgewicht mit anderen Menschen und der Natur ermöglichen, kurz: solidarische Lebensweisen (Brand/Wissen 2017). „Diese anderen Wohlstandsverständnisse

²³ Hier ist wichtig zu unterscheiden, dass Selbstbestimmung in der Postwachstumsdiskussion nicht als individuelle Selbstverwirklichung verstanden wird, sondern vielmehr als eine „in Notwendigkeiten eingebettete ‚bezogene Freiheit‘, die nur in und durch interdependente Beziehungsgeflechte verwirklicht werden kann“ (Schmelzer/Vetter 2019: 168, zit. Nach Praetorius 2015: Kap. 3.5).

beziehen dabei die Komplexität des Menschen als Beziehungswesen mit ein, überwinden die Trennung von Produktion und Reproduktion und geben Bedürfnissen, die nicht steigerungs- und optimierungsorientiert sind, mehr Raum [...]“ (Schmelzer/Vetter 2019: 169 im Anschluss an Biesecker et al. 2012; Eversberg/Schmelzer 2017; Hunecke 2013). Zentrale Konzepte sind hier Resonanz (Rosa 2016), Konvivialität (Adloff 2018; Les Convivialistes 2014) und Zeitwohlstand (Konzeptwerk 2013).

3. *Wachstumsunabhängigkeit*

„Einerseits ist Wachstum nicht nachhaltig, aber andererseits führt Nicht- oder Nullwachstum unter den derzeitigen Bedingungen zur gesellschaftlichen Destabilisierung“ (Schmelzer/Vetter 2019: 171, im Anschluss an Dörre et al. 2009; Jackson 2017). Diesem zentralen Dilemma wird in der aktuellen Postwachstumsdiskussion mit Vorschlägen der strukturellen Veränderungen auf vier Ebenen gesellschaftlicher Reproduktion begegnet, um die materiellen Infrastrukturen und technischen Systeme; die gesellschaftlichen Institutionen; die mentalen Infrastrukturen; und schließlich das Wirtschaftssystem als ganzes wachstumsunabhängig umzugestalten. „Wachstumsunabhängigkeit heißt, dass die Gesellschaft nicht auf Wachstum und Steigerung angewiesen ist, um ihre zentralen Strukturen und ihre Funktionsweise zu reproduzieren“ (Schmelzer/Vetter 2019: 26f.). Erstens wären technologische und infrastrukturelle Entwicklungen zu re-politisieren, teilweise auch zu bremsen und durch konviviale Techniken zu ersetzen (Schmelzer/Vetter 2019: 172 im Anschluss an Illich 1993; Krechner et al. 2018). Eine zweite Voraussetzung läge in der Umgestaltung und Neugestaltung aller relevanten gesellschaftlichen Institutionen aus einer wachstumsunabhängigen Logik heraus, denn gegenwärtig sind die zentralen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen grundlegend wachstumsabhängig (Schmelzer/Vetter 2019: 173 im Anschluss an Kallis 2018; Schmelzer/Passadikis 2011; Seidl/Zahrnt 2010). Dazu scheint es notwendig, drittens die „mental en Infrastrukturen“ zu befreien (Latouche 2015b). Dazu müssen andere gesellschaftliche Lebensweisen vorstellbar und wünschbar werden (Muraca 2014), die wiederum Subjektivierungsweisen verändern. Letztlich wäre eine wachstumsunabhängige, stabile Gesellschaft notwendigerweise postkapitalistisch,

weil die Funktionsweise des Kapitalismus selbst strukturell wachstumsabhängig ist (Schmelzer/Vetter 2019: 175). In dieser Perspektive werden Commons, partizipative Planungen oder andere postkapitalistische Utopien als Alternativen besprochen (D'Alisa et al. 2016; Helfrich et al. 2015; Konzeptwerk et al. 2017).

Diese Systematisierung zentraler Inhalte der gegenwärtigen Postwachstumsdiskussion und insbesondere auch der Grundbedingungen einer Postwachstumsgesellschaft, ermöglicht mir im Folgenden, meine situationsspezifischen theoretischen Bezüge entsprechend zu verorten. Dazu werde ich exemplarisch Wege der Stadtproduktion aufzeigen, die über eine kapitalistische Logik hinausweisend eine zukunftsfähige Lebensweise städtischer Gesellschaften andeuten.

4.3 Wachstumsabhängige Stadtproduktion transformieren

Obwohl die Frage nach der Stadt der Zukunft seitjeher disziplinübergreifend rege besprochen ist, so wurden Städte in der bisherigen Postwachstumsdiskussion zumeist nur implizit als gesellschaftliche Räume der Transformation und Lebensorte einer Postwachstumsgesellschaft thematisiert. Die Postwachstumsszene blickt auf reduktive Stadtpolitiken, wie sie in den *Cittáslows* in Bezug auf sanften Tourismus und Zeitwohlstand oder in den Transition Towns nach dem Permakulturrexperten Rob Hopkins weltweit resiliente Produktions- und Lebensweisen lokal etablieren. Dezidierte und umfassende Auseinandersetzungen mit der Frage, welche Perspektiven *Degrowth* als ein politischer, wirtschaftlicher und ökologischer Ansatz für wachsende Städte geben kann, sind kaum zu finden.²⁴ Das verwundert insofern, als dass globale Urbanisierung durch demographisches Wachstum, Zuzug von Menschen vom Land in die Städte, und durch zunehmende Migrationsbewegungen teilweise als wirkungsmächtigster Prozess sozialen Wandels im 21. Jahrhundert thematisiert wird und Städte so zu den zentralen Organisationsformen nahezu aller menschlichen Gesellschaften werden (WBGU 2016: 7). Steigendes Wachstum von Stadtpopulation, zunehmende städtebaulicher Flächenversiegelung und der Zuwachs an städtisch produzierten BIP bedingen wechselseitig eine Expansion von Städten, die sozial-ökonomische Grenzen übersteigt (vgl. Varvarousis/Koutrolidou 2018): „Most importantly, this growth has not been distributed evenly and has produced high levels of marginalization both in urban centers and the periphery“ (ebd.). So erscheinen Städte als Fabriken des Klimawandels und globaler sozial-ökologischer Ungerechtigkeit. Als Räume der ständigen gesellschaftlichen (Re-)Produktion müssen sie konsequenterweise auch zu wirkmächtigen sozialen Welten, Aktanten und

²⁴ Ausnahmen bestätigen dies, wie z.B. Stellmacher/Brecht 2017: Recht auf Stadt: Degrowth in Boomtowns oder das gute Leben in der Stadt für alle, in: Konzeptwerk Neue Ökonomie/DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.) 2017: *Degrowth in Bewegung(en)*: 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation, München, S. 332-343. Oder Varvarousis, Angelos/Koutrolidou, Penny (2018): *Degrowth and the City*, abgerufen am 27.7.19 von <https://www.e-flux.com/architecture/overgrowth/221623/degrowth-and-the-city/>.

Diskursuniversen einer gesellschaftlichen Transformation werden (vgl. WBGU 2016; Brocci 2017). Aus zahlreichen aktuellen Forschungen zu städtischen sozialen Bewegungen geht hervor, dass Städte „tendenziell als privilegierter Ort für gesellschaftliche Transformationen zu betrachten sind“ (Gomes de Matos/Mullis 2018 zit. nach Barnett 2014, 1634f.).

Diese vermeintliche Lücke zu Ideen, politischen Vorschlägen und Strategien einer Postwachstumsstadt ergibt sich meines Erachtens aus der fehlenden Bezugnahme städtisch agierender Projekte, Initiativen und sozialer Bewegungen auf die Postwachstumsdiskussion. Viele dieser lokalen Akteur*innen haben bereits langjährige Erfahrungen mit Ansätzen, die der Logik einer Postwachstumsgesellschaft nahe sind oder ihr entsprechen, ohne dies entsprechend zu thematisieren. *Degrowth* und Stadt treffen sich in der Praxis und dort vor allem in Nischen: Nachbarschaftsgärten, Hausprojekte, alternative Freiräume, solidarische Landwirtschaft, Repair-Cafés und Gemüsekooperativen (Stellmacher/Brecht 2017: 338) sind existente Verbindungen. Diese explizit zu machen, kann das Machen und das Denken der Postwachstumsstadt gleichermaßen stärken.

Auch wissenschaftliche Reflexionen praxisorientierter Ansätze oder theoretische Beiträge, die sich mit der Transformation von Städten befassen, sprechen oft nicht von Postwachstum/*Degrowth* oder thematisieren entsprechende Forderungen nur am Rande. Das mag daran liegen, dass *Degrowth*/Postwachstum eine transdisziplinäre Diskussion von umfassender Ausrichtung²⁵ ist und trotz ihrer schnellen Entwicklung als wissenschaftliches Forschungsparadigma scheint sie noch nicht im Mainstream unterschiedlicher Fachdisziplinen angekommen zu sein (Kallis et al. 2018); hier leiten Konzepte wie Nachhaltigkeit, Transformation und Demokratisierung die wissenschaftliche Diskussion über einen radikalen, gestalteten, sozial-ökonomischen Wandel. Wissenschaftliche Auseinandersetzungen, die sich umfassend mit der Stadt als Lebensraum einer Postwachstumsgesellschaft beschäftigen, suchte ich also vergebens. Das mag auch daran liegen, dass räumliche Phänomene in den Gesellschaftswissenschaften generell eher peripher betrachtet werden, und Raum vielerorts immer noch als passiver „Behälter“, in dem „Dinge“ Platz haben verstanden wird (Lloveras/Parker/Quinn 2017). Oder aber Städte werden aus einer Perspektive der Eigenlogik gelesen und damit als Orte und soziale Räume der Transformation verkannt, und in ihren ‚gegebenen‘ gesellschaftlichen Verhältnissen essenzialisierend festgeschrieben.²⁶ Aber auch

²⁵ Trotz der krisengeschüttelten Welt-Beziehungen bleibt es in der Postwachstumsdiskussion weitgehend ruhig zu Wirkweisen des globalen Weltsystems und die supranationale Dimension politischer Legitimation und Entscheidung einer radikalen gesamtgesellschaftlichen Umgestaltung (Roos 2019: 45; Schmelzer/Vetter 2019: 232f.).

²⁶ Vgl. dazu der eigenlogische Forschungsperspektive unter der Leitung von Martina Löw. Kritisch dazu positionieren sich die Kolleg*innen der Darmstädter Stadtsoziologie: „Eine ‚Eigenlogik der Städte‘ scheint nur denkbar zu werden, wenn der Forschungsgegenstand ‚Stadt‘ von gesellschaftstheoretisch hergestellten Zusammenhängen isoliert, ‚nach

raumwissenschaftliche Perspektiven (dazu zähle ich hier Urbanistik, Stadt- und Raumsoziologie, Geografie und Stadtforschung) beginnen erst langsam, sich der Postwachstumsdiskussion zu öffnen (Schulz 2017).

Wenngleich das Räumliche bisher nicht im besonderen Interesse theoretischer Beiträge der Postwachstumsdiskussion steht, so taucht es als abhängige Komponente doch zumindest implizit in einigen Visionen einer Postwachstumsgesellschaft auf, wie z.B. *The Simpler Way* (Trainer, 2010), *Inclusive Democracy* (Fotopoulos, 2010), *Eco-village* (Delambre, 2010), *Urban village* (Homs, 2007). Obwohl sich die Ansätze teilweise stark in Bezug auf ihre konzeptuellen Wurzeln unterscheiden und sich sogar in zentralen Punkten widersprechen, ist allen gemein die Bezugnahme auf das Konzept des *Lokalen* als die politische, ökonomische und ökologische Konkretisierung von Gesellschaft. Mit dem Fokus auf Räumlichkeit gelesen, fällt auf, dass dieser Postwachstums-Lokalismus einhergeht mit Vorstellungen, die nach Anti-Urbanismus klingen und sich stark für kleinteilige, dezentralisierte und in sich abgeschlossene Siedlungsweisen aussprechen.²⁷ Sie sind aufgrund dieser Eigenschaften als sensibilisierende Konzepte für meine Analyse der urbanen Raumformungsprozesse des Grandhotel Cosmopolis zumindest auf den ersten Blick nicht interessant, wenn auch die Bedeutung des Lokalen für die Erforschung alltäglicher Praktiken nicht zu verkennen ist. Die Quasi-Enträumlichung der Postwachstumsdebatte ist auch deswegen von besonderer Bedeutung, wenn man bedenkt, dass insbesondere die Globalisierung „is reflected in a lack of debates both on space as an object itself hindering and contributing to degrowth transition, and on the interaction between social life and spatial practice, i.e. socio-spatiality in a degrowth society“ (Vogel/Xiu 2014).

Das Lokale erscheint aber auch in praktischen Beiträgen der Postwachstumsdiskussion als projektübergreifender Bezugspunkt. Es finden sich unzählige Projekte, die sich als Graswurzelbewegungen auf lokaler Ebene formierten oder als think tanks²⁸ Ideen zur Postwachstumsstadt am Beispiel der eigenen Stadt konkretisieren (und teils davon ausgehend generalisieren). Ein prominentestes Beispiel ist die von Hopkins und seinen Studierenden initiierte Transition-Town-Bewegung: Dort wo Veränderungen am ehesten möglich scheinen, vor Ort, in Stadt und Kommune, setzt die internationale Bewegung auf die Ideen von Resilienz und Re-Lokalisierung auf verschiedenen Ebenen der Stadt. „Der Prozess beruht auf einer erfolgreichen Einbeziehung und neuen Vergemeinschaftung der Bürgerinnen und Bürger in ihre Stadt und auf ehrenamtlichem

innen‘ homogenisiert und ohne Sozialgeschichte konzipiert wird“ (Kemper/Vogelpohl 2011: 29f). In dieselbe Richtung argumentieren Horkheimer/Adorno 2006 wenn sie die Durchsetzung abstrakter Zeit- und Raumkonzepte als symptomatisch für die abstrakte Logik der kapitalistischen Moderne deuten: Die Praxis einer wissenschaftlichen und vor allem ökonomischen Gleichwertigkeit zwischen völlig verschiedenen konkreten Realitäten (Schmelzer/Vetter 2019: 50).

²⁷(Vogel/Xiu 2014 Paper for degrowth conference, Long abstract: 2, zuletzt abgerufen von <https://www.degrowth.info/en/catalogue-entry/spatiality-of-degrowth/> am 16.12.2017)

²⁸Z.B. <http://www.nexthamburg.de/aktion/zero-city/>

Engagement“ (Köhler/Abraham 2015: 138). Diese Gemeinschaftsbildung wurzelt in leitenden Prinzipien wie Inklusivität und sozialer Gerechtigkeit, sie strebt danach Ideen und Macht zu teilen, setzt sich ein für die Achtung vor endlichen Ressourcen und einem (eigenen, inneren) Gleichgewicht, zielt auf Kollaboration und Synergien, sie pflegt positive Visionen und Kreativität und zählt sich zu einem experimentellen, lernenden Netzwerk²⁹.

Weiter lassen sich prominente Konzepte städtischer Umgestaltung wie die *Smart City*, von Ideen zur Postwachstumsstadt deutlich abgrenzen, weil sie sich eindimensional auf die Steigerung von Effizienz beschränken, während soziale oder gesellschaftliche Aspekte unterbelichtet bleiben. In der ‚smarten‘ Stadt sammeln zahllose Sensoren Daten, die infrastrukturelle Abläufe optimieren sollen, sei es im Bereich Verkehr, Energie oder in Bezug auf finanzielle Ressourcen. In Modellen einer *Smart City*, wie z.B. der „Morgenstadt“, entworfen mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), gibt es keine sozialen oder ökologischen Konflikte mehr, weil alle Konsumbedürfnisse über technisch innovative Produkte befriedigt werden können (Bullinger/Röthlein 2012). Im Nachdenken über die *Smart City* werden Rebound-Effekte und unangepasste Verhaltensweisen ignoriert, es bedarf keines einschlägigen Pfadwechsels, so wie ihn der Planet Erde braucht, um weiterhin Lebensgrundlage des Menschen zu sein. Nicht nur ist die Vorstellung, in einer derart kontrollierten, funktionalisierten und technisch strukturierten Stadt zu leben, düster, es scheint auch illusionär, diese für die ganze Welt generalisieren zu können (Herbert 2016: 298f.).

Die noch ausstehende umfassende Hinwendung zur urbanen (Re-)Produktion der Postwachstumsgesellschaft fokussierte die Konferenz *POSTWACHSTUMSSTADT – Perspektiven des sozial-ökologischen Wandels*, die am 10. und 11. Mai 2019 an der Bauhaus-Universität Weimar von der Professur Sozialwissenschaftliche Stadtforschung veranstaltet wurde. Die Organisator*innen schlugen für ihre Diskussionen drei Richtungen vor: Erstens eine Perspektive auf *Degrowth* in urbanen sozialen Bewegungen; zweitens auf die Institutionalisierungsformen und -bedingungen von Postwachstumsansätzen in städtischen Politiken; und drittens auf Narrative einer anderen Stadtgestaltung.

Ich mache mir diese Dreiteilung für die Darstellung der Beiträge zu transformativen Prozessen städtischer Raumproduktion zu eigen, und werde im Folgenden solche theoretischen und praktischen Ansätze, Thesen, Strategien und Initiativen skizzieren, die ich aufgrund ihrer re-politisierenden Qualität für relevante Bezugspunkte im Nachdenken über die Transformation zur Postwachstumsstadt halte. Ausgangspunkt für Überlegungen zu Transformationsstrategien, -

²⁹Transition Towns Netzwerk, zuletzt aufgerufen am 8.2.18 von <https://transitionnetwork.org/about-the-movement/what-is-transition/principles-2/>.

praktiken und -politiken, sowie deren konstituierenden Diskurse, ist ein Verständnis von Stadt als Repräsentationsraum sozialer Wirklichkeit (Kemper/Vogelpohl 2011) und eine Skizzierung der gegenwärtig dominierenden Ordnung der Stadt, die ich über das Konzept der postpolitischen Stadt andeute.

4.3.1 Stadt als Repräsentationsraum einer gesellschaftlichen Wirklichkeit sehen

Stadt und Ökonomie stehen seit jeher in einem angespannten Verhältnis. Georg Simmel machte in seinem Aufsatz *Die Großstädte und das Geistesleben* (1903) nicht nur die Stadt zum soziologischen Ausgangspunkt von Stadtforschung, er definierte auch das Verhältnis von Stadt und Ökonomie neu.

Mit Friedrich Engels' Schrift *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* (1845) begann eine bis heute anhaltende Tradition der kapitalismuskritischen Stadtforschung, die von Henri Lefebvre mit seinem Begriff von Recht auf Stadt (*Le droit à la ville*, 1968) neu aufgenommen wurde. Danach hat Stadt immer einen solidarischen Aspekt von Gemeinschaft und ist Ort der politischen Kämpfe um die Richtung gesellschaftlicher Entwicklung (Mieg/Heyl 2013: 3). Stadt ist also „in Abhängigkeit von der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung, im Rahmen von politischen Kontexten, ökonomischen Funktionen oder allgemeinen soziokulturellen Trends zu interpretieren“ (Kemper/Vogelpohl 2011: 22). David Harvey argumentiert in *Limits to Capital* (1982), dass Raum (und seine Konfigurationen, seine Produktion, seine Zerstörung) in der Geschichte des Kapitals ebenso fundamental sei wie soziale Beziehungen. Städte sind demnach kein neutraler Behälter oder Bühnen des Sozialen. „Sie werden unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen zu bestimmten Zwecken errichtet und verkörpern deshalb den Kapitalismus mit all seinen Dynamiken und Widersprüchen“ (Parnreiter 2013: 57).

Im Besonderen besitzt die Stadt das öffentliche Terrain im Sinne eines allgemeinen Zugangs zu Informationen. Öffentliche Orte der Versammlung und der Kommunikation sind als Strukturprinzip demokratisch-bürgerlicher Gesellschaften vorausgesetzt, in diesem Sinne als Kern der Städteordnung in Art. 28 GG verankert und politisch wie städtebaulich zu realisieren (Schäfers 2006: 153). Der öffentliche Raum fungiert so als Basis der Stadtkultur und der Demokratie: „Das öffentliche Leben, bios politikos, spielt sich auf dem Marktplatz, der agora, ab, ist aber nicht etwa lokal gebunden: Öffentlichkeit konstituiert sich im Gespräch (lexis) [...] ebenso wie im gemeinsamen Tun (praxis)“ (Schäfers 2006: 150, zit. nach Jürgen Habermas).

So wird in der soziologischen Minimaldefinition Stadt als die Kommunikationsprozesse der Stadtgesellschaft untereinander und mit anderen Gruppen aufgefasst (Mieg/Heyl 2013: 6). Entsprechend meines Untersuchungsinteresses auf die städtischen Raumformungsprozesse des

Grandhotel Cosmopolis verstehe ich Stadt und Raum als gesellschaftlich produzierte Verhältnisse (Oßenbrügge/Vogelpohl 2014: 11) und das Städtische als (Re-)Produktion von historisch-sozialen Formationen des menschlichen Zusammenlebens (Vogelpohl/Kemper 2011: 17).

So sind Städte soziale Räume stark verdichteten Wissens, darüber, wie unsere Gesellschaft funktioniert und welche realen alltäglichen Bedürfnisse in ihr existieren. Gleichzeitig formen Techniken urbaner Repräsentation die gelebte Stadtkultur mit, aktuell dominierend unter neoliberalen statt partizipativen Prämissen. Zielen wir also auf eine Transformation zur solidarischen, urbanen Postwachstumsgesellschaft, sollten wir die Demokratisierung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens als zentrale Momente in diesem Prozess (Cangiani/Thomasberger 2003: 20, im Anschluss an Karl Polany) anerkennen und eine Politisierung urbaner Re-Produktion unterstützen.

4.3.2 Die postpolitische Stadt als ‚nachhaltige‘, ‚kreative‘, als neoliberale Stadt verstehen

Erik Swyngedouw (2015) erwartet keinen plötzlichen Kollaps unseres Weltwirtschaftssystems, keine Katastrophe, die alle gleichzeitig wahrnehmen. Er versteht das, was von vielen Wachstumskritiker*innen als Zustand in der Zukunft gesehen wird als reale sozioökologische Zwangslage (Swyngedouw 2015: 179), die unsere Möglichkeiten über unsere gegenwärtige Lebensweise vorstrukturiert. Unsere Zukunft ist somit nicht mehr prinzipiell offen für jegliche Gestaltungen (urbaner) Wirklichkeit.³⁰

Charakteristisch für eine solche vorstrukturierende Ordnung ist der Aufstieg einer neoliberalen Gouvernamentalität. Neoliberale Gouvernamentalität benennt hier eine Reihe von Herrschaftstechniken, die über Vereinheitlichung, Zustimmung und technokratische Steuerung die Stadt als *polis*, als Arena für Auseinandersetzung, Differenz und Dissens überschreiben und neu strukturieren (Swyngedouw 2013: 141). Diese "bürokratisch-technischen Neustrukturierung" (Swyngedouw 2015: 180) der Stadt, in der über innovatives, durch-designtes Stadtmanagement eine Urbanität geschaffen werden soll, in der der Kapitalismus erhalten bleibt, ist in gegenwärtigen Strategien der „nachhaltigen“ Stadt oder der „kreativen“ Stadt wahrnehmbar (Morawski 2014: 21ff.):

„Die Entwicklung einer lebendigen und gut erreichbaren Innenstadt mit einer umweltfreundlichen Mobilität ist eine zentrale Aufgabe für unsere Stadt. Denn diese Punkte sind entscheidend bei der Wahl des Wohn- und Standortes für Menschen und Unternehmen. Augsburg stellt sich dieser Aufgabe frühzeitig. Mit dem projekt augsburg city, dem

³⁰ Alexis Passadakis schlägt in einem Panel der o.g. Konferenz zur Postwachstumsstadt in Weimar dazu vor, unsere Gegenwart von der Zukunft aus zu bestimmen, also auch politische Forderungen, Praktiken und Strategien aus der Perspektive der katastrophalen Potenziale aus zu denken, die letztlich auch emanzipatorische Potenziale hemmt.

umfangreichsten städtebaulichen Projekt der letzten Jahrzehnte, legen wir das Fundament für die erfolgreiche Zukunft unserer Stadt.“³¹

Augsburgs amtierender Bürgermeister legitimiert die groß angelegte städtebauliche Umgestaltung in einer wachstumsorientierten Logik über die Erweiterung von Standortfaktoren. Ähnlich wie Wirtschaftsunternehmen unterliegt die neoliberale Stadt dem wettbewerbsbedingten Zwang zur Akkumulation, d.h. sie ist grundlegend auf Expansion, Steigerung und Intensivierung ausgerichtet. Weil Wachstum gleichermaßen als Konsequenz und Bedingung für Akkumulation gilt, ist sie immer wieder darauf angewiesen, sich als wettbewerbsfähig, mit großem Unternehmergeist und Kreativität zum Ausdruck zu bringen (Swyngedouw 2013: 143). Unter dem Begriff Standortmarketing versammeln sich auch Strategien zur Steigerung der Standortfaktoren städtischer Kommodifizierbarkeit: repräsentative Bauten, technische und wirtschaftliche Innovationen, das Hervorheben städtisch-kultureller ‚Eigenarten‘, die Förderung kulturell diverser, kreativer Ambiente oder Narrative der ‚nachhaltigen‘³² Stadt, sind nur wenige Beispiele für die gegenwärtig dominierende Lesart der Stadt als Unternehmen.

Überspitzt könnte man sagen: Der neoliberalen Stadt geht darum, herrschende Interessen des fossilen als auch denen des grünen Kapitalismus entsprechend zu bedienen, dazu werden isolierte ‚nachhaltige‘ Blasen des elitären Lebens geschaffen, während "ökologische und politische Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken und die Slumbewohner der Megastädte der Welt weiterhin im florierenden sozioökologischen Brachland ihrer sich zersetzenden sozioökologischen Umgebungen leben" (Swyngedouw 2015: 183). Eine „nachhaltige Stadtentwicklung“, so wie sie bisher politisch ausgestaltet wird, ist für Swyngedouw der Versuch, die ökokapitalistische Ordnung der "bürokratisch-technologische Eliten" noch eine Weile zu erhalten. Es ist also Ausdruck einer imperialen Lebensweise, die nur über die Externalisierung der dafür entstehenden Kosten überhaupt möglich ist (Brand/Wissen 2017). Oder: diese kapitalistische Vergesellschaftung ist grundlegend auf eine Kolonialisierung eines Nicht-Kapitalistischen Außen zum Fortbestand angewiesen. Dieses Außen ist sowohl geografisch als auch sozial zu verstehen (Schmelzer/Vetter 2019: 100).

„Die neoliberale Stadt ist die postpolitische Stadt, das Konzept der Postpolitik materialisiert sich in ihr“ (Michel/Roskamm 2013: 10), so Swyngedouws Erkenntnis. Der Begriff der Postpolitik wurde von Slavoj Žižek (2010 [1999]) – dem umstrittenen slowenischen Popstar der politischen Philosophie –

³¹ Augsburgs Bürgermeister Kurt Gribl über die Bedeutung des städtebaulichen Projekts „projekt augsburg city“, <https://www.projekt-augsburg-city.de/gesamtprojekt/vision-projekt-augsburg-city/> zuletzt abgerufen am 18.7.19.

³² Der apolitische, technokratische Diskurs über nachhaltige Entwicklung kann als Manifestation eines breiter wirkenden Prozesses der Depolitisierung öffentlicher Debatten gelesen werden. Insbesondere in liberalen Demokratien in denen Politiker:innen aufgesucht werden um technokratische Lösungen für fest gerahmte Probleme zu finden anstatt die Probleme und die damit verknüpften Ideologien zu verhandeln (Swyngedouw 2015b: Kap. 18).

eigeführt. Postpolitik ist für Žižek die Bezeichnung einer Form des Politischen, in dem die „Kollaboration voraufgeklärter Technokraten (Ökonomen, Meinungsforscher) mit liberalen Multikulturalisten“ den „Konflikt globaler ideologischer Entwürfe“ ersetzt (Žižek 2010: 273). Er bezieht sich damit auf den französischen Theoretiker Jaques Rancière. Dieser versteht Politik als radikale Demokratie und setzt sie dem Prinzip der polizeilichen Ordnung entgegen (Kleesattel 2016: 25, 29). Sie bezieht sich auf "die spezifische Macht all jener, die keine Qualifikation dafür haben" (Rancière 2007: Abs. 7) und gründet auf der "Gleichheit der Beliebigen" (ebd.: 29). Damit bricht Politik mit "einem ontologischen Prinzip, das die ungleiche Verteilung der Macht zwischen Herrschenden und Beherrschten legitimiert und verantwortet" (ebd.: 29). Das Politische kennzeichnet ein Fehlen jeder legitimen Grundlage oder der Rationalität der arché (Anfang, Ursprung, Prinzip), und meint für Rancière ein "Anfangen ohne Anfang, die Herrschaft des nicht Herrschenden" und betont damit das Zufällige und Gleichgültige (ebd.: 29). Weitere Ansätze für das Konzept des Postpolitischen aus einer geteilten theoretischen Grundüberzeugung der Uneinigkeit geben Chantal Mouffe (2007), die sich wiederum auf Carl Schmitts *Der Begriff des Politischen* (1935) bezieht. Schmitt bestimmt das ‚Wesen des Politischen‘ als Bereich antagonistischer Beziehungen und das Politische als die entscheidende und privilegierte ontologische Sphäre (Michel/Roskamm 2013: 12). Eine zweite – und von der Schmitt’schen Perspektive abweichende – Traditionslinie des Postpolitikbegriffs ist das Denken von Hannah Arendt (1994 [1961]). In Bezug auf die antike Polis ist das Politische für sie eine Bühne des gemeinsamen, freien Austausches unter Gleichen und nicht die Arena des Kampfes. Arendt wendet sich entschieden gegen jeglichen Determinismus und damit gegen jede Erzählung der Alternativlosigkeit. Eben in der Fixierung von Bedeutung und dem Postulat, Geschichte sei zu Ende, verschließen sich Möglichkeitsräume und erschaffen postpolitische Bedingungen städtischer Raum(re-)produktion (Michel/Roskamm 2013: 12).

Die gegenwärtig dominierende Ordnung³³ urbaner Raum(re-)produktion skizziert, werde ich mich nun ihrer möglichen Transformation zuwenden. Ausgehend von der Strategie einer (Re-)Politisierung der Stadt möchte ich zivilgesellschaftliche Bewegungen und politische Praxen kritisch-solidarisch diskutieren, in ihren Potenzialen für die PWG betonen und damit stärken.

³³ Es gibt durchaus auch kritische Perspektiven aus der Stadtforschung, die mit der gesteigerten Konflikthaftigkeit von Gesellschaft und der Vertiefung politischer Auseinandersetzungen eine beginnende Re-Politisierung der urbanen Gesellschaft zeichnen, wobei daraus nicht zwingend eine progressive Transformation von Gesellschaft abzuleiten ist (Mullis 2018).

4.3.3 Möglichkeiten einer (Re-)Politisierung urbaner Gegenwertszenarien erfinden oder: Das städtische Leben einer Postwachstumsgesellschaft entwerfen

„Was wir heute brauchen, ist das Aufzeigen neuer politisierter Wege hin zur Produktion einer neuen, gemeinschaftlichen Urbanität“ (Swyngedouw 2015: 180).

Diese gemeinschaftliche Urbanität sieht Erik Swyngedouw (2015) aus der „Politisierung der Umwelt“ erwachsen, die als „egalitäre, demokratische Auseinandersetzung und als Kampf um die Produktion sozioökologischer Bedingungen verstanden wird, in denen wir gerne leben würden“ (ebd.: 180). Dazu müssen Dispute um das gute Leben für alle(s) als Grundlage und Bedingung für urbane Arrangements in den Vordergrund gerückt und positiv verkörperte, egalibertäre, jetzt realisierbare sozioökologische Zukunftsvisionen benannt werden (ebd.:184). Swyngedouw geht es um die Politisierung urbaner Gegenwartsszenarien. Diese bedarf einmal der Anerkennung der politischen Unbestimmtheit der Natur und der konstitutiven Ungleichheit zwischen den Menschen einer Gesellschaft und weiter der uneingeschränkten Forderung nach politischer Gleichheit und die Realisierung bzw. das Sichtbarmachen realer Möglichkeitsbedingungen mit transformativen Potenzial. Ganz generell zielen diese Gestaltungsansätze auf die Wiederbelebung der Stadt und der Polis als politischer Raum (ebd.:184).

Der Raum wird

„politisch in dem Sinne, dass er [...] zu einem integralen Bestandteil der Unterbrechung der ‚natürlichen‘ (oder besser noch: naturalisierten) Herrschaftsordnung wird, dadurch, dass sich jene, die keinen Platz in dieser Ordnung haben, einen Ort der Begegnung schaffen. Das Politische gibt sich so gesehen durch diese Begegnung als Moment der Unterbrechung zu erkennen, nicht durch die bloße Existenz von Machtverhältnissen und Interessengegensätzen“ (Dikeç 2005: 172).

Mit Rancière gesprochen machen diese Orte der Begegnung, der Verunordnung sichtbar, was vorgeblich nicht existiert, weil es nicht identifizierbar, nichtintelligibel ist. Politische Räume geben den Anteillosen einen Anteil, machen das Unvernehmbare vernehmbar (Kleesattel 2016: 32). Mit dem „Anteil der Anteillosen“ fasst Rancière die Personen, die nicht teilhaben an den Gütern, Positionen, Orten; diejenigen, die in der bestehenden Ordnung keine Rolle spielen (ebd.: 30). Versteht man z.B. Migrationspolitik als polizeiliche Maßnahme so werden gegenwärtig Flüchtende als Anteilslose abgeschnitten und „aus allen Rahmen (an)gemessener Existenz“ verworfen. Allerdings bleiben sie trotz ihres Ausschlusses permanent präsent und bedeuten eine potenzielle Infragestellung der konstitutiven Ordnung (ebd.: 32).

Damit birgt das Politische eine intervenierende, verändernde, ermöglichende Qualität, die über die Verhandlung von Interessen hinausgeht und auf die Restrukturierung des konstituierenden

gesellschaftlichen Raumes abzielt (Žižek 2010: 287). „Politik in diesem Sinne ist die Fähigkeit, die Grundlagen, auf denen sich der politische Streit entfaltet, zu diskutieren, in Frage zu stellen und zu erneuern, die Fähigkeit, eine gegebene Ordnung radikal zu kritisieren und für eine neue und bessere zu kämpfen. Kurz gesagt, Politik verlangt, dass man den Konflikt akzeptiert“ (Diken/Laustsen 2004). Insofern als dass die gegenwärtige postpolitische Stadt und ihre hegemonialen, konsensuellen Bilder der Gesellschaftsordnung eine bestimmte Fiktion³⁴ darstellen, braucht eine radikale Politik neue große Erzählungen, die echte Möglichkeiten für den Entwurf städtischer Zukünfte eröffnen (Swynegedouw 2013: 154).

Eine solche neue, große Erzählung ist die der Postwachstumsstadt. Ich werde im Folgenden eine Auswahl an Ansätzen vorstellen, denen ich eine politisierende und damit auch demokratisierende Qualität unterstelle und die insbesondere deshalb in meinem Verständnis Potenziale für die Transformation städtischer Raum(re-)produktion aufweisen.

4.3.3.1 Soziale Imaginative einer Postwachstumsstadt: Urban Commoning

"Das Durchkreuzen elitärer Fantasien erfordert den intellektuellen und politischen Mut, sich egalitäre Demokratien vorzustellen, die Produktion gemeinsamer Werte und die kollektive Produktion des größten kollektiven Werks, der Stadt; es erfordert die Einführung neuer politischer Entwicklungsmöglichkeiten eines Lebens in Gemeinschaft und, am wichtigsten, den Mut, eine Wahl zu treffen, Partei zu ergreifen" (Swynegedouw 2016: 185).

Aktuell sind es insbesondere experimentelle Projekte, soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Initiativen, also urbane Möglichkeitsräume, die solche Fiktionen innerhalb der Spannungen, Inkonsistenzen und Ausgrenzungen der neoliberalen Stadt skizzieren. Noch handeln sie kaum explizit im Zusammenhang einer Postwachstumswende aber inhaltlich nähren sie ähnliche Absichten: Die Eigentumsfrage im städtischen Raum zur Verhandlung zu stellen, sich den städtischen Raum (kollektiv) anzueignen und nach den eigenen Bedürfnissen gemeinsam zu gestalten, zu teilen, sich als Bürger*innen verantwortlich zu machen und Rechte einzufordern, Leerstände als Missstände zu kritisieren und zu offenen Orten zu transformieren, Stadt als Gemeingut zu konzipieren, in Vielfalt und Andersartigkeit zusammenzuleben, über das *Wie* zu streiten, mit Ungleichen in Dialog zu gehen.

Viele der Projekte arbeiten nach konzeptuellen Entwürfen des *Commonings*: Urbane Gärten, Up-Cycling-Werkstätten, Tauschläden und Repair-Cafés sind allesamt Formen urbanen Alltagshandelns, die gegen-hegemoniale Praxen erfahrbar machen und über die sich eine alternative Geschichte zum guten Leben in der Stadt erzählt. Begreift man Commons als soziale Beziehungen, die in einem

³⁴ Ich verstehe in dieser Arbeit den Begriff der Fiktion in Anlehnung an Jaques Rancière nicht als Lüge (so wie Platon) oder freie Erzählung, die mit der Realität nichts zu tun hat, sondern als Konstruktion, die uns Realität überhaupt erst fassen lässt (Kleesattel 2016: 103): „Fingere heißt nicht zuerst vortäuschen, sondern formen. Fiktion ist der Rückgriff auf künstlerische Mittel, um ein ‚System‘ von repräsentativen Handlungen, zusammengesetzten Formen und Zeichen, die aufeinander verweisen, zu schaffen“ (Rancière 1999: 28).

beständigem Prozess ausgehandelt werden und in denen unterschiedliche wie auch sich widerstreitende Gemeinschaften den Zugang, die Nutzung und Bedeutungen definieren, dann muss der Raum, der der Herstellung dieser neuen Beziehungen dient, notwendigerweise auch Teil eines andauernden Prozesses des Aushandelns von Macht, Hierarchie sowie In- und Exklusion sein. Entsprechend sind Räume des Gemeinschaffens als prekäre, weil unbestimmte und unsichere Prozesse der Selbstorganisation und -Verwaltung auch Orte der Vielfältigkeit und Pluralität jenseits von Markt und Staat, getragen und versorgt durch jene, die dieses Gemeingut nutzen (Gruber 2018: 45) Damit sind Gemeingüter auch von Menschen politisch besetzte öffentliche Güter (Harvey 2013: 136f.).

„Gemeingüter sind keine 'bestimmten Gegenstände', sondern wir sollten sie 'als instabile und formbare soziale Beziehung zwischen einer bestimmten selbstdefinierten gesellschaftlichen Gruppe und den Aspekten ihrer existierenden oder noch zu erschaffenden sozialen und/oder physischen Umgebung begreifen, die für ihr Leben und ihr Auskommen als essentiell angesehen werden'" (Harvey 2013, zit. nach Stavrides 2018: 15).

Commons sind "eine Beziehung zwischen Menschen und den von ihnen kollektiv als essentiell für ihre Existenz beschriebenen Bedingungen. Gemeingüter drücken also eine Beziehung aus und definieren diese zugleich" (ebd.). Als Produkte sozialer Aneignungsprozesse sind sie prinzipiell in allen Lebensbereichen möglich (Stadt, Gesundheit, Mobilität, Wissen etc.). Aneignung kann als die Fähigkeit verstanden werden etwas, das bereits mit Bedeutung besetzt ist, kollektiv neu zu interpretieren und z.B. anderen Nutzungen zuzuführen (Ferguson 2014: 18). Die *Commons*, Allmende, Gemeingüter bezeichnen den Versuch, in Formen kollaborativer Sozialbeziehungen und gemeinsamen Sorgetragens demokratische Praxen in Gesellschaft und Ökonomie zu kultivieren (Baier/Müller/Werner 2015: 49).

Im Prozess des Gemeinschaffens/*Commoning* liegt die Betonung im Gegensatz zu Privatinteressen auf der Materialisierung gemeinsamer Ziele. Das fordert ein Umdenken von Grund auf – im wahrsten Sinne des Wortes: Stavros Stavrides (2014) versteht Gemeinschaffen als „Prozess der Infragestellung bestehender Grenzen, des Erweiterns und der Interpretation von Raum“ (Ferguson 2014: 19). *Commoning* ist so ein Prozess des Überdenkens von Gemeinschaft „as a shared identity, which excludes others, develops all the time methods and forms in order to invite newcomers“ (Stavrides 2017). So wird Gemeinschaft zu einem offenen politischen Prozess, über den die Bedeutung und die Form des Zusammenlebens befragt und potenziell transformiert werden (Stavrides 2016: 32f. im Anschluss an Rancière). Für mich zielt *Commoning* auf die Aushandlung von dauerhaften, teils als „gegeben“ erachteten Aspekten, die als Bedingungen unseres Handelns Diskurse, soziale Welten und Arenen einer Situation formen.

Auf Situationen gegenwärtiger städtischer Raumproduktion bezogen, bedeutet das, Stadt als Gemeingut zu verstehen und daraufhin veränderte, kollektive Vorstellungen dessen zu formulieren, was zukünftige urbane Situationen strukturieren könnte. Projekte, die mit Ansätzen des urbanen Gemeinschaftens experimentieren, eröffnen neue Perspektiven und Strategien für die Nutzung städtischer Räume. Sie machen damit deutlich, dass diese zur Befriedigung der eigentlichen Bedürfnisse der Nutzer*innen gestaltet werden können. Diese Kompetenz erzeugt "ein Gefühl von Wohlstand, vor allem in Bezug auf die Wahrnehmung der eigenen Lebenssituation; eine Einschätzung, aber auch das Gefühl der eigenen Wirkungsfähigkeit - ,ich bin in der Lage, den Raum, in dem ich lebe, aktiv mitzugestalten"³⁵. In ähnlicher Weise zu der Erfahrung von Selbstwirksamkeit spricht Stavrides hier in Anlehnung an Rancière von dem Prozess der Subjektivierung, den solche transformatorischen Räume des Gemeinschaftens befördern können: „people transform themselves while they are transforming their relations to others“ (Stavrides 2017). Mit Rekurs auf die breite gesellschaftliche Akzeptanz von *Refugees* im Athen der ‚Flüchtlingskrise‘ 2015 benennt er zentrale Voraussetzungen für den Prozess der Subjektivierung, auch von Neuankommenden: Hier wurden *Refugees* nicht in etwas hineingegeben und es wurde ihnen auch kein Zugang zu etwas Existierendem gegeben. Sie wurden zu Ko-Partizipierenden in der Formation von kleinen, illegalen, temporären Siedlungen in Form von ad-hoc Zeltstädten an unterschiedlichen Orten in Athen. Für Stavrides ist *Commoning* also ein Prozess der politischen Subjektivierung, der Subjekte erschafft und nicht gebraucht. Er geht weiter und versteht diesen Prozess als reflexive, kritische Erneuerung unseres Selbst, als „becoming newcomers to ourselves, too“. Dazu braucht es nicht nur Aufmerksamkeit auf Machtbeziehungen, auf identitätsschaffende Vorbedingungen unserer eigenen Kultur, sondern ein Weitergehen und ein Suchen nach Möglichkeiten des Gemeinschaftens.

Das Konzept der *urban Commons* wird debatten- und disziplinübergreifend als Möglichkeit der Bündelung von Praktiken städtischer Vergemeinschaftung diskutiert (u.a. *make-shift*-Debatte, ARC+-Ausgabe zur Bodenfrage, Atlas of Commoning, Stavros Stavrides). Allen gemeinsam ist die Vorstellung, dass städtischer Raum dem Privatbesitz entzogen oder vor der Privatisierung geschützt werden soll und nach den Bedürfnissen der den Raum belebenden Gesellschaft gestaltet wird. In der Um-Gestaltung städtischer Räume zu gemeingeschaffenen Räumen manifestiert sich das von Lefebvre geforderte Recht auf Stadt als kollektives Recht auf die Herstellung von Urbanisierung, als „right to shape the city collectively“.

³⁵ Olga Maria Hungar, Raumlabor Berlin, Vortrag Zukunftswerkstatt.

4.3.3.2 Soziale Bewegungen urbaner Transformation: Recht auf Stadt, Solidarische Städte und ein neuer Munizipalismus

Die Verfasstheit der Stadt im Kapitalismus scheint eine wesentliche Ursache für soziale Kämpfe um gesellschaftliche Teilhabe. Städtischer Raum wird als Ware behandelt. Unter dem Stichwort „Recht auf Stadt“ formieren sich weltweit neue Protestbewegungen, die neue städtische Räume herstellen, die am Alltag der Stadtbewohnenden anschließen und der neoliberalen Verwertungslogik der Stadt teils entzogen sind (z.B. Kotti & Ko; Kampagne *Deutsche Wohnen & Co. enteignen*). Aufgrund ihrer partialen Interessen können sie sehr verschiedene Milieus versammeln (Stellmacher/Brecht 2017: 335). Sei es für das Bleiberecht von Geflüchteten zu kämpfen und rassistische Kontrollen öffentlich zu kritisieren, zu erforschen, wo Jugendliche sich in der Stadt unsicher fühlen, Leerstandsnutzungen und bezahlbaren Wohnraum zu fordern, oder gegen die Verdrängung von Marginalisierten aus den Stadtzentren vorzugehen – die Bezugspunkte in der Stadt sind vielfältig (Kiczka 2016). „Recht auf Stadt“-Bewegungen scheinen auch deshalb als strategische Allianzen für die Idee einer Postwachstumsstadt interessant, weil sie – anders als autonome Räume der 1980er Jahre – auch den Akteuren die Möglichkeit zur Formulierung eigener Gegenentwürfe geben, die es nicht gewohnt sind, sich in politischen Debatten zu artikulieren (vgl. Hardt/Negri 2009). Die Träger*innen dieser Räume der Wiederaneignung von Stadt kommen aus nahezu allen gesellschaftlichen Gruppen und formieren so eine soziale Bewegung mit großer möglicher Wirkmacht für eine gesamtgesellschaftliche Transformation.

Die Forderung auf das Recht auf Stadt geht auf Henri Lefebvre zurück, der dieses 1968 in *Le droit à la ville* als das Recht, nicht von städtischer Zentralität ausgeschlossen und in einen Raum abgedrängt zu werden, der im Zuge einer modernen, neoliberalen Stadtentwicklung zum Zweck der Diskriminierung produziert wurde (vgl. Externalisierung zum Erhalt einer imperialen Lebensweise) (Schmid 2014: 184). Dirk Gebhardt und Andrej Holm fassen Lefebvres Forderung so:

„Das Recht auf die Stadt umfasst das Recht auf Zentralität, also den Zugang zu den Orten des gesellschaftlichen Reichtums, der städtischen Infrastruktur und des Wissens; und das Recht auf Differenz, das für eine Stadt als Ort des Zusammentreffens, des Sich-Erkennens und Anerkennens und der Auseinandersetzung steht. Es bezieht sich also gleichzeitig auf die Stadt als physische Form und auf die mit ihr in Wechselwirkung stehenden sozialen Verhältnisse und Praktiken. Es beschränkt sich nicht auf die konkrete Benutzung städtischer Räume, sondern umfasst ebenso den Zugang zu den politischen und strategischen Debatten über die künftigen Entwicklungspfade. Das Recht auf die Stadt orientiert sich an den utopischen Versprechungen des Städtischen und reklamiert ein Recht auf die schöpferischen Überschüsse des Urbanen“ (Gebhardt/Holm 2011: 8).

Dabei richtet sich das Recht auf Stadt vor allem auf die, die mit Rancière gesprochen als die Anteilslosen gefasst werden können, weil ihre städtische Anwesenheit prekär oder illegalisiert ist,

weil sie ökonomisch marginalisiert sind und so z.B. nicht selbst am Protest teilhaben können, weil sie aufgrund einer gegenderten, heterosexuellen oder moralischen Ordnung ausgeschlossen oder bedroht werden. Es richtet sich als Forderung und Aufruf an alldiejenigen, die von der hegemonialen Raumordnung als störende Elemente identifiziert werden und denen so das Recht auf Stadt, gesellschaftlich legitimiert, verweigert wird (Marcuse 2009: 190f.).

Weltgesellschaftlich betrachtet sind die Menschen, die kein Anteil an dem Recht auf Stadt haben, in der deutlichen Mehrheit, der Planet der Slums (Davis 2006) ist zur Regel geworden (Gebhard/Holm 2011: 9). Inzwischen bemühen sich internationale Organisationen wie das World Urban Forum, NGOs wie Habitat International und teilweise linke Stadtregierungen (z.B. in Potsdam, Freiburg) um eine formal-juristische Institutionalisierung eines Rechts auf Stadt. So definiert die Welt-Charta das Recht auf Stadt als „gleiches Nutzungsrecht von Städten innerhalb der Prinzipien der Nachhaltigkeit, Demokratie, Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit“, als „kollektives Recht der BewohnerInnen, insbesondere der benachteiligten und marginalisierten Gruppen“ (UNESCO 2008).

Die verschiedenen möglichen Bezugnahmen auf das Recht auf die Stadt eröffnen ein großes Potenzial, um Ansätze aus der Postwachstumsdiskussion „auf den Boden zu bringen“: Lefebvres lädt über seine Texte zur Stadt ein, Stadt und städtische Entwicklungen aus einer ganzheitlichen Perspektive zu verstehen (vgl. *Kap. 2.1.1 Die (Re-)Produktion sozialen Raumes*), die es analytischen Betrachtungen ermöglicht, Stadt nicht nur auf die materiellen Veränderungen und Umverteilungen hin zu untersuchen, sondern auch Formen der symbolischen Repräsentation mitzudenken (Gebhard/Holm 2011: 14). Das Recht auf Stadt kann aber auch als gegenhegemoniales Projekt gelesen werden, das utopische Visionen der Stadtentwicklung – und damit auch der gesellschaftlichen Veränderung – zusammenfasst (ebd.: 15). Außerdem ergeben sich aus dem Recht auf Stadt reformpolitische Forderungen (ebd.: 16), die verknüpft mit Argumenten aus der Postwachstumsdiskussion starke Aussagekraft im Hinblick auf zukunftsfähige Stadtplanung und demokratisierende stadtpolitische Praktiken haben können. Schließlich trägt das Recht auf die Stadt in ähnlicher Weise wie die Diskussion um *Degrowth* auch das Potenzial eines neuen Internationalismus, in dem wir hier in unserem Nachdenken über und in unserem Gestalten der guten Stadt für alle von Bewegungen des Südens lernen können (zu Recht auf Stadt vgl. Margit Mayer 2011).

Solidarische Städte und ein neuer Munizipalismus

Eine „Stadt für alle“ fordern auch Aktivist*innen aus Netzwerken und Bündnissen solidarischer Städte. In Reaktion auf die Krise der europäischen Flüchtlingspolitik im Jahr 2015 formieren sich gegenwärtig zivilgesellschaftliche Gruppen, städtische Politiker*innen und Stadtverwaltungen zu

Bewegungen der Städte des Willkommens, der Zuflucht und der Solidarität (Christoph/Kron 2019). Die gegenwärtig in einigen deutschen Städten entstehenden Initiativen gehen in den Widerstand zu den wachsenden Restriktionen europäischer und nationaler Grenz- und Migrationspolitiken und treten auf kommunaler Ebene für den Schutz oder die soziale Inklusion von Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus ein. „Der politische Raum der Stadt ist also zu einem Kampf- und Experimentierfeld rund um die Zukunft europäischer (oder sogar globaler) Flüchtlings-, Migrations- und Grenzregime geworden, aber auch für eine grundlegende Demokratisierung städtischer Gesellschaften“ (Christoph/Kron 2019: 8). Die FürsprecherInnen orientieren sich dabei an dem Modell der *Sanctuary Cities*, das in Kanada entstanden, und sich seit den 1980er Jahren mit einer Bewegung von über 500 Kirchengemeinden über die USA und in Großbritannien entwickelte hatte und dem sich in diesen Ländern über 300 Städte, in den USA auch Counties und States anschlossen. Es geht dabei konkret darum, bezahlbaren Wohnraum, Gesundheitsversorgung und Bildungsangebote denjenigen verfügbar zu machen, die einen eingeschränkten oder undokumentierten Rechtsstatus haben. Sanctuary Cities gewähren allen Stadtbürger*innen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und tragen erklärtermaßen Repressionsmaßnahmen gegen illegalisierte Migrant_innen sowie auch Abschiebungen nicht mit. Seit der Durchsetzung der repressiven Abschiebepolitik seit Ende 2016/Anfang 2017 erhält das Konzept auch in der BRD immer mehr Beachtung (Schleicher 2017)³⁶. Hier geht es also vor allem um Rechte aller *in* der Stadt. Daran anschließend thematisiert auch das Urban Citizenship Konzept die Stadtbürger*innenschaft ohne Staatsbürger*innenschaft. Während Rechtswissenschaftler*innen die juristischen Spielräume und Grenzen von Kommunen ausloten (vgl. Fried 2017; Heuser 2019) beziehen sich sozialwissenschaftliche Diskussionen³⁷ im Kontext solidarischer Städte insbesondere auf Debatten um globale Bewegungsfreiheit und Stadtbürger*innenschaft (Christoph/Kron 2019: 9). Hier wird Stadt in einer internationalistischen Perspektive als konkreter Ort der Umsetzung globaler Rechte betrachtet (vgl. Kron/Lebhun 2018).

In einer stadtpolitischen Perspektive erscheint der insbesondere in einigen südeuropäischen Städten erstarkende neue Munizipalismus, der als Reaktion auf aktuelle globale ökonomische und politische Krise den Fokus auf Möglichkeiten und Herausforderungen linker Stadtpolitik richtet (Christoph/Kron 2019: 10).

„Munizipalistische Bewegungen streben an, kommunale Regierungen zu übernehmen oder zu beeinflussen, um lokale Institutionen (wieder) gemeinwohlorientiert auszurichten, ein neues Verhältnis zwischen kommunalen

³⁶ vgl. auch Helene Heuser (2017): Sanctuary Cities in der BRD. Widerstand gegen die Abschiebepolitik der Bundesregierung. fluechtlingsforschung.net/sanctuary-cities-in-der-brd/, zuletzt abgerufen am 5.4.2019.

³⁷ Insbesondere für die Weiterentwicklung migrationswissenschaftlich-stadtforscherischer Ansätze scheint die Diskussion sehr geeignet, weil sie die Perspektive des städtischen Regierens der Migration aufweist, ohne dabei Gefahr zu laufen, ethnisierenden oder kulturalisierenden Paradigmen zu verfallen (Hess/Lebhun 2014).

Regierungen und sozialen Bewegungen zu schaffen und so die Art *wie* Politik gestaltet wird von unten her zu demokratisieren und institutionelle Rahmenbedingungen zu verändern“ (Vollmer 2017: 147).

Der Begriff vermag unterschiedlichste Akteur*innen und soziale Bewegungen unter ihm zu vernetzen. Allen gemein ist eine „Methodologie der politischen Praxis“, die ihren Blick auf alltägliche Widersprüche und soziale Beziehungen, die lokale Gemeinschaft und das Gemeinwohl lenkt (ebd.: 152).

Was die munizipalistischen Bewegungen in den verschiedenen Städten Spaniens von den anderen Projekten und sozialen Bewegungen signifikant unterscheidet, ist ihr Bestreben eine neue Institutionalität zu erproben. Ihnen geht es nicht um die Besetzung der Institutionen oder die Ablehnung dieser, vielmehr versuchen sie sich in instituierenden Praxen und konstituierenden Prozessen und darin um „Weisen der Verstetigung, Bewahrung, Verknüpfung, Ermöglichung, Umhüllung und Sorge“ (Kubaczek/Raunig 2017: 8). Aus der Absicht, breite institutionelle Veränderungen zu bewirken, sind munizipalistische Bewegungen für die Verstetigung von transformativen Möglichkeitsräumen im Sinne einer Postwachstumsgesellschaft besonders interessant. Ihre Fokussierung auf die Um-Gestaltung der Demokratie auf kommunaler Ebene schaffen sie konkrete Bezugspunkte politischen Handelns in den Lebenswelten der Bürger*innen der Stadt. Über die Nähe und Unmittelbarkeit politischer Partizipation kann wiederum das Gefühl von Selbstwirksamkeit und das Selbstverständnis von politischen Subjekten erwachsen. Inhaltlich geht es um Bereiche der städtischen Versorgung in den Bereichen Wasser, Gesundheit, Müll, Soziale Daseinsvorsorge, Bildung, ÖPNV und vieles mehr. Dabei geht es den Initiativen nicht einfach darum, diese Bereiche in öffentliche Hand zu überführen, sondern sie zu demokratisieren und damit auch neue Visionen zu kreieren (Russell 2018). Die Diskussion um die neuen Munizipalisten betont neben der Re-Munizipalisierung und der Um-Gestaltung von Demokratie auch die Erweiterung von Gemeingütern und feministische Politiken (Plan C; Ahora Madrid 2017). Letztere zielen nicht nur auf Gendergleichberechtigung auf der Ebene politischer Repräsentation und Entscheidungsfindung. Es geht darüber hinaus um

„Diversität, gemeinsame Verantwortung und Sorge. [...] Hinzu kommt eine grundlegende Infragestellung von Repräsentation sowie die Verstärkung einer Politik, die ihr Zentrum in kollektivem Handeln hat. All das verpflichtet zu einer Umgestaltung der Grundzüge des Politischen“ (Ahora Madrid 2017: 108).

Die Feminisierung der Politik zielt darauf, „die Logik der Sorgeverhältnisse in das aktuelle politische Rahmenwerk zu übertragen“ (ebd.: 108f.). In dieser politischen Praxis der Übertragung einer alternativen Logik wandelt sich die kommunale oder munizipalistische Ebene – so die Absicht – von der Adressatin politischer Forderungen zur Beteiligten der sozialen Bewegung (Vollmer 2017: 148).

Quer zur national-zentralistischen Politik birgt die Bewegung das Potenzial zur Ausbreitung in ganz Europa unter „einem Zusammenfluss, der alle gegebenen Skalierungen überfließt, vom kleinsten lokalen Zusammenhang des Dorfs oder Stadtteils bis zur translokalen Formation der neuen Munizipalisten“ (Kubaczek/Raunig 2017: 9).

4.3.3.3 Wege der Verstetigung transformativer Ansätze: Grundbedingungen der Stadtgestaltung kollektivieren

Ausgehend von der These, dass der Neoliberalismus nicht nur das Wirtschaftssystem von alltäglichen Bedürfnissen entfremdet hat, sondern auch das politische System (Brown 2015), gelangen insbesondere auch formelle und institutionelle Bereiche der Stadtproduktion ins Visier transformatorischer Ansätze. Allen voran wird der Bereich der Stadtplanung als entpolitisierter Raum kritisiert, aus dem das konflikthafte Wesen des Politischen zugunsten von Bündnissen mit Großinvestoren verdrängt wurde (Gribat et al. 2017: 12). In aktuellen Debatten um steigende Immobilienpreise und Wohnungsknappheit werden neben der nach wie vor lautstarken marktradikalen Stimmen auch solche Stimmen deutlich hörbar, die sich für eine Neuausrichtung der Bodenpolitik im Dienste einer sozialen Wohnungspolitik aussprechen. Dieser Gegenpol argumentiert für die Dekommodifizierung öffentlichen Bodeneigentums und für die Stärkung kommunaler Handlungsmacht sowie für eine kommunale Verwaltung von Bodeneigentum mit transparenten und allgemeingültigen Regelungen, also mit einer Stärkung von Government statt Governance (Heinz/Belina 2019: 30f.). Weniger prominent im Fachdiskurs erscheinen Forderungen sozialer Bewegungen, die der Diskussion noch einen wesentlichen Aspekt hinzufügen: Sie betonen die Verbindung des Bodeneigentums mit der Demokratisierung dessen (kommunal&selbstverwaltet Wohnen 2018) und denken in Richtung kollektiver Besitz von Boden und Immobilien, in der einer Vielzahl von Akteuren berücksichtigt werden müssten und gleichzeitig den Schutz vor Reprivatisierung herstellen zu könnten (Heinz/Belina 2019: 30). Stadtraum als Gemeingut zu begreifen kann auch hier als Türöffnerin einer emanzipatorischen Raumpolitik strategisch sinnvoll sein: Die Commons-Perspektive hinterfragt die Logik von Privateigentum und marktwirtschaftlicher Organisation von Raum, Boden und städtischer Infrastruktur. Entgegen einem Verständnis von Planung als technischem, rationalem und linearem Vorgang der ‚öffentlichen Problemlösung‘ und als konsensorientierte Interessensabwägung (Gribat et al. 2017: 14) fordert sie, die Bedürfnisse der Stadtbewohner*innen in den Mittelpunkt von Raumvergabeordnungen und Stadtplanungen zu stellen. Gleichzeitig deutet sie auf die damit einhergehende Verantwortung von Architektur und Stadtplanung, gesellschaftlichen Wandel mitzugestalten. Hier geht es auch um die Frage, welche Wohnformen Raum für postwachstumsorientierte Lebensstile und Produktionsweisen bieten könnten (z.B. auch *Tiny Houses*; Clusterwohnugen etc.). Die Suche nach entsprechenden rechtlichen

Formen für die Aufdauerstellung des öffentlichen Eigentums führt zu Genossenschaften und Stiftungen oder zum Mietshäusersyndikat. Derzeit wird in Berlin versucht, nach dem Vorbild der *Community Land Trusts* aus den USA kollektiven Bodenbesitz in unsere **gesetzlichen, ökonomischen und institutionellen Anforderungen** zu übersetzen (Günkel 2019). *Community Land Trusts* definieren Eigentumsrechte um und übergeben diese teilweise an die Gemeinschaft (de Pauw 2012: 290).

Aspekte des Wohnens sind wiederum stark verbunden mit Möglichkeiten anderen Formen der urbanen Raumproduktion: urbane Landwirtschaft, geteilte Raumnutzungen, offene Werkstätten und viele andere, die sich nicht unbedingt in bestehende Kategorien einordnen lassen. In diesen neuen Formen urbaner Raumproduktion sind Organisationsformen zu finden, die oft über herkömmliche Formen privatwirtschaftlicher Unternehmen und Versorgungsbeziehungen hinausweisen (Schulz 2017: 13). Stadtplanung hat hier eine ermöglichende und fördernde Funktion: In der Gestaltung von Wohn- und Gewerbebauten oder öffentlichen Flächen können beispielsweise Räume des Teilens und notwendige Infrastrukturen konzipiert werden. Oder aber planerisches Handeln wird radikal demokratisiert und städtische Räume kollektiv entworfen.

„Neben dem physischen Raum gilt es die gesellschaftlichen Verhältnisse ebenso wie die sozialen Praktiken mit einzuschließen und utopischen Überschuss zu produzieren. Die Umsetzung dieses Konzepts ist eine kollektive Wunschproduktion, deren Ergebnisse zur Grundlage von Stadtentwicklung werden“ (Tribble/Wedler/Katthagen 2017: 270).

So formuliert das Kollektiv Planbude die Leitlinie ihres radikal ergebnisoffenen Beteiligungsprozesses – der Wunschproduktion – mit dem sie die Umgestaltung des Geländes der Esso-Häuser in St. Pauli, Hamburg, aus dem Stadtteil und dessen (Alltags-)Sprache heraus realisierten (Tribble/Wedler/Katthagen 2017). Prozesse wie die PlanBude schaffen „Plattformen, die es ermöglichen, dass über die Frage, was und wie Stadt als Ganzes sein soll, ein Austausch entsteht“ (Tribble/Wedler/Katthagen 2017: 274). In diesem Sinne wird hier das kollektive Wissen der Vielen zur Grundlage für die Übersetzung in eine Programmatik des Neubaus und damit zum Ausgangspunkt einer Stadtgestaltung von unten.

Wie aber kann das Wissen der Vielen in eine Stadtgestaltung einfließen, die nicht bedingungslos offen ist, weil sie auf eine sozial-ökologische, solidarische Postwachstumsgesellschaft abzielen sollte? Oder anders: Unter welchen Bedingungen kann die Transformation zur Postwachstumsstadt überhaupt auf kollektivem Wissen begründet werden?

Wenn also den Bürger*innen durch praktische Teilhabe an der Gestaltung urbaner Prozesse ermächtigt werden, kommt ihnen auch eine Verantwortung zu, das Gemeinwohl in den Fokus des

eigenen Handelns zu stellen. Die demokratische Gestaltung einer Postwachstumsstadt bedarf also auch einem breiten, geteilten Verständnis über die ökonomisch-ökologisch-politischen Krisenzusammenhänge und über Ansätze ihrer Überwindung. Wollen also Entscheidungswege radikal demokratisiert werden, brauchen wir auch eine Demokratisierung der Bildung (Roos 2019: 56).

Auf den letzten Seiten habe ich drei Perspektiven auf transformative Prozesse urbaner Raumformung skizziert, in denen die Re-Politisierung der Stadt als zentrale Strategie fungiert und als solche auch für die Um-Gestaltung der Postwachstumsstadt brauchbar gemacht werden kann. Damit habe ich eine erweiterungswürdige Auswahl an konkretisierenden Beispielen getroffen und solche Ansätze diskutiert, die aufgrund ihrer Themen, Techniken und Politiken verallgemeinerbar und auf andere Kontexte übertragbar sind und mir so für eine gesamtgesellschaftliche Transformation zur Postwachstumsgesellschaft als mögliche Bezugspunkte erscheinen. Insbesondere beim Nachdenken über Bedingungen ihrer Verstetigung erscheint die Frage nach Wegen zur Demokratisierung von großer Bedeutung. Die Präsentation der hier entworfenen Untersuchungssituation endet mit dem Ausblick in eine Richtung, in der sich große Potenziale – insbesondere für die Realisierung und Verstetigung einer demokratischen Transformation – erkennen lassen. Ohne an dieser Stelle ausführlich auf Ansätze für die demokratische Transformation demokratischer Gesellschaften eingehen zu können, sehe ich in der (Re-)Politisierung der Bildung eine grundlegende Bedingung für die Realisierung und Verstetigung transformativer Prozesse.

4.3.3.4 Ausblick: Bildung (re-)politisieren

“[W]hat does it mean, for example, freedom or the opportunity for citizens to participate, he asks, if in the society of which we are talking about there is not something – which disappears in contemporary discussions . . . - and that is the *paideia*, the education of the citizen? It does not mean teaching arithmetics, it means to teach him to be a citizen. Nobody is born a citizen. And how to become one? Learning to be. We learn it, first, looking at the city in which we live. And certainly not watching today’s TV” (Castoriadis 2010: 69, zit. in Latouche 2015b: Kap. 25).

Cornelius Castoriadis’ Demokratiekonzept und seiner Vorstellung einer *paideia*, eines demokratischen Erziehungsprozesses, gilt einigen Postwachstumsdenker*innen als politisch theoretischer Ansatzpunkt in Überlegungen, wie die Transformation zur Postwachstumsgesellschaft demokratisch gestaltbar ist (u.a. Bohmann/Muraca 2016; Latouche 2015b; Roos 2019). Grundlegend für Castoriadis’ Idee der *paideia* ist die Überzeugung, dass die eher passiv-institutionelle Formung von Subjekten über einübende Teilhabe für die Entwicklung echter Mündigkeit und Selbstbestimmung als Bürger*innen nicht ausreichend ist (Sörensen 2016: 34). Darüber hinaus brauche es im Prozess der demokratischen Subjektivierung eine forcierte politische Unterrichtung und eine radikaldemokratische Bildung, die im Sinne einer Erziehung „zur Kritik“ (Sörensen 2006: 56) auf eine „Form non-konformistischen Engagements als Leitbild setzt“ (Sörensen 2016: 34).

5 Alltägliche GHC Raumformungsprozesse untersuchen: situieren, kartieren, interpretieren, analysieren, theoretisieren und immer wieder reflektieren

Zu Beginn meiner forschenden Arbeit stand nicht die Absicht das GHC als Projekt theoriegeleitet in einen Diskurs einzuordnen, um damit z.B. die wissenschaftlich getragene Legitimation für das eigene und kollektive Handeln zu stärken. Stattdessen wollte ich die Überzeugungen und Werkzeuge der *Grounded Theory Methodologie*, die von Barney Glaser und Anselm Strauss in den 1960er Jahren entwickelt wurde nutzen, um anhand der Raumformungsprozesse des GHC einen kollektiven Sinnformungsprozess zu reflektieren und diesen aus einer transformationsorientierten Perspektive heraus zu verstehen. Dazu wand ich mich „den in Worten und Taten ausgedrückten Auffassungen, Interpretationen, Absichten und Perspektiven der Menschen“ zu und versuche, sie „nach ihren eigenen Bedingungen zu erforschen“ (Clarke 2012: 45) und sensibilisiert über theoretische Konzepte in ihren komplexen Verbindungen zu deuten. Ich verknüpfte so empirische Beobachtungen mit imaginierten Interpretationen (Bryant/Charmaz 2014: 19).

Da ich selbst Teil dieses kollektiven Sinnformungsprozesses war (und u.a. durch die Situationsanalyse weiter bin), ist mein Denken, Ordnen und Schreiben in besonderer Weise in der Situation begründet. Aus dieser Doppelrolle als Forscherin und Aktivistin heraus galt es, so gewissenhaft wie möglich zu differenzieren zwischen dem, was ich wahrnahm, wie ich das Wahrgenommene verstand und dem, was andere über das von ihnen Wahrgenommene erzählten. In diesem Kapitel reflektiere ich meinen Forschungsprozess und erörtere die darin verwobenen Methoden und Techniken. In Ergänzung zum *Kap. 3.1 Zur Konstitution meines forschenden Blicks*, gehe ich zunächst auf die Forschungsprogrammatik der Situationsanalyse (Clarke 2012) ein, indem ich insbesondere die untersuchte Situation (theoretisch-empirisch) fundiere und die von Clarke eingeführten Forschungswerkzeuge kurz darstelle. Anschließend reflektiere ich ausführlich die suggestive Aneignung der Situation über meine forschungsleitenden Fragestellungen, die damit verbundene Datenauswahl und die eingesetzten Mappingstrategien und gebe so einen chronologisch geordneten Überblick über meinen Forschungsprozess und zentrale, diesen konstituierenden Entscheidungen. Im Anschluss versuche ich meine forschende Arbeit aus meinem Selbstverständnis als aktivistische Forscherin kritisch zu reflektieren, um auf dieser Grundlage schließlich die Ergebnisse darzustellen.

5.1 Situationsanalysen durchführen: Reflexion meines Forschungsprozesses

Bewegt von der Absicht, das GHC zu seinen Potenzialen für die Transformation zur Postwachstumsgesellschaft zu befragen, eröffnete sich mir ein breites Spektrum an möglichen analytischen Pfaden der Konkretisierung. Meine forschungsleitenden Fragestellungen mussten es leisten, offen und anschlussfähig für GHC-Realitäten zu sein, weil sie sich in doppeltem Sinne an das GHC richteten³⁸. Sie bezogen sich auf die GHC-Praxis und sollten diese (gemeinsam mit Hoteliers) reflektieren und – wo möglich – über Ansätze aus der Postwachstumsdiskussion angeregt werden. Gleichsam sollten sie für eine analytische Interpretation hinsichtlich entsprechender Überlegungen aus der Postwachstumsdiskussion brauchbar gemacht werden, und so das Projekt beispielhaft in dem Postwachstumsdiskurs zu verorten. Mein Projekt musste also so offen gestaltet werden, dass ich im Verlauf der Forschung oder im *Prozess der Situierung meiner Untersuchung* mein Erkenntnisinteresse immer weiter ausdifferenzieren konnte. Vor diesem Hintergrund erscheint es mir zu Zwecken der Nachvollziehbarkeit entsprechender, mein *Projektdesign* begleitend zum Untersuchungsprozess zu rekonstruieren, als an dieser Stelle einen „Forschungsgegenstand“ darzustellen.

5.1.1 Die Forschung situieren

Ganz grundsätzlich war und ist die Rahmung der untersuchten Situation geprägt von meinen Interessen, meinem Vor-Wissen und meinen Interpretationen. An dieser Stelle erscheint mir die Spezifizierung des Begriffs der Situation längst überfällig: Clarke liefert in ihrem Werk zur Situationsanalyse konsequenterweise keine kompakte Definition. Stattdessen rückt sie das, was sie als Situation begreift, selbst in den Fokus der Hauptuntersuchung (Clarke 2012: 37) und bezieht sich dabei – ganz im Sinne eines materialistisch-konstruktivistischen Selbstverständnisses – auf die Verbindung von vier wissenschaftlichen Beiträgen:

In Anlehnung an das „Thomas-Thomas-Theorem“ (Thomas/Thomas 1928) ist eine Situation, die als wirklich definiert wird, in ihren Konsequenzen wirklich (Clarke 2012: 65). Das heißt auch, dass die erforschte Situation durch meinen Blick interpretativ gefasst wird und also mein Blick darauf nur eine Weise unter vielen möglichen ist, diese zu verstehen (Clarke 2012: 39). Mit Bezug auf Mills (1940) schafft die vorläufige Begrenzung einer Situation die Möglichkeit, von allzu abstrakt formulierten Forschungsinteressen über situative Fragen

³⁸ Diese Offenheit funktioniert im akademischen Bereich heute kaum mehr, insbesondere aufgrund der erhöhten Spezialisierung und der erforderlichen Spezifität, mit denen Forschungsmittel beantragt werden müssen (vgl. Clarke 2012: 118).

handlungsleitende Motive in einer Situation zu erkennen, also letztlich als Forscherin situativ zu handeln (Mills 1940: 472). Aus der kritisch feministischen Perspektive Haraways' (1995) übernimmt Clarke das Konzept der „Verkörperung der Wissenden und die Situiertheit des Wissens“ (Clarke 2012: 66) und liefert damit einmal ein Werkzeug zur kritischen Analyse von Situationen der Wissensproduktion und sensibilisiert gleichzeitig für eine verantwortliche sozialwissenschaftliche Forschung in postmodernen Gesellschaften. Clarke begreift die Situation als „immer größer als die Summe ihrer Teile, da sie deren Relationalität in einem bestimmten zeitlichen und räumlichen Moment enthält“ (Clarke 2012: 66). Hiermit entwickelt sich in der Situation ein Eigenleben, welches ihr eine „Art Handlungsmacht zubilligt, ähnlich der Handlungsmacht, welche die Diskurse in der Foucault'schen Terminologie haben bzw. darstellen“ (Clarke 2012: 67). Mit dieser breit angelegten Situierung des Forschungsgegenstandes schafft Clarke eine analytische Grundlage, in der sie die Situation als zu konfrontierendes Objekt, wie auch als kontinuierlichen Prozess im Anschluss an die Konfrontation begreift (Clarke 2012: 65). Die Bedingungen der Situation machen die Situation aus, etwas wie Kontext gibt es nicht. Daraus ergibt sich die zentrale Frage, wie diese Bedingungen innerhalb der empirisch untersuchten Situation sichtbar werden, also wie sie es schaffen, als folgenreich empfunden zu werden (Clarke 2012: 112).

Clarke's Rahmung durch diese vier Prämissen kann auch auf den mich interessierenden Untersuchungszusammenhang angewendet werden: Die urbane Raumformung im Alltag des GHC ist ein kontinuierlicher Prozess, der weit über den hier untersuchten Ausschnitt hinausgeht. Den hier interessierenden Ausschnitt definiere ich über die Be-Deutung des GHC als transformativer Möglichkeitsraum. Als Transformationsforscherin öffne ich das GHC damit für eine Betrachtung aus einer Postwachstums-Perspektive, und begrenze die Untersuchung des Prozesses der alltäglichen Stadtproduktion des GHC auf solche Verbindungen, in denen dieser die Eigenschaften eines transformativen Möglichkeitsraumes aufweist. Wie dem GHC diese Eigenschaften zugesprochen werden, von wem (und von wem nicht) und warum (nicht), gilt es analytisch herauszuarbeiten.

Meine Perspektive rahmt die Situation und unterstellt ihr eine ganz spezifische Bedeutung. Diese Bedeutung konstituiert sich über veränderliche und in einander übergehende gedankliche Konstrukte, die in Abhängigkeit davon entstehen, wie ich sie bewerte. Dieser Akt ist für menschliches Handeln essenziell, also ebenso notwendig, um als Forscherin

Entscheidungen zu treffen und mich zu positionieren. Reiner Keller (2012) erklärt hierzu differenzierter:

„Menschen müssen die Situationen und Beziehungen, in denen sie sich befinden und bewegen, permanent deuten und verstehen, um handeln zu können. Solche Situationen sind nicht einfach gegeben oder aus vorgefertigten Normen und Rollenschemata aufgebaut. Sie erfordern von den Beteiligten eine aktive Gestaltungs- und Deutungsleistung (...) und zwar sowohl im Hinblick auf die Signale oder Mitteilungen, die sie selbst aussenden, wie auch im Hinblick auf diejenigen die sie wahrnehmen“ (Keller 2012: 12).

Mit dem Ziel einer kritischen Analyse der situativen Bedeutung eines sozialen Phänomens (Clarke 2012: 51) muss ich mir also bewusst darüber werden, von welchen Vorurteilen geleitet ich als Beteiligte die untersuchte Interaktion mitgestalte. Diesen Prozess der Selbst-Bewusstwerdung in Bezug auf diese Forschungssituation³⁹ begann ich vor meiner darauf ausgerichteten Zuwendung zur sozialen Welt des GHC (vgl. Memo_Vorannahmen) und versuchte, ihn über Selbstreflexion meiner Position, meiner Handlungen, meiner Wünsche und Erwartungen und meiner Gefühle im weiteren Forschungsprozess fortzusetzen.

Diese prozessbegleitende Selbstreflexion versuchte ich dort einzubringen, wo ich sie als unerlässlich zum Verstehen des Zusammenhangs bewerte und außerdem – in Bezug auf mein Selbstverständnis gebracht – zum Ende dieses Kapitels. Sie ist neben der Maps, der Memos (in denen ich empirische Daten kodiere, kategorisiere und theoretiere) und der forschungsleitenden Fragestellungen ein zentrales Forschungswerkzeug meiner Situationsanalyse.

5.1.2 Die Elemente einer Situation kartieren (Mappen)

Mit der Anerkennung dieser Prämissen zum Erfassen der untersuchten Situation deutet sich auch eine enorme Komplexität der Beziehungen und Verhältnisse innerhalb und zwischen verschiedenen Situationen an. Diese gilt es *situativ* darzustellen, sowohl in der Fülle und Verschiedenheiten der einzelnen Elemente, als auch über die Widersprüchlichkeiten der in der Situation enthaltenen Erzählungen (Clarke 2012: 58). Dazu schlägt Clarke drei Arten von Maps vor, die Objekte und nichtmenschliche Entitäten, Menschen, Diskurse, Soziale Welten und weitere in der Situation befindliche Elemente mehrdimensional und in ihren Verhältnissen zueinander abbilden (Clarke 2012: 17, 32):

³⁹ Hier ist wichtig zu differenzieren: Was gehört in die Reflexion als Forscherin, was ist Nabelschau und persönliche Selbstbeschreibung jenseits der Forschungssituation.

Situations-Maps zur Darstellung aller wichtigen Elemente einer Situation und als analytisches Werkzeug zur Erfassung und Diskussion ihrer Komplexität und der Beziehungen zwischen ihnen;

Maps von Sozialen Welten/Arenen zur Veranschaulichung aller kollektiven Akteure, wichtiger nichtmenschlicher Elemente und ihrer Handlungsschauplätze und zur Analyse organisationaler, institutioneller und diskursiver Dimensionen auf Meso-Ebene der Situation;

Positions-Maps als Vereinfachungsstrategie zur Visualisierung von in Diskursen zur Sprache gebrachten oder nicht zur Sprache gebrachten Schlüsselpositionen (Clarke 2012: 38, 124).

Zusätzlich zu den drei Maps habe ich immer wieder kleine Maps von Ausschnitten meiner Forschungsarbeit skizziert, um komplexe Zusammenhänge zu systematisieren und aus ihrer eigensinnigen Konstellation heraus zu ordnen. Außerdem experimentierte ich mit einer Prozess-Map⁴⁰ (vgl. Prozess-Map; Skizze ent-linearisierte Prozessmap).

„Die Mapping-Ansätze richten den Fokus (...) auf die Schlüsselemente, Materialitäten, Diskurse, Strukturen und Bedingungen, welche die erforschte Situation charakterisieren. Die kartographische Erfassung der Daten in Maps erlaubt es dem Analytiker, die Forschungssituation empirisch zu konstruieren. *Die Situation an sich wird zum ultimativen Forschungsgegenstand*, und das Verhältnis ihrer Elemente und ihrer Beziehungen zum primären Ziel der Untersuchung“ (Clarke 2012: 24, Hervorh. im Original).

Über die Abkehr von linearen Verbindungen und einfachen kausalen Ordnungen innerhalb des sozialen Raums, die Veränderungen *im* Ordnungssystem auf den Weg bringen, schaffen ungeordnete Situationsmaps die Möglichkeit, einen Wandel *des* (sozialen) Ordnungssystems zu visualisieren und zu re-produzieren. Insbesondere das Sichtbarmachen verschiedener in der Situation existierenden Perspektiven, z.B. in den Positionsmaps, kann als Forschung demokratisierender Akt gewertet werden. Der radikale Einbezug der Forscher*innen in die Untersuchungssituation und die Involviertheit in den „Untersuchungsgegenstand“, machen erforderlich, dass die eigene Positionalisierung als Forschende transparenter wird. Clarke versteht die Maps auch als Werkzeuge, die eigenen stillschweigenden Hintergrundannahmen, die den Forschungsprozess beeinflussen, offen zu legen und ggf. in die Maps aufzunehmen um sie dann im Hinblick auf Nutzen, Partialität, theoretisches Sampling o.ä. weiter zu bearbeiten (Clarke 2012: 122f.).

⁴⁰ Clarke hält in ihrem Forschungswerkzeugkasten keine Map bereit, um Prozesse abzubilden (anregend dazu vgl. Jörg Strübing (2016): Situationsanalyse. Eine pragmatistische Erweiterung der Grounded Theory unter dem Eindruck der Postmoderne, in: Akremi, L., N. Bauer, H. Knoblauch und B. Traue (Hrsg.), Interpretativ Forschen. Ein Handbuch für die Sozialwissenschaften, Juventa, S.18), was für meine Untersuchung wesentlich erscheint, nicht nur zur Visualisierung, sondern auch um meine analytischen Überlegungen anzuregen.

Durch die Anwendung der drei Modi der Situationsanalyse wird laut Clarke die gesamte Analyse konstituiert (ebd.: 123), und über deren Vermittlung kann „*the big picture*“ (Robert E. Park 1952) gezeichnet werden. Die Arbeit mit den Maps hilft schließlich beim systematischen, analytischen Denken der Forschenden und führt so in die Daten hinein und in ihnen herum (Clarke 2012: 122).

5.1.3 Die Situation in Memos interpretieren

Parallel zum Kartieren der relationalen Prozesse leben Situationsanalysen vom fortwährenden und intensiven Memo-Schreiben (Clarke 2012 ohne explizite Vorschläge; Charmaz 2006: 72ff.). Ich habe von Beginn an alle möglichen konzeptionellen, analytischen und reflexiven Gedanken in Memos festgehalten und so geistige Bausteine geformt, zu denen ich im Verlauf der Forschung zurück kehren und weiter formen konnte, weil ich sie noch nicht in einer spezifischen Logik zu einem finalen Konstrukt verplant hatte. Stattdessen schaffte und erhielt ich mir dadurch eine große Offenheit und Flexibilität für mein Projektdesign, für die Systematisierung meiner Untersuchung und die finale Auswahl der zu veröffentlichten Inhalte.

In meiner Arbeit habe ich schließlich mit drei Arten von Memos parallel und in Bezug zueinander gearbeitet, Memos

zum **Forschungsdesign**, mit Entwürfen zur Rahmung der Situation (insbesondere durch Forschungsfragen, Forschungsstand und Erkenntnisinteresse);

zur Verschriftlichung der Arbeit mit den **Mappings**, begleitend zum Mappingprozess (Mappingmemos), mit ausführlichen interpretativen Beschreibungen der Verbindungen zwischen einzelnen Elementen (relationale Memos) und den Kode- und Kategorienbildungen (Kodierbäume);

zur **Reflexion** des Forschungsprozesses (Datenerhebung, Richtungsänderungen, analytische Wendepunkte, Erkenntnisse) und der eigenen Positionalität als Forscherin (Vorwissen, Absichten, Gefühle etc.).

Gemeinsam ist den Memos, dass sie allesamt betitelt, datiert (Erstelldatum und Daten der Weiterarbeit) und einer Memo-Art zugeordnet sind und ich zu Beginn meine Absicht für das Memoschreiben auf den Punkt brachte und zum Abschluss ggf. noch einen Kommentar für meine mögliche Weiterarbeit hinterließ. Dieser „Memokopf“ ermöglichte mir mit einer großen Menge an Memos umzugehen und schnell von einem zum anderen zu springen. Darüber hinaus gab es keine generalisierbare Art und Weise, wie ich meine Memos verfasst hatte, manche bestehen aus sehr privaten Gedankenskizzen, andere beinhalten bereits Texte, die ich für die Veröffentlichung

gebrauchen konnte. Eben diese Informalität des Memos nahm mir die Angst vor dem Schreiben und provozierte Kreativität und Gedankenspiel im Forschungsprozess.

5.1.4 Zwischen Reflexion und Aktion⁴¹: Entschieden verändernde Fragen stellen

Ich begann meine Forschungsarbeit bei der Frage, wo sich in der Diskussion über Postwachstum/*Degrowth* Ansätze, Argumente oder Konzepte finden lassen, die für eine Verbindung zum GHC taugen. Das GHC wollte ich entsprechend meiner eigenen Interessen in einer Perspektive auf Stadtgestaltung betrachten. Die zentrale Frage für die Situierung meines Untersuchungsinteresses war also: „*Was sind Ideen, Ansätze und Konzepte zur zukunftsfähigen Stadtgestaltung/Gestaltung der Postwachstumsstadt und wo gibt es Bezugspunkte zu Praktiken, Diskursen und Möglichkeitsbedingungen des GHC?*“ Es folgte daraufhin eine umfangreiche Literaturrecherche um die Begriffe Postwachstumsstadt, zu konzeptuellen Grundlagen aus der Architektur- und Stadtsoziologie, zu Ansätzen aus der kritischen Geografie und entlang von Theoretisierungen in der politischen Philosophie und Soziologie. Diese mündete in ein erstes Exposee, das über die Rückkoppelung mit den Seminarteilnehmenden kommentiert und kritisiert und dann als erneuerte Version zum Grundentwurf für mein Forschungsvorhaben wurde (vgl. Exposee_Forschungsvorhaben). Das Exposee verschwand dann für einige Monate in der Schublade, ich wurde Mutter und damit auch in eine völlig andere Zeitlichkeit katapultiert.

Damit die potenziell unerschöpfliche Suche nach relevanter Literatur eine weitere systematisierende Einschränkung erfuhr, entwarf ich nach meiner Wiederaufnahme der Arbeit ein heuristisches Grundgerüst an Fragen, die sich aus meinen Vorannahmen (vgl. Memo_Vorannahmen) und der Systematisierung des Wissens aus dem Forschungsstand ergaben (vgl. Memo_Heuristik). Nach intensiver Vorbereitung lud ich im März 2018 zum reflexiven Gruppengespräch unter Hoteliers ein (vgl. Email Einladung), das ich mit der folgenden Frage einleitete: „*Wie hat sich die Gemeinschaft GHC von Beginn bis jetzt entwickelt?*“ Ich fokussierte damit – ganz im Sinne der *Grounded Theory Methodologie* – den Prozess der Entwicklung des GHC und kein einzelnes, vordefiniertes Thema oder ein bestimmtes Ereignis (wobei ich natürlich über mein vorab eröffnetes Interesse zur Postwachstumsstadt vorstrukturierte). Damit war zwar ein Rahmen gesteckt, aber doch war dieser – bis auf den Begriff der Gemeinschaft – kaum identitär festgeschrieben. Ausgehend von meiner Vorannahme, dass insbesondere alltägliche Gruppen- und Institutionalisierungsprozesse die Entwicklung des Projekts geprägt hatten, warf ich hier einen normativen Anker für das sonst sehr

⁴¹ Ich versuche hier meinen Forschungsprozess anhand signifikanter Fragestellungen, folgenreicher Entscheidungen und konstituierenden Handlungen zu reflektieren. Besonders zu meinem Wiedereinstieg nach der „Babypause“ war ich an vielen Stellen sehr unsicher, wie ich weiterarbeiten konnte und machte einige Schritte in Richtungen, die ich schnell wieder verwarf. Ich sehe hier davon ab, meinen Forschungsprozess derart ausführlich darzustellen, gehe aber in meinen reflexiven Memos darauf ein.

offen eingeleitete Gespräch: Mit dem stark umstrittenen Begriff der Gemeinschaft provozierte diese Frage auch eine situative Aushandlung über die Bedingungen von Gemeinschaft. Wenngleich nicht annähernd alle existenten Positionen abbildbar wurden, hatte ich mit der Entscheidung gegen sog. Experteninterviews und für das Gruppengespräch (in dem ich als Teilnehmerin und Forscherin wieder in einer Doppelrolle präsent war) und der Auswahl der vier Gesprächsteilnehmer*innen (vgl. Memo_Auswahl der Gesprächspartner_innen zum reflexiven Gespräch über GHC) versucht, dahingehend unterschiedliche Positionen miteinander ins Gespräch zu bringen. In knapp zwei Stunden kam alles Mögliche zum Sprechen und es entstand eine ausführliche, teils sehr emotional betonte Erzählung über die bisherige Projektentwicklung und eine Reflexion über wiederkehrende Streitthemen, Zwänge, Chancen und allerlei andere Bedingungen und Begründungen, die in ihrer Gesamtheit das GHC als sozialen Raum bis zu dem Zeitpunkt meiner Datenerhebung geformt hatten. Das transkribierte Gespräch (vgl. Transkript_reflexGruppengespräch) machte ich nun zum zentralen Dokument meines weiteren Forschungsprozesses (vgl. Memo_ Reflexion_reflexGruppengespräch; Memo_Reflexion_Protokoll der Forschungssituation GHC im Kontext der Datenerhebung).

In einem ersten analytischen Memo (Memo_Dateninterpretation_DASGROSSEUNDGANZE_GEFÜHLE) systematisierte ich das Gespräch anhand der Gesprächsinhalte, ersten Interpretationen und Reflexionen meiner damit verbundenen Gefühle und formulierte entsprechende Überschriften. So entstanden erste Codes, unter denen ich sinngeteilte Erfahrungen subsumierte. Ich entschied mich, im Folgenden mit diesem Dokument weiter analytisch zu arbeiten, weil es im Vergleich zum Transkript einen einfacheren Zugang ermöglichte (vgl. Emailaustausch_Roos). Auf der Basis dieses Memos fertigte ich eine Situationsmap (Vgl. Skizze ungeordnete Situationsmap_Produktion soz. Räume des GHC_25.9.2018) an. Hier versammelte ich zunächst alle Elemente, die aus dem Gespräch als wichtig erschienen, teils in einer ersten Abstraktionsebene, teils in der Sprache des Feldes (teilweise überlappten sich diese auch). Nach Mead sind die Fragen hier: „*Wer und was befindet sich in dieser Situation? Wer und was zählt in dieser Situation? Welche Elemente sind in dieser Situation ,von ausschlaggebender Bedeutung‘?*“ (Clarke 2012: 124). Im weiteren Forschungsprozess ergänzte ich Elemente aus anderen Datenmaterialien und radikalerweise nutzte ich auch meine eigenen, im Laufe des Forschungsprozesses gemachten Erfahrungen als Daten für die Anfertigung dieser Map (Clarke 2012: 122). In einer geordneten Situationsmap systematisierte ich die einzelnen Elemente nun unter bestimmte Kategorien und nutzte sie insbesondere in späteren Analysen als Überblickswerkzeuge. Von der ungeordneten Situationsmap fertigte ich einige Kopien an (Din A3) und begann nun mit der relationalen Analyse in Anlehnung an Clarkes „quick and dirty“-Methode: Dazu stellte ich die heuristischen Fragen, die auch nach dem Gruppengespräch noch interessant geblieben waren und hielt die Antworten in Memos

fest (vgl. Relationale Memos Dateninterpretation). Dazu hob ich ein Element farblich besonders hervor und zog von dort aus Linien zu anderen Elementen, die mit dem fokussierten Element in Beziehung standen. Im Memo erläuterte ich die Art der Beziehung, indem ich die Eigenschaften der Verbindung beschrieb (Clarke 2012: 140f.). Ich nutze auch andere symbolische Marker (Kreise, eckige/runde Klammern, Punktlinien) um besondere Eigenschaften zu betonen. So konnten auch solche Verbindungen stärker betont werden, über die an vielen Stellen geschwiegen wurde. „Diese Beziehungs-Maps helfen dem Analytiker bei der Entscheidung, welche Geschichten – bzw. Relationen – er weiterverfolgen soll“ (Clarke 2012: 141). In dieser Art beschrieb ich einige mir zentral erscheinende Verbindungen und kategorisierte sie schließlich unter zunächst drei und später vier Prozessphasen, die ich auch begann, in einer Map darzustellen (Prozessmap_GHC-GesamtProduktion).

Diese Prozessphasen lassen sich u.a. hinsichtlich ihrer jeweiligen inhaltlichen Ausrichtung des Projekts und der entsprechenden Strategien voneinander unterscheiden: *Projektbeginn*, *Inbetriebnahme*, *Institutionalisierung* und *Existenznot* kategorisieren die zentralen Erfahrungen, die innerhalb der vier Phasen das Verstehen über das kollektive Handeln prägen. Grundlage für die so entstandenen Kategorien waren von mir geschaffene Codes, in denen ich Erfahrungen der empirischen Welt über Abstraktion bündelte. Da insbesondere zu der Phase der Institutionalisierung zu wenig aber sehr bewegt erzählt wurde (und der Fokus der Reflexion eher bei ihren „Auswirkungen“ in der Phase der Existenznot lag), als dass ich schlüssige Argumente formulieren konnte, begann ich noch weitere Datenmaterialien zur Analyse hinzuzuziehen. Hier waren mir meine Sammlungen aus der Arbeit als Gepäckbeförderung dienlich und dazu insbesondere meine Mitschrift während einer zweitägigen Klausur des GHC im Februar 2017. Auch für die Betrachtung der Phase der Existenznot generierte ich weitere Datenmaterialien in Form von Online-Berichterstattungen darüber durch das GHC selbst oder durch Assoziierte.

In dieser Zeit entwarf ich auch zwei Maps sozialer Welten/Arenen/Diskurse (vgl. Maps_sozialer Welten; Memo_Mapping_SozialerWelten.Arenen.Diskurse), die insbesondere die Institutionalisierung und die Situierung des Projekts in einem größeren Zusammenhang visualisierten. Maps von sozialen Welten/Arenen/Diskurse sind „Kartographien der kollektiven Verpflichtungen, Beziehungen und Handlungsschauplätze“ (Clarke 2012: 124). Während ich einen zweiten Entwurf der Map nach den Empfehlungen von Clarke skizzierte, verschriftliche ich meine dazugehörigen (analytischen) Überlegungen und versuche so, meine Map parallel zur Visualisierung auch verstehbar zu machen. Ich orientiere mich in meinen analytischen Betrachtungen an den von Clarke angebotenen systematischen Befragungen der in der Map enthaltenen Arenen und sozialen Welten (vgl. Clarke 2012: 152ff.). Meine Analyse Sozialer Welten/Arenen/Diskurse zielte darauf,

soziale Räume und Orte meiner Untersuchung zu definieren. Es war ein ungewohnter Blick, den „analytischen Fokus auf die jeweiligen Handlungsverpflichtungen („commitment to action“) als dem zentralen Akt der Grenzziehung zwischen oder innerhalb von Sozialen Welten“ (Clarke 2012: 152) zu richten. Dieser ermöglichte mir, eine Vielzahl von in der Situation enthaltenen Perspektiven abzubilden, die im interaktionistischen Verständnis als Grundlage für kollektives Handeln gelten. Die zentrale Frage lautete hier: „Was ist der kollektive soziologische Sinn⁴² meiner Untersuchungssituation?“ (Clarke 2012: 148).

Während meiner Interpretationen, die ich immer wieder ausgehend von relationalen Beschreibungen der Maps in Memos festhielt, führte ich auch meine Literaturrecherchen fort und so verdichteten sich meine Relationsmemos und erhielten mehr und mehr analytische Qualität. Meine Analyse zielte nun darauf, die multiplen, sich zufällig ergebenden Möglichkeitsbedingungen sowie die in ihr enthaltenen Handlungen, Diskurse und Praktiken in den von mir analysierten empirischen Daten darzustellen und sie über Impulse zur Stadtgestaltung aus der Postwachstumsdiskussion und Transformationsforschung weiter zu denken. Darüber wurde auch notwendig, in diesen Relationsmemos nachvollziehbar zu machen, wie und welchen Sinn ich den Daten gegeben hatte, wie sich die Kategorien entwickelt hatten, ob meine Kodes evidente, klare Verbindungen zu dem Material beinhalteten und ob meine Überlegungen von dem Punkt der empirisch beschriebenen Erfahrung ausgingen. Diese Reflexion unterstützte ich über Vergleiche von Daten und Daten, Daten und Kodes, Kodes und Kodes, Kodes und Kategorien, Kategorien und Kategorien und über detaillierte Ausformulierungen der aus den Kodes und Kategorien herauszulesenden Prozesse (vgl. Charmaz 2006: 69ff.). Die mich leitende Fragestellung für meine analytischen Memos war: „Was sind zentrale Praktiken, Diskurse, Strukturen und Möglichkeitsbedingungen die zur Produktion sozialer Räume im GHC von Beginn bis im Herbst 2018 geführt haben?“. Aus den Antworten auf diese Frage ergaben sich mannigfaltige mögliche Lesarten, wie das GHC mit seiner Idee und in seiner alltäglichen Praxis für eine Transformation zur Postwachstumsgesellschaft relevant sein könnte. Jetzt galt es eine Lesart zu wählen, die als Kristallisationspunkt verschiedener (zugeschriebener) Interessen (meiner eigenen als Forscherin und Aktivistin, die des GHC und die der Diskussion um die Postwachstumsstadt) und Schlüsselemente aus der Untersuchungssituation relevant und konsistent erschien (vgl. Memo_Dateninterpretation_Schlüsselbeziehungen). Ich entschied mich an dieser Stelle dafür, das GHC in seiner Qualität als Möglichkeitsraum zu analysieren, in dem Potenziale für die Transformation

⁴² Während des Mappens und Memo-Schreibens reflektiere ich: „Ziel dieses Memos ist es, meinen Mappingprozess analytisch beschreibend zu begleiten. Während des Mappens geht es mir nicht darum, ‚Wahrheiten‘ zu konservieren oder zu visualisieren, stattdessen geht es um eine kritische Analyse zur Generierung ‚einer Wahrheit‘ oder möglicher ‚Wahrheiten‘ – d.h. von ausgeprägten analytischen Auffassungen, Interpretationen und Darstellungen“ (Clarke 2012: 51) der GHC Raumproduktion als soziales Phänomen in meiner konstruierten Untersuchungssituation“ (Memo_Mapping_SozialerWelten.Arenen.Diskurse).

zur Postwachstumsstadt erfahrbar sind und danach zu fragen, *wie dieser Möglichkeitsraum geschaffen wurde, reproduziert wird und erhalten werden kann*. Das GHC als Möglichkeitsraum zu fassen, ermöglichte mir auch, die soziale Raumproduktion in ihren Widersprüchen zu untersuchen.

Der Fokus auf Verschiedenheiten wird von Clarke insbesondere über die Arbeit mit Positionsmaps konzeptuell ausgestaltet. Ich skizzierte zwei Positionsmaps, um die diskursiven Hauptthemen und umstrittene Themen in ihren eigenen Worten und aus den verschiedenen, im Feld eingenommenen Perspektiven heraus darzustellen (Clarke 2012: 165). Clarke betont, dass es hier nicht darum geht, Positionen mit einzelnen Personen, sozialen Welten oder Institutionen zu identifizieren: „Positionen auf Positions-Maps sind Positionen in Diskursen. Individuen und Gruppen aller Art können vielfältige und widersprüchliche Positionen zu ein und demselben Thema einnehmen – und tun dies häufig auch. Positions-Maps stellen die Heterogenität der Positionen dar“ (Clarke 2012: 165f.). Während dieser Mapping-Sessions wuchs das Verständnis, den Möglichkeitsraum abseits von Dualismen wie Verfestigung/Einhegung und eher als Zwischenraum innerhalb verschiedener sozialer Standorte zu verstehen. Ergänzend zu den Positionen aus meinem Datenmaterial fügte ich auch Positionen aus theoretischen Bezügen ein (vgl. Clarke 2012: 173). So konnte ich insbesondere auch „Orte des Schweigens“ über Vergleiche zwischen Empirie und Theorie sichtbar machen. So wurden über die Kartierung aller Positionen in ihrer eigenen Perspektivität Spannungsverhältnisse sichtbar, in denen zwischen eröffnenden/verfestigenden und verschließenden/einhegenden Bedingungen der transformative Möglichkeitsraum GHC re-produziert wurde. Ähnlich wie bei den Situationsmaps oder den Maps sozialer Welten/Arenen/Diskurse habe ich immer wieder an diesen Positionsmaps weitergearbeitet, bis in den Daten keine neuen, zuvor unbekannten wichtigen Themen, Positionen oder Achsen bzw. Kodes auftauchten und damit eine Sättigung erreicht schien (Clarke 2012: 175).

So habe ich über diesen Prozess meine finalen Forschungsfragen entwickelt, unter denen ich die Auswahl meiner veröffentlichten Theoretisierungen, Erkenntnisse und weiterreichende Fragen systematisierte: *„Wie wird das GHC als sozialer Raum re-produziert? Inwiefern erscheint das GHC als transformativer Möglichkeitsraum? Was sind Bedingungen des Möglichkeitsraums im Spannungsfeld zwischen Verfestigung und Einhegung?“*

Zu dieser Zeit bereitete ich gemeinsam mit zwei Mitforscherinnen einen Beitrag zur erwähnten Konferenz Postwachstumsstadt vor und in diesem Zuge lud ich Machende des GHC zum Austausch über meine bisherigen Erkenntnisse aus der Forschungsarbeit ein. Diese Rückkoppelung war mir wichtig, um ggf. Einwände oder Vorschläge aus der Gruppe der daran interessierten Hoteliers noch einbeziehen zu können, bevor ich mit meiner Lesart von der beforschten Situation öffentlich werden sollte (vgl. Email_Einladung_Austausch). Es versammelten sich zum vereinbarten Termin neun

Menschen im 6. Stock des GHC. Ich führte ein in meine Forschungsarbeit, indem ich meine Absicht für das Treffen erklärte, mich zu meinen mit der Arbeit verbundenen Interessen bekannte und dann den Rahmen meiner Untersuchungssituation darstellte (vgl. Mitschrift_Austausch über Forschungsarbeit, 7.5.19/Fotos von Plakaten). Ich dokumentierte die gesamte Sitzung nach vorausgegangenem Einverständnis mit einem Audiomitschnitt. Mir war wichtig, auch an dieser Stelle mit den Möglichkeitsraum-Gestaltenden ins Gespräch zu kommen und so mündete mein kleiner Input zu zentralen Theoretisierungen in die Frage an die Runde: „*Wie kann das GHC als Möglichkeitsraum verstetigt werden?*“. Ich freute mich darüber, mit dieser Frage ein scheinbar nach wie vor aktuelles Thema (was auch Teil meines Inputs war) einzuleiten, und zwar das der zukunftsfähigen, kollektiven Vision für den Ort (vgl. Memo_Reflexion_TreffenAustauschGHC_7.5.2019). Über diese Rückkoppelung konnte ich sicherstellen, dass meine Lesart von (GHC-)gesellschaftlicher Relevanz war und weiter prüfen, ob die Darstellung meiner Analyse verständlich war. Über meine Einladung zum Austausch (und nicht zum Vortrag) machte ich meine Forschungshaltung explizit und eröffnete eine Möglichkeit zur Erweiterung der bisherigen Erkenntnisse (von Hoteliers und mir als Forscherin). Eine dahinterstehende Überlegung war auch, über den Fokus auf verstetigende und einhegende Bedingungen einen Schritt zum *kollektiven* Bewusstwerdungsprozess über das gegenwärtige Machen zu ermöglichen, weil mir zu diesem Zeitpunkt schon klar war, dass mein Forschungsbericht nicht für alle zugänglich sein würde. Das kollektive Bewusstwerden über das eigene Handeln sehe ich als Voraussetzung für die Entwicklung einer kollektiven Vision⁴³ und für die Selbstermächtigung, vom Hier und Jetzt ausgehend Veränderungen in die gewünschte Richtung einzuleiten. Ohne an dieser Stelle auszuholen möchte ich nicht unausgesprochen lassen, dass dieser Austausch Initialzündung für einen weiterreichenden Transformationsprozess der organisatorischen, baulichen und inhaltlichen Strukturierung des Projekts war, den ich mit-kordinieren und möglicherweise auch performativ forschend begleiten darf.

Dass eine politisch positionierte, aktionsbasierte, performativ gestaltende Forschung insbesondere für die Transformation zur Postwachstumsstadt von großer Bedeutung ist, wurde mir durch Reaktionen auf unseren Beitrag in Weimar gespiegelt. Gleichzeitig wurden hier auch die damit einhergehenden Herausforderungen diskutiert. Auch aufgrund der Relevanz von Wegen zur Demokratisierung von Wissensproduktion für die Transformationsforschung und von Methoden zur Ver-Öffentlichung von Transformationswissen für demokratisch organisierte Gesellschaften (vgl.

⁴³ Dass es eine kollektive Vision braucht, ist nicht unumstritten aber letztlich aus verschiedenen Aspekten der Perspektive eines nachhaltigen Aktivismus strategisch sinnvoll, um in einem offenen, kollaborativen Gestaltungsraum (weiter) zu arbeiten (Vgl. dazu Kap. 6 Ergebnisdarstellung).

Roos 2019: 58) möchte ich abschließend meinen Forschungsprozess aus dem Selbstbewusstsein einer aktivistischen Forschung heraus reflektieren.

5.2 Selbstreflexion als aktivistische Forscherin

„Je besser es gelingt, Praxisakteure an theoretischen Reflexionen und Wissenschaftler an praktischen Diskursen zu beteiligen, umso mehr wächst nicht nur das Verständnis der verschiedenen Akteure untereinander. Es geschieht etwas viel wichtigeres: Arbeit wird reflexiv, und zwar die Arbeit der Praktiker wie die der Wissenschaftler.“ (Fricke 2014: 218).

Mein persönliches Interesse an meinem Forschungsthema ist – wie eingangs dargestellt – der Motor für diese Forschungsarbeit gewesen, mein Vorwissen zu dem Thema befähigte mich, die Forschungssituation in dieser Weise abzustecken. Aber nicht nur die untersuchten Inhalte, sondern auch die Art und Weise, wie ich gegenwärtig forsche und mit welcher Absicht entspricht zu großen Teilen meinen grundlegenden epistemologischen Überzeugungen, meinen ethisch-moralischen Prämissen zur Produktion von Wissen und meinem Selbstverständnis als Forscherin auch politische Akteurin zu sein. Dieses Selbstverständnis ist insbesondere auch über meine jahrelange aktivistische Mitarbeit im GHC geprägt. Hier begann ich sehr bald, nach Möglichkeiten zu suchen, wie ich diese mit meiner universitären Ausbildung im M.A. Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung verbinden konnte. Ich wollte in Form meiner Forschung einen Beitrag leisten, der das GHC unterstützt. Gleichzeitig merkte ich zunehmend, wie ich einige Widersprüche nicht nur benennen, sondern auch systematisch durchdenken wollte, um nicht nur darauf aufmerksam zu machen, sondern auch den damit hoffentlich initiierten Reflexionsprozess über eine kritisch-solidarische Perspektive inhaltlich anzuregen. In dieser Suchbewegung stellte ich mir auch Fragen zur gesellschaftlichen Relevanz sozialwissenschaftlicher Forschung und forschungsethischer Fragestellungen zu methodologischen Konsequenzen. Gemeinsam mit anderen im GHC experimentierte ich mit Formaten partizipativer Forschung (Gepäckbeförderung, Räume Denken), die auf die Reflexion des eigenen Handelns, auf die Wissensgenerierung aus „dem Feld“ heraus und auf eine bewusste Um-Gestaltung der eigenen Lebenswelt abzielten. Diese Ansätze waren bereits Konsequenzen meiner kritisch-solidarischen Beobachtung des GHC. Ich machte mich auf die Suche nach wissenschaftstheoretischen Ansätzen, die eine solche Vorgehensweise methodologisch fundieren konnten. Ich gelang von *Performative Social Sciences* über kritisch-feministische Theorien und emanzipatorische Ansätze zur Aktionsforschung und zur transformativen Forschung. Die Situierung meiner Forschung im Kontext dieser Ansätze macht die ausführliche Reflexion meiner Arbeit unerlässlich.

Zu Recht hatte Dr. Ulrich Roos bei begleitenden Gesprächen zur Forschungsarbeit immer wieder von einer „voraussetzungsvollen Arbeit“ gesprochen. An dieser Stelle möchte ich zentrale Voraussetzungen für diese Arbeit klären und meinen Umgang damit reflektieren.

Die erste Herausforderung liegt in meiner **Doppelrolle** als Forschende, also als Mit-Gestalterin der ‚beforschten‘ Situation und zugleich beobachtende und aktivistische Teilnehmerin der Forschungssituation. Für mich war es sehr schwierig, im Projektalltag präsent zu sein, gleichzeitig meine Beobachtungen in einer Qualität zu dokumentieren, die sie für eine sozialwissenschaftliche Untersuchung brauchbar machten und mich für die analytische Arbeit zurückzuziehen. Eine sog. „Insider-Forschung“, wie ich sie insbesondere in vorausgegangenen Projekten versucht hatte, schien mir insbesondere aufgrund der Intensität meiner Involviertheit in beiden Bereichen (Universität und GHC) kaum machbar und so wurde die Verbindung erst möglicher, als ich mich physisch-emotional dem GHC-Raum entzog, um mich voll auf die Forschung zu fokussieren.

In dieser Doppelrolle über Sinnproduktionen nachzudenken, war immer auch begleitet von der Gefahr, in eine Quasi-Selbstbeobachtung abzudriften und die Arbeit damit evtl. ihrer gesellschaftlichen Relevanz zu berauben. Meine Forschungsarbeit ist grundlegend geprägt von meiner subjektiven und emotionalen Befangenheit. Wie schaffte ich also Irritationen meiner eigenen Interpretationen?

Eine wesentliche Voraussetzung im Umgang mit eigenen bereits gemachten **Erfahrungen und Vorwissen** sehe ich darin, diese explizit zu machen und klar von den untersuchten Daten abzuheben⁴⁴. Nach Corbin (1999: 122) verstehe ich meine Erfahrungen als „analytisches Instrument, Reflexion über die vorhandenen Daten zu stimulieren“. Die Reflexionen meiner Erfahrungen unterschied ich in meinen Memos von dem zitierten Datenmaterial. Außerdem reflektierte ich vor Beginn meiner interpretativen Analytik meine Vorannahmen und Sinnzuschreibungen in Bezug auf meine untersuchte Situation ausführlich und führte diese Reflexion forschungsbegleitend über Kommentare an den entsprechenden Textstellen fort (vgl. Memo zu Vorannahmen). Teilweise bemerkte ich während meiner Interpretationen, wie diese von früheren Einsichten gefärbt wurden. Ich versuchte dann über das Hinzuziehen neuer Daten empirisch nachvollziehbare Verankerungen zu schaffen. So konnte ich manche argumentativen Lücken schließen, andere so begonnene Theoretisierungen verwarf ich aufgrund von Nichtbegründbarkeit. All diese Techniken zielten darauf, mich als Person und Forscherin in meinem Forschungsinteresse, meinen Erfahrungen und den

⁴⁴ Das verneint nicht die Möglichkeit, die *während* der Forschung gemachten Erfahrungen in diese mit einzubeziehen. Clarke fordert dazu auf, als Forschende die eigenen, „im Laufe des Forschungsprozesses gemachten Erfahrungen als Daten für die Anfertigung dieser Maps (zu) nutzen“ (Clarke 2012: 122), also zu konstituierenden Elementen der Untersuchungssituation zu machen.

dadurch geprägten Deutungen sichtbar zu machen und mir über mein Verständnis über die Situation bewusst zu werden. Meiner Forschungsprogrammatik besser entsprechend sind m.E. Ansätze einer *kollektiven* Forschungsarbeit, wie sie z.B. über gemeinsame Interpretationen in Forschungswerkstätten ermöglicht wird. Ich habe lediglich ansatzweise – in meiner Datengenerierung (reflexives Gruppengespräch) und in der Rückkoppelung meiner Theoretisierungen – mit Formen partizipativer Forschung experimentiert, aber eine Strauss'sche Gruppenanalyse der Daten oder die kollektive Reflexion von gemeinsamem Erfahrungswissen wären passende Strategien gewesen, um meinen Denkmustern weiter auf die Schliche zu kommen und vor allem auch, um gesellschaftlich relevante Aspekte nicht aus dem Fokus zu verlieren und transdisziplinär weiterzudenken. Dabei wäre eine heterogen konstituierte Gruppe aus Hoteliers, Bewohnenden, ‚Externen‘ aus Stadtverwaltung, Medien, Nachbar*innenschaft und von befreundeten Projekten oder ganz anderen sicherlich wertvoll gewesen. Mit derartigen Forschungsansätzen, wie sie z.B. in der Aktionsforschung Anwendung finden, würde außerdem die Gleichberechtigung zwischen Aktivist*innen und Forschenden an der Erhebung, Produktion und Analyse von Wissen gestärkt werden. Gleichzeitig setzt dies alles aber die Bereitschaft und die zeitlichen Ressourcen der Teilnehmenden aus dem Feld voraus, an *meinem* Forschungsprojekt in solcher Intensität mitzuwirken, was mir in der Logik unserer aktuellen Zeitverwertung ziemlich unwahrscheinlich erscheint.

Eine realisierbare Voraussetzung einer derart konzipierten Forschung sehe ich in der Übernahme meiner Verantwortung und der daran anschließenden **Rechenschaftspflicht** als Forschende und Aktivistin: Grundlegend hatte ich über meine Nähe zum Feld und mein Vorwissen über zentrale Themen in der Praxis auch eine Vorahnung, welche Forschungsfragen interessant sein könnten. Diese stellte mich aber auch in die Verantwortung, über einen kritisch-solidarischen Bezug relevante Fragen für die Alltagspraxis des Projekts zu untersuchen und über mein Forschungsdesign sicherzustellen, nicht im akademischen Elfenbeinturm zu verbleiben. Schließlich wuchs mit dem Vertrauen, das mir als Forscherin von der Gruppe entgegengebracht wurde, auch die gefühlte Selbstverpflichtung, meine aktivistische Beteiligung für gesellschaftliche Veränderung auch in meiner wissenschaftlichen Wissensproduktion fortzuführen. Der Fokus auf Nützlichkeit aktivistischer Forschung birgt jedoch die Gefahr, Wissen auf seine unmittelbare Anwendbarkeit zu reduzieren und damit in einer kapitalistischen Logik verwertbar zu machen.

Aus meinem **Selbstverständnis als Forscherin für (und nicht nur über) gesellschaftliche Veränderung**, ist schließlich die Frage, für wen diese – außerhalb der *Scientific Community* – zugänglich sein muss, von großer Bedeutung. Mein Anspruch, die Arbeit auch für nicht akademisch Interessierte verstehbar zu machen, (über-)forderte mich, weil mein Sprachduktus tendenziell abstrakt und theoretisch daherkommt und meine Hemmungen, mich visuell auszudrücken meine

Vermittlungsfähigkeiten weiter einschränken. Ich bin mir dieses Widerspruchs bewusst und versuche, zumindest die *Ergebnisdarstellung* dieser Untersuchung einer größeren Leser*innenschaft zugänglich zu machen und in den forschungsbegleitenden Rückkoppelungen in die Praxis transformativer Stadtgestaltung meine Absichten und Zwischendeutungen unterstützt durch visuelle Darstellungen und partizipative Formate zu übersetzen. Meine Selbsteinschätzung in Bezug auf meine beschränkten Vermittlungsfähigkeiten hat von Beginn an mein Forschungsdesign beeinflusst, denn entsprechend der potenziellen Lesenden sollte mein Erkenntnisinteresse auch für diese interessant sein: Mit meinem Fokus auf Bedingungen zur Einhegung und Verstetigung des Möglichkeitsraumes sehe ich Auszüge dieser Forschungsarbeit als potenzielles Handlungswerkzeug des GHC in der Argumentation mit Interessierten aus anschließenden Spezialdiskursen des GHC in Politik, Wissenschaft, Bildung und Stiftungen. Hätte ich final darauf abgezielt, die kollektive Selbstreflexion der unmittelbaren Macher*innen des GHC zu unterstützen, wie das zu Beginn eine meiner Absichten war, hätte ich andere Fragen in einer anderen Sprache stellen müssen.

In der **Verwendung von „Erfahrungswissen“** aus dem Feld meiner Theoretisierungen lief ich außerdem Gefahr, die Praxis durch die Theorie zu entmündigen (Schuster 2016: 194). Dieser Entmündigung versuchte ich vor allem über die konsequente Umsetzung der Prämisse eines Empiriebasierten Theoretisierens zu begegnen und über die radikale Anerkennung Donna Haraways Konzept des Situierens Wissens (1995). Haraway geht davon aus, dass jedes Wissen und jeder Erkenntnisanspruch aus spezifischen Situationen hervorgeht und von verkörperten Wissenspositionen getragen wird. Wir als historisch kontingente Wissenssubjekte müssen uns verantwortlich machen, „zu welchem Zweck wir zu sehen lernen“ (Haraway 1995: 80-8) und i.S. einer feministischen ‚Objektivität‘ unser eigenes Wissen als situierendes aufbrechen (Schuster 2016: 195).

In diesem Sinne verstehe ich mich als aktivistische Forscherin oder vielmehr als **politisierende Akteurin**. Hier spreche ich erst einmal nicht von politischer Wissensproduktion, vielmehr geht es mir um die Politisierung der sozialen Welten, in denen ich mich forschend, eingreifend und gestaltend bewege. Es geht mir dabei um Möglichkeiten politischer Partizipation und gesellschaftlicher Transformation. Als Forscherin in einer Situation, die als transformative Praxis gedeutet wird, bin ich in doppeltem Sinne in einer kritisch-eingreifenden Position: Auf Ebene der Beteiligung am GHC als Projekt und in der kritisch-solidarischen Untersuchung des GHC in der Untersuchung des transformativen Möglichkeitsraums. Zur kritisch-solidarischen Beforschung bedarf es eines ermöglichenden Denkraumens, der gleichsam Raum für Zweifel eröffnet und zu Aushandlungen über Uneinigkeiten einlädt. Diese Bedingungen sehe ich in der Frage nach den eröffnenden und einhegenden Bedingungen des Möglichkeitsraums GHC. Die analytische Diskussion dieser ist außerdem anschlussfähig für andere institutionelle Ordnungen, also aus der spezifischen Situation

auf gesellschaftliche Verhältnisse übertragbar. Für eine Form der Kritik, die auf Veränderung dieser Verhältnisse zielt, setzt Donna Haraway (1988) eine grundlegende Hinterfragung festgelegter Identitäten voraus: „One cannot ‚be‘ either a cell or molecule – or a woman, colonized person, laborer and so on – if one intends to see and see from these positions critically. ‚Being‘ is much more problematic and contingent“ (Haraway 1988: 585). So wird es für eine kritische Forschung unabdingbar, die konstituierenden Beziehungen zwischen den Elementen in der Situation zu befragen, statt sie als gegeben vorauszusetzen (Schramm 2013: 223). Ich denke, dass das normativ gerahmte, aber dennoch charakteristisch offene Konzept des Möglichkeitsraumes grundsätzlich einen Raum für Kritik in einem transformativen Selbstverständnis eröffnete. Mit der relationalen Analytik der Situationsanalyse arbeitete ich mit einem entsprechenden Werkzeug, um diesen Raum situativ in seinen konstituierenden Bedingungen zu verstehen. Die radikale Situierung meiner Person in der Forschungssituation ist darüber hinaus ein wesentlicher Schritt, um meine eigene Herrschaftsposition zu reflektieren: Ich weiß darum, dass ich die Vielschichtigkeit und Schwierigkeit des Projekts in seiner zeitlichen und räumlichen Ausweitung mit meiner subjektiven Darstellung nicht annähernd abbilden kann, ich sie aus verschiedenen Begrenztheiten sehr stark einhege, vereinfache und für meine Zwecke gebrauche. Es war ein gewaltvoller Akt, die GHC-Praxis in den Postwachstumsdiskurs zu pressen, wo sich die Hoteliers bisher kaum in diesem Spektrum verorteten. Damit setzte ich bestimmte Aspekte in den Fokus meiner Aufmerksamkeit und schloss andere relevante Aspekte von der Betrachtung aus. Auch in der Auswahl der Sprecher*innen und der sprechenden Daten definierte ich, wen wir hören sollten und wen ich nicht zu Wort kommen ließ. Verbunden mit meinem forschungsethischen Selbstverständnis maßte ich mir damit an, zu beurteilen, wo Veränderungen wichtig wären und welches Wissen dazu gebraucht wird. Daran anschließend erscheint es notwendig, insbesondere für eine „kritische Transformationsforschung, auch die Wissenschaften und westlichen Wissenssysteme als machtvoll Regime zu hinterfragen und anzugreifen, da diese (oftmals einseitige) Weltdeutungen anbieten und damit auch Eingriffs- und Transformationschancen definieren und vorgeben – inklusive der Reproduktion oder Veränderung dualistischer und hierarchischer Geschlechterverhältnisse und -rollen“ (Bauriedl/Wichterich 2014: 3) und darüber hinaus.

Über die Koppelung von wissenschaftlichen Transformationsperspektiven und transformativer Praxis bringe ich verschiedene Wissensformen und damit einhergehende Ungleichheiten (z.B. Hierarchisierung von Sprecher*innenpositionen, Rassismen, Klassenunterschiede) und eingeschriebene epistemische Ungerechtigkeit in einen Zusammenhang. Diesen Zusammenhang und meine eigene Position darin habe ich kaum explizit reflektiert, was mir für zukünftige

Forschungsarbeiten unabdingbar erscheint, weil ich überzeugt davon bin, dass „there is no global justice without global cognitive justice“ (de Sousa Santos 2014: viii).

Damit schließe ich diese Selbstreflexion für hier und jetzt, in der Überzeugung, „[i]t matters what stories tell stories', denn Erzählungen bedingen Wahrnehmen und Vernehmbar-Werden und damit auch das gemeinschaftliche Leben in seiner weltlichen Existenz“ (Haraway 2016 zit. nach Kleesattel 2018: 21).

6 Ergebnisdarstellung

Mit Donna Haraway (2016: 3) teile ich die Überzeugung, dass „Science fact and speculative fabulation need each other“. Ich beabsichtige mit dieser Arbeit an einer alternativen Erzählung urbaner Raumproduktion, an einer „world-changing fiction“ (Haraway 1985: 65) mit zu arbeiten. Mit dem Versuch, die vorläufigen „Ergebnisse“ meiner Untersuchung zu vermitteln, stelle ich in diesem Kapitel den Prozess der sozialen Raum(re-)produktion des GHC dar und theoretisiere meine Interpretationen der Diskussion um ihre Potenziale für die Transformation zu einer urbanen Postwachstumsgesellschaft. Entsprechend meines Selbstverständnisses, als Forscherin ästhetisch und politisch in soziale Wirklichkeit einzugreifen (vgl. *Kap. 3.2 Aktivistisches Forschen*), suche ich an dieser Stelle nach angemessenen Formen der Ergebnisdarstellung. Donna Haraway (2016), Norman Denzin (2008) oder Mechthild Exo (2015) schlagen vor, die Repräsentation sozialer Wirklichkeit radikal als ästhetische Konstruktion kenntlich zu machen und entsprechend in Formen des fiktiven Dialogs, in fragmentarischen oder autopoetischen Texten, in fotografischen Essays oder mit anderen ästhetischen Techniken zu re-kodieren.

Ich versuche also im Folgenden eine Präsentation meiner Untersuchungsergebnisse zu formulieren, die sich in einigen Aspekten von dem Rest der Arbeit abhebt. Ziel dieser Erzählung ist, dass sie auch ohne Vorwissen aus dem Rest der Arbeit zugänglich sein soll. Damit möchte ich auch der weniger wissenschaftlich interessierten Leser*innenschaft einen Einblick ermöglichen. Weil ich selbst Teil des untersuchten Prozesses bin, und meine Position prozessbegleitend reflektierte, soll meine Darstellung an entsprechenden Stellen auch autoethnografischen⁴⁵ Ausdruck erhalten. Die methodologisch angelegte Unabgeschlossenheit, Vielschichtigkeit und Normativität meines Erkenntnisinteresses mache ich in einem fragmentarischen, überlappenden und teilweise

⁴⁵ Norman Denzin (2006) versteht autoethnografische Zeugnisse als eine wichtige Dimension der *performance ethnography*, weil sie soziale Missstände kritisieren, Kultur in Bewegung bringen und dem Publikum Erfahrung und Teilhabe ermöglichen: „As praxis, performance ethnography is a way of acting on the world in order to change it“ (Denzin 2006: 331).

überspitzenden (stellenweise polemisch anmutenden) Schreibstil sichtbar. Mein Interesse an der *alltäglichen* Raum(re-)produktion spiegelt sich immer wieder auch in der Verwendung von Alltagssprache. Ich experimentiere an dieser Stelle mit diesen Mitteln, um meinem Anspruch, Forschung *für* und nicht lediglich *über* transformative Praktiken näher zu kommen. Dabei ist mein Schreiben nur der individuelle Ausdruck eines kollektiven Denkens und damit höchst unvollständig. Es fehlt prinzipiell, was nur im Kollektiv formuliert werden könnte, und was nicht rational ausgedrückt werden kann (de Sousa Santos 2014: 7).⁴⁶

6.1 Der Prozess der (Re-)Produktion des sozialen Raumes GHC

In dem ersten Teil meiner Ergebnisdarstellung gebe ich eine Antwort auf die Forschungsfrage „*Wie wird das GHC als sozialer Raum re-produziert?*“. Dazu konzentriert sich meine analytische Interpretation auf das GHC als soziale Welt. Ich möchte diese in ihren vielfältigen, sich verändernden Beziehungen zu anderen sozialen Welten und Diskursarenen fassen. Ich beabsichtige darüber zu klären, welche Praktiken, Diskurse und Möglichkeitsbedingungen als folgenreich für den Entwicklungsprozess des Projekts von dessen Macher*innen verstanden werden. Dabei ist es mir wichtig, auch die widersprüchlichen, konfliktreichen und politisch umkämpften Beziehungen zwischen den Elementen zu begreifen. Die Darstellung dieser Beziehungen in unterteilten Prozessphasen dient der Strukturierung und besseren Nachvollziehbarkeit von wirkmächtigen Veränderungen im Gesamtprozess. Sie soll keineswegs vortäuschen, es handle sich hier um eine klar ablesbare, linear ablaufende, kollektiv verfolgte Entwicklung. Aus meiner Wahrnehmung gab es zu jeder Zeit sehr diverse und oftmals konfliktäre Interessen, Meinungen, Gefühle, Strategien und Entwicklungsstränge innerhalb eines Großen und Ganzen. Insbesondere in der Zeit, als die Zahl der aktiv Mitwirkenden sehr stark angewachsen war, also im Prozess der Inbetriebnahme und der Institutionalisierung gab es eine große antagonistische Qualität in dem Projekt. Ich verstehe dieses Große und Ganze also eher als kontinuierlichen Aushandlungsprozess über die Bedeutung, die Ziele und die Strategien, die das Projekt haben soll.

6.1.1 Projektbeginn: Er-Öffnung einer politischen Gegenerzählung

Dabei basiert das GHC bei Projektbeginn 2011 auf der grundlegenden, scheinbar unhinterfragten Überzeugung, dass eine andere soziale Welt möglich und Gesellschaft gestaltbar ist. Diese Überzeugung ist Motor für das eigene Handeln, aus ihr heraus haben sich die Machenden selbstermächtigt, und damit beauftragt, einen lokalen Ausschnitt dieser global-lokal vernetzt verstandenen sozialen Welt in einer bestimmten Haltung um-zugestalten. Diese Haltung basiert auf

⁴⁶ Hierzu bieten Arbeiten aus dem Spektrum der *Performative Social Sciences* interessante Möglichkeiten in Form von Filmproduktion, Theater und Performances.

dem Menschenbild, dass alle Menschen als Menschen gleich sind und alle Menschen das Potenzial haben, ihren alltäglichen Lebensraum aktiv zu gestalten⁴⁷ und ist damit anschlussfähig an feministisch-kapitalismus-kritische Postwachstumsperspektiven, die auf die Überwindung einer kapitalistischen Re-Produktion von Stadt deuten. Damit Menschen Mit-Gestaltende werden können, braucht es einen Rahmen, der dies ermöglicht, also der Gestaltungsraum insofern reguliert, als dass Zugänge für *alle* geschaffen werden. Dieser Rahmen kann wiederum auf unterschiedliche Weise geschaffen und damit auch erneuert werden. *Wie* dieser gesetzt wird, scheint maßgeblich über die Qualität der Um-Gestaltung zu entscheiden und darüber, ob Gestaltungsraum eingeeht oder verstetigt wird (vgl. Kap. 6.2 *Bedingungen im Spannungsfeld*).

Der Gestaltungsraum GHC war zu Projektbeginn insbesondere über die materielle Gebäudestruktur und die verschiedenen Interessen der Mietenden (GHV e.V., Regierung von Schwaben) und der Vermieterin (Diakonie) gerahmt. Struktur und Bedürfnisse lokalisieren, konkretisieren und begrenzen damit auch den Zugang zum gesellschaftlichen Gestaltungsraum und machten eine *gemeinsame* Gestaltung darüber machbar. Gemeinsame Gestaltung scheint nötig, um eine neue gesellschaftliche Ordnung zu schaffen. Denn wenn wir alle ohne einen gemeinsamen Bezugspunkt in einem unbegrenzten Möglichkeitsraum vor-uns-hin-gestalten würden, katapultierten wir uns wohlmöglich allgemein ins individualisierte Chaos. Nichtsdestotrotz leben wir in einer Kultur, in der Individualität und Unterschiedlichkeit als soziale Errungenschaften gelten und als allgemein positiv bewertete Eigenschaften unserer Gesellschaft gesichert werden wollen. Wie geht das also zusammen, wie können wir einen Rahmen schaffen, der das Leben in komplexer Vielfalt (bezogen auf alle möglichen Kategorien des menschlichen Lebens) strukturell ermöglicht und nicht nur funktional sichert? De Sousa Santos (2014) denkt dazu:

„Structural (not functional) diversity is as seductive as it is threatening. It is seductive for those who see in it the reason for the end of dogmas and the opportunity to imagine and create other life possibilities. If the diversity of the world is inexhaustible, then utopia is possible. All possibilities are finite, but their number is infinite. The constituted experience is nothing more than a provisional and localized concretization of the constituent experience. The fact that the existing reality is so far away from ideal does not prove the impossibility of the latter; rather, it only proves that current reality is without ideals“ (de Sousa Santos 2014: 15).

Vielfalt als Strukturprinzip zu etablieren, setzt Offenheit voraus (Sennett 2018: 14). Radikale Offenheit beschreiben die Machenden des GHC als grundlegende Bedingung, Eigenschaft und Strategie zu Beginn ihrer Unternehmung. Sie setzen damit einen zu Projektbeginn einen normativen

⁴⁷ Sicherlich ist in einer derart heterogenen Gruppe nicht davon auszugehen, dass es ein geteiltes Menschenbild gibt. Ich spreche hier von dem die Situation dominierenden *Common Sense*, in dem ich feine Unterschiede zwischen den Positionen vereinheitliche. Die Existenz ungleicher Ressourcen zur aktiven Mitgestaltung wird z.B. auch darin deutlich, dass die Bewohner*innen mit Fluchterfahrungen zu Beginn als aktiv am Projekt Beteiligte konzeptualisiert wurden, und sich später größtenteils zeigte, dass sie dazu nicht bereit oder fähig waren.

Rahmen: Einen offenen Gestaltungsraum in der Stadt realisieren, der gesellschaftliche Mit-Gestaltung für alle ermöglichen sollte.

„Und wir haben halt klar eine Lösung präsentiert, die revolutionär anders war. Die so selbstverständlich klar und offen war, dass sie eigentlich/ also eigentlich, dass es unmöglich ist, die zu realisieren, aber die war schon da“
(Transkript reflexives Gruppengespräch 2018: #00:39:38-5#)

Um diesen Raum zu realisieren, brauchte es die *(stadt-)gesellschaftliche Legitimation* und eine breite lokale Akzeptanz der Idee, des Ortes und der Machenden. Auf der anderen Seite zielte retrospektiv die Verbindung mit der Idee eines Grandhotel Cosmopolis auf die Emanzipation und Entgrenzung in der Produktion eines alternativen Ortes, der sich von herkömmlichen Ordnungen und Zuständigkeiten bzw. Verantwortlichkeiten in der Organisation von Bereichen des städtischen Lebens wie Arbeit, Kultur, Wohnen und Fürsorge unterscheiden wollte. Es ging also darum, in einer dialogischen Weise in die herrschenden Strukturen städtischer Gesellschaft zu intervenieren. Dazu kamen die Machenden ins Gespräch: Untereinander zum Zweck der Organisation der selbstorganisierten, planvollen Aneignung des Hauses, mit der Diakonie als Vermieterin und der Regierung von Schwaben als Mitmieterin zur Verhandlung der Bedingungen der Zusammenarbeit und mit allen Interessierten der Stadtgesellschaft zur Vermittlung der Idee, zur Einladung zur Mitgestaltung und zur Solidarisierung mit dem Projekt. In diesen Strategien ging es darum, Zugänge zum Gestaltungsraum zu schaffen und zu erweitern, das Gebäude zu er-öffnen, mit der Idee öffentlich zu werden und den Ort damit auch (teilweise) zum öffentlichen Raum zu machen. Oder wie es die Machenden immer wieder treffend fassen: „Eine Intervention ins öffentliche Leben“. Es ging also letztlich darum, gesellschaftlichen Gestaltungsraum zu er-öffnen, und darauf das unvorhersehbare Im-Entstehende zu begründen.

In diesem Prozess er-öffneten die Grand Hoteliers eine Erzählung, eine politische Fiktion⁴⁸ von einer anderen Welt, die unabgeschlossen bleibt:

„Sie bedeutet, sich auf den Prozess einzulassen, statt Leitbilder oder gar klare Ziele vorzugeben: Hier geht es um Zuhören, nicht ums Überstimmen, um die Entdeckung von Unerwartetem, das die Entwicklung bereichern oder verändern kann, und um die Vielstimmigkeit einer dialogischen Rede, die die Linearität eines konstruierten Monologs durchbrechen kann“ (Hebert 2016: 338, zit. nach Richard Sennett).

⁴⁸ Sie geben also nicht vor, diese neue Welt/Gemeinschaft sei bereits real. Sie kreieren ein Bild, was zwischen der Welt, wie sie ist und einer Welt, wie sie noch sein könnte, vermittelt: "Wo sich der Schein in Wirklichkeit auflöst, verschwinden auch Kunst und Politik. Denn beide sind an den Schein gebunden, an dessen Macht, das ‚Gegebene‘ der Wirklichkeit uns sogar den Bezug zwischen Schein und Wirklichkeit neu zu konfigurieren. In diesem Sinne haben Kunst und Politik gemeinsam, dass sie Fiktionen produzieren, was nicht bedeutet, erfundene Geschichten zu erzählen. Fiktion meint vielmehr, einen neuen Bezug zwischen Schein und Wirklichkeit, zwischen Sichtbarem und seiner Bedeutung, Einzelem und Gemeinsamen zu stiften" (Rancière, Jaques (2008): Die Aufteilung des Sinnlichen. Berlin: b_books., S. 88f.).

Mit dem Bild GHC wird ein Rahmen gesetzt, der relativ vage – vielleicht am ehesten noch von einer Pose, einem Symbol ausgehend – einen größtmöglichen Bedeutungshorizont für ein Projekt aufspannt, der dann im Machen, sozusagen erst *a posteriori*, mit Inhalten gefüllt wird. Sie machen in ihrem Handeln, durch ihre alltäglichen Praktiken, ein Bild einer anderen Gesellschaft, oder auch ein soziales Imaginativ nicht nur sichtbar, sondern auch praktisch erlebbar: Leute wie du und ich schenken ihre Zeit, sie laden ein, dabei mitzumachen, sie begeistern über ihre Begeisterung für das, was hier entsteht. Sie renovieren, investieren, produzieren, diskutieren gemeinsam einen neuen Ort für die Stadt und ihre Gäste. Alle machen alles, keine*r ist zuständig, viele wollen einfach aktiv werden, einige werden verantwortlich. Sie verbinden ihre eigenen Bedürfnisse nach Freiraum mit der Übernahme von Verantwortung für unsere gesellschaftliche Krisensituation, beauftragen sich selbst, eine neue Antwort auszuformulieren auf die immer aktuelle Frage, wie wir miteinander leben wollen. Zusammen kreieren sie ihren eigenen Lernort darüber, dass sie sich den damit entstehenden Herausforderungen stellen. Die Vermittlung, der Zugang, der Einbezug zu der Realisierung der Idee gelingt über das prozessbegleitende ästhetische Sichtbarmachen der räumlichen Aneignung: Baustellenkonzerte und -führungen oder die Inbetriebnahme der Lobby-Bar inmitten der unabgeschlossenen Umbauarbeiten schaffen ein erlebnisorientiertes Verständnis von dem, um was es hier geht. Das funktioniert als Vermittlungsstrategie nach innen und außen gleichermaßen, schafft Raum für Austausch unter Gleichen.

Diese das GHC begründenden Praktiken eröffnen einen transformativen Möglichkeitsraum in der Stadt, inmitten gefühlter bayerischer Provinz entsteht ein kosmopolitischer Ort. Aber nicht nur das zugrundeliegende Selbstverständnis bedingt die Bedeutung, die dieser soziale Raum erhält. In der räumlichen Aufteilung des Gebäudes zwischen dem Grandhotel Cosmopolis e.V. und der Regierung von Schwaben liegt ebenfalls eine konstitutive Bedingung für das Projekt und seine inhaltliche Ausrichtung und politische Positionierung: Es entsteht ein Hotelturm mit ganz verschieden gestalteten Zimmern und gemeinschaftlichen Räumen der über Windfangtüren vom regierungsverwalteten Trakt im anderen Flügel des 2600qm Gebäudes getrennt ist. Nebenan herrscht eine völlig andere Ordnung, hier vereinheitlichen Zimmer und deren normiertes Inventar das Zusammenleben unterschiedlichster Menschen. Spannend, eine institutionelle Verbindung staatlicher, zivilgesellschaftlicher und kirchlicher Akteure zu wagen, die mit entgegengesetzten Interessen einen Raum ko-produzieren. *Wie hätte sich der soziale Raum von hier aus entwickeln können, wenn die beteiligten Akteur*innen kollaborativ und nicht nur in einer oberflächlichen Kooperation miteinander zusammengearbeitet hätten?*

Eine andere vorstrukturierende Bedingung der sozialen Raumproduktion des GHC, liegt in der Verknüpfung mit dem Flüchtlingsthema: Parallel zu der sich abzeichnenden Krise der europäischen

Flüchtlingspolitik lässt sich auch ein europäisch-gesellschaftlicher Wertewandel nachzuvollziehen, der Wege hin zu einer sozialökologischen und solidarischen Transformation zu öffnen vermag (u.a. Inglehart 2008; Eurobarometer 2007; Vester 2011). Inmitten der wachsenden zivilgesellschaftlichen Solidarität mit flüchtenden Menschen erfährt das Projekt von Beginn an Anerkennung dafür, eine Alternative zu herrschenden Abgrenzungspolitiken und einen „Ort gelebter Willkommenskultur“ zu symbolisieren. So gesehen sind die Macher*innen des GHCs als „Pioniere des Wandels“ im Lokalen beteiligte Akteure der bereits stattfindenden gesellschaftlichen Transformation⁴⁹ und „durch Vernetzungen, wachsende Kompetenzen, gezieltere Kommunikationen mit der Politik und Öffentlichkeit [gewinnen sie] an Bedeutung und können transformatorische Dynamiken auslösen (Reißig 2014: 84; vgl. u.a. WBGU 2011; Leggewie/Welzer 2009). Die wachsende Bedeutung spiegeln auch das große mediale Interesse und insbesondere zu Beginn der Zuwachs von Mitwirkenden im Projekt. Das Interesse an Beteiligung scheint weiter darin begründet, dass das Projekt an eine vergleichsweise junge Geschichte kreativer Zwischennutzungen in Augsburg anschließt und es zu diesem Zeitpunkt kaum andere kulturelle Freiräume informeller Stadtproduktion gibt. So sind lokale Bedingungen und wirkmächtige soziopolitische Diskurse zufällige Faktoren, die zu Ko-Produzierenden des GHC-Raumes werden. Oder anders: Transformative Möglichkeitsräume scheinen eine lokal-global bezogene Passform zu brauchen, um sozio-politisch anschlussfähig auf unterschiedlichen Ebenen zu sein. Die transnationale, politische Krisenerfahrung wächst hier zu einer Möglichkeit der konkreten Solidarisierung und das GHC in ihr als Versuch, als reale Utopie einer „radical democratic egalitarian“ Form gesellschaftlicher Institutionen und Strukturen den geteilten Lebensraum kollaborativ zu gestalten (Wright 2010: 12). Das Lokale geht über den Ort hinaus und wird vielmehr über den subjektiven Bezug zu einer spezifischen Situation hergestellt, der es uns ermöglicht, in dem kontextuellen Ausdruck globaler Konflikte um-gestaltend einzuwirken (Van Heeswijk 2016). Marina Garcés hebt den demokratisierenden Wert dieser Selbstermächtigung hervor:

„Exposing oneself and getting involved are ways of assaulting the reality that the democratic channels of participation and freedom of choice are constantly neutralising in all spheres of life in our societies“ (Garcés 2012: 4).

Begreift man Offenheit als konstitutive Bedingung für den Prozess der Um-Gestaltung des Gebäudes während der Bauphase, wird verständlich, dass im weiteren Prozessverlauf die Hauptstreitthemen im Spannungsfeld zwischen er-öffnen und verschließen, zwischen Verstetigung und Einhegung liegen.

⁴⁹ Hier ist kritisch zu reflektieren, dass sich der hier skizzierte Transformationsbegriff westlich begründet aber über seine gesamtgesellschaftliche – sprich weltgesellschaftliche Bezugnahme Gefahr läuft, andere Regionen kolonialisierend in ihren eigenen Strategien, Praktiken und Bedingungen zu vereinnahmen. Der kolonialisierende Charakter des stark normativ geprägten Transformationsbegriffs wirkt sich im Übrigen auch auf die hegemoniale Beherrschung der Zukunft der Welt aus.

6.1.2 Inbetriebnahme: Wie mächtige Erzählungen den (gesellschaftlichen) Sinn des GHC ein-schreiben

Mit dem Einzug der „Gäste mit Asyl“ und der Hoteleröffnung wird im Sommer 2013 die Phase des Projektbeginns durch die der Inbetriebnahme abgelöst: das Grandhotel Cosmopolis ist – zumindest Gebäude-strukturell – realisiert und die Zimmer der Asylunterkunft werden kontinuierlich belegt. Kaum gestartet, erreichen die neuen Bewohnenden erste Abschiebebescheide und kollektiv helfen die Hoteliers, deren Durchsetzung vorerst zu verhindern. Die Solidarisierung von Hoteliers mit Geflüchteten erhält realpolitischen Ausdruck und wird zentraler Bestandteil des Projekts: Die niedrigschwellige Zugangsmöglichkeit der Bewohnenden, an Unterstützung zu gelangen, führt dazu, dass anfallende Sorge-Arbeit zu großen Teilen von zivilgesellschaftlich Engagierten übernommen wird. Das dazu erforderlich Wissen eignen sie sich aus der Konfrontation mit Bedürfnissen suggestive an. Bedürfnisse werden nicht professionell erfasst, sondern aus dem zwischenmenschlichen Kontakt und der solidarischen Grundhaltung gegenüber Neuankommenden verstanden. Zu dieser Zeit steht die mediale Inszenierung der „Flüchtlingskrise“ noch aus und die Abschottungspolitiken erscheinen noch nicht derart repressiv, wie sich diese entwickeln werden. Das GHC erfährt als Ort nicht nur kommunalpolitische Legitimation, sondern auch zunehmend Anerkennung und Interesse für sein „innovatives“ Konzept, was sich auch in ersten Projektförderungen und Preisen, sowie im Zuwachs an Mitwirkenden ausdrückt. *Inwiefern hätte das Projekt Anerkennung erfahren, wäre es nicht in einer Zeit gestartet, in der der öffentlich-mediale Diskurs um „Willkommenskultur“ neu aufgefacht wäre, sondern z.B. später in der Verunsicherung durch große Migrationsbewegungen diskursiv dominierten?*

In der Breite entgegengebrachter Anerkennung entstehen vielfältige Perspektiven auf das, was hier gemacht wird, über Darstellungen und Konzeptualisierungen wird Bedeutung reflektiert, projiziert und produziert. Hier werden geteilte Vorstellungen von der Welt und wie sie besser wäre auf den Punkt gebracht, Ziele sichtbar und Rechtfertigungen/Erklärungen des eigenen Handelns angeboten. In der Arbeitsgemeinschaft GHC gelten neben dem Bild des GHC insbesondere solche Vermittlungsentwürfe als notwendig, die nach Außen gerichtet sind, eben um Anerkennung für das, „was das GHC macht“ zu erlangen. Der Rekurs auf das Konzept der Grand Hotels schafft einen ästhetischen und diskursiven Rahmen, der das Topos Migration/Flucht mit Reise, Sehnsucht und Traum von einem besseren Leben verbindet und damit einen größeren Bedeutungshorizont zwischen Hotelgästen und Bewohner*innen aufspannt.

„Die visuellen und zeitlichen Grenzen zwischen Tages- und Dauergästen, mit und ohne Asyl, Geschichten zwischen Realität und Fiktion lösen sich auf, neue Verbindungen entstehen, die Funktionalität von Verwaltungsdeutsch, desintegrierende und rechts(konservative) Ressentiments laufen ins Leere. Es entsteht eine lebhafte und lebendige

„soziale Plastik“ – so wie das Grand Hotel Cosmopolitis (sic!) sich selbst auch eindrücklich bezeichnet“ (Saatkamp 2015: 224).

Das Konzept der Sozialen Plastik geht auf Joseph Beuys zurück und spricht den Menschen als schöpferisches, kreatives Wesen an, das über gestalterisches Handeln fähig und verantwortlich ist, gesamt-gesellschaftliche Um-Formung zu vollziehen. In diesem Tätigwerden des Menschen als Künstler*in in ihrem jeweiligen Arbeitsfeld erscheint dieser erweiterte Kunstbegriff als neue Kunstdisziplin, die er Soziale Skulptur/Plastik nennt (Beuys 1979). Andere Repräsentationen des sozialen Raumes sprechen vom „Leuchtturmprojekt“ in der „Flüchtlingskrise“ konstruieren das Projekt als Ort der gelebten Willkommenskultur und als Symbol für zivilgesellschaftliche Solidarisierung. Internationale Medienberichte erzählen vom GHC als „einzigartiges, wegweisendes Projekt“ im Umgang mit der „Flüchtlingskrise“, einhergehend damit erhält das GHC Auszeichnungen als Kunstprojekt, als städtebauliche Innovation, als Hotel u.a.. Dort Arbeitende beschreiben das GHC als sozialen Mittelpunkt für sie selbst und die dort Wohnenden, die öffentlichen Räume gelten ihnen als Treffpunkte, weil sie leicht zugänglich sind und nicht-konsum-orientierte Versorgungsleistungen stellen (z.B. Internetcorner, Fairteiler, informelle Unterstützung).

Das GHC ist ein vielfältig interpretierter Ort mit unterschiedlichsten Bedeutungen. Darüber werden verschiedene Angebote gemacht, welchen Sinn das GHC hat, wie es zu verstehen und zu erfahren ist und wo zukunftsweisende Potenziale zu entwickeln sind. Dieser geöffnete Bedeutungshorizont zieht in dieser Zeit sehr verschieden interessierte Akteur*innen an, die sich mit unterschiedlichen Absichten, Handlungen und Intensität ihrer Mitarbeit involvieren. Die verschiedenen Konzeptualisierungen wirken wiederum als Diskurse in die räumliche Praxis strukturierend in die Praktiken und Alltagsroutinen des GHC ein, fordern Bestätigung und tiefgreifendere Auseinandersetzungen mit dem eigenen Handeln. Darüber werden auch die Arbeitsbereiche differenzierter vermittelt und es kommt vermehrt zu einer Trennung von Tätigkeiten, die zuvor gezielt zusammengebracht wurden.

Der schnelle Zuwachs an Mitwirkenden und die große öffentliche-mediale Aufmerksamkeit des Projekts in der Zeit, als die „Flüchtlingskrise“ von großer medialer Prominenz war, wirken sich auch auf die Dynamik der Zusammenarbeit in der Gruppe, die Intensität der Erfahrung der Mitgestaltung und die Zugänglichkeit zum Projekt aus. Es wird zunehmend kritischer diskutiert, wer über was wie öffentlich sprechen „darf“ und wie die Organisations- und Entscheidungsstrukturen gestaltet werden können, dass sie das, was hier los ist, entsprechend formieren. Eine Art planlose Prozessorientierung setzt sich als dominante Unternehmensstrategie durch. Betört über den Zauber des Neuen, unerfahren in der Gestaltung von realen Utopien und überreizt durch die unmittelbare Erlebbarkeit des

Andersmachens, geben sich viele Hoteliers voll rein in das Projekt. Das GHC wird zum (Selbst-)Erfahrungsraum. Das trägt viele auch über die Erfahrung einer prekären Selbstversorgung, denn eigentlich basiert hier alles mehr oder weniger auf „Muskelhypothek“ und dem Ausschöpfen privater Ressourcen. Der Umgang mit humanen Ressourcen steht im Widerspruch zu den lediglich symbolisch angedeuteten ökonomischen Prinzipien („give as much as you can“), es bleibt unerklärt, nach welchen Wirtschaftsansätzen das Projekt strukturiert ist. Seltsam, wo doch die eigenen Betriebe zu festen Säulen konzipiert sind. Mag sein, dass Wirtschaften einfach nicht im Fokus des Schaffens liegt, so wie Gustavo Esteva Gemeinschaften als eine die kapitalistische Logik durchkreuzende Praxis versteht: „Commoning, the commons movement, is not an alternative economy but an alternative to the economy“ (Esteva 2014: 149). Oder aber, es gibt gar keine ausformulierten, bewusst gesetzten Strategien für ein alternatives Wirtschaften.

6.1.3 Institutionalisierung: Kompensation der Überforderung durch Konventionalisierung

Ende 2014 erhält das GHC die Zusage zur einjährigen Projektförderung über 100.000 € aus den Mitteln der Kulturstiftung des Bundes (KSB). Die als Projektförderung gerahmte Basisförderung beeinflusst maßgeblich die inhaltliche Ausrichtung des Projekts. Einmal, weil die Rahmung vorsieht, die eigene Arbeitsweise zu reflektieren, zu professionalisieren und über Vernetzung international zu expandieren und weiter, weil erforderlich wird, den mit der Förderung einhergehenden Erwartungen einer bürokratisch organisierten Verwaltung zu entsprechen. So zwingt die Förderungsvereinbarung mit der staatlichen Stiftung die kollektive Aufmerksamkeit ins Innere des Projekts zu lenken. Währenddessen spitzt sich die Krise der europäischen Flüchtlingspolitik zu, Bilder vom „überquellenden Münchener HBF“ dominieren die öffentlich-mediale Berichterstattung, das GHC ist als „Leuchtturmprojekt“ in aller Munde. Die Arbeitsweise der Arbeitsgemeinschaft hat sich verändert, insofern, als dass sie zu Projektbeginn in einem kollektiven Aktionismus einen „riesigen offenen Raum“ bespielten und jetzt ausdifferenziert in Beschäftigungsverhältnissen, Fokus-Gruppen, Arbeitsbereichen, Themenzugehörigkeiten oder wie sie immer wieder auch gefasst wird: in „Containern“ zunehmend voneinander getrennt arbeiten. Einige Hoteliers sprechen über das, was sie machen in allerlei Formaten, eingeladen als Expert*innen in unterschiedlichen Diskursen.

Zuhausegebliebene arbeiten in der *alltäglichen* Reproduktion des Projekts: In der Unterstützung der geflüchteten Bewohner*innen, in der Reinigung, Instandhaltung und Versorgung des Hotel- und Kulturbetriebes, in der Begleitung von neuen Freiwilligen, in der Unterstützung bei der Bewältigung belastender Erfahrungen, in der informellen Vermittlung von Informationen und in der Bearbeitung von Konflikten. In der Bereitstellung der GHC-Infrastruktur und in der Betreuung von Künstler*innen.

In der täglichen Verköstigung aller Mitwirkenden über den Mittagstisch, in der Pflege von Netzwerkverbindungen, in der Lohnarbeit außerhalb des Projekts um die eigene, unentgeltliche Mitarbeit zu ermöglichen und in vielen anderen Care-Arbeiten, die zu dieser Zeit kaum im Fokus sind – obwohl die projektbezogene Ausrichtung nach innen erscheint.

Dies alles und einiges mehr führt nicht nur zu Überforderung aufgrund fehlender dafür ausgelegter Organisations- und Kommunikationsstrukturen sowie Verwaltungskompetenzen, es setzt auch einen Prozess der Einhegung des geschaffenen Gemeinguts in Gang: Das, was im GHC wie gemacht wird, ist zunehmend nicht mehr Produkt eines selbstbestimmten, ergebnisoffenen Prozesses, der sich in seiner eigenen Zeitlichkeit, den kollektiv entworfenen Ideen und fehlenden finanziellen Ressourcen zum Trotz in entsprechenden informellen Strukturen manifestiert: Über die Annahme der Förderung begibt sich das GHC in ein hierarchisiertes Abhängigkeitsverhältnis mit dezidierten Rechenschaftsverpflichtungen von Reisekostenabrechnungen bis hin zur Abschlusssdokumentation. Die davon betroffenen Verwaltungs-, Organisations- und Produktionsstrukturen werden sukzessive kommodifiziert: Z.B. erscheint es zeitlich nicht mehr machbar, alle wichtigen Themen kollektiv zu diskutieren und Entscheidungen mit allen zu treffen. Der Reproduktionszwang verlangt nach expliziten Verantwortungsträger*innen. In einem informellen (oftmals intransparenten, willkürlichen) Akt werden bestimmte Zuständigkeiten vergeben oder sich genommen, um die herum bestimmte Arbeitsbereiche entstehen. In anderen Bereichen – wie z.B. in den Betrieben – haben sich schon vorher Arbeitsbereiche innerhalb des Großen und Ganzen ausdifferenziert, deren Verantwortlichkeiten jetzt weitestgehend über Erwerbsarbeitsverhältnisse geklärt werden. Der Prozess der Ausdifferenzierung wird von internen Kämpfen um den identitären Charakter des Projekts begleitet: Das GHC als Kunstort, als politische Fiktion, als soziokulturelles Zentrum, als soziales Experiment/Labor, als Gemeinschaft.

In einer kollektiven Erfahrung der Überforderung durch verschiedene Re-Produktionszwänge manifestierten sich bestehende Wissenshierarchien innerhalb organisatorischer Strukturen weiter aus: Die Unterschiede zwischen Gestaltenden und Ausführenden werden offensichtlicher. So formiert sich in einem informellen Prozess ein „Innerer Zirkel“, der für sich beansprucht, richtungsweisende Entscheidungen zu treffen und die Bedürfnisse des Projekts zu definieren. Die hier Teilnehmenden verstehen sich als Verantwortungstragende und zielen explizit auf den Fortbestand des GHC. Dazu haben sie den Rat als formale Organisation gebildet. Dieser ist im Inneren des Projekts angesiedelt, im Zentrum, das tagsüber funktioniert (und damit viele Mitwirkende strukturell ausschließt, weil diese zu dieser Zeit anderen Verpflichtungen nachgehen wie Lohnarbeit, Kinderbetreuung etc.). Der Rat kontrolliert Zugänge zu Gestaltungsräumen des GHC (z.B. Vergabe von Atelierräumen/Büros und Erteilen von Berechtigung zur Realisierung von Ideen oder Projekten

im GHC) und forciert eine weitgehende organisatorische Anpassung der Arbeitsbereiche an herkömmliche Systeme außerhalb des GHC. Unsicherheiten des Inneren Zirkels aufgrund positioneller („Angst vor Geltungsverlust“ aufgrund von nicht formell gesicherter organisationaler Positionen) und finanzieller Unklarheiten (z.B. auch Möglichkeit der persönlichen Haftbarkeit) bereiten einer Top-down-Strukturierung den Boden.

Diese Top-Down-Strukturierungen laufen nicht ohne Widerstände ab, werden aber unter bestimmten diskursiven Rahmungen allgemein akzeptabel oder sogar legitimiert: Der Diskurs „Stärkt die Betriebe“ ist eingebettet in eine Erzählung des GHC als Projekt, das nur als solches einen Möglichkeitsraum aufspannt, weil es auf dem Fundament der Betriebe steht. Über diese Erzählung erlangen die Betriebe und deren Betreiber*innen und Fürsprecher*innen grundsätzlich mehr Macht in der Deutung der Problemlagen und in der Formulierung von Strategien ihrer Überwindung. Die darin materialisierte neoliberale Logik wird herausgefordert über das davon abweichende Verständnis, das GHC als politische Fiktion gehe weit über die Betriebe hinaus und realisiere sich in der Art und Weise, *wie* dieses Projekt betrieben wird. Diese Perspektive zielt auf eine alternative Form der Re-Produktion und ihrer Institutionalisierung und propagiert diese Absicht in Diskursen um das „Potenzial einer neuen Form der Institution“. Diese inneren Deutungskämpfe kosten die GHC Arbeitsgemeinschaft viel Energie und befördern eine Kultur der gegenseitigen Abgrenzung und manipulative Strategien zur Stärkung eigener Interessen einer kleinen Elite. Über informelle Sondierungsprozesse (z.B. durch Exklusivität von Entscheidungen über Zeitpunkt der Gremien), durch die argumentative Verknüpfung mit machtvollen institutionellen Systemen (z.B. über die Betonung des Vorstandes als finanziell Haftende juristische Person des GHC) und über die Produktion von Angstdiskursen werden Top-down-Strukturierungen durchsetzungsfähig und innerhalb entsprechender Rahmungen (z.B. durch die Legitimation des „Inneren Zirkels“ als Entscheidungsgremium unter dem Namen „Rat“) organisatorisch verstetigt. Mit dem Ende der Laufzeit der Projektförderung der KSB verlassen einige bis dato intensiv Involvierte das Projekt, viele Aktive sind ausgebrannt. Die interne Krisenerfahrung nimmt zu, und so folgt Anfang 2017 die Einladung des „Inneren Zirkels“ zu einer Klausur: Auf der Basis einer Klärung der aktuellen Situation des GHC erscheint notwendig, über die Zukunft des Projekts ins Gespräch zu kommen.

Ein zentrales Thema dieser Klausur – das auch im reflexiven Gruppengespräch diskutiert wird – ist Führung. Der Diskurs der Bedeutung von Führung erstarkt so zum Ende der Phase der Institutionalisierung und wird als Kompensationsstrategie im Umgang mit der Überforderung und Unsicherheit der gefühlten „Strukturlosigkeit“ des Projekts von einigen Hoteliers gefordert. Durch den Rat (unter Beratung durch ein Committee) als exklusives Entscheidungsgremium soll der Fortbestand des Hauses gesichert werden. Dem unterliegt die Überzeugung, dass der Fortbestand

(zunächst der finanziell gesicherte, dann der Gestaltungsraum) des Projektes eines „handlungsfähigen Entscheidungsgremiums“ (in Form einer kleinen, konsens-orientierten Gruppe) bedarf, das zunächst auf die finanzielle Stabilisierung des Projekts zielen muss. Unter Druck wird der Rat legitimiert, wird aber immer wieder mit massivem Widerstand aus der GHC-Arbeitsgemeinschaft konfrontiert. Die dort getroffenen Entscheidungen und die damit gesetzte Strategie zum Fortbestand werden infrage stellt, dem „Inneren Zirkel“ werden stellenweise Selbstbezogenheit, Machtkonzentration, menschliches Unvermögen und persönliche Unsicherheiten vorgehalten. Die GHC Arbeitsgemeinschaft droht zu zerfallen während die komplexen Problemlagen der eigenen Organisationsstruktur weiter wirken.

6.1.4 Existenznot: Kommodifizierung als Überlebensstrategie

Nachdem 2016/2017 wieder einige verantwortungsvolle Mitwirkende das Projekt verlassen, sich die prekäre Gesamtsituation weiter zuspitzt, die „Flüchtlingskrise“ etwas an Gehör in der öffentlichen Debatte verliert, die mediale Aufmerksamkeit auf das Projekt abnimmt, die Förderungen auslaufen, die internen Strukturierungsmaßnahmen ohne nachhaltige Verbesserung der Organisationskultur und Selbstverwaltung bleiben, wird also Anfang 2017 von einigen Hauptverantwortlichen in der Klausur *„In welchem GHC willst du leben?“* die Frage nach der Weiterführung des Projekts gestellt. Das GHC ist zu dieser Zeit längst zum komplexen, gemeinschaftlichen städtischen Gut verwachsen. Das wird nicht explizit besprochen, wird aber sichtbar über die Begründungen, warum das GHC auch in der existenziellen Notlage fortbestehen muss, bzw. warum es nicht einfach geschlossen werden kann. *Wie hätte sich der Umgang mit der existenziellen Notlage noch gestalten lassen können, wenn das GHC als urbanes Gemeingut von der GHC Arbeitsgemeinschaft verstanden worden wäre?* Stattdessen scheint das GHC in der Lösung nach Überlebensstrategien auf seine materielle Struktur reduziert betrachtet zu werden. In einer Entweder-Oder-Logik wird die finanzielle Sicherung forciert, die schwelgenden Konflikte, die inneren Kämpfe und Abgrenzungspraktiken (verstärkt über die Ausdifferenzierung im Zuge der Institutionalisierung) bleiben ohne tiefgreifende Klärungsprozesse auf Gruppenebene bestehen. Ihnen wird mit repressiven Diskursen wie „ihr müsst vertrauen“ und anderen Widerständen begegnet. Offensichtlich wird die Arbeit auf Gruppenebene von wenigen internen Autoritäten immer wieder als „unnötig“ oder „Luxus“ abgetan, obwohl andere Hoteliers diese immer wieder forcieren. Interne Kritiker*innen an der herrschenden Strukturierung werden teilweise informell aus Entscheidungsgremien ausgeschlossen oder anderweitig zum Schweigen gebracht. So werden mögliche kollektive Resilienzstrategien verkannt und in ihrer Bedeutung für den Fortbestand des Projektes missachtet. Es geht demnach um die finanzielle Rettung und damit ist die eingenommene psychobiologische Reaktion nicht Flucht oder Kampf, sondern Anpassung. Anpassung

als die Inkorporierung der herrschenden Logik von Unternehmensführung. Die „Visionsfindung“ als Überlebensstrategie schließt daran an: Dabei vermag die begriffliche Rahmung nicht dem zu entsprechen, was sich in diesem Prozess zeigt. Es wird nach einer Konzeptualisierung für das Projekt gesucht, die das, was das GHC ist, verwertbar macht. Mit der Idee des „Seminarhotels“ oder „Grand Academy“ wird das größtmögliche Potenzial ausgeschöpft und kommodifiziert: Der Hotel- und Gastronomiebetrieb, der Seminarraum, die „Expertise“ oder Arbeitsweise der Arbeitsgemeinschaft werden zur vermarkteten Ware, die fortan zur Basisfinanzierung des Projekts beitragen soll. Die Konzeptualisierung als „Seminarhotel“ entspricht auf der anderen Seite auch der gemachten Wirklichkeit des GHC: „Bürotower“, „Produktorientierung“, „Hierarchisierung von Gestaltungsmacht“ sind nur einige zentrale Diskurse, die die alltägliche Raumproduktion des GHC zu dieser Zeit strukturieren und Zugänge marktlogisch regulieren.

Diese Entwicklung wird aber immer wieder auch durchkreuzt von internem Protest, der widerständigen Wieder-Aneignung der Räume im GHC, durch selbstkritische Stimmen und Momente der Solidarisierung, der kollektiven Reflexion und des Zusammenarbeitens. Letztere dominieren hier jedoch nicht die soziale Wirklichkeit des GHC und so hat diese Prozessphase ihren Höhepunkt mit dem öffentlichen Aufruf zur „Rettung des GHC in Existenznot“.

Damit schließe ich meine untersuchte Situation zum Herbst 2018 und hier meine analytische Betrachtung des Prozesses der (Re-)Produktion des sozialen Raumes GHC. Daran anschließend wende ich mich nun den spezifischen Eigenschaften zu, die ich im Laufe meiner Forschungsarbeit als Schlüsselemente analytisch herausgestellt habe und über ihren Bezug zum Konzept des transformativen Möglichkeitsraumes als Potenziale für die Transformation zu einer urbanen Postwachstumsgesellschaft bewerte. Im Anschluss an meine konkreten empirischen Beobachtungen werde ich weiterreichende Theoretisierungen skizzieren, in der Absicht, über die situativen Eigenschaften der Verbindungen hinausreichende Erkenntnisse zu produzieren. Dazu re-präsentiere ich zunächst mittels einer Positionsmatrix einen bedeutenden Hauptstreit der Situation der GHC Raumproduktion, bündle dann in Form von fragmentarischen Kurzdarstellungen der Positionen auch die Möglichkeitsraum eröffnenden und verschließenden Bedingungen und schließe das Kapitel mit der Skizzierung von Anschlussstellen in Form eines fiktiven Dialoges.

6.2 Der transformative Möglichkeitsraum GHC: im Spannungsfeld zwischen verstetigenden und einhegenden Bedingungen

Das GHC war von Beginn an Projektionsfläche für vielfältige Bedeutungen und übergreifende Sinnbestimmungen. Spätestens mit dem Beginn der Institutionalisierung lassen sich Deutungskämpfe um die Bedürfnisse und Strategien zum Fortbestand des Projekts als immer wiederkehrende

Hauptstreite analytisch fassen. Den mich hierzu interessierenden Diskurs fasse ich mit der *Bedeutung von Kontrolle des Gestaltungsraumes zum Fortbestand des Möglichkeitsraumes GHC*. Damit frage ich nicht danach, wie das GHC allgemein als Projekt fortbestehen kann, sondern fokussiere allein die Bedingungen, die zur Verstetigung des GHC als transformativer Möglichkeitsraum beitragen. Gestaltungsraum symbolisiert im GHC die Ressourcen, Gesellschaft selbstbestimmt mitzugestalten. Dazu zählen die Möglichkeit, über die Ausrichtung, die Aktionen und die Visionen des Projekts mitzusprechen, Entscheidungen mitzutreffen, ihnen einen ästhetischen Ausdruck mit-zugeben, über das GHC öffentlich zu sprechen, es zu be-deuten, die Geschichte des GHC mit-zuerzählen. Hier werden Ideen von Kollektiven realisiert, Projekte von Bewohnenden ermöglicht, aber auch Unternehmungen von Entrepreneuren und deren Mitarbeitenden haben Teil am Gestaltungsraum der GHC-Produktion. Der Gestaltungsraum ist die materielle und ideelle Infrastruktur des sozialen Wandels, er ermöglicht Eigenaktivität, Kreativität und Experiment. Letztlich fasst der Gestaltungsraum jene Bedingungen, die aus der hier eingenommenen Perspektive eine radikal politisierende, und damit demokratisierende Raum(re-)produktion ermöglichen.

Ich bevorzuge hier von *Raumformung* zu sprechen, weil sich in diesem Begriff die politisierenden, ästhetischen und transformativen Qualitäten der untersuchten Prozesse mit dem Raumkonzept Lefebvres verbinden lassen. Raumformung als Konzept schafft damit eine Möglichkeit, über die Betrachtung der kapitalistischen Raum(re-)produktion hinaus zu denken und zu blicken.

Der Diskurs um die Bedeutung von Kontrolle ist von stetiger Relevanz für das Projekt, da das GHC originär mit Bezug auf das Konzept der Sozialen Plastik alle einlädt, die aktiv Gesellschaft mitgestalten möchten, in diesem Sinne als Möglichkeitsraum konzipiert wurde und insbesondere in der Prozessphase des Projektbeginns die kollaborative Um-Gestaltung des Gebäudes als zentrale Erfahrung der Begründer*innen gilt. Gleichzeitig hat sich über den Prozess der sozialen Raumproduktion gezeigt, dass Begrenzungen von Gestaltungsräumen innerhalb des Projekts für dessen Fortbestand unerlässlich waren und sind. Zwischen diesen Polen und über vielfältige Positionen differenziert sich das Spannungsfeld zwischen Verstetigung und Einhegung des Möglichkeitsraumes GHC aus. Hier werden die Bedingungen verhandelt, die letztlich für den Fortbestand eben dieser Qualität des GHC, ein transformativer Möglichkeitsraum städtischer Postwachstumsgesellschaft zu sein, entscheidend sind.

Für mich als aktivistische Raumforscherin ist der Fokus auf Kontrolle auch deshalb interessant, weil er diverse Machtverhältnisse der Situation analytisch fassbar macht und gleichzeitig den Akteur*innen Handlungsmacht zurückspielt, ihre Situation in der Vielfalt der Möglichkeiten zu überblicken und darüber mitzuentcheiden, welche „bevorzugte Situation“ sie wählen möchten. Dazu gehört auch, im

Sinne Foucaults (1975) die „Möglichkeitsbedingungen“ (Clarke 2012: 97) analytisch herauszustellen und darüber hinaus mit Lefebvre (2016) danach zu fragen, wie Alternativen zur aktuellen Stadt realisiert werden können, oder drastischer dazu aufzufordern: „Es kann nur um den Aufbau einer neuen Stadt, auf neuen Grundlagen, in einem anderen Maßstab, unter anderen Bedingungen, in einer anderen Gesellschaft gehen“ (Lefebvre 2016: 150). Für Lefebvre braucht eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse also eine grundlegende Änderung der Raumproduktion, die alle Dimensionen gesellschaftlicher Wirklichkeit umfasst und meines Erachtens nach in der Erhellung von Widersprüchen und Spannungsfeldern ihren Anfang hat.

Die Kontrolle von Gestaltungsräumen im GHC erfolgt über verschiedene Praktiken und erhält in Verbindung mit entsprechenden Diskursen Legitimation. Es gibt dabei Kontrolle als bewusste, strategisch eingesetzte Begrenzung oder Hierarchisierung von Entscheidungsmacht. Es gibt aber auch unbeabsichtigte, implizite Formen der Kontrolle, etwa über un stetigen Informationsaustausch, weil Zugänge zu Gestaltungsräumen nicht mehr klar vermittelt werden. Oder auch solche Formen der Kontrolle, die ich als Kompensationsmechanismen deute, weil sie die Handlungsfähigkeit in Situationen von Überforderung oder emotionaler Überwältigung wiederherstellen. In der Konsequenz begünstigen diese Kontrollpraktiken und nichtintendierten Nebenfolgen die Exklusivität von Gestaltungsräumen. Über die Exklusivität von Zugängen oder über Deutungsmacht werden auch die Produktionsbedingungen des Möglichkeitsraumes (ein Stück weit) elitär beschlossen.

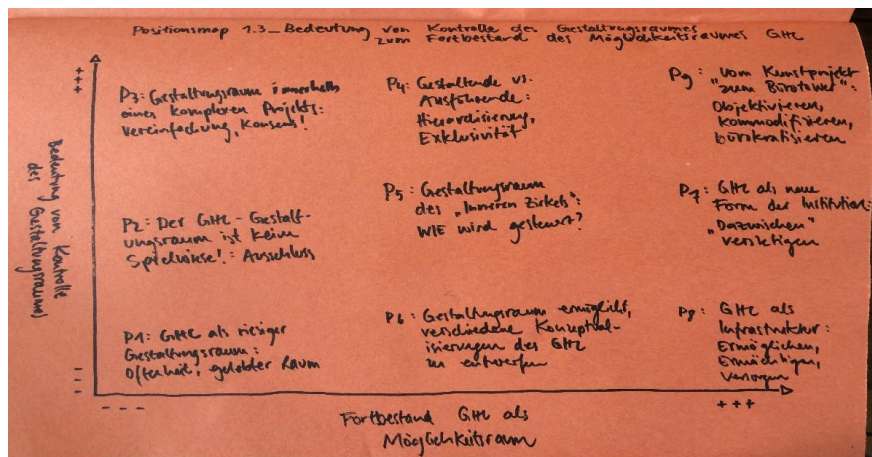


Abb. 1: Positionsmap 1.3_Bedeutung von Kontrolle des Gestaltungsraumes zum Fortbestand des Möglichkeitsraumes GHC.

Die Abbildung zeigt die dritte Version meiner Positionsmap. Im Spannungsfeld zweier Achsen habe ich die systematisch erfassten Positionen und ihre analytischen Interpretationen dieses Hauptstreits angeordnet. Über den untersuchten Prozess hinweg wurden hierzu unterschiedliche diskursive Positionen angeboten, viele existierten gleichzeitig und/oder standen im Widerspruch zueinander,

einige dominierten für eine Weile in der Wahrnehmung der sozialen Welt der GHC Arbeitsgemeinschaft, manche wurden marginalisiert. Andere ergaben sich in meiner Situationsanalyse über die Bezugnahme auf sensibilisierende Konzepte aus dem Forschungsstand als Möglichkeitsbedingungen. Ich möchte die Breite der existierenden Positionen im Folgenden zumindest ansatzweise ausformulieren und weiterreichende Theoretisierungen skizzieren.

6.2.1 Das GHC als riesiger Gestaltungsraum: Offenheit, gelebter Raum

Offenheit gilt im GHC als zentrale Bedingung der Eröffnung und des Fortbestands des Möglichkeitsraums. Ähnlich zu dem Konzept der Heterotopien (Foucault) wird die zugrundeliegende Idee des Projekts als sozialer Gestaltungsraum gelesen, i.S. einer auch für Neuankommende immer offenen Gemeinschaft:

“It is heterotopias, considered as always-open urban and social pores, which keep the process of expanding commoning retains its power as equalitarian sharing by opening a community of commoners to newcomers, it needs to activate forms of approaching those 'outside' the already-established circle of sharing. Commoning, if it is to avoid being trapped in new forms of enclosure, needs to open itself to otherness” (Stavrides 2016: 76).

In meiner Untersuchungssituation wird Kontrolle des offenen Raumes u. a. als Einhegung des Möglichkeitsraum verstanden. Es gibt aber auch Stimmen, die befürworten den Einsatz von Kontrolle, um diese Offenheit zu schützen und zu verstetigen, also trotz Bedeutungsproduktion und Strukturierung im gelebten Raum weiterhin zugänglich für informelle Aneignung oder Irritationen durch Andersartigkeit zu erhalten. Stavrides (2016) beschreibt eine solche, Offenheit schützende Form der Kontrolle als Teilen von Macht, um Konzentration dieser zu vermeiden:

„If institutions of commoning are meant to be able to support a constant opening of the circles of commoning, they need to sustain mechanisms of control of any potential accumulation of power, either by individuals or by specific groups. If sharing is to be the guiding principle of self-management practices, then sharing of power is simultaneously the precondition of egalitarian sharing and its ultimate target. Egalitarian sharing, which needs to be able to include newcomers, has to be encouraged by an always-expanding network of self-governance institutions“ (Stavrides 2016: 44).

Ein besonderes Ereignis erzählend, erscheint im reflexiven Gruppengespräch ein bemerkenswerte Position: Bei ausbleibender Kontrolle (die an Menschen geknüpft ist aber auch an Veranstaltungen, an Tätigkeiten, letztlich an Bedeutungsproduktion) eröffnen sich Gestaltungsräume für Bewohnende und Freiwillige, also Neuankommende, die in der sozialen Raumproduktion des GHC kaum als aktiv Gestaltende wahrgenommen werden.

6.2.2 Der Gestaltungsraum ist keine Spielwiese: Abwertung von Interessierten mit „Eigeninteressen“ oder unattraktiven Ideen und Ver-Sicherung einer Wir-Identität des GHC

Diese Position beklagt, das GHC werde von bestimmten Menschen als Feld der Selbstverwirklichung missbräuchlich genutzt oder die Interessen potenzieller Mitgestaltender würden nicht zu dem kollektiven Sinn des Projekts passen bzw. den kollektiven/projektbezogenen Bedürfnissen nicht entsprechen. Im Zuge der Institutionalisierung und der Professionalisierungsbestrebungen symbolisiert der Begriff der „Spielwiese“ eine Abwertung solcher Menschen.

Die Position gilt insbesondere vor dem Erstarken mächtiger Angstdiskurse um finanzielle Unfälle/Existenznot als Rechtfertigung für den Ausschluss von entsprechend Interessierten vom Gestaltungsraum. Über diese Position kann auf der anderen Seite auch eine WIR-Identität gesichert und Definitionsmacht über den Sinn des Projekts symbolisiert werden: Das GHC soll mehr sein als ein Freiraum für den selbstbezogenen Ausdruck. Die Verknüpfung künstlerischer Interessen mit gesellschaftlicher Verantwortung ist projektbegründender Anspruch und scheint u.a. für die öffentlich-mediale Anerkennung wesentlich. Leute, die sich am Projekt beteiligen, lediglich um sich „abzuspielen“, gefährden also auch das Fundament der Bedeutung des Projekts und sind damit legitimerweise auszuschließen.

6.2.3 Gestaltungsraum innerhalb eines komplexen Projekts: Vereinfachung, Vereinheitlichung, Konsens zur Kompensation von Ängsten und Unsicherheiten

Im Prozessverlauf entwickelt sich das GHC zu einem komplexen Projekt, das sich schwer begreifen lässt und die Beteiligten an vielen Stellen überfordert und überreizt. Gleichzeitig sind die Hoteliers mit finanziellen, positionellen und rechtlichen Unsicherheiten konfrontiert und über die Abhängigkeit in Systeme kapitalistischer Logik (z.B. Stiftungen, Asylpolitik) entstehen Zwänge zur Produktion, Definition und Organisation des Unternehmens. Das GHC ist aus einem offenen Raum erwachsen, der strukturell die gleichzeitige Entwicklung und Existenz sehr unterschiedlicher Identitäten, Bedürfnisse, Aufgabenfelder etc. ermöglicht(e). Es entstehen kaum zu haltende Widersprüche zwischen Realität und Konzept. Auch weil komplexe Ko-Existenzen schwieriger zu ordnen, zu kontrollieren und beisammen zu halten sind, drängen einige Akteur*innen schließlich auf Vereinheitlichung, auf Definition und Vereinfachung.

Wenn wir davon ausgehen, dass Menschen in ihrem Handeln nach Sicherheit und Resonanz streben, dann kann Kontrolle als Kompensationsstrategie für den Umgang mit Ängsten (Angst vor Geltungsverlust, Angst vor Arbeitsstellenverlust, Angst vor dem Finanzamt) oder Unsicherheiten

(finanzielle, organisationale, emotionale z.B. auch in Bezug auf Abschiebungen emotional verbundener Menschen) aus der Erfahrung multipler Überforderung fungieren und funktionieren. Gründe für die Überforderung können in der Konfrontation mit vielfältigen Unsicherheiten (wie die angesprochenen finanziellen, positionellen Unklarheiten oder die persönliche Haftbarkeit als Vorstand) liegen oder auch im Streben nach Autorität über eine komplexe Situation, die eigentlich den Kompetenzen der Autorität nicht entspricht. Mit der diskursiven Bezugnahme auf externe Zwänge (z.B. Selbstverpflichtungen gegenüber Stiftungen) oder über den Bezug zu ideellen Konzepten werden die Kompensationsstrategien allgemein durchsetzbar. So werden z.B. die Bemühungen, „in einer Vision zu verschmelzen“ über den Diskurs der „Visionsfindung“ formiert. Die als „kollektiv“ angesetzte „Visionsfindung“ macht wiederum gleichzeitig wahrnehmbare Praktiken der Konsensbildung/Vereinheitlichung akzeptabel. Diese Formen der Kontrolle hegen den Möglichkeitsraum strukturell ein, Unterschiedlichkeit und Vielfalt werden unterdrückt und so Komplexität verringert.

6.2.4 Gestaltende vs. Ausführende im GHC: Hierarchisierung und Exklusivität von Gestaltungsraum

Mit der Begründung einer notwendigen Steigerung von Effizienz und Handlungsfähigkeit werden im Prozess der konventionellen Institutionalisierung über Kontrolltechnologien wie Nichtweitergabe von Informationen, zeit-räumliche Unzugänglichkeit von Treffen oder Arbeit-unsichtbar-machen (indem ihr von Deutungsmächtigen keinen Wert für das Gesamtprojekt zugesprochen wird) Hoteliers vom Gestaltungsraum ausgeschlossen. Dieser Sondierungsprozess führt zu einer Stärkung des elitären Entscheidungszentrums, sodass auch darauffolgenden Top-Down-Strukturierungen durchsetzungsfähiger sind. Legitimiert wird die Exklusivität von Gestaltungsmacht neben Rekurs auf externe Zwänge auch auf projektbezogene Themen wie „fehlende Struktur“ oder „gewachsene Expertisen“. Es kommt darüber zu einer Hierarchisierung von Positionen und Arbeitsbereichen, die Gleichberechtigung zwischen Hoteliers wird weniger; es gibt mehr und mehr einen Unterschied zwischen selbstbestimmt Gestaltenden und angeleitet Ausführenden.

6.2.5 Der Gestaltungsraum des „Inneren Zirkels“: Die Qualität der Steuerung/im Umgang mit Gestaltungsmacht/ entscheidet über den Fortbestand des Möglichkeitsraumes

Es gibt einige Stimmen, die sich zu der Position „Der Gestaltungsraum eines ‚Inneren Zirkels‘“ zusammenfassen lassen. Die soziale Welt des „Inneren Zirkels“ ist der zentrale Ort, an dem alle wichtigen Themen des Projekts besprochen und richtungsweisende Entscheidungen für das Projekt

getroffen werden. Einige der hier verhandelten Themen werden immer wieder und teils sehr kontrovers besprochen. In meiner Analyse sind die Kontroversen (als Praktiken und Diskurse) zu zentralen Möglichkeitsbedingungen transformativer Raumformung im GHC geworden und die Qualität ihrer Ausgestaltung entscheidet über die Einhegung oder Verstetigung des Möglichkeitsraumes: Der Umgang mit Eigentumsfragen, die Form der Führung, alles mit allen verhandeln, die Ausrichtung nach innen.

6.2.5.1 Der Umgang mit der Frage „wem gehört das GHC?“

Wer hat das Recht, das GHC zu schließen? Über diese Frage ergibt sich ein Zugang zu Fragen um Eigentums- bzw. Besitzverhältnisse in Bezug auf den Gestaltungsraum GHC, die über die binäre Logik von privatem und öffentlichem Raum hinausgehen: Das GHC schafft privaten (z.B. über die Vermietung von Atelierräumen; über das Verbuchen von Hotelzimmern; über die Exklusivität von Entscheidungsfindung für das GHC), öffentlichen (z.B. die Lobby-Bar oder der Teegarten als Treffpunkte; als Grandhotel Cosmopolis als e.V.) und gemeinschaftlichen Raum (z.B. über die Aneignung des Souterrains während der Faschingsparty; in der GHC-Arbeitsgemeinschaft). In Abgrenzung zu privatem oder öffentlichem Raum, der immer schon verbunden mit Autorität ist, die die Nutzung über Beaufsichtigung, Überwachung oder Kontrolle reguliert, entsteht und besteht gemeinschaftlicher Raum durch partizipatorische Prozesse: „Ein gemeinsamer Raum ist ein Raum, der immer in Entstehung sein kann; er entsteht, indem Menschen ihre Beziehungen kollektiv entwickeln“ (Stavrides 2018: 17). Bezogen auf das Gebäude, kann der Verein Grandhotel Cosmopolis e.V. als Mieter zwar Zugangsrechte (und andere ausgehandelte Maßnahmen) festlegen, ist aber nicht berechtigt, darüber hinaus z.B. das Gebäude zu verkaufen oder in Kollektiveigentum (wie z.B. in einer Genossenschaft) zu überführen. Außerdem gibt es noch das geistige, kulturelle Gut des Projekts, das einerseits von der materiellen und juristischen Form gelöst zu bewerten wäre, aber gleichzeitig voll von diesem anhängig ist.

Diese verschiedenen existenten Habensbeziehungen ergeben sich weitgehend informell über die Aneignung des sozialen Raumes GHC, sie formen wirkmächtig die projektbezogenen Ziele, Werte, Praktiken, Diskurse und Organisationslogiken mit und finden formell (z.B. in einer Rechtsform) bisher keine Entsprechung. Die formale Legitimation der Unternehmung als Verein bildet die Beziehungsfülle des gelebten Raumes nicht annähernd ab (vgl. Helfrich/Bollier 2019: 204). Dadurch entsteht ein struktureller Widerspruch, weil an vielen Stellen unklar bleibt, wer für das Bündel an Rechten und Pflichten verantwortlich gemacht werden kann und wer welche Entscheidungsfreiheiten hat. Eine mögliche, daraus entstehende Forderung im Nachdenken über postkapitalistische Gesellschaftsstrukturen bringen Helfrich & Bollier (2019) auf den Punkt:

„Die wirkmächtigen Unzulänglichkeiten von Eigentum, die der Vermarktwirtschaftlichung der *Gesellschaft* Vorschub leisten, werfen die Frage auf, ob wir uns andere ‚Arten des Habens‘ vorstellen können. Solche, die auch lebendige Beziehungen außerhalb von Marktrelationen würdigen – und die bislang im Eigentumsrecht nicht wirklich anerkannt werden. Das zu verändern ist eine Herausforderung inmitten einer kapitalistischen Wirtschaftsweise, die bestimmte Muster von Sozialbeziehungen – etwa Wettbewerb und Ausschluss – immer wieder neu hervorbringt und die – unter Nutzung des Eigentumsrechts – auf die Umwandlung von Natur, Arbeit und Geld in Waren ausgerichtet ist“ (Helfrich/Bollier 2019: 208; Hervorhebung im Original).

6.2.5.2 Die Form der Führung

Eng verbunden mit den Habens-, Eigentums- und Besitzfragen ist im Kontext der Frage über die Bedeutung von Kontrolle für den Fortbestand des Möglichkeitsraums auch das Thema Führung. Der Diskurs der Führung ist ein sehr umstrittener im GHC (vgl. Positionsmap_2_Führung). Führung wird sowohl von ihren Fürsprechenden als auch von ihren Kritiker*innen als Strategie zum Fortbestand des Projekts in dem Gebäude des Springergässchen 5 eingebracht. Er wird in Verbindung mit Macht, Verantwortung, Strukturierung, Kompetenz und Bewusstsein besprochen und so insbesondere im Zuge der Institutionalisierung explizit gemacht. Der Diskurs um die Bedeutung von Führung für den Fortbestand des transformativen Möglichkeitsraumes enthält verschiedene Positionen:

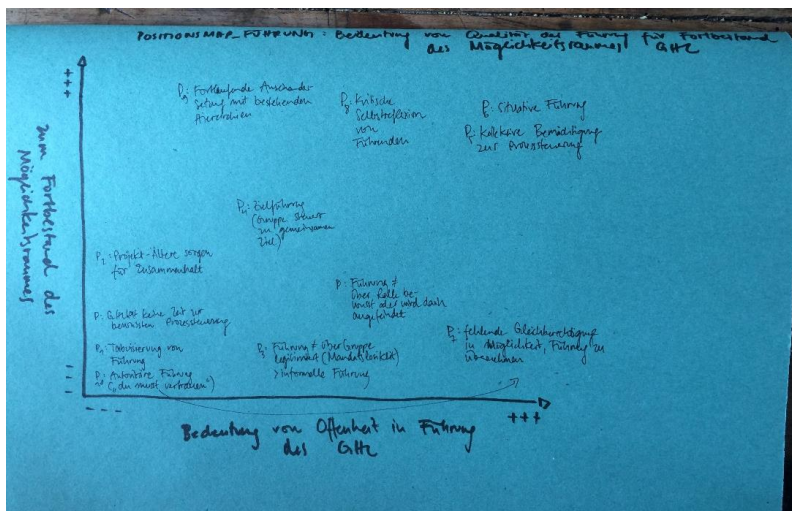


Abb. Positionsmap_2_Führung.

Allen gemeinsam ist die Vorstellung, dass es einer Steuerung des Projekts bedarf. Wer wie dazu befähigt werden kann, wird hingegen sehr divers interpretiert. Ich denke, dass eine Einigung, mit der alle gut mitgehen könnten, in Bezug auf das Thema Führung nur unter radikal überdachten Vorannahmen in damit zusammenhängenden Bereichen (z.B. zu Habensbeziehungen; Umgang mit Macht; Vision/kollektives Ziel; kollektive Bewusstwerdung) nachhaltig möglich ist.

6.2.5.3 Alles mit allen verhandeln

Besonders zu Beginn, aber eigentlich permanent gab es diese Momente, in denen die dringlichen Themen mit allen Anwesenden der GHC Arbeitsgemeinschaft verhandelt wurden. Teilweise, ohne zu einem klaren Ergebnis zu kommen, auch, weil diese Verhandlungen oft unstrukturiert/unmoderiert blieben. Dass „alle“ eingeladen sind, ist aber noch kein Garant für einen nachhaltig partizipativen, gleichberechtigt geteilten Prozess: *Wer hat welche Redeanteile? Wer spricht nicht, obwohl er*sie anwesend ist? Folgen auf das Besprochene entsprechende Entscheidungen und Aktionen? Wer trifft diese Entscheidungen und wie? Wie wird mit Dissens umgegangen?* Partizipation ist als Begriff sehr vielfältig im Gebrauch und so erscheint mir eine Grundlage zur Ermächtigung der Beteiligten zwar durch die gemeinsame Diskussion und subjektiven Aneignung von den gemeinsamen Themen möglich, aber darüber hinaus auch an andere Voraussetzungen geknüpft. Entscheidend für die Bedeutung von Partizipation ist z.B. die Zieldimension: *Mit welcher Absicht wurden Themen mit allen verhandelt? Etwa, um sich a priori Legitimation für anschließendes elitäres Entscheiden zu holen? Oder um auszutarieren, wo es entsprechend der Bedürfnisse, Wünsche und Meinungen der Macher*innen des geteilten Raumes hingehen soll?* Die Bedeutung von Kontrolle zum Fortbestand des Gestaltungsraumes ist hier abhängig von dem *WIE* der mit allen verhandelten Themen.

6.2.5.4 Ausrichtung nach innen

Die Position „Ausrichtung nach innen“ sagt erstmal nichts zur Kontrolle des Gestaltungsraumes. Die Frage ist auch hier, *wie* nach Innen geschaut wird, also z.B. eher in einer Qualität der Selbstbezogenheit (z.B. „Selbstbezogenheit des Inneren Zirkels“) oder in einer kritischen Haltung der Selbstreflexivität (z.B. in dem reflexiven Gespräch; in Projekten wie Gepäckbeförderung und Räume Denken). Wichtig ist auch hier, dass kollektiv „nach innen geschaut wird“ und nicht jede*r nur für sich z.B. reflektiert und daran anschließende Vorgehensweisen konzipiert. Außerdem ist entscheidend, was sonst noch passiert, also z.B. ob die GHC-Arbeitsgemeinschaft gleichzeitig offen für Neue(s) bleibt, sich irritieren lässt und ihre Ausrichtung beweglich bleibt, oder ob sie, in-sich-gekehrt eine abgeschlossene Vision zum Fortbestand entwickelt. Letztlich spielt auch die Konsequenz der Ausrichtung nach innen wesentlich in den weiteren Projektverlauf. Wäre die Ausrichtung nach innen z.B. kollektiv selbst-reflexiv oder gar edukativ, entstünde auch die Möglichkeit, Gründe für und Wege aus der Erfahrung kollektiver Ermüdung und Entfremdung herauszuarbeiten, im Sinne der Stärkung kollektiver Resilienz. Die Erzählenden deuten den Prozess jedoch überwiegend so, als habe sich ein kleiner Kern des Projekts „um sich selbst gedreht“ und darin die „Vision“ des Seminarhotels formuliert und im „Außen“ auf konsensuelle Zustimmung zu diesem Produkt gedrängt:

GT2: Wo ich mir nur gedacht hab/ ich hab mir nach einer gewissen Zeit einfach nur gedacht "Warum machen wir das?" Also wer hat gesagt, dass wir keine Vision haben? Mir war das dann irgendwann überhaupt nicht mehr/ ich hab mir gedacht: "Was machen wir da?" (...) Und auch wie das geendet ist, dass wir tatsächlich nicht/ weiß ich nicht, was der ein oder andere sich gedacht hat, aber ich hab mir gedacht, "wir haben eine, sonst wären wir nicht hier."
#00:43:42-0#

GL: Mhm. #00:43:42-1#

GT2: Sonst wären die Leute hier nicht, wenn sie nicht irgendeine Vision hätten, wären sie doch nicht hier. Und dann irgendwie dieses krampfhaft Versuchen zu verschmelzen in einer Vision. Das wa/ Puh, das war nicht gut. Da wär es mir lieber gewesen, wir hätten irgendwie, keine Ahnung, geguckt, wie wir uns entwickelt haben und geschaut, ob es noch in die richtige Richtung geht oder so. Aber irgendwie zu sagen "Was ist eure Vision?", dachte ich mir "Scheiße, das ist der Genickbruch" #00:44:08-3#

Die Kontrolle des Gestaltungsraumes über die Steuerung des „Inneren Zirkels“ hat also einhegende und verstetigende Potenziale für den Fortbestand des Möglichkeitsraumes GHC – entscheidend ist die Qualität, mit der diese ausgestaltet wird.

6.2.6 Gestaltungsraum ermöglicht, verschiedene Konzeptualisierungen des GHC zu entwerfen

"In common space, differences meet but are not allowed to fight for a potential predominance in the process of defining, giving identity to space" (Stavrides 2016: 108).

Der Gestaltungsraum GHC war über das Meta-Konzept der Sozialen Plastik originär so angelegt, dass er vielfältig konkretisierbar, interpretierbar und damit prinzipiell offen für unterschiedliche (Projekt-)Konzeptualisierungen des GHCs war. Eine bedeutende Ressource für einen transformativen Möglichkeitsraum. Konzeptualisierungen sind abstrakte Räume der Reflexion, der Bewusstwerdung über das eigene Handeln und darüber, welchen kollektiven Sinn diesem zugesprochen wird. Auf diese wird sich wiederum in konkreten Handlungen bezogen, im Sinne von Schemata, die die an dieser Sozialen Welt Teilnehmende vorfinden und die ihnen vorgeben, wie sie sich darin zu verhalten haben (Clarke 2012: 93). Hier werden Vorstellungen von der Welt (und wie sie besser wäre) auf den Punkt gebracht, Ziele ausformuliert und Rechtfertigungen/Erklärungen des eigenen Handelns angeboten. Sie beinhalten also auch mögliche politische Fiktionen oder neue soziale Imaginative.

Die GHC-Konzeptualisierungen werden weniger mit dem Ziel der Vermittlung in die GHC Arbeitsgemeinschaft als zu Zwecken der (Re-)Präsentation des Projekts entworfen, mit der Absicht der Profilierung innerhalb verschiedener Diskurse und der Anerkennung und Förderung von entsprechenden Projekten/Prozessen. Die Akteur*innen in dieser sozialen Welt verpflichten sich, Darstellungen des Projekts zu erschaffen, die das, „was das GHC macht“, zu vermitteln versuchen. Die Teilnehmenden kommen aus unterschiedlichen sozialen Welten, wie z.B. der Medien, der GHC

Arbeitsgemeinschaft, dem Inneren Zirkel und vielen anderen, die das GHC aus ihren eigensinnigen Perspektiven heraus deuten – letztlich auch aus der Gruppe der hierzu Erzählenden, die ich einlud, über die Entwicklung des GHCs zu reflektieren. Die an den Konzeptualisierungen Beteiligten glauben, dass diese Vermittlungsentwürfe wichtig sind, um das GHC zu verstehen, zu akzeptieren und zu unterstützen. Oder auch um es kritisch-solidarisch zu analysieren und zu transformieren. Die Konzeptualisierungen wirken – das Handeln im GHC vermittelnd – in bestimmte Diskurse hinein aus denen heraus dann in unterschiedlicher Weise auf diese Deutungsangebote reagiert wird.

Der Bezug auf Kontrolle ist hier nur implizit, wenn auch sehr wirkungsvoll. Es geht um Macht, das GHC *allgemein gültig* zu be-deuten: *Wer ist daran beteiligt, projektübergreifende Konzeptualisierungen vom GHC zu entwerfen? Wer wird ausgeschlossen? Gibt es dominierende Lesarten des GHC und werden andere marginalisiert? Werden unterschiedliche Konzeptualisierungen nebeneinander toleriert? Haben die angebotenen Konzeptualisierungen eine definierende oder ermöglichende Qualität; fixieren sie das, was das GHC macht oder fragen sie nach ergänzenden Interpretationen zur sozialen Wirklichkeit des GHC?*

Der bewusste Umgang mit Deutungsmacht über den Alltag des GHC kann die Grundlage für eine demokratisierende Geschichtserzählung über das Projekt sein und sich letztlich auch in einer entsprechenden Form der nichthegeemonialen Institutionalisierung spiegeln.

6.2.7 GHC als neue Form der Institution: Ein transformatives „Dazwischen“ verstetigen

“To be able to envisage anti-capitalist or post-capitalist perspectives, one has necessarily to focus explicitly on alternative forms of social organization” (Stavrides 2016: 51f.).

Im Zuge der zunehmenden Konventionalisierung, der Anpassung der projekthärenten Prozesse an konventionelle Organisationsstrukturen (z.B. klare Ansprechpartner geben, hierarchisierte Struktur zu schaffen, Ungleichheit zwischen Gestaltenden und Ausführenden) werden widerständige Stimmen hörbar, die danach fragen, „*Was ist denn dazwischen?*“. Auf ein „Dazwischen“ bezieht sich die Position, das GHC könne zu einer neuen Form der Institution werden. Diese Position spaltet die GHC-Arbeitsgemeinschaft in jene, die genau hierin das transformative aber noch nicht entfaltete Potenzial sehen, solche, die diese Idee als eine abstrakte Überinterpretation der realen Praxis des Ortes ent-täuschen und solche, die die aktuelle Praxis des Projekts bereits als alternativ verstehen. Letztlich

geht es in dieser Position aber auch um die Frage, ob und wenn ja, wie die Qualitäten des transformativen Möglichkeitsraums überhaupt zu erhalten, zu verstetigen sind?

Stavros Stavrides (2016) kann darauf eine Antwort geben, wenn er die drei zentralen Eigenschaften von Institutionen erweiternden Gemeinschaftens benennt, die punktuell auch immer wieder im GHC sichtbar sind: 1) *Vergleichbarkeit*: Hier geht es um das Ermöglichen und Schützen komplexer Ko-Existenzen, es geht darum, sich gegenseitig zu ermutigen, sich in Vielfalt und Unterschiedlichkeit zu treffen, sich über relative und relationale Unterschiedlichkeiten auszutauschen und darüber „create grounds of mutual awareness“. Damit kann eine Unternehmung ermöglicht werden, in der wir alle Ko-Produzent*innen einer gemeinsamen Welt im Werden sind. In Bezug auf das GHC könnten z.B. verschiedene Arbeitsverhältnisse, -zeiten und Tätigkeiten in ihrem jeweiligen Bezug auf das Projekt verstanden werden. 2) *Übersetzbarkeit*: Hier geht es Stavrides darum, eine Aushandlungsfläche zu schaffen und den Einbezug von Neuankommenden zu ermöglichen. Dazu brauche es eine kontinuierliche Annäherung und Austausch in der Suche nach Gemeinsamen (z.B. gemeinsamen Bedürfnissen, Wünschen, Ängsten). Hier geht es nicht nur um Sprache, sondern um jegliche Formen von Praktiken. Ein Beispiel im GHC ist der Mittagstisch, der über das universell zugängliche Ritual des gemeinsamen Essens (und dessen Zubereitung) einen Raum zum Austausch über Unterschiede und Gemeinsamkeiten ermöglicht ohne dass dafür überhaupt gesprochen werden müsste. Über die Zubereitung von ausschließlich vegetarischen (und teils veganen) Mahlzeiten in Bio-Qualität werden darüber hinaus auch projektspezifische Werte übersetzt. 3) *Machtteilung*: Die Grundbedingung für gemeingeschaffenen Raum sieht Stavrides in der Verstetigung von Kontrollmechanismen, um Akkumulation von Macht bestimmter Gruppen oder Individuen zu vermeiden. Machtteilung ist Voraussetzung für gerechte Verteilung, ansonsten drohen Privatisierung (Dominanz eigener Interessen) oder Abgrenzung und damit Verschluss und Einhegung des Möglichkeitsraumes (Stavrides 2016: 51). Bezogen auf das GHC hieße das, der Gestaltungsraum müsse insofern kontrolliert werden, als dass dem Anspruch von „power is first and foremost the power to decide“ (Stavrides 2016: 45) gerecht werden könnte.

Ein „Dazwischen“ basiert auf der Qualität, die Rancière mit „Politik“ fasst, als das „radikale Potenzial einer jeden Praxis die normalisierten Herrschaftsdispositive und Macht-

verhältnisse zu unterbrechen (...) mit dem Ziel eine spezifische Ungleichstruktur zu unterbrechen und stattdessen eine alternative Ordnung zu institutionalisieren“ (Rancière 2002: 46f. zit. nach Gomes de Matos/Mullis 2018: 107). In diesem Sinne könnte die Verstetigung der Bedingungen eines „Dazwischens“ als dezidiert politierende Strategie den transformativen Möglichkeitsraum im GHC erhalten und erweitern.

6.2.8 GHC als Infrastruktur: Ermöglichen, Ermächtigen, Versorgen von Gestaltungsraum

Die Position „GHC als Infrastruktur“ erscheint in meiner Untersuchung wie eine sehr marginalisierte, teils unsichtbar gemachte aber von einigen Stimmen gewünschte. Aus dem Verständnis, das GHC verfüge über einen gemeingeschaffenen Gestaltungsraum, ergibt sich die Möglichkeit, diesen als *offered space* zu fassen: Es wird eingeladen, angeboten, ermöglicht, mitzumachen. Darüber wird eine Haltung der GHC-Arbeitsgemeinschaft skizziert, diesen Raum (her-)zustellen, ihn zu versorgen, in zu tragen, damit Interessierte sich ihn selbstermächtigt aneignen können. Diese Haltung steht diametral entgegen dem Bild „GHC ist keine Spielwiese“. In beiden erscheint das GHC als Möglichkeitsraum eröffnende Infrastruktur, jedoch mit völlig konträrer Konnotation. In der einladenden Position wird gesehen, dass die ermöglichende Qualität der Infrastruktur wesentlich über vielfältige Care-Arbeit erhalten bleibt. In dieser Verbindung schimmert ein der Position zugrundeliegendes Menschenbild durch, in dem die Bedürfnisse nach Gestaltungsmöglichkeiten, Fürsorge und dem verantwortungsvollen Nehmen vorhandener Ressourcen dem Bild eines selbstbezogenen, konsumfokussierten und oberflächlich am Projekt interessierten „Spieler“ entgegenstehen.

Das GHC als Infrastruktur entsteht in den Momenten der Abwesenheit der GHC Arbeitsgemeinschaft und der damit einhergehenden, den Gestaltungsraum dominierenden Bedeutungsproduktion. Die hierzu geleistete Arbeit wird nur implizit wahrgenommen und ist auch in Bezug auf Fördermittelgebende schwierig vermittelbar. Das GHC als Angebot, als *offene* Einladung in den Gestaltungsraum entsteht in völliger Abwesenheit von Kontrolle.

6.2.9 „Vom Kunstprojekt zum Bürotower“: Objektivieren, komodifizieren, bürokratisieren

Das Zielen auf Fortbestand in existenzieller Not macht eine Überlebensstrategie notwendig. Aus der Neurobiologie sind verschiedene Kompensationsmechanismen in der Konfrontation mit existenzieller Not bekannt: Anpassung, Flucht, Kampf, Erstarrung. Anpassung ist die im Prozess der Institutionalisierung des GHC dominierende Entwicklung: Anpassung an die herrschende Logik kapitalistischer Gesellschaftsproduktion:

Die Idee des „Seminarhotels“ kann als eine Konsequenz aus der Beherrschung der Konzeptualisierungen über das GHC gedeutet werden, sie ist aber auch die Ausformulierung einer „Überlebensstrategie“ von Leuten, die auf den Fortbestand des Projekts zielen. Über das Vermieten von Atelierräumen wird die Zugänglichkeit an bestimmte Voraussetzungen (ökonomische Ressourcen, vertragliche Regelung der Nutzungsbedingungen) gekoppelt und nicht mehr über die informell geregelte Partizipation am Projekt. Die Machenden des GHC entziehen sich in diesem Prozess an vielen Stellen ihrer emotionalen und politisch motivierten Involviertheit, ihre Beteiligung erhält vielerorts funktionalen Charakter, das Projekt wird als Arbeitsort objektiviert, als Marke und Produkt kommodifiziert und über seine wachsenden Abhängigkeiten von Systemen kapitalistischer Logik suggestive bürokratisiert: *„Wie kann das, was die Marke GHC darstellt, was hier massenweise an Mehrwert produziert wird, vermarktet werden? Wie und als was muss das GHC dazu erscheinen und was muss sich im Inneren dazu verändern?“*, sind den Prozess beschleunigende Fragen. Unter legitimierenden Diskursen wie „Rettung des GHC aus der Existenznot“ oder „Sicherung der Betriebe“ oder „Fortbestand des Projekts sichern“ beginnt die Ausrichtung nach innen, es erfolgen Umstrukturierungsmaßnahmen und die notwendig gewordene Verwaltung des Projekts wird wie selbstverständlich zur Hauptarbeit im Tagesgeschäft. Damit einhergehend erfolgt die absolute Kontrolle des Gestaltungsraumes GHC, nicht mehr nur durch eine elitäre Gruppe, was auch darüber sichtbar wird, dass sich Machtverhältnisse entlang unklarer Bedingungen verschieben und nicht mehr an bestimmte Individuen oder Gruppen gekoppelt scheinen (z.B. „eine Stimme aus dem Off“).

6.3 Anschlussstellen: „Wie kann das GHC als transformativer Möglichkeitsraum fortbestehen?“

In diesem vorerst letzten Kapitel meiner Ergebnisdarstellung gehe ich auf die Forschungsfrage ein, *„Inwiefern erscheint das GHC als transformativer Möglichkeitsraum?“*. Weil dieser Fokus konsequenterweise auch in den vorherigen Kapiteln (insbesondere im *Kap 6.2 Spannungsfelder*) meine Interpretationen mitprägte, möchte ich mich hier nicht wiederholen, etwa indem ich lediglich entlang der bisherigen konstituierenden Bedingungen den Möglichkeitsraum GHC re-konstruiere. Vielmehr knüpfe ich zwar an meiner untersuchten Situation an und stelle die transformativen Potenziale des GHC heraus, aber erweitere „das, was ist“, über Möglichkeitsbedingungen einer „bevorzugten Situation“.

In einem fiktiven Dialog, in dem ich meine analytischen Ergebnisse re-kodiere, geht es um Wünsche, Bedenken und notwendige Veränderungen für ein gutes Leben für alle im GHC. Damit verbinde ich die in der empirischen Welt GHC vorhandenen Interpretationen und Imaginationen mit Vorschlägen

aus der Postwachstumsdiskussion und mache über das ästhetische Mittel gleichzeitig kenntlich, dass auch meine Interpretation der Situation eine Fiktion⁵⁰ über die Realität ist.

Fiktiver Dialog in der Lobby-Bar des GHC zwischen einer Praktikant*in (P), einem Bewohnenden (B), einem Hotelgast (G) und einer Nachbar*in (N) – allesamt Personen, die dem Projekt im Alltag zumindest punktuell sehr nahe sind, aber bisher nicht öffentlich darüber zu Wort kamen. G und N sitzen/lehnen am Tresen, P und B stehen dahinter, räumen Gläser ein, füllen Getränkeboxen auf und wischen die sauber anmutenden Regale und Ablageflächen ab. P hält dazu eine einlaminierter To-Do-Liste und erklärt B, was darauf stehende Punkte sind, die noch erledigt werden müssen. Außer ihnen ist die Lobby-Bar leer, die vier kommen miteinander ins Gespräch. Ausgangspunkt für die Unterhaltung ist ein Zeitungsartikel, den H aufmerksam liest:

„Augsburg macht es vor: das Grandhotel Cosmopolis wird zum städtischen Reallabor eines guten Lebens für alle



Bürgermeisterin Eva Weber (CSU) sichert Basisfinanzierung für zunächst 3 Jahre im Rahmen der kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie



die Diakonie verpachtet das Gebäude für 99 Jahre an die Genossenschaft im Rahmen sog. Erbpacht



die Zusammenarbeit mit der Regierung von Schwaben steht in der Schwebe“

G: Großartig ist das. Was ihr hier macht, gehört doch schon lange in jede Stadt. Und jetzt wird eure Existenzsicherung sogar zur Aufgabe der Augsburger Stadtpolitik gemacht.

P: Schauen wir mal. Bisher ist das alles nur Gerede und wenn es dazu kommen sollte, dass Frau Weber den Laden hier finanziert, ist das nicht ganz selbstlos. Schließlich müssen die Städte reagieren auf die wachsenden Ängste der Gesellschaft: zu wenig bezahlbarer Wohnraum, zu viel Zuwachs, der eigene Wohlstand scheint bedroht. Was folgt, sind krasse Abgrenzungen in alle Richtungen... von den anderen, wer immer die auch sind.

⁵⁰ Mit Ines Kleesattel (2016) teile ich die Überzeugung, dass „Entscheidend ist aber, Rancières ‚Alles ist Fiktion‘ nicht als radikalen Konstruktivismus oder postmodernen Relativismus misszuverstehen. Die Aussage, dass Realität (sei sie hegemonial polizeilich oder dissensuell zweifelhaft) überhaupt nur mittels ‚fiktiver‘ Konstruktion fassbar wird, opfert nicht zwangsläufig jeden Wahrheitsanspruch fatalistisch zugunsten eines haltlosen Spiels von Wörtern und Zahlen. [...] Als polemisches Als-ob kann die Fiktion gleichzeitig die Kontingenz des Bestehenden und die Möglichkeit von egalitär Anderem ans Licht bringen - und damit politisch wirksam werden“ (Kleesattel 2016: 109).

B: Ich zum Beispiel (*lacht*).

P: Na ja, du kannst noch lachen. Du lebst immerhin noch hier und nicht in irgendeinem Ankerzentrum.

N: Aber was soll das heißen, „die Diakonie verpachtet das Gebäude für 99 Jahre an die Genossenschaft im Rahmen sog. Erbpacht“?

P: Das heißt, dass wir als Genossenschaft Quasi-Eigentümer*innen dieser knappen 3000qm werden und das ganze Ding hier nochmal radikal neu denken können.

N: Ah ja, und wohin soll's diesmal gehen?

B: Flüchtlinge raus, oder?

P: Na ja, ich denke, dass ist eine ziemlich realistische Option. Zumindest raus aus der Zwangsbeziehung mit der Regierung. Die hat uns echt fast das Genick gebrochen. Ich weiß gar nicht, wie man das beschreiben kann, was diese Ohnmachtserfahrung im Umgang mit den harten Grenzen der Asylpolitik hier im Hotel mit den Leuten gemacht hat: Kollektives Trauma? Bournout? Jedenfalls wirken die Widersprüche dieses räumlich eingeschriebenen Nebeneinanders wie ein Virus in unser Zusammenleben. Ich geh durch die Glastür und bin im Lager. Und ja, es ist eben auch kein gleichberechtigtes Zusammenleben und damit fehlt schonmal die Grundvoraussetzung für freiwillige Mitgestaltung an einer gesellschaftlichen Alternative.... Aber das ist nicht alles: So wie ich das hier verstehe, wollen die sich ganz anders ausrichten, so in Richtung *alle* aus der Stadtgesellschaft ansprechen und zusammen gucken, wohin es diesmal gehen soll.

G: Spannend. Dann münden die Erfahrungen der letzten acht Jahre in einen Neuentwurf der Sozialen Plastik?

P: Das fänd ich wünschenswert. Ist zu hoffen, dass wir uns auch wirklich die Zeit nehmen, *zusammen* über das, was lief, zu reflektieren, und auf der Basis dieses Wissens eine nachhaltige Alternative entwerfen. Dazu gehört auch, dass wir Wege finden, dieses Wissen an Neue weiterzugeben. Und daraus dann in einen völlig offenen Umwandlungsprozess starten....

B: Was meinst du damit? Soll das hier alles renoviert werden?

P: Ja, warum nicht. Vielleicht sogar ein paar Wände rausreißen, um zum Beispiel mal die Einzelateliers in Co-Working-Räume zu verwandeln. Aber die Veränderung müsste darüber *hinaus* reichen und das Grandhotel Cosmopolis letztlich zu einem Gemeingut werden lassen.

N: Gemeingut im Sinne von Gemeinwohlorientierung?

P: Ja, auch. Aber radikaler. Vielleicht im Sinne eines Ortes in der Stadt, oder eines Unternehmens für die Stadtgesellschaft, oder eines offenen Gebäudes, das erst über das Zusammen-Machen ganz unterschiedlicher Leute seine Form erhält. Weißt du, wie ich mein? Also nicht von irgendwelchen elitären Expert*innen im Vorfeld geplant, und auch nicht von denen, die eben am lautesten sind. Sondern auf der Grundlage der Erfahrungen, des Wissens, der Bedürfnisse und der Wünsche der Leute, die dort leben, weil sie dort wohnen oder arbeiten oder vielleicht auch beides. Das wäre dann sozusagen ein Raum, der sich in dem eigentlichen Sinne auf das Gemeinwohl ausgerichtet entwickelt, weil ja auch erst im Entstehen klar wird, wer hier wie lebt.

N: Klingt ziemlich idealistisch und abgehoben.

B: Kenn ich, solche Orte. Kann ich mir aber schwer vorstellen hier. Die Leute wollen viel zu sehr das machen, was *sie* wollen. Und was sie denken, was richtig ist für das Projekt. Wann geht es wirklich um die Gemeinschaft?

G: Mhm....Wie geht das zusammen, das Eigene und das Gemeinsame? Also ich mein ohne Zwang oder dass einer über dem anderen steht? Und ohne, dass man sich in der Gemeinschaft auflösen würde?

B: Dazu musst du was von deiner eigenen Idee, wie was sein sollte, frei lassen. Wirklich zuhören, was andere sagen. Dann kannst du lernen, eine andere Art zu Denken und zu Leben zu verstehen und kannst wirklich offen werden für andere Ideen, was ein gutes Leben sein kann. Vielleicht weit weg von dem, was du schon kennst.

N: Das ist mir zu abstrakt. Wie sollte das machbar sein?

P: Na ja, ich denke, es geht doch darum etwas zu gestalten, in dem jede*r Platz findet und mit dem sich jede*r verbunden fühlt, obwohl wir alle sehr unterschiedlich sind. Dazu braucht es Orte und Räume, die so unbestimmt und offen sind, dass ein neues, also ein wirklich gemeinsames Zusammenleben ausprobiert werden kann. Das ist erstmal abstrakt, weil eben die Erfahrung des Gemeinsamen fehlt. Das ist so ein Dazwischen. Erst wenn gemeinsam über den geteilten Lebensraum nachgedacht wird, wenn zusammen entworfen und gebaut wird, und das, was entsteht, begriffen wird und in eine eigene gemeinsame Sprache fließt, dann wird das Gemeinsame immer klarer, konkreter und fassbarer.

B: Das braucht Zeit, um sich zu treffen und miteinander zu quatschen, zu streiten und auch zu feiern.

N: Und die fehlt überall im Alltag.

P: Das ist richtig. Und ich glaube die fehlt, weil wir sie an unsere Lohngeber*innen verkaufen. Wir bräuchten halt auch eine wirklich tiefgreifende Auseinandersetzung mit dem Thema Arbeit, also mit der Frage, welchen Tätigkeiten wir in unserem Alltag nachgehen und warum. Bevor ich hier anfang, ca. 20 Stunden die Woche unentgeltlich zu arbeiten, hatte ich eine 40-Stunden-Woche in meiner Lohnarbeit und das nicht, weil ich unbedingt so viel Geld für mein Leben brauchte, sondern einfach, weil „das so gemacht wird“ und ich das nicht hinterfragte. Da hatte ich tatsächlich nicht mehr viel Zeit und Muße, mich noch groß, um andere zu sorgen oder in Gesprächen mit Leuten, die ganz anders ticken wirklich offen zu sein, zu verstehen, was die bewegt.... Und ja, hier gibt es das auch zu genüge, dass Leuten dafür die Luft ausgeht. Und das ist für so ein Projekt fatal, weil das Grandhotel lebt davon, dass hier Leute füreinander sorgen.

B: Das ist krass, weil du trotzdem immer jemanden findest, der dir einen Brief erklärt oder dir einen Anwalt besorgt.... Aber manche Hoteliers schaffen auch nicht Nein zu sagen, obwohl sie selbst eigentlich Hilfe brauchen oder ehrlich gesagt nicht wissen, was man tun kann, wenn sie um Hilfe gefragt werden.

P: Ja, der Selbstanspruch geht an vielen Stellen über die Ressourcen oder auch über die Kompetenzen hinaus. Dazu kommen viel zu viele Informationen, ständiges Multi-Tasking-im-Spagat-zwischen-Utopie-und-Wirklichkeit, finanzielle Unsicherheiten und Gewalterfahrungen – z.B. Übergriffe durch die Polizei oder immer wieder auch durch Bewohner*innen. In der alltäglichen Zusammenarbeit fehlt es oft an gegenseitiger Anerkennung und wirklichem Interesse. Das alles führt dazu, dass wir eigentlich größtenteils mit Problembewältigung beschäftigt sind, es bleibt bei der oberflächlichen Arbeit an den Dingen, um die es eigentlich geht und es herrscht ein Mangel an Muße und Tiefe. Und der wird dann immer wieder auch kompensiert oder betäubt.

N: Das klingt wirklich nach kollektivem Burnout. Aber gibt es denn keine Unterstützungsangebote für die Freiwilligen, die sich hier engagieren?

P: Na ja, das Thema Resilienz auf Gruppenebene wurde bisher immer wieder als nicht so wichtig abgetan und so konnte sich keine Kultur der kollektiven Selbstfürsorge etablieren. Jetzt langsam, scheint es in eine andere Richtung zu gehen... Wir haben einen Prozess zur „diskriminierungskritischen Organisationsentwicklung“ bei Tür an Tür⁵¹ gestartet und der scheint genau dort anzusetzen, wo es eine Unterstützung braucht: Partizipativere Gruppenstrukturen schaffen, für einen selbst-kritischen Umgang mit gesellschaftlichen Macht- und

⁵¹ Vgl. <https://tuerantuer.de/>.

Ausbeutungsstrukturen sensibilisieren, eine von allen getragene Vision entwerfen... Und so wie ich den Prozess bisher versteh, zielt der auch darauf, eine neue Organisationsstruktur zu finden.

G: Was beinhaltet die Organisationsstruktur? Wie sollte die deiner Meinung nach aussehen, um das Grandhotel nachhaltig zu stärken?

P: Ich denke, das beinhaltet einmal die passende Rechtsform, die Art und Weise der Führung und der Entscheidungsfindung, aber auch die kollektive Vision, aus der heraus sich unsere Ziele entwickeln..... Ich kann dir nicht sagen, wie unsere Organisationsstruktur konkret aussehen soll, weil ich glaube die sollte sehr spezifisch zu unseren Zielen, Ressourcen und der Gruppe passen. Die kann also auch nur zusammen ausgearbeitet werden. Aber aus der Erfahrung der letzten Jahre denke ich, wir sollten zwischen horizontaler Organisation und Desorganisation unterscheiden. Führungspersönlichkeiten wurden oft stark angefeindet, auch, weil das Thema Führung aus unserer kollektiven Geschichte schwierig ist. Vielleicht können wir Führung mehr als Verantwortung denken und situativ verteilen. Ich finde dazu das Bild stark, Führung in jedem von uns zu entwickeln und so eine kollektive Handlungsmacht aufzubauen. Dafür braucht es natürlich auch das Bewusstsein, dass wir alle abhängig sind voneinander. So kann Macht auch als eine Kraft verstanden werden, die sich verteilt und so die Basis ermächtigt. Die herrschende Strukturlosigkeit der vergangenen Jahre hat bestehende Machtstrukturen nur vertuscht und so immer wieder heftige Widerstände aus der Gruppe provoziert und die Teilhabe von neuen Menschen erschwert.

Ich glaube, um dem vorzubeugen ist es wichtig, von Beginn an einen klaren Prozess zu etablieren, so wie die das jetzt in der „Organisationsentwicklung“ mit uns machen: klare Ziele und Prioritäten, klare Erwartungen, Zuständigkeiten verteilen. Transparente Strukturen erhöhen außerdem die Eigeninitiative und beugen Überforderungen vor.

G: Das klingt stimmig... Und trotzdem finde ich, darf der Fokus bei einem Grandhotel Cosmopolis nicht nur nach innen gerichtet sein. Wo interveniert das Projekt, wenn die Zwangsverbindung mit den geflüchteten Bewohner*innen wegfällt? Wo ist dann der Bezug zu unserer prekären globalen Situation?

P: Da stimme ich dir zu: unser Projekt muss den Bezug zum Sozialen, zum Gemeinwohl, also zur Stadtgesellschaft behalten. Aber unsere Form des Aktivismus war nie eine Street-Fighter-Militanz, eigentlich ging es eher um eine Kultur von aktivistischem Zusammenleben, also eher so im Sinne eines Alltagsaktivismus, so wie du das auch schön beim Hotel City Plaza in Athen sehen kannst. Und das beinhaltet natürlich auch, dass wir die Zusammenhänge zwischen sozial-ökologischer Krise und unserer privilegierten Lebensweise immer weiter verstehen lernen. Und wir uns daraus radikal selbst

verändern und darauf basierend eine wirkliche Alternative leben, eine Lebensweise kultivieren, in der wir zum Beispiel lernen zu verzichten. Und in der wir das Konkurrenzdenken, die Leistungsorientierung, die Profilierungszwänge aus unserer Gesellschaft nicht hier rein kopieren.

N: Nun aber mal langsam, diese Prinzipien sind nicht per se zu verteufeln. Immerhin lebt ihr hier auch von Geld und seid krankenversichert und überhaupt, ist unser deutscher Wohlstand ja wohl hart erarbeitet.

G: Puh.... das stimmt einerseits, andererseits ist unser Wohlstand nur so möglich, weil wir selbst nicht die Kosten dafür tragen. Wir können angesichts der zunehmenden Konfrontation mit den Folgen unserer konsumzentrierten Lebensweise in sogenannten Wohlstandsgesellschaften nicht mehr wegsehen... Stichwort Klima-Flüchtlinge.

P: Genau. Und eigentlich müsste in einer radikalen Umgestaltung die Frage im Mittelpunkt stehen, was das gute Leben für alle bedeuten könnte. Was können wir uns noch vorstellen, was uns glücklich macht, abseits von „Kauf-dich-glücklich“ oder „sei sexy und erfolgreich“?

N: Also, wenn du mich fragst, ist das eigentlich einfach.... Oder vielleicht auch nicht.... Ich habe mir die Frage lange nicht gestellt....

P: Das geht mir ähnlich. Und ich wünsche mir, dass wir hier im Grandhotel genau da ansetzen. Nach den eigentlichen Bedürfnissen forschen und uns zu unseren Wünschen befragen.

N: Aber willst du hier ein Wunschkonzert veranstalten und nachher gehen alle enttäuscht nach Hause, weil dir die Mittel zur Realisierung fehlen?

P: Das wäre ein großes Missverständnis. Nee, ich glaube, es sollte darum gehen, Menschen zu berühren und darüber einen Zugang zu schaffen, dass jede*r für sich selbst sehen kann, was sie eigentlich wirklich wollen, wonach sie sich in den Tiefen ihres Selbst sehnen, was sie zufrieden macht. Ich denke, dass wäre der erste Schritt, sich aus der herrschenden Erzählung zu befreien.

7 Fazit

„The right to the city is [...] far more than a right of individual or group access to the resources that the city embodies: it is a right to change and reinvent the city more after our hearts' desire“ (Harvey 2013: 4).

Den Ausgangspunkt meiner Arbeit bildete die Verschränkung zwischen Postwachstum, Stadt und Aktivismus. Damit verortete ich meine empirische Untersuchung des GHC in der Schnittstelle dieser

Diskusuniversen und mache das Projekt darüber hoffentlich anschlussfähig für weitere Diskussionen. Das GHC konzeptualisierte ich als urbanen Möglichkeitsraum, in dem in alltäglichen Prozessen sozialer Raumformung an der Umgestaltung des Alltags in einer bayerischen Großstadt experimentiert wird: Über transformative Praktiken der Selbstermächtigung und der entgrenzten Solidarisierung, innerhalb derer Privilegien als Ressourcen geteilt werden, wird die Grundbedingung für einen gemeinschaftlichen Treffpunkt der Unterschiedlichkeit gestaltet. Mittels partizipatorischer Praktiken und der Kollektivierung von Produktionsprozessen wird diese Möglichkeit verstetigt, erweitert und immer wieder auch über andere Interessen und inhärente Widersprüche irritiert. Über das ästhetische Sichtbarmachen und die Erfahrung von (struktureller) Veränderung wird eine alternative Lebensweise vermittelt und damit prinzipiell für eine Breite an interessierten Menschen zugänglich. Mit Barbara Muraca (2015: 205) können diese Bedingungen als Potenziale für die Transformation zur Postwachstumsgesellschaft gefasst werden:

„Gerade weil etablierte Werte in sich einen Deutungsüberschuss tragen, kann deren Bedeutung durch subversive Praktiken neu interpretiert werden - ganz im Sinne der konkreten Utopie. Eine solche Transformation des sozialen Imaginären muss jedoch praktisch erfahrbar werden. Soziale Experimente tragen zur Transformation des sozialen Imaginären bei, indem sie die utopischen Zukunftsmöglichkeiten antizipieren - und verkörpern“.

Dabei hat das Projekt die Qualität, an einer politischen Gegenerzählung zu herrschenden Formen stadtgesellschaftlicher (Re-)Produktion mitzuwirken. Über die Fähigkeit der Selbstinstitutionierung (z.B. „GHC als neue Form der Institution), über die (Selbst-)Veränderung und Schöpfung neuer Regeln inmitten des bereits Regulierten (z.B. „Hotel für Menschen mit Asyl“), im Protest gegen jegliche Alternativlosigkeit (z.B. als Ort gelebter Willkommenskultur) ermöglicht das GHC in seiner alltäglichen Raumformung einen urbanen Raum der Bildung zur Autonomie und Demokratie (vgl. Bohmann/Muraca 2016: 307) . In dem Sinne einer *paideia* erscheint dieses kollektive Lernen „als Prozess der Umdeutung und Resignifizierung des Sozialen Imaginären durch subversive und kollektive Praktiken, die neue Formen der Relationen und – womöglich – alternative Subjektpositionen performativ und präfigurativ verkörpern“ (Bohmann/Muraca 2016: 307).

Damit sich dieser transformative Möglichkeitsraum unter den herrschenden Bedingungen zunehmender Kommodifizierung und Bürokratisierung verstetigen kann, braucht es eine entsprechende Organisationsstruktur, die insbesondere gesellschaftliche Machtverhältnisse reflektiert und so auch unsichtbar gemachte Leistung zur sozialen Re-Produktion wie Fürsorge-/Care-Arbeit und ihre Akteur*innen sichtbar macht. Außerdem scheint Offenheit als originäre Bedingung für die Konstituierung eines sozialen Gestaltungsraumes trotz der komplexen Eingebundenheit in ein System kapitalistischer Re-Produktionsverhältnisse zur Verstetigung des transformativen

Möglichkeitenraumes wesentlich. Diese Offenheit muss strukturell angelegt sein, oder wie Richard Sennett (2018) im Anschluss an Melanie Mitchell (Mathematikerin) beschreibt:

„‘Offenheit’ setzt ein System voraus, das es erlaubt, Absonderliches, Seltsames und Mögliches zusammenzufügen. [...] Es ist ein System, 'in dem große Netzwerke aus Komponenten ohne zentrale Steuerung und mit einfachen Operationsregeln ein komplexes Kollektivverhalten, eine differenzierte Informationsverarbeitung und eine über Lernen oder Evolution erfolgende Anpassung hervorbringen'“ (Sennett 2018: 14).

Clarke's Situationsanalyse war für mich ein passender forschungsprogrammatischer Ansatz, um dieser Offenheit auch methodologische Entsprechung zu geben. Über die relativ vage Rahmung meiner Forschungssituation war meine Untersuchung von Beginn an offen für unterschiedliche Wege, die ich verfolgen konnte. Diese Offenheit überforderte mich stellenweise und ich war oft unsicher, wo, an welchem Punkt ich mich in meinem Forschungsprozess befand. Sicherlich hätte eine weniger umfangreiche, spezifischere Forschungsfrage auch dazu beigetragen, dass ich mich schneller auf eine Lesart von der Situation einlassen und dementsprechend weiterarbeiten hätte können. Gleichzeitig möchte ich die Fülle an Möglichkeiten insbesondere für diese Arbeit nicht missen, weil ich sie aus forschungsethischen Gründen für höchst relevant erachte: Ich habe mich theoretisch in ein Feld eingearbeitet, in dem ich handlungspraktische Erfahrungen hatte. Diese galt es zunächst diskursiv zu verorten und dann entsprechend meiner ontologischen und epistemologischen Prämissen systematisch zu betrachten. Aus meinem Selbstverständnis als aktivistische Forscherin und meiner Position, selbst im GHC beteiligt zu sein, ergab sich die Selbstverpflichtung, dieses „Forschungsfeld“ in einer kritisch-solidarischen und selbst-reflexiven Weise zu untersuchen. In dem Interesse an der Verstetigung transformativer Potenziale des GHC sah ich diesen Anspruch, verbunden mit der Bedingung gesellschaftlicher Relevanz, realisierbar. Eben dieses Untersuchungsinteresse veranlasste mich aber dazu, meinen Blick möglichst weit werden zu lassen, um dem entgegenzuwirken, dass ich relevante Aspekte über eine verschließende Konzeptualisierung unsichtbar mache (und ich möchte damit nicht ausschließen, dass dies dennoch geschah).

Um mir immer wieder Orientierung zu verschaffen, mein Interesse zu lokalisieren und meinen Blick zu konzentrieren, arbeitete ich mit verschiedenen Visualisierungen meiner untersuchten Situation: Clarke's Maps und andere Kritzeleien, kleine Notizen, Verweise, Fragen und Exzerpte spicken meine Notizhefte, die ich begleitend zu meiner Forschung führte und die mir ein wichtiges Werkzeug waren. Ebenso bedeutend für das Voranschreiten meiner Arbeit war der Austausch darüber, der leider aufgrund meiner aktuellen Entfernung von akademischen Welten und meiner Engpassspannung als Mutter bis vor kurzem kaum machbar schien. Wäre ich prozessbegleitend mit einem Forschungskolloquium oder einer Forschungswerkstatt verbunden gewesen, hätte das den Prozess sicher verkürzt. So stellte ich viele Entscheidungen während meiner Analyse immer wieder zurück, aus

Unsicherheit, mögliche Deutungen zu verschließen oder Aussagen fehlerhaft zu interpretieren. Ich suchte dann insbesondere in theoretischen Konzepten wegweisende Ideen, wie ich in der Situation umgehen konnte und vergrößerte damit mein Kontextwissen auf einen wahrscheinlich eher unverhältnismäßigen Umfang für einen M.A.-Forschungsbericht. Für weitere Forschungsvorhaben möchte ich einen effizienteren Zugang dafür finden, inwiefern ich die Forschungssituation offen rahmen kann und gleichzeitig einen Horizont aufspanne, der meinen Ressourcen entspricht.

Ein Beispiel für große Unsicherheiten während der Dateninterpretation war meine Kodierarbeit im Rahmen von Memos. Ich hatte zwar versucht, über den „Memokopf“ meine Interpretationen in eine gewisse Systematik zu bringen, kam aber im Verlauf des Schreibens immer wieder ab von meinen Absichten. So fiel es mir letztlich auch schwer, konzise ausgehend vom Text zu beschreiben, auch, weil ich natürlich weitaus mehr „Hintergrundinformationen“ zu den Aussagen hatte. Aber auch hier ergaben sich die größten Schwierigkeiten und „Fehlritte“ über Unsicherheiten – diesmal mit der Methode an sich. In Vorbereitung für meine nächste *Grounded Theory* geleitete Arbeit werde ich mir wohl eine valide Vorgehensweise ausarbeiten, die meinem Arbeitsstil entspricht und diese dann verfolgen.

Nichtsdestotrotz hat mir diese komplexe Arbeit nicht nur einen persönlichen Zugang zur Postwachstumsdiskussion ermöglicht, sie hat mir über die Re-Konstruktion der Erfahrungen im GHC auch meine eigene Involviertheit bewusster gemacht. Darüber hinaus hat sie mich – wie zu Beginn beschrieben – auch wieder für wissenschaftliches Arbeiten begeistert und ermutigt, Wege auszuloten, die über konventionelle sozialwissenschaftliche Wissenschaftspraxis hinausgehen.

Literaturverzeichnis

Acosta, Alberto/Brand, Ulrich (2018): *Radikale Alternativen. Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann*. München: oekom verlag.

Adler, Frank (2016): Transformation zur Postwachstumsgesellschaft – ja, aber wie und wer?
Kommentiert von Stefanie Graefe. Working Paper der DFG-Kollegforscher_innengruppe
Postwachstumsgesellschaften, Nr. 3/2016, Jena.

Ahora Madrid (2017): Die Zukünfte des Munizipalismus. Feminisierung der Politik und
demokratische Radikalisierung, in: Brunner, Christoph/Kubaczek, Niki/Mulvaney,
Kelly/Raunig, Gerald (Hrsg.), *Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegungen und die
Regierung der Städte*, transversal texts: Wien, S. 105-112.

Arendt, Hannah (1994 [1961]): *Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen
Denken I*, München: Piper Verlag.

Asara, Viviana/Profumi, Emanuele/Kallis, Giorgos (2013): Degrowth, democracy and autonomy,
in: *Environmental Values*, Jg. 22 (2), S. 217–239.

Baier, Andrea/Müller, Christa/Werner, Karin (2015): *Stadt der Commonisten. Neue urbane
Räume des Doityourself*, Bielefeld: transcript.

Barnett, Clive (2014): What Do Cities Have to Do with Democracy?, in: *international journal of
urban and regional research*, Jg. 38 (5), S. 1625-1643.

Bauriedl, Sybille., Wichterich, Christa (2014): Ökonomisierung von Natur, Raum, Körper.
Feministische Perspektiven auf sozialökologische Transformationen. Rosa-Luxemburg-
Stiftung: Berlin. Reihe Analysen. [online],
[https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_Oekonomisierung.p
df](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_Oekonomisierung.pdf) , [1.9.2019].

Beuys, Joseph (1979): Ausschnitte aus den Videos "Jeder Mensch ist ein Künstler", [online]
<https://www.youtube.com/watch?v=wpAkXQOtQkg> , [1.9.2019].

Blumer, Herbert (1954): What is wrong with social theory?, in: *American Sociological Review*, 18, S. 3-10.

Blumer, Herbert (1973): Der methodologische Standort des symbolischen Interaktionismus, in: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hrsg.), *Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit*, Bd. I, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 80-101.

Bohmann, Ulf/ Muraca, Barbara (2016): Demokratische Transformation als Transformation der Demokratie: Postwachstum und radikale Demokratie, in: AK Postwachstum (Hrsg.): *Wachstum – Krise und Kritik*. Frankfurt a.M./ New York: Campus, S. 289-311.

Böttger, Matthias/Carsten, Stefan/Engel, Ludwig (Hrsg.) (2016): *Spekulationen Transformationen. Überlegungen zur Zukunft von Deutschlands Städten und Regionen im Rahmen des Forschungsprojekts "Baukulturatlas Deutschland 2030/2050"*, Zürich: Lars Müller Publishers.

Brand, Ulrich (2014): Transition und Transformation: Sozialökologische Perspektiven, in: Michael Brie (Hrsg.): *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 242-280.

Brand, Ulrich/Markus Wissen (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse, in: Alex Demirovic, Julia Dück, Florian Becker und Pauline Bader (Hrsg.): *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg: VSA.Breuer, S. 78–93.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, 4. Aufl., München: oekom.

Brie, Michael (Hrsg.) (2014): *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Brocci, Davide (2017): *Urbane Transformation. Zum guten Leben in der eigenen Stadt*. Berlin: VSA – Verlag für Akademische Schriften.

Brown, Wendy (2015): *Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört*. Berlin: Suhrkamp.

Bryant, Antony/Charmaz, Kathy (Hrsg.) (2007): *The Sage handbook of grounded theory*. London: Sage.

Bullinger, Hans-Jörg/Röthlein, Brigitte (2012): *Morgenstadt*. München: Carl Hanser.

Cangiani, Michele/Thomasberger, Claus (2003): Machtpolitik, Systemkonfrontation und friedliche Koexistenz: Die Bedeutung der Demokratie. Karl Polanyis Analysen der internationalen Beziehungen, in: Cangiani, Michele/Thomasberger, Claus (Hrsg.): *Karl Polanyi. Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945)*, Bd. 2: Die internationale Politik zwischen den beiden Weltkriegen, Marburg: Metropolis, 11–43.

Charmaz, K.athy (2006): *Constructing grounded theory: A practical guide through qualitative analysis*, London: SAGE Publications Ltd.

Charmaz, Kathy (2011): Den Standpunkt verändern: Methoden der konstruktivistischen Grounded Theory, in: Mey, Günter; Mruck, Katja (Hrsg.), *Grounded Theory Reader*, 2. aktualisierte und erweiterte Ausg., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 182–206.

Christoph, Wenke/Kron, Stefanie 2019 (Hrsg.): *Solidarische Städte in Europa. Urbane Politik zwischen Charity und Citizenship*, Rosa-Luxemburg-Stiftung: Berlin.

Clarke, Adele E. (1991): Social Worlds/Arenas Theory as Organizational Theory, in: Anselm L. Strauss, David R. Maines (Hrsg.), *Social Organization and Social Process: Essays in Honor of Anselm Strauss*, Walter de Gruyter: New York.

Clarke, Adele E. (2005): *Situational Analysis. Grounded Theory After the Postmodern Turn*. San Francisco: SAGE Publications.

Clarke, Adele E. (2012): *Situationsanalyse. Grounded Theory nach dem Postmodern Turn*. Wiesbaden: Springer VS.

- Clarke, Adele/Keller, Reiner (2011): „Für mich ist die Darstellung der Komplexität der entscheidende Punkt.“ Zur Begründung der Situationsanalyse, in: Mey, Günter; Mruck, Katja (Hrsg.), *Grounded Theory Reader*, 2. aktualisierte und erweiterte Ausg., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 109-131.
- Convivialistes, Les (Hrsg.) (2014): *Das konvivialistische Manifest*. Bielefeld: transcript Verlag.
- D'Alisa, Giacomina / Demaria, Federico / Kallis, Giorgos (Hrsg.) (2015): *Degrowth. Handbuch für eine neue Ära*, München: oekom verlag.
- Davis, Mike (2006): *Planet of Slums*. New York: Verso.
- Delambre, M.G. (2010): Sustainable communities of practice and eco-villages as mediation tool for degrowth process, Conference proceedings of the 2nd Conference on Economic Degrowth for Ecological Sustainability and Social Equity, Barcelona.
- Delitz, Heike (2009): *Architektursoziologie*. Bielefeld: transcript.
- Demaria, F.; Schneider, F.; Sekulova, F.; Martinez-Alier, J (2013): What is degrowth? From an activist slogan to a social movement. *Environmental Values*, 22 (2): 191–215.
- Demirovic, Alex / Dück, Julia / Becker, Florian, Bader/ Pauline (2011): Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus, in: Alex Demirovic, Julia Dück, Florian Becker und Pauline Bader (Hrsg.): *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg: VSA.Breuer, S. 11-28
- Denzin, Norman K. (1992): *Symbolic Interactionism and Cultural Studies: The Politics of Interpretation*, Malden: Blackwell Publishing.
- Denzin, Norman K. (2006): The politics and ethics of performance ethnography. Toward a pedagogy of hope, in: D. Soyini Madison/Judith Hamera (Hrsg.), *The Sage handbook of performance studies*, London: Sage, S.325-337.
- Denzin, Norman K. (2016): The reflexive interview and a performative social science, in: *Qualitative Research*, 1 (1), S. 23–46.

- Dikeç, Mustafa (2005): Space, politics, and the political, in: *Environment and Planning*, 23, 171-188.
- Diken, Bülent/Laustsen, Carsten Bagge (2004): *7/11, 9/11, and Post-Politics*. Diskussionspapier, Department of Sociology, Lancaster University, Lancaster.
- Dreyfus, Hubert L./Rabinow, Paul (1994): *Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*, Weinheim und Basel: Beltz
- Dwelling, Michael/Prus, Robert (2012): *Einführung in die Interaktionistische Ethnografie. Soziologie im Außendienst*, Wiesbaden: Springer VS.
- Engels, Friedrich (1845): *Die Lage der arbeitenden Klasse in England Nach eigenen Anschauungen und authentischen Quellen*, Leipzig.
- Ernst, Reiner W. (2018): Räumliche Ressourcen: Architektur im Prozess gesellschaftlicher Verantwortung, [online], <https://www.leuphana.de/stadt-als-moeglichkeitsraum/moeglichkeitsraeume.html> [19.3.19].
- Esteva, Gustavo (2014): Commoning in the New Society. In: *Community Development Journal*, 49 (suppl_1), S. 144–159.
- European Commission (2007): Eurobarometer 67. Public Opinion in the European Union, [online], https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/eb/eb67/eb67_en.pdf [19.3.19].
- Exo, Mechthild (2015): Indigene Methodologie als Stachel für die Friedens- und Konfliktforschung. Über Rechenschaftspflicht und das Erlernen dekolonisierender Praxis, in: Mathias Bös, Lars Schmitt und Kerstin Zimmer (Hrsg.), *Konflikte vermitteln? Lehren und Lernen in der Friedens- und Konfliktforschung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 281-304.
- Ferguson, Francesca/Urban Drift Projects (2014): *Make_Shift City. Renegotiating the Urban Commons*, Berlin: jovis. S

- Fotopoulos, Takis (2010): The transition to an Inclusive Democracy, *The International Journal of Inclusive Democracy*, Vol. 6, No. 2/3.
- Foucault, Michel (2003): *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften*, Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel (2005): Subjekt und Macht, in: François Ewald und Daniel Defert (Hrsg.): *Schriften in vier Bänden, Dits et écrits*, Band 4., Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Franke, Ulrich/Roos, Ulrich (2013): Einleitung: Zu den Begriffen „Weltpolitik“ und „Rekonstruktion“, in: Dies. (Hrsg.): *Rekonstruktive Methoden der Weltpolitikforschung. Anwendungsbeispiele und Entwicklungstendenzen*, Baden-Baden: Nomos, S. 7–29.
- Franz (2010): *Reflexive Grounded Theory*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fricke, Werner (2014): Aktionsforschung in schwierigen Zeiten, in: Milena Jostmeier, Arno Georg und Heike Jacobsen (Hrsg.), *Sozialen Wandel gestalten: Zum gesellschaftlichen Innovationspotenzial von Arbeits- und Organisationsforschung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 213-236.
- Garcés, Marina (2012): Honesty with the Real, *Journal of Aesthetics and Culture*, 4.
- Gribat, Nina/Kadi, Justin/Lange, Jan/Meubrink, Yuca/Müller, Jonas (2017): Einleitung: Planung als politische Praxis, in: *s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung*, Band 5, Heft 1/2, S. 7-20.
- Günkel, Matthias (2019): Angelsächsisches CLT Modell bereichert Belgiens Genossenschaftswelt – Start in Deutschland, [online], <https://www.genonachrichten.de/angelsaechsisches-modell-bereichert-belgische-genossenschaftswelt-start-in-deutschland/>, abgerufen am 6.7.19.
- Habermann, Friederike (2016): Ecommony, in: Stiftung Fraueninitiative (Hrsg.): *UmCare zum Miteinander. Konzepte / Materialien*, Band 8, Roßdorf: Ulrike Helmer Verlag.

- Hamm, Marion (2013): Engagierte Wissenschaft zwischen partizipativer Forschung und reflexiver Ethnographie: Methodische Überlegungen zur Forschung in sozialen Bewegungen, in: Binder, Beate / Friedrich von Bose/ Katrin Ebell / Sabine Hess / Anika Keinz (Hrsg.): *Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnographisch und gendertheoretisch*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Haraway, Donna (1985): A Manifesto for Cyborgs: Science, Technology, and Socialist Feminism in the 1980s, *Socialist Review*, 15:2, S. 65-107.
- Haraway, Donna (1988): Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective, *Feminist Studies*, 14:3, S. 575-599.
- Haraway, Donna (2016): *Staying with the Trouble: Making Kin in the Chthulucene*, Durham: Duke University Press.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2009): *Commonwealth*. Cambridge: Harvard University Press.
- Harvey, David (2013): *Rebel Cities: From the Right to the City to the Urban Revolution*. London: Verso.
- Harvey, David (2013): *Rebellische Städte*, Berlin: Suhrkamp.
- Harvey, David (2015): Katastrophenkapitalismus. Totale Entfremdung und die Revolte der Natur. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hrsg.): *Mehr geht nicht! Der Postwachstums-Reader*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, S. 153–165.
- Häußermann, Hartmut/Läpple, Dieter/Siebel, Walter (2008): *Stadtpolitik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heber, Georg/Adamczyk, Michael/Kochs, Sebastian (2011): Erstkonzept einer Sozialen Plastik in Augsburgs Herzen, [online], https://grandhotel-cosmopolis.org/wp-content/uploads/2014/06/Grandhotel-ErstKonzept_2011.pdf, [4.9.2019].
- Hebert, Saskia (2016): Ein Reisebericht. Oder: Eine Passage durch Raum und Zeit, in: Giesecke, Dana/Herbert, Saskia/Welzer, Harald (Hrsg.), *FUTURZWEI Zukunftsalmanach 2017/18*.

Geschichten vom guten Umgang mit der Welt. Schwerpunkt Stadt. Frankfurt am Main: Fischer.

Heeswijk, Jeanne van (2016): Preparing for The Not-Yet, in: Pais, Ana Paula/Strauss, Carolyn F. (Hrsg.): *Slow Reader. A Resource for Design Thinking and Practice*, Amsterdam: Valiz, S. 43–53.

Heinz, Werner/Belina, Bernd (2019): Die kommunale Bodenfrage. Hintergründe und Lösungsstrategien, Studien 2/ 2019.

Helene Heuser (2017): Sanctuary Cities in der BRD. Widerstand gegen die Abschiebepolitik der Bundesregierung, [online], fluechtlingsforschung.net/sanctuary-cities-in-der-brd/, [5.4.2019].

Helfrich, Silke / Bollier, David / Heinrich-Böll-Stiftung (2015): *Die Welt der Commons. Muster gemeinsamen Handelns*, Bielefeld: transcript.

Helfrich, Silke/Bollier, David (2019): *Frei, fair und lebendig – Die Macht der Commons*, Bielefeld: transcript.

Hess, Sabine/Lebuhn, Henrik (2014): Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und citizenship, in: *s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 2014, Band 2, Heft 3, S. 11-34.

Holm, Andrej / Gebhardt, Dirk (Hrsg.) (2011): *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*, Hamburg: VSA: Verlag.

Homs, Clement (2007): Localism and the city: the example of "urban villages", *The International Journal of Inclusive Democracy*, vol.3, no.1.

Inglehart, Ronald (2008): Changing Values Among Western Publics from 1970 to 2006, in: *West European Politics*, 31(1), S. 130-146.

- Jackson, Tim (2015): Die Postwachstumsgesellschaft. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hrsg.), *Mehr geht nicht! Der Postwachstums-Reader*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, S. 181–190.
- Javier Lloveras, Cathy Parker, Lee Quinn (2017): Reclaiming sustainable space: A study of degrowth activists, *Marketing Theory*, *sagepub-journal*, [online] <http://journals.sagepub.com/doi/10.1177/1470593117732458> am 16.12.2017, [02.09.2019].
- Kallis, Giorgos (2018): *Degrowth. The Economy: Key Ideas*, New York: Columbia University Press.
- Keller, Reiner (2012): *Das interpretative Paradigma. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Keller, Reiner (2013): Zur Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse, in: Keller, Reiner/Truschkat, Inga (Hrsg.). *Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse*. Band 1: Interdisziplinäre Perspektiven, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 27-68.
- Keller, Reiner (2014): Zukünfte der qualitativen Sozialforschung [31 Absätze]. *Forum Qualitative Sozialforschung*, *Forum: Qualitative Social Research* (15(1), Art. 16,). [Online], <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1401165>, [02.09.2019].
- Kiczka, Raphael (2016): *Wem gehört die Stadt? Urban Commons als Wegbereiter einer Stadt für alle*, [online], <https://www.gbw.at/oesterreich/artikelansicht/beitrag/raphael-kiczka-wem-gehoert-die-stadt-urban-commons-als-wegbereiter-einer-stadt-fuer-alle/>, [11.2.18].
- Kleesattel, Ines (2016): *Politische Kunst-Kritik. Zwischen Rancière und Adorno*. Wien: Turia+Kant.
- Kluge, Thomas/Hummel, Diana (2006): Transformationen, in: Egon Becker/Thomas Jahn (Hrsg.), *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*, Frankfurt am Main, New York, S. 259–266.
- Köhler, Thomas/Abraham, Jonas (2015): Eine andere Stadtpolitik ist möglich, in: *le monde diplomatique* (Hrsg.), *Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr*, S. 138-140.

Konzeptwerk Neue Ökonomie e. V. (Hrsg.) (2013): *Zeitwohlstand. Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben*, München: oekom verlag.

Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V./ DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.) (2017): *Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation*, München: oekom verlag.

Kron, Stefanie/Lebhun, Henrik (2018): Solidarische Städte: Globale Soziale Rechte und das Recht auf Mobilität, Rosa-Luxemburg-Stiftung, [Online]
<https://www.rosalux.de/publikation/id/39274/solidarische-staedte-globale-soziale-rechte-und-das-recht-auf-mobilitaet/>, [22.7.2019].

Kubaczek/Niki, Raunig/Gerald (2017): Die politische Neuerfindung der Stadt. Eine Einführung zu den aktuellen munizipalistischen Bewegungen in Spanien, in: Brunner, Christoph/Kubaczek, Niki/Mulvaney, Kelly/Raunig, Gerald (Hrsg.): *Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegungen und die Regierung der Städte*, Wien: transversal texts, S. 7-28.

Lather, Patti (2017): *(Post)Critical Methodologies: The Science Possible After the Critiques. The Selected Works of Patti Lather*, New York: Routledge.

Latouche , Serge (2015b): Imaginary, Decolonization of, Kap. 25, in: Giacomo D'Alisa, Federico Demaria und Giorgos Kallis (Hrsg.), *Degrowth. A Vocabulary for a New Era*, London: Routledge.

Latouche, Serge (2015a): Vom Glück zum BIP - und die Alternative des guten Lebens, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hrsg.), *Mehr geht nicht! Der Postwachstums-Reader*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, S. 37–51.

Lefebvre, Henri (1973 [1968]): *Le droit à la ville*, Paris: Anthropos.

Lefebvre, Henri (1974): *La production de l'espace*, Paris: Anthropos.

Lefebvre, Henri (1991 [1974]): *The Production of Space*. Malden, Oxford, Victoria: Blackwell.

Lefebvre, Henri (2008): *The Critique of Everyday Life*, London: Verso.

Lefebvre, Henri (2016): *Das Recht auf Stadt*, Hamburg: Edition Nautilus.

Leggewie, Claus/Welzer, Harald (2009): *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie*, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.

Löw, Martina (2010): *Soziologie der Städte*, Frankfurt/M: Suhrkamp.

Marcuse, Peter (2009): From critical urban theory to the right to the city, in: *City*, 13:2-3, S. 185-197.

Marx, Karl/Engels, Friedrich (1978): *Marx-Engels Werke*, Band 3, Berlin: Dietz.

Matos, Catarina Gomes de/Mullis, Daniel (2018): Protest – Bewegungs- und Gesellschaftsforschung aus kritisch-materialistischer Perspektive, in: Anne Vogelpohl, Boris Michel, Henrik Lebuhn, Johanna Hoerning und Bernd Belina (Hrsg.): *Raumproduktionen II. Theoretische Kontroversen und politische Auseinandersetzungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 100-119.

Mayer, Margit (2011): Recht auf die Stadt-Bewegungen in historisch und räumlich vergleichender Perspektive, Stadt, in: *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*, Hamburg: VSA, 53-78.

Mead, George Herbert (1938): *The Philosophy of the Act* (Edited by Charles W. Morris with John M. Brewster, Albert M. Dunham and David Miller). Chicago: University of Chicago.

Mey, Günter; Mruck, Katja (2011): *Grounded Theory Reader*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Michel, Boris/Roskamm, Nikolai (2013): Einführung. Die ‚postpolitische Stadt‘, in: *sub \ urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, Heft 2, S. 9-16.

Mieg, Harald A./Heyl, Christoph (Hrsg.) (2013): *Stadt. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Stuttgart: J. B. Metzler.

Mignolo, Walter D. (2006): *Epistemischer Ungehorsam. Rhetorik der Moderne, Logik der Kolonialität und Grammatik der Dekolonialität*, Berlin: Turia+Kant.

Mills, Charles Wright (1940): Situated Actions and Vocabularies of Motive, in: *American Sociological Review*, 6, S. 904-913.

Morawski, Tobias (2014): *Reclaim Your City*. Berlin/Hamburg: Assoziation A.

Mouffe, Chantal (2007 [2005]): *Über das Politische*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.

Muraca, Barbara (2014): *Gut Leben: Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums*. Berlin: Wagenbach.

Muraca, Barbara (2015): Wider den Wachstumswahn: Degrowth als konkrete Utopie. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hrsg.): *Mehr geht nicht! Der Postwachstums-Reader*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, S. 199–207.

Oßenbrügge, Jürgen/Vogelpohl, Anne (Hrsg.) (2014): *Theorien in der Raum- und Stadtforschung. Einführungen*, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Parnreiter, Christoph (2013): Stadtgeografie, in: Mieg, Harald A./Heyl, Christoph (Hrsg.) (2013): *Stadt. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Stuttgart: J. B. Metzler.

Pauw, Geert de (2012): Die Stadt von morgen steht auf Gemeinschaftsland, in: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*, Bielefeld: transcript, S. 288-291.

Plan C (ohne Datum): [online], von <https://www.weareplanc.org/>, [04.09.19]

Rancière, Jacques (1999): Fiktion der Erinnerung, in: Natalie Bincezek, Martin Rass (Hrsg.), *...sie wollen eben sein, was sie sind, nämlich Bilder.... Anschlüsse an Chris Marker*, Würzburg: Königshausen&Neumann, S. 27-38.

Rancière, Jacques (2007): Entsorgung der Demokratie. Interview mit Jacques Rancière und Christian Höller, 30.11.2007, <https://www.eurozine.com/entsorgung-der-demokratie/?pdf>

Reißig, Rolf (2014): Transformation – ein spezifischer Typ sozialen Wandels. Ein analytischer und sozialtheoretischer Entwurf, in: Michael Brie (Hrsg.), *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Rinn, Moritz (2018): Ein Urbanismus der Ungleichheit. ‚Neue soziale Stadtpolitik‘ in Hamburg als Strategie der Verbürgerlichung, in: *s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung*, Band 6, Heft 1, S. 9-28.
- Ronneberger, Klaus/Vogelpohl, Anne (2014): Henri Lefebvre: Die Produktion des Raumes und die Urbanisierung der Gesellschaft, in: Jürgen Oßenbrügge/ Anne Vogelpohl (Hrsg.), *Theorien in der Raum- und Stadtforschung. Einführungen*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Roos, Ulrich (2013): Grounded Theory als Instrument der Weltpolitikforschung. Die Rekonstruktion außenpolitischer Kultur als Beispiel, in: Franke, Ulrich/Roos, Ulrich (Hrsg.), *Rekonstruktive Methoden der Weltpolitikforschung, Anwendungsbeispiele und Entwicklungstendenzen*, Baden-Baden: Nomos, S. 309-348.
- Roos, Ulrich (2019): Die Krise des Wachstumsdogmas. Ein Plädoyer für eine intervenierende Sozialwissenschaft, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 6/2019, S. 49-58.
- Rosa, Hartmut (2016): *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp.
- Russell, Bertie (2018): Plan C, in: *dérive – Radio für Stadtforschung*. Podcast, zuletzt abgerufen am 2.4.2019 von: <https://cba.fro.at/359650>.
- Saatkamp 2015: Kann Plastik die Welt verändern?, in: Michael Brie (Hrsg.), *Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren? Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 2*, Rosa Luxemburg Stiftung, S. 223-234.
- Schäfers, Bernhard (2006): *Stadtsoziologie. Stadtentwicklung und Theorien - Grundlagen und Praxisfelder*. Wiesbaden: VS.
- Schleicher, Regina (2017): Vom Munizipalismus zur Solidarischen Stadt, [online], <http://www.bdwi.de/forum/archiv/themen/stadt/10250840.html>, zuletzt aufgerufen am 22.12.17.
- Schmelzer, Matthias/Passadakis, Alexis (2011): *Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen, soziale Rechte*. Hamburg: VSA.

- Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea (2019): *Degrowth/Postwachstum. Zur Einführung*. Hamburg: junius Verlag.
- Schmid, Christian (2014[2005]): *Stadt, Raum und Gesellschaft. Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes*. Stuttgart: Steiner.
- Schmitt, Carl (1932): *Der Begriff des Politischen*. München/Leipzig: Duncker & Humblot.
- Schramm, Katharina (2013): Ethnographische Positionierungen: Situiertes Wissen und die Politik der Intervention, in: Beate Binder, Katrin Ebell, Sabine Hess, Anika Keinz and Fred von Bose (Hrsg.), *Eingreifen, Kritisieren, Verändern? Ethnographische und genderkritische Perspektiven auf Interventionen*, 220-225. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schulz, Christian (2017): Postwachstum in den Raumwissenschaften. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): *Planung ohne Wachstum. Nachrichten der ARL_ 04 / 2017*, 47. Jahrgang, S. 11-14. Zuletzt abgerufen am 2.7.2019 von: https://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/nachrichten/2017-4/nachrichten4-2017_Gesamt_online.pdf.
- Schuster, Nina (2016): Neue Horizonte feministischer Wissensproduktion, in: *s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 2016, Band 4, Heft 2/3, S. 191-202.
- Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (Hrsg.) (2010): *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Reihe "Ökologie und Wirtschaftsforschung"*, Band 87, Marburg: Metropolis-Verlag.
- Sennett, Richard (2018): *Die offene Stadt. Eine Ethik des Bauens und Bewohnens*, Berlin: Hanser.
- Simmel, Georg (1903): *Die Großstädte und das Geistesleben. 1903*, in: Themenportal Europäische Geschichte, 2006, www.europa.clio-online.de/quelle/id/q63-28252.
- Smith, Ronald W./Bugni, Valerie (2006): Symbolic interaction theory and architecture. [Online] verfügbar unter http://digitalscholarship.unlv.edu/sociology_pubs/5; zuletzt abgerufen am 2.9.2019

- Sörensen, Paul (2016): Radikaldemokratische Erziehung? Zur Bestimmung und Füllung einer Leerstelle im aktuellen demokratietheoretischen Diskurs, in: *kultuRRévolution* nr. 71, 2/2016. Essen: Klartext Verlag.
- Sousa Santos, Boaventura de (2016): *Epistemologies of the South: Justice Against Epistemicide*. New York and London: Routledge.
- Stavrides, Stavros (2014): On Urban Commoning: The City Shapes Institutions of Sharing, in: Francesca Ferguson/Urban Drift Projects (Hrsg.), *Make_Shift City. Renegotiating the Urban Commons*, Berlin: jovis.
- Stavrides, Stavros (2016): *Common Space: The City as Commons*, London: Zed Books
- Stavrides, Stavros (2017): Vortrag auf CityLeaks Festival 2017, aufgerufen am 13.2.19 von <https://www.facebook.com/watch/?v=1701409876559555>, (leider nur auf facebook verfügbar).
- Stavros Stavrides (2018): Common Space: Die Stadt als Gemeingut. Eine Einführung. In: *ARCH+ Zeitschrift für Architektur und Städtebau* (232), S. 14–19.
- Stefan Gruber (2018): Einer von vielen kommenden Atlanten, in: *ARCH+ Zeitschrift für Architektur und Städtebau*, S. 44–47.
- Stellmacher/Brecht (2017): Recht auf Stadt: Degrowth in Boomtowns oder das gute Leben in der Stadt für alle, in: Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V./ DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.), *Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation*, München: oekom verlag, S. 332-343.
- Swyngedouw 2015: Depoliticalization („The Political“), in: Giacomo D'Alisa, Federico Demaria und Giorgos Kallis (Hrsg.), *Degrowth. A Vocabulary for a New Era*, London: Routledge.
- Swyngedouw, Erik (2013): Die postpolitische Stadt, in: *s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 2013, Heft 2, S. 141-158.

- Swyngedouw, Erik (2015): Die Zukunft ist da: die kombinierte und ungleichzeitige urbane Katastrophe. Future has Already Arrived: Combined and Uneven Urban Catastrophe. In: Böttger, Matthias/Carsten, Stefan/Engel, Ludwig (Hrsg.): *Spekulationen Transformationen. Überlegungen zur Zukunft von Deutschlands Städten und Regionen im Rahmen des Forschungsprojekts "Baukulturatlas Deutschland 2030/2050"*. Zürich: Lars Müller Publishers., S. 179–185.
- Thomas, William Isaac/Thomas, Dorothy Swaine (1928/1970): Situations Defined as Real Are Real in Their Consequences, in: Stone, G.P./Farbermann, H.A. (Hrsg.): *Social Psychology Through Symbolic Interaction*, Waltham, MA.
- Trainer, Ted (2010): *The Transition to a Sustainable and Just World*, Sydney: Envirobook.
- Tribble, Renée/Wedler, Patricia/Katthagen, Volker (PlanBude Hamburg) (2017): PlanBude Hamburg. Kollektives Wissen als Grundlage von Stadtgestaltung, in: *s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung*, Band 5, Heft 1/2, Seiten 267-276.
- UNESCO UN-HABITAT (2008): Urban policies and the right to the city: rights, responsibilities and citizenship, [online]: <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000178090>, [2.9.2019].
- Varvarousis, **Angelos** /Koutrolikou, **Penny** (2019): Degrowth and the City, [online] <https://www.e-flux.com/architecture/overgrowth/221623/degrowth-and-the-city/>, [2.9.2019].
- Vogel, Nina/Xiu, Jin (2014): Paper for degrowth conference, Long abstract: 1, [online], <https://www.degrowth.info/en/catalogue-entry/spatiality-of-degrowth/> [2.9.2019].
- Vogelpohl, Anne (2018): Henri Lefebvres „Recht auf Stadt“ feministisch denken. Eine stadttheoretische Querverbindung von 1968 bis heute, in: *s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung*, Bd. 6 Nr. 2/3, S.149-158.
- Vollmer, Lisa (2017): Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus. Über den Kongress „Fearless Cities“, Barcelona 10./11. Juni 2017, in: *s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung*, Band 5, Heft 3Seiten 147-156.

- WBGU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation, Hauptgutachten, https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu_jg2011.pdf, [2.9.2019].
- WBGU (2016): Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte, Hauptgutachten, https://issuu.com/wbgu/docs/wbgu_hg2016-hoch?e=37591641/68732842, [2.9.2019].
- Welzer, Harald (2015): Wie das Wachstum in die Köpfe kam. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hrsg.): *Mehr geht nicht! Der Postwachstums-Reader*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, S. 25–36.
- Winkler, Gabriele (2015): *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft*, Bielefeld: transcript.
- Winter, Reiner (2010): Ein Plädoyer für kritische Perspektiven in der qualitativen Forschung. *Forum Qualitative Sozialforschung*, Forum: Qualitative Social Research (12(1), Art. 7). [Online], <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs110171>, [02.09.2019].
- Wissen, Markus/ Brand, Ulrich (2017): Unsere schöne imperiale Lebensweise. Wie das westliche Konsummodell den Planeten ruiniert. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (5), S. 75–82.
- Wright, Erik Olin (2010): *Envisioning Real Utopias*, London: Verso.
- Wright, Erik Olin (2017): *Reale Utopien - Wege aus dem Kapitalismus*, Berlin: Suhrkamp.
- Xue, Jin (2014): Is eco-village/urban village the future of a degrowth society? An urban planner's perspective, in: *Ecological Economics* 105 (2014), 130–138. Online verfügbar unter https://www.researchgate.net/profile/Jin_Xue9/publication/263391656_Is_eco-villageurban_village_the_future_of_a_degrowth_society_An_urban_planner's_perspective/links/54e6172a0cf2bff5a4f2c15f.pdf, [22.01.17].
- Žižek, Slavoj (2010 [1999]): *Die Tücke des Subjekts*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Einblicke in den Forschungsprozess

Maps

Eine Auswahl an Maps und dazugehörige Memos.

Situationsmaps



Ungeordnete Situationsmap „Produktion sozialer Räume des Grandhotel Cosmopolis“
Eigene Darstellung.

Situationsmap „Produktion sozialer Räume des Grandhotel Cosmopolis“ (geordnete Version)

Erstell-Datum: 26.9.18, Weiterarbeit: ongoing

Vorgehen+Absicht: Ich übertrage die Elemente der ungeordneten Situationsmap in entsprechende Ordnungskategorien. Diese Kategorien lehne ich stark an den Vorschlägen Clarkes an, modifiziere sie aber hinsichtlich meiner Heuristik.

Kommentar:

27.09.18: ich bin mit der Zuordnung teilweise unzufrieden, muss nochmal über alles drüber gehen. Teilweise evtl. nochmal ausdifferenzierende Kategorien schaffen;

Vielleicht macht auch eine Prozessverlaufskurve a la Riemann/Schütze Sinn: ich sehe auf Anhang 3 Projektphasen, die sich in ihren Qualitäten massiv voneinander unterscheiden und

dem Projekt eine jeweilige Stoßrichtung/Bedeutung in Bezug auf Untersuchungsinteresse geben.

Ich muss gucken, was ich wirklich wissen will und welche Maps+Arbeit mit den Maps dahingehend Sinn macht.

Andere Baustelle ist die Überprüfung der Elemente hinsichtlich Konflikte/Fehlen, etc. >>[]

3.1.19: Ich habe nochmal einige Elemente ergänzt und verschoben.

17.4.19: Ich habe immer wieder einzelne Aspekte in die ungeordnete Situationsmap gebracht, heute kommen nach Analyse der Klausur-Mitschrift noch ein paar dazu...

Agenda:

[] = „Hinweis auf Konflikt aus meiner Interpretation zum Zeitpunkt der Anfertigung der Map
() =

Zugrundeliegende Fragen (vgl. Clarke:126):

Welche nichtmenschlichen Dinge sind in dieser interessierenden Situation wirklich wichtig und für wen? (Ideen, Konzepte, Diskurse, Symbole, Orte der Diskussion und kultureller „Kram“)

Zugrundeliegende Ordnungskategorien (abstrakt): Strauss 1993: 252 „allgemeinen Ordnungen“ i.d. Theorie des ausgehandelten/prozessualen Ordners: räumlich, zeitlich, technisch, arbeitsbezogen, gefühlsbezogen, moralisch, ästhetisch, etc.

Situationsmap

INDIVIDUELLE MENSCHLICHE ELEMENTE/AKTEURE

Bewohner_innen

Freiwillige

Angestellte, Nichtentlohnte

Ich als Forschende+ehemalige Mitwirkende

Schläfer_innen

Externe Expert_innen für Gemeinschaftsbildung

Ehemalige

Gestaltende vs. Ausführende

KOLLEKTIVE MENSCHLICHE ELEMENTE/AKTEURE

Grandhotel Cosmopolis

Hoteliers

Rat, Innerer Zirkel

Vorstand

Ein Teil des Hauses

Wir Erzählenden im reflexiven Gespräch meiner Untersuchung

Mietende

Verantwortungstragende

Arbeitsgemeinschaft GHC

Nachfolgeprojekte

DISKURSIVE KONSTRUKTIONEN INDIVIDUELLER/KOLLEKTIVER MENSCHLICHER AKTEURE

Keine Kapazitäten mehr für Kunst

„Vom Kunstprojekt zum Bürotower“

Mangelndes Bewusstsein

Dekadente Raumaufteilung

Unstetiger Informationsaustausch

GHC-Erfahrungen als Impulse für weiteres Leben, für andere Projekte, für öffentliche Diskussionen

Das wirkliche Leben geschieht abseits der absichtsvollen GHC-Raumformungsprozesse

Eigensinnigkeit des GHCs als abstrakte Überinterpretation

Oberflächliche Arbeit an den Dingen

Selbstbezogenheit des inneren Zirkels

Sich kaum als Gemeinschaft spüren

Ständiger Spagat zwischen „drinnen“ und „draußen“

Vielfältig anschlussfähige Diskurse

„Was braucht es, um Verschiedenes in ein Ganzes integrieren zu können?“

Inkorporierung der Logik der herrschenden Kultur vs. Verfolgen der Absicht eines alternativen Lebens

„Stärkt die Betriebe!“

Angst vor Geltungsverlust

„fehlende Strukturen“

Kollektive Ermüdung

Bequemlichkeit

Abschied von genereller konzeptueller Offenheit

Komplexes Projekt

Prozessorientierung

Planlosigkeit

„Visionsfindung“

Vielschichtigkeit des Projekts

Existenznot

Gemeinschaftsprodukt

Keine Zeit für Reflexion

Führung

POLITISCHE/WIRTSCHAFTLICHE ELEMENTE

Deutungshoheit

Massive Widerstände

Allerlei Ungleichheiten

[Gleichberechtigung]

Ermöglichung

[Zugänge]

Produktorientierung

Gemeinschaftsprodukt

[Community-Building]

Anschluss an staatliche Flüchtlingsunterkunft

Themen mit allen verhandeln

Exklusivität von Verhandlungen

Ausgangslage: Ohne Geld und Auftraggeber

Inhaltliche Ausrichtung: Fortbestand des Projekts, Zukunftsfähigkeit, nach Innen gewandt

Idee „Seminarhotel“

[Verstetigte strukturelle Vielfaltigkeit]

[Vision]

Steigende Kontrollbestrebungen

Willkür

Sympathien

Marktlogik

Drang nach Vereinheitlichung, Konsensbildung

Finanzielle Förderungen, Erwartungen von Fördermittelgebenden, KSB-Förderung

Wechselnde, derzeitige Machthabende

Machtfragen

Top-down-Strukturierungen

Ressourcen(selbst-)ausbeutung

Ohnmachtserfahrungen, entgegengesetzte Bewegungsrichtung zu systemischen Zwängen

Unsicherheiten: finanzielle, positionelle Unklarheiten, persönliche Haftbarkeit

Finanzielle Krise

Organisatorische Anpassung an herkömmliche Systeme

mediale Aufmerksamkeit

Existenznot

Vermietung von Arbeitsräumen

Überlebensstrategie

Institutionen „harter Grenzen“

ZEITLICHE ELEMENTE

Präsenzzeiten

Entwicklung der GHC-Gemeinschaft

Aktualität von populären Diskursen wie „Willkommenskultur“

Keine Zeit für Reflexion

HAUPTTHEMEN/DEBATTEN

[Multiple Überforderung], Ermüdung

Vermittlungsprobleme, [Übersetzungsleistung], [Fehlender Fokus auf das „Dazwischen“]

Abgeschlossene Gruppenprozesse vs. Gemeinschaftsbildung

Fehlende Reflexion/Bewusstwerdung, Planlosigkeit

Veränderung der Ausrichtung und Arbeitsweisen

(Re-)präsentations- und Profilierungszwänge, Anpassung an marktwirtschaftliche Praktiken

Exklusivität von Gestaltungsräumen

Fortbestand des GHCs

NICHTMENSCHLICHE AKTANTEN/ELEMENTE

Selbstorganisierte Projekte, Projekte von Bewohnenden
Büros (Gastro, Hotel, Buchhaltung)
GHC als reeller Ort
Haltung
Kollektiver Aktionismus-alle machen alles
Betriebe
Sicherheitsstreben
Kit
Arbeit (Unsichtbare, individualisierte, spezialisierte)
Care-Arbeit
Kritik
Kunst
Aufmerksamkeit, Anerkennung
Autorität
Professionalisierung
Vereinfachung
Vereinheitlichung
Gruppenprozess
(Selbst-)Erfahrung
Offenheit
Mitgestaltung
Inspiration
Verwobenheit mit herkömmlichen Strukturen anderer Systeme
[Kollektive Reflexion]

IMPLIZIERTE/STUMME AKTEURE/AKTANTEN

Sinn
Ziel
Voranschreiten einer konventionellen Institutionalisierung
und deren Kritiker*innen
Eigentum
Verantwortung

DISKURSIVE KONSTRUKTIONEN NICHTMENSCHLICHER AKTANTEN

GHC als Infrastruktur
GHC als neue Form der Institution
Einzigartigkeit des Projekts
Ausdifferenzierung verschiedener Arbeitsbereiche
Herausbildung bestimmter Zuständigkeiten/Expertisen
Definitionen, Selbstbeschreibungen
GHC zielt auf kulturelle Sichtbarkeiten

SYMBOLISCHE ELEMENTE

Freiheit
Mitarbeit in Büros zur Miete

Selbstverwirklichung

GHC als Leuchtturmprojekt

GHC als sozialer Mittelpunkt

„Wie wollen wir zusammenleben?“

[das „Dazwischen“]

MATERIELL-RÄUMLICHE ELEMENTE

Verschlossene Türen

Einzelateliers, Monofunktionalität

leerstehende, ungenutzte Flächen

Fair-teiler

Riesiger offener Raum

[das „Dazwischen“]

Gestaltungsraum

VERWANDTE DISKURSE (HISTORISCHE, NARRATIVE, VISUELLE)

ANDERE WICHTIGE ELEMENTE

Boxen

Fahrradwerkstatt

Hüttenwochenende

Vermittlungserfolge

Begeisterungsfähigkeit

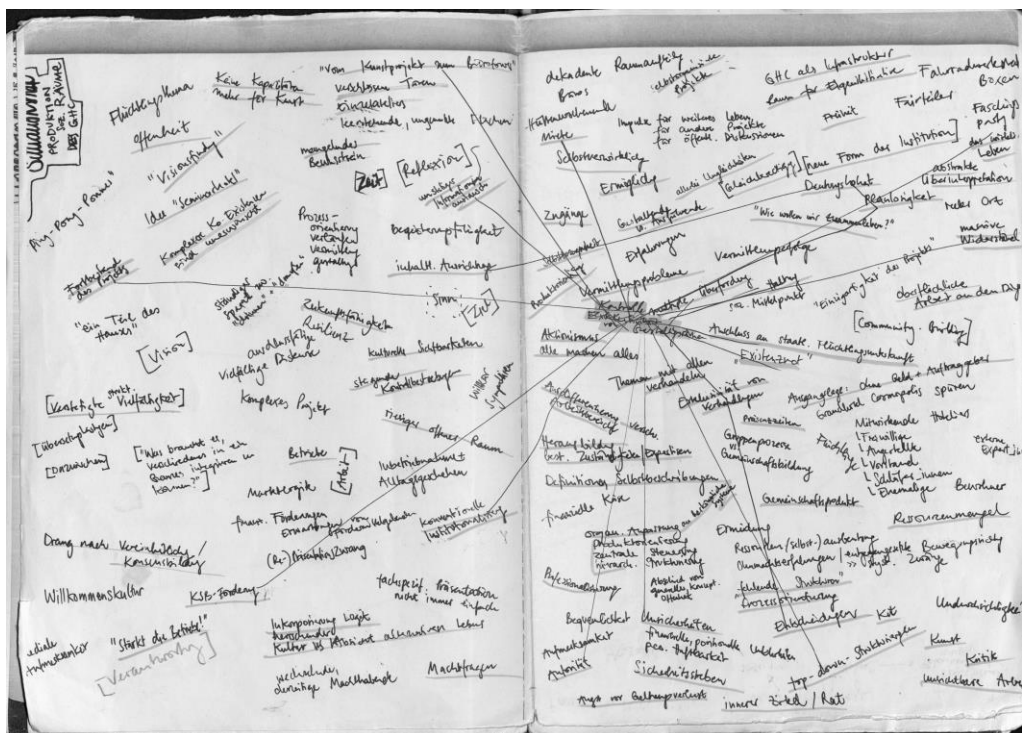
„Ping-Pong-Pommes“

Inbetriebnahme, Alltagsgeschehen

Resilienz

Zauber des Neuen

Relationale Relationsmaps + exemplarisch ein dazugehöriges Memo zur analytischen Beschreibung der Relationen in Quick-and-Dirty-Style (Clarke 2012)



Ungeordnete Situationsmap „Produktion sozialer Räume des Grandhotel Cosmopolis“
Eigene Darstellung. Relationale Verbindungen ausgehend von dem Element „Kontrolle von Gestaltungsraum“.

Titel: Kontrolle von Gestaltungsräumen

Art des Memos: Relational-analytische Dateninterpretation

Erstell-Datum: 30.1.19

Kommentar:

31.1.19: Ich habe nach der Quick-and-dirty-Methode die mich interessierenden Verbindungen zwischen den Elementen der Situation und der Kontrolle von Gestaltungsräumen beschrieben.

In manchen Beschreibungen kläre ich auch die (teils widersprüchlichen) Qualität der Kontrolle, in anderen stellen ich die Funktion heraus: So kann Kontrolle als Praktik, Strategie und in Verbindung mit legitimierenden Diskursen die Produktionsverhältnisse in und von Gestaltungsräumen des GHCs steuern.

Zu kurz gekommen ist die analytische Beschreibung von kontrollierenden Diskursen/Sozialen Welten, die nicht explizit von den Erzählenden als an der GHC Raumproduktion Beteiligte dargestellt werden: Institutionen harter Grenzen+ihre kontrollierenden Regeln, Fördernde+ihre Konzeptualisierungen, interessierte Medien+ihre Konzeptualisierungen, Nachbarschaft, Veranstaltungsbesuchende...

Mir fehlt auch noch ein geeignetes Konzept von Kontrolle; ich liebäugle mit Foucault aber bin noch unschlüssig.

Kommentar [jm474]: Sollte sich hier im Memo klären, wie ich die Kategorie am besten benennen kann

Absicht:

- What process is at issue here?
- Under which conditions does this process develop?
- How do(es) the research participant(s) think, feel, and act while involved in this process?
- When, why, and how does the process change?
- What are the consequences of the process?

Structure memos to chart observed and predicted relationships in your data and between your emerging categories.

Interpretativen Analytik bedeutet somit keineswegs ein bloßes Aneinanderreihen von beschreibenden Aussagen, die beliebig multiplizierbar sind. Vielmehr machen auch Dreyfuß und Rabinow deutlich, worum es bei der reinen Beschreibung geht: „Wir versuchen die Praktiken unserer Kultur zu verstehen, Praktiken, die per Definition Interpretationen sind. Sie verkörpern ganz buchstäblich und handfest eine historisch gebildete »Lebensform« (um Wittgensteins Wendung zu gebrauchen). Diese Lebensform hat kein Wesen, keine Festigkeit, keine verborgen zugrundeliegende Einheit. Gleichwohl hat sie ihre eigene spezifische Kohärenz“ (Dreyfuß/Rabinow 1994: 155).

Die **Kontrolle von Gestaltungsräumen** im GHC erfolgt über verschiedene Praktiken und erhält in Verbindung mit entsprechenden Diskursen Legitimation. Es gibt dabei Kontrolle als bewusste, willentlich eingesetzte Begrenzung oder Hierarchisierung von Entscheidungsmacht. Es gibt aber auch implizite Formen der Kontrolle, etwa über un stetigen Informationsaustausch, weil Zugänge zu Gestaltungsräumen nicht mehr klar vermittelt werden. In der Konsequenz begünstigen diese Kontrollpraktiken die Exklusivität von Gestaltungsräumen. Über die Exklusivität von Zugängen, über Deutungsmacht oder die **Strukturen** werden die Produktionsbedingungen (ein Stück weit) be-schlossen.

Welches Verständnis/Vorstellung vom GHC wird eigentlich versucht, finanziell zu stabilisieren und fortbestehen zu lassen?

Dazu müsste ich die Vorstellungen des Inneren Zirkels explizit untersuchen.

Kontrolle als Strategie

Wenn wir davon ausgehen, dass Menschen in ihrem Handeln nach Sicherheit streben, dann kann Kontrolle als **Kompensationsstrategie** für den Umgang mit Ängsten (Angst vor Geltungsverlust, Angst vor Arbeitsstellenverlust, Angst vor dem Finanzamt) oder Unsicherheiten (finanzielle, organisationale, emotionale z.B. auch in Bezug auf Abschiebungen emotional verbundener Menschen) aus der Erfahrung multipler Überforderung fungieren und funktionieren. Gründe für die Überforderung können in der Konfrontation mit vielfältigen Unsicherheiten (wie die angesprochenen finanziellen, positionellen Unklarheiten oder die persönliche Haftbarkeit als Vorstand) liegen oder auch im Streben nach Autorität über eine komplexe Situation, die eigentlich den Kompetenzen der Autorität nicht entspricht.

Kommentar [jm475]: Reflexion meiner Position:

Ich sehe immer wieder, dass Kontrolle von Gestaltungsräumen eingesetzt wird, um diese Räume den eigenen Erwartungen/Vorstellungen entsprechend zu gestalten. Das kann dann

Vermittlungsprobleme können als eine unbeabsichtigte Nebenfolge, als Konsequenz von Überforderung eine implizite Form der Kontrolle schaffen, weil sie die Zugänge zu einem möglichen Gestaltungsraum erklären bzw. nicht erklären.

Kontrolle als Praktiken

Die Kontrolle von Gestaltungsräumen ist Technologie im Prozess der konventionellen Institutionalisierung (Praktiken), also sie unterstützt die Durchsetzung ihrer inhärenten Logik von „Gestaltenden und Ausführenden“, die Herausbildung bestimmter Expertisen

Im Drängen nach Vereinheitlichung bedarf es der Kontrolle von Gestaltungsräumen als Mittel zur Einhegung von komplexen Ko-Existenzen. Die Bemühungen, „in einer Vision zu verschmelzen“ werden über den Diskurs der „Visionsfindung“ formiert. Die kollektiv angesetzte „Visionsfindung“ macht wiederum gleichzeitig wahrnehmbare Praktiken der Konsensbildung/Vereinheitlichung akzeptabel.

Top-down-Strukturierungen sind Technologien, die eine hierarchisierte Form der Kontrolle „von oben“ ermöglichen. Im GHC umfassen Top-down-Strukturierungen die Zielsetzung kollektiven Handelns, z.B. „Stärkt die Betriebe!“ und die zum Erreichen notwendigen Strategien, wie z.B. Themen exklusiv in dem „Inneren Zirkel“ zu verhandeln, diese Ver-Handlungselite über die Organisation eines Rates zu legitimieren und über Diskurse wie „Existenznot“, „den Fortbestand des Projekts sichern“, „wir brauchen Struktur!“, „wir sind hier keine Spielwiese“ zu dieser Situation gesellschaftlich akzeptabel zu machen. Über den Prozess der Top-down-Strukturierungen bildet sich eine soziale Welt. Diese beansprucht organisatorische Entscheidungen für sich.

Produktorientierung „Keine Ahnung wie ihr's macht, aber ist immer geil“ (deutet darauf hin, dass das GHC nicht als prozessorientiert wahrgenommen wird von Kulturamt, sondern Produkt auch hier interessanter ist)

Die Kontrolle von Gestaltungsräumen unterstützende Diskurse

„**Existenznot**“ rechtfertigt die Kontrolle von Gestaltungsräumen. Das sagt auch etwas darüber aus, dass Gestaltungsräume eher als Luxusgut und in jedem Falle nicht als existenziell, um aus der existenziellen Not heraus zu kommen, angesehen werden. Hannah Arendts Konzept von Freiheit regt mich hier zum Nachdenken an: Sie diskutiert in ihrem Essay „Die Freiheit, frei zu sein“ die These, dass Freiheit ohne die Abwesenheit existenzieller Not nicht möglich ist. Gehe ich jetzt davon aus, dass im GHC ein künstlerisch-kritisches Verständnis von Gestaltungsräumen eine von vielen geteilte Perspektive ist, so kann ich dem auch ein grundlegendes Streben nach Freiheit unterstellen. Mit der Selbstbeschreibung „GHC in Existenznot“ wird somit die Einschränkung von Freiheit rechtfertigt und die Kontrolle von Gestaltungsräumen legitimiert.

Diese Verbindung wird implizit im „Dazwischen“ auch anders verstanden: In dem Sinne, dass Gestaltungsräume offen, geschützt, gefördert und zugänglich sein sollten, um schöpferisch tätig zu sein und darin seinen eigenen Weg der institutionellen Organisation des Kulturbetriebes GHC zu erfinden.

Die inkorporierte Logik des Kapitalismus steuert nun das GHC als Gestaltungsraum in neue diskursive Richtungen

Mit der Kontrolle der Gestaltungsräume erlangt die kontrollierende soziale Welt

Kontrolle wird im Gespräch als vom Inneren Zirkel ausgehend beschrieben. Implizit wird das GHC als Gestaltungsraum aber von vielen anderen sozialen Welten, nichtmenschlichen Elementen kontrolliert:

Betrachte ich die sich prozesshaft entwickelnde, zunehmende Kontrolle des Gestaltungsraumes GHC als zentrales Instrument in dem Voranschreiten der konventionellen Institutionalisierung, dann erscheint Kontrolle schon als strukturelle Bedingung für die Konstitution des GHCs.

erlangen organisationale Ebenen an Bedeutung. Auch wenn vor Technologien wie der Top-down-Strukturierung oder der Etablierung des Inneren Zirkels als Rat die Organisation GHC sicherlich von positionellen Ungleichheiten geprägt war, so schafft erst eine explizite Markierung von Organisationsebenen eine sozial legitimierte Hierarchisierung von Positionen. Damit einhergehend wird sichtbar, wer welche Zuständigkeiten innehat, die organisationale Struktur – die sich eben schon im Prozess der Verfestigung herausgebildet hat, also bevor jemand sagte „Wir brauchen Struktur“, wird damit auch transparenter.

Die Kontrolle von Gestaltungsräumen kann in Form von Begrenzung, Ausschluss oder Schutz oder auch anderen Formen erfolgen und ich denke, die Frage der Form ist eine der grundlegenden Haltung: Aus dem reflexiven Gespräch über das GHC geht es hier vornehmlich um den Ausschluss von Menschen, die sich „hier nur abspielen wollen“. Es kann interessant sein auch den Schutz von menschlichen Elementen, also der GHC-Arbeitsgemeinschaft, den Freiwilligen, den Bewohnenden in den Blick zu nehmen. Oder auch konkreter zu fragen, was unter dem Gestaltungsraum verstanden wird: ein Ziel, eine Vision, eine Selbstbeschreibung, ein Gebäude, eine zwischenmenschliche Praxis, ein damit verbundenes Renommee? Und auch zu fragen, vor welchen nichtmenschlichen Elementen in der Situation der Gestaltungsraum geschützt, begrenzt wird oder werden sollte.

Die Kontrolle von Raum steht mit der oft proklamierten Offenheit von Gestaltungsraum diametral entgegen. Kann es also in einer Haltung der Offenheit einbeziehende Formen der Kontrolle geben? Wäre das vielleicht eine Art Steuerung, die Bedingungen aufstellt, unter welchen der Einbezug möglich wird?

Die Kontrolle von Gestaltungsräumen als die Steuerung von Einbezug und Ausschluss kann unter bestimmten Bedingungen auch verschiedene Formen sozialer Ungleichheiten regulieren und unter einer entsprechenden Haltung auch minimieren.

Was waren/sind die Bedingungen, die diese Praktiken des Ein- und Ausschlusses von Gestaltungsräumen als Kontrolle erfahrbar machen und unter welchen Bedingungen würden sie sich für die Erzählenden als Schutz anfühlen?

Ein besonderes Ereignis erzählend, wird erzählt, wie sich bei ausbleibender Kontrolle (die an Menschen geknüpft ist aber auch an Veranstaltungen, an Tätigkeiten, letztlich an Bedeutungsproduktion) Gestaltungsräume für Bewohnende und Freiwillige eröffnen, und hier das „wirkliche Leben stattfindet“. Für mich klingt das fast sehnsuchtsvoll, wie endlich das passiert, was sich hier erhofft wurde: Freiwillige und Bewohnende werden zu Gestaltenden des GHCs. Und solche Erfahrungen scheinen die Leute zu verunsichern in Hinblick auch auf ihr Recht, z.B. das GHC zu schließen. Ich könnte mir vorstellen, dass es damit auch zu einer Art Rollendiffusion kommt: Was mache ich hier und wofür braucht mich das Projekt?

Das GHC als Gestaltungsraum oder als Institution mit Gestaltungsräumen steht im Anschluss an die staatliche Flüchtlingsunterkunft selbst unter Kontrolle der Regierung von Schwaben (und theoretisch auch der Bewohnenden, wobei diese bisher wenig mächtig erscheinen). Und die Asylunterkunft mit ihren Bewohnenden untersteht sehr wahrscheinlich dem GHC mit seinen Akteuren in einem sozialen Kontrollverhältnis.

Gegen sich prozessual ausweitende Technologien der Kontrolle des „inneren Zirkels“ gab es massive Widerstände aus dem Kreis des inneren Zirkels selbst, von Freiwilligen, von Bewohnenden.... Zu bestimmten Zeitpunkten formierten sich daraus Kollektive/Arbeitsgruppen, die gegen das regierende Machtzentrum rebellierten.

Die Idee des „Seminarhotels“ ist eine Konsequenz der Kontrolle der Konzeptualisierungen vom GHC. Als Produkt entstand es aus der Zusammenarbeit von Leuten, die auf den Fortbestand des Projekts zielten.

Die KSB-Förderung bedingte die Kontrolle von Gestaltungsräumen, weil die Organisation mit ihr einhergehend stärker institutionellen Zwängen unterworfen war; und weil der mit der KSB-Förderung einhergehende Arbeitsaufwand den personellen Ressourcenmangel erschöpfte, was zur Konsequenz hatte, dass Gestaltungsräume stärker kontrolliert wurden und dies zu dieser Zeit allgemeine Akzeptanz erhielt.

Die Kontrolle von Gestaltungsräumen hatte das Aufkommen von Machtfragen zur Konsequenz. Machtverhältnisse werden sehr verklärt im Gespräch dargestellt, etwa als „Stimme aus dem Off“, als „innerer Zirkel“ als „wechselnde, derzeitige Machthabende“. Macht wird als solche an individuelle und kollektive Akteure geknüpft; Machtverhältnisse mit nichtmenschlichen Aktanten oder diese stabilisierenden Diskurse werden eher als Zwänge gedeutet.

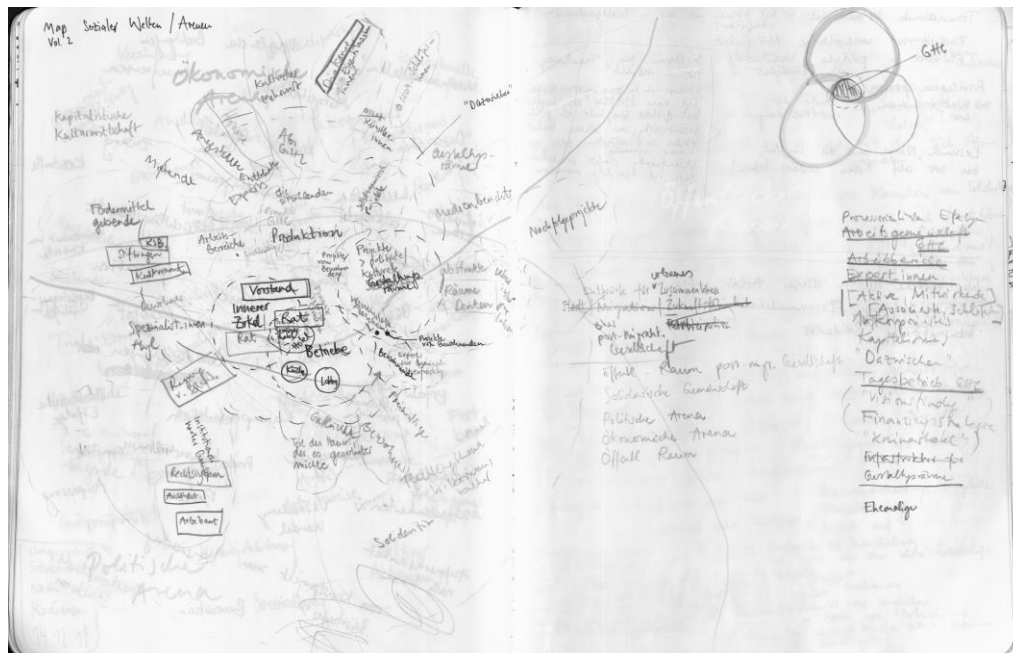
Die hierarchisierte Kontrolle von Gestaltungsräumen, die sich über den Diskurs „Wie wollen wir miteinander leben?“ eröffnen, erhielt Akzeptanz, weil eine allgemeine Planlosigkeit die Gefahr barg, dem Handeln Bedeutung abzusprechen. Einhergehend mit der Kontrolle von Gestaltungsräumen geht die Deutungshoheit und damit die (diskursive) Strukturierung des Gestaltungsräumens, die wiederum die inhaltliche Ausrichtung des Projekts begründet.

Die Kontrolle von Gestaltungsräumen über das Mieten von Räumen koppelt die Zugänglichkeit an eine ökonomische Situiertheit, die es ermöglicht, Geld für die Nutzung eines Raumes aufzubringen. Mieten sind strukturelle Bedingungen, die die Kontrolle von Gestaltungsräumen entlang ökonomischer Ressourcen ermöglichen. Ausgeklammert oder nur nachrangig relevant werden andere Bedingungen, wie z.B. die inhaltliche Ausgestaltung zugänglicher Gestaltungsräume. Mieten sind im GHC allen voran aber ein symbolisches Element, das die Inkorporierung der Marktlogik der Absicht eines alternativen Lebens überordnet.

„Vom Kunstprojekt zum Bürotower“ ist als eine Beschreibung der Identitätsentwicklung des GHCs Ausdruck für die Veränderung der Kontrolle von Gestaltungsräumen: Die Kontrolle von Gestaltungsräumen in einem Kunstprojekt scheint weniger bedeutsam. Außerdem liegt hier viel Kontrolle über die Bedeutungsproduktion beim Kunstschaffenden oder ggf. -Kuratierenden. Natürlich ist die Bedeutungsproduktion auch konstituiert über Diskurse in der Arena, aber ich glaube, sie ist weitaus expliziter zu verorten als beim Bürotower. Das GHC als Bürotower ist ein materialisiertes Symbol der herrschenden Ideologie der Bürokratisierung des Gesellschaftlichen/Sozialen. Ich vermute, hier sind die Orte/Elemente/Verhältnisse der Bedeutungsproduktion weitaus verworrener und schwieriger zu analysieren. Es wirkt auf mich, als ob die Ideologie der Bürokratie (wobei zu klären wäre, was darunter verstanden werden kann) die Kontrolle über die Gestaltungsräume übernommen hat und zwar inklusive der Akteure, die sich in herrschenden Positionen befinden und glauben, sie hätten Kontrolle inne.

Unstetiger Informationsaustausch als Praktik zur (impliziten) Steigerung der Kontrolle, weil die Zugänge nicht mehr klar vermittelt werden.

Maps sozialer Welten/Arenen



Map Sozialer Welten/Arenen Vol. 2 GHC Raumproduktion. Eigene Darstellung.

Dazugehöriges Memo:

Titel: Mapping Sozialer Welten/Arenen/Diskurse

Art des Memos: Reflexion des Mappingprozesses

Erstell-Datum: 29.12.18, Weiterarbeit: 31.12.18, 2.1.19, 3.1.19, 9.1.19, 10.1.19, 11.1.19,

Kommentar: 31.12.18: Es viel mir sehr schwer, zu benennen, was Arenen sind und diese von Diskursen zu unterscheiden. Ich habe dann versucht, die mich interessierende Situation und die sozialen Welten aus den Daten auf eine gemeinsame Oberfläche zu bringen und habe damit drei sich überschneidende, sehr abstrakte Arenen konzipiert. Ich versuche jetzt ausgehend von den Arenen die darin wichtigen Diskurse, Sozialen Welten zu beschreiben.

2.1.19: Meine Map differenziert sich weiter aus; es kommen soziale Welten hinzu.

3.1.19: Ich arbeitete weiter an der Darstellung der Map mithilfe von Befragungen an die Soziale Welten. Ich bin unsicher, ob es die Soziale Welt der Arbeitsgemeinschaft GHC gibt und wie sie sich von der Arena GHC-Produktion unterscheidet.

9./10.1.19: Doku in Memo DASGROSSEUNDGANZE

11.1.19: Ich habe die relevanten sozialen Welten beschrieben und implizite Akteure und Aktanten herausgestellt. Heute kommentiere ich die analytischen Beschreibungen noch mit problematisierenden Reflexionen über meine eigenen Sinnzuschreibungen der Daten. Nächste

Schritte sind dann: Entscheidung, welche Geschichte hier erzählt werden könnte, welche Sozialen Welten ich mir genauer ansehe, welche unterschiedlichen Positionen es zu Streitthemen gibt (Positionsmap), Klärung der für die weitere Forschung relevanten Begrifflichkeiten/Konzepte.

Absicht: Während ich eine Map Sozialer Welten/Arenen/Diskurse nach den Empfehlungen von Clarke skizziere, verschriftliche ich meine dazugehörigen Reflexionen und versuche so, die Map parallel zur Visualisierung auch zu verstehen. Ich orientiere mich in meinen analytischen Betrachtungen an den von Clarke angebotenen systematischen Befragungen der in der Map enthaltenen Arenen und sozialen Welten (Clarke 2012: 152ff.).

Maps von sozialen Welten/Arenen sind „Kartographien der kollektiven Verpflichtungen, Beziehungen und Handlungsschauplätze“ (Clarke 2012: 124). Meine Analyse von Sozialer Welten/Arenen/Diskurse zielt darauf, soziale Räume und Orte meiner Untersuchung zu definieren. Es ist ein ungewohnter Blick, den „analytischen Fokus auf die jeweiligen Handlungsverpflichtungen („commitment to action“) als dem zentralen Akt der Grenzziehung zwischen oder innerhalb von Sozialen Welten“ (Clarke 2012: 152) zu richten. Damit wird mir ermöglicht, eine Vielzahl an in der Situation enthaltenen Perspektiven abzubilden, die im interaktionistischen Verständnis als Grundlage für kollektives Handeln gelten. Handeln ist immer Interaktion, „ein Ensemble aus Handlungen, die sich auf mögliches Handeln richten“ (Foucault 2003: 286). Dieser methodologische Fokus der Situationsanalyse ist für mich ein Sozialforschung demokratisierendes Moment, weil so eindimensionalen – wenn auch kritischen – Darstellungen, die immer auch hagiographisch sind, etwas hinzugefügt wird (Clarke 2012: 99). Dadurch werden Verschiedenheiten anerkannt und die Komplexität, Widersprüchlichkeit und Relationalität von Interaktion be-greifbar. Für Clarke steht das „Verstehen von Verschiedenheiten in ihren heterogenen ‚Engagements‘ [...] im Mittelpunkt des Projekts der Situationsanalyse“ (Clarke 2012: 100). Nichtsdestotrotz versuche ich, die Schlüsselemente meiner untersuchten Situation herauszukristallisieren und sie in ihren konstitutiven Ursprüngen, Bedeutungen und Veränderungen zu verstehen (Clarke 2012: 107). Schlüsselemente vermute ich beispielsweise in den dauerhaften, als „gegeben“ angesehenen und sich sehr langsam verändernden Aspekten oder Bedingungen der Situation. Diese strukturellen Bedingungen kollektiven Handelns können sehr unterschiedlich sein und ich suche nicht nach der alles erklärenden Perspektive, sondern ich möchte verstehen, wie die Unterscheidungen aus der Perspektive von Akteuren innerhalb der Situation gemacht werden. Dabei sind auch nichtmenschliche Akteure, Aktanten und Elemente in der Situation von Bedeutung, denn „die Beschaffenheit eines Objektes – und zwar eines jeden beliebigen Objektes – besteht aus der Bedeutung, die es für die Person hat, für die es ein Objekt darstellt“ (Blumer 1980: 331). Durch die ausdrückliche Berücksichtigung des Nichtmenschlichen rückt Clarke den Menschen in der Frage, was wichtig ist, aus dem Fokus. Das erscheint mir insbesondere im Zeitalter des Anthropozän ein sinnhafter Ansatz, um die Erforschung des Sozialen nicht mehr auf die Beziehung zwischen Menschen zu beschränken (Clarke 2012: 104). „Die Bedingungen **der** Situation sind **in** der Situation enthalten. So etwas wie ‚Kontext‘ gibt es nicht. Die bedingten Elemente der Situation müssen in der Analyse der Situation selbst spezifiziert werden, da sie für diese konstitutiv sind und sie nicht etwa nur umgeben, umrahmen oder etwas zur Situation beitragen. Sie *sind* die Situation. Unabhängig davon, ob man sie nun als lokal oder global, intern oder extern, zentral, peripher oder sonst etwas konstruiert, die grundsätzliche Frage lautet: ‚Wie treten diese Bedingungen **innerhalb** der untersuchten empirischen Situation auf, d.h.: wie schaffen sie es, als folgenreich empfunden zu werden?“ (Clarke 2012: 112, Hervorhebungen im Original). Das bedeutet auch, dass ich als Forscherin, die ich die untersuchte

Kommentar [JM476]: Eingefügt in einleitende kapitel

Situation aufgrund meines spezifischen Interesses und meines subjektiven Blicks in einzigartiger Weise konstruiere, selbst Teil der Situation bin. Konsequenterweise beinhalten Situationsanalysen auch angemessene Darstellungen des Forschenden und dessen Position(en) auf die bzw. in den entwickelten Maps (Clarke 2012: 114).

Während der analytischen Mappingsitzungen werden auch implizite Akteure sichtbar. Das sind für CLARKE zweierlei Art von Akteuren, die einmal „physisch anwesend sind, aber im Allgemeinen von den Machthabenden in der betreffenden sozialen Welt oder Arena zum Schweigen gebracht/ignoriert/unsichtbar gemacht werden. Zum anderen jene, die in einer gegebenen sozialen Welt nicht physisch anwesend, sondern allein diskursiv konstruiert sind. Sie werden konzipiert, repräsentiert und möglicherweise auch zum Ziel der Tätigkeit jeder anderen. Daher sind sie diskursiv anwesend“ (Clarke 2012: 87). Entscheidend ist, dass keine dieser impliziten Akteure aktiv an den Aushandlungsprozessen der Selbstdarstellungen und der kollektiven Sinnggebung der sozialen Welten beteiligt sind. Sie werden von den Akteuren, die größere Macht besitzen nicht zur Teilhabe oder zur Selbstrepräsentation zu ihren Bedingungen aufgefordert und ihre Wahrnehmungen werden ignoriert oder zum Schweigen gebracht (Clarke 2012: 87). Implizite Aktanten sind wie Menschen physisch oder/und diskursiv in der untersuchten Situation anwesend. Das bedeutet, „menschliche Akteure konstruieren diskursiv routinemäßig (individuell und/oder kollektiv als soziale Welten) nichtmenschliche Aktanten aus ihren eigenen menschlichen Perspektiven“ (Clarke 2012: 88).

Was ist der kollektive soziologische Sinn meiner Untersuchungssituation? (Clarke 2012: 148)

Was ist die Arena, die mich interessiert? Gibt es evtl. mehrere, die relevant sind?

Ist es die GHC-Raumproduktion oder die Arena Formen urbanen Zusammenlebens? Ist es die Arena zukunftsfähiger Stadtentwicklung?

Die Frage ist immer noch: Wie geht es zusammen? Strapaziert es den Kit über oder löst sich das Ding in Einzelteile auf?

Soziale Welten, die aus dem reflexiven Gespräch herauskristallisiert sind

Innerer Zirkel, der auf den Fortbestand zielt (Aktivität), im Inneren des Projekts ist, Zugänge zum GHC kontrolliert (Technologie), sich zum Rat formiert hat (formale Organisation)

Räume Denken, die für die kollektive Raumproduktion einstanden

Bewohnende und Gäste, die unkontrollierte Räume beleben

Betriebe des GHCS (Lobby-Bar, Hotel, Gastro, Konzert/Kulturprogramm)

Der Vorstand, der persönlich haftet und sich als Projektverantwortliche präsentiert

(assoziierte) Künstler_innen

Leute, die sich vorwiegend mit Asyl beschäftigen, Wilde 13

Leute, die das GHC verlassen haben?

Kommentar [jm477]: Reflexion des Forschens:

Ziel dieses Memos ist es, meinen Mappingprozess analytisch beschreibend zu begleiten. Während des Mappings geht es mir nicht darum, „Wahrheiten“ zu konservieren oder zu visualisieren, stattdessen „geht es um eine kritische Analyse zur Generierung „einer Wahrheit“ oder möglicher „Wahrheiten“ – d.h. von ausgeprägten analytischen Auffassungen, Interpretationen und Darstellungen“ (Clarke 2012: 51) der GHC Raumproduktion als soziales Phänomen in meiner konstruierten Untersuchungssituation.

Kommentar [jm478]: Als GHC-Arbeitsgemeinschaft, die das GHC betreiben

Expert_innen für Gemeinschaftsbildung, die angefragt wurden, dem GHC in seinem Gruppenprozess zu unterstützen

Medien, die über das GHC sprechen, es repräsentieren

Regierung von Schwaben, die die ans Projekt angeschlossene Flüchtlingsunterkunft verwalten

Nachfolgeprojekte, die inspiriert vom GHC ähnlich konzipierte Projekte schaffen

Fördermittelgebende (KSB, Kulturstadt), die das GHC in seiner Arbeit anerkennen und eigenständige Projekte finanziell fördern

Stiftungen, die das GHC zwingen, sich zu präsentieren, zu definieren, um es zu bewerten

Institutionen, die dem GHC harte Grenzen aufzeigen (Arbeitsamt, Rechtssystem erteilt Arbeitsverbote, Ausländerbehörde)

Arenen, die ich aus dem reflexiven Gespräch herauskristallisiert habe

Flüchtlingsthematik

weltgesellschaftliche Krise >>> Diskurse, die in der Schnittstelle von Politischer, öffentlicher und wirtschaftlicher Arena lokalisiert sind

„Wie wollen wir zusammenleben“: Diese F könnte interessant sein, weil PWD, zukunftsfähige Stadtentwicklung und GHC alle daran teilnehmen. Ich würde damit wirklich auf die mich interessierende Meso-Ebene gehen und könnte an dieser Stelle mein Untersuchungsinteresse als „big picture“ abbilden. Diese Arena ist auch deshalb spannend, weil sie potenziell von allen betreten werden kann, die einen kollektiven Sinn mit dieser Frage verknüpfen. Also wird es herausfordernd sein für mich zu entscheiden, welche soziale Welten/Arenen/Diskurse wirklich in meinem Untersuchungsinteresse sind, und welche ich von dem big picture ausschließe.

Die Arena ist noch zu groß, über den Fokus auf das zukunftsfähige, städtische Zusammenleben wird er zumindest ein bisschen spezifischer. Für mich ist diese Arena Schauplatz für verschiedene Projekte, Denkrichtungen, öffentliche Debatten, Diskurse, alltägliche Handlungen, die allesamt versuchen, zukunftsfähige Formen des urbanen Zusammenlebens zu entwerfen.

Zukunftsfähiges städtisches Zusammenleben ist immernoch sehr groß, d'sodass ich hier eigentlich alle irgendwie einzeichnen kann, auch solche, die sich wahrscheinlich nur implizit an dem Handlungsschauplatz beteiligt sind. Macht aber nichts, weil sie ihn praktisch mit ihren jeweiligen kollektiven Handlungen mit Bedeutung befüllen, also dadurch erst klar wird, was das Thema Zukunftsfähigkeit oder der städtische Bezug hier umfasst.

Die GHC Nachfolgeprojekte aufzuspüren ist sicher auch lohnenswert, um im Vergleich zu ihnen zu verstehen, wie das GHC diese Arena mitformt.

Ich bin mir sehr unsicher, ob das methodologisch zulässig ist, jetzt doch den Blick auf mein gesamtes Untersuchungsinteresse zu lenken. Ich denke schon, weil ich Clarke so verstehe, dass das, was wir als Forschende als Situation konstruieren, das das auch die zu erforschende Situation ist. Weiter bin ich unsicher, ob es tatsächlich die Arena „Zukunftsfähiges städtisches Zusammenleben“ ist, oder ob das nicht zu weit von der empirischen aufkommende Fragestellung nach dem „wie wollen wir leben?“

entfernt ist. Vielleicht geht es auch eher um „das Dazwischen“, oder Willkommenskultur oder Experimente des Zusammenlebens in einer Migrationsgesellschaft

2. Mapping-Versuch von Sozialen Welten/Arenen/Diskursen

Ich bin jetzt ausgegangen von der GHC-Produktion als Arena und habe diese, nachdem ich viele soziale Welten benannt habe, selbst nochmal in eine Arena gestellt, die des „Umgangs mit weltgesellschaftlicher Krise“. Diese Arena ist Ort des Ausprobierens, der vielen schwierigen Fragen, der mannigfaltigen Deutungsangeboten, der Entwürfe von Alternativen, der Diskussion von Lösungsansätzen, der Konfrontation mit Gesetzen, unterschiedlicher Methoden und und und. Alle gemein haben sie den Schwerpunkt, dass sie an einem (transformatorischen) Umgang mit den Auswirkungen der weltgesellschaftlichen multiplen Krise beteiligt sind. (Das ist natürlich mal wieder super groß und damit nicht wirklich hilfreich. Vielleicht benenne ich die Arena doch in „Entwürfe für Zusammenleben in der Post-migrantischen Stadt“ oder so....) Konkret: Es geht um das Flüchtlingsthema als konkrete Auswirkung und um darin entstehende Formen urbanen Zusammenlebens, weil das mein Untersuchungsinteresse ist. Wie also kann ich diese Arena angemessen benennen? Ich versuche es zunächst mit „Entwürfe für urbanes Zusammenleben einer post-migrantischen Gesellschaft“, mit der hier zugrundegelegten Haltung bin ich einverstanden, aber ich denke nicht, ob sie dem Zwangskontext, in dem sich Flüchtende hier befinden, wirklich entspricht. Und den möchte ich gerne mit einbezogen haben, schließlich hat er lt Gruppengespräch massiven Einfluss auf das Gesamtprojekt kosmopolitische Gesellschaft. Das wäre dann eher aus einer sozialwissenschaftlichen Position formulierte Deutung der Gesellschaft. Vielleicht „solidarisierend“

Ich denke, dass die Streitpunkte, Themen in den Diskursen der Arena „GHC-Produktion“ sich in der Arena „Entwürfe für urbanes Zusammenleben einer post-migrantischen Gesellschaft“ wiederfinden und vielleicht ist das auch eine Möglichkeit zu identifizieren, wo Impulse aus dem PWD, der da wahrscheinlich auch Teil von ist, die GHC-Produktionsweise inspirieren können.

Die Arena der GHC-Produktion

Der Schwerpunkt dieser Arena ist die (Re-)Produktion des GHCs durch die gesellschaftliche Praxis innerhalb der dreidimensionalen Dialektik Lefebvres zwischen Wissensproduktion (z.B. GHC bietet wegweisende Lösung auf aktuelle Fragen des weltgesellschaftlichen Zusammenlebens), räumlicher Praxis (z.B. Boxen und Fahrradwerkstatt als selbstorganisierte Projekte) und Bedeutungsproduktion (z.B. das GHC schafft sozialer Mittelpunkt, gemeinsame Erfahrung). Das bedeutet, dass sich diese Arena permanent verändert, weil es sich um einen Produktionsprozess handelt.

Die Arena bildet verschiedene soziale Welten ab, aus denen teilweise eigene formale Organisationen gewachsen sind. Diese beschreibe ich weiter unten in diesem Memo. Ebenso die sozialen Welten, die ich erwartet hätte und auch diejenigen, die nur implizit da sind.

Aktuelle Streitpunkte/umstrittene Themen/aktuelle Kontroversen in den Diskursen der Arena sind

[Multiple Überforderung], Ermüdung
Vermittlungsprobleme, [Übersetzungsleistung], [Fehlender Fokus auf das „Dazwischen“]
Fehlende Community-Building, bewusst inszenierte Prozesse der Gemeinschaftsbildung

Kommentar [jm479]: Reflexion des Forschens:

Hier habe ich im Ausprobieren, im Entwerfen von einer Map und deren analytische Beschreibung letztlich nochmal mehr verstanden, was mich in der Situation wirklich interessiert. Und dass es nicht zielführend ist, den Betrachtungshorizont zu groß anzulegen, die Fragestellung zu allgemein zu stellen, weil ich dann schlichtweg die Map nicht mit empirisch aus meinem Material erarbeiteten Elementen füllen kann.

Kommentar [jm480]: Reflexion:

Die Arena der GHC-Produktion ins Zentrum meiner Map zu setzen, reflektiert den Standpunkt, den dieser Prozess für meine gesamte Untersuchung zum jetzigen Zeitpunkt noch innehat: Es geht hier aktuell um das Grosse und Ganze der Raumproduktion durch das GHC, das letztlich über individuelle Erfahrungen derjenigen, mit denen ich mich darüber unterhalten habe, in der Summe mein interessierendes soziales Phänomen darstellt. Zwar wird die GHC Produktion aus unserer Wahrnehmung heraus in unseren Perspektiven interpretiert, aber die Perspektiven der anderen Sozialen Welten sind darin enthalten, sie sind spürbar und sehr wichtige Elemente der Situation. Unsere Perspektiven sind zudem keineswegs monolithisch: zu verschieden sind unsere Vorannahmen, unsere disziplinären Bezüge, unsere Positionen und Grade der Involviertheit und unsere Geschichte mit dem GHC.

Dadurch, dass ich der GHC-Produktion eine eigene Arena schaffe, stelle ich sie in ihrer Besonderheit dar, die eben in der Intersektion von ökonomischer Arena, öffentlichem Raum und politischer Arena entsteht. Die GHC-Produktion soll jedoch nicht zum Mittelpunkt meiner Arbeit werden, denn schließlich interessiere ich mich nur für spezifische Aspekte, die eben auch für die transformatorische Raumproduktion in Postwachstumsgesellschaften relevant sein könnten bzw. für solche Handlungen und Prozesse, die diese transformatorischen Bestrebungen hemmen können. Analytisch ist sie für den jetzigen Zeitpunkt aber wichtig, weil mich genau diese GHC-Produktion interessiert und ich sie erst in einem nächsten Schritt in

Fehlende Reflexion/Bewusstwerdung, Planlosigkeit
Veränderung der Ausrichtung und Arbeitsweisen
(Re-)präsentations- und Profilierungszwänge, Anpassung an marktwirtschaftliche Praktiken
Exklusivität von Gestaltungsräumen
Fortbestand des GHCs

Orte des Schweigens im Diskurs?

Was ist der Kit?

Kollektives Ziel, kollektiver Sinn, kollektive Vision für Beteiligung?

Die Arena des öffentlichen Raumes

Die Arena des öffentlichen Raums überschneidet sich mit der politischen Arena und der wirtschaftlichen Arena. Damit entstehen vier Intersektionen. An der gemeinsamen Schnittstelle aller drei Arenen entsteht die Arena des Grandhotel Cosmopolis. Ich verstehe das GHC sich hier bewegend, also insbesondere entsprechend seiner aktuellen Ausrichtung und Strategien ist es mal größtenteils in der Schnittmenge zwischen politischer Arena und öffentlichem Raum, mal wieder mehr in der ökonomischen Arena sichtbar. Das hängt ebenfalls von der mich interessierenden Aspekte der Untersuchung ab.

Der Schwerpunkt der Arena des öffentlichen Raumes sind Aushandlungen über das gesellschaftliche Zusammenleben. In meiner Forschungssituation sind das teils sehr grundlegende Fragen und Diskurse um Einbezug, um Selbstbeschreibungen des GHCs, um (Un-)Sicherheit, um , um Konzepte und Ideologien, aber auch kulturelle Praktiken des zwischenmenschlichen Umgangs. Mit dem GHC entsteht an einem privaten Ort (dem Gebäude der Diakonie als Eigentümerin) ein (halb-)öffentlicher Raum, der in Teilen zugänglich für unterschiedliche Menschen ist. Das GHC positioniert sich im öffentlichen Raum mit einer bunten, offenen, kreativen Kulturinstitution und schafft damit ein Statement auf die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenleben. Es zeigt sich als Ort der anders gelebten Willkommenskultur und nimmt damit am öffentlich-medialen Diskurs über Willkommenskultur teil.

In der Produktion des öffentlichen Raums sind andere soziale Welten wahrnehmbar, wie die am GHC interessierten Medien, Nachfolgeprojekte, Spezialist_innen im Bereich Asyl oder Räume Denken, Gestaltungsräume mit Projekten von Kollektiven, Projekten von Bewohnern oder Projekten von Einzelpersonen, Fördernde wie die KSB oder das Kulturamt und teils auch die Betriebe oder die Idee des „Seminarhotels“. Es fehlen hier auf meinen ersten Blick implizite Akteure wie z.B. die Hotelgäste und Besuchende von Kulturveranstaltungen, die ich als Beteiligte in der Produktion des GHCs vermutete. Oder auch Nachbar_innen. Anwesenden Bewohnenden sind ebenfalls nur implizit vorhanden, sie werden einmal zur Konstruktion der Besonderheit des GHCs gebraucht, dann für die Darstellung des GHCs als Infrastruktur für selbstorganisierte Projekte hinzugezogen und in der Kontrastierung zu den Kontrollpraktiken oder der Deutungshoheit des Inneren Zirkels als die Raumproduzierenden sichtbar. Vielleicht gibt es sie aber auch als kollektive Identität nicht bzw. nur unter bestimmten Bedingungen, wie z.B. während des Faschingsfestes, das Freiwillige initiierten und an dem Kontrolle durch den Inneren Zirkel ausblieb. Auch die soziale Welt der Freiwilligen ist nur

Kommentar [jm481]: Reflexion meiner Interpretation:
Ich schaffe hier die Arena des öffentlichen Raumes, weil er für mich wesentlich die GHC-Produktion bedingt und wiederum von ihr an bestimmten (diskursiven) Orten produziert wird. Ich denke, alles, was im GHC passiert, hat nur gesellschaftliche Relevanz, weil es im (semi-)öffentlichen Raum geschieht. Außerdem sind die Technologien des öffentlichen Raumes – die Aushandlung von Fragen gesellschaftlichen Zusammenlebens – maßgeblich auch für die GHC-Produktionsverhältnisse konstitutiv.

Öffentlichkeit im Sinne eines allgemeinen Zugangs zu Informationen als Strukturprinzip demokratisch-bürgerlichen Gesellschaften setzt öffentliche Orte der Versammlung und der Kommunikation voraus; Öffentlichkeit ist immer auch Medium der Kontrolle von Herrschaft.

Prinzip der Öffentlichkeit ist in europäischer (Stadt-)Geschichte weit zurückzuverfolgen. Die öffentliche Meinung und eine strukturell breit verankerte Öffentlichkeit, als "Sphäre der zum Publikum versammelten Privatleute" (Habermas 1962 strukturwandel der Öffentlichkeit) im heutigen Verständnis bildete sich im 17. Jhdt. aus.

>> Kern der Städteordnung ist in Art. 28 GG verankert; ab 1946 Gemeindeordnungen um Zentralität des Staates entgegenzuhalten: "Die verfassungsrechtlich garantierte Öffentlichkeit als Prinzip des ...

Kommentar [jm482]: Vielleicht doch eher soziale Welt. Was wäre dann die Eigenschaft/en dieses Segments? Welche Arenen wären hier noch von Bedeutung?

Kommentar [jm483]: Nee, ich glaube schon, dass es sinnvoll ist eine eigene Arena der GHC-Produktion zu schaffen, da die Handlungen der sozialen Welten hier sehr spezifisch sind.

Kommentar [jm484]: Vielleicht ist deren Abwesenheit auch Zeichen für mangelnde Aufmerksamkeit/Interesse, weil man doch sehr mit „sich selbst“ beschäftigt ist? Könnte auch Grund für schlechte wirtschaftliche Situation sein, weil wenig „Kundenorientierung“

implizit angesprochen als Beispiel für den veränderten Umgang im Projekt untereinander. Das ist natürlich insofern interessant, als dass das GHC als Freiwilligenprojekt begonnen und bis heute getragen wird. Streitpunkte dieser Arena sind fehlende Reflexion und Bewusstwerdung der eigenen Arbeit, Mangelnde Hinwendung zu dem „Dazwischen“ mit seinem transformativen Potenzial und seiner ermöglichenden Vermittlung zwischen den Systemen. Es geht um Fragen zu Zugängen zu materiellen und imaginativen Gestaltungsräumen und Entscheidungsprozessen und dazu angewandte Technologien wie Prozess- und Flächenkontrolle oder Informationsverschluss, oder auch Offenheit und Erweiterung der Entscheidungsräume. Es geht um Formen des alltäglichen Umgangs mit Unterschiedlichkeiten, wie z.B. durch Vereinheitlichung oder in Form von Streit und Koexistenz von Verschiedenheit, um Räume und Formen der Zusammenarbeit, wie z.B. ein riesiger offener Raum für kollektiven Aktionismus vs. Versubjektivierte Arbeitsweise in Einzelateliers und Spezialisierung und es geht um Re-Präsentationen vom GHC wie dem GHC als Leuchtturm-Projekt oder als Experte im Umgang mit dem Flüchtlingsthema oder als Möglichkeitsraum oder als Labor oder als Seminarhotel oder, oder, oder.

Die ökonomische Arena

Der Schwerpunkt der ökonomischen Arena sind Aktivitäten, die mit dem Ziel einer Bedürfnisbefriedigung verschiedener Menschen, wichtiger Diskurse planmäßig und effizient über knappe Ressourcen im GHC entscheiden. Die Ressourcen sind sowohl materieller wie auch immaterieller Art und die Technologien ihrer Verteilung sind vielfältig. Materielle Ressourcen sind hier u.a. das GHC-Gebäude, die Fördermittel zur Finanzierung von Arbeitsstellen, die Lobby-Bar mit ihrer Kaffeemaschine oder auch die arbeitenden Körper der Freiwilligen oder Angestellten. Immaterielle Ressourcen sind z.B. die Marke GHC, Gedanken über das Projekt, die sozialen Beziehungen, (vgl. Transkript reflex. Gruppengespräch #00:39:38-5#“). In spezifischer Weise verorte ich in der Intersektion mit der Arena der GHC-Raumproduktion auch als Commons bezeichnete Ressourcen (Codes, Wissen, Sorge, Raum, Zeit u. a.), die aus selbstorganisierten Prozessen des gemeinsamen bedürfnisorientierten Produzierens, Verwaltens, Pflagens und/oder Nutzens (Commoning) hervorgehen. Das Commoning betont gemeinsame Ziele, die ich bisher lediglich in dem Fortbestand des GHCs als Ort erkenne. Die hier produzierten Gemeingüter sind in der GHC-Raumproduktion aber nicht immer Commons, sondern als solche stark umkämpft und mehr oder weniger von Privatisierung betroffen/bedroht oder unzugänglich oder verbraucht. Sie unterliegen bestimmten Bedingungen, die wiederum durch andere soziale Welten oder Arenen und Diskurse mitgeformt werden. Hier sehe ich ein neoliberale Klima des Mangels, dem durch (Selbst-)Ausbeutung begegnet wird, Unsicherheit und Unbestimmtheit als markante Einflussfaktoren, die dann entsprechend kollektive Praktiken und Perspektiven formen. Diese Praktiken und Perspektiven sind verschieden, teilweise diametral entgegengesetzt zueinander: Hier geht es einigen um die Rückgewinnung von (semi-)öffentlichen Gestaltungsräumen, um die Unterbrechung funktionaler Ordnungen; andere versuchen durch ein-, ab- und ausschließende Definition den eigenen Handlungen eine klarere Bestimmung zu geben und über Kontrolle solcher Räume Sicherheit zu erfahren. **der ökonomischen Arena sind markt-wirtschaftlich orientierte Prozesse und in meinem Projekt ist das der Ort, an denen Überlebensstrategien entworfen, beschlossen und durchgeführt werden.** Hier lokalisiere ich Soziale Welten des GHCs, die in diesen Prozessen hauptsächlich *und wirkmächtig* beteiligt sind (Anmerkung: letztlich sind alle hier irgendwie beteiligt, wenn ich das weite

Kommentar [jm485]: Reflexion meiner Interpretation: Ich schaffe hier die ökonomische Arena als Schauplatz für Handlungen, die sich um Ressourcen, Güter, etc. um Praktiken der Verteilung, der Produktion und Be-Wertung etc. beziehen. Ich selbst habe kein großes Verständnis über wirtschaftliche Prozesse und unterstelle ihnen in ihren herkömmlichen Praktiken und Strukturen grundsätzlich eher „schlechte“ Absichten, also dem nachhaltigen Gemeinwohl nicht dienende Funktionalität. Während meiner Mitarbeit im GHC erschien mir das Thema Wirtschaften als insgesamt sehr unterbelichtet und kaum transformativ gedacht. Ich blicke also sehr skeptisch und wenig wohlwollend auf die zunehmend marktkapitalistischen Wirtschaftsweisen, die im GHC praktiziert werden.

Kommentar [jm486]: Nein, ich bin selbst in die Falle getappt und klammere alternative Formen des Wirtschaftens in diesem engen Verständnis von Wirtschaft aus. In Grün markiere ich meine Überarbeitung in der ich eine Erweiterung des Verständnisses versuche, damit auch Diskurse wie Übermüdung, Ressourcenausbeutung etc. hier Platz haben.

Verständnis von Ökonomie dem Handlungsschauplatz zugrunde lege. In der Map müsste die Überschneidung eigentlich viel stärker sein): Der innere Zirkel/Rat, der Vorstand, die Mietenden, die Fördermittelgebenden mit der KSB und anderen Stiftungen, aber auch dem Kulturstadtrat, die Diakonie als Eigentümerin des Gebäudes, die Betriebe und die Regierung von Schwaben als Ko-Mieterin des Gebäudes. Kultureller Mehrwert, der hier „massenweise produziert wird“. Hier fehlen Spendende, die implizit anwesenden Freiwilligen als Mitarbeitende, implizit anwesende finanziell Entlohnte (Angestellte und Honorarkräfte), .

Streitpunkte sind die „Visionsfindung“, als Überlebensstrategie und das Seminarhotel als Markt-Identität des Hauses, die zunehmend eingenommene Marktlogik z.B. in Form von Produktorientierung statt Prozessvalorisierung, Top-down-Strukturierungen und die „Stärkt die Betriebe!“ als die veränderte Ausrichtung des Projekts auf wirtschaftliche Stabilisierung hin, die systemischen Zwänge aufgrund von Abhängigkeit von Fördermittelgebenden, die konventionelle Form der Institutionalisierung – eingeleitet in der Zusammenarbeit mit der KSB, die Ressourcen(selbst-)ausbeutung aufgrund fehlender/unzureichender Honorarzählungen an Arbeitende und der großen (zeitlichen und inhaltlichen bedingten) Intensität der Arbeit, finanzielle Unsicherheiten und persönliche Haftbarkeit für die Vorstände des Projekts. Weitere umstrittene Themen sind die dekadente Raumaufteilung und die fehlenden Kapazitäten für Kunst, die Selbstbezogenheit des inneren Zirkels, die Inkorporierung der kapitalistischen Logik und der damit verbundenen Verhaltensweisen (Egozentrismus oder Wettbewerb) und Ängste (Angst vor Geltungsverlust).

Die zahlenmäßig belegte Existenznot oder finanzielle Krise des GHC schafft Legitimation für die Durchführung einer elitär entwickelten Überlebensstrategie für das GHC.

Was hier zu vermuten wäre aber fehlt, sind Fragen und Strategien im Umgang mit Gemeingütern, dem GHC als Gemeinschaftsprodukt, alternative Wirtschaftsweisen.

Die politische Arena

Der Schwerpunkt der politischen Arena in meinem Projekt sind (öffentliche oder elitäre) Aushandlungen über die soziale Ordnung des GHCs, eingeschlossen der Produktion gegenwärtiger und der Kontrolle von Vorstellungen zukünftiger Ordnungen. Diese Ordnungen werden über wiederkehrende Praktiken zur Formung des Zusammenlebens, diskursiv-geformte und überdauernde Bedingungen des Zusammenhalts und spezifische Intervention in Krisen stabilisiert. Dies geschieht jedoch nicht (nur) unbeabsichtigt im Alltäglichen, hier werden ebenso Strategien erdacht, die als Praktiken der Verstetigung strukturelle Bedingungen schaffen sollen, unter denen das GHC fortbesteht.

Wichtige Soziale Welten sind hier (viele davon in Überschneidung mit anderen Arenen sichtbar) der Innere Zirkel samt seiner Organisationen Rat und Vorstand, das Kollektiv Räume Denken, Institutionen harter Grenzen (wie Rechtssystem, Ausländerbehörde, Arbeitsamt und Regierung von Schwaben), Fördermittelgebende (mit Kulturstadtrat, Stiftungen und KSB im Besonderen), Freiwillige,

Kommentar [jm487]: Reflexion der Forschung:

Die (diskursiven) Handlungen dieser Arena lassen mich an Konzepte wie Post-demokratie, De-Politisierung etc. denken. Ich blicke auf die politische Arena aus einer Überzeugung heraus, als Forscherin eine politische Akteurin zu sein und mit dem Blick auf die GHC-Raumproduktionspraxis als eine in jedem Falle politische Praxis (wenn auch nicht von allen als solche verstanden), nicht jedoch unbedingt demokratische Praxis. Aus meiner Interpretation des GHCs heraus unterstelle ich dem Projekt spezifische politische Qualitäten in ihrer Produktionsweise: die Absicht, Gleichberechtigung zwischen ungleich am Sozialen Beteiligten anzustreben, Bewusstsein über imperiale und koloniale Machtverhältnisse und Strategien zur Entmachtung dieser zu forcieren, ein emanzipatorisches Denken zu kultivieren und eine kosmopolitische Haltung einzunehmen. Das sind große Unterstellungen und beim Aufschreiben bemerke ich, wie das alles für mich sensibilisierende Konzepte fasst, die ich mir während meiner Arbeit (aber nicht nur darin) erarbeitet habe.

Rancière meint mit „Politik“ das „radikale Potenzial einer jeden Praxis die normalisierten Herrschaftsdispositive und Machtverhältnisse zu unterbrechen (...) mit dem Ziel eine spezifische Ungleichstruktur zu unterbrechen und stattdessen eine alternative Ordnung zu institutionalisieren“ (Gomes de Matos/Mullis 2018: 107 zit. nach Rancière 2002: 46f).

Bewohnende, Experts für Gemeinschaftsentwicklung und Spezialist_innen für Asyl, das Flüchtlingsthema. Hier wären noch **denkbar passende, aber fehlende Akteure und Aktanten:**

Hauptstreitpunkte Drang nach Vereinheitlichung, Konsensbildung, wechselnde, unausgewiesene Machthabende und unklar gehaltene Machtverhältnisse, Planlosigkeit und unsystematisches Arbeiten vs. Top-down-Ordnungen der Organisation und ihrer Arbeiten, Ohnmachtserfahrungen mit Institutionen harter Grenzen und entgegengesetzte Bewegungsrichtung zu systemischen Zwängen, allerlei Ungleichheiten zwischen den Menschen, die das GHC machen und die implizite Möglichkeit der Verstetigung struktureller Vielfalt, Gemeinschaft mit einer kollektiven Vision und das GHC als Gemeinschaftsprodukt vs. Exklusivität von Verhandlungen über das, was das GHC sein soll und Deutungshoheit über das, was es ist. Dabei sind wichtige Technologien Ermöglichung, Sympathie und Willkür, Widerstand

Impliziter Aktant ist „das Dazwischen“, als ein möglicher aber nicht-realisierter Raum mit alternativen Praktiken, Strategien und vielleicht auch Zielen für das Projekt wird er konstruiert als Sammelort der anti-paternalistischen, demokratisierenden Möglichkeitsbedingungen.

Soziale Welten

Die **am GHC interessierten Medien**, die über das GHC berichten, es in Form ihrer Repräsentation bewerten und darin zum Leuchtturm-Projekt im Umgang mit der Flüchtlingsthematik machen. Sie verhalten dem Projekt zu Popularität und Anerkennung. Diese soziale Welt arbeitet in Prozessen der Informationsverarbeitung und Wissensproduktion und verpflichtet sich zu der Verbreitung von „wahrheitstreuen Aussagen“ über die Wirklichkeit. Sie ist also maßgeblich daran beteiligt, wie das, was in der Situation geschieht, verstanden wird. In der Auswahl der interessierenden Situationen orientiert sich die soziale Welt der Medien an prominenten Diskursen, tagespolitischen Ereignissen und öffentlichen Debatten. Das GHC wurde dann interessant für Medien, als in der „Flüchtlingskrise“ der Diskurs der „Willkommenskultur“ wieder angesagt war. Mit diesem Bezug erfuhr das GHC mediales Interesse, also wurde von Journalist_innen aufgesucht und mit Kameras und Diktiergerät dokumentiert, wurden Interviews mit Verantwortlichen geführt und versucht, mit Bewohnenden zu sprechen.

Innerer Zirkel, der Entscheidungen trifft (Arbeit), auf den Fortbestand zielt (Handlungsverpflichtung), im Inneren des Projekts angesiedelt ist (Ort), Zugänge zum GHC kontrolliert (Technologie), sich zum Rat formiert hat (formale Organisation)

Der Vorstand, der persönlich haftet und sich als Projektverantwortliche präsentiert

Die soziale Welt des **Inneren Zirkels**, ist der Ort, an dem richtungsweisende Entscheidungen für das Projekt getroffen werden (Arbeit). Die hier Teilnehmenden verstehen sich als Verantwortungstragende und zielen explizit auf den Fortbestand des GHCs (Handlungsverpflichtung). Dazu haben sie den Rat als formale Organisation gebildet. Dieser ist im Inneren des Projekts angesiedelt, im Zentrum, das tagsüber funktioniert (Ort) und kontrolliert von dort aus Zugänge zu Gestaltungsräumen des GHC (inkl. Materiell-physische Räume und Ideen/Projekte) und forciert eine organisatorische Anpassung der Arbeitsbereiche an herkömmliche Systeme. Mit dem Rekurs auf Angst-Diskurse wie „Existenznot des GHCs“ oder „finanzielle und positionelle Unsicherheiten von

Kommentar [jm488]: Reflexion der analytischen Interpretation:
Die Konstruktion von sozialen Welten unterliegt einmal den im Datenmaterial besprochenen, kollektiven Perspektiven, die von mir herausgestellt, zusammengefasst, gedeutet und dann als soziale Welt beschrieben werden. Das bedeutet, dass mein Blick auf die Situation die Definition sozialer Welten/Arenen maßgeblich (mit-)bestimmt. Ich bin mir dessen bewusst, dass dieser Blick geprägt ist durch mein Interesse an der Situation, also zielführend das betrachtet, was ich wissen will. Was ich nicht wissen will, dem droht Gefahr, von mir ignoriert oder aussoniert zu werden. Um mit dieser Problematik verantwortlich umzugehen, möchte ich transparent machen, welche Geschichte/n mich zu diesem Zeitpunkt meiner Forschung bewegen. Dazu fertige ich kleine >MEMOS ZU MÖGLICHEN GESCHICHTEN an. Ich erhoffe mir davon im nächsten Schritt einen Vergleich zwischen der Map sozialer Welten/Arenen (und diesem dazugehörigen Memo), der dann Lücken, Brüche oder Auslassungen aufdecken kann.

Verantwortungstragenden“ werden darauf ausgerichtete Handlungen legitimiert: „Top-down-Strukturierungen“ sowie die Hierarchisierung der im GHC relevanten Arbeitsbereiche. Mit der „Visionsfindung“ wird innerhalb der GHC Arbeitsgemeinschaft zu ideeller Vereinheitlichung gedrängt und in Sondierungsprozessen werden komplexe Ko-Existenzen verdrängt (Technologien). Andere Soziale Welten unterstellen dem Inneren Zirkel Selbstbezogenheit, Machtkonzentration und sich verändernde Machtformation, menschliches Unvermögen und persönliche Unsicherheiten. Mit der Idee des „Seminarhotels“ konzipiert die soziale Welt des Inneren Zirkels im Zuge der Überlebensstrategie eine Markt-Identität für das GHC und definiert damit die strategische Linie zur Sicherung des Fortbestandes: Anpassung an herkömmliche Wirtschafts- und Organisationsweisen und Fokus auf die finanzielle Sicherung des Fortbestandes.

Kommentar [jm489]: Es fällt mir schwer, beim Material zu bleiben und nicht überzuinterpretieren, weil ich zum inneren Zirkel gleich Gesichter und Geschichten habe und auch Gefühle teilweise aufsteigen.

Die soziale Welt der **Arbeitsgemeinschaft GHC** umfasst Freiwillige, Angestellte, Nichtentlohnte, Gestaltende und Ausführende, GHC-Expertisen, assoziierte Schläfer_innen, Kunstschaftende, Mietende, selbstorganisierte Projekte, Projekte von Bewohnenden, die Betriebe, Konzeptualisierungen des GHCs, die GHC-Expertisen, Gestaltungsräume, den Tagesbetrieb GHC, den Rat, den Vorstand, den „Teil dieses Hauses, die es gerne geregelt hätte, oder übersichtlich oder einfacher oder geordneter. (...) Und es gibt einen Teil, der sich damit überhaupt nicht beschäftigt und der da einfach gnadenlos drüberschubbt. #01:10:15-7#“, die, die sich als Hoteliers verstehen und uns, die ich uns als Erzählende im reflexiven Gespräch meiner Untersuchung bezeichne. Sie ist am physischen Ort des GHCs lokalisiert, im Springergässchen 5 in Augsburg. Diese Soziale Welt definiere ich über ihre Zusammenarbeit in unterschiedlichen Bereichen (Segmenten) an dem Gemeinschaftsprodukt GHC. Sie verpflichtet sich zur Zusammenarbeit, also zur Arbeitsteilung und zur gegenseitigen Abhängigkeit von der Produktion der Anderen und damit implizit zum Fortbestand des GHCs, zur Reproduktion des Projekts, weil das sinnstiftende Objekt ist, wohin sie ihr Handeln ausrichten können. Diese Soziale Welt präsentiert sich selbst als Gemeinschaft eines komplexen, vielschichtigen Projekts, als prozessorientiert in ihrer Ausrichtung und anschlussfähig an vielfältige Diskurse. Die Beteiligten befinden sich in einem ständigen Spagat zwischen „drinnen“ und „draußen“ und die eigenen Ressourcen ausbeutend. Die an dieser Welt Beteiligten machen Erfahrungen, die als Impulse für ihr weiteres Leben dienen, für andere Projekte und für öffentliche Diskussionen Inspiration sind. Von Erzählenden im reflexiven Gespräch meiner Untersuchung wird der Arbeitsgemeinschaft eine oberflächliche Arbeit an den Dingen, Planlosigkeit, fehlende Reflexion und Bewusstwerdung des kollektiven Handelns unterstellt, was zur Ermüdung und zum Wandel „Vom Kunstprojekt zum Bürotower“ führe. Die Arbeitsweise dieser sozialen Welt hat sich verändert, insofern, als dass sie zu Projektbeginn in einem kollektiven Aktionismus einen „riesigen offenen Raum“ bespielten und jetzt ausdifferenziert in Arbeitsverhältnissen, Gruppen, Arbeitsbereichen, Themenzugehörigkeiten für sich arbeiten. Außerdem ist diese soziale Welt über die Entwicklung hin um 2015 enorm gewachsen und hat sich jetzt wieder verkleinert; es haben sich zugehörige formale Organisationen gebildet und teilweise verstetigt. Es gab Bemühungen aus der Sozialen Welt heraus einen (emotional ausgerichteten) Gemeinschaftsbildungsprozess zu etablieren, der aber trotz wiederholter Versuche scheiterte. Es kann erwartet werden, dass sich die Handlungen der Arbeitsgemeinschaft GHC auch zukünftig um die gemeinsame Projektproduktion drehen und sich entsprechend in kleineren Einheiten bündeln. Dieses Handeln wurde zunehmend vom Rat aus organisiert und da der Rat das einzig handlungsberechtigte formale Organ ist, ist zu erwarten, dass der Rat auch zukünftig die Produktionsprozesse des Gemeinschaftsprodukts GHC organisiert. Die

Kommentar [jm490]: Vielleicht lohnt es hier an irgendeiner Stelle mal zu untersuchen, worin der Fortbestand des GHCs bestehen könnte? Physisch-materiell als Raum, ideologisch/symbolisch, kulturell.....

Steuerung ist aber auch abhängig von Entwicklungen angrenzender sozialer Welten und deren Diskursen.

Die soziale Welt des **Tagesbetriebs GHC** agiert fast gänzlich in der ökonomischen Arena, teilweise in der Intersektion mit der des öffentlichen Raumes. Sie befasst sich mit den alltäglich anfallenden Arbeiten zur fortwährenden materiellen Reproduktion des GHCs. Das schließt das Am-Laufen-Halten der Betriebe mit ein oder die Arbeit des Inneren Zirkels, des Rats und sicher auch implizit benannte Arbeiten wie Instandhaltung, Verwaltung und Kriseninterventionen, teilweise unter Einbezug der Arbeit in den GHC-Expertisen. Selbstorganisierte Projekte, abstrakte Überinterpretationen, Kunst oder das „Dazwischen“ sind hier nicht verpflichtende Handlungen. Diese soziale Welt beschreibt sich als existenziell für den Fortbestand des GHCs und insbesondere gegenüber solchen Akteuren als bedeutender, die sich in ihren Handlungen auf das GHC als Gestaltungsraum beziehen und deklassiert deren Absichten als „sich auf einer Spielwiese abspielen wollen“. Der Tagesbetrieb beschränkt sich auf das, was tagsüber stattfindet und verstetigt strukturelle Bedingungen des Informationsaustauschs innerhalb konventioneller Betriebszeiten. Das ist insofern problematisch, weil sich vieles im GHC nachts oder auch am Wochenende abspielt. Es ist zu erwarten, dass sich die soziale Welt des Tagesbetriebs GHC mit der Realisierung der Idee des Seminarhotels noch vergrößert oder an Bedeutung erhält, weil der Kundenbezug auf Seminarteilnehmende bedeutsamer wird. Es könnte sein, dass die GHC-Expertisen noch stärker in den Tagesbetrieb mit einbezogen werden, wenn sie z.B. als Angebote im Seminarbetrieb fungieren (>>FLYER SEMINARHOTEL UNTERSUCHEN). Die vom Tagesbetrieb GHC sowieso schon marginalisierten Sozialen Welten könnten bis auf ein Minimum zum Erhalt einer Creative Identity an Bedeutung verlieren.

Die soziale Welt der **Fördernden** richtet ihr Handeln auf die Förderung einzelner Projekte des GHCs und erkennen damit verbundene Konzeptualisierungen des Gesamten an. Zu den benannten Fördernden gehören Organisationen wie Stiftungen, hier benannt sind die KSB und das Kulturstadamt. Sie schreiben i.d.R. öffentlich Projektgelder aus, prüfen eingegangene Bewerbungen und binden dann die Gewinnenden in Prozedere ein, in denen die Ausgaben der Gelder und die inhaltliche sowie formelle Durchführung der Projekte geplant werden, dementsprechend Gelder ausbezahlt werden, deren Ausgaben anschließend belegt werden müssen. Sie verpflichtet sich i.d.R. dazu, Projekte mit sozialer Innovationskraft zu fördern, sowohl finanziell, als auch ideell oder organisatorisch. Das heißt sie orientieren sich in ihren Ausschreibungen an bedeutenden Debatten und gesellschaftlichen Themen. Gleichzeitig kann ihre Förderung auch die Anerkennung des Projekts innerhalb bestimmter Diskurse/Fachöffentlichkeiten fördern. Sie sind also an der GHC-Produktion ebenfalls beteiligt. Sie fordert von Projekten, sich zu präsentieren, zu erklären, zu profilieren, um Förderungen zu erhalten. >>Um zu erfahren, was die Fördernden z.B. über

Kommentar [jm491]: Vielleicht lohnt es hier nochmal die KSB-Selbstdarstellung im WEB heranzuziehen

Die Soziale Welt der (GESAMT-) **Konzeptualisierungen** des GHCs beschäftigt sich mit Interpretationen des GHCs zu Zwecken der (Re-)Präsentation des GHCs, der Profilierung innerhalb verschiedener Diskurse und der Anerkennung und Förderung von entsprechenden Projekten/Prozessen. Die Akteure in dieser sozialen Welt verpflichten sich Darstellungen des Projekts zu erschaffen, die das, „was das GHC macht“, zu vermitteln wissen. Die Teilnehmenden kommen aus unterschiedlichen sozialen Welten, wie z.B. der Medien, der GHC Arbeitsgemeinschaft, dem Inneren Zirkel oder auch

Kommentar [jm492]: Internetauftritt, Pressearchiv, Stiftungsaustausch; Flyer

Kommentar [jm493]:

aus unserer Gruppe der Erzählenden, die wir das GHC deuten. Die an den Konzeptualisierungen Beteiligten glauben, dass diese Vermittlungsprozesse wichtig sind, um das GHC zu verstehen. Dabei gelten insbesondere solche Vermittlungsentwürfe als notwendig, die nach Außen gerichtet sind, eben um Anerkennung für das „was das GHC macht“ zu erlangen. Die Vermittlung „innerhalb“ der Arena der GHC-Produktion hingegen ist scheinbar nicht für alle Teilnehmenden von Bedeutung: „Gruppen arbeiten weitestgehend für sich, teilweise auch ohne Informationen über die Tätigkeiten der anderen“. Konzeptualisierungen wie das „Seminarhotel“ haben innerhalb der GHC Arbeitsgemeinschaft für Protest gesorgt, offenbar weil sie nicht als eine mögliche Deutung unter vielen anderen Interpretationen des GHCs verstanden wurden. Tatsächlich gibt es verschiedene Präsentationen innerhalb der einzelnen Diskurse: Kunstprojekt, Leuchtturm, alternative Form der Institutionalisierung, offener Raum, Flüchtlingsprojekt, Seminarhotel, Bürotower, ...?. Sie beschreibt innerhalb ihrer jeweiligen Interpretationen entsprechende andere soziale Welten aus der Situation, z.B. den Teil der Arena der Geflüchteten, die Bewohnende des GHCs sind, werden mit „Gäste mit Asyl“ beschrieben. Oder innerhalb der Deutung des Leuchtturms werden Nachfolgeprojekte beschrieben als inspiriert vom GHC. [Hier können noch weitere RELEVANTE Beschreibungen explizit gemacht werden]

Eine Perspektive die diese soziale Welt in ihren Praktiken infrage stellt, ist die der „abstrakten Überinterpretation“. Die Konzeptualisierungen werden in bestimmte Diskurse vermittelt und dann wird auf diese Deutungsangebote reagiert in unterschiedlicher Weise. Ich denke, dass längerfristig solche Konzeptualisierungen vom GHC legitim werden/bleiben, die über das Feedback von daran anschließenden sozialen Welten bestätigt werden. Die Konzeptualisierungen sind Orte der Reflexion, der Bewussterwerden über das eigene Handeln und welchen kollektiven Sinn diesem zugesprochen wird. Hier werden Vorstellungen von der Welt und wie sie besser wäre auf den Punkt gebracht, Ziele sichtbar und Rechtfertigungen/Erklärungen des eigenen Handelns angeboten.

Wie ist die Arbeit hier zur Umsetzung der Anliegen organisiert? Unterschiedlich? [Müsste noch überprüft werden, aber ich denke, es ergibt sich eine Idee eines Einzelnen, der dann Mitläufer_innen findet für die Verwirklichung der Idee als geteiltes Ziel, darauf ausgerichtet wird eine Strategie ausformuliert und dementsprechend eine Form der Darstellung dessen gefunden, von der sich die bestmögliche Vermittlung der Absicht erhofft wird. Dazu gebraucht das GHC unterschiedliche mediale Technologien wie XY]

Die Soziale Welt des **Seminarhotels** befasst sich mit der Konzeption, Vermittlung, Legitimation und Ausgestaltung der Idee des Seminarhotels. Diese soziale Welt hat sich zur finanziellen Stabilisierung/ „Erhalt des GHCs“ (was auch immer das bedeutet, vielleicht spezifischer, der Erhalt der Organisation/Verwaltung des GHCs in seiner gegenwärtigen Form) verpflichtet und darauf ausgerichtet, „alle vorhandenen Kompetenzen auf eine Oberfläche zu bekommen“ um diese dann dem Markt anbieten zu können. Dazu meinen die Teilnehmenden, die GHC Arbeitsgemeinschaft miteinzubeziehen zu müssen und laden zur „Visionsfindung“, in der versucht wird, „zu EINER Vision zu verschmelzen“ (Vielleicht, um Legitimation und Kooperation für Strategie zu erlangen, vielleicht, um der Setzung der Markt-Identität GHC noch eine Entwicklung des GHC-Arbeitsgemeinschaftsprozesses voranzuschieben). Sie sieht in der GHC-Arbeitsgemeinschaft/GHC-Produktion Kompetenzen, die es zu bündeln gilt.

Die soziale Welt der **Gestaltungsräume** bündelt alle Perspektiven, die sich mit dem GHC als offenen Raum der selbstbestimmten gesellschaftlichen Produktion beschäftigen. Hier werden Projekte von

Kommentar [jm494]: Flyer, Internetauftritt untersuchen

Kollektiven realisiert oder Projekte von Bewohnenden ermöglicht, aber auch Projekte von Entrepreneuren und deren Mitarbeitenden haben Teil an den Gestaltungsräumen der GHC-Produktion. Gestaltungsräume sind materielle und ideelle Infrastruktur des sozialen Wandels, sie sind Raum der Ermöglichung von Eigenaktivität, Kreativität und Experiment. Von dem Inneren Zirkel wird diese soziale Welt oft als „Spielwiese“ markiert, die nicht für jede_n bedingungslos zugänglich sein sollte. Eine zentrale Behauptung ist hier, dass die Gestaltungsräume von der finanziellen Stabilisierung des Ortes und seiner Institution GHC abhängt. Ich verstehe die Entwicklung des GHC-Produktionsprozesses so, dass diese soziale Welt anfangs noch sehr groß und einflussreich für die GHC-Produktion war und mittlerweile sehr kontrolliert und begrenzt wird und weniger das Gesamte definiert. Zu Beginn waren hier noch gemeinschaftliche Aktionen u.a. im Umgang mit Krisen verortet, durch Handlungen hier wurde die öffentlich-politische Positionierung des Gesamtprojekts sichtbar. Die Praktiken dieser sozialen Welt waren es, die öffentlich-mediale Aufmerksamkeit erregten und dem Projekt zu Popularität verhelfen. Heute scheint sich der Fokus der sozialen Welt auch auf Veränderungen hin zu ökonomischer Verwertbarkeit zu verändern. In Teilen wurde diese Welt ökonomisiert, bürokratisiert und vor allem auch subjektiviert: Projekte werden vermehrt von Einzelnen geführt, die sich Expertisen dann in ihrem Sinne einkaufen oder auswählen, Projektrealisierungen bedürfen eines umfangreichen formal einheitlichen Projektantrages, der zunächst von der Buchhaltung und dem Rat genehmigt werden muss, Zimmer/Ateliers werden an Einzelpersonen vermietet und werden größtenteils als Büroräume genutzt.

Während der analytischen Mappingsitzungen werden auch implizite Akteure sichtbar. Das sind für CLARKE zweierlei Art von Akteuren, die einmal „physisch anwesend sind, aber im Allgemeinen von den Machthabern in der betreffenden sozialen Welt oder Arena zum Schweigen gebracht/ignoriert/unsichtbar gemacht werden. Zum anderen jene, die in einer gegebenen sozialen Welt nicht physisch anwesend, sondern allein diskursiv konstruiert sind. Sie werden konzipiert, repräsentiert und möglicherweise auch zum Ziel der Tätigkeit jeder anderen. Daher sind sie diskursiv anwesend“ (Clarke 2012: 87). Entscheidend ist, dass keine dieser impliziten Akteure aktiv an den Aushandlungsprozessen der Selbstdarstellungen und der kollektiven Sinngabe der sozialen Welten beteiligt sind. Sie werden von den Akteuren, die größere Macht besitzen nicht zur Teilhabe oder zur Selbstrepräsentation zu ihren Bedingungen aufgefordert und ihre Wahrnehmungen werden ignoriert oder zum Schweigen gebracht (Clarke 2012: 87). Implizite Aktanten sind wie Menschen physisch oder/und diskursiv in der untersuchten Situation anwesend. Das bedeutet, „menschliche Akteure konstruieren diskursiv routinemäßig (individuell und/oder kollektiv als soziale Welten) nichtmenschliche Aktanten aus ihren eigenen menschlichen Perspektiven“ (Clarke 2012: 88).

Es fehlen hier auf meinen ersten Blick **implizite Akteure und Aktanten** wie z.B. der Verein, die **Hotelgäste und Besuchende** von Kulturveranstaltungen, die ich als GHC-Produzierende vermutet hätte, die aber im Gespräch nur implizit auftauchen in der Debatte um Relevanz der Besucherzahlen. Oder auch Nachbar_innen, ebenfalls unbenannt. Die Soziale Welt der anwesenden Bewohnenden ist ebenfalls nur implizit vorhanden, sie werden einmal zur Konstruktion der Besonderheit des GHCs gebraucht, dann für die Darstellung des GHCs als Infrastruktur für selbstorganisierte Projekte hinzugezogen und in der Kontrastierung zu den Kontrollpraktiken des Inneren Zirkels als die

Kommentar [jm495]: Was bedeutet es für die GHC-Produktion, wenn sich verhältnismäßig sehr viele Menschen am Ort befinden, die aber nicht explizit GHC-Mitmachende sind? Sie sind ja trotzdem da, beziehen sich auf den Ort, bewegen sich hier wie Inventar das aber nicht spricht (öffentlich), konsumieren ihn, schmücken ihn, (ge)brauchen ihn. Machen sie das GHC damit zum Objekt? Oder werden sie durch ihren Bezug zum GHC zu Bewohnenden, Gästen, Besuchenden, also gewissermaßen auch zu Objekten? Interessante Hypothese: Die impliziten Akteure/Aktanten werden nicht zu kollektiv Aktiven, weil sie zu Objekten vereinheitlicht werden und sich als Objekte zum GHC-Produktionsprozess verhalten. Und umgekehrt. Hier könnte ich weiter untersuchen, unter welchen Bedingungen sich dies ändert (siehe weiter unten).

Kommentar [jm496]: Vielleicht ist deren Abwesenheit auch Zeichen für mangelnde Aufmerksamkeit/Interesse, weil man doch sehr mit „sich selbst“ beschäftigt ist? Könnte auch Grund für schlechte wirtschaftliche Situation sein, weil wenig „Kundenorientierung“

Raumproduzierenden sichtbar. Vielleicht gibt es sie aber auch als kollektive Identität nicht. Auch die soziale Welt der Freiwilligen ist nur implizit angesprochen als Beispiel für den veränderten Umgang im Projekt untereinander. Das ist natürlich insofern interessant, als dass das GHC als Freiwilligenprojekt begonnen und lange getragen wurde.

Die soziale Welt der **Nachfolgeprojekte** als implizite Aktanten, die gebraucht werden um die Wirkkraft und die Besonderheit des GHCs zu belegen.

Die soziale Welt der **GHC-Expertisen** verfügt über Spezialwissen zu den im GHC als bedeutsam erachteten Diskursen und zu Haupttätigkeiten. Hier werden spezialisierte profunde Arbeiten geleistet, in kleinen Gruppen, die teils ohne Informationsaustausch in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen miteinander arbeiten. Diese soziale Welt ist nur teilweise explizit gemacht und zwar in den zwei Segmenten: *Spezialist_innen im Bereich Asyl*, die mit Institutionen „harter Grenzen“ konfrontiert sind, wiederholt Ohnmachtserfahrungen gemacht haben und von ihrer Arbeit im Bereich Asyl völlig eingenommen oder von anderen Arbeiten abgelenkt sind. Und das Kollektiv Räume Denken, die sich im *Ortswechsel* vom Großen und Ganzen des GHCs abgespalten hat. Der Rest der sozialen Welt der Expertisen bleibt unklar, aber scheint existent, weil von **Professionalisierung und Krisenintervention in spezialisierten Gruppen die Rede ist. Auch die Erzählung, dass sich aus dem kollektiven Aktionismus heraus im Prozess der Ausdifferenzierung von Arbeit im GHC Spezialisierungen gebildet haben, deutet darauf hin, dass es noch andere Expertisen als die im Bereich Asyl gibt. Warum sind diese unbenannt? Sind es vielleicht keine kollektiven Perspektiven oder sind Expert_innen evtl. in anderen sozialen Welten präsepter/aktiver?**

Die soziale Welt der **Flüchtlinge** wird politisch-medial diskursiv geformt und bespricht und gruppiert implizit anwesende Menschen, die „unerlaubt“ nach Deutschland einreisen um hier um Asyl zu bitten. Diese sehr heterogene Gruppe von Menschen wird vielfältig genutzt, aber in den seltensten Fällen miteinbezogen um Fragen der Solidarität diskursiv zu verhandeln oder Praktiken des Ein- und Ausschlusses zu legitimieren. Die mit ihr verwobenen Schlüsseldiskurse in meiner untersuchten Situation sind die Flüchtlingskrise, Willkommenskultur, Fragen des Zusammenlebens. Sie prägt wie keine andere soziale Welt die öffentlich-medial repräsentierte und als besonders anerkannte Identität des Hauses, auch aufgrund des materiell-räumlichen Anschlusses an eine staatliche Einrichtung für Flüchtlinge. Paradoxiertweise ist sie von den Aushandlungen um die Selbstbeschreibung des GHCs (z.B. in Form einer „Visionsfindung“) weitestgehend ausgeschlossen. Die sich dort befindenden Menschen werden per Zwang zu Bewohnenden der Flüchtlingsunterkunft im Springergässchen 5 gemacht und damit unfreiwillig zu Teilnehmenden des Projekts GHC⁵².

Die **Bewohner** sind ein Segment dieser sozialen Welt, die implizit anwesend und in Repräsentationen des GHCs diskursiv konstruiert werden, weitestgehend als homogene Einheit dargestellt und teilweise zum Ziel der eigenen Arbeit, etwa wenn sich anfangs in Krisensituationen alle im GHC Aktiven und heute die Spezialist_innen im Bereich Asyl mit der Bedrohung von Bewohnenden auseinandersetzen. In der Begründung, dass die mit dieser sozialen Welt verbundenen Arbeit zur kollektiven Ermüdung führe, steckt implizit auch die Rechtfertigung der veränderten Organisationsstruktur /-kultur (Ausrichtung). Die Bewohner und Gäste der Bewohner (u.a. auch

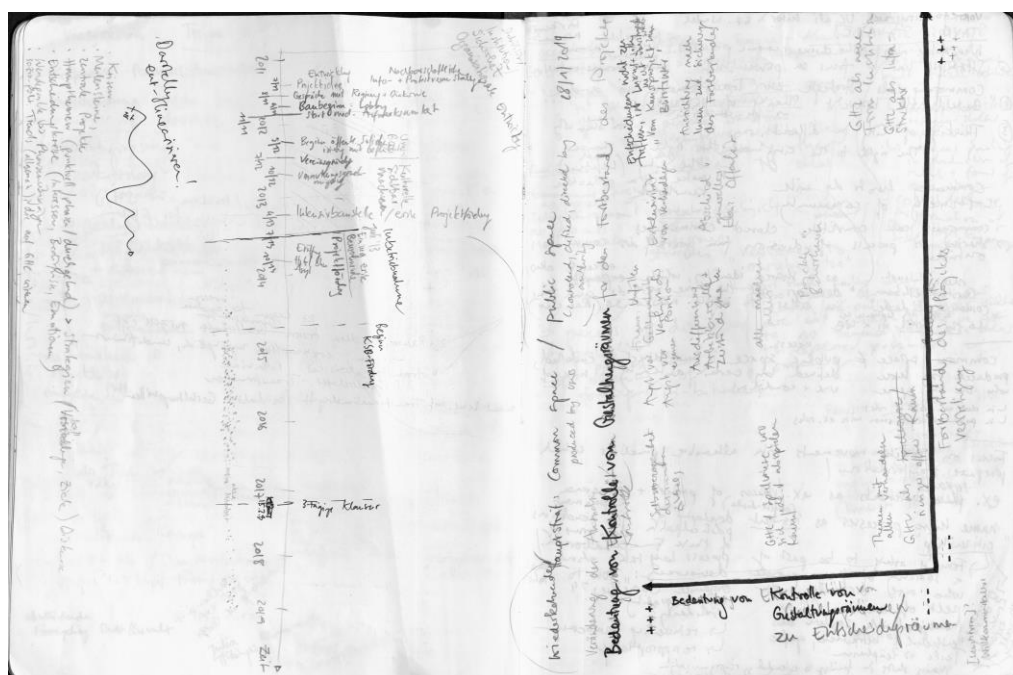
⁵² Das ist Vielen GHC-Produzent_innen durchaus bewusst und wird stellenweise als selbst-kritisch betrachtet und es gab auch durchaus Versuche (Hausplenum, Hüttenwochenende, etc.), das zu verändern. Diese waren aber meist auch von Machthabenden strukturiert und fragten nicht wirklich nach den Bedingungen der Bewohnenden.

„Flüchtlinge“) werden außerdem zur Begründung des Fortbestands des Hauses als Objekte herangezogen, hier heißt es, das **GHC ist Infrastruktur, Raum für Eigeninitiative** von Bewohnenden, Projekte zu realisieren. Gleichzeitig gibt es auch die Beobachtung, dass Bewohnende in Form von kollektiver Raumeinnahme ihre eigene soziale Welt/en schaffen, wenn Kontrolle durch die Mächtigeren im GHC ausbleibt (etwa, weil sich bestimmte Akteure nicht im Gebäude befinden): Je weniger Hoteliers, also solche, die sich mit dem GHC als Projekt identifizieren, aktiv im Haus sind, desto mehr werden Räume **von Bewohnenden und anderen (Nicht-)Geflüchteten genutzt und belebt**. Unter bestimmten Bedingungen (Bedrohung ausgesetzt, Verantwortung für Projekte übernehmend, sich unkontrollierte Räume aneignend), werden aus den Bewohnenden zu kollektiven und handlungsorientierten Akteuren in der Arena der GHC-Produktion, nämlich dann, wenn sie sich selbst (mit Unterstützenden) einmischen und für ihre Belange aktiv werden. Es gibt sicher verschiedene Gründe, warum das relativ selten geschieht.

Implizite Aktanten

Kollektive Vision, Sinn der Beteiligung, Community-Building/Gemeinschafts-/Gruppenprozess, Kit

Positionsmaps

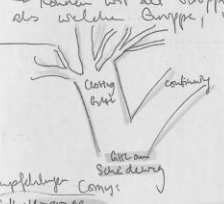


Links: Entwurf Prozessmap. Im Zuge der analytischen Ordnung des untersuchten Raumformungsprozesses in vier Phasen (Projektbeginn, Inbetriebnahme, Institutionalisierung, Existenznot). Rechts: Entwurf Positionsmap zur Bedeutung von Kontrolle von Gestaltungsräumen. Eigene Darstellungen.

Notizen als teilnehmende Beobachterin und „Gepäckbeförderung“

Vier Bedingungen zu treffen im Luxus + sollte nicht überstrapaziert werden + mehr Energie für die Vorlage, Realitätsbezug
 # möglich → Asyl
 Rechte sind mit Pflichten gekoppelt

Gruppenprozess gut; Rinde hält es aus, einander zuhören
 → können mit alle Gruppe und wenn ja, als welche Gruppe, welche gehen?



Das Bild drückt aus, dass es einen Weg des Weitermachens gibt, und der geht nicht strengst als stilles Aft; sondern das Schließen der Kreise, Veränderung der bestehenden Wege symbolisiert.

unabhängiger Prozess
 Selbstfürsorge
 Psychohygiene + Beziehungsarbeit

gehen Hand-in-Hand mit dem Fortkommen

Rat muss Entscheidungen treffen können, braucht Vertrauen

Nachwort aus pers. Verantwortung

Welche Aufgaben übernehmen wir im GTC? als Koll. + in welchem Rahmen/Werte/Haltung Reflexion

von wem gegeben? was sind die Dinge, die wir beobachten müssen/wollen

Reflexion (eigene geist. Werte)
 Versorgung (Care-Arbeit, Betreuer) nach Lern + Typen
 Raumformung (Tafel)

III. Welche Ressourcen haben wir zur Verfügung? (z.B. Geld, Raum, Zeit, etc.)

IV. Welche Ressourcen haben wir zur Verfügung? (z.B. Geld, Raum, Zeit, etc.)

V. Welche strukturelle Veränderung bräuhle ich mir, mich hier gut zu fühlen?

13.2.2017 KLAUSUR 2. Tag

Rolle "Oberflächenhaft" → Wozu nach Tele → Veränderungen von Strukturen

I. Kurzvorträge

HP Vorstand Verein Rat

Gemeinschaft muss bestehen bleiben, wenn Beschäftigung nicht geändert werden soll.

→ Haftung, Verantwortlichkeit + Konsequenzen

HS1 Zahlen (von HP) / Veranschaulichung: Simple Kategorie

15/16

Betriebe (Cafe, Hotel, Workshops, Kunst etc.)

Förderungen (z.B. KSB + Bock 1/6, KSB + Bock 2/6)

Produktion (Workshops, Vorträge, Zusammenkünfte des Monats)

Sonstiges

Spenden (Preisgeld)

andere

Wohin Fortschritt → mehr Homogenität

Wohin Entwicklung → mehr Heterogenität

Wohin Veränderung → mehr Vielfalt

Wohin Fortschritt → mehr Homogenität

Wohin Entwicklung → mehr Heterogenität

Wohin Veränderung → mehr Vielfalt

Stimme vermeiden → Begrenzung auf Augen

Über Wegfall von Menschen im Umgang mit neuen Förderungs-Struktur

Förderungs-Struktur

• Hauswirtschaftliche zell. Struktur

• Teilweise Löhne auch das Fördern

Arbeitskreis (auf Basis von 01/17)

• einige Hauswirtschaftliche sind ausgefallen → weniger Kosten

• Betreuer ohne eine 1/6

• Ausgaben übersteigen Einnahmen aufgrund wegfallender Puffer aus Geldern

Förderungen

→ mehrakt. nimmt von ca. 14.000 € (reicht für 3 Monate)

→ Vorstand ist verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen

HS2 (Entscheidungs) Struktur

Soziale Struktur als konzeptionelle Struktur

Die Koll. zell. Organisationsstruktur

Rat

Arbeitskreis

Gruppe in der Struktur, auch viel Veränderung, auch offen

Impulse aus GTC werden zu Themen für Rat

Probleme im Rat: Informationsqualität / Asymmetrie GTC / Informelle Strukturen

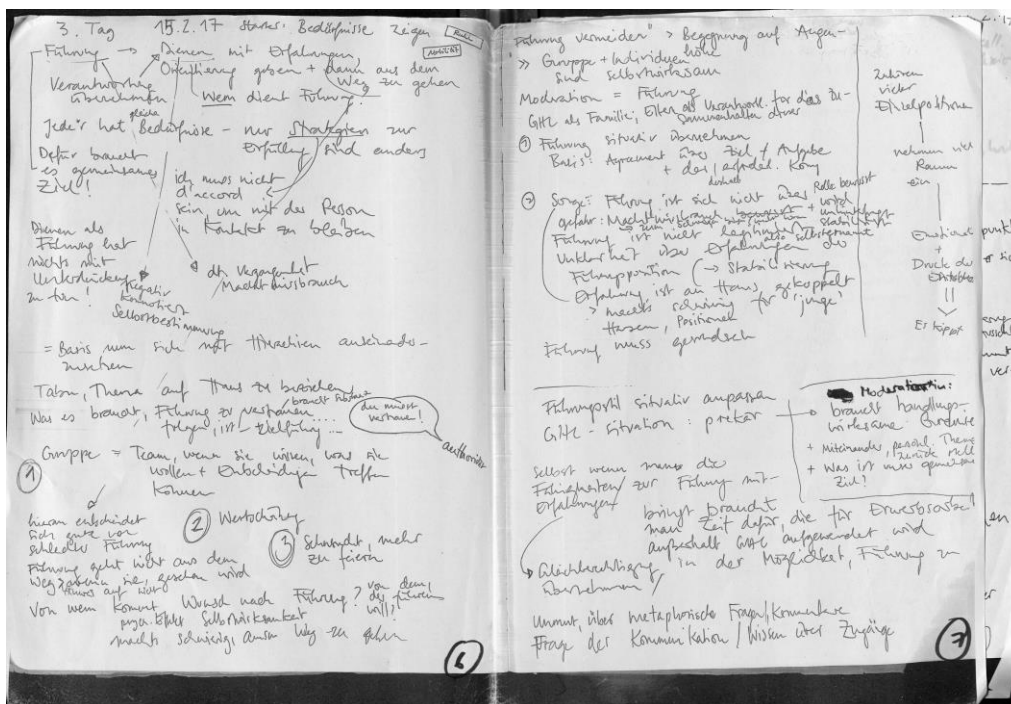
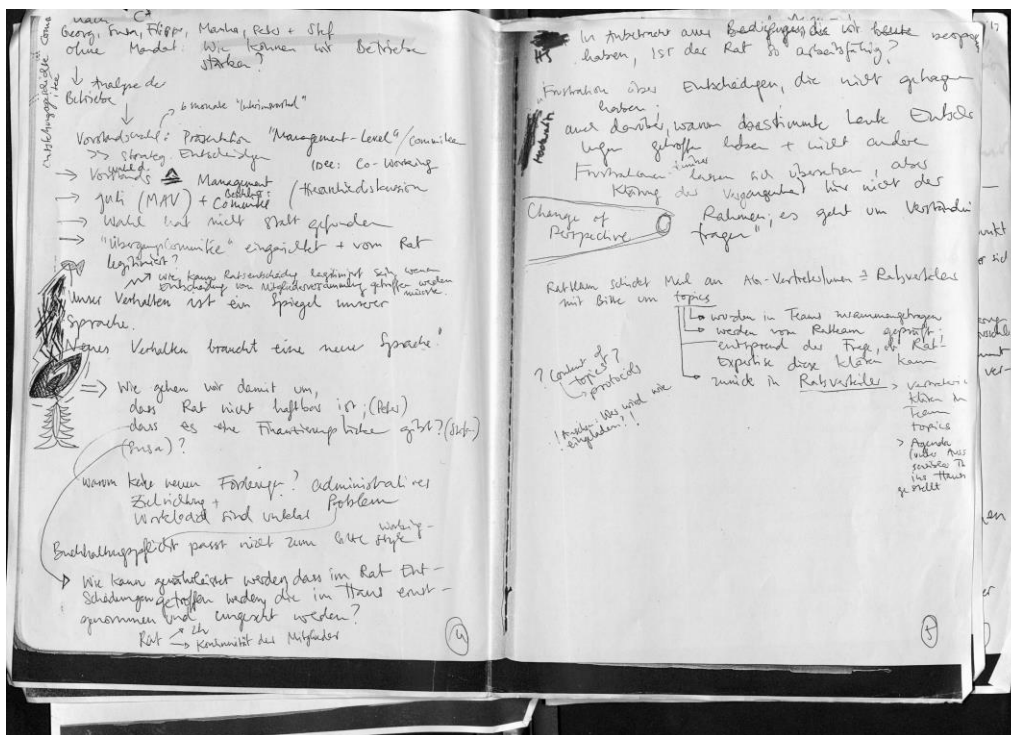
Wie können Rat und Gruppe, die als (unvollst.) die Meinung in Gruppe

→ mehr kontinuierlich im Rat; mehr Zeit im Bewusstsein, das man sich Mühe aufwendet

1. Idealbild des Rat

Teilnahme, Mitbestimmung etc.

2. Wie muss das Committee arbeiten, warum taucht es jetzt nicht auf?



Analytische Skizzierungen und Relationen in interpretativer Mitschrift des Klausurwochenendes (12.12.-14.12.2016) zum Thema „In welchem GHC willst du leben?“. Eigene Darstellungen.

Reflexive Memos

Titel: Selbst-kritische Reflexion meines Forschungsprozesses

Art des Memos: Reflexives Memo

Erstell-Datum: 26.2.19; Weiterarbeit:

Absicht: Mein persönlicher Zugang zum Untersuchungsinteresse und damit verbundene Herausforderungen klären

Während meiner ungefähr dreijährigen aktivistischen Mitarbeit im GHC begann ich sehr bald, nach Möglichkeiten zu suchen, wie ich diese mit meiner universitären Ausbildung im M.A. Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung verbinden konnte. Diese Suche führte mich über von Fragen zur gesellschaftlichen Relevanz sozialwissenschaftlicher Forschung und forschungsethischer Fragestellungen zu methodologischen Konsequenzen. Sie führte mich aber noch weiter in eine grundlegende Auseinandersetzung mit meiner Person, mit meiner Art und Weise, mit der Welt in Beziehung zu gehen und mit meinen Wünschen und Zielen. Das alles fand statt in einer Zeit einer sehr hohen Erlebnisdichte, mein Alltag fühlte sich sehr intensiv an, forderte mich einerseits und erschien mir andererseits sehr stimmig. Immer wieder fand ich Wege, wie sich die Arbeit in meine so unterschiedlichen Aktivitäten gegenseitig bereichern ließ, was mich zufrieden machte und mir das Gefühl von Sinnhaftigkeit meines Handelns gab. Mich in dieser praktischen Weise an der Suche nach transformatorischen Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens zu beteiligen, war die Basis dafür, dass ich weiterhin Sinn in meiner akademischen Arbeit erkannte und mich für theoretische Auseinandersetzungen begeistern konnte. Außerdem gab mir die theoretische Reflexion eine Möglichkeit, mich in dem chaotischen Feld zurecht zu finden, und meinen praktischen Aktivismus in gewisse Sinnzusammenhänge zu bringen und mich dadurch auch emotional etwas davon zu entfernen.

Gemeinsam mit anderen im GHC experimentierte ich mit Formaten, die auf die Reflexion des eigenen Handelns, eine Wissensgenerierung aus „dem Feld“ heraus und eine bewussten Umgestaltung der eigenen Lebenswelt abzielten. Ich suchte gleichzeitig nach wissenschaftstheoretischen Ansätzen, die eine solche Vorgehensweise intellektuell stützen. Ich gelang von Performative Social Sciences (z.B. Denzin, Winter) über kritisch-feministische Theorien und emanzipatorische Ansätze zur Aktionsforschung. Aus dieser Suche entstand das Projekt der Gepäckbeförderung, das ich in meine universitäre Ausbildung in dem Seminar von XY integrierte. Das radikal partizipatorisch angelegte Projekt überforderte mich (und meine Mitstreiter*innen) schließlich aufgrund des kaum abgesteckten Untersuchungsgegenstandes und fehlender fokussierter Paradigmen sodass dieser Forschungsprozess letztlich ohne ein spezifisches „Endprodukt“ einfach auslief (der Abschluss der komplexen Seminararbeit steht noch aus) bzw. in ein neues Projekt mündete:

In sehr ähnlicher Zusammensetzung schafften wir das Kollektiv Räume Denken, das sich mit der Reflexion der Raumformungsprozesse des GHCs auseinandersetzte und gleichzeitig experimentelle Formate zur Beforschung und Weiterentwicklung einer emanzipatorischen Raumproduktion im städtischen Raum entwickelte (z.B. Ortswechsel). Nun gab es einen – mehr oder weniger – konkreteren Bezugspunkt für meine Forschungsabsicht: Das GHC als sozialer Raum. Dann wurde ich erst mal schwanger und ich merkte, wie ich mich nicht weiterhin in diesem Spannungsverhältnis zwischen Aktivismus und Forschung bewegen konnte. Also fokussierte ich mich fortan auf die Arbeit am Schreibtisch und bastelte weiter an meinem sozialwissenschaftlichen Selbstverständnis.

Dabei erlebe ich mich immer wieder unzufrieden und im Zweifeln darüber, mit den mir bekannten theoretischen Konzepten die von mir wahrgenommenen Wirklichkeiten angemessen deuten zu können und davon ausgehend, sie im transformatorischen Sinne zu verändern.

Diese Zweifel treiben mich an, in den unterschiedlichen sozialen Welten der Theorie und der Empirie weiter zu suchen, Fragen zu stellen, meinen Sehapparat zu verändern und so mein Verständnis vom Sozialen über glaubwürdige, resonante und nützliche Theoretisierungen permanent zu erweitern. Als Forscherin gilt es, die Vorstellungen und Konzepte von meinem Forschungsgegenstand bzw. meiner untersuchten Situation im Laufe des Forschungsprozesses zu be- und zu hinterfragen (Blumer 2013: 108/109) um meinen Blick für die ambigue Darstellung der Situation zu öffnen

Widersprüchlichkeiten, Beobachtung: Selbstgefälligkeit, Selbstentfaltung und damit einhergehende Geltungsverlustängste einiger Akteure>> zweifelnder Blick auf das Projekt >> wie konstruktiv damit umgehen (also Kritik üben und Möglichkeit des veränderten Umgangs damit aufzeigen), wo doch vieles an dem Projekt sinnvoll erscheint: Mitdenker*innen: GBF/Räume Denken

Ich kam mit der Vorannahme, wie selbstverständlich verstünden sich die Hoteliers als politisch und darüber gab es für mich dann noch mehr Widersprüche als sowieso

Meine Rolle als Studentin/Forscherin

Sprache meiner Forschungsarbeit

Ich versuche der Vielfältigkeit der Geschlechter, welche in einer gemeingeschaffenen Postwachstumsgesellschaft anerkannt werden sollte, durch den sogenannten Unterstrich Rechnung zu tragen, wobei ich im Singular um Willen der besseren Lesbarkeit jeweils nur den weiblichen Artikel sowie im Nomen den dezentrierenden Unterstrich benutzen, also beispielsweise: die Aktivist_in_in.

Affektive Verklärungen/Vermischungen/Vereinnahmungen

Immer wieder mal fühle ich mich auch übermannt von den Erinnerungen an eine sehr erfahrungsintensive Zeit meiner Mitarbeit im GHC.

Zeitlich beschränkte Auseinandersetzung: Das GHC wird auch heute noch gemacht – wie, das habe ich aufgrund meiner zeitlichen Ressourcen nicht systematisch weiterverfolgt. Würde ich den Projektprozess bis heute analytisch betrachten, hätten sich evtl. auch die von mir hier untersuchten Phasen vor einem anderen Hintergrund gezeigt, weil mein Wissen wahrscheinlich erweitert wäre.

„Es ist erforderlich, dass wir uns selbst, unsere Forschungssituationen, den Forschungsprozess und seine Erzeugnisse genau betrachten. Wir können lernen, unsere Standpunkte zu erkennen, neue Perspektiven einzunehmen und uns so in andere Richtungen wenden als Kolleg/innen, die sich ausschließlich auf ihre Forschungsteilnehmenden konzentrieren. Auf diese Weise können wir genau betrachten, wie wir die Wirklichkeit konstruieren und rekonstruieren.“ Multiple Wirklichkeiten und multiple Perspektiven auf diese Wirklichkeiten {Mey 2011 #57D: 182–183}

In meiner Erinnerung kann ich sehr viele Situationen hervorholen, die ich heute unter den Begriff des commoning subsumieren würde. Es gab für mich eine Zeit im GHC, in der sehr viele Menschen das Zwischenmenschliche im Besonderen zu kultivieren versuchten und versuchten, einen common ground zu schaffen als Basis eines Miteinanders auf Augenhöhe. Es gab listening circles und gemeinschaftsaktionen wie das Hüttenwochenende. Dafür braucht es Ressourcen, die im alltäglichen In-Betrieb-Seins mangelten oder gar fehlten.

Hannah Arendt: Freiheit bedarf dem Fehlen existenzieller Not

Roos sprach mehrmals von einer sehr voraussetzungsvollen Arbeit. Was sind für mich die Voraussetzungen, um aus meiner Position im Spannungsfeld zwischen (ehemalig physisch anwesend) Mitgestalterin und Forscherin das Grandhotel Cosmopolis hinsichtlich seiner transformatorischen Potenziale zu untersuchen?

Wie wurde ich wahrgenommen? Als wer wurde mir vertraut (als aktivistisch Mitgestaltende im GHC oder als Forscherin)

In meinen analytischen Memos scheiterte ich immer wieder daran, die Beobachtungen, die ich als Aktivistin gemacht hatte von denen der Forscherin zu unterscheiden, gerade auch, weil mich erstere oft weiter beschäftigten, selbst wenn ich sie nicht notiert hatte.

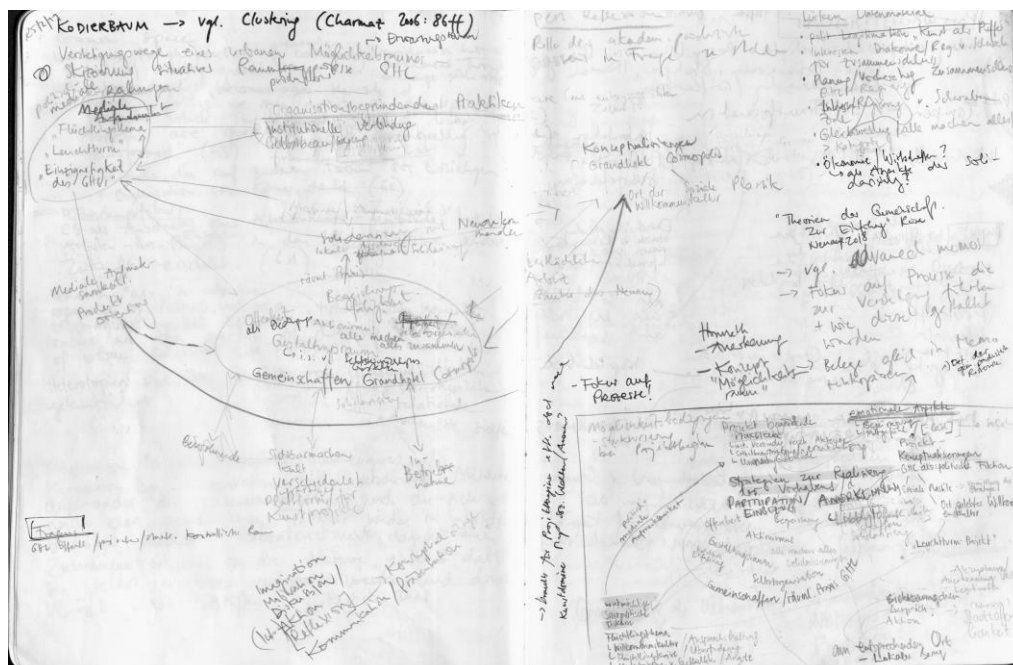
Versuche, mich eindeutig zu positionieren wurden von meiner Biografie durchkreuzt, in der ich mich sowohl als Wissenschaftlerin als auch als Aktivistin engagiert hatte (ähnlich beschreibt das Marion Hamm 2013: 67).

Unmöglich, allen wissenschaftlichen, sozialen, politischen und ethischen Codes gleichermaßen zu entsprechen (ähnlich beschreibt das Marion Hamm 2013: 67).

Feministisch-lebendische Stadtforschung

„Was möchte ich in meiner Forschung erreichen und welche Selbstverständnisse liegen dem zu Grunde (Positionalität)? In welchen privaten, wissenschaftlichen und politischen Zusammenhängen kann ich mich über meine Forschung austauschen (Reflexivität)? Wie kann ich Ungleichheiten und unterschiedliche Perspektiven erkennen und gegebenenfalls für sich selbst sprechen lassen (intersektionale/differentielle Analyse)? Wie werden diese Unterschiede im Alltag reproduziert und welche Effekte haben sie (Kritik)? Welche Ideen für einen anderen Alltag und eine andere Politik schimmern implizit oder explizit durch das Material meiner Analyse hindurch (Alternativen)?“ (Vogelpohl 2018: 155)

Kodierbäume/Cluster



Kodierbaum/Clustering Projektbeginn und Institutionalisierung. Eigene Datstellung.

Zugehöriges analytisches Memo (Quick-and-dirty-style)

Titel: Kodierbaum/Teil der Projektmap: Institutionalisierung

Art des Memos: analytische Beschreibung

Erstell-Datum: 19.3.19

Kommentar: (Kopie aus Kodierbaum_Memo_Projektbeginn) 25.2.19: Ich skizziere einen Kodierbaum zur Raumproduktionsphase PROJEKTBEGINN (vgl. Notizheft) und beschreibe hier die Skizzierung. Zwar habe ich die einzelnen Elemente der Situation weitestgehend analytisch dargestellt (auch über ihre Verbindungen zu anderen Elementen), jedoch noch keiner systematischen Projekt-Ordnung unterzogen. Darin versuche ich mich hier. Teilweise kopiere ich auch analytische Beschreibungen aus der relationalen Map zum Projektbeginn hier rein, weil sie eher hier rein gehören.

Beim analytischen Beschreiben verändere ich teils nochmals die Ordnung und gleiche dann die Skizze wieder der Beschreibung an und andersrum...

Ich bemühe mich, die Darstellungen der Kodes in ihren analytischen Eigenschaften, also auch unter Einbezug sensibilisierender Konzepte zu schaffen.

Dann beschreibe ich die formulierten Kategorien und füge empirische Belegquellen an.

19.3.19: Ich habe Elemente aus meinem Memo der Schlüsselemente aus der Prozessphase der Inbetriebnahme (Titel erscheint mir immer unpassender) in Abgleich mit der geordneten Situationsmap ; hier muss ich jetzt weiterordnen und analytisch beschreiben (kodes und kategorien)

12.4.19: Ich habe die Kodes während meiner Arbeit an anderen Stellen teilweise mit theoretischen Überlegungen aus verschiedenen Konzepten gespickt. Jetzt gehe ich den Kodierbaum nochmal durch, vergleiche Kodes mit Daten und Daten mit Daten und Kodes mit Kodes und Kodes mit Kategorien und Kategorien mit Kategorien. Ich spüre Lücken auf und entscheide mich, welche Aspekte hier als Schlüsselaspekte analytisch vertieft werden.

13.4.19: Ich veränderte die Bezeichnung der Prozessphase hin zu Institutionalisierung, weil dies die Inhalte entsprechender fasst.

Absicht: Über die analytische Beschreibung des entstehenden Kodierbaums möchte ich der von mir gewählten Lesart Klarheit und Kohärenz geben, Lücken aufspüren und ggf. weitere Datenquellen heranziehen, um mich interessierende Kodes/Kategorien auf ihre empirische Kontingenz zu überprüfen.

Soziopolitische/soziokulturelle Bedingungen

Anerkennung durch etablierte Institutionen

- mediale Aufmerksamkeit
- Projektförderung (etablierter Fördernder)

Augsburg als Stadt der Realisierung des Projekts

- überschaubare, untereinander sehr bekannte+befreundete „alternative Szene“

- Vorgängerprojekte in der Zwischennutzung durch Kulturprojekte
- Wenig städtische Erfahrung mit Urban Commoning?! Vielleicht noch in urbanen Gärten
- zu dieser Zeit der Untersuchung kaum vergleichbar zugängliche, alternative Orte > GHC erfährt großen Zuwachs >> heute gibt es schon deutlich mehr politische Initiativen

öffentliche Anerkennung

implizites Ziel: Fortbestand

Es wird kein anderes konkretes Ziel benannt, was sehr interessant ist: Entweder es ist immanent oder aber nicht existent. Das entspricht dem Wesen transformatorischer Räume: Der „offene Prozess“ zielt nicht auf bestimmte Ergebnisse, dennoch ist das Handeln nicht willkürlich sondern scheint einer Haltung der Solidarität entsprechend bestimmt. Der Prozess im Gesamten erscheint eher komplexen einer Such- und Experimentierbewegung, als planvoll, linear und aufeinanderfolgend.

Alltag als Bezugspunkt sozialen Handelns

Zentrale Ereignisse des Wandels

Einzug der Bewohner*innen und Inbetriebnahme des Hotels

keine expliziten Auftraggebende >>> zivilgesellschaftliche Haltung in Bezug auf gesellschaftliche Situation als Motor für Handeln, *Selbstbeauftragung/Selbstermächtigung*;
 >>> Diakonie als Wohlfahrtsorganisation gibt (intendiert oder nicht-intendiert) potenziell/reell anfallende Care-Arbeit ab an zivilgesellschaftlich Engagierte (Bedürfnislagen werden nicht professionell definiert sondern aus zwischenmenschlichen Kontakt und solidarischer Grundhaltung gegenüber Neuankommenden erfasst); Möglichkeit der Präsentation von Willkommenskultur i.S. Der zivilgesellschaftlichen Vorstellungen >>> Möglichkeitsraum lokal gelebter Form transnationaler Solidarität >> als symbolische Praktiken von unten gestaltender, partizipatorischer Demokratie

>>> Widersprüche eines räumlich eingeschriebenen Nebeneinanders (wahrscheinlich) konträrer Interessen/rechtlicher Ungleichheit+konzeptuell angelegte zivilgesellschaftliche Solidarisierung und der unfreiwilligen Unterbringung von Geflüchteten und der freiwilligen Mitarbeit im GHC
 → Potenzial, das Flüchtlingsheim als Ort der Reproduktion gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnissen kollektiv zu untergraben

Solidarisierung mit Geflüchteten

erfolgreicher, kollektiver Kampf gegen geplante Abschiebungen

Prominenz des Diskurses schafft auch lokale Prominenz und erhöhte Beteiligung
Jedoch ist das Thema nicht längerfristig tragfähiger Garant für Ansturm an Beteiligten

„Transformationen hatten

in der Geschichte immer nur dann eine Chance, wenn sich der wirtschaftliche,
soziale, kulturelle Wandel mit den Bedürfnissen und Interessen von Individuen,
von grossen Gruppen der Bevölkerung verknüpfte“ (Brie 2014: 85).

„Na ja, das Thema Flüchtlinge ist ja nur der Auslöser gewesen für eine gesellschaftliche Diskussion. Also die Frage ist ja dann/ nicht im Grandhotel sondern in der öffentlichen Debatte 'Warum kommen die denn eigentlich? Und was hat das alles mit mir zu tun?' Und das stellt natürlich die große Frage nach dem 'Wie wir leben, alle miteinander. Und wie denn die anderen leben und warum?', und ich glaub, das war/ das war das. Und wir haben halt klar eine Lösung präsentiert, die revolutionär anders war. Die so selbstverständlich klar und offen war, dass sie eigentlich/ also eigentlich, dass es unmöglich ist, die zu realisieren, aber die war schon da. Also wir haben es einfach gemacht. Und das in so einer öffentlichen Debatte, in der der Münchener Hauptbahnhof überquillt [...] #00:39:38-5#“
(Transkript_reflexivesGruppengespräch_GHC_15.03.2018)

Die starke Bezugnahme des Projekts auf die flüchtlingspolitische Krise war bei Projektbeginn nicht geplant oder vorhersehbar. Vielmehr wurde der geschaffene soziale Raum über seinen physischen Anschluss an den Diskurs über Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten und seinen Anspruch auf radikale Offenheit in die transformatorische Dynamik einer breiten Solidarisierung mit Flüchtenden gesogen (was nicht verneint, dass die Absicht, sich als Menschen auf Augenhöhe zu begegnen, nicht schon zuvor bestanden hatte – Belege aus empirischem Material). Die transnationale, politische Krisenerfahrung wuchs hier zu einer Möglichkeit der Solidarisierung und das GHC in ihr zur Vision einer realen Utopie. Erik Olin Wright versteht Visionen realer Utopien als „radical democratic egalitarian“ Formen gesellschaftlicher Institutionen und Strukturen (Wright 2010: 12). Die Aufgabe einer emanzipatorischen Sozialwissenschaft sieht er darin, solche Visionen realer Utopien durch zu entwickeln (ebd. 10). Eine solche transformatorische Dynamik entstand im zivilgesellschaftlichen Umgang mit der „Flüchtlingskrise“ ab 2015 bzw. wurde ein erhöhtes zivilgesellschaftliches Engagement in der Flüchtlingsarbeit schon seit 2011 verzeichnet. Untersuchungen zu den Gründen des erhöhten zivilgesellschaftlichen Engagements ergaben, dass neben der Motivation, Geflüchteten zu helfen oder gesellschaftspolitische Kritik zu üben, insbesondere die Absicht, die Gesellschaft aktiv mitgestalten zu können gegenüber anderen Bereichen zivilgesellschaftlichen Engagements hervorsteht.⁵³ Das GHC wurde immer wieder als beispielhaft im Umgang mit der Situation wahrgenommen und kann als materialisierter Ausdruck einer gelebten Willkommenskultur verstanden werden: Ein Hotel, das Menschen mit und ohne Asyl als Gäste willkommen heißt, in dem versucht wird, einen egalitären Zugang zur Teilhabe am selbstgestalteten sozio-kulturellen Leben zu ermöglichen. Als sozialer Raum mit hoch verdichteter Diversität ist das GHC prädestiniert dafür, Aushandlungsprozesse über grundlegende Fragen des Zusammenlebens in einer Migrationsgesellschaft zu ermöglichen.

kulturelle Dimension, die Dimension der Veränderung, von Leben und Arbeit, im Sinne der Schaffung von humanen Arbeits- und/oder Lebensbedingungen. Es geht um den Gewinn individueller Handlungsfähigkeit letztlich immer die Selbsthilfe. Diese solidarische Selbsthilfe bedeutet letztlich die Entwicklung „neuer Gewohnheiten“, jenseits bewusster Politisierung.

⁵³<http://www.bpb.de/apuz/223923/engagement-fuer-fluechtlinge>, abgerufen am 12.4.19, Vgl. S. Karakayalı/O.J. Kleist (Anm. 5); G. Mutz et al. (Anm. 8).

„Wir tun es einfach“, antwortet jemand auf die Frage, inwieweit politische Debatten in dem Projekt eine Rolle spielen. Es kommt also nicht automatisch zu einer Politisierung – mitunter führt der Druck des Überlebenskampfes bei Projekten, die sich ursprünglich politisch definierten, auch zu einer Entpolitisierung

Handelns, die sich im Gegensatz zur „Politik“ definiert

Möglichkeitsraum verstetigende Bedingungen

Ressourcen teilen als Praktik der Solidarisierung

Privilegien anerkennen_Ressourcen teilen_Hoteliere, Nachbar_innen, Freiwillige mit Geflüchteten (symbolischer Ausdruck von transnationale *Solidarisierung* mit lokalem Handlungsbezug), Freiwillige mit dem GHC, Fürsorgearbeit, Spenden/Teilen/Schenken, öffentlich-mediale Akteure, Kommunalpolitiker_innen, andere Nachfolgeprojekte, Institutionen mit gleicher Stoßrichtung (z.B. Kulturamt),

>> rethinking of community „as a shared identity, which excepts others, develops all the time methods and forms in order to invite newcomers (Rancière)“ (Stavrides talk)

>> „Sharing and solidarity are not introduced as values or ideologically sanctioned imperatives but are experienced in practice, in solving practical problems and in collectively organizing actions of protest“ (Stavrides 2016: 178f.). Solidarisches Handeln kann sich in diesem Sinne gleichsam auf die Organisation eines Widerstands gegen Staatsgewalt wie auch im unentgeltlich, freiwilligen Putzen des Hotels zeigen. Die Erfahrung des Gemeinsambauens hat einen katalysatorischen Effekt auf die Solidarisierung untereinander (Gruber 2016: 97).

>> Unter Sorgearbeit lässt sich für mich die im GHC zu dieser Zeit geleistete Arbeit mit ihren vielfältigen Formen am besten fassen. Wie so oft, wird diese Reproduktionsarbeit aber weitestgehend nicht explizit Teil des Konzepts und seiner Anerkennung und ihr wird kaum wirtschaftliche Relevanz beigemessen und nicht in den Bereich der Arbeit gedacht (auch, weil man ja keine Soziale Arbeit machen will), sondern eher als Kultur des Miteinanders gesehen.

>>> Es bräuchte eine Sprache, die das, was hier an Versorgung, Verbindung, Begleitung geleistet wird, übersetzt. Einmal, dass sich nicht der Begrifflichkeiten aus der Sozialen Arbeit bedient werden muss, und weiter, die diesem Kit, der alles Zusammenhält, Anerkennung verschaffen kann.

Das, was es uns bedeutet, vermitteln

Komplexität produzieren und kommunizieren

Vielfältig anschlussfähige Diskurse herausstellen;

GHC steht als eigenständiges Kunstwerk nicht im Dienste von Belehrung, sodass die Betrachter_in statt der Rolle einer passiven Empfänger_in die einer aktiven, selbst gänigen Interpret_in spielen (in der Bedeutungsproduktion). (Kleesattel 2016: 102; in Bezug auf Rancières Konzept der politischen

Kommentar [julia497]: Diese Bedingungen erfordern eine besondere Priorisierung; Zeit und Raum, Zuwendung aller; bei allen Aspekten ist das WIE, also die Qualität der Bedingungen entscheidend

Ästhetik).

Vermittlungserfolge (begrifflichkeiten, Tiefe, polyphonie, stimmigkeit zwischen ästhetik und aktion)

Mit der Realisierung transformatorischer Konzepte experimentieren/

politische/transformatorische Sprache konkretisieren/materialisieren

Prozessorientierung (planlos ab Inbetriebnahme wie im GHC oder prozessbegleitend bewusst gemacht)

Fokus auf Gemeinschaftsprodukt (bedarf einer Vermittlung, die auf die Übersetzung der polyphonen Skulptur in unterschiedliche kulturelle/institutionelle Sprachen zielt). Die haptisch-sinnliche Erfahrung, eine andere Welt zu kreieren, war emanzipatorisch.

(unmittelbare) Sichtbarkeit/Erlebbarkeit des Andersmachens

ist wesentlich für die Entfaltung transformatorischen Potenzials

Soziale Emanzipation organisieren

Selbstverwaltung/Zugang zu Gestaltungsraum

Selbstorganisierte Projekte, eigens initiierte Projekte von Bewohnenden

Kunst als Kritik realisiert, was außer dem was ist, noch möglich ist („Dazwischen“)

[*Selbstkritik/Irritation* über Gruppierungen wie Aliens/Gepäckbeförderung/Räume Denken]

> i.S. Rancière sind diese Gruppierungen als Ausdruck kollektiver politischer Subjektivierungen zu verstehen, die immer konkrete Teilaspekte der gesellschaftlichen Realität betreffen; es sind Situationen, in denen Menschen darum streiten, als gleichwertige Rechtssubjekte anerkannt zu werden (Aliens). Im konfrontativen Auftreten der „Anteilslosen“ wird so eine konkrete „polizeiliche Struktur“ herausgefordert. (Kleesattel 2016: 94).

Aliens, GBF

Erfahrungen ermöglichen

(Selbst-)Erfahrung >> Subjektivierung des Selbst

Ich gehe hier von meiner eigenen Subjektivierung aus und von der Beobachtung einiger anderer (ehemaliger) Hoteliers, die sich den Möglichkeitsraum GHC aneigneten, und sich in diesem Prozess auch selbst gestalteten. Zahlreiche andere Projekte sind daraus entstanden und soweit ich diese überblicken kann, schließen sie irgendwo an einem GHC-Diskurs an

Kit wertschätzen und pflegen

- Sozialer Mittelpunkt: Welche Bedeutung erlangt das Miteinandersein?

>> Gustavo Esteva „Horizont, der verstehen lässt“ (in „Hoffnung von unten – Das besondere Prinzip des Zusammenlebens in Oaxaca“: 237).

- Kollektive Erfahrung der Communitas

SPANNUNGSFELDERumstrittene, umkämpfte, widersprüchliche Bedingungen/Praktiken/Diskurse

Offenheit – Kontrolle

>> Wie kann das GHC offen bleiben und dennoch der Gestaltungsraum kontrolliert werden? >

Gemeinsame Entwicklung von Regeln für Zugänge

Riesiger offener Raum – Spielwiese für Egos

Multiperspektivität - Deutungshoheit einzelner Autoritäten

zwischenmenschliche Beziehungsgestaltung – funktionale Arbeitsgemeinschaft

Gleichheit – allerlei Ungleichheiten

>> Rancière

„Ich schlage auch kein Programm für die Zukunft vor, sondern Werkzeuge und Maßnahmen, mit denen wir die gegenwärtigen Verhältnisse besser einschätzen und den Bereich des Möglichen ermessen können. Wir leben in einer Welt, in der Politik und Polizei, Gleichheit und Ungleichheit auf vielfältige Weise miteinander verwoben sind. Es geht nicht darum, eine Welt zu entwerfen, in der alle diese Verwirklichungen beseitigt wären, sondern darum, Werkzeuge bereitzustellen, welche die beiden Prinzipien entwirren helfen [...]“ (Rancière: *Entsorgung der Demokratie*“, Absatz 15).

Komplexe Ko-Existenzen – Vereinheitlichung

Anerkennung und Wertschätzung von Verschiedenheit

Heterotopische Momente

>> „Was braucht es, um Verschiedenes in ein Ganzes integrieren zu können?“

Fortbestand des GHCs

Wer hat das Recht, es zu zumachen? Wem gehört das GHC?

Möglichkeit für die Verstetigung: Common Space wird

>> „Subjectivities are indeed the most important products of a society that aims at ensuring its self-reproduction“ (Stavrides 2016: 36).

Finanzielle Abhängigkeit/Verwobenheiten mit kapitalistischen System

Finanzielle Förderungen, Erwartungen von Fördermittelgebenden, KSB-Förderung - Verwobenheit mit herkömmlichen Strukturen anderer Systeme

>> „people transform themselves while they are transforming their relations to others“ (Stavrides 2017, Vortrag Cityleaks: „Urban Commons als Motor im sozialen Wandel“)

Bezugnehmend auf Rancière: Commoning as process of subjectivation creates subjects, not uses.

Subjectivation as a process that creates newcomers and also „newcomers to ourselves“ (ebd.)

die mit Mitteln der „Muskelhypothek“

Veränderung der Ausrichtung und Arbeitsweisen: Exklusivität von Gestaltungsräumen

ohne Beteiligung/Einladung zur Beteiligung der gesamten GHC-Arbeitsgemeinschaft

Ausdifferenzierung der Arbeitsbereiche/Trennung zwischen Betriebe+Kunst?

>>>In der bewussten, tiefgreifenden Thematisierung und Revolutionierung von Reproduktionsarbeit liegt ein Potenzial im GHC, was als solches im „Inneren“ als Kernhandlung des GHCs schon gesehen wurde aber nicht konsequent weiterverfolgt wurde (vgl. Notizen zur Klausur): (Sorgearbeit, Reinigung+Instandhaltung des Gebäudes, Kochen, Unterstützung von Neuankommenden)

>> Befördert Hierarchisierung entsprechend konventioneller Betriebe: Auftraggebende, Beratende, Ausführende, Leitende, Informierende, Sprechende, Nicht-zum-Sprechen-gebrachte, Teilnehmende, Gestaltende, >>> Erziehung zur Mündigkeit; offene Auseinandersetzung mit Arbeit; Herausstellen regierender/steuernder/reproduktiver Tätigkeiten + Rotation dieser;

>> Silvia Federici argumentiert, dass wir für den Ausbruch aus der Abhängigkeit von Lohnarbeit, aus den Zwängen der kapitalistischen Verhältnisse und für die Umgestaltung unserer Ökonomie die Reproduktion unseres alltäglichen Lebens in den Fokus unserer Aufmerksamkeit bringen müssen.

„We cannot build an alternative society and a strong self-reproducing movement unless we redefine our reproduction in a more cooperative way and put an end to the separation between the personal and the political, and between political activism and the reproduction of everyday life“ (Federici 2012: 147). Hier spricht Federici nicht explizit von Institutionen, aber ihr Argument impliziert ein erweitertes Verständnis von Institutionen: neben formalen Institutionen und öffentlichen Einrichtungen beginnen Prozesse der Institutionalisierung mit der Wiederholung von Praktiken, die zu Mustern werden und schließlich Gewohnheiten schaffen, die sich vielleicht zu Normen, Institutionen und materiellen Komplexen verdichten (Gruber 2016: 98).

andere Form der Institutionalisierung bedarf zunächst eine Auseinandersetzung mit den Institutionen des alltäglichen Lebens: Kernfamilie, gender Rollen, Care-giver Rollen, ...

>> Erst die Distanz zu polizeilichen Kompetenzaufteilungen und Funktionszuweisungen begründet jene ästhetische Sondersphäre der Kunst, die radikale Gleichheit verspricht (Kleesattel 2016: 102, in Bezug auf Rancières Konzept der ästhetischen Politik).

Definition/Selbstbeschreibung – Anerkennung vielfältiger Bedeutungszuschreibungen
(Re-)präsentations- und Profilierungszwänge, Anpassung an marktwirtschaftliche Praktiken
Stavrides: UC is not about defining or protecting space. It is about the process of opening of forming in-betweens

Institutionalisierung

>> um als „ever-expanding community of potential collaborators“ (Stavrides 2016: 39) eine Institution expandierenden Gemeinwohls zu werden, braucht es

-das „WIR“ zu aktivieren und zu manifestieren und

-Prozesse der Subjektivierung zu ermöglichen.

Stavrides benennt dafür drei notwendige Qualitäten:

Professionalisierung über Erfahrung und Lernen – Autorität durch formale Expertisen

Möglichkeitsraum verschließende strukturelle Bedingungen im GHC

Oberflächliche Arbeit an den Dingen (im Kollektiv – Einzelpersonen haben sicherlich ihre jeweiligen Tiefgänge)

Z.B. Auseinandersetzung mit Thema ARBEIT (Kollaboration; Kooperation; Sorgearbeit; Netzwerkarbeit, etc.)

Qualitäten der Zusammenarbeit

Zusammenarbeit mit anderen Institutionen wirkt ins GHC hierarchisch strukturierend, ein paternalistisches Verhältnis wird ins Projekt inkorporiert und wirkt hier weiter, kapitalistische, wachstumsorientierte Logik definiert zunehmend Produktionsprozesse

Kleine Gruppenprozesse, teils ohne gegenseitige Informierung

Implizit bleibende Machtverhältnisse

>> Machtteilung als Voraussetzung für gleiche Verteilung (i.S.v. Rancière: Dezentralisierung, Rotation in Regierungsaufgaben)

„power is first and foremost the power to decide“ (Stavrides 2016: 45).

„Beim Diskutieren über Praktiken des Teilens, beim Bestimmen dessen, was geteilt werden soll, und beim Gewährleisten, dass Teilen stattfindet, liegt die Quintessenz des Teilens womöglich in der Teilung von Macht“ (Stavrides 2018: 16).

Exklusivität von Verhandlungen

Unstetiger Informationsaustausch

Vermittlungsprobleme

aufgrund der Komplexität des Projekts

Drang nach Vereinheitlichung, Konsenszwang

demokratisierende Potenziale einer Konsensorientierung / das WIE gelungener Konsensorientierung

>> „consensus can be a project which takes different shapes and does not have to reach a final and definitive stage“ (Stavrides 2016: 46) und braucht Unterbrechungen um i.S. Rancières noch politisch zu sein – wie z.B. Dezentralisierung; Rotation in Regierungsaufgaben

Versuch Top-down-Strukturierungen, Organisatorische Anpassung an herkömmliche Systeme

>> Entwicklung von Formen aktiver Beteiligung in verstetigenden Regelungen (z.B. Shiftrotations, Projektantrag als misslungener Versuch dafür) (Stavrides 2016: 31).

„Organisationen werden durch ihre Entscheidungsstrukturen geprägt. In Entscheidungsprozessen konzentrieren sich politisches Profil und Kultur einer Bewegung. Eine Bewegung oder Organisation 'ist', wie in ihr entschieden wird“ (Brangsch 2014: 387). Das impliziert, dass die Art und Weise, wie in urbanen Räumen, in denen eine andere Gesellschaft möglich sein will, Entscheidungen nicht nach tradierten Formen bürgerlich demokratischer Organisationen vorbereitet, getroffen und vollzogen werden sollten. In nahezu allen, sich als alternativ bezeichnenden Projekten, in denen ich bisher beteiligt war, wurde jedoch die Anpassung an konventionelle Prinzipien der Repräsentation und Mehrheitsentscheidung darüber rechtfertigt, dass man als Organisation handlungsfähig sein müsse und kein Zeit für langwierige, basisdemokratische Entscheidungsprozesse habe. Dieser Druck, entstanden durch die „kapitalistischen Reproduktionserfordernisse geprägte Ausformung der 'Ökonomie der Zeit'“ reguliert Beteiligung und konstituiert eine dem entsprechende Organisationsstruktur auf der Basis von Hierarchien des Wissens. In diesen Hierarchien wiederum reproduziert sich eine bestimmte Kultur des Miteinanders (Brangsch 2014: 388).

>>> BRANGSCH schlägt vor:

Stellt man dies in Rechnung, muss für die Erarbeitung wie die Realisierung

von Einstiegsprojekten offensichtlich ein anderer Weg der Entscheidungsfindung

entwickelt werden. Einstiegsprojekte müssen

a) durch deliberative Entscheidungsprozesse geprägt sein, die das Primat (nicht

absolut zu verstehen) auf die direkte Beteiligung der Repräsentierten und auf

die Suche von Konsenslösungen anstatt rascher Mehrheitsentscheidungen

setzen, und

b) durch deliberative Wissensproduktion (als Fundament politischen Handelns)

charakterisiert sein; traditionelle hierarchische Beziehungen zwischen Experten

und Laien müssen durch andere Formen der Kooperation ersetzt

werden. In diesem Zusammenhang erweisen sich militante Befragungen,

Sozialberichterstattung,¹⁵ Analysen im Rahmen partizipativer Haushaltspolitik

oder andere Monitoringprozesse als wesentliche Momente von Einstiegsprojekten,

obwohl sie auf verschiedene Weise entstanden sind und sich

Selbstverständnis und Habitus der Akteure oft sehr unterscheiden.

>> „Transformationen waren in der Vergangenheit und werden wohl in der Zukunft

mehr denn je voller Paradoxien in Gestalt von Kontingenzen, Zufällen, Unwagbarkeiten,

Risiken und von Steuerungen und politischen Entscheidungen ohne

festem Gerüst sein (vgl. auch Holzinger 2011, 19 ff.).“ (Brie 2014: 88).

Ressourcen(selbst-)ausbeutung / Prekariat

„We can understand commoning not as an alternative economy but ‘as an alternative to economy’”

(Esteva 2014: i149, in Stavrides 2016: 53), “Commons can indeed be the cell of the new society”

(ebd.: i147) as communing as a process of sharing of power and resources (Stavrides 2016: 54).

Einzelateliers, Monofunktionalität von Räumen im Gebäude

Mangelndes Bewusstsein

>>> *Prozesse bewussten sozialen Lernens sind für informelle Lernorte wichtig, weil sie ein wesentliches Moment der Selbstvergewisserung, der Vergegenwärtigung der dem alltäglichen Handeln übergeordneten Ziele ermöglicht.*⁵⁴ *Ähnlich wie auch Stravides in Anlehnung an Rancière Selbstveränderung und Veränderung in Einheit*

>>> *Es braucht also Räume zum Lernen – nicht vorrangig im Sinne formell geschaffener Lerninstitutionen, sondern vor allem in der Integration von Handeln und Lernen in den Prozessen*

⁵⁴Lutz Brangsch versucht in seinem Konzept der Einstiegsprojekte die Idee der Transformation zu operationalisieren. „Es geht um eine bestimmte Art und Weise der Verbindung von Theorie, sozialer Erfahrung und praktischem Handeln. Nur in diesem Sinne können Einstiegsprojekte „entwickelt“ und gesellschaftlich Veränderungsprozesse „geführt“ werden.“ (Brangsch 2014: 389). In diesem Punkt nimmt er Bezug auf Rosa Luxemburgs Anspruch von politischem Handeln.

selbst. Dazu braucht es Zeiten der (kollektiven) Selbstreflexion.

Fehlende Aufmerksamkeit auf das „Dazwischen“

>> „Eine politische Neuaufteilung des Sinnlichen kann nur in der Distanz zur herrschenden Realität und deren Kausalitäten, Normalitäten und Tatsächlichkeiten statthaben“ (Kleesattel 2016: 102).

>>> Urban Commons Stavrides

emotionale Aspekte

Zauber des Neuen, Begeisterung

als eine grundlegende Qualität des Wandels (Stavrides)

Überforderung > Betäubung

kollektive Ermüdung

Willkür, Sympathien, (Manipulation)

Ohnmachtserfahrungen, entgegengesetzte Bewegungsrichtung zu systemischen Zwängen

Unsicherheiten: finanzielle, positionelle Unklarheiten, persönliche Haftbarkeit

„Transformation muss deshalb ihre eigenen Voraussetzungen

schaffen, damit eine reale mögliche Möglichkeit ihrer Realisierung entsteht.

Dies ist umso dringlicher, da diese sozialökologische und solidarische Transformation

auf enorme objektive und subjektive Blockaden und Hürden stößt. Sie

ist konfrontiert mit der institutionell weit verzweigten Verfestigung des alten

Entwicklungspfades, mit den systemimmanenten Lebensweisen und Lebensstilen

in fast allen Milieus der Gesellschaft, auch bei denen, die diesen Wandel

eigentlich befürworten. Sie ist konfrontiert mit der Machtfülle und der Anpassungsfähigkeit

des heute herrschenden Blocks und den Schwierigkeiten bei der

Herausbildung neuer, hegemonialer Akteurskoalitionen und deren Fähigkeiten

zu gesellschaftlicher Steuerung.“ (88)

Diskurse/Vorstellungen

eröffnende Perspektiven auf das GHC

Vision i.S. einer politischen Fiktion: Grandhotel Cosmopolis, Soziale Plastik; Ort der Willkommenskultur

GHC als Infrastruktur

GHC als neue Form der Institution

verschließende Perspektiven auf das GHC

Abstrakte Überinterpretation der Realität des Projekts (Kampf der Ideologien/Ideelle Einhegung)
oberflächliche, vereinfachende Darstellung des GHC

Einzigartigkeit des Projekts

Die meisten Untersuchungen zu konkreten Transformationsprojekten konzentrieren

sich auf die sich alternativ verstehenden Projekte selbst. Die Rolle

von Parteien, Gewerkschaften, Verwaltungen, Finanzierungswegen etc. wird

erwähnt, selten aber werden sie als Elemente des transformatorischen Potenzials

betrachtet. Das ergibt in der Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung das Bild

eines gesonderten Sektors, wo jenseits des Normalen etwas Neues geschieht. Diese

„Gettoisierung“ bzw. Selbstbeschränkung von Alternativen ist letztlich eine Form

ihrer Inkorporation oder Einhegung. Sie werden um ihr gesellschaftsveränderndes

Potenzial gebracht bzw. bringen sich um dieses auch selbst. (Brangsch 2014: 372)

GHC als Leuchtturmprojekt

findet seine Entsprechung in der praktischen Realisierung der Grand Academy, in der das Wissen, das durch das Machen im GHC produziert wird, weitergegeben werden will – inkl. Gesamtpaket mit Übernachtungen/Tagungsraum/Verpflegung.

Es wird also eher eine Haltung der Expertin eingenommen.

>> der Prinzessinnengarten in Berlin hat auch eine Akademie gegründet, allerdings mit der Absicht, das Handlungswissen zu vertiefen und Räume zu organisieren, in denen neue Formen des Lernens und des städtischen Agierens eingeübt werden sollen. Hier wird also eine Haltung der Weiterlernenden eingenommen, die ein Zusammenlernen auf Augenhöhe wahrscheinlich begünstigt. In anderen Verhältnissen, z.B. in der Verbindung zu Fördernden, könnte die Präsentation als Leuchtturmprojekt eine eröffnende Perspektive sein

Das Streben nach der Realisierung einer solchen Darstellung führte nicht nur zur Überforderung, sondern auch zur Verunmöglichung kreativer und kollektiver Arbeits- und Lernweisen und Momenten schöpferischer Gestaltung.

Weitere wichtige Aspekte

Ökonomie

In den von mir untersuchten Daten wird kaum etwas darüber erfahrbar, welche ökonomische Grundlage, welche Haushaltsprinzipien und finanzielle Strukturen das Projekt hat. Das wäre aber durchaus erwartbar, angesichts der inhärenten Betriebe, die das Projekt hat.

Eine Idee ist, dass es tatsächlich nicht im Fokus des Machens liegt.

Kommentar [Julia498]: Lutz Brangsch (Futuring) S.372: Die meisten Untersuchungen zu konkreten Transformationsprojekten konzentrieren sich auf die sich alternativ verstehenden Projekte selbst. Die Rolle von Parteien, Gewerkschaften, Verwaltungen, Finanzierungswegen etc. wird erwähnt, selten aber werden sie als Elemente des transformatorischen Potenzials betrachtet. Das ergibt in der Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung das Bild eines gesonderten Sektors, wo jenseits des Normalen etwas Neues geschieht. Diese „Gettoisierung“ bzw. Selbstbeschränkung von Alternativen ist letztlich eine Form ihrer Inkorporation oder Einhegung. Sie werden um ihr gesellschaftsveränderndes Potenzial gebracht bzw. bringen sich um dieses auch selbst.

Gustavo Esteva „Commoning, thecommons movement, is not an alternative economy but an alternative to the economy“ (Esteva 2014: 149).

Reproduktionsarbeit (Sorgearbeit, Reinigung+Instandhaltung des Gebäudes, Kochen, Unterstützung von Neuankommenden)

>> Silvia Federici argumentiert, dass wir für den Ausbruch aus der Abhängigkeit von Lohnarbeit, aus den Zwängen der kapitalistischen Verhältnisse und für die Umgestaltung unserer Ökonomie die Reproduktionsarbeit in den Fokus unserer Aufmerksamkeit bringen müssen.

und unserer Ökon, zeigt auf, dass Frauen historisch und heute betrachtet

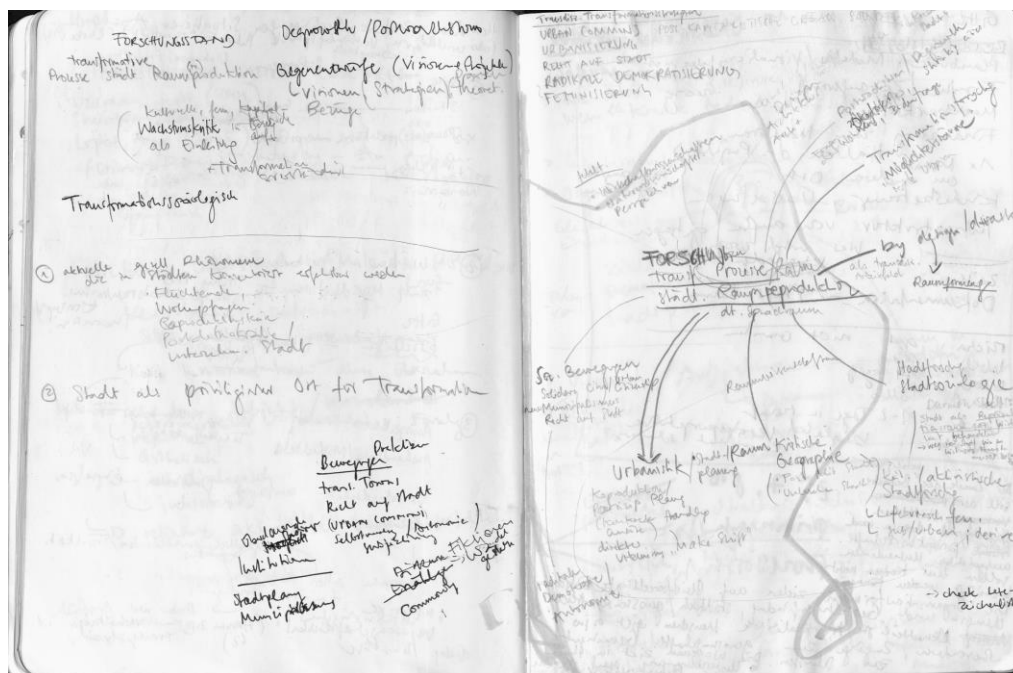
Zuwachs an Mitwirkenden

Der schnelle Zuwachs an Mitwirkenden

wie wirkt er sich auf die Organisationsstruktur aus?

Dynamik/Intensivität/Undurchsichtigkeit wächst an

Fortlaufendes Projektdesign



Systematisierung Forschungsstand. Eigene Darstellung.

